E. Lederer

AUFRISS DER ÖKONOMISCHEN THEORIE



Klaus Hagendorf
27/1/2012

AUFRISS DER ÖKONOMISCHEN THEORIE

AUFRISS
DER
ÖKONOMISCHEN THEORIE

VON

EMIL LEDERER
o. Professor an der Universität Heidelberg

Dritte
erweiterte und völlig umgearbeitete Auflage der
„Grundzüge der ökonomischen Theorie"



VERLAG VON J. C. B. MOHR (PAUL SIEBECK)
TÜBINGEN 1931

Druck von H. Laupp jr in Tübingen

VORWORT.

Vor die Entscheidung gestellt, ob ich die „Grundzüge der ökonomischen Theorie" in ihrem Charakter unverändert lassen und für eine Neuausgabe, die seit langem notwendig wurde, lediglich überprüfen solle, kam ich zum Ergebnis, daß die Entwicklung der ökonomischen Theorie und des Interesses an ihr eine erweiterte Darstellung erfordere. Diese dritte Auflage setzt sich daher — worauf schon der geänderte Titel hinweist — eine andere Aufgabe als die frühere Fassung: während in den früheren Auflagen „Grundzüge" geboten wurden, d. h. die Auseinanderlegung der Hauptprobleme ökonomischer Theorie auf der Basis des Wertgesetzes, wird jetzt versucht, die Erörterungen weiter zu treiben. Um nur einiges zu nennen: Die Frage des Zusammenhanges von Theorie und Wirklichkeit, des Hineinspielens der ökonomischen Sachverhalte in Begriffsbildung und Systemaufbau, die Lehren der Arbeitswerttheorie und ihre Grenzen, die Problematik des Nutzengedankens in seiner Weiterentfaltung bis zur Deutung des Zurechnungsprozesses und des Zinses, die Struktur der Dynamik auf werttheoretischer Basis, die Formgebung wirtschaftlichen Handelns durch Geld und Kredit, das Hineinragen objektiver Gedanken in die subjektive Lehre, gerade wenn sie daran geht, das Gesamte des ökonomischen Handelns zu erfassen — dies wird jetzt nebst manchen Detailfragen eingehender vorgetragen. Dabei wird dem Leser nicht entgehen, daß schon im Aufbau und in der Deutung der Begriffe die Intention auf das Gesamte des Wirtschaftsprozesses mitschwingt, wie umgekehrt auch

die Darstellung des Wirtschaftsprozesses selbst in seinem Gesamtbild und in seinen Einzelphasen nur erfaßt werden kann, wenn sie auf die grundlegenden Begriffe zurückbezogen wird.

Für mannigfache Hilfe und Unterstützung bin ich den Herren Privatdozent Dr. J. Marschak und Dr. M. Mitnitzky verbunden, denen auch hier herzlich gedankt sei.

E. LEDERER.

INHALTSVERZEICHNIS.

I. Kapitel.

BEGRIFF UND GEGENSTAND DER WIRTSCHAFTSTHEORIE.

1. DER GEGENWÄRTIGE ZUSTAND DER WIRTSCHAFTSTHEORIE.

In der Volkswirtschaft ist heute noch alles strittig; selbst die Frage nach dem Zweck der volkswirtschaftlichen Theorie und innerhalb der Theorie sogar die Frage nach ihrem Gegenstande. Das deutet auf einen unfertigen oder zumindest einen krisenhaften Zustand unserer Wissenschaft hin. Dieser krisenhafte Zustand fällt zusammen mit dem lebendigsten Interesse weitester Schichten an den Ergebnissen unserer Wissenschaft. Das ist kein Zufall, denn immer sind es junge, noch problematische Wissenschaften, oder Wissenschaften, in welchen neue Probleme auftauchen, die das Auge weiterer Schichten auf sich lenken; die theoretische Ökonomie steht aber heute auch deshalb im Mittelpunkte des Interesses, weil die praktische tägliche Wirtschaft eine Fülle von Fragen aufwirft, in denen sich jeder gern orientieren möchte, schon um nicht ein wehrloses Objekt wechselnder Situationen zu werden. Dieses leidenschaftliche Interesse gereicht der Wissenschaft nicht immer zum Vorteil. Sie gedeiht oft besser in der abgeschlossenen Stille enger Facharbeit, wenngleich sie ihren letzten Sinn verlöre, wenn in ihr nicht auch willensmäßige Impulse lebendig wären. Um so dringender aber ist das Bedürfnis, das, was als gesichertes Ergebnis der Wissenschaft bezeichnet werden kann, zusammenzufassen und dadurch die Aufgaben, welche der Weiterarbeit gestellt sind, zu umreißen.

Um die wichtigsten Ergebnisse über die Grundprobleme unserer Wissenschaft in einem leidlich geschlossenen Ganzen

darzubieten, werden wir einen Weg gehen müssen, welcher in seiner Anlage von den gewöhnlichen Pfaden etwas abweicht, wenngleich er durch dieselbe Landschaft führt und zu denselben Erkenntniszielen hinleitet, die der theoretischen Ökonomie gesteckt sind. Denn es kann nicht die Aufgabe dieser Darstellung sein, alle aufregenden Kontroversen aufzurollen, wenngleich in den letzten Abschnitten einiges zu den strittigen Fragen in unserer Wissenschaft gesagt wird. Im ganzen soll der Gedanke so geführt werden, daß die wissenschaftliche Diskussion überall nur so weit einbezogen wird, als sie zur Klärung der Vorstellungen beizutragen geeignet ist, ohne daß die ganze verwirrende Fülle der Argumente vor dem Leser ausgebreitet wird. Allerdings, schon im voraus sei betont: die Darstellung gibt nicht überall bloße Rekapitulation herrschender Lehren; daß dem Autor eine Ansicht des dynamischen wirtschaftlichen Prozesses vorschwebt, das in wesentlichen Zügen von dem Bild abweicht, wie es meist gezeichnet wird, kann dem Kundigen nicht verborgen bleiben. Im übrigen ist getrachtet, auf dem bisherigen Ertrag der theoretischen Arbeit, soweit er in sich schlüssig und haltbar ist, weiterzubauen. Denn tatsächlich steht in unserer Wissenschaft noch gar nichts endgültig fest. So ist selbst die Beziehung zwischen Theorie und Praxis, ja sogar zwischen Geschichte und Theorie strittig, heute aus der raschen Entfaltung der „konkreten Theorie" heraus, d. h. der „quantitativen" auf dem Boden der „qualitativen" Analyse (Marshall). Leider tritt sie oft auch als Versuch auf, die Tatsachen unmittelbar, ohne ausreichende gedankliche Vorbereitung zu erfassen. Aber noch immer sind die methodischen Grundfragen dieselben, wie sie in den Streitschriften Mengers und Schmollers, in der Werturteilsdiskussion (eingeleitet 1909 auf der Wiener Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik durch Max Weber und Werner Sombart) und in der Erkenntnistheorie Rickerts erörtert wurden, obwohl sich die Probleme im einzelnen etwas verschoben haben, und obwohl namentlich gegenwärtig die soziologische Betrachtungsweise der Theorie das Interesse in höherem Maße bindet[1]). (Siehe unten S. 46, Anm.)

1) Auf breitestem Hintergrund ist das Problem unserer Wissenschaft neuerdings aufgerollt durch das Werk Werner Sombarts „Die drei Nationalökonomien", das nicht nur die methodische,

Aber auch innerhalb der Theorie, selbst soweit sie auf demselben methodischen Boden steht, sind die konkreten Lehrsätze strittig. Weder für die Bestimmung des Arbeitslohnes, noch der Grundrente, insbesondere aber des Kapitalzinses wird man innerhalb der Ökonomie etwas wie eine communis opinio finden können. Ja, selbst im Ausgangspunkt des theoretischen Denkens herrscht Uneinigkeit, und zwar nicht nur darüber, wie die Grundfragen der Ökonomie gestellt werden sollen, sondern ob sie in der herkömmlichen Art überhaupt gestellt werden sollen? (Ist doch in der neuen Ökonomie die Neigung vorhanden, das Wertproblem ganz fallen zu lassen und es durch die Frage nach dem Preise zu ersetzen.) Angesichts dieser Lage konnte nur versucht werden, so viel von dem Bestande unserer Wissenschaft zu erhalten, als im Rahmen eines einigermaßen schlüssigen Gesamtbildes möglich ist, was allerdings dazu führen mußte, manche früher sehr viel erörterten Probleme verhältnismäßig in den Hintergrund zu drängen[1]).

2. DIE WIRTSCHAFTSTHEORIE IN IHREN ALLGEMEINSTEN BEZÜGEN.

a) Wirtschaftstheorie in ihrer Beziehung zu Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsgeschichte.

Das Problem der folgenden Ausführungen ist die theoretische Ökonomie. Es werden also wirtschaftspolitische Probleme nicht erörtert. Dennoch besteht ein Zusammenhang zwischen Theorie und wirtschaftlicher Praxis, insofern als die Wirkungen praktischer Maßnahmen, die Reichweite wirtschaftspolitischer Handlungen erst auf Grund (bewußter oder unbewußter) theoretischer Annahmen ver-

sondern auch die theoretische Diskussion lebhaft anzuregen verspricht.

1) Wer sich über die Entwicklung der ökonomischen Theorie bis auf den heutigen Stand und ihre Methodenfragen informieren will, sei auf die grundlegenden Arbeiten Schumpeters „Epochen der Methoden- und Dogmengeschichte" im „Grundriß der Sozialökonomik" Bd. I, und den Beitrag über Deutschland im I. Band der „Volkswirtschaftslehre der Gegenwart" (hrsg. von Hans Mayer) hingewiesen. Diesen beiden Darstellungen ist für die Geschichte der Theorie schlechthin nichts, weder in der deutschen noch in der ausländischen Literatur an die Seite zu stellen.

standen und bis zu einem gewissen Grade geschätzt werden können. Wirtschaftspolitik ohne Theorie ist blind, weil sie nicht aus der Erkenntnis eines Gesamtzusammenhanges handelt, infolgedessen isolierte Maßnahme bleiben muß. Sie wird im besten Falle Wirkungen von heute auf morgen erzielen können, aber nicht imstande sein, auch die Fernwirkungen mit in die Rechnung einzustellen, welche oft den angestrebten Erfolg vernichten. Wollen wir aber wirtschaftspolitisch zweckmäßig handeln, so müssen wir auch die aufeinanderfolgenden wirtschaftlichen Zustände miteinander in Verbindung setzen, also auf die Gegen- und Fernwirkungen achten. Das können wir nur, wenn wir ein geordnetes Gesamtbild der Wirtschaft vor Augen haben. Dieses aber müssen wir durch Beziehung auf die Grundbegriffe und innere Verknüpfung derselben gewinnen, also durch Theorie.

Dasselbe gilt von der Geschichte. — Wirtschaftsgeschichte ist zwar nicht die Aufgabe dieses Buches. Aber keine wirtschaftsgeschichtliche Darstellung ist möglich ohne den Gebrauch theoretischer Begriffe. Wie kann ich Tatsachen beschreiben, ohne sie zu ordnen, und wie kann ich sie ordnen, wenn ich nicht über die Gesichtspunkte verfüge, die mir eine Ordnung erst ermöglichen? Wie viele wirtschaftsgeschichtliche Arbeit ist nutzlos vertan worden, weil sie nicht auf der soliden Grundlage einer brauchbaren Systematik ruhte, und wie nahe liegt die Gefahr, Wirtschaftsgeschichte als bloße Staaten- und Verwaltungsgeschichte aufzufassen, wenn die ökonomisch-theoretischen Begriffe fehlen, um die wirtschaftlichen Tatsachen zu ordnen und in ihrer Abfolge verständlich zu machen. Diese Beziehung auf Wirtschaftsgeschichte und Wirtschaftspolitik ist aber eine überwiegend einseitige; streng genommen kann die Theorie diesen beiden Disziplinen nur geben, aber wenig von ihnen empfangen. Bloß in einem Sinn ist es gegenüber der Wirtschaftsgeschichte etwas anders. Davon wird bald unten die Rede sein.

b) Wirtschaftstheorie und Gesellschaftstheorie.

Wichtiger noch als der Zusammenhang mit Wirtschaftsgeschichte und Wirtschaftspolitik ist für die Theorie der Zusammenhang mit der Gesellschaftswissenschaft.

Denn die ökonomische Theorie gehört offenbar zu den Gesellschaftswissenschaften. Wie fügt sie sich in den Rahmen derselben ein? Ist sie bloß ein Anhängsel der Soziologie oder als Theorie der Mechanik wirtschaftlichen Handelns von der Auffassung über die Gesellschaft unabhängig? Da diese Fragen äußerst strittig sind, so zeigen auch die ökonomischen Theorien ein verschiedenes Gesicht. Ohne meine Stellungnahme schon hier eingehender zu begründen, möchte ich hervorheben, daß meines Erachtens eine ökonomische Theorie als eine „natürliche", unabhängig von allen gesellschaftlichen Formen und daher in jeder Gesellschaft existierende Mechanik des wirtschaftlichen Handelns nicht gedacht werden kann. Sie kann vielmehr immer nur das Bewegungsgesetz des wirtschaftlichen Handelns innerhalb einer historisch abgegrenzten, ihrem ökonomischen Charakter nach zu bestimmenden Gesellschaftsform enthüllen. Dieser Standpunkt ist aber, wie erwähnt, bestritten. Um nur einige Auffassungen hervorzuheben:

1. Eine große Reihe von ökonomischen Theoretikern hat sich mit dieser Frage überhaupt nicht beschäftigt, sie also weder bejaht noch verneint. Für sie ist die Gesellschaft als veränderliche Form des menschlichen Zusammenlebens uninteressant. Wenn wir die Theorie von Ricardo oder, um einen Spätern zu nennen, von Böhm-Bawerk betrachten, so zeigt sie uns das Bild einer wirtschaftlichen Mechanik, in der geflissentlich davon abgesehen wird, daß auch wirtschaftliches Handeln historischer Entwicklung unterliegen kann. Ricardo speziell sah zwar offenbar die tiefgreifenden Wandlungen in der Wirtschaft, die sich vor seinen Augen vollzogen. Aber er formuliert die Theorie der kapitalistischen Wirtschaft, als ob sie alle denkbaren Wirtschaftssysteme decken würde. Böhm-Bawerk wendet nicht nur alle Grundbegriffe auf alle Wirtschaftsstufen und -formen in der gleichen Weise an, sondern auch die Art wie die Begriffe miteinander verknüpft werden und sich in einen Gesamtzusammenhang einfügen, bleibt für ihn unverändert, soviel sich auch in den Tatsachen ändern mag. Daher: eine Theorie der Wirtschaft gilt für alle Zeiten und alle Gesellschaftsformen.

Bei den Autoren, welche das Problem der Gesellschaft sehen, haben wir nun wieder verschiedene Auffassungen, z. B.:

2. SIMMELS Soziologie ist im Wesen eine Lehre von den Formen der Vergesellschaftung, gleichsam eine soziale Kristallographie. Indem er die Formen der Überordnung, Nebenordnung, Unterordnung analysiert, entwirft er ein Schema der möglichen sozialen Beziehungen, das zwar mit historischem Gehalt gefüllt wird, aber den Charakter des Schemas nicht verliert. Selbst in der „Philosophie des Geldes", welche die soziologische Fragestellung von der ökonomischen Sphäre her auf die geistige Struktur einer großen Epoche richtet, ist doch auch der Grundzug dieser SIMMELSCHEN Soziologie stark zu verspüren. Daher können innerhalb einer solchen Auffassung die einzelnen Sozialwissenschaften weitgehende Unabhängigkeit bewahren: sie sind nur lose in das Gesamtgefüge eingebettet; und wenngleich auf diesem Boden eine „natürliche" „ewige" Theorie der Wirtschaft nicht möglich erscheint, so ist das doch die einzige Folgerung, welche sich aus der SIMMELSCHEN Auffassung von der Gesellschaft für die ökonomische Theorie ergibt.

3. Ganz anders steht es mit allen Vertretern einer organischen und einer romantischen Gesellschaftsauffassung. Da sie in der Gesellschaft, sei es in der Gesellschaft im allgemeinen, oder im konkreten Volk, nicht eine Summe von einzelnen Individuen, sondern das primär existierende Ganze sehen, innerhalb dessen die Einzelnen und ihre Handlungen erst möglich werden (SPANN), so waltet der gesellschaftliche Zusammenhang oder der „Volksgeist" auch in der Wirtschaft, welche demgemäß nicht nur national und historisch verschiedene Aspekte zeigt, sondern auch nur als Ganzheit, als Ausdruck der Totalität, in welcher sie ruht, begriffen werden kann. Von diesem Standpunkt aus ist die Methode reiner Theorie zur Unfruchtbarkeit verurteilt, und ökonomische Theorie nur im Rahmen einer das ganze gesellschaftliche Bewußtsein und Handeln mitumfassenden Universalbetrachtung möglich. Innerhalb dieser Auffassungsweise sind sehr verschiedene Anschauungen hervorgetreten. Das Extrem der organischen Gesellschaftstheorie zeigt die Auffassung SCHÄFFLES, welche die Gesellschaft dem menschlichen Organismus nicht bloß vergleicht, sondern in ihm ihr Abbild sucht, derart, daß gesellschaftliche Geschichte mit dem Lebensprozeß und gesellschaftliche Einrichtungen mit Organen unseres Körpers gleichgesetzt werden und zwar soweit, daß die Anatomie und die Lehre von den Organen unseres Körpers der Sozialwissenschaft den Weg weisen könnte. Diese Auffassung muß offenbar die Veränderung innerhalb geschichtlicher Entwicklung leugnen. Die romantische Lehre hingegen zielt auf eine „Totalitätsschau" hin, die in der Wirtschaftsform nicht nur jeder wirtschaftlich abgegrenzten Epoche, sondern jedes Volkes ein einmaliges, nicht wiederkehrendes, nur in seiner Individualität erfaßbares, nur aus seinem Geiste heraus deutbares Ganzes sieht, das der einzelwissenschaftlichen Analyse im alten Sinne widerstrebt. Einer solchen Auffassung kann natürlich die klassische ökonomische Theorie nichts geben; ihr Auge geht an den größten Leistungen unserer Wissenschaft blind vorbei.

4. Gesondert müssen wir die materialistische Geschichtsauffassung betrachten. Diese hat mit dem philosophischen Materialismus nichts gemein. Hier geht sie uns nur als Theorie der geschichtlichen Entwicklung an, welche die ökonomische Entwicklung und auch deren Theorie in sich begreift. Wir betrachten sie aber nicht als Geschichtsphilosophie, die nach dem Sinn der Geschichte fragt. Der Strom der Entwicklung erscheint ihr als Prozeß der Entfaltung der Produktivkräfte, doch geht es zu weit, sie deshalb als technizistische Metaphysik zu interpretieren. Denn MARX, in dessen System die ökonomische Geschichtsauffassung begründet wurde, sieht jeweils die Produktivkräfte als „Produktionsverhältnisse", d. h. aber in ihrem gesellschaftlichen Zusammenhang, in dem sie allein sich entfalten können. Danach besteht also eine direkte Korrespondenz zwischen dem technischen Charakter einer Zeit und ihrer gesellschaftlichen Struktur, also auch den herrschenden Schichten in ihr. („Handmühle ist Feudalismus, Dampfmühle ist Kapitalismus.") Insoferne als die Produktivkräfte im engern Sinne des Wortes selbst dynamisch sind, und über sich selbst hinaustragen (in diesem Sinne wird ihnen also eine Zielstrebigkeit zugeschrieben, insoferne als sie meist rationeller gestaltet und manchmal grundlegend geändert werden können), kann in ihnen eine vorwärtstreibende Gewalt schlummern. Ebenso wie umgekehrt die dynamischen Kräfte des Gesellschaftsprozesses Änderungen der „Produktivkräfte" beschleunigen und er-

zwingen. Gesellschaftsverfassung und Produktivkräfte korrespondieren daher einander.

Ferner: unter den Produktionsverhältnissen einer Zeit ist nicht nur und nicht einmal in erster Linie der politische Aufbau in herrschende und beherrschte Schichten zu verstehen, welche dem Historiker, gewissermaßen als Außenfront gegenübertreten, vielmehr auch und ganz besonders und damit identisch die Gliederung in ausbeutende und ausgebeutete Schichten. Diese Gliederung in ausbeutende und ausgebeutete Schichten war in allen geschichtlichen Epochen vorhanden, da die Gesellschaft bisher immer ein Herrschaftssystem war, und da ein politisches Herrschaftssystem nur auf der Grundlage einer ökonomischen Ausbeutung möglich ist.

Die Ökonomie einer Epoche ist daher ihre entscheidende Form, gewissermaßen ihr Stichwort, das mehr und Direkteres über sie aussagt, als ihre politische, oft verkleidete und verhüllte Geschichte.

Wenn man also die Entfaltung einer Produktivkraft, z. B. des Dampfes, in der Geschichte untersucht, so haben wir nicht ein Problem der technischen Entwicklung vor uns, sondern man stößt zunächst, von außen her kommend, auf politische Mächte (z. B. die Zunftverfassung), welche ein Hemmnis darstellen, und auf andre, wie den absoluten Fürstenstaat und den modernen Unternehmer, die moderne Bourgeoisie, welche die Widerstände niederrennen, weil sie sich selbst nur im Sieg des Maschinensystems durchsetzen können [1]).

Dieser Prozeß vollzieht sich aber nicht bloß im politischen Felde, sondern führt zur Schaffung des Kapitals, das die Grundlage neuer Ausbeutungsverhältnisse (neu im Verhältnis zur Feudalverfassung) und die entscheidende Kategorie der Epoche wird.

Bourgeoisie, Kapital und neue Technik (Dampfkraft an Stelle der Wasserkraft und menschlicher wie tierischer Kräfte) bilden jetzt einen einheitlichen Zusammenhang. In ihm führen die technischen Möglichkeiten der Ausdehnung des neuen Verfahrens, die Depossedierung der alten herrschenden

1) Ganz ähnlich in der Agrarsphäre, wo sich der Durchsetzung der Fruchtwechselwirtschaft und des Futtermittelanbaus zunächst das politische Agrarsystem, die Bindung des Bodens im Flurzwang (Verfassung der Grund- und Gutsherrschaft) entgegenstellt.

Schichten und die Akkumulation des Reichtums in der Unternehmerschicht auf rein ökonomischem Wege (d. h. durch das bloße Spiel der Preise) zur völligen Umwälzung der „Produktionsverhältnisse". Sie erfolgt also offensichtlich nicht bloß durch die Selbstbewegung der Technik. Diese steht vielmehr in einem großen Zusammenhang, der nur in seiner Totalität erfaßt verständlich wird.

Diese Skizze wäre zu unvollständig, wenn nicht noch hinzugefügt würde: In jeder Epoche entsprechen den Produktionsverhältnissen, welche ja die entscheidenden Lebensverhältnisse der großen Mehrzahl der Menschen und für alle vorhanden sind, die geistigen Gehalte, ihre „herrschenden" Ideen, ja selbst ihre Kunstformen. All das wird etwas summarisch unter den Begriff der „Ideologie" gebracht. Eine nähere Betrachtung zeigt, daß die Korrespondenz zu den „Produktionsverhältnissen" im weitesten Sinn des Wortes eine sehr enge ist bei den Vorstellungen über Herrschaft, Staat, Politik, daß sie loser ist bei den höchsten moralischen Begriffen, (hingegen sehr enge bei den gesellschaftlich durch Strafen erzwungenen Verboten) und den künstlerischen Ausdrucksformen. Aber auch bei diesen fehlt sie nie völlig [1]).

In die Totalität des „gesellschaftlichen Zusammenhanges" — in seinem Kern ein Produktionszusammenhang, in dem die Menschen tagtäglich arbeiten und leben — gehört also auch das geistige Sein hinein. Die Ideen schweben nicht in der Luft, sie sind letzten Endes a u c h in den Produktionsverhältnissen verwurzelt [2]), so sehr sie sich teilweise und zeitweise in der Eigenbewegung des Geistes entfalten mögen.

Auf eine Grundvorstellung Hegels, die im System von Marx nachwirkt, geht es zurück, daß dieser (übrigens auch adäquat seinem gewaltigen revolutionären Temperament und ebenso adäquat dem Zeitalter politischer und ökonomischer Katastrophen, in dem er lebte) nicht eine harmonische,

1) Vgl. jetzt zu diesen Problemen das grundlegende Buch von Karl Mannheim: Ideologie und Utopie.

2) Was die ökonomische Geschichtsauffassung, welche im Grunde erst die soziologische Betrachtungsweise geschaffen hat, ablehnt, ist die Vorstellung, als ob zu jeder Zeit jede „Idee" möglich wäre, als ob Ideen aus sich heraus leben und Leben erzeugen könnten.

nach aufwärts weisende Entwicklung annahm, sondern den Geschichtsprozeß als Dialektik der sozialen (und daher auch der ökonomischen) Mächte sah. Jedes Zeitalter erfüllt sich bis zu seiner begrifflichen Vollendung, um dann und gerade dadurch ins Gegenteil umzuschlagen. Der Kapitalismus z. B. ist beherrscht von der Tendenz zur Akkumulation und Konzentration des Kapitals. Eben dadurch aber schafft er im Wachstum und in der steigenden Empörung der ausgebeuteten Massen und in den immer schärfer werdenden Krisen selbst die Mächte, die ihn im Zusammenbruch überwinden werden, wie auch schon das Wachstum der Produktivkräfte die Tendenz hat, die Schranken der gesellschaftlichen Ordnung — das sind die Ausbeutungsverhältnisse — zu sprengen. Insoferne als schon in der Analyse des Wirtschaftsprozesses das ökonomische Geschehen an das soziale gebunden wird, werden die theoretischen Begriffe dynamisch.

Der Geschichtsprozeß in seiner Totalität betrachtet ist also ein dialektischer Prozeß. Innerhalb des dialektischen Ganges der Geschichte aber sind die einzelnen Epochen deutlich voneinander zu unterscheiden. Sie können, wie oben angedeuet, sowohl nach der Entwicklungsstufe der Produktivkräfte als nach der herrschenden sozialen Schicht charakterisiert werden. Aber innerhalb jeder Epoche vollzieht sich das *wirtschaftliche* Leben nach Gesetzmäßigkeiten, welche mit der Erkenntnis des dialektischen Umschlags einer Epoche in die andere noch nicht erfaßt sind. Denn diese These gilt nur für die Betrachtung des Geschichtsprozesses in seiner Totalität. Die Gesetze des ökonomischen Mechanismus einer Zeit sind damit noch nicht gefunden. Sie müssen erst durch die ökonomische Theorie enthüllt werden. Dieser wird also ein wechselndes Objekt geboten. Das Bewegungsgesetz der *wirtschaftlichen* Größen einer Epoche — und jede Epoche hat ein spezifisches Bewegungsgesetz — ist durch die Gestalt des Gesamtprozesses noch nicht dargeboten. Aber es ist in ihm angelegt. Ferner werden Begriffe der ökonomischen Theorie zwar mitbestimmt durch die gesellschaftliche Struktur, deren wirtschaftliche Inhalte sie aufhellen soll. Die ökonomischen Begriffe entsprechen also den sozialen. Aber die Erkenntnis des sozialen Systems einer Zeit löst noch nicht die Aufgabe: ob und wie der wirtschaftliche Prozeß innerhalb der histo-

rischen Epoche als dauernder, sich selbst immer wieder erzeugender, möglich ist? Die Bedeutung dieser Fragestellung wird aus dem folgenden wohl noch klarer hervorgehen [1]).

5. Viel größere Autonomie endlich läßt der theoretischen Ökonomie eine Auffassungsweise wie die etwa Mengers, welche die einzelnen Sozialwissenschaften zusammensetzt zu einer Gesamtwissenschaft von der Gesellschaft, derart, daß jede der Sozialwissenschaften *eine* „Seite" des gesellschaftlichen Seins aufhellt, und alle zusammengenommen den gesellschaftlichen „Körper" d. h. hier das Gesamte der Gesellschaft, in seinen verschiedenen Aspekten zeigen. Offenbar haben wir es hier mit einem *Bilde* zu tun, das aus dem Bedürfnis nach Autonomie der Einzelwissenschaften heraus konstruiert wurde. Diese Auffassung führt ebensowenig zu einer Anschauung des sozialen Seins, als umgekehrt die organische Lehre Schäffles („Vom Bau und dem Leben des sozialen Körpers") zu einer Wissenschaft von der Wirtschaft oder vom Recht führen kann. Vermittelt diese Lehre Schäffles doch bloß eine Analogie, die den spezifischen Differenzen der Wirtschaftssysteme nicht gerecht wird. All diese Analogien tragen die Gefahr in sich, aus der bildhaften Vorstellung heraus zu deduzieren, anstatt die Zusammenhänge der Tatsachen zu analysieren, und in dieser Analyse die Grundbegriffe zu gewinnen.

6. Max Weber hat in seinem gigantischen, epochemachenden Werk: „Wirtschaft und Gesellschaft" natürlich auch das wirtschaftliche Handeln in die sozialen Handlungen einbezogen. Ist doch für ihn soziales Handeln „ein menschliches

1) Diese zum Schluß hier bloß angedeutete Auffassung der ökonomischen Geschichtstheorie wird noch nicht allgemein vertreten. Sie ergibt sich aber m. E. als Resultat des Werkes von Marx, das sowohl den Prozeß im Ganzen als dialektischen begreift, wie ihn auch im einzelnen als kausal ablaufenden darstellt. Nimmt man *nicht* an, daß die Betrachtung des ökonomischen und des Geschichtsprozesses nach diesen beiden Grundvorstellungen erfolgen muß, so muß man entweder auf die Grundvorstellung der Dialektik (der Entwicklung durch Umschlag, in revolutionärer Form) verzichten oder man muß die Hypothese wagen, daß in jeder Epoche, schon in ihrem Beginn der dialektische Umschlag vorgeformt ist. Es müßte die Analyse jeder ökonomischen Epoche schon die Tendenzen zu ihrer Selbstaufhebung aufweisen können.

Verhalten (einerlei ob äußeres oder innerliches Tun, Unterlassen oder Dulden), wenn und insofern als der oder die Handelnden mit ihm einen Sinn verbinden . . . der auf das Verhalten andrer bezogen wird, und daran in seinem Ablauf orientiert ist."

Diese Kennzeichnung trifft auf alles wirtschaftliche Handeln im Rahmen jeder Verkehrswirtschaft zu. Insbesondere, wenn wir den Konsum (als Verbrauch wirtschaftlicher Güter im engsten Sinne des Wortes) ausschalten. Aber selbst wenn wir die Lehre vom Konsum in die Theorie der Wirtschaft einbeziehen, so können wir die meisten Konsumakte als soziale Handlungen auffassen, insofern als sie ja mit dem System der Produktion in einem innern Zusammenhang stehen.

Hingegen wäre das System wirtschaftlicher Handlungen eines isolierten Wirts nicht Gegenstand der Soziologie, wenngleich in seinem Verlauf als System menschlicher Handlungen auch nach dem „gemeinten Sinn" des Handelnden zu erfassen und zu „verstehen".

Der Fragestellung Max Webers entspricht es, daß er, die verschiedenen Wirtschaftssysteme in allen Epochen überblickend, eine vollständige Systematik der möglichen wirtschaftlichen Handlungen und Tatbestände gibt, ohne das Verhältnis dieser Systematisierung zur Theorie näher zu bestimmen. Der umfangreiche Katalog: „Soziologische Grundkategorien des Wirtschaftens" in „Wirtschaft und Gesellschaft", der Absicht nach nicht weniger als eine Systematisierung aller ökonomisch relevanten Tatbestände, ist offenkundig ohne Bindung an eine konkrete Theorie aufgestellt. Max Weber lehnt auch ab, Wirtschaftstheorie zu treiben, — es sollen lediglich einige weiterhin oft gebrauchte Begriffe definiert und gewisse, allereinfachste soziologische Beziehungen innerhalb der Wirtschaft festgestellt werden usw. Es wird also gewissermaßen im sozialen Felde das katalogisiert, was auch zum Tatbestandsgehalt der ökonomischen Theorie gehört. Der Leser bleibt aber darüber im Unklaren, ob Max Weber die Gültigkeit oder Fruchtbarkeit der ökonomischen Theorie von heute für alle denkbaren Wirtschaftssysteme annimmt, ja sogar darüber, ob er von der Notwendigkeit einer ökonomischen Theorie als Schema zum Verständnis einer konkreten Geschichtsepoche überzeugt ist. Gegenüber diesem Katalog „soziologischer Grundkategorien des Wirtschaftens" erhebt sich die Frage, ob denn nicht schon die Aufnahme eines solchen Inventars Theorie voraussetzt? Das ist für die Bedeutung wichtig, die man der Einzelwissenschaft überhaupt geben will. Wozu würde man sie überhaupt brauchen, wenn sie nicht notwendig ist, um die Tatsachen ihres Problemkreises adäquat zu erfassen? Tatsächlich findet nun doch hie und da bei Max Weber eine Auseinandersetzung mit der ökonomischen Theorie statt, freilich ohne Fixierung des eigenen Standpunkts.

3. METHODOLOGISCHE VORBEMERKUNGEN ZUR WIRTSCHAFTSTHEORIE.

a) Zeitliche oder zeitlose Geltung der Theorie?

Ohne die Frage des Zusammenhangs zwischen Wirtschaft und Gesellschaft schon an dieser Stelle vollkommen klären zu können, sei doch bemerkt, daß in den hier entwickelten Grundgedanken einer theoretischen Ökonomie die Tatsachen der entwickelten Verkehrswirtschaft, und zwar in der Form unserer kapitalistischen Wirtschaft das Objekt der Analyse bilden, wenn nicht ausdrücklich etwas anderes gesagt ist. Da die entwickelte Verkehrswirtschaft nicht ohne weiteres dargestellt werden kann, ist als Vorstufe meist die Analyse der statischen Phänomene erforderlich. Was den Gegenstand der Analyse bildet, wird jeweils hervorgehoben. Eine fruchtbare Entwicklung ökonomischer Grundbegriffe ebenso wie ihre Verknüpfung zu einem Schema wirtschaftlichen Handelns ist meines Erachtens mit zeitloser Geltung nicht möglich, sondern muß für jede der wirtschaftlichen Hauptepochen oder -formen gesondert erfolgen. Auch wo das nicht ausdrücklich geschieht, wird doch ein solches konkretes Gesellschaftssystem immer mitgedacht (z. B. bei Ricardo und selbst bei Böhm-Bawerk). Die Begründung dieses Standpunktes soll nicht in methodologischen Darlegungen, sondern in der Entwicklung der Grundbegriffe selbst gegeben werden. An ihnen muß sich zeigen, daß sie sich mit den Wirtschaftssystemen modifizieren.

b) Wirklichkeit und Wissenschaft.

Eine weitere methodologische Vorbemerkung wird sich jedoch nicht umgehen lassen: wenn wir das „wirtschaftliche Handeln“ zum Gegenstande unserer Untersuchung machen, seine Gesetzmäßigkeit aufsuchen, wenn wir das „gesamte Ensemble wirtschaftlicher Tatsachen und Verhältnisse“ analysieren, so müssen wir uns dessen bewußt sein, daß nicht die Realität als Ganzes, als unverarbeiteter Erfahrungsstoff, wissenschaftlich erfaßt werden kann. Ebensowenig kann man das „wirtschaftliche Handeln“ als einen Teil der Realität reinlich absondern und lediglich beschreiben. So wenig sich irgendeine Wissenschaft in der Beschreibung der Wirklichkeit erschöpft, ist auch die Ökonomie mit Deskription gleichbedeutend. Mehr noch: wir können die Realität überhaupt nicht in ihrem Sein, wie sie an sich ist, erfassen. Nur indem wir unsere Formen der Anschauung an sie heranbringen, indem sie also im Raum und in der Zeit in unser Bewußtsein tritt, wird sie uns zugänglich. Jede Wissenschaft muß außerdem an die Realität ihre eigenen Ordnungsbegriffe heranbringen und dadurch die Realität zu einem Erkenntnisobjekt umformen, weil sie als bloßes wirres und komplexes Erfahrungsobjekt gar nicht weiter verarbeitet werden könnte. Ohne diese „Ordnungsbegriffe“ bleibt jede Apperzeption bloßes „Erleben“, d. h. durch das Bewußtsein hindurchgehender intensiver einmaliger Inhalt, unvergleichbar mit jedem andern Bewußtseinsinhalt, vielleicht Ausgangspunkt, aber nicht Bestandteil wissenschaftlicher Gedankenführung. Die ungereinigte Empirie vermag bloß „Erfahrungsobjekte“ zu geben, die aus zahllosen wissenschatflichen und vorwissenschaftlichen Begriffen geformte Komplexe darstellen. Dieser Haufen von Tatsachen ist selbst als Baustein für die wissenschaftliche Lehre nicht ohne weiteres brauchbar. Das ist heute schon allgemein anerkannt. Wenn gelegentlich die Wendung gebraucht wird, daß man „zu den Phänomenen zurückkehren muß, welche die Lehre selber sind“, so muß das abgelehnt werden, wenn damit ausgedrückt werden soll, daß die naive vorwissenschaftliche Betrachtung der „Realität“ sei es auch im spontansten und intensivsten „Erleben“, zur Lehre führen kann [1]).

1) Auch Goethe hat das os intermaxillare nicht aus der naiven

Den Gegenstand unserer Wissenschaft bildet das wirtschaftliche Handeln, wobei wir uns dessen bewußt sein müssen, daß wir seine Eigenart und die inneren Zusammenhänge nicht durch bloße Beschreibung erschließen können. Ebensowenig als die Naturwissenschaft eine bloße Photographie der Naturvorgänge ist, ebensowenig kann die Wirtschaftswissenschaft eine „naturgetreue“ Beschreibung der wirtschaftlichen Vorgänge und Formen sein. Denn die bloße Empirie führt noch zu keiner Erkenntnis. Vor allem vermag sie nichts über den Zusammenhang der Tatsachen, welche sie allenfalls feststellen könnte, auszusagen.

Unsere Aufgabe ist es nun, das wirtschaftliche Handeln einer Epoche als sinnvolles, in sich geschlossenes Ganze zu verstehen. Das führt zur Frage: wie ist Wirtschaft als ein in sich geschlossenes Ganzes möglich? Wie kann Wirtschaft als Ganzes gedacht, in seinem Sinnzusammenhang erfaßt, und dadurch verstanden werden? Oder: in welchen Begriffen kann ich die Wirtschaft als Ganzes widerspruchslos denken? Diese Begriffe sind also nicht „Abbilder der Wirklichkeit“, sondern Behelfe, Werkzeuge, mit denen ich mich der Totalität des wirtschaftlichen Handelns derart bemächtigen kann, daß es nicht mehr einen wirren Haufen von Tatsachen, sondern ein in sich zusammenhängendes verständliches Ganzes darstellt, das nicht nur zufällig da ist, sondern als kontinuierliche historische Form existieren kann, also in derselben Art wiederkehrt. Das wirtschaftliche Sein in seinen großen historischen Formen bildet demnach, wenn es in den Grundbegriffen gefaßt ist, das Erkenntnisobjekt unserer Wissenschaft.

Damit scheiden wir das Erkenntnisobjekt vom Erfahrungsobjekt und verstehen unter dem ersteren die ganze Fülle der Wirklichkeit, aber bereits gesehen unter dem Blickpunkt der wirtschaftlichen Grundbegriffe, die uns anleiten, die Tat-

Betrachtung des Phänomens gewonnen, sondern durch Rückkehr des wissenschaftlichen Gedankens zum Phänomen. Wobei das Hauptgewicht darauf zu legen ist, daß es der wissenschaftliche Gedanke war, der zurückkehrte, und nicht das naive, vorwissenschaftliche, bloß beobachtende Auge. Denn das Auge kann kein Prinzip entwickeln, weil sich ihm nur die Sichtbarkeit, aber nicht die Zusammenhänge darbieten, die zu erschließen es nur helfen kann.

sachen zu gliedern und zu einem Sinnzusammenhang zu formen. Derart ist jeder Begriff bereits eine Formung der Wirklichkeit und deshalb nicht bloß Empirie, aber tut doch der Erfahrung keine Gewalt an, weil die Prägung der Wirklichkeit im ordnenden Begriff die spezifische Art ist, in der die Menschen überhaupt nur sehen und rational handeln können. Auch der Mensch des Alltags bedient sich dieser ordnenden Begriffe, auch er gibt sich nicht einer unverarbeiteten Realität hin. Nur mittels der verschwommenen Begriffe der Erfahrung und der präzisen der Wissenschaft ist es möglich, die Fülle der Erscheinungswelt als sinnvolle Einheit sei es von Erfahrungs- oder sei es von Erkenntnisobjekten einzufangen. Dabei hat der Niederschlag des gesellschaftlichen Anschauens und Denkens, wie er sich im täglichen Sprachgebrauch findet, bereits oft der Wissenschaft wertvolle Fingerzeige gegeben. Besonders Wieser hat diese Feinfühligkeit der Sprache für sehr subtile Unterschiede oft hervorgehoben und genutzt.

c) Die Verbindung von Gestaltung der Wirklichkeit und Wissenschaft in der Entwicklung der Theorie.

Das Bemühen um die Herausarbeitung eines von der Erfahrung möglichst unabhängigen Erkenntnisobjekts ist ein Problem der neueren theoretischen Ökonomie. Es ist daher nicht unzweckmäßig, die wichtigsten Epochen des nationalökonomischen Denkens hinsichtlich ihrer Haltung zum Problem der Wirklichkeit zu kennzeichnen.

Die Merkantilisten nahmen ihre Fragen wie auch ihre Begriffe direkt aus der Erfahrung. Die praktischen Aufgaben der Zeit wurden ergriffen, es wurde nach den Quellen gefragt, aus denen der Reichtum fließt, und nach den Mitteln, die den Reichtum fördern. Erkenntnis wurde nur gesucht, um sie sofort praktisch zu nutzen. Die Erkenntnis schloß sich auch eng an die praktische Wirklichkeit an, war den Produzenten wie den Staatsmännern einleuchtend, gewissermaßen nur die Formulierung des praktischen gesunden Menschenverstandes. Daher auch kein Unterschied zwischen dem Objekt der Wirtschaftstheorie und der Wirtschaftspraxis.

Die Physiokraten hatten eine theoretische Fragestellung, und sie bedienten sich als ihrer Methode der Deduktion

aus allgemeinsten Obersätzen. Diese Obersätze wiederum wollten sie aus der Vernunft ableiten. So theoretisch ihr System war (z. B. das tableau économique, das die ganze Wirklichkeit auf sechs Linien reduziert und den geläufigsten Tatsachen kühn ins Gesicht schlägt), so sollte es doch nicht bloß der Erkenntnis dienen. Ihr Erkenntnisobjekt war in ihrem Bewußtsein zugleich die ganze Erfahrung auf den Begriff gebracht und deshalb in ihrem eigenen Sinn wirklicher als diese Erfahrung selbst. Weil die richtige Theorie, mit der Kraft der erleuchteten Vernunft gewonnen, zugleich die richtige Wirklichkeit darstellte, zeigte sie den Weg richtiger Politik, richtigen Handelns und war für alle Wesen mit menschlicher Vernunft zugleich verpflichtend und zwingend. Wie sich der pythagoreische Lehrsatz, sobald er einmal verstanden ist, der menschlichen Vernunft aufdrängt, so sollte auch die physiokratische Lehre ein unwiderlegliches und ewig gültiges System schaffen. Die Physiokraten sehen also keinen methodischen Gegensatz zwischen der euklidischen Geometrie, die auf Axiomen aufgebaut wird, letzten Endes aber auf der uns gegebenen Anschauungsform des dreidimensionalen Raumes ruht, und einer Theorie, welche soziale Tatsachen verarbeitet, die aus verschiedenen Aspekten gesehen werden können. Echtes 18. Jahrhundert auch in der unvergleichlichen Sicherheit der Deduktion.

Ebenso 18. Jahrhundert, aber wirklichkeitsnäher als die Physiokraten ist Adam Smith. Man sagt wohl nicht zuviel, wenn man behauptet, daß für ihn der gesamte Tatsachengehalt seiner Zeit zugleich Gegenstand des theoretischen Bildes war, das er entwarf. Infolgedessen war auch bei ihm Theorie und Praxis identisch: aus der theoretischen Betrachtung erwuchs ohne weiteres die Maxime „richtigen" Handelns. Dabei war er sich dessen wohl bewußt, daß die praktischen Erwerbsinteressen selbst die Anschauungen beeinflussen. Aber er glaubte an die Möglichkeit einer für alle gleich vorteilhaften Wirtschaftspolitik und glaubte an ihre Erkennbarkeit durch die Vernunft. Auch Adam Smith hätte eine Scheidung von Erfahrungs- und Erkenntnisobjekt niemals akzeptieren können.

Schon bei Ricardo trübt sich die optimistische Einstellung von Adam Smith. Er sieht zu deutlich die — wenigstens

vorübergehend, zum Teil aber auch dauernd — antagonistischen Interessen in der kapitalistischen Verkehrswirtschaft. (Vgl. das wichtige Kapitel über die Wirkung der Einführung von Maschinen.) Sein wissenschaftliches Lebenswerk gilt der Analyse der Zusammenhänge in der Verkehrswirtschaft, und wenn auch sein Wille, die Wirtschaftspolitik zu beeinflussen, deutlich zu fühlen ist, so gilt doch seine Bemühung in erster Linie der reinen Analyse. Trotzdem kann er noch nicht als Vertreter der reinen Theorie im modernen Sinn des Wortes angesprochen werden. Denn die Erkenntnis weist bei ihm stets schon auf eine Richtung des Handelns hin.

Erst in der modernen reinen Theorie löst sich der Gedankengang ganz von der Wirtschaftspolitik los, indem das Wert- und Preisproblem und das Gleichgewichtsproblem isoliert behandelt werden. Wenn auch die Fragen der Geld- und Kredittheorie, der Einkommensverteilung und das Konjunkturproblem in reichem Maße bearbeitet werden, so ist doch in der modernen Lehre die Absicht unverkennbar, ein theoretisches System einer Verkehrswirtschaft aufzubauen, das zwar die Erkenntnisgrundlage für die Wirkungen aller möglichen wirtschaftspolitischen Bestrebungen bietet, aber aus dem heraus keine einzige praktische Bestrebung als notwendig oder allgemein wünschenswert zwingend deduziert werden kann[1]. Damit erst ist eine Einstellung gewonnen, auf Grund deren auch eine Loslösung des Erkenntnisobjekts vom Erfahrungsobjekt überhaupt postuliert werden kann. Das entspricht zugleich dem Zustand der Wissenschaft in einer Zeit, in der zahlreiche praktische Strömungen miteinander ringen, in der es nicht eine einheitliche Überzeugung vom richtigen Handeln und auch nicht eine einheitliche Meinung von den Entwicklungstendenzen gibt. Es heißt aber das Kind mit dem Bade ausschütten, wenn man die Forderung nach objektiver Erkenntnis auf dem Wege der Konstruktion eines Begriffs der Wirtschaft jenseits des Wirtschaftens erfüllen will. So wenig die Feststellung einer Tatsache bereits eine Theorie ist, so wenig empirische Feststellung der Beziehung von Tatsachen aufeinander und statistischer Regelmäßigkeiten

1) „Wirtschaftlich notwendig" sollen daher in dieser Lehre nur Regelmäßigkeiten des Seins heißen, die unerläßliche Bedingungen des untersuchten Wirtschaftsprozesses sind.

die Stelle einer Theorie einnehmen können, ebensowenig wird es umgekehrt möglich sein, eine Theorie ohne jeden Tatbestandsgehalt aufzubauen.

4. WIRTSCHAFT UND WIRTSCHAFTLICHES HANDELN.

a) Nähere Bestimmung des wirtschaftlichen Handelns durch Beziehung auf nachhaltige Bedarfsdeckung.

Was ist Wirtschaft? Nichts scheint einfacher. Wenn wir sagen, jemand sei wirtschaftlich, so meinen wir, daß er mit dem ihm zur Verfügung stehenden Güterbestande zweckmäßig umzugehen versteht. Wir sprechen des weiteren z. B. von der Wirtschaftlichkeit eines Heizverfahrens und meinen, daß bei diesem Verfahren in höherem Grade als bei einem andern das Heizmaterial zu zweckmäßigster Auswertung gebracht wird, daß also die aus demselben Heizmaterial hervorgeholten Wärmemengen größer sind als bei einem andern Verfahren. Wenn wir näher zusehen, finden wir, daß wir auf allen Gebieten des menschlichen Lebens von „Wirtschaftlichkeit" (jetzt dieses Wort in einem weiteren Sinn gebraucht) sprechen können, daß nicht nur bei einem Haushalten mit einem Sachgüterbestande, sondern daß bei allen Handlungen der Menschen, wenn sie zweckmäßig angelegt sind, die gleiche Art des Handelns vorliegt: nämlich zweckmäßige Disposition über die in Knappheit vorhandenen Mittel, deren Verwendung zum angestrebten Ziele führt, derart, daß mit einem möglichst geringen Aufwande ein möglichst großer Effekt erzielt wird (ökonomisches Prinzip).

Es spielt also die Ökonomie der Mittel auf allen Gebieten der menschlichen Betätigung eine große Rolle und auch das scheinbar nutzlose, dem unkritischen Betrachter „zwecklos" scheinende Handeln in Spiel und Sport ist von einer bestimmten Ökonomie der Mittel beherrscht, welche ihm erst das Gepräge und den eigentlichen Reiz verleiht. Dieser gleiche Grundcharakter alles von der Vernunft geleiteten menschlichen Handelns tritt nicht überall scharf ins Bewußtsein, weil die Zwecke, von denen sich die Menschen leiten lassen, nicht ohne weiteres erkennbar sind, und weil sie, auch wo

sie erkennbar sind, nicht von jedem anerkannt werden, so daß manches Handeln irrational scheint, das es seiner Anlage nach nicht ist [1]).

Ebenso ist es klar, daß bei einem Widerstreit der Zwecke jeweils erst entschieden werden muß, welcher Zweck der höhere ist, um das rationale Handeln festzustellen. Aber auch dann wird nach getroffener Entscheidung alles rationale Handeln sich widerspruchslos nach der Formel: höchster Effekt mit Aufwendung geringster Opfer verstehen lassen.

Es wäre nun unzweckmäßig, *alles* Handeln als wirtschaftlich zu bezeichnen und demnach als Wirtschaft den Gesamtinhalt vernünftigen menschlichen Tuns anzusprechen, bis zur künstlerischen Betätigung und bis zum flüchtigen Spiel. Das müßte man tun, wenn man alles Handeln als wirtschaftliches bezeichnen wollte, in welchem nach dem „ökonomischen Prinzip“ verfahren wird. In diesem Sinn ist eben alles vernünftige Handeln ökonomisch. Und zwar ökonomisch mit Notwendigkeit nach der Anlage unseres Hirns und der Ordnung unseres Bewußtseins. Denn wir sind gar nicht imstande, so zu denken und so zu handeln, daß wir das ökonomische Prinzip verletzen. Dieses ist also die immanente Form unseres Handelns, und es hat keinen Sinn, diese rein formale Tatsache zum Kriterium gerade des wirtschaftlichen Handelns zu machen. Wir müssen es daher durch eine inhaltliche Bestimmung seines Zieles charakterisieren. Wir wollen als wirtschaftliches Handeln bezeichnen: *alle menschlichen Tätigkeiten, welche die entgeltliche Beschaffung materieller Güter (und zwar von Sachgütern und Dienstleistungen) zum Zwecke der (nachhaltigen) Bedürfnisbefriedigung zum Gegenstande haben.* Dabei ist schon vorausgesetzt, daß das Verhältnis zwischen Aufwand und Erfolg möglichst günstig ist, weil wir das beim *zweckmäßigen* Handeln als selbstverständlich annehmen. In dieser Definition ist unter „entgelt-

1) Wenn jemand z. B. in seiner Wirtschaftsführung die Neigung hat, „sich gehen zu lassen“, so ist für ihn ein Handeln zweckmäßig, das einem „ökonomisch“ angelegten Menschen ganz unsinnig erscheint. Die beiden können einander nicht verstehen, weil jeder verschiedene Maximen befolgt.

licher Beschaffung materieller Güter“ in erster Linie die Beschaffung der Güter auf dem Wege des Verkehrs verstanden; aber die Definition kann auch angewendet werden auf eine Wirtschaft, bei welcher die Bedürfnisbefriedigung nicht durch den Verkehr hindurchgehen muß, sondern in welcher der Produzent oder die Wirtschaft der Produzenten lediglich für den eigenen Bedarf arbeitet, also jede Produktion bereits im Hinblick auf ein Bedürfnis erfolgt. Unter „Bedürfnisbefriedigung“ ist die Befriedigung aller Bedürfnisse zu verstehen, welche sich an die Verfügung über materielle Güter, seien es Sachgüter oder Dienstleistungen, anknüpfen [1]). Die Ökonomie ist nicht Richter über die Bedürfnisse, sondern nimmt sie als *Daten*, die sie in die Rechnung einstellt.

In einer Verkehrswirtschaft ist wirtschaftliches Handeln alles rationale Handeln, das auf einen Markt von Waren (Sachgütern oder Dienstleistungen) bezogen ist [2]). Sei es als technisches Produzieren oder als Tauschhandlung. Ist ein Wirtschaftssubjekt in einen Verkehrszusammenhang hineingestellt, so erhalten auch Handlungen oder Unterlassungen indirekt einen wirtschaftlichen Charakter, die in einem System der Bedarfsdeckung aus eigner Produktion (zumal wenn in ihm alle Möglichkeiten ausgenutzt sind) keinen wirtschaftlichen Charakter besitzen. Z. B. Muße als Unterlassung der Produktion für einen Markt ist in einer Verkehrswirtschaft

1) Ähnlich auch SOMBART (Nationalökonomie. Ein Überblick, WwA. 1929, 30. Bd., H. I, S. 4), der als Wirtschaft „nicht das bestimmte formale Verhalten“ ansieht, das wir besser mit Wirtschaftlichkeit bezeichnen und das im Handeln nach dem „ökonomischen Prinzip“ . . . besteht — dieses Handeln bezieht sich auf alle Tätigkeitsbereiche der Menschen gleicherweise und kann niemals den Gegenstand einer Fachwissenschaft bilden. Dagegen bedeutet bei SOMBART Wirtschaft als Gegenstand der Nationalökonomie „einen *sachlich* abgegrenzten Bezirk der menschlichen Kultur, der durch die Unterhaltsfürsorge, d. h. die auf die Beschaffung und Verwertung der Sachgüter gerichtete Tätigkeit, gebildet wird.“ Ähnlich jetzt auch in: „Die drei Nationalökonomien“ S. 5.

2) Unter Markt ist verstanden das regelmäßige Vorhandensein von Personen, welche Sachgüter oder Dienstleistungen bestimmter Art aus- bzw. einzutauschen wünschen. MAX WEBER (W. u. G. S. 364) spricht von Markt, „sobald auch nur auf einer Seite eine Mehrheit von Tauschreflektanten um Tauschchancen konkurrieren“.

im System des wirtschaftlichen Handelns eine negative Größe, hingegen in der Bedarfsdeckungswirtschaft (bei Ausnützung aller Möglichkeiten) irrelevant. Man wird aber den Begriff des wirtschaftlichen Handelns auch für die Verkehrswirtschaft nicht überspitzen wollen, und zweckmäßigerweise nur diejenigen Handlungen einbeziehen, welche sich direkt auf einen Markt beziehen, sei es auch nur dadurch, daß sie Tauschhandlungen überflüssig machen (Sparen und Eigenproduktion).

Aus dieser Erörterung geht schon hervor, daß wirtschaftliches Handeln nicht durch den näheren Inhalt der Tätigkeit, sondern nur dadurch gekennzeichnet werden kann, daß es ein Element in dem so gekennzeichneten System der Bedürfnisbefriedigung bildet. Ob also eine Handlung in unserem Sinn zur „Wirtschaft“ gehört, ist nicht aus ihrem Inhalt abzuleiten. Z. B.: der Produktionsprozeß in einem Unternehmen der chemischen Industrie gehört zweifellos zur Wirtschaft, weil die Handlungen aller in der Produktion Tätigen den Zweck haben, für sie materielle Güter zum Zwecke der Bedürfnisbefriedigung zu beschaffen. Aber dieser technische Vollzug an sich ist noch nicht wirtschaftliches Handeln. Nehmen wir z. B. an, daß sich derselbe Prozeß im wissenschaftlichen Laboratorium vollzieht, so ist der unmittelbare Zweck des technischen Prozesses: Befriedigung des wissenschaftlichen Interesses, nicht aber Bedürfnisbefriedigung. Man kann also wirtschaftliches Handeln nicht durch Beschreibung seiner sachlichen Gehalte charakterisieren, sondern nur durch die Beziehung auf ein rationales System der Bedürfnisbefriedigung. Man kann es nicht, wie Gold oder Eisen, naturwissenschaftlich, durch Verknüpfung von äußeren Merkmalen, welche zusammengefaßt eindeutig sind, kennzeichnen, weil menschliches Handeln je nach der Zweckbeziehung bald „wirtschaftlich“ in unserem Sinn ist, bald nicht. Insbesondere ist, wie schon aus dem bisher Gesagten folgt, ein technischer Produktionsvorgang noch nicht wirtschaftliches Handeln. Denn wir müssen sogar manchmal ein Nicht-Handeln, ein Unterlassen, ja sogar ein Zerstören als „wirtschaftliches Handeln“ unserer Definition gemäß bezeichnen. Wenn z. B. innerhalb eines Kartells die Funktion eines Angestellten darin besteht, zu kontrollieren, ob nicht zuviel produziert wird, so

ist diese Kontrolle, welche Produktion verhindert, wirtschaftliches Handeln; ebenso ist die Vernichtung eines Teiles einer überreichen Ernte, — also etwa die Verbrennung eines Teiles der Gewürzimporte durch die Holländer [1]), um den Rest besser verkaufen zu können —, im Sinne der Definition „wirtschaftliches Handeln“. Es zeigt sich eben deutlich, daß nie der Inhalt einer Handlung, sondern lediglich die Beziehung zu einem System der Bedürfnisbefriedigung es ist, welche sie zum wirtschaftlichen Handeln stempelt [2]).

---

1) Die ostindische Kompagnie hat dies lange, bevor es eine ökonomische Theorie gab, praktiziert. Hätte man die ganzen Ladungen, welche die Schiffe nach Europa brachten, auf den Markt geworfen, so wäre der Verkauf nur mit Verlust möglich gewesen, während so Riesengewinne erzielt wurden. Auch ein großer Teil der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik ist Kampf gegen den Überfluß, also für größere Knappheit auf dem Markte, um die Rentabilität bestimmter Produktionszweige zu verbessern. Das gilt besonders für die Agrarpolitik.

2) Alle anderen Definitionen halte ich entweder für zu weit oder für zu eng. Zu eng ist z. B. auch die Definition von Fr. J. Neumann (Grundlagen der Volkswirtschaftslehre, Tübingen 1889), der den „Inbegriff aller Tätigkeiten Wirtschaft nennt, welche zur Verwendung oder zur Gewinnung oder zur Erhaltung von Vermögen für jemand dient“. Eine Definition, welche etwas merkwürdig scheint angesichts der Tatsache, daß die überwiegende Masse der Bevölkerung über „Vermögen“ nicht verfügt und sicherlich bei der wirtschaftlichen Tätigkeit nicht in erster Linie an das „Vermögen“ denkt. Neumann sucht zwar dieser Begriffsbestimmung (welche übrigens schon einen wirtschaftlichen Begriff, nämlich Vermögen, voraussetzt) einen allgemeineren Sinn zu geben. Er sucht der Schwierigkeit durch einen Gedankengang Herr zu werden, in dem eine Totalitätsbetrachtung vorgeahnt ist, und baut ein Begriffssystem auf, in dem der eine Begriff den andern bedingt und vice versa. So sagt er (a. a. O. S. 25), daß freilich auch, und zwar „von vielen, vielleicht den meisten der Wirtschaftenden, zur Deckung ihres Bedarfs“ gewirtschaftet wird. Aber, fährt er fort, „indem sie zur Deckung ihres ‚Bedarfs‘ wirtschaften, sind sie doch auch bestrebt, sich Vermögensteile zu erwerben oder solche zu bewahren, und die andern, die Wohlhabenden, die nicht oder nicht allein an die Deckung ihres Bedarfs denken, wirtschaften vorzugsweise, ihr Vermögen zu erhalten oder zu vergrößern“. Aber ist etwa das Wirtschaften des besitzlosen Proletariers darauf gerichtet, den Verkauf des ärmlichen Hausrats („Vermögen zu bewahren“) zu vermeiden? Wie deutlich zeigt sich hier in der Begriffsbildung die „bürgerliche Note“! Da in der modernen Wirtschaft die Kate-

Neuerdings hat HANS MAYER in geistvoller Weise versucht (Ztschr. für Volkswirtschaft, Sozialpol. u. Verw. N. F. Bd. 2), die Schwierigkeiten einer Definition des wirtschaftlichen Handelns zu überwinden. Beim rationellen Handeln schlechthin, sagt er ungefähr, besteht die Aufgabe darin, mit einem gegebenen Apparat an Mitteln, unter gegebenen Bedingungen das dem angestrebten Zweck adäquateste Resultat mit der geringsten Mühe zu erreichen. Die Gesamtheit der Mittel und Bedingungen und das angestrebte Ziel gegeben, ist die Lösung eindeutig. Beim wirtschaftlichen Handeln wird es sich aber — sagt er — immer darum handeln, aus einer Reihe von gegebenen Möglichkeiten und einer Reihe von angestrebten Zielen durch entsprechende Kombination ein Optimum zu erreichen. Es wird immer eine Wahl, eine Entscheidung zwischen mehreren Möglichkeiten notwendig sein.

Ist dies aber nicht auf sehr vielen Gebieten rationellen Handelns so? So macht politisches Handeln (gewiß auch rational, wenngleich oft irrationale Größen in die Rechnung einstellend), häufig Entscheidung zwischen mehreren Möglichkeiten notwendig. Beim politischen Handeln mag die Parallele oft soweit gehen, daß zur Erreichung eines politischen Erfolgs auch politische Opfer gebracht werden müssen. Der Unterschied zum wirtschaftlichen Handeln besteht dann darin, daß hier Opfer und Erfolg nicht leicht auf einen quantitativen Ausdruck gebracht werden, sondern eher nur gefühlsmäßig gegeneinander abgewogen werden können. Vielleicht ist überhaupt diese Möglichkeit der Reduktion von Opfern und Erfolg auf Quantitäten der gleichen Art (welche bei allseitiger Beziehung auf Tauschakte erfolgt) das charakteristische Zeichen wirtschaftlichen Handelns. Allerdings findet es sich auch auf andern Gebieten des rationalen Handelns, z. B. im technischen Felde.

b) Der homo oeconomicus.

Träger aller wirtschaftlichen Handlungen ist der Mensch. Aber indem er wirtschaftet (was darunter zu verstehen,

gorie des Einkommens eine nicht weniger wichtige ist, so muß die Definition eben weiter gefaßt und auf die Bedürfnisbefriedigung abgestellt werden.

werden wir gleich sehen), verfolgt er eine Zielsetzung, nämlich möglichst reichliche und mühelose Bedürfnisbefriedigung, die mit andern Zielsetzungen in Konflikt geraten mag. Der Mensch lebt eben nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch in einem Staat, in einem Volk, in einer Familie, in einem Gesellschaftskreis. Nicht ausschließlich die Sorge um seine Bedürfnisbefriedigung, nicht ausschließlich die Sorge um Erwerbung von Reichtum leiten ihn, sondern er wird auch noch von andern Motiven beherrscht. Aber die Handlungen, welche aus andern als wirtschaftlichen Motiven entspringen, betrachten wir hier nicht. Wir fingieren, daß der Mensch bloß wirtschaftliche Interessen habe, also ein homo oeconomicus sei. Wenn wir die Menschen so vorstellen, so weichen wir bewußt von der Wirklichkeit ab, aber nur insofern, als wir die für unsere Betrachtung wichtigsten Tatbestände hervorheben und sie von andern unwichtigeren Tatbeständen, mit denen sie in der Wirklichkeit oft vermischt sind, gedanklich lösen. Diese von uns vernachlässigten Elemente der Wirklichkeit haben oft, aber nicht immer, eine geringe praktische Bedeutung. Wir müssen aber den Menschen als rational wirtschaftend annehmen, um die Erfahrungswelt als Wirtschaftssystem begreifen zu können. Hierbei ist also der Erkenntniszweck der leitende Gesichtspunkt. Aber auch er ist vom „Leben“ nicht abgelöst, sondern zieht seine Berechtigung daraus, daß die wissenschaftliche Betrachtung eine adäquatere Erfassung der Wirklichkeit möglich macht.

Wir stellen also die Menschen vor, als ob sie lediglich wirtschaftliche Interessen hätten (obzwar nicht einmal das, wie wir unten sehen werden, notwendig wäre. Aber diese strengere Annahme vereinfacht sehr den theoretischen Gedankengang). Den Begriff des homo oeconomicus wollen wir also zunächst ganz streng, und zwar so auffassen, daß der Mensch überall dort handelt, wo er einen Vorteil erlangen kann, daß er in seinem Handeln jeden Vorteil wahrnimmt, und daß er immer lieber den größern als den kleinern Vorteil wahrnimmt. Wir nehmen ferner an, daß er intellektuell in der Lage ist, seine Interessen wahrzunehmen, d. h. also, daß er seine Lage genau erkennt, daß er jede Situation übersieht und beherrscht und daß er sich aller Konsequenzen

seiner wirtschaftlichen Handlungen bewußt ist. Auch seine Partner werden genau so vorgestellt, wie er. Wenn wir diese Annahmen machen, so verlaufen die menschlichen wirtschaftlichen Handlungen vollkommen eindeutig, es gibt keine verschiedenen Möglichkeiten, wir sehen uns einer Abfolge von Handlungen gegenüber, die in ihrem Zusammenhang notwendig sind und anders gar nicht gedacht werden können.

Allerdings deckt sich dieses Bild nicht mit der Wirklichkeit, aber es genügt, dies zu wissen, um falsche Schlüsse aus unseren Voraussetzungen zu vermeiden. Überdies können wir feststellen, daß dieser homo oeconomicus nicht eine leere Fiktion ist, sondern uns annäherungsweise in der Realität begegnet. In der Verkehrswirtschaft ist jeder Mensch nicht nur geneigt, sondern auch genötigt, seinen Vorteil wahrzunehmen, weil dies Bedingung seiner Existenz ist. Auch das Fallgesetz ist keine Fiktion, obwohl es sich in der Realität nicht rein verwirklicht; denn trotzdem stimmt es annähernd auch für die Wirklichkeit und wir können den wirklichen Verlauf der Naturvorgänge unter seiner Annahme verstehen. Ähnliches aber gilt vom homo oeconomicus. Um ihn zu finden, darf ich freilich nicht in Wahlversammlungen, in den Kreis der Familie oder auf den Fechtboden treten, sondern muß ihn dort suchen, wo das wirtschaftliche Leben seinen Höhepunkt erreicht, also auf der Börse, im Kartellbureau, im Fabrikkontor. Überall in den maßgebenden Zentren des Wirtschaftslebens werde ich sehen, daß der Mensch homo oeconomicus ist, weder Vaterland, noch Familie, noch Moral kennt und kennen darf, wenn er sich wirtschaftlich unter Menschen aufrechterhalten will, die derselben Maxime gehorchen.

Ganz einfache, jedermann bekannte Tatsachen des wirtschaftlichen Lebens zeigen uns das: verkauft nicht jeder Bäcker sein Brot an den Kunden, der ihm Geld auf den Ladentisch legt, und kümmert sich nicht darum, ob etwa in der Nachbarschaft Menschen Hungers sterben, weil sie das Brot nicht bezahlen können? Und erstellt der Bauunternehmer nicht weiträumige Villen, während sich ungezählte Massen in unmöglich engen Quartieren zusammenpferchen? Handeln Bäcker, Landwirte, Bauunternehmer wie Möbeltischler anders und können sie anders handeln? Sie müssen ihre Ware an den übersättigten aber zahlungsfähigen Käufer abgeben, auch wenn arme Leute ihre Produkte noch so sehr benötigen, da sie ja nur dann ihre Produktion fortsetzen können, wenn sie aus ihr die Mittel für die Deckung der Kosten und für ihren eigenen Unterhalt gewinnen. Schenken sie ihre Ware weg, so vernichten sie ihre wirtschaftliche Existenz.

Selbst wenn man annimmt, daß das egoistische Verhalten der Menschen nur durch die Mechanik des wirtschaftlichen Gesamtzusammenhanges diktiert wird, daß sie aber „von Natur" nicht „homines oeconomici" sind — jedenfalls ist es nicht falsch, sie als homines oeconomici zu stilisieren; dieser Typus ist realistischer als die Konstruktion aus andern Grundmotiven heraus. Diese andern Motive, moralische, religiöse usw., betätigen sich in einer entwickelten Verkehrswirtschaft gewiß auch in hohem Maße; jedoch nicht das wirtschaftliche Leben wird von ihnen geprägt, sondern nur an der Peripherie, etwa erst nach Abschluß des Produktionsprozesses, werden — man kann sagen: leider selten — diese außerwirtschaftlichen Motive bestimmend.

Für die Geltung der theoretischen Gedankengänge würde es überdies genügen, anzunehmen, daß sich jeder Mensch darüber klar ist, wie er sich zu verhalten hat, wenn er sich in der ökonomischen Welt, d. h. in der Welt des Marktes, zweckvoll bewegen will. Ferner wenn er sich darüber klar ist, innerhalb welcher Grenzen er die Gebote des Marktes anerkennen will. (Innerhalb gewisser Grenzen wird sie ja in einer Volkswirtschaft jeder anerkennen müssen.) Es stellen dann nämlich seine außerökonomischen Handlungen einen Sektor des Handelns dar, der auch in ökonomischen Begriffen aufgefaßt werden kann.

Diese außerökonomischen Handlungen kennzeichnen sich dadurch, daß sie einen Verzicht auf Einkommens- oder Vermögensteile nach sich ziehen, denen nicht ein Gegenwert in Gütern, Waren oder Leistungen als Äquivalent gegenübersteht. Das Ausmaß dieser (ökonomisch gesprochen) „Verluste" ist also der Preis, den das Wirtschaftssubjekt zu zahlen bereit ist, um anders als ökonomisch zu handeln.

Insbesondere vom Boden der subjektiven Wertlehre würde eine solche, der Wirklichkeit näher stehende Annahme, den

strengen Zusammenhang der „ökonomischen Welt“ nicht zerreißen. Das wird jedem, der die Grundelemente der subjektiven Lehre kennt, ohne weiteres einleuchten.

Aber auch vom Boden einer objektiven Lehre bedingt außerökonomisches Handeln nur eine Deviation der Preisgrößen und der Einkommenssummen, welche genau bestimmt werden kann, wenn man Intensität und Ausmaß der außerwirtschaftlichen Handlungen kennt.

Wenngleich die Theorie meist annimmt, daß alle Menschen in dem oben erörterten strengern Sinn homines oeconomici sind, so ist es doch nicht unwesentlich, sich klarzumachen, daß wir diese Voraussetzungen für die Gültigkeit der theoretischen Sätze nicht brauchen [1]). Sie sind aber, wie erwähnt,

1) Neuestens ist auch von theoretischer Seite her (SCHUMPETER) der Begriff des homo oeconomicus in Frage gestellt worden. Das kann man aber nur, wenn man (wie es SCHUMPETER getan hat) die theoretische Ökonomie vom Menschen ganz loslöst und als einen Zusammenhang von Größenbeziehungen, also rein quantitativ konstruiert. Eine solche Anschauungsweise halte ich nicht für möglich; sie kann nur durchgeführt werden, wenn man doch nachträglich, bewußt oder unbewußt, den homo oeconomicus auftreten läßt. (Das ist auch bei SCHUMPETER in seiner „Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung“ geschehen, allerdings in einer eigentümlichen Wendung.) Wie sollte auch ein solches System von Quantitäten theoretische Ökonomie sein, wenn man die Quantitäten nicht als Preise, und diese nicht erwachsend aus einer Wertvorstellung annehmen würde? Tut man das aber, so kommt man unmittelbar zum rationellen Handeln im Markt, das nur aus der Grundvorstellung des homo oeconomicus gedacht und verstanden werden kann. Jedenfalls empfiehlt sich eine Betrachtungsweise, welche die Ökonomie als System von Qantitäten auffasst, nicht für eine einführende Betrachtung volkswirtschaftlicher Zusammenhänge.

Meiner Darstellung ist u. a. von AMONN entgegengehalten worden, daß die auch von mir akzeptierten „wirtschaftlichen“ Begriffe in unserer Wissenschaft überhaupt von Übel seien. (Vgl. hierzu AMONNS Kritik der früheren Auflage dieses Buches im Weltwirtschaftlichen Archiv, 1926, S. 176 ff.) So insbesondere der homo oeconomicus. Das Erkenntnisobjekt unserer Wissenschaft lasse sich, wie jedes Erkenntnisobjekt, nur nach einem Gesichtspunkte bestimmen. Unser Objekt hat, wie er sagt, empirisch sowohl „wirtschaftlichen“ wie „gesellschaftlichen“ Charakter, und da es logisch unmöglich sei, zwei disparate Gesichtspunkte zugleich zum Prinzip der wissenschaftstheoretischen Untersuchung zu machen, müssen wir uns entscheiden, welchen von beiden wir

sehr praktisch, da sie den Aufbau des Wirtschaftssystems übersichtlicher machen.

Unsere Annahmen genügen, wie erwähnt, für die Zwecke der ökonomischen Theorie. Insbesondere braucht man keine andern Voraussetzungen, um das Gleichgewichtstheorem zu erörtern.

Um jedes Mißverständnis auszuschließen, sei jedoch schon hier betont, daß der homo oeconomicus ein sehr brauchbarer, wertvoller Hilfsbegriff ist, daß aber das Gesamte des wirtschaftlichen Handelns nie bloß vom Einzelindividuum her außerhalb des Wirtschaftssystems, d. h. außerhalb des gesellschaftlichen Zusammenhangs dargestellt werden kann. Das Wirtschaften ist, anders ausgedrückt, nicht individuelles, sondern gesellschaftliches Handeln, und Gegenstand der ökonomischen Theorie ist nie die Wirtschaftseinheit, sondern die gesellschaftliche Wirtschaft. (Vgl. hierüber unten S. 34 ff.)

wählen wollen. Wenn wir uns für den „gesellschaftlichen“ Gesichtspunkt entscheiden, sei absolut nicht einzusehen, welchen Unterschied es machen solle, daß eine Tatsache „wirtschaftlich“ sei — wenn sie nur „in einer bestimmten Art gesellschaftlich“ ist. Mit dieser Wendung gibt doch AMONN aber selbst zu, daß er nicht alle gesellschaftlichen Verhältnisse schlechthin zum Gegenstand der Wirtschaftstheorie machen will, und warum verbietet er uns, daran zu denken, daß wir eben die „wirtschaftlichen“ unter den gesellschaftlichen Tatbeständen betrachten? Wenn A. sagt, es sei Aufgabe der ökonomischen Theorie, „die Gleichartigkeiten und Gesetzmäßigkeiten sozialer Natur aufzuweisen“, und er damit nicht meint: alle Gesetzmäßigkeiten — wie sollen wir diese Gruppe von Gesetzmäßigkeiten, für die wir uns in der theoretischen Ökonomie interessieren, von den andern gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeiten anders als durch einen „inhaltlichen“ Gesichtspunkt abgrenzen? Gewiß sucht A. auch hier nach rein gesellschaftlichen Kriterien — aber dienen diese eben nicht offenbar dazu, das, was wir Wirtschaft nennen, aus dem Gesamt des Gesellschaftlichen herauszuheben? In der Tat: AMONN scheint mir die Konsequenz doch zu weit zu treiben. Wie sollen wir denn anders unsre Grundbegriffe finden, denn in der Erfahrung, d. h. in der Wirtschaft, und was hat es für einen Sinn, ein Wort zu verpönen, um nicht zu sagen, zu verdrängen, wenn man doch daran denkt, genau wie alle andern Menschen gewohnt sind, die Probleme, mit denen wir uns hier beschäftigen, unter diesem Wort zu denken.

c) Wirtschaft und Technik, Wirtschaft und Recht.

Wirtschaft und Technik. Der technische Ertrag (in welchem Sinne von diesem gesprochen werden kann, davon gleich weiter unten) besagt noch nichts über die größere oder geringere wirtschaftliche Zweckmäßigkeit des Produktionsprozesses. Deshalb darf das Technische mit dem Wirtschaftlichen nicht vermengt werden. Zwar hat jedes wirtschaftliche Handeln eine Technik, und die Technik einer Zeit, ihre Eigenart, die spezifischen Methoden der Produktion stehen mit der Wirtschaftsordnung in einem gewissen Zusammenhang. Aber nicht jede Änderung der technischen Methode modifiziert die Wirtschaftsordnung.

Es kann sich also der technische Habitus einer Produktion ändern, ohne daß sich ihr wirtschaftlicher Charakter ändert. Die Entwicklung der Produktionstechnik in der Eisenindustrie vom alten Frischverfahren bis zum Siemens-Martin-Ofen vollzog sich innerhalb der kapitalistischen Unternehmung, also innerhalb derselben Wirtschaftsordnung, wenngleich diese in ihrem Gefüge durch den technischen Fortschritt Veränderungen erfuhr. Umgekehrt kann sich der wirtschaftliche Habitus einer Produktion vollkommen ändern, ohne daß am technischen Prozeß irgend etwas gewandelt wird. So z. B., wenn Hausweber, die am Webstuhl arbeiten, verlegt und damit Bestandteile einer kapitalistischen Unternehmung („Verlagsindustrie") werden. Trotzdem gilt der Satz, daß zwischen dem technischen Habitus einer Zeit und ihrer sozialökonomischen Form (ihrer Wirtschaftsordnung) ein Zusammenhang, eine Korrespondenz besteht, die sich freilich nicht auf alle Wirtschaftseinheiten der Epoche zu erstrecken braucht. So könnte sich, um bei dem gewählten Beispiel zu bleiben, ein kapitalistisches Wirtschaftssystem nicht aus lauter verlegten Handwerksbetrieben aufbauen.

Am klarsten hat Gottl [1]) die Verschiedenheit der Kategorien von Wirtschaft und Technik herausgearbeitet; Wirtschaft ist darnach die Ordnung der Handlungen in der Bedarfsdeckung; Technik die Ordnung im Vollzug dieses Handelns. Die Wirtschaft bestimmt über die Technik. Denn

1) Siehe den Beitrag von Gottl, Technik und Wirtschaft im Grundriß der Sozialökonomik, 2. Abt.

Technik ist immer nur im Rahmen einer bestimmten Wirtschaft gegeben. Die Wirtschaft stellt der Technik immer die Probleme, desgleichen wird die Methode der Lösung von der Wirtschaft gewählt. Die „technische" Vernunft ist für den Menschen nur insofern wichtig, als sie den Weg anzeigt, die wirtschaftlichen Zwecke zu erfüllen. Man muß daher jedes technische Kalkül auf wirtschaftliche Einheiten reduzieren, um beurteilen zu können, ob ein von der Technik vorgeschlagener Weg zweckmäßig ist. Das ist er eben nur dann, wenn, in den Maßstäben der Wirtschaft ausgedrückt, das Verfahren vorteilhaft ist. Eine abstrakte technische Zweckmäßigkeit — z. B. bloße Kraftersparnis, ohne Berücksichtigung der Kosten — als Ziel wirtschaftlichen Handelns ist absurd. Die Wirtschaft gibt auch den Maßstab dafür, wie die verschiedenen Aufwendungen im Prozeß miteinander verglichen werden können. Für den Techniker z. B. gilt jedes Verfahren schon als vorteilhaft, in dem mit geringem menschlichem Kraftaufwande dasselbe Ziel erreicht wird. Der Wirtschafter aber muß prüfen, ob dieses technisch vorteilhafte Verfahren nicht größere Kosten verursacht als die bisherige Produktionsmethode und wird je nach dem Resultat bald dem Techniker zustimmen, bald seinen Vorschlag ablehnen. So wird die Frage, ob die Handarbeit durch Maschinenarbeit ersetzt werden soll, mit von der Lohnhöhe abhängen. Wenn also auch die Wirtschaft darüber entscheidet, welche technischen Möglichkeiten zur Wirklichkeit werden können (und zwar im gegenwärtigen Augenblick, nicht für alle Zukunft), so werden doch technische Neuerungen Bedingungen für entscheidende Umformungen der Wirtschaft sein können (z. B. Eisenbahnen, elektrische Kraftgewinnung).

Wirtschaftstheorie und Rechtssystem bewegen sich im sozialen Sein. Aber ihre Betrachtungsweisen sind grundverschieden und demgemäß auch die Begriffe, deren sie sich bedienen. Die wirtschaftliche Theorie braucht Begriffe, mit denen das spontane wirtschaftliche Handeln gedanklich bearbeitet und verstanden werden kann. Die juristischen Begriffe hingegen sind aufgebaut zur Beherrschung und Formung des Tatsachenmaterials. Diese Formung erfolgt in verschiedener Weise:

1. Bestimmte wirtschaftliche Handlungen werden verboten und ihr Verbot wird durch Zwangsmaßnahmen gesichert (z. B. Diebstahl, Wucher, Betrug usw., aber auch Handlungen, die unter Umständen „normale“ Akte des Erwerbs, ja sogar von „Unternehmungen“ sein können).

2. Wenn bestimmte Konsequenzen des wirtschaftlichen Handelns erreicht werden sollen, so müssen bestimmte Formen beobachtet werden (z. B. bei Wechsel, Scheck, Testament usw.).

3. Meist wird der Inhalt der wirtschaftlichen Handlungen den Wirtschaftssubjekten anheimgestellt. Es wird dann nur der Rahmen bestimmt, innerhalb dessen das wirtschaftliche Handeln geschützt, d. h. vor Eingriffen Dritter bewahrt wird. Für das Wirtschaftsleben können aber Handlungen von der größten praktischen Bedeutung sein, die vom Gesetz nur geduldet, aber nicht anerkannt werden: so bei „Unverbindlichkeit“ von Vertragsinhalten.

4. Es werden die Konsequenzen wirtschaftlicher Handlungen festgelegt, die eintreten sollen (eventuell erzwungen werden können), wenn die Wirtschaftssubjekte selbst nichts anderes vereinbart haben (z. B. bei Kauf, Miete usw.). Im übrigen bleibt (soferne nicht Bestimmungen der Gruppe 1 eingreifen) der Inhalt der Vereinbarungen den Beteiligten überlassen. Die Rechtssätze lassen dann insoweit der Auswirkung ökonomischer und sozialer Machtverhältnisse freien Spielraum.

Die Begriffe der theoretischen Ökonomie sind also analytisch, die der Jurisprudenz normativ. Da die Konstruktion des juristischen Begriffs ausschließlich davon abhängt, welche Wirkungen man erzielen will, so ist ihr Aufbau von dem Willen des Gesetzgebers abhängig. Weder der Sprachgebrauch noch irgendeine ethische Maxime, noch ein Gesichtspunkt der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit können uns dazu verhelfen, den Inhalt eines juristisch relevanten Begriffs zu erschließen, wenn wir nicht aus dem Gesetz selbst oder aus anderen Quellen den Willen des Gesetzgebers entnehmen können. Jedes Wort des Gesetzgebers, welches nicht in Beziehung zum Willen des Gesetzgebers steht, ist überflüssig und daher schädlich. Der normative Charakter der Rechtssätze wird durch die Einfügung „kautschukartiger“ Bestimmungen (wie z. B. „gute Sitten“) nicht aufgehoben. Ebensowenig durch weitgehend freies richterliches Ermessen, das immer an irgendeiner Norm orientiert ist. Auch wenn die Rechtsprechung als Rechtsfortbildung aufgefaßt wird, auch wenn ihr nach dem Willen des Gesetzgebers die gesellschaftlich akzeptierten Maximen zugrunde gelegt werden, so wird doch jedes Rechtssystem einen Willen zur Normierung haben, da es ja sonst jeder Linie entbehren würde.

Die theoretischen Begriffe der Nationalökonomie sind aus ihrer spezifischen Problemstellung heraus zu konstruieren. Während der juristische Begriff die Regelung des menschlichen Verhaltens bezweckt, so geht es in der Nationalökonomie um die Analyse des wirtschaftlichen Handelns. Der Unterschied in der Betrachtungsweise zeigt sich an jedem Begriffe: die Zahlung z. B. ist für den Juristen der Akt, durch den eine Schuld vernichtet, die Verpflichtung des Schuldners dem Gläubiger gegenüber aufgehoben wird. Für den Ökonomen ist die Zahlung insoweit von Interesse, als sie das Äquivalent zwischen wirtschaftlichen Größen darstellt. Das Eigentum z. B. ist für den Juristen als zentrales Rechtsinstitut wesentlich und der Begriff des Eigentums hängt ausschließlich davon ab, welchen Zweck der Gesetzgeber erreichen will, also z. B. ob er die Gesellschaft als eine individualistische oder mehr als eine kollektivistische aufbauen will. Für den theoretischen Ökonomen ist Eigentum gleichbedeutend mit Verfügungsmacht über Produktionsmittel oder Konsumgüter, und das Eigentum spielt eine Rolle mit Rücksicht darauf, wie es den Verteilungs- und Erzeugungsprozeß der Waren beeinflußt. All diese Unterscheidungen werden übrigens nach der Darlegung der ökonomischen Theorie selbst viel klarer sein.

Sowohl die Wirtschaft, als auch die Jurisprudenz, als auch die Technik fragen nach einer Totalität; aber es sind jeweils andersartige Zusammenhänge, welche die einzelnen Disziplinen interessieren. Wie das Max Weber ausdrückt, wenn er sagt: Den Arbeitsgebieten der Einzelwissenschaften liegen nicht die „sachlichen Zusammenhänge der Dinge“, sondern die „gedanklichen Zusammenhänge der Probleme“ zugrunde. Jede Wissenschaft gibt daher eine Totalität, aber diese Totalitäten sind nicht zu einer „Gesamtwissenschaft“

von der Gesellschaft addierbar. Die Einzelwissenschaften können einander beeinflussen, aber sie geben zusammen kein Ganzes — sie sind nicht in der Addition eine Deutung der Welt als Kosmos. Diese Aufgabe bleibt der Philosophie vorbehalten.

5. DIE GRUNDFORMEN DER WIRTSCHAFT.

Der Zweck wirtschaftlicher Tätigkeit — Bedürfnisbefriedigung — ist in verschiedenen Formen angestrebt worden. Die historische Forschung hat sich zwar erst seit etwa hundert Jahren mit Eifer der Frage zugewendet, wie die Menschen der Vergangenheit wirtschafteten. Aber für unsere Zwecke ist auch nicht die Lösung sämtlicher wirtschaftshistorischer Kontroversen notwendig, sondern es genügt, wenn wir uns einige Grundformen der Wirtschaft in ihren Hauptzügen vor Augen führen, um daran die grundlegenden Gesichtspunkte der theoretischen Betrachtung zu entwickeln. Dabei mag die ganz primitive Art der Wirtschaft, nämlich die individuelle Nahrungssuche der Naturvölker, unerörtert bleiben [1]) und es mögen überhaupt nur einige der wesentlichsten Formen innerhalb des europäischen Kulturkreises herangezogen werden. Die Periodisierung erfolgt hier nach ökonomischen Gesichtspunkten.

a) Begriff der Wirtschaftsform (»Wirtschaftsordnung«).

Eine Gesellschaft, in der jeder Einzelne homo oeconomicus ist, bietet den Rahmen, innerhalb dessen sich das wirtschaftliche Handeln mit eindeutiger Zwangsläufigkeit abspielt. Der I n h a l t des wirtschaftlichen Handelns hängt von den menschlichen Bedürfnissen einerseits, den Methoden der Produktion andererseits ab. Die F o r m e n des wirtschaftlichen Handelns sind wiederum abhängig von der gesellschaftlichen Ordnung, in welcher produziert und konsumiert wird. Sie sind verschieden, je nachdem, ob der Kreis der Produzenten sich mit dem der Konsumenten deckt oder grundsätzliche Trennung von Produktion und Konsum besteht; das fällt meistens mit der Frage zusammen, ob die Erzeugung für den eigenen Bedarf oder für einen Markt erfolgt. Ferner ist wesentlich, ob innerhalb eines arbeitsteiligen Verkehrszusammenhangs freie Konkurrenz auf dem Markt herrscht oder ob die Produzenten und die Konsumenten oder einige Schichten derselben organisiert sind. Ferner ob durchgängige Freiheit der Personen besteht oder ob Bindungen der Masse an eine herrschende Schicht oder das Produktionsmittel in Kraft stehen. Diese Tatsachen schlagen sich nur zum Teil in Rechtsformen nieder, welche daher niemals die „Wirtschaftsordnung" erkennen lassen. Denn für die Wirtschaft ist wesentlich, daß sie nicht nur durch A n o r d n u n g e n und B e f e h l e oder durch Übereinkunft der Menschen besteht, sondern daß sie auch ständig erhalten und reproduziert wird durch einen i n n e r w i r t s c h a f t l i c h e n K r e i s l a u f, dessen Analyse durchzuführen, dessen Gesetzmäßigkeit aufzuzeigen Aufgabe der ökonomischen Theorie jeder Zeit ist.

Unter „Wirtschaftsordnung" wird also hier die spezifische Art und Weise verstanden, wie in einer Epoche produziert und die Produktion selbst reproduziert wird. Wiewohl auch der technische Prozeß von der Wirtschaftsordnung nicht unabhängig ist, so ist er doch nicht das Objekt unserer Erörterung. Vielmehr die besondere Art, wie sich die wirtschaftlichen Handlungen der Menschen (welche ja selten Einzelne sind, sondern in Gruppen verbunden oder wenigstens gleichmäßig handeln) zu einem Gesamtprozeß zusammenfügen, dessen einzelne Teile sich aufeinander beziehen. Dieser Gesamtprozeß zeigt in den verschiedenen Epochen eine wechselnde Gestalt. Das Grundgesetz des Wertes mag in jedem Wirtschaftsprozeß gelten, aber es reicht zur Erkenntnis der Eigenart des Wirtschaftsprozesses nicht aus.

Auch der homo oeconomicus bildet nur die Grundlage, um überhaupt ökonomische Theorie möglich zu machen. Diese selbst aber ist (wenn man von ihr mehr als Grundlagen der Wertlehre verlangt) mit der Annahme des homo oeconomicus noch nicht gegeben. Anders ausgedrückt: man kann die ökonomische Theorie nicht als bloße „Naturgeschichte des homo oeconomicus" entwickeln.

Wir müssen vielmehr die sozialen Formen kennen, in

1) Vgl. hierzu „Entstehung der Volkswirtschaft" von KARL BÜCHER.

denen die Menschen wirtschaftlich einander entgegentreten: ob als freie und sozial einander gleichstehende Bürger oder klassenmäßig gegliedert und durch politische Machtverteilung oder Besitz (beides wird oft zusammenfallen) in verschiedene Gruppen gespalten. Das wird sich bis in den ökonomischen Aufbau hinein auswirken. Die Frage, ob Arbeitsleistungen als Waren auf dem Markte stehen werden oder nicht; ob eine Akkumulation stattfindet oder nicht; ob der Prozeß mit Rückschlägen verläuft oder nicht — wird von der Struktur der Wirtschaft abhängen. Diese bestimmt das Wirtschaftssystem [1]).

b) Die Bedarfsdeckungswirtschaft.

Diese ist dadurch gekennzeichnet, daß in ihr der Kreis der Produzenten im Wesen mit dem der Konsumenten übereinstimmt. Das ist z. B. in einer sich selbst genügenden Bauernwirtschaft der Fall, welche auf eigenem Grund und Boden die notwendigsten Nahrungsmittel für die Familie erzeugt, desgleichen die Gespinstpflanzen, die in den ruhigen Wintermonaten versponnen und verwebt werden und die endlich mit primitivem Werkzeug die eigenen Geräte herstellt oder wenigstens instand hält. Gelegentlicher Austausch mag auch hier angenommen werden. Wesentlich aber ist, daß die Hauptmasse des Verbrauchs in eigener Arbeit erzeugt wird.

1) Manchen Theoretikern ist dieser Zusammenhang uninteressant. Sie erörtern nur das Wert- und Preisproblem und glauben, durch Einführung komplizierender Annahmen (durch „Annäherung an die Wirklichkeit") auch alle theoretischen Probleme der verschiedenen Wirtschaftsordnungen erfassen zu können. Aber dann müssen auch sie soziale Bestimmungen einführen. Ich halte es für zweckmäßiger, die Erörterung des Wirtschaftssystems als einer Totalität wirtschaftlicher Handlungen auf die soziale Struktur und die von ihr ausgehenden typischen ökonomischen Tatbestände der Epoche zu begründen (z. B. ob es bloß Warenmärkte oder auch einen Arbeitsmarkt gibt; ob alle wirtschaftlichen Handlungen, als Tauschakte, Zug um Zug erfolgen, oder ob der Prozeß auch grundsätzlich und nicht nur gelegentlich auf Kredit begründet ist. Wer wollte bezweifeln, daß diese Eigentümlichkeiten für die einzelnen Wirtschaftsordnungen wesentlich sind und daß sie nicht „rein ökonomisch" entwickelt werden können?).

Noch klarer tritt dieser Charakter in der großen Fronhofswirtschaft des Mittelalters hervor. Diesen Fronhof müssen wir uns als einen arbeitsteiligen Organismus vorstellen, in welchem nach dem Plane des Wirtschaftsleiters (des Mayordomus) die Arbeit verteilt und den Bedürfnissen der Herrenfamilie gemäß geleitet wird. In einem solchen Fronhof nehmen wir eine ziemlich weitgehende Arbeitsteilung an: landwirtschaftliches Gesinde, Gärtner, Pferdeknechte usw., Mägde im Spinnhaus und an den Webstühlen, Handwerker, Schlosser, Schreiner, Böttcher, Waffenschmiede usw. Diese alle sind damit beschäftigt, nach den Weisungen des Mayordomus zu arbeiten, für Bedürfnisse, welche im voraus bekannt sind, deren Rangordnung vom Mayordomus festgesetzt wird. Auf die Befriedigung dieser Bedürfnisse hin ist alle Arbeit organisiert. Hier ist auch dafür gesorgt, daß jedes Handwerk seinen Nachwuchs findet, so daß auch die Bedürfnisse der Zukunft schon vorbedacht sind. Für unsere Zwecke ist es nun unwesentlich, ob in der Tat alles nach dem strengen Plane rationell vor sich geht, auch ist unwesentlich, ob nicht doch ein Teil der Bedürfnisse durch Austausch befriedigt wird; wesentlich allein ist, daß hier eine sehr entwickelte arbeitsteilige Produktion, von zentraler Stelle aus übersehen und geleitet, zur Deckung der Bedürfnisse unmittelbar gelenkt wird. Produzent und Konsument fällt hier — wenn wir den Begriff des Produzenten nur weit genug fassen — zusammen. Die Herrenfamilie, soferne sie wenigstens an der Leitung der Produktion beteiligt ist, und alle für sie Arbeitenden sind ein einziger Produzent, der für seine eigenen Bedürfnisse, eben die der Herrenfamilie und aller Arbeitenden, tätig ist. So besteht ein geschlossener, sich immer wieder erneuernder Ring von Erzeugung und Verbrauch, der immer in sich zurückkehrt, keine Hilfe von außen braucht und sich stets erneuern kann, wenn genügend Menschen da sind, um zu arbeiten, und die Menschen sich nicht zu rasch vermehren, sondern von dem ihnen zur Verfügung stehenden Boden leben können. Innerhalb dieser Arbeitsorganisation, deren Erträgnisse unmittelbar von der Produktionsstätte zum Konsumenten wandern, schon für einen bestimmten Konsumakt vorherbestimmt sind, ist mannigfache Gliederung und Unterteilung in verhältnismäßig selb-

ständige Wirtschaftseinheiten möglich, z. B. auch Herausformung eigener Bauernstellen, wenn diese nur im Gesamtverbande bleiben, zunächst für sich selbst produzieren und weiterhin bestimmte Leistungen an den Herrenhof erbringen, der ihnen seinerseits mit seinen Einrichtungen (Bespannung, gewerblichen Erzeugnisse, wie Ackergeräten usw.) unter die Arme greift. Auch hier bilden Produktion und Konsum noch eine Einheit, auch hier erfolgt die Arbeit für bestimmte Bedürfnisse und auch hier kennzeichnet noch der Mangel eines Verkehrs die Bedarfsdeckungswirtschaft.

c) Die Verkehrswirtschaft.

α. Die einfache Verkehrswirtschaft.

Wir können uns am einfachsten ein Bild der Verkehrswirtschaft zeichnen, wenn wir annehmen, daß die einzelnen Produzenten innerhalb der Fronhofwirtschaft selbständig werden, eine eigene wirtschaftliche Existenz erhalten. Wir haben dann eine große Menge von Produzenten, ausgestattet mit einfachen Produktionsmitteln, die bei weiterbestehender Arbeitsteilung Produkte herstellen, die sie nicht selbst zu verbrauchen imstande sind. Sie müssen, um in den Besitz der Güter zu gelangen, deren sie bedürfen, und um ihre Produktion im nächsten Jahr fortsetzen zu können, ihre Produkte untereinander austauschen. In einer solchen einfachen Verkehrswirtschaft gehört zu jedem Produktionsakt ein Austauschakt, über dessen Form (ob er natural oder durch Geld erfolgt) wir hier noch nichts aussagen. Auch hier wird zunächst die Produktion für bestimmte Bedürfnisse bestimmter Personen erfolgen können, so daß etwa im großen ganzen auf Bestellung produziert wird und der Austausch, sowohl was die Austauschpersonen als die Austauschgüter anlangt, im voraus feststeht. Von da ist allerdings nur mehr ein Schritt bis zur Produktion für einen unbestimmten Austauschakt. Nehmen wir z. B. an, daß die einzelnen Produzenten nicht mehr in ständiger Verbindung zueinander stehen, daß eine — sei es auch nur traditionelle — Organisation der Gütererzeugung nicht mehr besteht, daß die ganze Wirtschaft dieser ehemals einheitlich organisierten Menschengruppe in gesonderte Wirtschaften auseinanderfällt, so wird für gewisse Produzenten (z. B. Landwirte hinsichtlich ihres Überschusses an Agrarprodukten, Töpfer, Böttcher usw. innerhalb der gewerblichen Produktion) auch die Verbindung mit den Abnehmern gelockert werden. Alle jene nämlich, welche Produkte herstellen, die untereinander vertretbar sind, welche nicht, wie Kleider und Schuhe oder Schmuck, individuellen Bedürfnissen angepaßt sein müssen, werden bei ihrer Erzeugung die Gesamtheit ihrer Abnehmer im Auge haben, und diese Gesamtheit der Abnehmer ist bereits ein Markt, für welchen sie produzieren. Aber immer noch handelt es sich um einen geschlossenen Verkehrskreis, immer noch bilden den Inhalt der Austauschakte die Produkte, welche aus der Hand des Produzenten herausgehend direkt den Konsumenten suchen.

β. Die entwickelte Verkehrswirtschaft.

Sie unterscheidet sich von der vorangegangenen Stufe dadurch, daß in ihr die gesamte Produktion für den Erzeuger nur nutzbar gemacht werden kann, wenn er die Produkte auf dem Umweg des Tausches in andere umwandelt. Diese Umwandlung erfolgt aber in der entwickelten Verkehrswirtschaft immer indirekt, d. h. derart, daß der Produzent zuerst ein allgemein anerkanntes Tauschgut (das „Geld“) erwirbt, und dieses dann dazu verwendet, um die Produkte einzutauschen, deren er bedarf. Die entwickelte Verkehrswirtschaft ist also immer eine Geldwirtschaft, und es werden nicht direkte Austauschbeziehungen der Produkte untereinander hergestellt, sondern lediglich ihr „Preis“, d. h. ihre Austauschbeziehung zum Geld tritt unmittelbar in Erscheinung. In diese Austauschbeziehung gehen jetzt alle Produkte, und auch die Produktionsmittel, also die Werkzeuge zur Herstellung der Produkte, wie auch die Arbeitsleistungen ein. Weiterhin ist für diese Wirtschaftsform dann wesentlich, daß sich das Bestreben der Wirtschaftenden aus dem eben erwähnten Grunde nicht unmittelbar auf die Erwerbung der Bedarfsgüter, sondern auf die Erwerbung von Tauschgütern, eben Geld, richtet. Denn dieses eröffnet den Zugang zu allen Gütern.

Die Erzielung eines möglichst großen Ertrages in Geld wird das Ziel der Wirtschaft in der entwickelten Verkehrswirtschaft. Da nämlich in ihr alle Produkte, deren der Produzent bedarf, um zu produzieren (Rohstoffe, Maschinen, Arbeitskräfte), für Geld gekauft werden, ebenso alle Produkte, die er herstellt, im Verkauf die Geldform annehmen, so ist hier die Zweckmäßigkeit der Produktion eindeutig bestimmt. Sie ergibt sich aus dem Verhältnis der zur Produktion angewendeten Geldsumme zum Erlös, bzw. aus der Differenz dieser beiden Summen, die den „Ertrag" darstellt. Vorerst kann nur auf diese allgemeine Form der Wirtschaft in der entwickelten Verkehrswirtschaft hingewiesen werden. — Was die eben gebrauchten Begriffe für die Theorie bedeuten, darauf hinzuführen ist die Bestimmung der nun folgenden Teile der Darstellung. (S. 48ff.).

6. NATURALE TATSACHEN DES WIRTSCHAFTENS. WIRTSCHAFTSFORM UND WIRTSCHAFTSTHEORIE.

a) Der naturale Inhalt des Wirtschaftens.

Wenngleich bereits oben (S. 13) angedeutet wurde, daß ein Schema wirtschaftlichen Handelns nicht für *alles* wirtschaftliche Handeln überhaupt gezeichnet werden könne, ja daß sogar die Grundbegriffe für jede der wirtschaftlichen Hauptepochen gesondert geformt werden müßten, so sind doch die naturalen Tatbestandsgehalte der einzelnen Wirtschaftsepochen dieselben. Denn alles Wirtschaften ist in Naturprozessen verankert. Letzten Endes hat alles Wirtschaften die Verfügung über knappe Naturprodukte zum Gegenstand, seien das pflanzliche und tierische Produkte, die zur Ernährung und als Rohstoffe dienen, oder anorganische Stoffe. Sofern diese Naturprodukte knapp sind (und nur dann sind sie Gegenstand des Wirtschaftens), ist zur Sicherung einer nachhaltigen Bedarfsdeckung entweder ein Haushalten mit ihnen erforderlich (wenn sie in beschränktem Vorrat vorhanden sind), oder sie müssen durch kontinuierliche Arbeitsleistungen in Produktion oder Abbau immer wieder neu bereitgestellt werden. Da der Fall eines begrenzten Vorrats, der ohne Arbeit zur Verfügung steht, keine praktische Bedeutung besitzt (als solcher wäre z. B. anzusehen eine Quantität von Meteoreisen, das vom Himmel fällt), so ist alles Wirtschaften auf kontinuierliche Arbeitsleistungen gegründet. Für alles Wirtschaften ist dann die Beziehung zwischen diesen Arbeitsleistungen und dem Ergebnis der Produktion oder der Gewinnung von Naturprodukten oder -stoffen entscheidend. Auch wo Wirtschaften und wirtschaftliches Handeln nicht direkt Naturprodukte oder Naturstoffe zum Gegenstand hat, so doch weiter verarbeitete Naturprodukte und -stoffe. Auch Dienstleistungen jeder Art sind in jedem Wirtschaftssystem nur verfügbar, wenn der Unterhalt der Menschen, von denen sie erwartet, erworben oder erzwungen werden, gesichert ist, d. h. wenn sie über Naturprodukte in dem eben angegebenen Sinne verfügen.

Die Bedingungen des Wachstumsprozesses in der Natur und der Gewinnung von Naturprodukten und -stoffen, und zwar eines kontinuierlichen, wiederholten Wachstums- und Gewinnungsprozesses, sind daher auch Bedingungen jeder möglichen Wirtschaft. Wirtschaften wird also ein System menschlichen (und meist: sozialen) Handelns sein müssen, in dem die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß die Naturprodukte und -stoffe periodisch immer wieder zur Verfügung stehen, sei es in ihren urwüchsigen oder in ihren verarbeiteten Formen.

In diesem kontinuierlichen Prozeß werden jeweils die Arbeitsleistungen als Bedingung des natürlichen Wachstums von Naturprodukten und der Gewinnung von Naturstoffen sowie der Transformation beider erscheinen — umgekehrt werden diese „Produkte" die Bedingung dafür sein, daß Arbeitsleistungen kontinuierlich aufgewendet werden können. So ist alles Wirtschaften in den natürlichen Wachstumsprozeß und das Vorhandensein von Naturstoffen (wie Kohle, Erze, Steine usw.) einerseits, den Reproduktionsprozeß menschlicher Arbeitskraft andrerseits eingebettet, wie mannigfach und historisch wandelbar auch die Formen menschlicher und besonders gesellschaftlicher Wirtschaft sein mögen.

Daß menschliches Wirtschaften immer *auch* ein Naturprozeß ist, daß in ihm ein Verbrauch von Naturprodukten, -stoffen und umgeformten Naturelementen stattfindet, daß

in ihm Arbeitsleistungen aufgewendet werden, daß sowohl die Elemente, welche die Natur darbietet, wie die Arbeitsleistungen knapp sind, und daß die Verfügung über beide (Arbeitsleistungen wie stoffliche Träger von Nutzleistungen) sich gegenseitig bedingt, — in diesem naturalen Zusammenhang ist das Grundverhältnis jedes Wirtschaftens beschlossen. In ihm bedeutet jede Aufwendung die Aufopferung einer andern Verwendung, und meist besteht zwischen mehreren Verwendungsmöglichkeiten die Wahl. Die Wirtschaft ist also auf die Beziehung zwischen Kosten und Erfolg ausgerichtet.

Indem aber das Wort Kosten hier gebraucht wird, rückt dieses Grundverhältnis jedes Wirtschaftens schon in den Bereich der Verkehrswirtschaft mit freiem Tausch. Wenn man allgemein Aufwendungen und Erfolg sagt, so ist das Grundverhältnis jedes Wirtschaftens zeitloser, allgemeiner gültig ausgedrückt. Es sind dann auch solche Wirtschaftsformen erfaßt, in denen eine Quantifizierung gar nicht stattfindet und in denen sich nicht notwendigerweise alles wirtschaftliche Handeln als Quantität in ein homogenes System von Quantitäten einfügt.

Die Beziehungen zwischen Aufwendungen und Erfolg werden also ein zentrales Problem jeder Wirtschaftstheorie bilden. Denn jede Theorie wird die Bedingungen kontinuierlichen Produzierens in ihren Begriffen formulieren müssen. Es wird sich aber zeigen, daß sich in den verschiedenen Wirtschaftssystemen sogar diese Grundbeziehung zwischen Aufwendung und Erfolg modifiziert, und daß sie außerhalb eines konkreten Wirtschaftssystems gar nicht erfaßt werden kann.

b) Soziale Formung des naturalen Inhalts.

So sei schon hier vordeutend bemerkt, daß die Grundbeziehung zwischen Aufwendung und Erfolg konkret nur von einem bestimmten Wirtschaftstypus aus erfaßt und formuliert werden kann. Ob normalerweise, das soll hier heißen: durchschnittlich, ein Gleichgewicht zwischen Kosten und Erfolg besteht, oder ob der Erfolg die Kosten übertrifft, hängt nicht vom Inhalt der naturalen Prozesse ab. Der naturale Prozeß bietet für beide Möglichkeiten Spielraum — er

ist auch in den verschiedenen Wirtschaftssystemen grundsätzlich der gleiche. Welche der Möglichkeiten durchschnittlich zur Wirklichkeit wird, entscheidet sich nicht aus dem naturalen Prozeß. Dessen Inhalt vermag uns nichts darüber auszusagen, wie sich das Verhältnis zwischen Aufwendung und Erfolg gestaltet. Aber dieses entscheidet über das ökonomische Resultat, das wieder von der Umsetzung der einzelnen Produktionselemente und des Produktionsergebnisses in ökonomische Größen abhängig ist. Diese erst machen die verschiedenen naturalen Daten untereinander vergleichbar, und diese Umsetzung wieder hängt mit von der sozialen Struktur ab, in der sich der Produktionsprozeß kontinuierlich vollzieht.

Jede ökonomische Theorie meint also zwar einen Prozeß, der auch natural beschreibbar ist. Z. B.: x kg Saatgut, y m^2 Boden bestimmter Qualität, z Stunden Arbeit bestimmter Art, betätigt an einer gegebenen Menge von Werkzeugen, welche sich in a Produktionsperioden abnützen würden, jede von der Länge t, innerhalb deren die z Stunden Arbeit in bestimmter zeitlicher Verteilung zur Anwendung gelangen, erbringen das Resultat: x' kg Getreide, wobei $x' > x$. Jedes Handeln, das in ökonomischer Theorie gefaßt wird, ist derart natural beschreibbar. Das Ökonomische an diesem Prozeß: der Aufbau von Handlungen zu Zwecken der Bedarfsdeckung, ist aber damit noch nicht erfaßt.

Allerdings stellen sich die Prozesse nicht immer so einfach dar: nur bei der Erzeugung von Naturprodukten haben wir die einfache Beziehung zwischen Saatgut, Nahrungsmitteln als Kosten der Reproduktion der Arbeitskräfte einerseits und Ernte andrerseits, ist also das erzeugte Produkt mit mehreren der kombinierten Elemente artgleich. Hingegen ist das nicht der Fall bei den Verarbeitungsprozessen, in denen an einem Naturstoff Veränderungen erfolgen. Vollends ist bei Leistungen, wenn sie Gegenstand dauernden Verkehrs bilden, zwischen „Aufwendungen" und „Erfolg" ein solcher in die Augen springender Zusammenhang nie festzustellen. Aber selbst die Terminologie der Verkehrswirtschaft verrät, daß sie von einem Naturprozeß ausgeht, der sich auch natural beschreiben läßt.

Daß der Tatbestand, den die ökonomische Theorie meint,

zugleich natural beschreibbar ist, hat besonders in der ersten Phase der Wissenschaftsentwicklung viel Verwirrung gestiftet. Wenn z. B. die Physiokraten die Rente als einen Teil der Ernte bestimmen, wenn sie, wie es MARX ausdrückt, annehmen, daß die Rente „aus dem Boden wächst", so ist zweierlei vermengt:

1. ist es freilich unbestreitbar, daß sich in der landwirtschaftlichen Produktion, welche sie im Auge haben, jeder Ertrag in einem Teil der Ernte ausdrücken muß. Daher kann ein Ertrag deshalb vorhanden sein, weil sich durch die natürlichen Kräfte des Bodens mit Zuhilfenahme von Arbeitsleistungen aus einer gegebenen Menge von Naturprodukten eine größere Menge derselben Naturprodukte gewinnen läßt. Dieser Sachverhalt: physische Mehrergiebigkeit, wird aber später auch überall dort festgestellt, wo diese quantitative Betrachtung gar nicht angängig ist, weil die Produktion nur in einer Umformung besteht, oder wo gar nicht Sachgüter produziert werden. Bis auf den heutigen Tag wirken diese Vorstellungen nach, und es ist ja in der Tat eine starke Zumutung für den „gesunden Menschenverstand", zuzugeben, daß der wirtschaftliche Erfolg im verkehrswirtschaftlichen System weder durch einen großen physischen Ertrag garantiert noch durch einen geringen physischen Ertrag gefährdet sein muß.

2. Die technisch gelungene Produktion ist aber noch nicht notwendigerweise eine Produktion mit Ertrag, weil es auf die Eingliederung des ganzen Prozesses in den sozialökonomischen Zusammenhang ankommt. Wenn im Sinne der Physiokraten ein Reinertrag vorhanden ist, so kann die Produktion ökonomisch trotzdem ein Fehlschlag sein. Umgekehrt ließe sich sogar (in einer Verkehrswirtschaft) der extreme Fall denken, daß die Produktion „erfolgreich" abläuft, wenn das Produktionsresultat in natura hinter den aufgewendeten Produktionselementen in natura (Aussaat, Nahrungsmittel für die Arbeitskräfte) zurückbliebe. Freilich nur, wenn sich zwischen dem Beginn der Produktionsperiode und ihrem Abschluß das Austauschverhältnis dieser Produkte so ändert, daß die Verminderung der Menge dadurch mehr als kompensiert wird. Damit das aber der Fall ist, müssen zahlreiche Voraussetzungen zutreffen, es ist eben nur im Rahmen eines bestimmten Wirtschaftssystems möglich.

c) Konsequenzen für die Wirtschaftstheorie.

Wenn wir den ökonomischen Prozeß seinem naturalen Gehalt nach noch so genau beschreiben, so werden wir doch das Problem der Ökonomie (System von Handlungen zu Zwecken der nachhaltigen Bedürfnisbefriedigung) derart nie adäquat erfassen. D. h. der naturale Prozeß ist noch nicht Ökonomie. Er ist nur eine Kette von Tatsachen.

Jede Wirtschaft enthält also zwar ein naturales Element, weil eben alles Wirtschaften a u c h einen Naturprozeß einschließt. Aber dieser naturale Prozeß ist uns noch nicht als Wirtschaftssystem gegeben. Zu einem Wirtschaftssystem schließt er sich nur zusammen, wenn wir die auf kontinuierliche Bedarfsdeckung abzielenden menschlichen Handlungen ihrem gemeinten Sinne nach verstehen. Wir können sie aber nur als Handlungen konkreter Menschen verstehen. Als konkrete Menschen sind sie soziale Wesen, Angehörige von Ständen, Klassen, befangen in Traditionen, verhaftet in eine soziale Totalität, in der allein sie handeln können, bzw. in der Handeln überhaupt erst (von dem konstruierten Fall der Einzelwirtschaft abgesehen) sinnvoll wird. Erst im sozialen System entscheidet sich, welche Grundbegriffe zur Erfassung des naturalen Prozesses angewendet werden sollen. Man vergleiche z. B. den Unterschied der Arbeit des selbständigen Handwerkers, des mit ihm organisch verbundenen Gesellen und des proletarischen, besitzlosen Lohnarbeiters. Schon dieser Hinweis zeigt, daß derselbe naturale Tatbestand sich ökonomisch sehr verschiedenartig „auswerten" kann. So ist eben die ökonomische „Auswertung", d. h. aber die Bestimmung eines ökonomischen Elementes im Verhältnis zu den übrigen, auch vom sozialen Gefüge abhängig.

Jedes Wertprinzip wird zwar, wenn es ein allgemeines Leitmotiv wirtschaftlichen Handelns bildet (und das wird es nur sein können, wenn es zur gedanklichen Bewältigung des naturalen Gehalts alles Wirtschaftens geeignet ist), unentfaltet die Modi der historischen Wirklichkeit als Möglichkeiten in sich enthalten. Ihre gedankliche Entwicklung ist aber nur dann mehr als eine Spielerei und theoretische Akrobatik, wenn sie in der konkreten Sozialstruktur aufgewiesen werden. Das Wertprinzip des Grenznutzens z. B. gibt für die Preisbildung

der Arbeitsleistungen einen breiten Spielraum. Ob sie typischerweise, durchschnittlich mit den Preisen der übrigen Produktionselemente (die von Bodenleistungen abgesehen auch Arbeitsleistungen sind) die Preissumme des Endprodukts erschöpfen oder nicht, hängt von der Sozialstruktur ab, zu der die wirksame freie Konkurrenz, wie wir nie vergessen dürfen, auch gehört. All das kann aber erst in den späteren Abschnitten näher begründet werden.

Hier sollte lediglich gezeigt werden, daß zwar jede ökonomische Theorie einen Tatbestandsgehalt meinen muß, daß aber die Erfassung dieses naturalen Tatbestands noch nichts über die ökonomische Gestalt des Prozesses verrät. Selbst für die elementaren Tatsachen der Wirtschaft müssen daher in verschiedenen Wirtschaftssystemen verschiedene allerdings einander korrespondierende Begriffe gewählt werden, um der Grundform des jeweiligen Wirtschaftsprozesses adäquat zu sein [1]). Diese läßt sich ja ohne Zusammenhang mit dem

1) Die Differenzierung in der Begriffsbildung wächst aus der Erkenntnis von der Unzulänglichkeit einer „reinen Ökonomie" hervor. Eine solche gibt sich stets als System „natürlicher Gesetzmäßigkeiten", welche sich gegen alle Störungen immer wieder durchsetzen. Die Herkunft aus naturrechtlichem Denken liegt auf der Hand, wie umgekehrt die historische Betrachtung des Wirtschaftsprozesses und die Aufdeckung des Zusammenhanges aller Ökonomie mit der Sozialstruktur dazu führt, zu erkennen, wie sehr der begriffliche Apparat zur Verarbeitung der ökonomischen Vorgänge auf die soziale Ordnung und die mit ihr gegebenen Regelmäßigkeiten des ökonomischen Prozesses abgestellt sein muß.

Die Entwicklung des wissenschaftlichen Denkens von einer allgemeingültigen, „reinen" Theorie zu einer historisch bedingten ist ein gutes Beispiel für die Seinsverbundenheit wissenschaftlichen Erkennens, die (unter theoretischen Disziplinen) wohl nirgends stärker als bei der Ökonomie hervortritt. Denn die Gesetzmäßigkeiten kapitalistischer Wirtschaft als Postulate ökonomischer Vernunft überhaupt (mit gutem Gewissen) zu formulieren, ist ein klassisches Beispiel dafür, wie sich eine Ideologie in das Gewand einer Theorie kleiden kann, aber zugleich ein Beweis dafür, daß sie trotzdem wesentliche Züge des Prozesses kapitalistischer Wirtschaft richtig aufzuzeigen vermag. Ebenso trägt die Entdeckung, daß die Ökonomie sich im historischen Prozeß wandle, und daß die Begriffe der klassischen Ökonomie „bürgerliche Begriffe" seien, insofern ideologischen Charakter, als sie dort, wo sie auftaucht, nämlich bei Marx, ganz deutlich

sozialen System, losgelöst von diesem, gar nicht zur Darstellung bringen. Umgekehrt ist es aber auch nicht möglich, die Grundbegriffe der Wirtschaft ausschließlich aus dem Sozialsystem als Bestimmungen des sozialen Prozesses zu entwickeln. Ihr ökonomischer Gehalt muß klar herausgestellt werden. Im folgenden ist dieser Versuch gemacht, den Realgehalt der theoretischen Begriffe aufzuhellen und zugleich zu zeigen, welche Modifikationen die einander entsprechenden Begriffe in verschiedenen Wirtschaftssystemen erfahren.

aus der Intention erwächst, die allgemeine Gültigkeit, die „Naturnotwendigkeit" des kapitalistischen Systems zu widerlegen.

Doch läßt sich gerade auch am Beispiel der theoretischen Ökonomie zeigen, wie sich rein immanent eine Problemstellung „totläuft" und zu einer andern Fragestellung „drängt". Das wird im folgenden insbesondere an dem Problem des Zinses gezeigt werden. Es wird nicht leicht sein, jeweils den Anteil des immanenten Fortschreitens wissenschaftlichen Denkens und der Antriebe zu sondern, die aus der Seinsverbundenheit, hier der Theoretiker bzw. der theoretisierenden Schichten, stammen. — Für das Problem „Wissenschaft oder Ideologie" sei nochmals auf das grundlegende Buch von Karl Mannheim, „Ideologie und Utopie" hingewiesen.

II. Kapitel.

DIE ELEMENTAREN TATSACHEN DER WIRTSCHAFT.

1. DIE BEDÜRFNISSE UND DIE NACHFRAGE.

Die Befriedigung der Bedürfnisse ist das Ziel aller Wirtschaft. Infolgedessen geben auch die Bedürfnisse (in der Bedarfsdeckungswirtschaft direkt, in der Verkehrswirtschaft indirekt) die Richtung für die wirtschaftliche Tätigkeit an. Allerdings sind die Bedürfnisse der Menschen nicht unveränderlich, und wenn sie sich ändern, wandelt sich auch der Inhalt der wirtschaftlichen Tätigkeit. Da die Bedürfnisse wandelbar sind, richtet sich menschliches Handeln darauf, sie zu verändern, wenn die Veränderung Vorteile bringt. Da für viele Produzenten in der entwickelten Verkehrswirtschaft eine Änderung der menschlichen Bedürfnisse vorteilhaft ist, so richtet sich ihr Bestreben auf die Änderung dieser Bedürfnisse. Diese unterliegen also — auch aus diesem Grunde — in der entwickelten Verkehrswirtschaft einer raschen Änderung, während sie in der geschlossenen Bedarfsdeckungswirtschaft viel beständiger sind.

a) Die Rangordnung der Bedürfnisse.

Wir unterscheiden die Bedürfnisse nach einer Rangordnung, welche aber durchaus subjektiv ist. Kennen wir die Rangordnung der Bedürfnisse eines Menschen (oder einer Schicht), so wissen wir auch, worauf sich in erster Linie seine wirtschaftliche Tätigkeit richten bzw. welche Produkte oder Leistungen er (in einer Verkehrswirtschaft) zunächst zu erwerben trachten wird. Im allgemeinen nimmt man folgende Rangordnung der Bedürfnisse als „natürliche“

an: Nahrung, Kleidung, Wohnung. Das trifft aber, wenn einmal die nackte physische Existenz gesichert ist, nicht immer zu. Manche Menschen oder ganze Schichten ziehen eine reichlichere Befriedigung des Wohnungs- oder Kleidungsbedürfnisses der vollen Befriedigung des Nahrungsbedürfnisses vor. Der Aufbau der Bedürfnisse zeigt eben immer traditionelle und soziale Elemente. Infolgedessen ist auch die Grenze zwischen den Existenz- und Kulturbedürfnissen, die man voneinander zu unterscheiden pflegt, eine flüssige, und es hängt sehr stark von Zeitumständen, allgemeinen Auffassungen, Entwicklung der Produktivkräfte usw. ab, zu welcher Kategorie ein Bedürfnis gehört, und welche Bedürfnisse befriedigt werden müssen, um gewisse durchschnittliche Arbeitsleistungen zu sichern. So erzählt z. B. Engels, daß der irländische, nach England hinübergeschaffte ländliche Proletarier zufrieden war mit einem Lohn, hinreichend, um an drei Tagen der Woche halbsatt von Kartoffeln zu werden und sich am Sonntag sinnlos zu betrinken. Heute liegt das Existenzminimum des chinesischen Kuli (bei oftmals hohen Leistungen) sehr tief unter dem jedes europäischen, auch ungelernten Arbeiters. Es erweist sich also als unmöglich, aus der „Natur“ des Menschen, jenseits der konkreten historischen Wirklichkeit, ein allgemeingültiges Existenzminimum festzustellen. (Das ist wichtig wegen des Zusammenhanges zwischen dem Existenzminimum und der Lohnhöhe.)

Die meisten Bedürfnisse, welche wir heute zu den Existenzbedürfnissen rechnen, waren vorhergehenden Generationen noch Kultur- oder sogar Luxusbedürfnisse. Wir müssen also immer auch die Zeitumstände und vor allem auch die Arbeitsleistung in Betracht nehmen, welche vom Menschen erwartet wird. Je größer die selbstverständlichen normalen Leistungen, um so höher wird auch die Lebenshaltung sein müssen, um so mehr werden Kulturbedürfnisse zu Existenzbedürfnissen. Auch innerhalb derselben Zeit schwanken die Anschauungen. Wenn z. B. weibliche Angestellte einen größeren Teil ihrer Bezüge für die Kleidung, einen geringeren für Nahrung ausgeben als gleichbesoldete männliche Angestellte, so drückt sich darin die Wirksamkeit sozialer Anschauungen aus, welche für die Konsumgestaltung schlechthin

entscheidend sind. Man wird aber, wie schon oben angedeutet, ziemlich gleichbleibende Leistungen bei sehr erheblicher Schwingungsbreite der befriedigten Bedürfnisse annehmen dürfen, besonders dann, wenn es sich um verschiedene Zeiten und verschiedene Nationen handelt. Der Satz, daß niedriger Reallohn überall in der Welt niedriger Leistung korrespondiert, läßt sich in dieser Allgemeinheit sicher nicht halten.

b) Das Gesetz der Bedürfnissättigung.

Den Menschen machen sich die Bedürfnisse in einzelnen Bewußtseinsakten, den Bedürfnisregungen, geltend. Diese einzelnen Bedürfnisregungen sind es auch, welche den Gegenstand der Befriedigung bilden. Am deutlichsten zeigt sich das beim Nahrungsbedürfnis. Niemand kann das Nahrungsbedürfnis für länger als etwa höchstens einen Tag befriedigen. Wenn sein Hunger noch so groß sein mag, so wird er doch Nahrung nur in bestimmten Quantitäten zu sich nehmen können, sein Bedürfnis nach Nahrungsaufnahme wird bald geringer, schließlich null. Nach einigen Stunden wird es dann wieder erwachen und neue Befriedigung verlangen. Beim Nahrungsbedürfnis zeigt sich auch das bereits von Gossen gefundene, von Wieser weiterentwickelte Gesetz der Bedürfnissättigung am klarsten. Es besteht darin, daß nach Befriedigung der ersten, dringlichsten Bedürfnisregung die nächste sich mit geringerer Dringlichkeit bemerkbar macht, daß die dritte Bedürfnisregung einen noch geringeren Akzent der Dringlichkeit aufweist usw. Infolgedessen wird die Wichtigkeit desjenigen Gutes, von welchem die dringlichste Bedürfnisbefriedigung abhängig ist, im Bewußtsein größer erscheinen, als die andrer Güter, welche weniger dringliche Bedürfnisse zu befriedigen bestimmt sind. Dieses Gesetz der Bedürfnissättigung gilt auch für das Kleidungs- und Wohnungsbedürfnis und alle übrigen. Es gilt namentlich auch dort, wo Güter von dauerbarer Natur, die also durch den Konsumakt nicht sofort vernichtet werden, sondern längere Zeit gebraucht werden können, Mittel der Bedürfnisbefriedigung sind. Auch hier wird eine Einheit des Gutes (z. B. ein Zimmer, ein Anzug) das Wohnungs- bzw. Kleidungsbedürfnis in seinen dringlichsten Regungen befriedigen, ein weiteres der nächsten weniger dringlichen Bedürfnisregung zur Befriedigung verhelfen usw. (Allerdings werden sich bei Auswertung dieses Grundsatzes in der Grenznutzenlehre noch Schwierigkeiten zeigen.)

c) Gegenwärtige und künftige Bedürfnisse.

Der Mensch, welcher rationell verfährt, wird also zunächst die dringlichsten Bedürfnisse — bzw. Bedürfnisregungen — decken und sich erst nach deren Deckung den weniger dringlichen zuwenden. Hiebei wird er, wenn er ein homo oeconomicus ist, auch die in Zukunft erst entstehenden Bedürfnisregungen mit berücksichtigen. Er wird „wirtschaften" mit Hinblick darauf, daß es nicht nur ein Heute, sondern auch ein Morgen gibt. Es ist ein Zeichen primitiver Wirtschaftsführung (wie wir sie namentlich bei den Naturvölkern finden), wenn bloß das in die Augen springende Bedürfnis gesehen wird. In allen Wirtschaftsformen — in der Bedarfsdeckungs- wie in der Verkehrswirtschaft — werden aber auch die in Zukunft erst entstehenden Bedürfnisregungen in dem wirtschaftlichen Handeln mit berücksichtigt, sobald die Sicherung der Bedürfnisdeckung zum Gegenstande rationellen Handelns gemacht wird. Das erfolgt entweder durch Ansammlung einer Reserve von Gütern, die in Zukunft entstehende Bedürfnisse decken können (Erbauung eines haltbaren Hauses, Beschaffung zahlreicher Kleidungsstücke, Beschaffung eines Vorrates an dauerhaften Nahrungsmitteln, an Brennholz usw.), oder durch Ansammlung eines Vorrates von Geld (im oben gebrauchten Sinn) als eines Mittels, sich jederzeit Zugang zu jenen Gütern zu verschaffen, die geeignet sind, die in Zukunft entstehenden Bedürfnisse zu befriedigen. Derart wird also der „Wirtschaftsplan" in die Zukunft hinein erstreckt und es ist diese Tiefendimension der Wirtschaft eines der wichtigsten Symptome dafür, ob wir von Wirtschaften im Sinne eines rationalen Handelns zum Zwecke der Bedarfsdeckung überhaupt sprechen können.

d) Wirtschaft und Bedürfnisse.

Wir müssen bei der Beziehung der Wirtschaft zu dieser ersten Grundtatsache schon die Bedarfsdeckungs- und die Verkehrswirtschaft unterscheiden. Dabei wollen wir hier und im folgenden immer gleich von der entwickelten Verkehrswirtschaft in dem oben angegebenen Sinn sprechen. In der Bedarfsdeckungswirtschaft ist zwischen der Gütererzeugung und dem Bedürfnis ein direkter Zusammenhang. Es wird nämlich für bestimmte Bedürfnisse bestimmter Menschen erzeugt. Die Bedürfnisse der Gegenwart und der Zukunft, soweit diese in die Entscheidungen der Gegenwart hineinragt, regulieren daher unmittelbar die menschliche Tätigkeit.

Auch in der entwickelten Verkehrswirtschaft erlangt allerdings die Produktion für den Erzeuger erst einen Sinn, wenn sie das Bedürfnis eines Menschen befriedigt. Nur dann nämlich kann er hoffen, seine Produkte auszutauschen und so zu den Gütern zu gelangen, um derentwillen allein er arbeitet. Das wird der Fall sein, wenn er auf Bedürfnisse jemandes auftrifft. Da in der entwickelten Verkehrswirtschaft die Produktion nun nicht für die bestimmten Bedürfnisse bestimmter Menschen erfolgt, so muß sie so eingerichtet werden, daß sie auf dem Markte auf die Bedürfnisse irgendwelcher Produzenten auftrifft. Ob das der Fall sein wird, ist im voraus nicht zu sagen. Man kann es nur vermuten, wenn man weiß, in welcher Menge in der Regel das Gut auf dem Markte gesucht wird. Dabei ist es gleichgültig, wer es sucht. Die Gesamtmasse der ein bestimmtes Gut auf dem Markte Suchenden ist die Nachfrage. Sie ist die Gesamtheit aller auf dem Markte auftretenden Bedürfnisregungen einzelner Menschen. Diese Bedürfnisregungen kommen aber in der Verkehrswirtschaft nicht in ihrer subjektiven Intensität, sondern nur insofern in Betracht, als ihre Träger bereit sind, für die Erwerbung des Gutes Opfer zu bringen. Bedürfnisse, für deren Befriedigung kein Gegenwert geboten wird oder ein Gegenwert, der vom Besitzer des Gutes nicht als hinreichend angesehen wird, können innerhalb der Verkehrswirtschaft nicht befriedigt werden.

In der Bedarfsdeckungswirtschaft ist der Umfang der Produktion von den Bedürfnissen, für die produziert wird, abhängig. In der Verkehrswirtschaft ist das auch bis zu einem gewissen Grade der Fall. Der Produzent kann aber oft nicht wissen, wie groß die Bedürfnisse sein werden, die sich seinem Produkte zuwenden. Denn das wird immer von der Nachfrage und von der Gestaltung der Nachfragenintensität in den aufeinanderfolgenden Zeiträumen abhängen. Läßt sie nach, so zeigt sich, daß die Produkte nicht mehr der Befriedigung von Bedürfnissen zu dienen geeignet sind. Genauer ausgedrückt: es wird stets Nachfrage nach allen Produkten mit Gutsqualität (siehe S. 55) vorhanden sein. Es kann sich aber die Lage so verschieben, daß die Zahl der Nachfragenden abnimmt, welche bereit sind, „hinreichende“ Opfer zu bringen bzw. Gegenwerte für die Erwerbung aufzuwenden. Das ist aber gleichbedeutend mit einer Abnahme der Nachfrage, welche sich auf dieses Gut richtet. Dieselbe Wandlung tritt ein, wenn sich die Zahl der Produzenten bei gleichbleibender Nachfrage vermehrt. Die Erzeugung jedes einzelnen Produzenten wird dann einer verringerten Nachfrage begegnen.

e) Nachfrage und Angebot.

Damit haben wir schon eine zweite Grundtatsache gestreift, welche mit der ersten unmittelbar zusammenhängt. In der Bedarfsdeckungswirtschaft ist die Produktion ihrem Inhalt und Umfang nach durch die Bedürfnisse gegeben, welche befriedigt werden sollen. Sie ist ebenso konkret, exakt als die Bedürfnisse. Die Produktion kann nie ins Blinde laufen, weil sie auf einen bestimmten Konsumakt abzielt. Selbst wenn sie größer ist, als dem Bedürfnis entsprechen würde (nehmen wir z. B. eine Fronhofswirtschaft an), so würde lediglich die Bedürfnisbefriedigung reichlicher ausfallen und die Erzeugung in der nächsten Produktionsperiode zugunsten einer andern eingeschränkt werden. Es wurden z. B. zuviel Fässer erzeugt, denn die Weinernte ist nicht so reichlich als man annahm. In diesem Fall werden späterhin weniger Fässer erzeugt werden, bis der überschüssige Vorrat verbraucht ist. Irgendeine Schwierigkeit für den Gesamtzusammenhang der Wirtschaft ist nicht gegeben, wenngleich Irrtümer der erwähnten Art möglich sind, die eine Verschlechterung in der Bedarfsdeckung zur Folge haben können.

Anders in der entwickelten Verkehrswirtschaft: hier richtet sich die Produktion auf die zur Nachfrage umgeformten Bedürfnisse. Dadurch können — bei Irrtümern über die zu erwartende Nachfrage — heftige Störungen auftreten.

So wie die Bedürfnisse, so wird jetzt auch die Produktion einen andern, und zwar einen abstrakten Sinn bekommen. Ihr Resultat wird zum Angebot. Denn alles, was produziert wird, tritt ja auf den Markt, indem es Tauschmittel zu erwerben sucht. Alles Produzierte bietet sich an und ist insofern auf dem Markte allem andern Produzierten gegenüber gleichartig. Es verschmilzt zu dem gestaltlosen Angebot und tritt als solches der gestaltlosen Nachfrage gegenüber. In der Beziehung von Nachfrage und Angebot spiegelt sich das Grundverhältnis der Produktion.

Noch ein Wort ist aber zur nähern Bestimmung des Begriffs Nachfrage erforderlich: daß Menschen Bedürfnisse haben, daß sie Güter erwerben möchten, um sie zu befriedigen, genügt nicht, um eine Nachfrage im hier gebrauchten Sinne des Wortes zu schaffen. Eine solche Nachfrage ist immer vorhanden. Den Produzenten aber interessieren nur solche Menschen, die im Besitze von Tauschgütermengen sind. Wenn wir nun eine Welt annehmen, in welcher das Tauschgut nur erworben werden kann durch Hingabe eines Produkts, so besteht die Nachfrage nach einem Produkt, z. B. Seife, aus lauter Produzenten, welche ihr Produkt bereits vorher gegen eine Menge des Tauschgutes hingaben und nun als Besitzer von Tauschgut Seife suchend auf dem Markte erscheinen können. Jede Nachfrage auf dem Markte zeigt uns also in einer solchen Gesellschaft, daß schon wirtschaftlicher Tausch von Produkten vorangegangen ist, wie umgekehrt wiederum der wirtschaftliche Tausch von Produkten, hier der Seife, in die Hände der Produzenten Tauschgüter hineinspielt, welche eine Nachfrage schaffen können und in der Regel der Fälle auch schaffen werden. So wirken Angebot und Nachfrage aufeinander. Ja sie sind die zwei Seiten derselben Markttatsache, des Austausches der Produkte auf dem Wege der Hingabe und des Empfanges von Tauschmitteln. Die Verkehrswirtschaft ist also ein „Kosmos" von Tauschenden, d. h. eine systematische Ordnung und Ineinanderfügung von Anbietenden und Nachfragenden in ständiger Beziehung zueinander.

Das Verschenken von Produkten fällt danach außerhalb des Rahmens wirtschaftlicher Handlungen und also außerhalb des Marktes.

2. GUT UND WARE.

a) Der Gutsbegriff.

Unter Gut verstehen wir ganz allgemein ein Mittel zur Befriedigung der Bedürfnisse. Und zwar nennen wir zunächst die sachlichen Mittel zur Befriedigung der Bedürfnisse: Güter. Alle Wirtschaft dreht sich (wenn wir von Diensten absehen) um die Beschaffung solcher sachlichen Mittel zur Befriedigung von Bedürfnissen. Was ein Gut ist, ist wieder nicht durch Beschreibung, durch Aufzeigung von Eigenschaften zu bestimmen, sondern hängt ausschließlich davon ab, ob es ein Bedürfnis befriedigt oder nicht. Es mag dazu technisch geeignet sein, aber nicht auf einen Menschen treffen, der es braucht. Dann ist es kein Gut, z. B. Eismaschinen in der Arktis, Zentralheizungsanlagen auf Borneo. Umgekehrt, es mag von allen Menschen verworfen werden als nutzlos, unbrauchbar, hingegen das Bedürfnis eines Menschen befriedigen — dann ist es doch für diesen ein Gut. Es kommt also ganz auf die Sachlage an, ob ein körperliches Ding der Außenwelt zu einem Gut wird oder nicht.

b) Freie und wirtschaftliche Güter.

In der Wirtschaft sind zwei Arten von Gütern zu unterscheiden.

1. Solche, die, verglichen mit den Bedürfnissen der Menschen, in ungezählter Fülle vorhanden sind z. B. die Beeren im Walde, das Wasser an der Quelle. Diese Güter, nehmen wir an, sind so reichlich vorhanden, daß alle ihre Bedürfnisse danach befriedigen können und noch immer eine große Zahl von Gutseinheiten ungenützt bleibt. Solche Güter, die reichlicher zur Verfügung stehen, als das unersättlichste Bedürfnis sie wünschen mag, nennen wir freie Güter.

2. Den Gegensatz dazu bilden die wirtschaftlichen Güter. Wirtschaftlich nennen wir ein Gut dann, wenn über-

haupt nicht alle Bedürfnisregungen, zu deren Deckung das Gut dient, aus der vorhandenen Menge befriedigt werden können. Das ist bei der übergroßen Mehrzahl der Güter der Fall. In der deutschen Volkswirtschaft z. B. ist — und das war auch vor dem Kriege nicht anders — weder so viel Brot, noch so viel Zucker, noch so viel Tuch, noch so viel Wohnraum usw. vorhanden als begehrt wird. Es gibt also kein Bedürfnis, das bei allen Menschen voll gesättigt werden würde oder auch nur — bei anderer Verteilung des Vorhandenen — voll gesättigt werden könnte. Praktisch genommen sind daher alle Güter wirtschaftliche Güter. Sie sind im Verhältnis zu den Bedürfnissen sowohl als auch zur Nachfrage (im oben gebrauchten Sinn): k n a p p. Man muß also mit ihnen sorgfältig umgehen, um den größtmöglichen Nutzeffekt aus ihnen herauszuholen. D. h. man muß mit ihnen „wirtschaften" (siehe S. 20), während freie Güter nicht Gegenstand der Wirtschaft sind. Die freien Güter zeigen im Laufe der Wirtschaftsentwicklung die Tendenz, sich sehr zu verringern. Ehedem war in Zeiten guter Ernte das Getreide beinahe ein freies Gut, es brauchte bei überreicher oder guter Ernte niemand zu hungern. In der entwickelten Verkehrswirtschaft hat auch überreichliches Angebot diese Wirkung nicht, weil die Ausweitung des Wirtschaftsgebietes die Güter in die Marktgebiete größerer Nachfrage abströmen läßt. Selbst Wassermengen können auch in wasserreichen Gebieten durch die Möglichkeit der Ausnützung zur Krafterzeugung zu einem wirtschaftlichen Gut werden. So können wir die freien Güter vernachlässigen; jedenfalls bilden sie, soweit noch vorhanden, keinen Gegenstand der Wirtschaft.

c) Genußgüter und Zwischenprodukte.

Die w i r t s c h a f t l i c h e n Güter zerfallen wiederum in zwei Gruppen: es gibt solche, welche den menschlichen Bedürfnissen u n m i t t e l b a r dienen können. Sie können, dem Konsum zugeführt, unmittelbar ein menschliches Bedürfnis befriedigen. Alle Nahrungsmittel, Kleidung, Wohnung, alle Luxusgegenstände gehören hieher, kurz alles, was als „Fertigprodukt" zur Befriedigung eines menschlichen Bedürfnisses hergestellt wird. Davon sind zu scheiden alle

diejenigen Güter, welche eine Vorstufe zu einem Endprodukt darstellen und erst im Verlauf eines Produktionsprozesses zu einem Fertigprodukt, zu einem Genußgut werden. So z. B. ist jedes Werkzeug, jede Maschine nicht unmittelbares Genußgut, sondern dient erst, eingestellt in einen Erzeugungsprozeß, zur Herstellung von Genußgütern; ebenso alle Rohstoffe. Alle diese Güter, welche nur mittelbar zur Herstellung von Genußgütern dienen, nennen wir Z w i s c h e n p r o - d u k t e (Böhm-Bawerk) oder „Güter entfernterer Ordnung" (v. Wieser).

Mit der Entfaltung der Produktivkräfte und mit fortschreitender Arbeitsteilung wird die Zahl der Zwischenstufen immer größer, die ein Rohstoff durchläuft, bevor er Fertigprodukt oder Endprodukt wird. Der primitiven Gütererzeugung ist eigentümlich, daß der Rohstoff in der Hand eines und desselben Menschen mit sehr wenigen und primitiven Werkzeugen zum Genußgut geformt wird. Die entwickelte Verkehrswirtschaft schiebt zwischen den Rohstoff und das Endprodukt eine große Reihe von Manipulationen; sie schiebt, wie es Böhm-Bawerk ausdrückt, lange und zeitraubende Produktionsumwege zwischen den Rohstoff und das Fertigprodukt, so daß der Masse nach betrachtet die Zwischenprodukte immer mächtiger anschwellen. Der Gegensatz zwischen den einfachen Werkzeugen des Handwerks und dem mächtigen Maschinenpark einer Fabrik springt in die Augen. Freilich ist es möglich, auf diesem Produktionsumweg ein vielfaches von Endprodukten herzustellen, verglichen mit der Erzeugung nach den alten primitiven Methoden.

Unter den Produktionsmitteln sehen wir eines, das selbst nicht produziertes Produktionsmittel, sondern den Menschen gegeben ist, nämlich Grund und Boden. An dieser Stelle sei nur hervorgehoben, daß diesem Produktionsmittel zwei Eigenschaften zukommen, die wirtschaftlich, wie sich später zeigen wird, von Bedeutung sind. Der Grund und Boden, als Träger der Agrarproduktion und Grundlage jeder menschlichen Tätigkeit überhaupt, ist im Rahmen eines gegebenen Wirtschaftsgebietes, von ganz seltenen Ausnahmen abgesehen, unvermehrbar und außerdem: unzerstörbar. Der Grund und Boden ist also ein d a u e r n d e s Produktionsmittel, er kann, von ganz seltenen Unglücksfällen wie etwa Vernichtung durch

Flutwellen abgesehen, nie vernichtet werden. Hingegen gehen die andern Produktionsmittel, z. B. Maschinen, ganz normalerweise in die Produktion ein, verbrauchen sich in ihr und sind nach Ablauf ihrer „Lebensdauer" wirtschaftlich nicht mehr vorhanden.

Das vom Boden Gesagte gilt freilich nur in gewissen Grenzen. Denn die menschliche Arbeit ist notwendig, um aus dem „Boden", wie ihn die Natur darbietet, überhaupt erst ein Produktionsmittel zu machen, so durch Rodung des Urwaldes, Entwässerung, Bebauung usw. Auch kann menschliche Arbeit den derart vorhandenen Boden verbessern, Mangel an Arbeit ihn wieder verschlechtern, und sogar im wirtschaftlichen Sinn „vernichten". Aber immer ist richtig, daß der Boden als Substanz vorhanden ist und bleibt, und daß diese Substanz den Menschen bestimmte Produktionsmöglichkeiten darbietet, die nicht vernichtet und nicht vermehrt werden können.

d) Der Begriff der Ware.

Bisher haben wir jedes Ding, das Bedürfnisse der Menschen befriedigt, ein Gut genannt, und den Inhalt des Wirtschaftens in der Erzeugung von Gütern gesehen. Ein jedes nützliche Ding ist ein Gut, und alle Produktion geht darauf aus, solche nützliche Dinge zu schaffen. Ihre Gutsqualität knüpft sich einmal an konkrete Eigenschaften, z. B. die der Gespinste daran, daß sie elastisch, schmiegsam und schlechte Wärmeleiter sind; die der Nahrungsmittel daran, daß sie Nährwerte enthalten und vom Körper absorbiert werden können; die der Kohle daran, daß sie eine bestimmte Anzahl von Kalorien bei der Verbrennung entwickelt usw. Es sind also immer Brauchbarkeiten, welche ein Gut für den Menschen bedeutsam machen, welche die Voraussetzung dafür bilden, daß ein Gut Bedürfnisse zu befriedigen vermag. Die Lehre von diesen Brauchbarkeiten gehört in die Warenkunde.

Die Brauchbarkeit wechselt ihre Bedeutung in der geschichtlichen Entwicklung. Das u n m i t t e l b a r e Ziel wirtschaftlicher Tätigkeit ist sie nur in der B e d a r f s d e k - k u n g s w i r t s c h a f t.

Auch in der einfachen Verkehrswirtschaft ist die unmittelbare Beziehung zwischen Produktion und Gebrauch noch vorhanden. Das wirkt bis heute nach: Solange das Handwerk Kundenproduktion ist, wird jeder Produktionsakt auf eine bestimmte Brauchbarkeit eingestellt.

Aber schon hier beginnt sich für alle diejenigen Gewerbe der leitende Gesichtspunkt etwas zu verschieben, welche für einen Markt arbeiten. Da wird die organische Verknüpfung von Produktion und Konsum zerbrochen. Die Produktion ist jetzt nicht mehr abgestellt auf die Befriedigung konkreter Bedürfnisse konkreter Menschen. Sondern sie ist auf „Nachfrage" in dem oben gekennzeichneten Sinn abgestellt. Ein Produkt, das von seinen Produzenten die a l - l e i n i g e B e s t i m m u n g e r h ä l t, s i c h a u s z u t a u - s c h e n, n e n n e n w i r e i n e W a r e. Für die Ware ist die Tauschfähigkeit das Wesentliche, so wie für das Gut die Brauchbarkeit. Die Brauchbarkeit ist etwas Konkretes, das sich beschreiben läßt, die Tauschfähigkeit oder Absatzfähigkeit ist a b s t r a k t. So wird auch hier das konkrete, farbige Element in der Verkehrswirtschaft durch ein abstraktes ersetzt. Die Bestimmung, sich auszutauschen, haben die Waren nur für ihre Verkäufer. Für den Käufer ist bei Gebrauchsgütern die Bestimmung eine andere, nämlich der Konsum. Die Bestimmung zum Austausch gilt nur für die Produzenten, es ist nicht die Bestimmung der Waren schlechthin.

Alle Produkte, welche in der entwickelten Verkehrswirtschaft hergestellt werden, kommen ökonomisch nur insoweit in Betracht, als sie austauschbar sind; und ihr ökonomisches Gewicht bestimmt sich ausschließlich danach, gegen wieviel andere Produkte (durch das Medium des Tauschmittels hindurch) sie ausgetauscht werden können.

e) Warenproduktion und entwickelte Verkehrswirtschaft.

Die Tatsache, daß die Produkte jetzt, in der entwickelten Verkehrswirtschaft, nur ihrer Austauschbarkeit gemäß geschätzt werden, ist eine Folge der Arbeitsteilung, aber nicht der Arbeitsteilung allein. Denn eine Arbeitsteilung kann auch in der Bedarfsdeckungswirtschaft erfolgen. Auch in dieser werden die Tätigkeiten der einzelnen Menschen spe-

zialisiert; doch hören ihre Produkte nicht auf, erstlich und ausschließlich als *Brauchbarkeiten* betrachtet zu werden. Das Phänomen des Tausches tritt erst dann in den Vordergrund und wird erst dadurch für die einzelnen Produzenten von entscheidender Bedeutung, daß jeder einzelne ohne Verbindung mit dem andern und ohne Einordnung in einen umfassenden Wirtschaftsplan für den Markt und die Nachfrage erzeugt. Indem jeder das tut, kann er nur für sich arbeiten, wenn er für andere arbeitet; aber *ob* er für die andern gearbeitet hat, ob seine Produkte Bedürfnisse irgend jemandes befriedigen, entscheidet sich erst, wenn sich seine Produkte austauschen können. So zerfällt die wirtschaftliche Tätigkeit in der entwickelten Verkehrswirtschaft in zwei, deutlich voneinander geschiedene Teile: in die Erzeugung, einen technischen Vorgang, und den Absatz, das Eingehen in einen Tauschmechanismus. Hingegen sind in der Bedarfsdeckungswirtschaft diese beiden Phasen in eins verwoben, indem nämlich die Erzeugung sofort einen bestimmten Bedarf deckt, und dieser wieder nur befriedigt werden kann, weil sich eine Erzeugung auf ihn hin orientiert. Dieses „natürliche“ Band ist in der entwickelten Verkehrswirtschaft zerrissen, und die Produkte, jetzt Waren, haben ein doppeltes Gesicht: sie sind Träger von Tauschbarkeit für den Erzeuger, Träger von Brauchbarkeit für den Abnehmer.

Daß die Güter nunmehr als Waren, d. h. für den Tausch hergestellt werden, ist nur möglich, wenn die Menschen selbst auf eigenartige Weise in einem gesellschaftlichen Zusammenhang verbunden sind. Die Ware zeigt nicht nur eine Verbindung zwischen Mensch und Dingen an, wie das Gut — sondern eine Verbindung der Menschen untereinander. Die Verbindungen der Menschen untereinander in der Wirtschaft können gar mannigfacher Natur sein, wir brauchen nur an Oikenwirtschaft, Sklavenwirtschaft, kommunistische Wirtschaft zu denken. Der gesellschaftliche Zusammenhang der Verkehrswirtschaft ist folgender [1]):

1) Hierbei halte ich mich im Wesen an die Merkmale, welche Amonn für die Verkehrswirtschaft entwickelt hat (Objekt und Grundbegriffe der theoretischen Nationalökonomie, Wien und Leipzig 1911). Die vierte von Amonn aufgestellte Bedingung: „Anerkennung eines allgemeinen sozialen Wertmaßes und Tausch-

1. Es muß die Möglichkeit der Produktion, als einer individuellen Produktion, gegeben sein. Was nur der Fall sein kann, wenn Individuen die freie Verfügungsmacht über „äußere“ Objekte, also die Produktionsmittel und die Produkte haben. Es muß demnach persönliche Freiheit und privates Eigentum gegeben sein.

2. Es muß der freie Wechsel dieser Verfügungsmacht anerkannt sein, so daß ein Tausch wirklich eine Änderung der Verfügungsmacht herbeiführt.

3. Es muß die Bestimmung darüber, in *welchem Verhältnis* getauscht wird, den Tauschenden vollkommen frei überlassen bleiben. Es darf also nicht von einer objektiv zwingenden Gewalt das Austauschverhältnis der Produkte untereinander bestimmt werden („freier Verkehr“).

Daß die ersten beiden Bedingungen erfüllt sein müssen, um eine entwickelte Verkehrswirtschaft zu ermöglichen, braucht keiner weiteren Begründung. Hingegen sei noch ein Wort zum Beweis der dritten hinzugefügt: wenn sich das Austauschverhältnis der Produkte untereinander nicht im Verkehr feststellt, sondern etwa durch eine obrigkeitliche Stelle vorgeschrieben wird, so wird die Anzahl der auf den Markt gebrachten Produkte nur selten mit der Anzahl der nachgefragten übereinstimmen. Solche Unstimmigkeiten können auch im freien Verkehr vorhanden sein und sind täglich vorhanden. Sie gleichen sich aber durch Änderung der Austauschverhältnisse immer wieder aus. Ist hingegen das Austauschverhältnis *gegeben*, kann es durch die Beteiligten nicht verändert werden, so müssen auch alle übrigen Bestimmungen der Produktion, z. B. über die Mengen der Güter, welche erzeugt werden, letztlich auch die Bestimmung darüber, wer sie erzeugt, von der Stelle getroffen werden, welche das Austauschverhältnis bestimmt. Anders formuliert: wenn zu dem obrigkeitlich festgesetzten Austauschverhältnis mehr oder weniger Produkte wirksam nachgefragt werden, als auf dem Markte sind, so muß entweder das Austausch-

mittels“ halte ich nicht für wesentlich; sie ist nämlich schon die Folge der unter 1—3 genannten Bedingungen. Eine arbeitsteilige Produktion bedeutet schon: Existenz eines allgemein anerkannten sozialen Wertmaßes und Tauschmittels, wie sofort unten (unter 3. Das Geld) dargelegt werden wird.

verhältnis oder die Produktmenge verändert werden. Denn die Produktion ist, wie sich noch im folgenden zeigen wird, ein zusammenhängender interdependenter Prozeß. Störungen einer Stelle werden sich überall bemerkbar machen. Obrigkeitliche Festsetzungen auch nur an einer Stelle des Prozesses hemmen den Automatismus der freien Verkehrswirtschaft. Von einer vierten Bedingung der entwickelten oder kapitalistischen Verkehrswirtschaft, dem Kapital, wird noch später (S. 71) die Rede sein.

f) Arbeitszusammenhang der entwickelten Verkehrswirtschaft.

In dem wirtschaftlichen Zusammenhang der entwickelten Verkehrswirtschaft existieren also die Dinge (als Waren und Güter) und die Tätigkeiten, die Leistungen der Menschen gleichsam in zwei Ebenen. Jetzt ist die menschliche Tätigkeit innerhalb eines gesellschaftlichen Prozesses gegeben. Jede Tätigkeit ist ein Element in dem arbeitsteiligen Prozeß der Produktion. Die Tätigkeit jedes Menschen ist gar nicht mehr seine eigene Tätigkeit, sondern nur insofern gegeben, als sie sich in den Rahmen der arbeitsteiligen Gesellschaft einfügt. Und das kann sie nur, wenn sie ergänzendes Element ist in einem komplizierten, arbeitsteiligen Zusammenhang. Z. B. heißt „Schneider sein" in einer entwickelten Verkehrswirtschaft: eingefügt sein in einen Zusammenhang, welchem andere Tätigkeiten, z. B. des Schusters, des Tischlers usw. ebenso wesentlich sind. Nur dadurch, daß auch alle andern Tätigkeiten vertreten sind, ist das Dasein als Schneider möglich. Jeder Tätigkeit müssen also andere Tätigkeiten korrespondieren, und nicht der konkrete Inhalt der Tätigkeit ist von Bedeutung, sondern daß er sich mit andern zu einem universalen Arbeitszusammenhang zusammenfügt. Es bleibt zwar wesentlich, daß in einer Tätigkeit Gebrauchswerte erzeugt werden, doch müssen, diese mit andern Gebrauchswerten korrespondierend, sich austauschen. Dabei bleibt der ursprüngliche Charakter jeder Tätigkeit noch entscheidend: sie kann sich in den Arbeitszusammenhang der andern Tätigkeiten nur einfügen, wenn sie Gebrauchswerte herstellt, wenn sie also konkrete Schneider-, Tischlerarbeit usw. ist und bleibt. Die Beziehung des Menschen zum Ding hört also nicht auf, aber sie tritt zurück und ist bloß Voraussetzung dafür, daß sich die Tätigkeit in den arbeitsteiligen Zusammenhang einfügen, daß die Produktion auf gesellschaftlicher Stufenleiter erfolgen kann.

Die menschliche Arbeit ist also in der menschlichen Verkehrswirtschaft, ebenso wie ihr Produkt, die Ware, abstrakt definiert. Der Übergang von der Güterproduktion zur Warenproduktion bedeutet die Umformung einer konkreten, farbigen Beziehung zwischen Mensch und Ding in eine abstrakt farblose Beziehung von Mensch zu Mensch. Diese Beziehung von Mensch zu Mensch realisiert sich im Tausch, und Ware ist daher alles Austauschbare. Insofern Ware nur das Austauschbare ist, erschöpft sich ihre Bedeutung in dem, was sie eintauscht. Ihre Bedeutung wird sich für den Produzenten daran messen, welche Gegenwerte sie einzutauschen vermag.

Wenn ich die Ware als das Austauschbare definiere, so ist von da nur ein Schritt, um die Beziehung umzukehren: alles Austauschbare ist Ware; alles, was ich auf dem Markte im Austausch finde, alle „Verkehrsobjekte" sind daher Waren. Das Wort „Gut" gebrauchen wir meist in dem Sinn: eines körperlichen Dinges, das Brauchbarkeiten in sich trägt und daher Bedürfnisse befriedigt. Die „Ware" können wir viel weiter fassen, und alles, was sich austauscht, in diesen Begriff einschließen. Dann fallen aber auch die Leistungen und auch die menschliche Arbeit, wofern sie Objekt des Verkehrs sind, unter den Warenbegriff. Desgleichen kann alles, was gar nicht erzeugt wurde, wie Grund und Boden, auch Verkehrsobjekt und daher Ware sein. Es ergab sich daher das Bedürfnis, einen engeren Begriff der Ware zu entwickeln und nur ein beliebig reproduzierbares, fungibles Verkehrsobjekt Ware zu nennen. D. h.: nur solche Verkehrsobjekte sind Waren in diesem Sinne des Wortes, welche unter den gegebenen Bedingungen nicht nur in begrenzter und einmal gegebener Menge vorhanden, sondern bei Durchführung eines Produktionsprozesses immer wieder herstellbar sind, und deren einzelne Einheiten außerdem die Eigentümlichkeit haben, daß sie innerhalb der Gattung —

z. B. Getreide — untereinander vertauschbar sind, daß eine Einheit so viel gilt als die andere.

3. DAS GELD ALS BEDINGUNG DER MÖGLICHKEIT EINER ARBEITSTEILIGEN VERKEHRSWIRTSCHAFT.

a) Die Notwendigkeit eines allgemeinen Tauschmittels.

Schon in den bisherigen Ausführungen habe ich den indirekten Tausch erwähnt und jeweils, wenn von der entwickelten Verkehrswirtschaft die Rede war, so gesprochen, als ob sich der Austausch der Produkte nur auf dem Umwege des Geldes vollziehe. Und dies ist in der Tat so. Wir müssen uns die entwickelte Verkehrswirtschaft so vorstellen, daß in ihr *aller* Austausch von Produktion sich durch ein *allgemein anerkanntes Tauschmittel* hindurch, nämlich das Geld, vollzieht. (Daß Geld, abgesehen von der Tauschfunktion, noch *allgemeines Zahlungsmittel* ist, ist noch nicht zur Vorstellung der entwickelten Tauschwirtschaft notwendig, weil diese in ihrer einfachsten Form Zahlungen an sich, losgelöst vom Tausch, nicht kennt.) Nur so ist eine arbeitsteilige Verkehrswirtschaft möglich. Dabei ist es gleichgültig für uns, wie es zur Entstehung des Geldes kam. Am meisten hat die These C. Mengers für sich, daß sich das Geld aus der *tauschfähigsten* Ware entwickelte, welche bei jedem Tauschakte gesucht wurde, weil ihr Besitz den Zugang zu jedem beliebigen *anderen* Gute eröffnete. Hier interessiert uns aber nicht die Entstehung des Geldes, sondern was es ist, und in welcher Weise es immer, als dauernde ökonomische Kategorie, notwendig ist.

Eine arbeitsteilige Verkehrswirtschaft ist nur möglich, sie kann nur existieren, wenn alle Produkte in ihr frei gegeneinander ausgetauscht werden können, z. B. ganz ohne jede Schwierigkeit in eine Quantität einer jeden beliebigen andern Ware verwandelt werden können. Das setzt aber indirekten Tausch und Geld voraus, wie sich sofort zeigen wird. Der indirekte Tausch bedeutet, daß die produzierte Ware, z. B. Garn, zuerst gegen eine vom Produzenten nicht benötigte Ware, z. B. Eisen, eingetauscht wird, welche er nur deshalb

erwirbt, weil er annimmt, daß er sie gegen diejenige Ware, welche er eigentlich braucht, z. B. Getreide, vertauschen kann. In jedem indirekten Tausch wird also Ware gegen Ware auf einem Umwege getauscht, und das Austauschverhältnis der produzierten und letztlich begehrten Ware — hier Garn gegen Getreide — kann durch ihren Austausch gegen die vermittelnde Ware gekennzeichnet werden. Jede Ware kann durch die ihr korrespondierende Quantität der vermittelnden Ware ausgedrückt werden. Im direkten Tausch findet also eine *Objektivierung* des einen Elements durch das andere statt — Eisen erscheint als Leinwand und umgekehrt —, im indirekten Tausch erfolgt darüber hinaus eine *Quantifizierung* dadurch, daß sich verschiedene Tauschobjekte in demselben Medium ausdrücken. Den Produzenten wird bei indirektem Tausch nur interessieren, welche Quantität der vermittelnden Ware er für sein Produkt erhält.

Erst wenn die Reduktion aller Produkte und Produktionsmittel auf eine Quantität durchgehend gewährleistet ist, ist arbeitsteilige Verkehrswirtschaft möglich. Wenn diese Reduktion auf Quantitäten, d. h. auf einen allen Produkten gleichartigen Ausdruck, nämlich *nicht* erfolgte, so müßte Austausch von Produkt gegen Produkt stattfinden. Es würde sich z. B. tauschen müssen: Garn gegen Fleisch, Getreide, Wohnung, Maschinen. Aber die Besitzer *dieser* Produkte haben Garn nicht notwendig, suchen es nicht auf dem Markte. Einzig und allein der Weber sucht Garn auf dem Markte. Dieser wieder hat nur Gewebe zum Austausch anzubieten. Es muß also erfolgen: Austausch von Garn gegen Gewebe und des Gewebes gegen alle Produkte, deren der Garnproduzent bedarf. Hier haben wir schon einen indirekten Tausch vor uns, welcher sich also in *jeder* arbeitsteiligen Verkehrswirtschaft *sofort* einstellen muß. Selbst wenn wir annehmen sollten, daß der Spinner gegen Garn *unmittelbar* all diejenigen Produkte, deren er bedarf, eintauschen könnte, also z. B. Brot, Fleisch, Wohnraum, Werkzeug usw., so wäre das nur möglich, weil der größte Teil seiner Partner dann auf dem Markte das Garn erwirbt, nicht um es zu verbrauchen, sondern um es gegen andere Waren auszutauschen. Seine Partner werden also den

indirekten Tausch als Weg zu ihrer Bedürfnisbefriedigung wählen müssen. Für e i n e n der Tauschenden wird daher der Tausch fast immer i n d i r e k t e r Tausch sein. Das ergibt sich schon aus der Arbeitsteilung. Denn das Garn benötigt nur der Weber oder der Zwirner. Diese verfügen aber als Gegengabe nur über Gewebe und Zwirne. Daher ist ohne indirekten Tausch eine Befriedigung der Bedürfnisse für arbeitsteilige Produzenten in der Verkehrswirtschaft überhaupt unmöglich, und daher ist auch arbeitsteilige Produktion in der Verkehrswirtschaft ohne indirekten Tausch unmöglich. Es ist nicht etwa so, daß der indirekte Tausch, wie das manchmal dargestellt wird, die Verwicklungen des direkten Tausches, wo Ware gegen Ware getauscht wird, erspart, also nur eine höhere Zweckmäßigkeit darstellt. Nicht um den Tausch zu e r l e i c h t e r n, sondern um a r b e i t s t e i l i g e P r o d u k t i o n ü b e r h a u p t e r s t z u e r m ö g l i c h e n, ist daher indirekter Tausch notwendig.

Ist der indirekte Tausch einmal gegeben, so führen dieselben Gründe, welche den indirekten Tausch zur unentbehrlichen Voraussetzung der arbeitsteiligen Produktion machen, auch zum Gelde, im Sinne eines allgemein anerkannten Tauschgutes. Allerdings ist es möglich, daß in einem Verkehrskreise mehrere Waren den Charakter allgemein begehrter und anerkannter Tauschgüter erhalten. Das ändert aber prinzipiell nichts an dem Grundcharakter des Geldes. Ist ein solches allgemeines Tauschmittel gegeben, d. h. ist es möglich, alle Produkte gegen ein und dasselbe Tauschgut herzugeben und für dasselbe wieder alle andern Produkte zu erwerben, so ist auch schon die höchst einfache Formel für die Warenproduktion gefunden: indem nämlich in die Warenproduktion wieder nur Waren eingehen (denn auch Maschinen, Rohstoffe, Arbeitskräfte sind Waren), erscheinen sie in ihm als Elemente des Austauschs und insofern lediglich als eine bestimmte Quantität des Tauschgutes, für das sie auf dem Markte erworben wurden. Innerhalb dieses Zusammenhanges kann die Produktion wieder von vorne beginnen, wenn am Ende des Produktionsprozesses wenigstens so viel an Tauschgut zur Verfügung steht, als vor dem Beginn der letzten Produktionsperiode: denn dann können bei gleichbleibenden Austauschverhältnissen wieder alle Produktions-

bestandteile auf dem Markte erworben werden. Oder noch anders ausgedrückt: ein allgemeines Tauschmittel gestaltet die Produktion zu einer r e c h e n h a f t e n und — das letzte und wichtigste Glied des Gedankens: d i e a r b e i t s - t e i l i g e P r o d u k t i o n d e r V e r k e h r s w i r t s c h a f t i s t n u r a l s r e c h e n h a f t e m ö g l i c h. Deshalb ist das Geld nicht nur von der Seite des Marktes, sondern auch von der Seite der Produktion gesehen, in der Funktion des allgemeinen Tauschmittels eine notwendige, nicht wegzudenkende ökonomische Kategorie in der arbeitsteiligen entwickelten Verkehrswirtschaft. Diese kann ohne das Geld (als allgemein anerkanntes Tauschgut verstanden) keinen einzigen Augenblick existieren. Sie würde, wenn Geld nicht mehr als allgemein anerkanntes Tauschgut gegeben wäre, in wirtschaftliche Atome auseinanderfliegen. Durch das Geld erst wird die Verkehrswirtschaft und die Ökonomie als Wissenschaft wirtschaftlicher Größen möglich.

b) Quantifizierbarkeit als allgemeine Voraussetzung des Wirtschaftens.

Hier ist nun der Ort, um diesen Hinweis, der eben nur ganz im allgemeinen erfolgen konnte, weiter auszuführen: Wenn das Geld die Bedingung der Möglichkeit für jede Verkehrswirtschaft ist, wenn schon der indirekte Tausch, als Folge der Arbeitsteilung, die Geldfunktion impliziert, so liegt es nahe, das Wirtschaften — zumal in der Verkehrswirtschaft — auf das Geld zu gründen, die gesamte Begriffsbildung auf das Geld zu beziehen. Kiichiro Soda hat sich bemüht, in zwei originellen Büchern [1]) den Geldbegriff als logisches Apriori aller wirtschaftlichen Begriffe nachzuweisen. Der Geldbegriff sei „die zentrale Idee der wirtschaftlichen Begriffsbildung" und müsse als d e r Ausgangspunkt der ökonomischen Interpretation betrachtet werden, und zwar in folgendem Sinne: „Alle als wirtschaftlich zu bezeichnenden Erscheinungen, als Totalität betrachtet, können ohne das Geld als zentrale Idee, kein anderes Merkmal mehr aufweisen, um sich

1) Kiichiro Soda, Geld und Wert, 1909, und: Die logische Natur der Wirtschaftsgesetze, 1911.

von andern sozialen oder Naturerscheinungen zu unterscheiden.“ Das heißt also: die ökonomischen Begriffe wie Kapital, Rente, Arbeit usw. können in ihrer Eigenart als ökonomische Begriffe nur gedacht werden, wenn sie in einem System von Geldquantitäten vorgestellt werden.

Ferner: diese zentrale Idee, eben das Geld, „muß die historische Tatsächlichkeit in sich enthalten, damit sie nicht eine bloß ideelle bleibt, sondern auch feste Wurzeln in der Wirklichkeit besitzt“. Diesen beiden Forderungen entspreche der Geldbegriff, aber n i c h t der Begriff des Werts, des Grenznutzens, des Bedürfnisses usw. All die Begriffe enthielten nichts spezifisch „Wirtschaftliches“ — die bloß auf ihnen aufgebaute Nationalökonomie würde sich von Naturwissenschaften wie Technologie und Psychologie nicht unterscheiden lassen.

Der Haupteinwand gegen die Formulierung SODAS, die er sich auch selbst macht, liegt darin, daß Wirtschaftsformen ohne Geld, z. B. eine Naturalwirtschaft, nicht als Wirtschaft gefaßt werden könnte. Aber es ist nur die Formulierung SODAS, nicht der wertvolle Kern seines Gedankens, der diesem Einwand ausgesetzt ist. Wenn man nämlich das Wirtschaften überhaupt — jenseits seiner empirischen Formen — als ein rationales System faßt, so wird man es als ein System von Quantitäten (natürlich wirtschaftlichen, nicht unbenannten, reinen Größen) aufbauen müssen. Der Wertbegriff ist von allen Nationalökonomen so konzipiert worden, daß er das Prinzip entschleiern soll, nach dem eine Quantifizierung aller Elemente des ökonomischen Systems erfolgt. Die entscheidende Bedeutung des Geldes besteht nun darin, diese Quantifizierung in der Praxis (ob nun adäquat und als widerspruchslose Auswirkung eines solchen Wertprinzips, bleibe dahingestellt) herbeizuführen. Ferner zeigte sich aus unsern Überlegungen, daß eine entwickelte Verkehrswirtschaft in der Wirklichkeit als praktische Wirtschaft nur als Geldwirtschaft, also als quantifizierte, möglich ist. Hingegen wäre in der geschlossenen Hauswirtschaft diese Quantifizierung praktisch sicher nicht vorhanden. Doch könnte sie in ein System praktischer, rationaler Handlungen des isolierten Wirts h i n e i n g e d a c h t werden, die b e w u ß t e Rationalität des isolierten Wirts würde sogar auf eine solche interne Quantifizierung hindrängen.

Man kann also sagen, daß der Prozeß des Wertens, des Auswertens in der ökonomischen Sphäre, da es sich eben um ein Abwägen von Opfern und Genüssen in der Außenwelt handelt, deren Träger gezählt werden können (hierüber siehe unten beim Problem des Grenznutzens S. 212 f., wo dieser ganze Gedankengang in seiner Bedeutung klarer hervortreten wird), notwendigerweise aufs Quantifizieren hinausläuft. In diesem Sinne ist Bezogenheit auf ein Medium, das j e d e s Element des ökonomischen Systems quantifizieren kann (was schon zur Interdependenz dieses Systems gehört), allerdings Bedingung der Möglichkeit jeder denkbaren r a t i o n a l e n, systematischen Ökonomie. Wir müssen es nur nicht als G e l d fassen, weil wir ja mit dem Hinweis auf das Quantifizieren und dem Nachweis, daß es Bedingung der Möglichkeit rationaler Ökonomie ist, auch solche Wirtschaftssysteme mit einbeziehen können, die nicht geldwirtschaftliche sind. Bei der Überlegung der Rolle, welche das Geld spielt, zeigt sich also auch, daß und in welchem Sinne ein ökonomisches System ein System von Quantitäten ist. Es gibt rationale Systeme, welche n i c h t Systeme von Quantitäten sind — z. B. Systeme von „Farbwerten“ in einer bestimmten malerischen Gesamtanschauung, wo wir auch von Äquivalenz und Interdependenz sprechen können, ohne daß die Möglichkeit einer Quantifizierung besteht. Insoferne ist also die Ökonomie durch die Eigentümlichkeit, ein System von Quantitäten zu sein, vorzüglich gekennzeichnet; in diesem Sinn ist das Quantifizieren ein Apriori, ich möchte lieber sagen eine Bedingung der Möglichkeit j e d e r rationalen systematischen Ökonomie.

4. PRODUKTIONSMITTEL UND KAPITAL.

a) Produktionsmittel in der Bedarfsdeckungswirtschaft.

In der Bedarfsdeckungswirtschaft unterscheiden wir scharf zwischen den Produkten, die sofortigem menschlichem Verbrauch dienen (Konsumgüter), und denjenigen Produkten, welche erst in einen weiteren Prozeß eingehen müssen (Produktionsmittel). Diese P r o d u k t i o n s m i t t e l sind teils

sachliche, teils persönliche (Arbeitsleistungen). Die Unterscheidung in Produktionsmittel und Konsumgüter geht vom naturalen Prozeß aus. Daher wird sie auf die ökonomische Betrachtung nicht ohne weiteres anwendbar sein. In der Tat verschwimmt von einem bestimmten Standpunkt aus die Grenze zwischen Produktionsmitteln und Konsumgütern. Denn das Konsumgut, das in die Hand des Arbeiters geleitet wird, dient zugleich dazu, seine Arbeitskraft zu erhalten und für den nächsten Tag bereitzustellen. Insofern aber die Arbeitskraft eines der wichtigsten Produktionsmittel auch in der Bedarfsdeckungswirtschaft ist, wird der Unterschied zwischen Produktion und Konsum flüssig. Dennoch ist die Unterscheidung nicht bedeutungslos, weil es ja 1. vielen Konsum gibt, der nicht Ausgangspunkt einer neuen Produktion wird — der Konsum aller Unproduktiven gehört hieher —, und weil 2. die Frage, ob der Konsum so verwendet wird, daß sich die Arbeit reproduziert, offen bleibt. Jedenfalls ist der Konsum nicht in demselben Sinn Reproduktion als die Ersetzung einer Maschine. Besondere Wichtigkeit kommt der Unterscheidung von Produktionsmitteln und Konsumgütern in der Darstellung des Zyklus einer entwickelten kapitalistischen Wirtschaft zu. Ebenso ist sie zur Abhebung der statischen von der dynamischen Wirtschaft unentbehrlich. Dem soll schon in den Grundbegriffen Rechnung getragen werden. Hier zeigt sich wieder, daß der Tatbestandsgehalt des Prozesses die Begriffsbildung mitbestimmt, wenn wir, wie wir es tun müssen, die Begriffe „in der Erfahrung" bilden.

Das Produktionsmittel ist also Voraussetzung der Produktion in der Bedarfsdeckungswirtschaft. Sie muß als Ganzes so eingerichtet sein, daß immer wieder auch neue Produktionsmittel erzeugt werden, nicht bloß Konsumgüter. Der Wirtschaftsplan muß die Wiederherstellung der Produktionsmittel auch in einfachen Verhältnissen in sich begreifen. Es müssen also genügend Arbeitskräfte bereitgestellt werden, um die Gebäude instand zu halten, bei Erweiterung der Betriebe auch die Betriebsgebäude zu vergrößern, die Reparaturen an den Geräten vorzunehmen usw. Die Sorge für die stetige, nachhaltige Produktion ist daher mit der Sorge um die Produktionsmittel gleichbedeutend.

b) Umformung der Produktionsmittel zu Kapital in der entwickelten Verkehrswirtschaft.

In der entwickelten Verkehrswirtschaft finden wir gleichfalls Produktion mit Produktionsmitteln. Hier aber in einer besonderen Form, welche wir betonen müssen. Es ist der entwickelten Verkehrswirtschaft eigentümlich, daß in ihr die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel nur einer Gruppe von Menschen (sei es eine Mehrheit, sei es eine Minderheit, jedenfalls sind es nicht alle) zusteht, und zwar unserer Voraussetzung nach: die individuelle Verfügungsmacht. Es gibt also nur individuelle Besitzer an Produktionsmitteln (wobei wir auch kleinere Gruppen, Gesellschaften als „Individuen" definieren können) und nicht alle, welche arbeiten, sind Besitzer von Produktionsmitteln. Es gibt infolgedessen auch mehr oder weniger zahlreiche Arbeitende, die keine Verfügungsmacht über Produktionsmittel haben und daher nur arbeiten können, wenn sie ihre Arbeit an den Produktionsmitteln fremder Menschen betätigen. Wir haben also Nur-Besitzer von Produktionsmitteln und Nur-Arbeiter vor uns, und das ist eine weitere, die vierte Voraussetzung, welche wir jetzt den oben (S. 61) genannten noch hinzufügen, um das Bild der entwickelten Verkehrswirtschaft zu erhalten.

Dabei lassen wir die Frage ganz außer Betracht, ob es „von Natur" notwendig ist, daß bei freiem Eigentum der Besitz an Produktionsmitteln unter die Menschen ungleich verteilt ist, ob es notwendig ist, daß Menschen von den Produktionsmitteln ganz getrennt sind und höchstens einen Besitz von Fahrhabe, also Konsumgütern, ihr eigen nennen; wir lassen ferner außer Betracht, wie sich dieser Zustand herausgebildet hat; ob auf dem Wege der Ausmünzung politischer Herrschaft in ökonomische, also auf dem Wege der Gewalt; oder in einer „rein ökonomischen" Entwicklung, weil die Menschen ungleich sind, die einen arbeitsam und sparsam, die andern hingegen träge und unwirtschaftlich. Wir erörtern auch nicht die Frage, ob nicht die technische Großorganisation der Produktion — schon in der Manufaktur bei weitgehender Arbeitsteilung insbesondere aber im maschinellen Prozeß — die Konzentration der Verfügungsmacht

über die Produktionsmittel voraussetzt. Freilich nicht notwendig durch privaten Besitz einzelner Individuen oder Gruppen, sondern ebensogut durch die Konzentration der Verfügungsmacht bei der Gesellschaft. All das ist hier nicht zu untersuchen, sondern es ist lediglich festzustellen, daß in der entwickelten Verkehrswirtschaft, welche den Gegenstand unserer Untersuchung bildet, sich die Produktion im Wesen durch Arbeitsleistungen von Personen an den Produktionsmitteln vollzieht, die nicht ihnen, sondern a n d e r n gehören.

Wenn dieses Moment der entwickelten Verkehrswirtschaft hervorgehoben wird, so ist damit zugleich gesagt, daß wir nicht an die einfache Verkehrswirtschaft denken, in welcher der Besitz der Produktionsmittel noch nicht in der eben gekennzeichneten Weise verteilt ist. Z. B. in der mittelalterlichen Stadt, in der Zunftwirtschaft, hat innerhalb des städtischen Lebenskreises zwar nicht Jeder Besitz an Produktionsmitteln (es gibt auch da kleine Leute, Gelegenheitsarbeiter, Handlanger, Gesinde, welches im Hause alt wird), aber wesentlich ist, daß in den Zentren des Produktionsprozesses, in der Werkstatt, Jeder ein selbständiger Handwerker wird oder werden kann, daß also der Lehrling und Geselle nicht Träger einer abgeschlossenen, endgültigen ökonomischen Existenz ist. Hingegen kennt die entwickelte Verkehrswirtschaft die deutliche Trennung von Arbeitskräften und Produktionsmitteln. In dieser entwickelten Verkehrswirtschaft kann Gütererzeugung also nur erfolgen, wenn Träger von Arbeitskräften bei Besitzern der Produktionsmittel arbeiten und zwar arbeiten, unserer früheren Voraussetzung nach, als f r e i e Menschen, nicht in irgendeiner politischen Bindung befangen, sowie etwa im Mittelalter und bis zur Bauernbefreiung der Bauer zum Großgrundbesitz gehörte. Es ist also für die entwickelte Verkehrswirtschaft in unserem Sinn wesentlich, daß die Besitzlosen doch über sich und ihre Arbeitskraft frei verfügen können. Erst dann nämlich ist ein a l l s e i t i g e r b l o ß e r M a r k t z u s a m m e n h a n g zwischen den Personen hergestellt und es ist die Arbeitskraft genau so wie die Produktionsmittel und die Produkte selbst in einen Austauschmechanismus eingefügt, der also Zielpunkt und Ausgangspunkt aller wirtschaftlichen Handlungen ist [1]).

1) Eine arbeitsteilige Verkehrswirtschaft mit S k l a v e n als Arbeitselementen z. B. wird also hier nicht untersucht. In dieser wären die hier gebrauchten Begriffe auch nicht ohne weiteres anwendbar.

Innerhalb der arbeitsteiligen entwickelten Verkehrswirtschaft erhalten nun die Produktionsmittel einen besondern Charakter, sie formen sich in ihrem Wesen so um, wie sich das Bedürfnis zur Nachfrage, das Gut zur Ware umgeformt hat. In der Bedarfsdeckungswirtschaft nämlich wird auch das Produktionsmittel hergestellt, um Bedürfnisse zu befriedigen. Es ist eine Unterstützung der menschlichen Hand. In der entwickelten Verkehrswirtschaft werden die Produktionsmittel zu Zwecken der Warenproduktion angewendet. Hingegen wird es die Produzenten weniger interessieren, welche Gebrauchswerte sie erzeugt haben und w e s s e n Bedürfnisse sie mit den Waren befriedigten. Denn sie erzeugen ja für den M a r k t , und nur insofern, als Nachfrage notwendig ist, um Waren abzusetzen, interessieren sie sich auch für die Bedürfnisse der Menschen.

Diese Produktionsmittel, welche in den Austauschmechanismus des Marktes eingefügt sind, nennen wir K a p i t a l. N i c h t j e d e s P r o d u k t i o n s m i t t e l i s t d a h e r K a p i t a l. S o n d e r n d a s K a p i t a l i s t z u n ä c h s t P r o d u k t i o n s m i t t e l i n e i n e m b e s t i m m t e n g e s e l l s c h a f t l i c h e n V e r h ä l t n i s, in dem es der Warenproduktion dient. Von da gelangt man (ähnlich wie bei der Ware) zu einer Umkehrung: alles, was geeignet ist, einen Produktionsprozeß von Waren vorteilhafter zu gestalten, wird angesehen, als ob es ein Produktionsmittel, als ob es „Kapital" wäre. Z. B. ein Patent oder ein günstiger Standort usw. Man kann dann schließlich ganz allgemein sagen: alle Waren, die in einem Erzeugungsprozeß von Waren verwendet werden, sind Kapital. So wird der Begriff abstrakt. Er kann adäquat nur für eine bestimmte gesellschaftliche Form der Wirtschaft Verwendung finden.

Daß Produktionsmittel aufhören, Kapital zu sein, wenn die oben entwickelten gesellschaftlichen Voraussetzungen wegfallen, hat Marx sehr anschaulich demonstriert: der englische Nationalökonom Wakefield, sagt Marx, sieht, daß alle „Kapitalgüter" in den Kolonien nicht ausreichen zu „kapitalistischer" Produktion. So nahm ein Herr Peel, erzählt

Wakefield, Lebensmittel und Produktionsmittel um 50 000 £ aus England nach Neu-Holland mit, und außerdem 3000 Personen der arbeitenden Klasse, Männer, Weiber und Kinder. Und „am Bestimmungsorte angelangt, blieb Herr Peel ohne einen Diener, um sein Bett zu machen oder um Wasser aus dem Fluß zu schöpfen". Wozu Marx bemerkt: „Unglücklicher Herr Peel, der alles vorsah, nur nicht den Export der englischen Produktionsverhältnisse nach dem Swan River!" Es zeigte sich eben, daß genügend herrenlose Produktionsmittel vorhanden waren, so daß die ehemals besitzlosen Arbeitskräfte dem Besitzer des Kapitals nicht mehr zur Verfügung standen. Aus diesem Beispiel zeigt sich noch ein weiteres: die Verfügungsmacht über Produktionsmittel ist, wofern sie *ungleichmäßig* verteilt ist und wofern es Menschen gibt, welche über keine Produktionsmittel verfügen, zugleich eine Verfügung über Personen, weil diese, um zu existieren, bei den Besitzern der Produktionsmittel „Arbeit nehmen" müssen. Wir haben hier eine Verfügung über Personen lediglich in den abstrakten Formen des Rechtes und Verkehrs. Historisch haben wir bereits vor der entwickelten Verkehrswirtschaft eine solche Verfügung über Personen; sie war aber eine ausgesprochen direkte, indem die politische Macht ganze Schichten der Gesellschaft, also *jeden* in der betreffenden Schicht, der herrschenden Klasse zuordnete und unterwarf. In der kapitalistischen Wirtschaft haben wir gleichfalls eine Unterwerfung, eine sehr exakt wirkende Zuordnung von Personen zu Produktionsmitteln bzw. zu deren Besitzern. Aber diese Zuordnung erfaßt nicht den einzelnen als Person. Jeder einzelne ist frei, kein politisches Gesetz bindet ihn, sondern „lediglich" die Gesetze des Verkehrs zwingen ihn. Da er keinen freien Zugang zu den Produktionsmitteln hat, sondern „nur" ein freier Mensch, eine Person ist, mit keinem andern Besitz als zwei Händen und mit einem sehr unbequemen Magen — ist er gezwungen, sich so zu verhalten, *als ob* er in einem politischen Gewaltsystem persönlich durch physische Druckmittel zu regelmäßiger Arbeit genötigt würde. Wenngleich also die Gesetze des Verkehrs den einzelnen theoretisch frei lassen und er grundsätzlich tun könnte, was er wollte, so wirken sie doch ebenso exakt als die bürgerlichen und Strafgesetze oder ein politisches Zwangssystem.

Sie erklären uns, warum — eine ungleiche Verteilung der Produktionsmittel einmal gesetzt und angenommen, daß die Menschen als homines oeconomici handeln — Wirtschaft in dieser Art möglich, ja notwendig ist und sich durch die in ihr lebenden Kräfte immer wieder neure produziert. Die Auseinanderlegung der ökonomischen Gesetze in ihrer Wirksamkeit muß das erweisen. Freilich stehen auch sie, wie betont werden muß, nicht in der Luft, sind auch nicht nur auf die menschliche Vernunft gegründet, sondern ruhen auf der massiven Grundlage eines politischen Systems, welches das Privateigentum an den Produktionsmitteln schützt, und durch diesen Schutz die Wirksamkeit der ökonomischen Gesetze erst garantiert.

Kapital ist, ebenso wie Ware, nicht inhaltlich zu definieren. *Es gibt keinen Realbegriff des Kapitals.* Das Wesentliche vielmehr ist, daß es in einem Erzeugungsprozeß von Waren unter den oben ausgeführten Bedingungen zur Verwendung gelangt. Die Maschine *an sich* ist nicht Kapital. Z. B. ist die Nähmaschine innerhalb des Haushaltes ein bloßes Werkzeug, genau so wie der Kochherd; in einem Erzeugungsprozeß von Waren aber wird sie „Kapital". Ja noch mehr: Produkte, welche unter Umständen Konsumgüter sein können, wie z. B. Möbel, verwandeln sich, wenn sie eingestellt sind in einen Produktionsprozeß von Waren (z. B. im Empfangsraum einer Fabrik), in: Kapital. Was Kapital ist, entscheidet demnach nicht die Zweckbestimmung der Dinge, sondern lediglich der Zusammenhang in dem sie stehen. Nur in verkürzter Sprechweise pflegt man auch die *Gegenstände*, auf welche sich die Verfügungsmacht erstreckt, Kapital zu nennen; das ist aber ein ungenauer Sprachgebrauch [1]). Wir wollen daran festhalten, daß es einen

1) Manche Theoretiker sind allerdings der Ansicht, daß jedes Werkzeug Kapital ist, und nennen daher jede Produktion mit Werkzeug, sei sie noch so primitiv und spiele sie sich unter welchen gesellschaftlichen Bedingungen immer ab: kapitalistisch. So z. B. Böhm-Bawerk. Eine solche Ausweitung des Begriffs Kapital bringt ihn um jede Leistungsfähigkeit. Eine Produktion ohne Kapital in diesem erweiterten Sinne ist ja überhaupt unmöglich, da man nur einen kleinen Teil der Früchte mit der Hand pflücken, jedenfalls aber mit den bloßen Händen weder Bestellungsarbeiten durchführen noch Tiere fangen kann. Ricardo z. B. sieht das

Realbegriff des Kapitals ebensowenig gibt als einen Realbegriff der Ware. Kapital setzt zwar Sachgüter voraus, ist aber mit diesen nicht identisch. Inwieferne immaterielle Verhältnisse wie z. B. Rechte, Patente usw. Kapital sein können, wurde schon angedeutet.

c) Das Kapital in der Geldform.

Die Produktionsweise, welche durch Mitwirkung des Kapitals in dem oben angegebenen Sinn gekennzeichnet, die also nicht schon bei Verwendung eines hochentwickelten maschinellen Apparates gegeben ist, sondern deren Existenz sich an gesellschaftliche Bedingungen knüpft, nennen wir kapitalistisch [1]). Diese kapitalistische Produktionsform vollzieht sich — warum, ist oben S. 64 ff. auseinandergesetzt — in der Geldform.

Der ganze kapitalistische Produktionsprozeß ist demnach nicht nur eine Bewegung von sachlichen Dingen und Arbeitskräften, sondern zugleich eine Geldbewegung. Und er ist in der Geldbewegung auch seinem Wesen nach schärfer erfaßt als in der Beschreibung seines naturalen Inhalts, weil ja der Sinn aller in der entwickelten Verkehrswirtschaft vor sich gehenden Prozesse der Austausch ist.

Da sich nun der Austausch auf dem Wege des Geldes vollzieht, also sich restlos in Quantitäten umsetzt, und zwar in Geldquantitäten, und da auch die „Kapitalgüter" auf dem Wege des Austausches in die Produktion eingehen, so erscheinen sie als Geldsummen. Für den Eigentümer, der über die Produktionsmittel verfügt, sind es Äquivalente von Geldsummen. Geldsummen sind aber auch alle andern Produktionselemente für ihn: z. B. Arbeitskräfte. Auch diese kann der Besitzer von Produktionsmitteln nur im Tausch gegen Geld erhalten. Eine Geldsumme aber ist der andern desselben Betrages gleich — und so wird alles im Produktionsprozeß agierende Geld, welches alle Produktionselemente kauft: Kapital genannt werden.

sehr genau und handelt daher nur von der Wirkung der Produktionsmittel auf den Wert der Produkte, vergleicht aber nicht mit einer Produktion ohne Produktionsmittel. (Vgl. Kap. I Sect. III.) Beim Kapitalbegriff zeigt sich wieder, daß die Fragestellung der „reinen Ökonomie", die glaubt, Regelmäßigkeiten des wirtschaftlichen Handelns überhaupt entwickeln zu können, zu einer Begriffsbildung drängt, in der heterogene Tatbestände unter einen Oberbegriff zusammengezwungen werden.

1) Da in einer kapitalistischen Verkehrswirtschaft ein großer Teil der Wertsumme des „Kapitals" sachlichen Produktionsmitteln entspricht, ist namentlich in der Praxis die Meinung verbreitet, daß jede Produktion mit Maschinen „kapitalistische Produktion" darstellt. Hier wirkt also der Realbegriff des Kapitals verwirrend und macht es sogar unmöglich, eine sozialistische von einer kapitalistischen Wirtschaft zu unterscheiden.

Wenn nun „Geld" im Sinne von Kapital gebraucht werden kann, so nur deshalb, weil es Vertreter aller Produkte auf dem Markte ist, also Waren kaufen kann, die Elemente in einem Erzeugungsprozeß von Waren werden. Das Geld ist demnach der allgemeinste, auf die Quantität reduzierte Ausdruck der sozialen Tatsache, daß Menschen über Produktionsmittel verfügen können, und zwar, daß sie ausschließlich darüber verfügen können, während andere Menschen von den Produktionsmitteln gänzlich getrennt sind, weder Verfügungsgewalt über dieselben besitzen noch voraussichtlich erwerben werden. Geld ist nur der allgemeinste, abstrakteste Ausdruck für Kapital, aber noch nicht an sich Kapital. Geld, z. B. Edelmetall, ist auf dem Fronhof niemals „Kapital", sondern nur bevorzugtes Tauschmittel oder Schatz. Wenn wir Geld mit Kapital gleichsetzen, so nur, wenn und weil wir an eine entwickelte Verkehrswirtschaft denken, in welcher das Geld eine „kapitalistische Warenproduktion" begründen kann. Nur in dieser kann Geld als „Kaufkraft" zur Einleitung von Produktionsprozessen bestimmter Art betrachtet werden, denn nur in dieser haben wir einen breiten Markt, auf dem Geld sinnvoll zur „Finanzierung" einer Produktion aufgewendet werden kann. Auch die Definition des Kapitals bei Schumpeter als „Kaufkraft" setzt daher den Prozeß einer kapitalistischen Verkehrswirtschaft voraus. Die Prägung des Kapitalbegriffs in diesem Sinne ist eben nur in der entwickelten Verkehrswirtschaft der oben gekennzeichneten Art sinnvoll [1]). Nur aus darstellerischen Gründen

1) Vgl. Schumpeter, Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, 2. Aufl., S. 165 ff. Schumpeter schränkt dort allerdings den Begriff noch etwas ein: „Kaufkraft für neue Produktion, welche die bisherigen Bahnen verläßt". Er gebraucht aber den Begriff auch

ist hier davon abgesehen, in diesen Begriff des Kapitals bereits die Intention auf den Profit einzubeziehen. Darüber siehe unter 5.

5. ERTRAG UND GEWINN.

a) Der Produktionserfolg in der Bedarfsdeckungswirtschaft (Ertrag).

Wenn wir die Bedarfsdeckungswirtschaft in ihrem ganzen Verlaufe betrachten, so finden wir, daß ihr Resultat nach dem Ertrag beurteilt wird, worunter Art und Menge von Brauchbarkeiten zu verstehen sind. Innerhalb der Fronhofswirtschaft z. B. ist die Wirtschaftstätigkeit um so erfolgreicher, je größer in Produkten ausgedrückt das Resultat ist. Eine überreiche Ernte z. B. wird allen in einer besseren und reichlicheren Versorgung zugute kommen. Je größer der Ertrag, um so größer der Segen. Jede Mehrleistung des Bodens, jede Mehrleistung der Arbeit gestattet, den Versorgungsplan reicher auszugestalten, und mit der Entfaltung der Produktivkräfte wird die Versorgung in dieser Bedarfsdeckungswirtschaft immer besser. Mit der Steigerung der Erzeugung steigt aber auch die Leistungsfähigkeit, welche wieder die Erzeugung zu vermehren geeignet ist. Das ist ein „natürlicher“ Zustand.

b) Der Produktionserfolg in der entwickelten Verkehrswirtschaft (Gewinn).

Hingegen ist in der entwickelten Verkehrswirtschaft, welche wir jetzt als die kapitalistische kennen, die Erzielung eines größeren Ertrages an Produkten noch nicht gleichbedeutend mit einem günstigen Ergebnis der Produktion. Wir wissen, daß die Frage, ob das Ergebnis der Produktion günstig ist oder nicht, erst beantwortet werden kann, wenn man die Geldsummen, welche in die Produktion hineingeschossen wurden, mit den Geldsummen vergleicht, die aus

in einem viel weiteren Sinne, eben als Kaufkraft, die sich auf Erwerbung von Elementen des Produktionsprozesses zum Zweck der Produktion richtet.

ihr herausströmen. Das Resultat der Tauschakte, in denen der Produzent Käufer war, muß mit dem Resultate der Austauschakte verglichen werden, in denen er Verkäufer ist. Erst dann können wir sagen, ob die Produktion „rentierte“. Die Frage, wieviele Produkte erzeugt wurden, ob also der Produktionsprozeß technisch gelungen war, ist nicht allein entscheidend. Bis zur Beendigung der Produktion können derartige Veränderungen auf dem Markte erfolgt sein, daß die Produktion mit einem Minus an Geldergebnis abschließt. Wir sprechen dann von einem Verlust. Im entgegengesetzten Falle von einem Gewinn. Dem Ertrag in der Bedarfsdeckungswirtschaft entspricht also in der kapitalistischen Verkehrswirtschaft der Überschuß, der Gewinn.

Die Produktion selbst wird für den Produzenten nur dann einen Sinn haben, wenn er für alle Produkte, die er herstellt, mehr Geld erhält, als er zu ihrer Erzeugung aufgewendet hat. Denn er hätte ja gar keinen Anlaß, die Produktion durchzuführen, wenn ihm nur dieselbe Quantität Geld wiederkehren würde. In einer arbeitsteiligen Gesellschaft hat er ja voraussetzungsgemäß für sein eignes Produkt keine Verwendung. Er wird also nur produzieren, wenn er mit einem Überschuß — in Geld ausgedrückt, abschließt. Wieso er das kann, welche ökonomische Bewegung notwendig, damit dieses Resultat erzielt wird — das aufzuklären ist Aufgabe der ökonomischen Theorie. Soviel aber können wir schon jetzt sagen: wenn kapitalistisch produziert wird, in dem hier angenommenen Sinne, dann kann auf die Dauer nur produziert werden, wenn ein solcher Überschuß immer wieder erzielt wird. Und so verknüpft sich der Begriff des „Kapitals“ mit dem des Überschusses, und zwar eines Überschusses in einer abstrakten, rein quantitativ faßbaren Menge Geldes. Hingegen ist für die kapitalistische Produktion die Frage, wie viele Bedürfnisse mit den hergestellten Produkten befriedigt wurden, unwesentlich. Vor allem ist auch unwesentlich, wie dieser Geldertrag zustande kommt. Der Produzent setzt ihn zu allen Wertgrößen in Beziehung, die in der Produktion mitspielen, und wir nennen diese Beziehung: Rentabilität. Ähnliches zeigt sich, wenn man den Überschuß mit dem Zweck der Produktion Bedürfnisse zu befriedigen in Verbindung bringt. In der Bedarfsdeckungswirt-

schaft entscheidet der Produktionsüberschuß darüber, in welchem Maße die Konsumenten, die mit den Produzenten zusammenfallen, ihre Bedürfnisse befriedigen können. In der entwickelten Verkehrswirtschaft hingegen entscheidet der Überschuß (in Geld ausgedrückt) über die Bedürfnisbefriedigungsmöglichkeiten des Produzenten. Wir nennen ihn: das Einkommen. Wir können dann wiederum das Verhältnis umkehren und sagen: wenn einem Individuum ein ständig fließender Geldstrom zur Verfügung steht, sprechen wir von einem Einkommen, weil hier eine Möglichkeit gegeben ist, Bedürfnisse zu befriedigen. Ob dem eine Produktion zugrunde liegt, ist dann gleichgültig. Z. B. bezieht der Kontrolleur eines Kartells, der dafür sorgt, daß nicht oder weniger produziert wird, ein Einkommen, hingegen ein Produzent, der seine Waren nicht abzusetzen vermag, ist ohne Einkommen. Das Einkommen ist dann, wie alle Begriffe der entwickelten kapitalistischen Verkehrswirtschaft, ein abstrakter Begriff.

Es kann zwar hier noch nicht auf all die Gesichtspunkte eingegangen werden, unter denen die Produktion auf Gewinn in einer kapitalistischen Verkehrswirtschaft zu betrachten ist. Doch sei wenigstens kurz angedeutet, warum der naturale Ertrag noch nicht den Produktionserfolg entscheidet:

1. Kann sich zwischen Beginn und Abschluß der Produktion, und zwar gerade bei einem natural glänzenden Erfolg der Produktion in diesen und andern Produktionseinheiten das Austauschverhältnis des Produkts zu den übrigen Produkten so ungünstig gestalten, daß gar kein Gewinn, sondern vielleicht sogar ein Verlust zu buchen ist. Offensichtlich werden in einem solchen Fall die Käufer der Produkte den Vorteil genießen. Hier liegt also eine Verschiebung in der Verteilung des Sozialprodukts vor. Der Gewinn wird sich den Konsumenten aber nur in einer geringeren Geldausgabe, nicht in einem Überschuß an Geld darstellen. Würden in einer kapitalistischen Verkehrswirtschaft alle Produktionen mit einem günstigeren Produktionsresultat abschließen, so würden bei den Produzenten keine Verluste entstehen. Die Gesamtversorgung würde reichlicher, die Preise würden sinken. In einem solchen Fall würde also eine Steigerung des Geldwerts vorliegen.

2. Schon diese sehr beiläufigen Bemerkungen zeigen, daß in allen Fragen des kapitalistischen Produktionsprozesses der Geldwert eine entscheidende Rolle spielt. Er wird in den einfachern Gedankengängen der Theorie als konstant angenommen, insbesondere bei der Frage, mit welchem Resultat eine Produktion abgeschlossen hat. Das ist auch die Methode der Buchführung, welche Geldbeträge, die in verschiedenen Epochen anfallen oder ausgegeben werden, lediglich auf ihre Quantität hin betrachtet und betrachten muß, d. h. sie als werthomogen ansieht.

Dieser nominalistische Charakter des Geldwerts ist praktisch von der größten Bedeutung. Werden in den Ergebnissen der Produktion die Schwankungen des Geldwerts berücksichtigt, so können sich unter Umständen die Resultate der Produktion wesentlich anders darstellen.

6. PRODUZENT — UNTERNEHMER.

In der entwickelten Verkehrswirtschaft kann zwar mit denselben Produktionsmitteln und in der gleichen Art wie in der Bedarfsdeckungswirtschaft produziert werden. Der gesellschaftliche Zusammenhang aber wird sich hier anders darstellen: es gibt stets zwei Gruppen von „Produzenten". Auf der einen Seite die unselbständigen Arbeiter, auf der andern Seite die Leiter des Produktionsprozesses, die als Unternehmer bezeichnet werden. Unternehmer soll ein Produzent heißen, der in einer entwickelten Verkehrswirtschaft zum Zweck der Gewinnerzielung eigene oder ihm geliehene Kaufkraft zur Einleitung eines Produktionsprozesses, eines „Unternehmens" (das nicht immer ein Produktionsprozeß im engeren Sinne des Wortes zu sein braucht) anwendet. Im Wort Unternehmer ist schon angedeutet, daß etwas unternommen, d. h. daß die Bahn des normalen Geschäftes verlassen, daß ein Zustand gestört, daß eine unerwartete Produktion begonnen wird, mit der Chancen großen Gewinnes, aber auch von Verlusten verbunden sind. Der Unternehmer trägt also ein Risiko, für das er mit seinem Vermögen und in gewissem Maße auch mit seiner Person aufzukommen hat. Eine unrichtige Handlung, eine falsche Beurteilung der Lage kann seine Existenz vernichten und

ihn für die Dauer seines ganzen Lebens aufs schwerste schädigen. Nichts ähnliches findet sich in der Bedarfsdeckungswirtschaft, wo eine Fehldisposition zwar auch Schaden, aber nie den völligen Ruin zur Folge haben kann.

Neben dem „Unternehmer" finden wir immer Produzenten, welche auch die Produktion des Gewinnes wegen durchführen oder fortsetzen. Aber sie können sich hierbei in den gewohnten Gleisen bewegen. Sie können auf einen Absatz rechnen, der sich wenig oder nicht überraschend ändert, ihre Methoden sind erprobt und anerkannt. Auch diese Produzenten erzielen Gewinne, auch sie werden „Unternehmer" genannt. Aber nach der Analyse der Unternehmertätigkeit durch Schumpeter wird man dieses Wort doch der ersten Kategorie vorbehalten. Das Neue des Handelns ist für sie wesentlich, sie sind die initiativen, bahnbrechenden Wegweiser neuer Wirtschaftsphasen, nur die entwickelte Verkehrswirtschaft bietet ihnen große Möglichkeiten. In einer Bedarfsdeckungswirtschaft noch so großen Umfanges wird das Spezifische der Unternehmertätigkeit in diesem Sinn niemals in so großem Stil und in so persönlicher Art hervortreten. Für den „Unternehmer" ist diese an seine Person geknüpfte Leistung (die freilich von der Marktlage und allen übrigen Daten der Wirtschaft abhängig und auf sie bezogen ist) nur „zufällig" Produktion von Sachgütern. Während in der Bedarfsdeckungswirtschaft der Produzent nur produziert, so werden in der entwickelten Verkehrswirtschaft immer wieder Unternehmer auftauchen, deren Gewinnchancen gar nicht an die Produktion im engeren Sinn des Wortes geknüpft sind, sondern z. B. an den Handel oder an Fortschritte der Organisation oder sogar an die Einschränkung der Erzeugung wie im Monopol.

Die Unternehmertätigkeit ist also nicht durch ihren Sachgehalt zu kennzeichnen. Jedenfalls wird sie nur insofern eine Steigerung der Produktmenge bewirken, als davon Gewinne zu erwarten sind. Das Ziel ist eben der Gewinn und nicht die Produktion, deren Fortschritte aber doch meist durch den Unternehmer garantiert werden, da in einem System freier Konkurrenz der normale Weg zur Steigerung des Gewinnes die Steigerung der Produktion ist.

7. GEBRAUCHSWERT, TAUSCHWERT, WERT UND PREIS.

Die bisher betrachteten Grundtatsachen der Wirtschaft hängen alle miteinander zusammen. Denn das wirtschaftliche Handeln ist rationales Handeln und daher in einem Zentrum verankert. Von dem angestrebten Zweck aus erhält jede Handlung ihren Sinn und von ihm aus wird ihr Inhalt bestimmt. Wenn wir nun die Bedarfsdeckungswirtschaft betrachten, so sind es Brauchbarkeiten, Qualitäten, eine bestimmte Anzahl von Dingen mit bestimmten Eigenschaften, die den Zweck des wirtschaftlichen Handelns bilden. Jedes Ding wird nach der Brauchbarkeit, die in ihm ruht, nach dem Bedürfnis, welches damit befriedigt werden kann, geschätzt. Wenn wir die Wichtigkeit, die wir den Dingen beimessen — mit Rücksicht darauf, daß wir sie zur Bedürfnisbefriedigung benötigen —, W e r t nennen, so ist die Bedarfsdeckungswirtschaft von der Rücksicht auf den G e b r a u c h s w e r t geleitet. Das wirtschaftliche Handeln ist auf möglichst viele und hohe Gebrauchswerte gerichtet, die Frage, ob ein wirtschaftliches Handeln zweckmäßig, also „richtig" ist, entscheidet sich nach der Höhe des Gebrauchswertes, der dadurch realisiert werden kann.

Dieser Gebrauchswert ist nun in der Verkehrswirtschaft, zumal in der entwickelten Verkehrswirtschaft, nicht mehr unmittelbar lebendig. Er ist ebenso nur mittelbar lebendig, als die Gutsqualität der Dinge. Sowie das Gut zur Ware wird, ebenso formt sich der Begriff des G e b r a u c h s w e r t e s um. Denn auf diesen kommt es dem Produzenten nicht an. Für ihn ist wesentlich, ob und in welchem Verhältnis sich seine Produkte austauschen. Sie haben für ihn Bedeutung als Austauschobjekte, sie werden Austauschobjekte sein nach Maßgabe der w i r k s a m e n N a c h f r a g e, der die einzelnen Güter begegnen. Denn die Bedeutung eines Gutes für den Produzenten besteht jetzt nicht darin, welche Bedürfnisse es zu befriedigen imstande ist, sondern sie bemißt sich objektiv nach der Fähigkeit des Gutes, sich gegen andere auszutauschen. Diese Fähigkeit, sich auf dem Markte auszutauschen, erscheint gleichsam als eine neue, nur in der Ver-

kehrswirtschaft gegebene Eigenschaft des Gutes, und wir nennen sie den Tauschwert.

Hier begegnen wir nun wiederum dem allgemeinen Tauschmittel, dem Gelde in einer wichtigen Funktion: es ist der Maßstab, nach dem der Tauschwert der Produkte gemessen werden kann, weil alle Produkte sich zunächst und am leichtesten gegen Geld eintauschen. (Geld ist aber nur dann ein brauchbarer Maßstab, wenn, wie oben angedeutet, sein Wert konstant bzw. wenn die Änderung seines Werts bekannt ist. Das ist aber immer nur annäherungsweise der Fall.) Diese Rolle des Geldes führt zu einem weiteren Begriff, der als die Umformung des Wertes erscheint: zum Preis.

Es gibt Theoretiker (z. B. Cassel), welche das Gesamtbild der kapitalistischen Verkehrswirtschaft als ein System von Preisen aufbauen möchten. Das geht zu weit, wenngleich zuzugeben ist, daß in der entwickelten Verkehrswirtschaft lediglich Preise in Erscheinung treten. Wenn wir sagen, daß in der entwickelten Verkehrswirtschaft der Tauschwert allein es ist, worauf der Produzent abzielt, so ist damit nur die Konsequenz der Tatsache gezogen, daß die Dinge nicht in ihrer unmittelbaren Bedeutung für die Bedürfnisbefriedigung, sondern nur auf dem Umweg über den Markt wirtschaftlich in Erscheinung treten. Die Produkte existieren überhaupt nur wirtschaftlich, sofern sie den Weg über den Markt nehmen können; wenn sie das aber tun, erscheinen sie als Tauschgrößen, und das Tauschverhältnis, also der Preis, ist das Interessanteste an dem Wege, den das Produkt geht. Deshalb ist die Aufhellung der Gesetze, nach welchen sich diese Austauschverhältnisse bestimmen, die Kernfrage der theoretischen Ökonomie.

Aber solche Gesetze, nach denen sich die Preise bestimmen, können nur gefunden werden, wenn wir sie als ein System auffassen, d. h. als Größenbeziehungen, die ineinander zusammenhängen, und deren absolute wie relative Höhe durch einen ihnen gemeinsamen Gesichtspunkt bestimmt wird. Diesen Gesichtspunkt aber bietet das Wertgesetz.

8. ZUSAMMENSTELLUNG DER KORRESPONDIERENDEN GRUNDBEGRIFFE.

Demgemäß können wir eine ganze Tafel von Begriffspaaren aufstellen, die einander korrespondieren, ohne miteinander identisch zu sein. Wir können die bisher aufgezeigten Begriffe noch nach mancher Richtung erweitern. Eine besondere Ausführung im einzelnen ist jetzt wohl nicht mehr notwendig:

Bedürfnis	— Nachfrage
Gut	— Ware.
Produktionsmittel (Werkzeug)	— Kapital.
Aufwendungen	— Kosten.
Gebrauchswert	— Tauschwert (Preis).
Arbeit	— Lohnarbeit.
Ergiebigkeit	— Rentabilität.
Gütererzeugung	— Warenproduktion.
Bedarfsdeckung	— Einkommen.
Produktion	— Unternehmung.

So wird das Gefüge der verschiedenen Wirtschaftssysteme in korrespondierenden Grundbegriffen verständlich. Der naturale Inhalt der Wirtschaft mag in den verschiedenen Wirtschaftssystemen derselbe sein. Aber er interessiert uns nicht. Sondern die gesellschaftlichen Bedingungen und die mit ihnen gegebenen typischen Beziehungen, in denen die naturalen Inhalte erst zu Elementen eines ökonomischen Systems werden, z. B. Produktionsmittel: Träger einer naturalen Funktion; Kapital: Element eines sozialen und deshalb ökonomischen Systems. Oder wie es Marx anschaulich ausdrückte: Die Spinnmaschine ist eine Spinnmaschine, unter bestimmten gesellschaftlichen Umständen wird sie Kapital — der Neger ist ein Neger, unter bestimmten gesellschaftlichen Bedingungen wird er ein Sklave.

9. DER SYSTEMGEDANKE IN DER WIRTSCHAFTSTHEORIE

a) Ökonomische und quasiökonomische Systeme in ihrer Beziehung zur Wirtschaftstheorie.

Bei der Erörterung des Unterschiedes von Gebrauchswert und Tauschwert, wie bei der Gegenüberstellung der korrespondierenden Begriffe überhaupt wurde es klar, daß die Begriffe jeweils den Tatbestand von einem verschiedenen Aspekt her erfassen. Z. B. der Gebrauchswert sieht die Güter mit Hinsicht auf naturale Qualitäten an, welche sie zu irgendeiner Bedürfnisbefriedigung dienlich machen. Im Tauschwert erscheinen diese naturalen Qualitäten nicht im Inhalts des Begriffs — aber sie sind, wie oben auseinandergesetzt, Bedingung für Entstehung von Tauschwerten. Es blieb einer späten Phase der theoretischen Entwicklung vorbehalten, diese sehr komplizierten „Bedingungen" im Sinne der neueren Theorie eher „Grundlagen" des Tauschwerts zur Darstellung zu bringen.

Diese Gruppen von Grundbegriffen oder begrifflicher Prägung gleicher und analoger Tatbestandselemente hängen jeweils in sich zusammen. Sie beziehen sich auf ein ihnen gemeinsames Zentrum. Man kann versuchen, dieses Zentrum begrifflich zu formulieren, und man wird in diesem Zentralbegriff der einzelnen Systeme sowohl den sozialen Zusammenhang, die soziale Ordnung wie den ökonomischen Habitus z u g l e i c h treffen müssen. Ist doch jede soziale Ordnung ein Produktionssystem, ruht es doch auf „Produktionsverhältnissen", mit denen nicht bloß die technischen Eigentümlichkeiten der Produktion (diese a u c h), sondern insbesondere die Bezogenheit der sozialen Gruppen aufeinander, ihre Zuordnung und Unterordnung gemeint ist. Daher wird das begriffliche Zentrum eines jeden Produktionssystems zugleich die konstitutiven Elemente seiner sozialen Ordnung in sich enthalten.

Die historisch realisierten Produktionssysteme sind aber auf ihre ökonomische Eigenart hin betrachtet nicht gleichartig. Es findet zwar in allen von ihnen eine Reproduktion zugleich mit der Produktion statt bzw. wir sprechen nur dann von einem Produktionssystem, wenn es sich reproduziert. Diese Reproduktion, d. h. die fortgesetzte Neuschaffung der Bedingungen seiner Existenz, kann innerhalb des ökonomischen Zusammenhanges („rein ökonomisch") oder außerhalb desselben erfolgen. In der kapitalistischen Verkehrswirtschaft und in einer geschlossenen Bedarfsdeckungswirtschaft erfolgt die Reproduktion innerhalb des ökonomischen Zusammenhangs. Alle Daten sind so angeordnet, alle Elemente des Systems in ein solches Verhältnis zueinander gebracht, daß am Ende der Produktionsperiode (von „Störungen" außerökonomischer Natur wie Elementarkatastrophen, politischen Eingriffen usw. abgesehen) die Ausgangskonstellation wieder geschaffen ist. Auch in einer sozialistischen Wirtschaft kann durch entsprechende Einrichtungen (Freiheit des Konsums und Anwendung des Geldes zur Abrechnung über Arbeitsleistungen und Verbrauch) die Reproduktion der Erzeugungsbedingungen garantiert sein. In allen diesen Fällen wird der Wirtschaftsprozeß, auch wenn er sich selbst überlassen ist, ohne irgendwelche Eingriffe oder Stützungen immer wieder neu abrollen. Wir sprechen dann von einem A u t o m a t i s m u s der Wirtschaft, weil die einmal sozial geformten und in Bewegung gesetzten ökonomischen Kräfte ohne ständiges Eingreifen einer sozialen Macht — allerdings aber mit Fortbestehen der sozialen Ordnung — Produktion, Verbrauch und Reproduktion aufrecht erhalten.

Im strengsten Sinne des Wortes ist ein solcher ökonomischer Automatismus bisher nur für die entwickelte Verkehrswirtschaft freier Konkurrenz nachgewiesen. Deren Schema liegt daher meist ökonomischer Theorie zugrunde. Aber auch der Automatismus der kapitalistischen Verkehrswirtschaft freier Konkurrenz (eine einfache, nicht-kapitalistische Verkehrswirtschaft freier Konkurrenz — siehe darüber unten unter statisch-dynamische Wirtschaft — ist denkbar, war aber historisch nie realisiert) wird in der Praxis manchmal in Zwangslagen geraten, in denen jeweils soziale Kräfte zur Wiederherstellung der Grundbedingungen kapitalistischer Verkehrswirtschaft mobilisiert werden müssen. Z. B. wenn das Proletariat gegen den „ökonomisch richtigen" Lohn rebelliert, was ja in einem ökonomischen Automatismus nicht statthaft ist. Denn in

diesem würden sich grundsätzlich alle Preise, zu denen auch die Löhne gehören, nach der Marktlage bestimmen, gegen die keine soziale Reaktion, sondern höchstens eine Senkung des Angebots vorgesehen ist. In der Frühzeit des Kapitalismus wurden sogar gegen die Senkung des Angebots, wenn sie auf Verabredung (geschlossen) erfolgte (Streik), soziale Repressalien ergriffen, allerdings nur gegen Arbeitnehmer. Aber selbst abgesehen von solchen halb-ökonomischen Notständen ist ein ganz großer sozialer Apparat vorhanden, der das Fortbestehen des ökonomischen Systems dort garantieren soll, wo die Bejahung desselben durch „Elemente des Systems", meist besitzlose Verkäufer von Arbeitsleistungen, in Frage gestellt oder bedroht ist. Der ökonomische Automatismus ist also cum grano salis zu verstehen — er muß sehr oft sozial gestützt werden.

Immerhin liegt der Unterschied gegenüber „Wirtschaftssystemen" auf der Hand, die es im strengsten Sinne des Wortes nicht sind. In ihnen wird nicht durch die soziale Ordnung ein Automatismus des Produktions- und Verbrauchsprozesses geschaffen, der so funktioniert, daß er sich ständig „von selbst", wenngleich unter fortgesetzter Garantie seines Funktionierens durch die soziale Ordnung, reproduziert. Sondern diese Reproduktion der Produktionsbedingungen muß durch „politische Mittel", d. h. vom ökonomischen Gesichtspunkte her, durch Zwang regelmäßig immer von neuem ermöglicht werden. So in einer Sklavenwirtschaft, die von der Ausschöpfung der Arbeitskraft der Sklaven lebt und nur durch Anwendung von physischem Zwang und fortgesetzte neue Zufuhr von Sklaven bestehen kann. Oder in einem auf Hörigkeit gegründeten System: da stehen zusätzlich notwendige Arbeitsleistungen oder Sachleistungen dem Herrenhofe nicht auf dem Wege der Produktion zur Verfügung, sondern als abgepreßte Arbeit der Bauern, auf deren Betrieb und Haushalt die neue Last ohne Äquivalent gewälzt wird. Bei solchen „Wirtschaftssystemen" ist der Automatismus höchstens „streckenweise", oft gar nicht vorhanden. Es gehört also gewissermaßen zu diesen Systemen, daß sie periodisch immer wieder sozial gestützt werden müssen und daß sie zusammenbrechen, wenn die soziale Macht nicht mehr stark genug ist, um die notwendige Stütze zu bieten.

Die ökonomische Theorie kann in ihren Begriffen nur einen Automatismus erfassen. Daher sind auch „Wirtschaftssysteme", die keine Automatismen sind, theoretisch nicht konstruierbar. Insbesondere dann nicht, wenn sie soziale Zwangssysteme sind, deren Funktionieren nicht als rationales ökonomisches Handeln aufgefaßt werden kann. — Auch ist es möglich, daß sich in diesen quasi-ökonomischen Systemen neue ökonomische Positionen (das sind immer neue Kaufkraftzentren) bilden (z. B. die Manufaktur im Zunftsystem) und daß diese neuen ökonomischen und zugleich sozialen Gruppen einen Umschwung in ein neues sozial-ökonomisches System herbeiführen.

Die Aufweisung der „ökonomischen" und „quasi-ökonomischen" Systeme an dieser Stelle erfolgt also, weil nur in einem ökonomischen Automatismus das Gesamte des Prozesses, der der Bedürfnisbefriedigung dient, mit ökonomischen Begriffen erfaßt werden kann. Nur in einem solchen Automatismus stehen wenigstens grundsätzlich alle im Knappheitsverhältnis gegebenen Mittel der Bedürfnisbefriedigung in einem ökonomischen und nicht in einem primär politischen Zusammenhang. Nur in einem solchen Automatismus sind die Begriffe um die Achse eines ökonomischen Zentralbegriffs gelagert und reichen zur Erfassung des ökonomischen Systems aus.

b) Der Gewinn als Zentralbegriff der entwickelten Verkehrswirtschaft

Daß der Zentralbegriff der Bedarfsdeckungswirtschaft der Gebrauchswert ist, im Sinne der Wichtigkeit, welche die Glieder des Wirtschaftssystems den Gütern als Mitteln zur Befriedigung der Bedürfnisse beilegen, wurde schon angedeutet. Hingegen ist es wohl nicht überflüssig, noch auf den Zentralbegriff der entwickelten Verkehrswirtschaft etwas einzugehen: Schon oben (S. 79) zeigte sich, daß die Produktion in der kapitalistischen Wirtschaft ihrem Wesen nach Produktion zum Zweck der Gewinnerzielung ist. Dieser Gewinn, als Profit, ist die Achse der ökonomischen Begriffe in der entwickelten Verkehrswirtschaft. So können wir die Anordnung der ökonomischen Tatbestände in ihr mit einem

Schlage vom Profit her erfassen. Wir brauchen nur zu fragen: wie muß ein ökonomisches System aussehen, in dem mit Produktion wesensmäßig Profiterzielung verbunden ist? In diesem muß das Preissystem eine Marge zwischen Aufwendungen und Erfolg lassen. Produktion wird nur möglich sein, wenn Profit erzielt wird — d. h. sie wird nur als Warenproduktion möglich sein. Arbeit wird nur als Lohnarbeit vorkommen und nur Anwendung finden, soweit sie in einen Profit abwerfenden Prozeß eingeschaltet ist. Alle Verkehrsakte dieses Prozesses endlich werden grundsätzlich eine Beziehung zum Profit haben und werden nur stattfinden, soweit sich Profit an sie knüpft.

Die ganze entwickelte Verkehrswirtschaft hat überhaupt aus dem Gesichtswinkel der Träger des Prozesses, die darüber entscheiden, ob wirtschaftliche Handlungen gesetzt werden sollen oder nicht, also der Unternehmer, nur einen Sinn, wenn sie ein System von profiterzeugenden Handlungen ist. (All dies natürlich nur im idealtypisch reinen Fall der entwickelten Verkehrswirtschaft.) In diesem Wirtschaftssystem wird also ein Arrangement der Daten erzwungen, das Profit ermöglicht — jedes andere wird, meistens tendenziell, ausgeschaltet. Damit aber wird nicht etwa eine „allgemeinwirtschaftliche Notwendigkeit" realisiert, denn auch profitlose Wirtschaft wäre in sich widerspruchslos möglich. — Daß also in einer Wirtschaft regelmäßig Profit erzielt wird, kann aus Gründen einer „allgemeinen ökonomischen Raison" gar nicht erklärt werden; die ökonomische Theorie wird uns zeigen müssen, in welcher Art sich regelmäßig die Daten anordnen, um diesen Profit entstehen zu lassen. Sie wird dabei Begriffe verwenden müssen, in denen diese Intention auf den Profit hin schon mitschwingt, wie das bei allen, der entwickelten Verkehrswirtschaft adäquaten Begriffen tatsächlich der Fall ist.

c) Die Totalitätsbetrachtung in der ökonomischen Theorie.

Wir erblicken in der ökonomischen Theorie ein Gedankengebilde, in dem das Schema eines Wirtschaftssystems entfaltet wird. D. h. die Theorie hat logisch den Charakter eines Idealtypus, sie ist ein vereinfachtes Abbild der Wirklichkeit, in dem auf den Erkenntniszweck hin (darauf hin, was

uns an der Wirklichkeit interessiert) manche Züge der Wirklichkeit ausgelöscht, andere verstärkt sind. Auch die abstrakteste Theorie wird diese Beziehung zur Realität haben müssen. Sie wird niemals reine Deduktion aus einem allgemeinen Prinzip sein können. Insbesondere ergibt sich auch aus dem ökonomischen Prinzip heraus allein, oder aus der Annahme eines homo oeconomicus allein rein deduktiv kein Schema wirtschaftlichen Handelns überhaupt.

Die ökonomische Theorie kann vielmehr nur eine Anwendung des Prinzips rein wirtschaftlichen Handelns auf die — mehr oder weniger komplizierte, d. h. mehr oder weniger gereinigte — Wirklichkeit sein. Sie kommt, wie jede Theorie, ohne Grundvorstellungen nicht aus. Diese Grundvorstellungen muß sie sich als Wissenschaft von besonders geordneten menschlichen Handlungen in der Erfahrung bilden. Sie fallen weder vom Himmel herunter, noch können sie durch Raisonnement aufgenötigt werden. Eine logisch notwendige Grundvorstellung, nach der das ökonomische System gebaut wird, kann nicht deduziert werden.

Es ist bereits im vorhergehenden Abschnitt gezeigt worden, wie jeder ökonomische Begriff nur durch Bezogenheit auf einen zentralen Begriff möglich wird, mindestens die ihm zukommende Sinnerfülltheit erhält. Das deutet schon darauf hin, daß auch das Realphänomen der Wirtschaft stets als Gesamtheit betrachtet werden muß, wenn es adäquat angesehen werden soll. Auch konkretes wirtschaftliches Handeln kann nicht isoliert untersucht noch dargestellt werden, weil die Formen, in denen es sich vollzieht, nur im Gesamtzusammenhang des Wirtschaftsprozesses, in Korrelation zueinander geprägt werden. Auch ohne daß ich diese Einbettung des einzelnen wirtschaftlichen Handelns in sein Wirtschaftssystem immer ausdrücklich hervorhebe, werde ich es in den verwendeten Begriffen und durch Hinweisung auf den Gesamtzusammenhang doch immer mit meinen. Ob es sich um Produktion, um Tausch, um die Frage der Ziele handeln mag, welche in der Wirtschaft erreicht werden sollen — sie können in keiner Weise konkret vorgestellt noch begrifflich außerhalb des Zusammenhangs eines Wirtschaftssystems erfaßt werden.

Jede Art von Wirtschaftsbetrachtung ist auch immer in

dieser Weise erfolgt. Den Physiokraten war die Notwendigkeit dieses Vorgehens offenbar bewußt — aus der Analogie mit dem Blutkreislauf her. Aber auch die klassische Theorie hatte die Gesamtheit des Wirtschaftsprozesses im Auge, selbst dort, wo sie ganz abstrakt vom Wert sprach. Ist doch die Stellung des Wertproblems geradezu an der kapitalistischen Verkehrswirtschaft orientiert. Auch die „isolierende Methode" der neuern Theorie, ihre weitgehende Abstraktion ist immer noch Abstraktion von einem Gesamtbilde des wirtschaftlichen Handelns in einer Gesellschaft. Selbst eine mathematische Theorie, die als ökonomische nur dann bestehen kann, wenn sie mathematische Formulierung ökonomischer Sachverhalte ist, wird in dem Tatbestand, den sie bearbeitet, das Gesamte eines Wirtschaftsprozesses meinen und nur darauf bezogen einen Sinn haben [1]).

Wenn man also z. B. gesagt hat, die klassische Theorie sei „nur" katallaktisch, so ist es zwar richtig, daß für sie das Problem des Preises im Mittelpunkt steht, aber es wird doch durchaus im Zusammenhang einer kapitalistischen Verkehrswirtschaft untersucht, wenngleich diese in all ihren (auch sozialen) Besonderheiten nicht ins Bewußtsein gehoben wird. Sicher wird nicht der „Tausch an sich" von ihr untersucht (was wäre darunter vorzustellen?). — Ist doch dieser „Tausch an sich nach rein ökonomischen Prinzipien" ein höchst konkretes soziales Phänomen, dessen Voraussetzungen oben entwickelt wurden (S. 61). Die klassische Theorie meint zwar, wie die modernere Lehre auch, daß sie die Gesetze alles wirtschaftlichen Handelns überhaupt entwickle, aber das ändert nichts daran, daß sie z. B. stets Lohnarbeit und Kapitalprofit im Auge hat. Diese gehören aber nur dem spezifischen System der kapitalistischen Verkehrswirtschaft an, wenngleich sie in der klassischen Theorie fälschlich als „ewig notwendige" Elemente jedes wirtschaftlichen Systems angesehen werden. Die klassische Theorie hat also zwar die historische Wandlung der Wirtschaftssysteme nicht erkannt, aber auch sie hat die ökonomischen Probleme in einem Gesamtzusammenhang, in einer Totalität bearbeitet, mehr sogar als es vielfach die modernere Theorie tut.

1) So hat z. B. die Untersuchung der Elastizität ihren spezifischen Sinn nur innerhalb des Marktes.

In der Theorie von Marx ist die Notwendigkeit der systematischen Erfassung am deutlichsten erkannt und ausgesprochen. Faßt er doch geradezu die theoretischen Begriffe als „gesellschaftliche Hieroglyphen" auf. Für ihn sind die begrifflichen Prägungen ökonomisch relevanter Tatsachen (z. B. Ware) zugleich immer begriffliche Erfassung gesellschaftlicher Beziehungen.

d) Die Notwendigkeit der isolierenden Betrachtung.

Grundverschieden von der Frage, ob die Wirtschaft als soziales System, ferner von der weiteren Frage, ob sie als historisch wandelbares System gedacht werden muß, ist die Darstellung der Lehre. Es liegt im diskursiven Weg des Erkennens und es hat seine großen Vorteile, bei der Erörterung der elementaren Probleme vom Einzelnen bzw. mehreren Einzelnen in ihrer gegenseitigen Beziehung zueinander auszugehen. Dabei wird aber dieser Einzelne notwendigerweise und unwillkürlich, trotz seiner Isolierung, als soziale Existenz gedacht. Sein Handeln ist auf andre hin orientiert usw. Endlich: Niemand sieht Ökonomie als wirtschaftliches Handeln zahlloser unverbundener Einzelner oder „Tauschpaare", wie man nach den schematischen Konstruktionen von Marktbildern, die ihren guten Sinn haben, annehmen könnte. Für keinen ökonomischen Theoretiker ist die Volkswirtschaft ein Haufen von Individuen, in dem sich dann infolge Wirkens des ökonomischen Prinzips regelmäßige „Figuren" wirtschaftlichen Handelns bilden. Daher ist die These, als ob die bisherige Theorie überwiegend „individualistisch" sei, ein grobes Mißverständnis (worauf schon Max Weber hinwies) und spricht nicht für eine geistige Feinfühligkeit derer, welche sie vertreten.

Mit dem Vorwurf, als ob die Theorie „individualistisch" sei, verbindet sich der andre, daß sie „mechanistisch" sei, daß sie die Kategorien „Ursache" und „Wirkung" von der Natur her auf die ökonomische Sphäre übertrage, während doch die Wirtschaft, auf Ziele ausgerichtet, als ein teleologisches System betrachtet werden müsse. Gewiß ist alles wirtschaftliche Handeln ein Handeln nach Zwecken, wie jedes Handeln überhaupt. Nur deshalb kann ja wirtschaft-

liches Handeln verstanden, d. h. nach seinem „gemeinten Sinn“ aufgefaßt werden. Aber die Zwecke sind eben die „Ursachen“, welche das Handeln bewirken und bei (gegebenen Verhältnissen, d. h. Naturtatsachen und Sozialsystem) gewisse Regelmäßigkeiten mit annähernder Zwangsläufigkeit herbeiführen. — Wenn man allerdings den Zielen, die beim wirtschaftlichen Handeln verfolgt werden und die im subjektiven Bewußtsein ihrer Dringlichkeit nach gestuft sind, eine metaphysische Geltung zuschreibt, so wird offenkundig das Problem der theoretischen Ökonomie transzendiert. Kann man doch weder aus der Tatsache, daß die Wirtschaft zugleich ein Sozialsystem ist, noch aus der weiteren Tatsache, daß die Menschen in ihr, wie in allen Lebensgebieten, nach Zwekken handeln, wenn sie überhaupt rational handeln, bereits eine Rangordnung der möglichen Ziele ableiten. Auch die These, daß in der gesellschaftlichen Wirklichkeit das Ganze vor den Teilen sei, beweist nichts für den h ö h e r e n W e r t eines Wirtschaftssystems in unserem Sinne, gegenüber einem Sachverhalt, in dem nur atomistische Individuen vorkämen — wenn ein solcher überhaupt möglich wäre. Das alles ist ja vollkommen klar und muß nur hervorgehoben werden, um die hier vertretene Auffassungsweise vor der Gefahr einer Verwechslung mit der sogenannten „universalistischen“ Theorie zu bewahren. Diese meint eine „deutsche“ Theorie zu sein, aber gründet leider nur darin, daß sie ihre Art des methodischen Zugriffs in eine sehr billige Metaphysik umdeutet und sich dadurch überdies die Möglichkeit verbaut, zu irgendwelchen theoretischen Ergebnissen zu gelangen.

10. STATIK UND DYNAMIK.

Die einzelnen Sozialverfassungen, in denen Wirtschaft wird, können zunächst ihrem sozialen Habitus nach gekennzeichnet werden. Dieser entscheidet über die typischen Inhalte, deren Zusammenhänge die ökonomische Theorie zu klären unternimmt. Indem sie das Gesamte des sozialen Seins als ökonomisches System konstruiert, wird sie auch trachten müssen, die verschiedenen Wirtschaftssysteme nach einem ökonomischen Gesichtspunkte zu gruppieren. Dieser bietet sich in der

Verschlingung des Produktionsprozesses mit dem Reproduktionsprozeß dar. Wir unterscheiden danach:

1. S t a t i s c h e W i r t s c h a f t. Die statische Wirtschaft im strengsten Sinn des Wortes zeigt eine ständige Wiederkehr derselben Produktions- und Konsumakte. Es bleiben in ihr die Zahl der Produzenten, die Produktionsmengen, der Konsum und die Ausrüstung mit Produktionsmitteln gleich. Wiewohl die Zeit fortschreitet, ändert sich doch, ökonomisch gesehen, nichts in diesem Wirtschaftssystem: ein Querschnitt durch die Wirtschaft würde zu jedem Zeitpunkt dieselbe Anzahl Beschäftigter in jedem Produktionszweig zeigen, ebenso dieselben Lager in allen Produktionsstätten, dieselbe maschinelle Ausrüstung usw. Damit dies möglich ist, müssen in jeder Produktionsperiode jeweils gleiche Mengen der einzelnen Waren erzeugt werden; die Gesamterzeugung muß so eingerichtet sein, daß Produktionsmittel nur soweit erzeugt werden, als sie zum Ersatz verbrauchter, abgenutzter Produktionsmittel erforderlich sind. Würden mehr Produktionsmittel hergestellt werden, so würde eine Ausdehnung der Produktion stattfinden; das System wäre also nicht mehr in unserem Sinne statisch. Ferner wären diese zusätzlich erzeugten Produktionsmittel (bei gleicher Geldmenge) nicht zu denselben Preisen wie bisher verkäuflich. Es würde eine Störung eintreten, das kontinuierlich bestehende Gleichgewicht der statischen Wirtschaft wäre aufgehoben.

Es sind ziemlich komplizierte Voraussetzungen erforderlich, um ein statisches System möglich zu machen: gleichbleibende Bevölkerung, Einrücken der nachwachsenden Bevölkerung genau in die Arbeits- und Produktionspositionen der Verstorbenen oder Ausscheidenden, gleichbleibende Technik, gleichbleibende Bedürfnisse. Sind diese Voraussetzungen vorhanden, so ist Jahr für Jahr und Tag für Tag die Wiederholung der gleichen Produktionsakte nach Inhalt, Umfang, Dauer usw. möglich. Diese Überlegung zeigt, daß die statische Wirtschaft eine theoretische Konstruktion ist, aber, wie sich zeigen wird, vorzüglich geeignet, um bestimmte Regeln der Verkehrswirtschaft darstellerisch zu entwickeln.

Denkmöglich ist die statische Wirtschaft in mehreren sozialen Formen. Sie kann als Bedarfsdeckungswirtschaft gedacht werden, sei es in einfacherem oder in komplizierterem

Aufbau und sie ist auch als Verkehrswirtschaft möglich. Als Verkehrswirtschaft wird sie Geldwirtschaft sein müssen. Ist eine Geldwirtschaft statisch, so müssen in ihr die Austauschverhältnisse der einzelnen Waren gleich bleiben (da sie sich ja nur bei einer Änderung der Produktionsmengen, der Bedürfnisse usw. ändern könnten). Ferner werden Geldeingänge und Geldausgänge in jeder Wirtschaftseinheit innerhalb der Wirtschaftsperiode gleich sein müssen. Horte an Edelmetall, die vorhanden sind, bleiben unverändert, neue Hortbildung ist unmöglich. Es werden die Kosten der Produktion, zu denen auch der Verbrauch der Produzenten gehört, in den Preisen der Produkte ohne einen Überschuß wiederkehren müssen. Darin liegt schon beschlossen, daß die kapitalistische Verkehrswirtschaft wesensmäßig nicht als statische Wirtschaft gedacht werden kann. Hingegen ist eine planmäßige Bedarfsdeckungswirtschaft als sozialistische Wirtschaft durchaus statisch denkbar. Es kommt dabei ganz auf den Wirtschaftsplan an. In der Wirklichkeit wird sich eine statische Wirtschaft nicht nachweisen lassen. In voller Strenge kann sie schon deshalb nicht bestehen, weil die Ernteschwankungen stets Störungen mit sich bringen; auch die Bevölkerung ist niemals eine starre Größe. Aber die reale Wirtschaft ist in größerer oder geringerer Annäherung zur Statik, und selbst in der kapitalistischen Wirtschaft gibt es Phasen, in denen eine gewisse „Statisierung“ unverkennbar ist. Und zwar in den Depressionsperioden.

2. Die dynamische Wirtschaft. Zunächst das Prinzip: in ihr findet eine Ausweitung des gesamten Produktionsprozesses statt. Wenn wir den naturalen Prozeß betrachten, so muß also die Produktmenge von einer Wirtschaftsperiode zur andern steigen. Das ist aber nur möglich, wenn entweder die Produktion infolge von Verbesserungen effizienter wird (technischer Fortschritt) oder wenn die Proportionen der Wirtschaft so angelegt sind, daß in ihr jeweils mehr Produktionsmittel erzeugt als abgenutzt werden. Denn damit werden die Bedingungen für die Produktionssteigerung geschaffen. Eine Verkehrs- und also Geldwirtschaft wird nur dann dynamisch sein, wenn jede Produktionseinheit in ihr in jeder Wirtschaftsperiode mit einem Überschuß auch in Geld abschließt, aus dem die Ausweitung der Produktions-

unterlagen bestritten werden kann. Bleiben die Preise gleich, so wird diese Bedingung nur bei wachsenden Produktmengen erfüllt sein. Komplikationen entstehen, wenn die Preise nicht gleichbleiben bzw. wenn sich nicht alle Preise parallel verändern. Das kann hier nicht des Näheren ausgeführt werden.

Folgende Typen der dynamischen Wirtschaft sind möglich:

a) Allmählich und gleichmäßig wachsende Produktion parallel mit entsprechend wachsender Bevölkerung. Die Ausweitung der Produktion erfolgt für die wachsende Bevölkerung. Hingegen bleibt die Kopfquote der Gesamtproduktion (der Kopfanteil am Sozialprodukt) gleich. In diesem Fall wird bei gleichbleibender Technik das Wachstumsprozent aller Produktionen mit dem der Bevölkerung identisch sein. Eine solche Produktion wird man noch als halbstatisch betrachten können.

b) Die Produktionsausdehnung bleibt hinter dem Wachstum der Bevölkerung zurück. Wenngleich in diesem Fall der Kopfanteil am Sozialprodukt sinkt, steigt doch die Gesamtproduktion. Auf den einzelnen Produzenten betrachtet ist es das System einer zurückgehenden Wirtschaft. Im ganzen gesehen aber noch dynamisch.

c) Die Produktionsausdehnung überflügelt die Bevölkerungsvermehrung. Dies ist der „Normalfall“ der kapitalistischen Verkehrswirtschaft. Dann wird der Kopfanteil am Sozialprodukt in natura wie in Geld im Durchschnitt steigen:

α. allgemein

αα. harmonisch. Die Steigerung ist gleichmäßig;

ββ. disharmonisch. Die Steigerung ist in den einzelnen Wirtschaftszweigen oder sozial gekennzeichneten Schichten verschieden.

β. nur partiell. Dann wird ein Teil der Einkommen gleichbleiben oder sogar zurückgehen. Der Prozeß ist dann sehr verwickelt, weil sich die Produktionsausdehnung auf ein Gebiet konzentriert. Im ganzen gesehen muß aber auch in diesem Fall die Produktion in natura wie in Geld gesehen steigen.

So ungleichmäßig das Wachstum der Produktion im Fall *β* sein mag, so kann es doch in all seiner (scheinbaren) Regellosigkeit eine gewisse Regelmäßigkeit (z. B. Periodizität) zeigen. Ob das der Fall ist oder nicht, kann erst nach Prüfung

des Tatbestands beantwortet werden. Die kapitalistische Wirtschaft zeigt solche Regelmäßigkeiten. In der vorkapitalistischen Wirtschaft hingegen wird man sie nicht nachweisen können, obzwar sie auch dynamisch war.

Jedes Wirtschaftssystem kann als ein dynamisches gedacht werden. Auch die Bedarfsdeckungswirtschaft kann so aufgebaut sein, daß sie die Bedingungen der Produktion auf stets erweiterter Stufenleiter reproduziert. Die kapitalistische Verkehrswirtschaft aber ist wesensmäßig dynamisch. Nicht deshalb, weil sie auf Erweiterung der Produktion ausgerichtet ist, sondern weil sie des Profits wegen produziert und weil Profit auf die Dauer regelmäßig nur bei einem kontinuierlichen Wachstum der Gesamtproduktion erzielt werden kann.

III. Kapitel.

DIE ARBEITSWERTLEHRE.

1. DIE BEDEUTUNG DES TAUSCHVORGANGS IN DER VERKEHRSWIRTSCHAFT.

Nunmehr wenden wir uns der Analyse der Verkehrswirtschaft zu, deren Grundform und Grundbegriffe bisher festgestellt wurden. Die Aufgabe der ökonomischen Theorie gegenüber der entwickelten Verkehrswirtschaft (im Gegensatz zur sozialen Theorie) besteht darin, das Netzwerk der Tauschbeziehungen einheitlich zu erklären. Denn alle wirtschaftlichen Zusammenhänge der entwickelten Verkehrswirtschaft sind Tausch beziehungen und Tauschzusammenhänge. Sie sind durch das Geld nur vermittelt. Jeder Kauf ist ein Tausch, weil der Verkäufer praktisch immer daran denkt, wenn nicht jetzt, so später das Geld wieder gegen eine Ware oder Leistung herzugeben. Auch das Leisten von Arbeit ist Tausch, weil Arbeit gegen Geld geleistet wird, um Bedürfnisse zu befriedigen. Die ganze Produktion ist wirtschaftlich betrachtet auf den Tausch ausgerichtet. Der Produzent, den wir jetzt Unternehmer nennen wollen, tauscht Produktionselemente ein und tauscht die Produkte wieder gegen Geld aus, um neue Produktionselemente und Gegenstände für seinen eigenen Bedarf zu kaufen. Es ist also die Aufgabe der theoretischen Ökonomie, den Mechanismus auf dem Markte, die Tauschbeziehungen, welche sich auf dem Markte ergeben, zu erklären; zu ergründen, nach welchen Gesetzmäßigkeiten diese Tauschbeziehungen entstehen, von denen ja abhängt, in welchem Maße die Menschen ihre Bedürfnisse befriedigen können, und in welcher Proportion die Zuteilung von Verbrauchsgütern an die einzelnen in der Produktion Tätigen erfolgt. Wir betrachten also den wirtschaftlichen Prozeß für sich,

nehmen an, daß alle Menschen nur insofern Bedürfnisse befriedigen können, als sie wirtschaften und durch die wirtschaftliche Tätigkeit Verfügung über Güter erwerben. Es gibt daher nur Einkommen, welche sich nach wirtschaftlichen Gesetzen bilden, es gibt nur Konsum, der auf Grund solchen Einkommens erfolgt, es gibt endlich nur Einkommen, welches aus Tauschbeziehungen erwächst, so daß das Einkommen seinerseits wieder nur das Ergebnis der Austauschverhältnisse ist, in welche die Waren auf dem Markte zueinander treten.

Wir müssen also von dem Austauschverhältnis der Waren zueinander ausgehen, demnach von den Preisen, welche durch die Beziehung der Größen zueinander, die wir auf dem Markte finden, gemessen werden. Dabei macht es keinen Unterschied, ob wir an die Beziehung der Waren zum Geld denken oder an die Beziehung der Waren untereinander. Ich kann ebenso sagen: 1 Elle Leinwand = 5 M., als ich sagen kann: 1 Elle Leinwand = 10 kg Eisen = 2 kg Zucker usw. Der erste Ausdruck ist kürzer, aber schließt mehr in sich. Der zweite Ausdruck kann überhaupt erst entwickelt werden, wenn wir Geldwirtschaft annehmen, da eine unmittelbare Beziehung der Güter zueinander ohne Geldwirtschaft nicht möglich ist (vgl. oben)[1]. Hingegen kann — Geldwirtschaft angenommen — der Geldausdruck stets in einen Ausdruck von Waren umgewandelt werden. Auch wenn das nicht ausdrücklich ge-

1) Genau genommen ist ohne Geldwirtschaft die Beziehung der Waren zueinander nur als Resultat indirekter Tauschakte darstellbar, also etwa: 2 Pfd. Garn = 1 Elle Leinwand = 10 kg Eisen = 2 kg Zucker = 50 kg Kohle usw. Damit soll angedeutet sein, daß man vom Garn zur Kohle nur über die erwähnten Zwischenstationen gelangen kann. Hingegen bestehen nicht unmittelbar all die Beziehungen

2 Pfd. Garn = 1 Elle Leinwand,
2 Pfd. Garn = 10 kg Eisen,
2 Pfd. Garn = 2 kg Zucker,
2 Pfd. Garn = 50 kg Kohle,
2 Pfd. Garn = x
2 Pfd. Garn = y
usw.

Eine solche Art von wechselseitiger Beziehung würde schon regelmäßigen indirekten Tausch vermittelst derselben allseitig anerkannten Tauschware, also des Geldes, voraussetzen.

schieht, hat der Geldausdruck einer Ware, d. h. ihr Preis, die Funktion, das Austauschverhältnis dieser Ware zu allen übrigen auf dem Markt für Geld käuflichen Dingen exakt zu bestimmen. Umgekehrt bestimmen alle Geldpreise das Austauschverhältnis des Geldes zu den Waren, d. h. seine Kaufkraft.

a) Die Regel von „Angebot und Nachfrage".

Wir drücken also die Austauschverhältnisse am einfachsten und exaktesten in Geldpreisen aus. Wenn wir an die Verkehrswirtschaft von außen herangehen, so finden wir zunächst ein Gewirre von Preisen. Fragen wir: wonach bestimmen sich die Preise, so wird der Praktiker antworten: nach Angebot und Nachfrage, nach der „großen Regel", welche alle wirtschaftliche Tätigkeit beherrscht, alle Märkte regiert, und welche eine absolute Regel ist, die keine Abänderung duldet. Die Formel besagt, der Preis bestimme sich derart, daß sich Angebot und Nachfrage „decken". Freilich bedarf das weiterer Erklärung: der Preis bestimmt sich nämlich derart, daß die zu diesem Preise angebotenen und nachgefragten Mengen gleich sind. Das schließt nicht aus, daß noch weitere Gütereinheiten zu höheren Preisen angeboten bzw. zu niedrigeren nachgefragt werden. Aber diese Angebote bzw. Nachfragen finden keinen Partner. Verschieben sich das wirksame Angebot oder die wirksame Nachfrage, so verschiebt sich auch der Gleichgewichtspunkt und damit der Preis. Der Satz, daß sich alle Preise nach Angebot und Nachfrage bestimmen, ist also unzweifelhaft richtig. Denn wenn die Nachfrage nach einer Ware steigt, z. B. zum gleichen Marktpreise mehr Zucker nachgefragt wird als vor einer Woche, aber nicht mehr Zucker auf dem Markte ist, als eine Woche zuvor, so wird der Zuckerpreis, das Geldäquivalent, welches der Verkäufer für seinen Zucker erhalten kann und daher verlangen wird, steigen. Umgekehrt, umgekehrt. Die Formel von Angebot und Nachfrage deutet also den allgemeinen Charakter des Gleichgewichtspreises und weiterhin an, daß die Preise ihre Ruhelage verlassen und sich ändern, wenn sich Angebot und Nachfrage in ihrem Verhältnis zueinander verschieben. Die Formel von „Angebot und Nachfrage" zielt also stets

auf die Vorstellung eines sich realisierenden Gleichgewichts ab, ohne selbst Näheres darüber zu sagen, auf welchem Niveau sich dieses Gleichgewicht fixiert, da ja noch nichts über die Höhe von Angebot und Nachfrage und deren Bestimmungsgrunde ausgesagt wird. Folgende Fragen werden also durch die Formel von Angebot und Nachfrage noch nicht gelöst: 1. Bei welchen Preisen tritt der Gleichgewichtszustand ein?, können wir für die Bildung dieser Preise einen Grundsatz angeben? 2. Wovon hängt es ab, daß sich Angebot und Nachfrage ändern, wieso treten solche Veränderungen ein? und 3. Welche Wirkungen haben diese Änderungen quantitativ, was bedeutet eine Hebung oder Senkung des Preises als Folge von Veränderung in Nachfrage und Angebot? Wie groß sind diese Änderungen? Sind sie dauernd, führen sie also zu einem neuen Gleichgewichtszustand oder stellen sich die alten Preise wieder her? Wenn beide Fälle möglich sind, wovon hängt es ab, welcher eintritt?

Der Hinweis auf die Formel von Angebot und Nachfrage löst also nicht das Preisproblem, so wertvolle Dienste sie dem Praktiker leisten mag, sondern wirft nur neue Fragen auf. Insbesondere wird dadurch nicht aufgehellt, wieso sich die gesellschaftliche Wirtschaft bloß durch Austauschbeziehungen selbst erhält und immer wieder erneuert. Das könnte nur erklärt werden, wenn gezeigt werden könnte, wie sich in der Preisbildung zugleich immer wieder die Bedingungen neuer, wiederholter Produktion schaffen. Die Formel von Angebot und Nachfrage erklärt also nicht, wieso eine Produktion von selbständigen, individuellen Produzenten im Gefüge der gesellschaftlichen Wirtschaft (in dem oben entwickelten Sinn) möglich ist, derart, daß die Produktion immer wieder aus sich selbst als eine Waren schaffende Produktion reproduziert wird. Und wieso ohne jeden von außen gesetzten Plan und ohne das Eingreifen einer ordnenden Hand im großen ganzen die Bedürfnisse der Menschen befriedigt werden und nicht nur zufällig und einmal, sondern dauernd, in einem fortgesetzten Erzeugungsprozeß, der den Eindruck macht, als ob er nach einem gewissen Plan aufgebaut wäre, und der doch in der Tat nur dadurch entsteht, daß alle Menschen als homines oeconomici ihren eigenen Interessen nachgehen? Wieso endlich ist es möglich, daß dieser Erzeugungsprozeß von Waren von Produktionsperiode zu Produktionsperiode auf wachsender Stufenleiter, d. h. in steigendem Umfang erfolgt?

Diese Fragen sind hier aus der Beobachtung des Tatbestandes aufgeworfen, der sich darbietet, wenn man von außen her an die Wirtschaft herangeht. Da begegnet man in der nicht organisierten Verkehrswirtschaft den einzelnen Produzenten, deren jeder unabhängig vom andern seine Waren auf den Markt bringt, wobei er sich allerdings an den andern, einzelnen Produzenten und an der „Marktlage" orientieren muß. Nur von außen gesehen aber sind die einzelnen Produzenten vollkommen Herren ihrer selbst. Tatsächlich stehen sie in einem gesellschaftlichen Zusammenhang, der den Rahmen abgibt, in dem sie sich bewegen müssen. Trotzdem hat es seinen guten Sinn, vom einzelnen Produzenten auszugehen, wobei man allerdings die Tatsache seiner gesellschaftlichen Verflechtung, die ihm selbst nicht immer bewußt ist, nie außer acht lassen darf.

b) Bloßer Gebrauchswert kein Erklärungsgrund.

Die erste Antwort, welche auf die Frage gegeben werden könnte, wie sich die Produkte gegenseitig austauschen (wobei das Geld nur als Vermittler betrachtet wird), liegt sehr nahe: da den Menschen die Produkte ihrer Hände wichtig sind, weil sie mit ihnen Bedürfnisse befriedigen — sei es unmittelbar in der Bedarfsdeckungswirtschaft, sei es mittelbar in der Verkehrswirtschaft —, so könnte die Brauchbarkeit der einzelnen Produkte für das Austauschverhältnis der Produkte untereinander maßgebend sein, also es könnte der Gebrauchswert den Wert der Produkte bestimmen. Dieser Weg aber erweist sich sofort als nicht gangbar: denn es gibt Dinge mit hohem Gebrauchswert, geeignet, sehr wichtige Bedürfnisse zu befriedigen, deren Austauschverhältnis gegenüber andern Dingen mit niedrigem Gebrauchswert trotzdem sehr ungünstig ist, — z. B. Brot gegenüber Diamanten oder Gold. Wir können also mit dem Gebrauchswert, wenigstens dem Gebrauchswert im allgemeinen, nicht weiterkommen. Er ist kein theoretisch verwendbarer Begriff. Wenigstens in dieser Form ist er nicht auswertbar und daher spielt er

auch in den älteren theoretischen Systemen keine Rolle, sondern wird vorweg als Ausgangspunkt der Erklärung abgelehnt.

2. DER GRUNDGEDANKE DER ARBEITSWERTLEHRE.

Wir können also den Gebrauchswert als Maßstab für die Austauschverhältnisse der Güter untereinander zunächst nicht verwenden. Auch die Formel von Angebot und Nachfrage reicht aus den oben angegebenen Gründen nicht aus. Wenn die Frage also gestellt ist: wonach sich das Austauschverhältnis der Produkte untereinander bestimme, und zwar auf die Dauer bestimme, muß die Tatsache auffallen, daß die zum Austausch kommenden Produkte zumeist Arbeitsprodukte sind. Allerdings muß diese Einschränkung gemacht werden. Denn es gibt auch Naturgaben, es gibt ferner Dinge, die man zwar mit Arbeit herstellt, die aber nicht immer wieder hergestellt werden können, und es sind endlich Austauschobjekte vorhanden, wie z. B. die menschliche Arbeitskraft, welche auf den ersten Blick nicht ihrerseits als Arbeitsprodukte aufgefaßt werden können. In der Tat war die Arbeit mehrerer wissenschaftlicher Generationen notwendig, um diesen Ausgangspunkt, daß die Produkte sich als Arbeitsprodukte austauschen, theoretisch ganz fruchtbar zu machen und alles aus ihm herauszuholen, was in ihm steckt.

a) Allgemeine Bedeutung der Arbeitswertlehre.

Wenn man behauptet, daß sich die Produkte in der entwickelten Verkehrswirtschaft nach Maßgabe der Arbeit austauschen, die zu ihrer Herstellung erforderlich ist, so soll damit gesagt sein, daß man von diesem Gesichtspunkt aus zu einer Gesamtansicht des ökonomischen Prozesses gelangt. D. h. daß der Arbeitswert die große organisierende Kraft ist, welche die wirtschaftlichen Handlungen als System möglich macht. Anders ausgedrückt: daß die Gesellschaft ökonomisch gesehen als ein Arbeitszusammenhang erscheint. Derart also, daß alle Produkte, welche wir auf dem Markte finden, als

Arbeitsprodukte aufgefaßt werden, sich austauschend nach Maßgabe der Arbeitszeit, welche notwendig, sie zu produzieren. Daß alle Einkommen, welche in der Volkswirtschaft erzielt werden, nach demselben Gesichtspunkte sich bilden, in ihren Größenunterschieden aus diesem Prinzip heraus verständlich gemacht werden können. Daß auch alle Anhäufungen von Gütern, alle Vermögen, daß die „Kapitalien", in dem oben entwickelten Sinn, endlich daß auch das Austauschverhältnis von Grund und Boden, der ja selbst kein Arbeitsprodukt ist, gegenüber allen andern Objekten nach dem Maßstabe des Arbeitswertes verständlich gemacht werden kann. Das sind ganz ungeheuerliche, auf den ersten Blick unüberwindliche Schwierigkeiten.

b) Gültigkeit der Arbeitswertlehre in der einfachen Verkehrswirtschaft.

Um den Gedanken des Arbeitswerts zu prüfen, müssen wir zuerst fragen, worin er besteht und wann er sicher gilt. Das Prinzip des Arbeitswertes bedeutet, daß alle ökonomischen Größenbeziehungen als Beziehungen von Arbeitsgrößen zu deuten sind. In einer arbeitsteiligen einfachen Verkehrswirtschaft, in welcher grundsätzlich jeder Mensch befähigt wäre, jede Art von Arbeit zu leisten, in welcher ferner die Menschen mit den Arbeiten keine Wertakzente verbinden, d. h. die eine Arbeit ebenso gern bzw. ungern leisten als die andere, und in welcher die Menschen die Produkte ihrer Hände gegeneinander austauschen müssen, um zu leben: wird niemand eine Arbeit ergreifen, deren Resultate sich gegen Produkte von weniger Arbeit austauschen. Wenn z. B. jemand 6 Stunden Tischlerarbeit leisten müßte, um das Resultat von 4 Stunden Schneiderarbeit einzutauschen, so würde er sich der Schneiderarbeit zuwenden und für Tischlerarbeit fänden sich keine Produzenten. Noch klarer ist es, wenn wir bloß Arbeit einer Kategorie vorstellen, z. B. Tischlerarbeit. Wenn sich 6 Stunden Tischlerarbeit, verwendet zur Herstellung von Türen und Fenstern, auf dem Markte austauschen würden gegen die Resultate von je 6 Stunden irgendeiner andern Arbeit — hingegen 6 Stunden Tischlerarbeit, verwendet zur Her-

stellung von Möbeln, nur gegen das Resultat von 5 Stunden irgendeiner andern Arbeit, so würden sich alle Tischler derjenigen Art von Arbeit zuwenden, welche das Resultat von möglichst viel anderer Arbeit einzutauschen vermag, und die Bewegung würde erst zur Ruhe kommen, wenn jede Art von Tischlerarbeit dieselben Resultate zeitigte. Der Grundgedanke der Arbeitswertlehre ist also an die Voraussetzung geknüpft, daß die Arbeit von den Menschen frei gewählt werden kann. Dann wird — unter der weiteren Voraussetzung, daß alle Arbeit die gleiche Mühe verursacht, daß jede Arbeit gleich gern gewählt wird — sich auf die Dauer das Resultat von je 2 Arbeitsstunden gegen das Resultat von beliebigen 2 andern Arbeitsstunden austauschen müssen. Das ist selbstverständlich und dazu bedürfte es keines besonderen Gedankenaufwandes. Es kommt alles darauf an, zu prüfen, ob trotz der Abweichungen von diesem Grundphänomen alle wirtschaftlichen Austauschbeziehungen auf der Grundlage des Arbeitswertgedankens verstanden werden können.

Menschliche Arbeit kann also — zumal wenn sie von gleicher Schwierigkeit ist — als Maß der Austauschbeziehung betrachtet werden. Das ist der Grundgedanke der klassischen Ökonomie[1]). Und so formuliert ist er auch unangreifbar. Er bezieht sich zunächst auf eine Verkehrsgesellschaft, in welcher die einzelnen Produzenten so viel oder so wenig produzieren können, als sie wollen, in der sie über die Produkte ihrer Arbeit frei verfügen können und derart verfügen, daß sie aus ihrer Arbeitsmühe ein Optimum herausholen.

In einer einfachen Verkehrswirtschaft (S. 38), in welcher es n u r einfache menschliche Arbeit gibt und in welcher die Menschen ihre Produkte gegenseitig austauschen, sind alle Produzenten zugleich Arbeiter. Ihre Produkte erzeugen sie in arbeitsteiliger Produktion. D. h. jeder Produzent erzeugt, was er selbst nicht braucht, worauf sich aber die Nachfrage der andern richtet. Er wird diese Produkte nur erzeugen, wenn er das Resultat von ebensoviel Arbeitsstunden, als er selbst aufwendete, zurückerhält. Wenn weniger, so wird er seine Tätigkeit unzweckmäßig finden, denn er

1) Hiebei sehe ich von den verschiedenen Nuancen, in denen der Gedanke bei Smith, Ricardo und Marx gegeben ist, ab.

erzielt das beste Resultat nicht mit der Aufwendung der geringsten Mühe. Er selbst wird sich vielleicht von seiner Arbeit nicht mehr abwenden können, aber es wird niemand geneigt sein, diese Arbeit zu ergreifen. Der Nachwuchs der Produzenten wird sich andern Tätigkeiten zuwenden und dadurch wird so lange eine Veränderung in Angebot und Nachfrage erzielt, bis sich wieder das Gleichgewicht herstellt. Das Streben nach dem eigenen Vorteil, daß also jeder seine Arbeitszeit auf bestmöglichste Art zu verwenden trachtet, realisiert hier das Gesetz des Arbeitswertes. Bei dieser Art der Produktion und Verteilung versteht sich das Arbeitswertgesetz von selbst.

Das Arbeitswertgesetz hat also die Verkehrsbeziehungen innerhalb einer arbeitsteiligen Tauschgesellschaft zum Gegenstand. In der Bedarfsdeckungswirtschaft könnte es sich nicht entfalten. Denn dort ist von einem Tausch der Arbeitsprodukte nicht die Rede. Das Problem einer Bedarfsdeckungswirtschaft — diese im strengen Sinn des Wortes verstanden — besteht darin, welche Produkte hergestellt werden sollen und in welcher Proportion. Diese Frage kann aber ohne Beziehung auf den Nutzen unmöglich beantwortet werden. Auch hilft die Kenntnis der für die einzelnen Produkte notwendigen Arbeitszeiten hiefür keinen Schritt weiter.

Die Wahrnehmung der eigenen Interessen, das Bestreben, mit dem geringsten Aufwande den größten Erfolg zu erzielen, wird auch die Arbeitsteilung differenzieren. Je weiter die Arbeitsteilung getrieben wird, um so ergiebiger wird das Resultat einer Arbeitsstunde. Bei weiterer Zerlegung der Arbeit wird entweder mit derselben Arbeitszeit eine größere Produktenmenge oder mit geringerer Arbeitszeit dieselbe Produktenmenge erzielt werden; beide Fälle sind vorteilhaft. Wenn g l e i c h z e i t i g in allen Produktionen eine gleichmäßige Vervollkommnung der Arbeitsteilung eintritt, so wird sich wieder gleiche Arbeitszeit gegen gleiche Arbeitszeit austauschen. Aber unterdessen wird das Produkt, das Resultat dieser gleichen Arbeitszeit größer geworden sein. Es werden sich die Arbeitswerte in der Volkswirtschaft nicht ändern, jedes Glied der Volkswirtschaft wird z. B. nach wie vor 10 oder 12 Stunden täglich arbeiten und dagegen

wieder das Produkt von 10 oder 12 Stunden Arbeit eintauschen; wohl aber wird sich der Inhalt dieses täglichen Tauschaktes geändert haben. Es werden mehr Güter erzeugt, daher auch mehr Güter eingetauscht und mehr Güter verbraucht. Der Reichtum einer solchen Gesellschaft an Gebrauchswerten ist gestiegen, ohne daß sich die Höhe des Tauschwertes geändert hätte und ohne daß der Gedanke des Arbeitswertes an sich eine Änderung erfahren hätte. Auch mitten in einer solchen Neuordnung der Arbeitskräfte (jede Steigerung der Arbeitsteilung usw. ist eine Neuordnung der Arbeitskräfte) setzt sich also das Grundgesetz des Arbeitswertes durch, und zwar auf demselben Wege, wie es vor der Neuordnung geschah, nämlich durch ein Zu- und Abströmen von Arbeitskräften.

Dieses Zu- und Abströmen von Arbeitskräften ist nicht ein blindes Spiel der Wellen, sondern es realisiert das Gesetz dieser Produktionsordnung, welche die Grundgleichung des Arbeitszusammenhanges in sich hat, d. h. das Bestreben aller Menschen: mit ihrer Arbeit den möglichst besten Erfolg zu erzielen. Wenn eine Steigerung der Produktion lediglich in einem Arbeitszweig eintritt, so erlangen die Produzenten in diesem Produktionszweig zunächst einen erheblichen Vorsprung. Sie können zumeist mit ihren Arbeitsprodukten die Resultate längerer Arbeitszeit eintauschen. Wenn sie ebensolange als bisher, z. B. 10 Stunden arbeiten, werden sie mehr Produkte herstellen, aber es wird durch Veränderung des Austauschverhältnisses zwischen ihrer Ware und den anderen Produkten ein Teil des Vorsprungs aufgehoben. Da sich dann, solange noch ein Vorteil besteht, andere Produzenten dieser Erzeugung zuwenden, so wird schließlich die Äquivalenz zwischen Arbeitsstundenerzeugnis und Arbeitsstundenerzeugnis wieder hergestellt und das Wertgesetz ist wieder in Kraft. Nach dieser Störung wird dann lediglich der Inhalt der Produktion sich geändert haben: es wird mehr als bisher erzeugt und in anderer Proportion als bisher. Hingegen gilt jetzt jede Arbeitsstunde soviel wie jede andere. Jede Verbesserung der Produktion in einem einzelnen Produktionszweig verbessert also, auf die Dauer betrachtet, die Güterversorgung aller Produzenten in dem gleichen Maße oder entlastet ihre Arbeitsmühe in demselben

Umfang. Hier ist also — gegen den Willen der egoistischen Produzenten — jede Handlung im eigenen Interesse zugleich automatisch, unentrinnbar, auf die Fernwirkung betrachtet, überwiegend Handeln im Interesse aller anderen. Dabei ist immer vollkommen freie Konkurrenz, freie Beweglichkeit aller Produzenten, freier Zugang zu allen Produktionsmöglichkeiten vorausgesetzt.

Zu dieser Produktionsordnung sei noch eine Bemerkung gemacht: es ist nicht alle Arbeit gleich. Es gibt schwierige und einfache Arbeit, es gibt angenehme und unangenehme Arbeit. Wenn in der einfachen Verkehrswirtschaft mit Arbeitsteilung das Resultat jeder Arbeitsstunde sich gegen das Resultat irgendeiner beliebigen andern Arbeitsstunde austauschen würde, so würde niemand die schwierigen und unangenehmen Arbeiten ausführen wollen. Sind schwierige und unangenehme Arbeiten notwendig, um dringliche Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen, so muß sich ihr Produkt gegen das Resultat von mehr Arbeitsstunden austauschen. Warum das so sein kann und muß, wird uns noch später beschäftigen. Hier genügt es, wenn wir es feststellen und daher sagen: das Produkt von schwieriger und unangenehmer Arbeit wird sich austauschen, als ob die Zahl der Arbeitsstunden, die darin steckt, größer wäre. Tatsächlich arbeitet in einer solchen Produktion der Produzent, dessen Arbeit schwieriger oder unangenehmer ist, nicht länger als jeder andere, sondern z. B. wie alle andern: 10 Stunden. Es wird aber sein Produkt sich so austauschen, als ob er etwa 13 oder 15 Stunden im Tage gearbeitet hätte. Mehr können wir vorderhand über dieses Problem nicht sagen, es genügt aber an dieser Stelle.

3. DIE ARBEITSWERTLEHRE IN DER ENTWICKELTEN VERKEHRSWIRTSCHAFT.

Wären alle Menschen als Produzenten nur Arbeiter, wären alle Waren nur Arbeitsprodukte, könnten sie also mit Aufwendung weiterer Arbeitsstunden beliebig vermehrt werden, so würde uns das Gesetz des Arbeitswertes restlos befriedigen können. In der entwickelten Verkehrswirtschaft jedoch sind die Verhältnisse viel verwickelter, und so wirft sich die

Frage auf, ob der Grundgedanke des Arbeitswertes in ihr als Schlüssel für alle Austauschbeziehungen ausreicht? Das ist gleichbedeutend mit der Frage, ob wir auch die entwickelte Verkehrswirtschaft theoretisch als einen Arbeitszusammenhang auffassen können? Denn praktisch ist jede entwickelte Verkehrswirtschaft mit freier individueller Tätigkeit auch ein Arbeitszusammenhang. Durch die Arbeitsteilung nämlich werden die Menschen voneinander getrennt und doch wieder miteinander verbunden. Sie werden als wirtschaftende, auf sich gestellte Individuen voneinander gesondert, ihre Interessen sind feindlich, aber trotzdem bleiben sie aufeinander angewiesen, trotzdem sind sie durch die Austauschbeziehung zueinander in ständige, notwendige Verbindung gebracht. (Wenn wir die entwickelte Verkehrswirtschaft als einen Arbeitszusammenhang auffassen, dann müssen wir allerdings entweder alle Wirtschaftssubjekte in ihr als Arbeitende fingieren oder annehmen, daß es Wirtschaftssubjekte gibt, denen der „Prozeß", d. h. die ständig wirkenden gesellschaftlichen Eigentümlichkeiten desselben, den Gegenwert von Arbeitsprodukten anderer zuschwemmt.)

4. ERSTE SCHWIERIGKEIT: DAS ZINSPROBLEM.

a) Bedingungen für die Einführung der Maschinen.

Bei der Analyse der Verkehrsbeziehungen in der einfachen Verkehrswirtschaft wurde zunächst davon abgesehen, daß die Produktion mit Werkzeugen erfolgt. Wir waren davon ausgegangen, daß sich bloß Produkte reiner Handarbeit austauschen. Arbeitsprozesse ohne Werkzeuge gibt es aber nicht. Immerhin liegt in der einfachen Verkehrswirtschaft auf dem Werkzeug kein besonderer Akzent des Interesses. In der entwickelten Verkehrswirtschaft jedoch sind die Produktionsmittel ein wesentlicher Bestandteil jeder Produktion. Und daraus erwächst dem Arbeitswertgedanken seine erste erhebliche Schwierigkeit. Diese Produktionsmittel, welche zur Erzeugung der Endprodukte unentbehrlich sind, sind selbst Resultate menschlicher Arbeit. Nach dem Grundgedanken des Arbeitswertes müßte sich ihre Einfügung in den Produktionsprozeß folgendermaßen vollziehen: 1. Das Werkzeug wird eingeführt, wenn seine Anwendung vorteilhaft ist. Sie ist aber vorteilhaft, wenn die Verwendung Arbeit erspart. Das Werkzeug spart Arbeit, wenn die Arbeitszeit, welche notwendig ist, es herzustellen, vermehrt um die Arbeitszeit, welche die Erzeugung der Endprodukte mit dem Werkzeug beanspruchen, solange das Werkzeug gebrauchsfähig ist, geringer ist, als die Arbeitszeit, welche notwendig ist, um dieselbe Produktmenge ohne das Werkzeug bzw. das verbesserte Werkzeug herzustellen. Für die Frage, ob ein Werkzeug Arbeit spart, ist also jeweils nicht nur die Zeit seiner Herstellung, sondern auch seine Leistungsfähigkeit und seine „Lebensdauer" ausschlaggebend, d. h. die Menge Produkte, welche mit dem Werkzeug bis zu seiner Abnützung hergestellt werden kann. 2. Es würde sich dann ein neues Austauschverhältnis zwischen den Produkten herstellen. Wenn sich z. B. bisher 1 Pfund Garn gegen 10 Pfund Eisen austauschte und sich die Arbeitszeit für Garn auf die Hälfte herabsetzte, so würde die Einführung der Maschine zur Folge haben, daß sich 1 Pfund Garn gegen 5 Pfund Eisen austauscht. Immer unter der Voraussetzung, daß nur A r b e i t s z e i t im Garn steckt. So müßte die Einführung der Werkzeuge und Maschinen eine Veränderung des Austauschverhältnisses der Produkte untereinander zur Folge haben, aber das Arbeitswertprinzip könnte t r o t z d e m immer noch als gültig angenommen werden, trotz Verwendung der Werkzeuge.

b) Produktionsüberschuß bei Einführung der Maschine.

Wenn wir nun wieder an die Einführung einer konkreten Maschine denken, z. B. einer Spindel in der Garnproduktion: so wird bei Einführung der Spindel zweierlei möglich sein. Entweder wird dieselbe Anzahl von Menschen mit der mechanischen Spindel statt mit dem Spinnrade Garn erzeugen. Dann wird die Menge Produkte sehr erheblich vermehrt. Oder es wird eine viel geringere Anzahl von Menschen Garn produzieren, mit einem geringeren Gesamtaufwand an Arbeitszeit, so daß die Menge Garn selbst nicht gesteigert wird.

Wir wollen zunächst den ersten Fall betrachten, weil der andere schon manche Komplikationen in den Fernwirkungen bietet. Wenn demnach dieselbe Anzahl von Menschen wie bis-

her, statt am Spinnrade zu arbeiten, die mechanische Spindel bedient[1]) und in derselben Arbeitszeit wie bisher ein vielfaches Quantum an Garn erzeugt wird: so wird die Erzeugung nur möglich sein, wenn die Volkswirtschaft, d. h. der Markt, dieses vermehrte Garnquantum „brauchen" kann; und der Markt kann es nur dann brauchen, wenn Käufer vorhanden sind, welche entsprechende Gegenwerte zu bieten in der Lage und bereit sind. Nun ist das vergrößerte Garnquantum der Voraussetzung nach das Resultat derselben Menge Arbeit wie bisher. Es dürften sich daher insgesamt dagegen nicht mehr andere Produkte als bisher austauschen. Die Garnproduzenten würden also dieselbe Arbeitszeit in einer neuen technischen Zusammensetzung zubringen, dafür dieselben Gegenwerte wie bisher erlangen, und der volkswirtschaftliche Verteilungsprozeß wäre nur an einem Punkt geändert: alle Verbraucher von Garn würden für ihr Produkt mehr Garn als bisher erhalten, z. B. statt 1 Pfund jeweils 2 Pfund, weil sich die durchschnittliche Arbeitszeit, welche zur Herstellung von Garn erforderlich ist, auf die Hälfte herabgesetzt hätte. Ich will hier nur anmerken, daß dies das Resultat der Maschineneinführung sein könnte, daß jedoch zunächst der Erzeuger von Garn einen seiner Arbeitsaufwendung nicht nur proportionalen, sondern einen etwas höheren Gegenwert erhalten müßte, weil er sonst keine Veranlassung hätte, das Garn anders als bisher zu produzieren. Der Wettbewerb der Produzenten um eine möglichst lohnende Verwendung der Arbeit mag aber diesen Vorteil mit der Zeit ausgleichen (davon noch später).

Wie würde sich dieser Prozeß etwa in einer Fronhofswirtschaft abspielen? Wenn in dieser durch Einführung einer arbeitsparenden Maschine die Menge Produkt wächst, so wird auch der Anteil des einzelnen an diesem Produkt wachsen und es wird irgendeine Schwierigkeit nicht entstehen. Es wird sich vielleicht zeigen, daß von dem Produkt „zuviel" da ist, d. h. aber dann nur: es werden Bedürfnisgrade

1) Genau genommen müssen wir vorstellen, daß dieselbe Anzahl von Arbeitern, die bisher am Spinnrade tätig war, mechanische Spindeln produziert und sie bedient. Es soll also in der maschinellen Produktion einschließlich Erzeugung der Maschinen dieselbe Arbeiterzahl tätig sein wie bisher.

befriedigt, welche im Vergleich zu anderen, nicht befriedigten Bedürfnissen unwichtig sind. D. h. es wird, auf die Rangordnung der Bedürfnisse gesehen, unrationell produziert. Doch wird das ganze Produkt, auch dasjenige, welches weniger dringliche Bedürfnisse befriedigt, konsumiert werden und man wird lediglich trachten, in den nächsten Jahren die Produktivkräfte zweckmäßiger als bisher zu verteilen. Aber eine Störung, eine Gefährdung der ganzen Produktion wird nicht eintreten. Insbesondere werden diejenigen Glieder der Produktionsorganisation, welche Garn erzeugen, in ihrer Bedürfnisbefriedigung keinerlei Störung erleiden.

c) Komplikationen bei der Maschineneinführung in der entwickelten Verkehrswirtschaft.

Derselbe Vorgang wird jedoch in der entwickelten Verkehrswirtschaft bei weitem komplizierter. Es kann nämlich, um beim früheren Beispiel zu bleiben, geschehen, daß der Markt das vermehrte Garnquantum selbst zu dem herabgesetzten Gegenwert (auf die Einheit Produkt gerechnet) nicht „braucht", nicht aufnehmen kann. Das ist dann der Fall, wenn die Konsumenten nicht gewillt sind, die doppelte Garnmenge zum halben Preise zu konsumieren, sondern nur etwa die 1½fache. Es wird dann ein erheblicher Teil des Garnes unverkäuflich bleiben, d. h. sich nicht austauschen können. Oder es wird zwar die gesamte Garnmenge (bei freier Konkurrenz der Produzenten) abgesetzt werden, jedoch wird z. B. die Preissumme der doppelten Garnmenge nur 80% der früheren Preissumme betragen. Die Preise werden eben bei Verdopplung des Angebots nicht um 50%, sondern um 60% sinken. Da es nun dem Garnproduzenten nicht auf die Schaffung von Gebrauchswerten, sondern von Tauschwerten ankommt und ankommen muß, so wird diese Garnproduktion wirtschaftlich auf die Dauer nicht aufrecht erhalten werden können.

Dabei ist es sehr wohl möglich, daß sehr dringende Bedürfnisse nach Garn auch jetzt nicht befriedigt werden. Aber es sind nicht Bedürfnisse von Menschen, welche selbst Produkte besitzen, um sie gegen Garn auszutauschen. Wenn in diesem Sinn „zuviel" Garn produziert wurde, so sind,

wie schon angedeutet, zwei Möglichkeiten vorhanden, die wir jetzt noch auf ihre Konsequenzen hin ansehen müssen. 1. Alles Garn wird verkauft, aber derart, daß die Gesamtpreissumme jetzt im Verhältnis zu den Arbeitskosten gesunken ist. Eine doppelte Bewegung tritt ein: die Produzenten des Garns erhalten für ihre Arbeitsleistungen weniger Gegenwerte als bisher. Ihre Fähigkeit, auf dem Markte Waren zu erwerben, sinkt. Hingegen ersparen die Garnkonsumenten einen Teil ihres Einkommens und können es für andere Produkte verwenden. Wenn sie dieselben Produkte nachfragen, auf deren Konsum die Garnproduzenten infolge der überproportionalen Preissenkung verzichten mußten, so ist neben der Vermehrung der Gesamtproduktion lediglich eine Einkommensverschiebung eingetreten. Die Garnproduzenten arbeiten ebensoviel als bisher, aber ihr Einkommen ist gesunken. Die Garnkonsumenten können mehr und billigeres Garn konsumieren und darüber hinaus noch ihren Verbrauch an andern Waren steigern. Soweit finden also bloß Umschichtungen statt. Eine Störung erfolgt erst späterhin (siehe unten). 2. Wenn die Produzenten von Garn nicht um jeden Preis verkaufen, dann bleibt ein Teil ihrer Ware unverkäuflich. Es wird dann nicht alles Garn, das auf dem Markt ist, abgesetzt, obzwar an sich noch ungedeckte Bedürfnisregungen vorhanden sein mögen. Manche Verkäufer halten mit ihrer Ware zurück, weil sie auf eine Besserung der Marktlage hoffen. Würde man die Marktlage isoliert betrachten, so müßten die Waren ja zu jedem Preis losgeschlagen werden. Wenn man auch die späteren Phasen in Betracht nimmt, kann eine Zurückhaltung der Waren rationell sein.

Tritt eine solche Zurückhaltung ein, so könnte sie soweit gehen, daß gerade soviel zurückgehalten wird, um die Preissumme, welche jetzt erzielbar ist, mit der aufgewendeten Arbeitsmenge in Einklang zu bringen. Wenn wir aber freie Konkurrenz annehmen, so wäre dies ein ganz seltener Zufall, der weiter nicht beachtet zu werden braucht. Die Einschränkung wird also entweder kleiner oder größer sein. Ist sie kleiner, so liegt der Fall 1 vor; ist sie größer, so daß jetzt die Gesamtpreissumme für Garn steigt, trotzdem es billiger wird, so tritt der zu 1 entgegengesetzte Fall ein:

d. h. die Konsumenten werden ihre Nachfrage nach den andern Waren einschränken, hingegen wird die Nachfrage der Garnproduzenten, im ganzen genommen, steigen können.

Davon verschieden, aber nach diesen Gesichtspunkten zu betrachten sind alle jene Fälle, in denen mit der Erhöhung der Produktmenge die Preise zwar sinken, aber nicht so rasch als die Menge steigt.

In *allen* diesen Fällen nun *könnte* sich die Verkürzung der zur Erzeugung einer Ware notwendigen Arbeitszeit ohne jede Störung, insbesondere ohne Minderung der Produktionsmengen auswirken, aber nur unter der Voraussetzung, daß Verschiebungen der Kaufkraft nicht von Verschiebungen der Nachfragerichtungen begleitet sind, d. h. daß die durch Verschiebung der Kaufkraft entstandene Nachfrage dieselben Produkte zu gleichen Mengen und Preisen sucht, welche ehedem von der jetzt geminderten Nachfrage auf dem Markte begehrt wurden. Das ist unter sehr einfachen Verhältnissen annähernd der Fall, kann jedoch bei weitgehender Arbeitsteilung und Differenzierung der Bedürfnisse nicht angenommen werden. Dann wird nicht nur Garn „zu billig“ abgesetzt oder zum Teil „unverkäuflich“ bleiben, sondern auch andere Waren können sich jetzt nicht austauschen, sie bleiben gleichfalls „unverkäuflich“. Es ist also nicht bloß so, daß einige Warenquantitäten als unverkäuflich ausfallen, sondern es entsteht eine Störung in mehreren Produktionen. Wenn also in einer Produktion „zuviel“ erzeugt würde, so hat das in sehr vielen Fällen die Wirkung, daß die Nachfrage dieser Produzenten sich einschränken muß, und das bedeutet, daß jetzt auch in anderen Produktionen „zuviel“ produziert wurde, usw. Mit Reibungen nur wird sich ein Gleichgewichtszustand wieder herstellen, in welchem alle Waren Absatz finden, d. h. sich gegen andere Waren austauschen können. So ist die Einführung der Maschinen, welche die Produktionsmenge steigert, die Austauschverhältnisse der Produkte untereinander wesentlich verändert, immer mit Schwierigkeiten in einer entwickelten Verkehrswirtschaft verbunden, weil kein vorschauender Wille den Umfang der einzelnen Produktionen regulierend bestimmt, sondern es den einzelnen Produzenten überlassen bleibt, für den Absatz ihrer Produkte zu sorgen. Hier zeigt sich deutlich, wie

eine jede Veränderung in der Produktionssphäre zu Schwierigkeiten führen kann, weil der Markt in keiner Weise organisiert ist. Er ist vielmehr eine Summe von Austauschbeziehungen und Bestrebungen der Produzenten, die sich untereinander vorher in keiner Weise über Produktion und Absatz, d. h. über den Austausch verständigt haben.

Solche Störungen werden insbesondere auch dann eintreten müssen, wenn zunächst, nach 1, die Produzenten alles Garn absetzen, aber zu einem niedrigeren Preis als der Senkung der Arbeitskosten entsprechen würde. Dann werden sich in Auswirkung des wirtschaftlichen Prinzips mindestens einige von den Garnproduzenten andern Produktionszweigen zuwenden. Man sollte nun annehmen, daß die Vermehrung des Angebots in diesen Produktionszweigen zu einer Senkung aller Preise und aller Einkommen führen würde. Wir müssen aber bedenken, daß durch die Verbilligung des Garns bei allen Konsumenten Kaufkraft frei würde, welche sich jetzt den andern Märkten zuwendet. So kann von jeder Ware etwas mehr abgesetzt werden, ohne daß die Einkommen sinken. Die Gesamtmenge aller Waren wird sich vermehrt haben, alle Preise werden etwas sinken, aber die Gesamtsumme aller Einkommen wird gleichgeblieben sein. (Hiebei ist angenommen, daß die Geldmenge gleich bleibt.) Dieser neue Gleichgewichtszustand wird sich in der freien Konkurrenz mit vielen Störungen herstellen, da ja keine Zentralstelle für eine „richtige“ Neuorientierung der aus der Garnproduktion abwandernden Produzenten sorgt.

Soviel über die mannigfaltigen Komplikationen, welche durch technische Verbesserungen ausgelöst werden. Bisher wurde über die Wirkungen einer Einführung von Maschinen gesprochen, als ob es sich bloß um verbesserte Produktionsmethoden handeln würde. Etwa um eine zweckmäßigere Anordnung des Arbeitsprozesses, um Kunstgriffe, die eine Effizienzsteigerung bewirken, oder — der einfachste Fall — um eine weiter getriebene Arbeitsteilung mit dem Effekt größerer Leistungsfähigkeit. Hingegen wurden all die Komplikationen, welche sich bei der Einführung von Maschinen ergeben, nicht erörtert. Sie sind aber nur, wie sich zeigen ließe, weitere Verwicklungen der Möglichkeiten, die im vorhergehenden skizziert wurden. Letzten Endes müßte also auch in diesem Fall eine Ausgleichung der Preise nach dem Gesichtspunkt des Arbeitswerts erfolgen.

d) Gewinn und Arbeitswertlehre.

Es läßt sich also zweifelsohne ein Schema der Preise denken, in dem die Einführung der Maschinen nichts an der Gültigkeit des Arbeitswertgesetzes ändert. In dem sich also jede Verkürzung der zur Produktion notwendigen Arbeitszeit — nach größern oder geringern Schwankungen — restlos in Preissenkungen auswirkt.

Ist es aber richtig, daß die Einführung der Maschinen an dem Grundgesetz des Austausches nach Arbeitswerten nichts ändert? Das ist eine sehr wichtige Frage, welche in der allgemeinen Form jetzt zu stellen ist: ob die Anwendung von Kapital in dem oben entwickelten Sinn, also die Produktion mit einer „abstrakten Verfügungsmacht über Waren zum Zwecke der Verwendung im Erzeugungsprozeß von Waren“: an der Regel des Austausches nach Arbeitswerten gar nichts ändert? Wir haben bisher angenommen, daß dem so ist.

Die Tatsache, daß man mit Kapital mehr an Produkt herstellt als ohne Kapital, steht dem nicht entgegen. Anders ausgedrückt: auch wenn, was unbestritten ist, das Kapital eine physische Produktivität besitzt, d. h. mit seiner Hilfe mehr an Produkteinheiten hergestellt werden können, als mit Arbeit allein oder mit einer technisch schlechtern Produktionseinrichtung, wird noch nicht ein Überschuß an Wert erzeugt. Denn die größere Menge Produkt wird ja nach Einführung der Maschinen keinen größeren Wert als die kleinere Menge vorher haben, wenn nur in beiden Produktmengen die gleiche Arbeitszeit enthalten ist.

Bisher haben wir also angenommen, daß die Verwendung von Maschinen bzw. Kapital keine Schwierigkeit für das Arbeitswertgesetz bildet. Vergleichen wir aber unser Resultat mit der Wirklichkeit, so werden wir eine sehr schwerwiegende Differenz finden. Zwar: nicht jede Differenz zwischen theoretischem Resultat und der Wirklichkeit nötigt dazu, den theoretischen Gedankengang zu ändern. Denn oft handelt

es sich nur um scheinbare Schwierigkeiten, welche sich auflösen lassen (wir werden einer solchen scheinbaren Schwierigkeit bei der Frage begegnen, ob nicht die Mitwirkung des Bodens das Arbeitswertgesetz aufhebt?). Hier aber stoßen wir auf eine Tatsache, die mit dem Grundgesetz des Wertes viel schwerer in Einklang zu bringen ist. Es ist nämlich in der Realität zu beobachten, daß die mit „Kapital" hergestellten Produkte sich nicht nur nach Maßgabe der Arbeitszeit austauschen, welche notwendig ist, um sie zu produzieren, sondern daß sie einen höheren Wert realisieren, weil dauernd und fortlaufend in einer solchen Produktion Überschüsse über die Kosten hinaus, also über die aufgewendeten Arbeitsleistungen hinaus, erzielt werden, welche wir in der Realität als Gewinn, Zins, Rente usw. kennen. Wie ist ein solcher Zins auf die Dauer möglich, wenn sich alle Produkte nur nach Maßgabe der Arbeitszeit austauschen, die in ihnen steckt? Die zur Produktion einer Ware notwendigen Kapitalgüter, Rohstoffe, Arbeitskräfte sind letztlich doch auch bloß Arbeitsaufwendungen. Wieso kommt es, daß der Verkauf der Ware nicht nur den Gegenwert dieser Arbeitsaufwendungen bringt, so daß die Produktion von neuem beginnen kann, sondern daß darüber hinaus noch ein Überschuß erzielt wird? Das ist die Frage nach dem Entstehungsgrunde des Zinses, die erste und größte Schwierigkeit, welche sich dem Arbeitswertprinzip entgegenstellt.

e) Ist Mehrproduktion dauernd Mehrwert?

Verfolgen wir nun einmal den Weg, auf welchem die Produktionsmittel in der entwickelten Verkehrswirtschaft in die Erzeugungsprozesse eingeführt werden. Nicht alle Menschen in ihr verfügen über Produktionsmittel, sondern nur Gruppen. Nehmen wir an, es gibt in der Volkswirtschaft 20 Produzenten von Garn, welche alle das Garn in der gleichen Weise produzieren, derart, daß etwa ein Arbeiter 20 Spindeln bedienen und an diesen in 10 Stunden 50 Pfund Garn herstellen kann. Wenn nun einer von den 20 Produzenten in seinem Betriebe eine Verbesserung anbringt, durch welche ein Arbeiter 40 Spindeln bedienen und daher in 10 Stunden 100 Pfund Garn herstellen kann, so wird der eine

Produzent, welcher über das neue Verfahren verfügt, imstande sein, eine tägliche Mehrproduktion zu erzielen, welche für jeden von ihm beschäftigten Arbeiter 50 Pfund beträgt. Da die Steigerung der Produktion bei gleicher Größe der einzelnen Unternehmungen in diesem Fall bloß 5% beträgt, so wird die durch Produktionsvermehrung eintretende Preissenkung nicht erheblich sein. Jedenfalls wird er — verglichen mit den andern Baumwollspinnern — die doppelte Menge von Tauschgütern erhalten.

Wenn wir gar annehmen, daß inzwischen die Bevölkerung etwas gewachsen ist, daß daher auch ein Wachstum der Gesamtproduktion eintrat — und daß sich keine Produzenten der Garnproduktion zuwenden, weil sie wissen, daß eine neue überlegene technische Methode eingeführt wird, über die sie nicht verfügen —, so könnte die Garnproduktion jetzt genau in der „richtigen" Proportion, ohne Preissenkung und ohne jede Steigerung der Arbeiterzahl vor sich gehen. (Die Störungen, welche daraus entstehen, daß sich Unternehmer und Arbeiter andern Erzeugungszweigen als der Garnproduktion zuwenden, wollen wir, um das Bild nicht zu überkomplizieren, vernachlässigen. Es sind Störungen der Art, wie sie oben S. 113ff. behandelt wurden.)

Die Ausgaben des Unternehmers, der die technische Verbesserung einführt, werden zwar größer sein; denn er wird, verglichen mit den übrigen Baumwollspinnern, die doppelte Anzahl von Spindeln benötigen, die doppelte Menge Rohstoffe, die doppelte Menge Kohle usw. Hingegen wird er nicht mehr Arbeiter als die übrigen Baumwollspinner beschäftigen, und daher wird er einen Überschuß erzielen. Dieser Überschuß wird bei gleichbleibenden Garnpreisen so groß sein, als der Lohn, den er im Vergleich mit den übrigen Baumwollspinnern erspart. Diese Ersparnis verringert sich um denjenigen Betrag, der nötig ist, die Abnutzung des vergrößerten Apparats zu decken. Wenn alles beim gleichen bleibt, er allein im Besitz der Verbesserung ist, die übrigen Baumwollspinner mit der hergebrachten Methode arbeiten, er selbst seine Erzeugung nicht mehr weiter ausdehnt, so wird sich an dem Austauschverhältnis zwischen Baumwollgarnen und den übrigen Produkten, also am Preis des Garnes nichts ändern, und er wird einen dauernden Überschuß er-

zielen. Ebenso wird er unter diesen Bedingungen einen dauernden, wenngleich nicht so großen Gewinn erzielen können, wenn der Garnpreis als Folge seiner Produktionssteigerung etwas sinkt.

In der Wirklichkeit aber wird sich die Einführung der Maschinen nie so abspielen. Denn in diesem Falle würde z. B. der Baumwollspinner, welcher über eine so wesentliche Verbesserung verfügt, seinen Betrieb ausdehnen, er würde mehr Baumwollgarne erzeugen. Die andern Baumwollspinner würden trachten, die Verbesserung auch bei sich einzuführen und wären vielleicht bald dazu imstande. So würden alle Produktionsbetriebe der Baumwollspinnerei dem technischen Fortschritt folgen und zunächst würde die Menge Produkt sehr wesentlich vermehrt werden. Eine so vermehrte Produktion könnte nicht sofort und jedenfalls nicht zu denselben Preisen Absatz finden. Denn in den übrigen Produktionen hätte sich in der kleinen Zeitspanne nicht viel geändert, und es wäre daher gar keine Möglichkeit für Garnproduzenten gegeben, mit der vermehrten Quantität ihres Produkts größere Quantitäten anderer Produkte zu kaufen. Sie würden sich also gegenseitig mit ihrem Produkt auf dem Markte Konkurrenz machen. Da unserer Voraussetzung nach der Austausch solange erfolgen kann, als der Tauschende für das Produkt seiner Arbeit das Erzeugnis gleich langer und schwerer anderer Arbeit erhält, müßte auf die Dauer die Konkurrenz dahin wirken, daß der Preis des Baumwollgarnes bis auf seinen Arbeitswert, nämlich entsprechend der verringerten Herstellungsdauer vermehrt um die Abnutzungskosten der Maschinerie, gesenkt würde. Und wenn auch in einer Übergangszeit einige Produzenten von Garn einen Überschuß erzielen könnten, weil sich noch nicht alle Konkurrenten der Verbesserung bemächtigten, so würde allmählich, mit der Verbreitung der neuen Technik und Methode, dieser Überschuß verschwinden, weil der Zustrom von Kapital und Arbeitskräften in diese vorteilhafte Produktion so lange andauern würde, als noch ein solcher Überschuß erzielbar ist. Wenn wir also annehmen, daß sich auf die Dauer die Produkte nach Maßgabe der zu ihrer Herstellung notwendigen Arbeitszeit austauschen, so könnte an diesem Verhältnis die Anwendung von Maschinen und von Kapital nur vorübergehend eine Korrektur anbringen. Auf die Dauer würde bei freier Konkurrenz der Produzenten untereinander (diese ist allerdings notwendig!) und freier Zugänglichkeit jedes Erwerbszweiges in jedem Gewerbe nur eine Realisierung der in ihm verwendeten Arbeitsstunden stattfinden können. Hingegen könnte aus technischen Verbesserungen kein dauernder Überschuß erzielt werden. Denn er würde dem Konkurrenzstreben der Produzenten und Kapitalbesitzer zum Opfer fallen. Das wäre insbesondere in einer Volkswirtschaft unvermeidlich, in der bei der Warenproduktion normalerweise keine Überschüsse erzielt werden. Jeder neu auftauchende Gewinn würde sofort die heftigste Konkurrenz in diesem gewinnbringenden Produktionszweig entfachen und in dieser hinweggeschwemmt werden.

f) Die Schwierigkeit des Zinses bleibt bestehen.

Dieses Ergebnis der ökonomischen Theorie aber steht in einem schroffen Widerspruch zu den Tatsachen. Denn nach der Theorie müßte der Anwender von Kapital auf die Dauer nur dessen Arbeitskosten als Vergütung erhalten. Und der Vorteil der Technik würde sich nur in einer allgemein besseren Versorgung, in einem reichlicheren Konsum aller, nicht aber in Gewinn für die Anwender von Maschinen und Kapital auswirken. Eine solche Ordnung würde den technischen Fortschritt nicht aufhalten, denn der Anwender von verbessertem Werkzeug würde einen Zwischengewinn erzielen, auf den er nicht verzichten möchte; er würde in einer Übergangszeit eine Prämie erhalten, die aber verschwände, so daß er Neues erfinden müßte, um wieder der Prämie teilhaftig zu werden. Jeder technische Fortschritt würde sehr bald zur Gänze dem Konsum in Form gesteigerten Verbrauchs zugute kommen.

Tatsächlich sehen wir aber, daß der Anwender, der hier der Unternehmer ist, *nicht* lediglich die Arbeitskosten des Werkzeugs und nicht lediglich einen Zwischengewinn erhält, sondern daß er normalerweise über seine Kosten hinaus einen ständigen Überschuß erzielt, der *nicht* verschwindet. — So ergibt sich die Frage nach der *Ursache* dieses Überschusses, welchen wir bisher nicht zu erklären vermögen. Offenkundig aber knüpft sich der Überschuß, wenn er er-

zielt wird, an die Tatsache der Verfügung über die neue Produktionsmethode. Diese neue Produktionsmethode wird sich meist an neue Produktionsmittel anknüpfen, die eine entsprechende Aufwendung von Kaufkraft erfordern. Auch wenn das neue Produktionsverfahren ohne sachliche Investitionen einführbar wäre, wird es meist die Aufwendung erheblicher Mittel voraussetzen. Der Überschuß wird sich also stets an die Verfügung über Zahlungsmittel anknüpfen. Sind in der Volkswirtschaft Personen vorhanden, die über Zahlungsmittel verfügen, aber nicht Produzenten sind, umgekehrt Produzenten, die Zahlungsmittel zur Verbesserung der Produktion benötigen, so wird eine Übertragung der Zahlungsmittel an die Produzenten (Unternehmer) nur erfolgen, wenn diese bereit sind, einen Teil des Überschusses abzugeben. Ist das ein regelmäßiger Fall, so wird sich ein Markt für die Darleihe von Kaufkraft ausbilden. Die Vergütung, die der Unternehmer für die Verfügung über die Zahlungsmittel aufzuwenden bereit ist, ist der Zins. Er wird stets geringer sein müssen als der von ihm erwartete Überschuß, da er sonst keine Veranlassung hätte, die Zahlungsmittel zu entleihen.

Nochmals sei betont, daß die Steigerung der Produktenmenge durch Anwendung der Maschinen keine Erklärung des Überschusses bringt. Die *physische* Produktivität des Kapitals würde nur bedingen, daß die Menge Produkt, welche einer Arbeitsstunde korrespondiert, steigt. Das Produktions- und Handelsvolumen würde steigen, nicht aber der *Wert*, der von den Produzenten realisiert wird. Die Maschine kann eben keinen Zins produzieren, sie produziert nur Produkte. Warum sich Zins ergibt, kann man nicht aus der technischen Fähigkeit des maschinellen Apparates, sondern im Rahmen der Verkehrswirtschaft nur ökonomisch erklären, wenngleich die technische Produktivität und insbesondere Differenzen der technischen Produktivität in der Zeit („technischer Fortschritt") die Bedingungen sehr großer Teile des Zins- und Unternehmereinkommens sein mögen. Bevor wir aber versuchen, vom Gesichtspunkt der Arbeitswertlehre aus den Zins zu erklären, wenden wir uns einem andern Problem zu, das in den Anfängen der Theorie eine Schwierigkeit zu bilden schien, bis es durch die Denkenergie RICARDOS überwunden wurde: es ist das Problem der Grundrente.

5. ZWEITE SCHWIERIGKEIT: DIE GRUNDRENTE.

a) Die Problemstellung.

Bei der Produktion wirken nicht nur Arbeitskräfte und „Kapitalien" mit, sondern auch Grund und Boden. Und wir sehen nun in der Realität: auch der Boden hat einen Preis, er tauscht sich gegen andere Produkte aus, trotzdem er kein Arbeitsprodukt ist. Woraus erklärt sich dieser Preis? Wonach bemißt sich seine Höhe? In den meisten praktischen Fällen wird der Preis des Bodens *auch* Preis für Arbeits- und Kapitalaufwendungen sein, die erforderlich sind, um ihn nutzbar zu machen. So für Rodungsarbeiten, Bewässerung und Entwässerung, Düngung, Betriebsgebäude und Betriebsmittel. In vielen Fällen mag sogar der auf dem Markt erzielbare Preis des Bodens nicht ausreichen, um Boden gleicher Qualität, der im Urzustand gegeben wäre, heute urbar zu machen und mit den notwendigen Betriebsmitteln auszustatten. Trotzdem wird man den Preis des Bodens nicht ausschließlich als Vergütung dieser Aufwendungen betrachten dürfen, da Böden, in die gleich große Investitionen erfolgten, offenkundig nur unter besondern Bedingungen, zu denen mindestens die gleiche Größe, Qualität und Lage gehören, dieselben Preise erzielen. Da aber die Aufwendungen im Bodenpreis erscheinen müssen, ist allerdings die Aussonderung des „reinen Bodenpreises" praktisch oft recht schwierig.

Wir sehen also, daß die auf Land gewonnenen Produkte, z. B. Feldfrüchte, Rohstoffe, wie Holz und Baumwolle, einen Preis haben, welcher dem Besitzer des Bodens ein freies Einkommen, die Pacht, ständig zu beziehen gestattet. Wenn für Grund und Boden Pacht erzielt wird, so heißt das: daß die Preise für die Agrarprodukte dem Bearbeiter nicht nur die angewendeten Arbeitskräfte, Maschinen, Rohstoffe usw. vergüten, sondern darüber hinaus noch einen Überschuß abwerfen. Woher kommt dieser Überschuß? Wenn dieser Überschuß ein Bestandteil des Preises ist, wie ADAM SMITH annahm, dann ist das Arbeitswertprinzip unbrauchbar. Nicht die zur Herstellung der Produkte notwendige Arbeitszeit bestimmt dann das Austauschverhältnis der Produkte, son-

dern deren Preise enthalten noch eine Abgabe an den Grundherrn. Das Austauschverhältnis der Produkte untereinander wäre, soweit eine Mitwirkung des Bodens in Frage kommt, nicht rein nach dem Arbeitswertprinzip zu verstehen. Oder: die Rente darf kein Bestandteil des Preises sein, wenn das Arbeitswertprinzip aufrecht bleiben soll. Was ist sie aber, wenn sie kein Bestandteil des Preises ist?

b) Die Erklärung der Rente durch Ricardo als Differentialrente (Qualitätsdifferenzen des Bodens).

Ricardo hat, wie erwähnt, für die Grundrente, das ist für den Überschuß der landwirtschaftlichen Produktion über die Kosten hinaus, die ökonomische Erklärung gegeben [1]). Er begegnete der Grundrente in der Form des Pachtzinses, da die englische Groß-Landwirtschaft überwiegend Pachtbetrieb war [2]).

Das Argument Ricardos läßt sich am besten in der folgenden Weise verständlich machen.

Nicht aller Boden eines Landes ist von gleicher Qualität. Die menschliche Arbeit wird auf dem besten Boden mehr Produkt liefern, als auf dem schlechterer Qualität. Es wird daher zunächst der beste Boden bebaut werden. Solange von diesem genug vorhanden ist, wird keine Veranlassung

1) Wesentliche Gedanken der Grundrentenlehre, die Ricardo vertreten hat, finden sich schon bei James Anderson in der 1777 erschienenen Schrift: „An Inquiry into the nature of the Corn-laws, with a view to the new Corn-bill proposed for Scotland“, und bei West. Da sie aber von Ricardo systematischer und strenger dargestellt wurden, da erst bei ihm ihre grundsätzliche Bedeutung für das Wertprinzip erkannt wird und da sie dadurch ihre endgültige Formulierung erhielten, ist es erklärlich, daß sie sich im wissenschaftlichen Bewußtsein als Ricardosche Grundrentenlehre fixiert haben.

2) Der Pächter muß wie jeder andre Unternehmer — das wurde schon oben angedeutet — aus dem landwirtschaftlichen Betrieb seine Kosten zurückgewinnen und denselben Überschuß für sich wie im Gewerbe erzielen. Sonst würde auf die Dauer niemand eine Pachtung übernehmen. Wenn der Pächter darüber hinaus an den Besitzer einen Pachtschilling bezahlt, so ist dessen dauernde Leistung wie seine Höhe aus dem Arbeitswertgesetz zunächst nicht ableitbar.

gegeben sein, schlechtern Boden heranzuziehen. Reicht aber der beste Boden nicht mehr aus, sei es weil die Bevölkerung, sei es weil der Konsum wächst, so muß sich die Bebauung der nächsten Kategorie zuwenden. (Die Rententheorie nimmt also an, daß ein dynamischer ökonomischer Prozeß vorliegt, um das Entstehen der Rente zu erklären: Wenn in irgendeinem Zeitpunkt der Prozeß statisch wird, so wird zwar nicht neue Rente entstehen, wohl aber werden die bereits entstandenen Rentenpositionen unverändert erhalten bleiben.) Auf dem neu in Bebauung gezogenen Boden ist eine größere Arbeitsleistung notwendig, um dieselbe Getreidequantität wie bisher zu erzielen. Wenn wir nun annehmen, daß von dieser zweiten Bodenquantität genügend viel vorhanden ist, so wird die Konkurrenz der Landwirte untereinander und die Konkurrenz der Landbebauer mit den Gewerbetreibenden den Preis für Agrarprodukte so bestimmen, daß er der Aufwendung von Arbeit für das Getreide auf dem schlechtern Boden entspricht. Er wird mindestens so hoch sein müssen, da sonst das Getreide nicht in genügender Menge produziert würde, und er wird nicht höher sein können, da der Wettbewerb der Grundbesitzer in diesem Fall die Rente zum Verschwinden bringen wird. Der Preis wird also jetzt wieder nach dem Arbeitswertprinzip erklärt werden können.

Dieser neue Preis wird für alles Getreide erzielt werden müssen, da auf einem einheitlichen Markt für verschiedene Einheiten desselben Produkts nicht ein verschiedener Preis gefordert werden kann. Wenn nun alles Getreide, auch das auf bestem Boden gewonnene, den Preis erzielt, der den Arbeitskosten auf dem schlechtern Boden entspricht, so wird der Besitzer des bessern Bodens für das Getreide ein Äquivalent erhalten, das größer ist als seine Kosten. Er erhält einen Überschuß, weil alles Getreide so bezahlt wird, als ob es auf dem schlechteren Boden gewonnen würde. Diesen Überschuß nennen wir die Rente. Sie ist ein Resultat des Preises, der sich nach dem Wertgesetz auf dem schlechtern Boden ergibt; hingegen ist der Preis nicht eine Folge der Tatsache, daß Rente erzielt werden muß. Da auf dem schlechtern Boden keine Rente erzielt wird, sondern nur auf dem bessern, so ist sie eine Differentialrente und impliziert infolgedessen keine Verletzung des Arbeitswertprinzips.

Nehmen wir an, daß die Produktionskosten auf dem schlechtern Boden überall gleich sind, so wird in der Regel der Fälle nur ein Teil des Bodens in Bebauung genommen werden können. Denn die Ausdehnung der Produktion über die ganze Fläche der zweiten Bodenqualität würde das Getreideangebot so erhöhen, daß der Preis unter die Produktionskosten sinken müßte. Das hätte aber sofort eine Einschränkung der Produktion zur Folge, die auf die Dauer nur so hoch sein kann, daß der Getreidepreis mit den Produktionskosten auf diesem schlechtern Boden zusammenfällt.

Welche Stücke des Bodens zweiter Qualität in Bebauung genommen werden, ist ein Zufall und kann theoretisch nicht näher bestimmt werden. Teile der zweiten Bodenqualität bleiben also zunächst nach wie vor brach. Boden zweiter Qualität wird infolge der Konkurrenz der Bodenbesitzer auch dann noch rentelos bleiben, wenn die ganze Produktion dieser Bodenkategorie gerade hinreichen würde, um die Nachfrage des Marktes zu diesem Preis zu befriedigen.

Der Grundgedanke der ricardianischen Rententheorie ist außerordentlich fruchtbar und muß nun weiter verfolgt werden: es gibt nicht nur zwei, sondern mehrere Bodenqualitäten. Jeweils, wenn die Bebauung zum nächstschlechtern Boden fortschreitet, steigen die Arbeitskosten des Getreides, welches auf diesem schlechtern Boden gewonnen wird. Jeweils steigt auch die Rente für alle vorangehenden Bodenqualitäten. Es seien z. B. die Arbeitskosten:

auf	Boden	1.	Qualität	per	hl	Getreide	20
„	„	2.	„	„	„	„	30
„	„	3.	„	„	„	„	40
„	„	4.	„	„	„	„	50
„	„	5.	„	„	„	„	60
„	„	6.	„	„	„	„	70
„	„	7.	„	„	„	„	80
„	„	8.	„	„	„	„	90
„	„	9.	„	„	„	„	100
„	„	10.	„	„	„	„	110

Es wird dann z. B. bei Fortschreiten der Bebauung vom 5. zum 6. Boden der Preis von 60 auf 70 steigen müssen; damit wird die Rente, welche der Boden 1. Qualität erzielt, von 40 auf 50, diejenige, welche der Boden 2. Qualität erzielt, von 30 auf 40 steigen usw., und es wird der Boden

5. Qualität, der bisher keine Rente erzielte, eine Rente von 10 abwerfen können [1]).

c) Die Rente der Lage.

Aber nicht nur die Differenz der Bodenqualitäten wirkt rentebildend, sondern auch die der Lage. Unter den Kosten, welche bei der Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte entstehen, sind auch die Transportkosten vom Produzenten zum Konsumenten hin zu berücksichtigen. Diese spielten insbesondere vor Erfindung der Eisenbahn eine große Rolle. Denn die Landfracht ist sehr kostspielig, beansprucht Bespannung und Arbeitskräfte. Infolgedessen sind bei gleicher Bodenqualität die Produktionskosten des Getreides, das fern vom Konsumort gebaut wird, höher als in der Nähe des Konsumortes. Es werden daher zunächst die in der Nachbarschaft des Konsumortes gelegenen Bodenflächen bebaut werden und erst später die entfernter liegenden. Und es wird mit dem Fortschreiten zu den entfernter liegenden Grundstücken der Preis für alles Getreide so ansteigen, daß er auch die höchsten Kosten des entferntest liegenden Grundstückes vergütet. Es wird sich also für ein Grundstück bester Qualität in der unmittelbaren Nähe des Konsumortes nicht nur eine Rente der Qualität, sondern auch eine Rente der Lage ergeben, so daß bloß die schlechtesten und entferntest liegenden Grundstücke ohne Rente sein werden. Nur eine schmale Zone von Grundstücken und auch unter diesen nur diejenigen geringster Fruchtbarkeit werden rentelos sein. Alle andern werden Rente erzielen, aber auch diese wird eine Differentialrente sein.

Diese Differentialrenten werden, wenn die Nachfrage nach

1) Unter „besserem Boden" ist jeweils derjenige zu verstehen, welcher unter den gegebenen Umständen, d. h. also bei gegebener Technik, die größeren Erträgnisse liefert. Die Polemik CAREYS z. B., der sagt, daß die Bebauung des Landes nicht so vor sich gegangen sei, wie es RICARDO behauptete, weil zuerst die leichtesten, weniger fruchtbaren Böden in Angriff genommen wurden und erst späterhin die schwereren, fruchtbareren, fetteren, geht fehl, weil zur Zeit der Besiedlung die schweren Böden wirtschaftlich überhaupt nicht vorhanden waren. Denn sie konnten ja damals gar nicht bestellt werden.

Getreide die Bebauung des schlechtesten und entferntesten Bodens erfordert, d a u e r n d erzielt werden. Sie können durch keine Konkurrenz vermindert werden, weil der Boden unvermehrbar ist (siehe oben S. 50). Da Boden bester Qualität innerhalb eines bestimmten Wirtschaftsgebiets und Kreises nicht vermehrt werden kann, so gibt es auch keine Macht der Welt, welche innerhalb der entwickelten Verkehrswirtschaft diese Rente beseitigen oder mindern könnte. Deshalb sagt Adam Smith, daß das Einkommen aus Grundbesitz den Eigentümer gleichsam „aufsucht“. Nur die Vermehrung des Bodens guter Qualitäten könnte die letzte und vielleicht noch die vorletzte usw. Bodenqualität außer Bebauung setzen und dadurch die Kosten, welche auf dem dann schlechtesten Boden gedeckt werden müssen, mindern und so den Getreidepreis herabsetzen. Damit erst würde die Rente auf den guten Böden vermindert. (Das geschah in größtem Maßstabe auf dem europäischen Kontinent durch die amerikanische Konkurrenz, die mit der Vermehrung besten Bodens bei geringen Transportkosten gleichbedeutend war.) Bei diesem Prozeß ist der Rentenbezieher durchaus passiv. Er empfängt die Höhe der Rente aus den Marktverhältnissen, aus den Preisen, welche durchaus von den Kosten auf dem schlechtesten Boden, der noch zur Bebauung gelangt, abhängen. Die Höhe der Grundrente hängt daher nicht von seinen Wünschen, sondern von der Bevölkerungsanzahl und der Kaufkraft der Bevölkerung einerseits, der Bodenbeschaffenheit des Landes andererseits ab [1]). Auch des-

1) Die Bodenbeschaffenheit eines Landes ist von großer Bedeutung. Nehmen wir ein Land A an, in welchem an

Boden	1.	Qualität	1 000
„	2.	„	1 000
„	3.	„	1 000
„	4.	„	3 000
„	5.	„	10 000 Bodeneinheiten vorhanden sind.
			16 000

Ein anderes Land mit folgender Besetzung:

Boden	1.	Qualität	5 000
„	2.	„	4 000
„	3.	„	7 000
			16 000

Im ersten unfruchtbaren Gebiet wird die Rentenbildung bald

halb hat Ricardo mit Recht gesagt, daß die Rente nicht ein Bestandteil des Preises ist, wie noch Adam Smith meinte, sondern eine Folge desselben.

d) Das Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag und seine Bedeutung für die Grundrente.

Die Bebauung von Grund und Boden ist in verschiedener Weise möglich. Man kann mit wenig Arbeitskräften und Werkzeugen eine große Grundfläche bestellen (extensive Wirtschaft) und man kann mit Anwendung von viel Arbeit, Geräten und Maschinen einem kleinen Betrieb einen möglichst hohen Gesamtertrag (Rohertrag) abzwingen (intensive Wirtschaft). Im ersten Fall werden nicht alle im Boden steckenden Kräfte ausgenützt, im zweiten Falle geschieht es. Welche Methode zur Anwendung gelangen soll, hängt von den gesamtökonomischen Umständen ab. Bald ist extensive, bald intensive Bebauung ökonomisch richtig. Bei der Frage, welche Art der Bewirtschaftung gewählt werden soll, spielt der Umstand eine entscheidende Rolle, daß der Anbau von Land unter dem Gesetz des abnehmenden Ertrags steht. Dieses besagt: Wenn ich eine bestimmte Grundfläche mit 50 Arbeitseinheiten und 100 Kapitaleinheiten bebaue und einen Ertrag von 2000 erziele, so werde ich mit Anwendung von 100 Arbeitseinheiten und 200 Kapitaleinheiten nicht einen Ertrag von 4000, sondern weniger, also etwa 3500 oder 3000 erzielen. Dies Gesetz gilt nicht im ganzen Prozeß der Bodenbebauung, sondern nur jenseits der optimalen Dosierung. Es gibt nämlich für jedes Grundstück, für jeden Betrieb unter gegebenen wirtschaftlichen Verhältnissen eine Anwendung von Kapital und Arbeit, welche den proportional günstigsten Ertrag liefert. Bleibt Anwendung von Kapital und Arbeit per Bodeneinheit u n t e r dieser Grenze, so ist das Verhältnis zwischen Aufwendung und Erfolg ungünstiger.

einsetzen und sehr hoch ansteigen. Im zweiten, weitaus fruchtbareren, wird die Rentenbildung später einsetzen und die Rentensumme selbst bei Bebauung des ganzen Landes nicht so hoch sein. Hohe Rente kann also unfruchtbaren Boden und schwierige Lebensbedingungen bedeuten. Hier zeigt sich schon der Widerspruch zwischen privaten und volkswirtschaftlichen Interessen.

Streng genommen gilt daher bis zur Erreichung dieser Grenze (welche nie dauernd fixiert ist und sich jeweils mit der Änderung der Technik, der Absatzbedingungen, d. h. der relativen Preise verschiebt) ein Gesetz des steigenden Bodenertrags. Erst nach Überschreitung der Optimalgrenze beginnt das Gesetz des sinkenden Ertrags zu wirken, das stets auf die angewendete Arbeits- und Kapitaleinheit, nicht aber auf die Grundstückseinheit zu beziehen ist. Es wird also dieses Gesetz vom abnehmenden Ertrag durch Erfindungen auf dem Gebiete der Bodenkultur zuweilen immer wieder suspendiert, wenn neue Investitionen an Arbeit und Kapital eine überproportionale Ertragssteigerung mit sich bringen. Dann gilt das Gesetz eben von diesem neuen Optimum an. Das Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag kann man auch so darstellen, daß der Gesamteffekt der Kombination von Boden, Arbeit und Produktionsmitteln bei einem bestimmten quantitativen Verhältnis der einzelnen Teile zueinander ein Maximum wird[1]).

Wenn bei Vermehrung der Bevölkerung die Nachfrage nach Getreide wächst und sich das Austauschverhältnis zwischen Getreide und Industrieprodukten zugunsten des Getreides verschiebt, wird es möglich und wirtschaftlich sein, zu intensiverer Bebauung überzugehen. Diese intensivere Bebauung wird zuerst die fruchtbarsten Böden erfassen, und von den fruchtbarsten Böden wieder diejenigen, welche dem Konsumorte am nächsten liegen, und sie wird sich allmählich auch auf die weniger fruchtbaren und entfernten Böden erstrecken. Jeweils bedeutet eine Steigerung in der Bebauungsintensität, daß die Arbeitskosten des zuletzt gewonnenen Getreides steigen und sich demgemäß auch das Austauschverhältnis von Getreide gegenüber anderen Produkten zugunsten des Getreides verschiebt. Wenn nun auf Grund und Boden bestimmter Qualität die Bebauung derart intensiviert wird und wirtschaftlich intensiviert werden kann,

1) Dieses Gesetz hat auch in der industriellen Produktion eine Parallele. Überhaupt wird sich die Tatsache, daß ein Produktionselement quantitativ stationär bleibt, während die andern anwachsen, von einem gewissen Punkte ab in einem relativen Sinken des Ertrags ausdrücken müssen. Das Gesetz des abnehmenden Ertrags ist jeweils auf ein bestimmtes Preissystem zu beziehen.

und wenn wir annehmen, daß dieser Boden der letzte ist, welcher überhaupt bebaut wurde, so ergibt sich folgender Tatbestand: Bisher waren z. B. die höchsten Kosten für die Produktion von Getreide 10 und der Preis des Getreides erstattete diese Kosten wieder. Nun wird die Bebauung intensiver. Eine zusätzliche Getreidemenge kann nur mit Kosten von 12 gewonnen werden. Der Preis muß auch diese Kosten wieder erstatten, wenn auf die Dauer der intensivere Anbau möglich sein soll. Wenn nun der Preis auf 12 steigt, so erzielt auch dieser schlechteste Boden von den ersten auf ihm gebauten Getreidequantitäten eine Rente von 12 — 10 = 2, weil ja der Preis für alles Getreide jetzt nicht 10, sondern 12 sein wird. Desgleichen werden die Renten aller Böden, die der Bodenqualität und der Nähe zum Konsumort geschuldet sind, gleichfalls um 2 pro Getreideeinheit steigen. So tritt zu den beiden Rentenquellen der Bodenqualität und Entfernung vom Konsumort noch die Intensitätsrente. Sie ist der Tatsache geschuldet daß von einem gewissen Punkte ab die naturale Ergiebigkeit weiterer Investitionen stufenweise abnimmt. Es wird Böden geben, die Renten aus allen diesen drei Ursachen beziehen, andere, welche sie nur aus zwei oder einer Ursache beziehen. Immer wird das Getreide des ganzen Landes so bezahlt werden müssen, als ob es auf dem schlechtesten und entferntesten Boden mit der letzten Arbeits- und Kapitalaufwendung gewonnen würde. Die Kosten dieses letzten, dieses „Grenzgetreides" „bestimmen" den Preis des Getreides überhaupt, so daß überall die Rente eine Konsequenz des Preises ist. (In welchem Sinne dieses „Bestimmen" zu verstehen ist, darüber noch unter g.)

e) Neuere Einwendungen gegen die Differentialrententheorie.

Man hat gegen die Grundrententheorie von RICARDO eingewandt, daß sie das Problem der Bewertung von Bodenleistungen zu sehr vereinfacht. So beschäftigt sie sich in der Tat nicht mit der städtischen Grundrente und nicht mit der Bergwerksrente; diese mögen auch hier außer Betracht bleiben. Die städtische Grundrente ist eine klare Differentialrente, welche sich aus den Differenzen der Er-

giebigkeit verschiedener Standorte erklärt, wobei die Bodenqualität selten, die Lage immer eine entscheidende Rolle spielt. Die Bergwerksrente ist ebenso eine Differentialrente und aus der verschiedenen Ergiebigkeit der Arbeit bei Verschiedenartigkeit der Vorkommen ohne weiteres ableitbar. Jedenfalls erwachsen der RICARDOSCHEN Grundrententheorie aus der Tatsache dieser beiden Rentenarten keine Schwierigkeiten.

Wichtiger, wenngleich m. E. auch lösbar, sind die Probleme, die sich aus der Tatsache ergeben, daß auf Land nicht bloß ein Agrarprodukt, z. B. Getreide derselben Qualität, sondern zahlreiche andere Produkte, Lebensmittel und Rohstoffe (z. B. Baumwolle) erzeugt werden. Es ist nun für die Grundrententheorie nicht unwesentlich, daß dadurch der Boden seine absolut passive Rolle in der Preisbildung einbüßt. Würde nur Getreide einer Qualität erzeugt werden, so hätte, sagt man, RICARDO recht. Da Boden nur zu Getreideproduktion verwendet würde, könnte auch keine Nachfrage nach ihm zum Zwecke anderer Produktionen entstehen. Verschiebt sich nicht die Sachlage, wenn der Boden aus einer Produktion in die andere übertragen werden kann?

Nehmen wir z. B. Hopfen- und Getreidebau an. Es wird Böden geben, die besonders für Hopfenbau und andere, die für Getreidebau geeignet sind. Eine Anzahl von Böden mag für beide Anbauarten in Betracht kommen. Nehmen wir nun an, daß Hopfenbau auf dem schlechteren Getreideboden nicht mehr möglich ist, so wird der Boden, der für Hopfen Grenzboden ist, dem Hopfenbau nur gewidmet werden können, wenn er mindestens denselben Ertrag wie im Getreidebau abwirft. Ist dieser Grenzboden für Hopfen zugleich nicht der Grenzboden für Getreide, so wird er im Getreidebau eine Rente abwerfen, die in den Hopfenbau als Kostenelement eingeht und daher im Preise auf die Dauer vergütet werden muß. Dasselbe wiederholt sich für Getreide, wenn es mit dem Kartoffelbau und für Kartoffel, wenn deren Anbau z. B. mit Verwendung des Bodens als Weideland konkurriert. Die meisten Preise von Agrarprodukten würden demnach Grundrenten als Bestandteil der Preise in sich enthalten. Hopfen wäre, um dieses RICARDOSCHE Wort zu zitieren, z. B. teuer, wenn und weil die Rente auf seinem Grenzboden hoch stände und nicht

umgekehrt. Kann man dann noch die Theorie von RICARDO aufrecht erhalten?

Die Schwierigkeit ist nicht unlösbar. Der hier skizzierte Tatbestand ist natürlich vorhanden, die Theorie kann ihn aber in ihren Gedankengang einbeziehen.

Der Boden läßt sich schichtweise hinsichtlich Qualität, Entfernung vom Markt und in seinen Intensitätsstufen so anordnen, daß jeweils eine Verwendungsmöglichkeit in die andere übergeht und daß zonenweise alternative Verwendungen des Bodens in der oben gekennzeichneten Art möglich sind. Man wird dann natürlich auf bestem Weinboden nicht Kartoffeln bauen. Umgekehrt nicht Weinberge auf schlechtem Kartoffelland anlegen. Wein, Hopfen usw. werden in dem eben skizzierten Tatbestand Renten abwerfen „müssen", d. h. jede wo immer produzierte Teilquantität dieser Produkte wird in ihrem Preise ein Rentenelement enthalten, es wird also kein rentenloses Wein- oder Hopfenland geben, weil dieser Boden sonst einer anderen Verwendung zugeführt werden könnte, in der bei gleichen Kosten eine Differentialrente gegenüber schlechterem oder entfernterem Boden erzielt werden würde. Diese Tatsache wirkt auf die Preisbildung von Wein, Hopfen usw. ein. Die Möglichkeit anderweitiger Verwendung des Bodens gebietet hier einem Sinken der Rente Einhalt [1]).

Würde es Bodenqualitäten geben, die nur für eine bestimmte Produktion in Frage kommen, so würde der Preis dieses Produktes kein Element von Grundrente in sich enthalten, sondern sich genau mit dem Kostenpreis auf dem Grenzboden decken müssen.

Der hier erörterte Einwand isoliert die einzelnen Produktionen voneinander. Das wird dem Tatbestand nicht gerecht, da sie in einem interdependenten System stehen. In diesem ist die Produktionsrichtung gleichgültig. Hingegen ist die Tatsache von größter Bedeutung, daß die einzelnen Produktionsrichtungen ineinander übergehen, daß sich sämtliche Produktionen auf Land in ihren Arbeitsaufwendungen miteinander vergleichen lassen und so gegeneinander austauschen,

1) Vgl. hierzu auch FRANZ XAVER WEISS, Die Grundrente im System der Nutzwertlehre, in „Wirtschaftstheorie der Gegenwart", Bd. 3, S. 229.

als ob sie auf dem Grenzboden erzeugt worden wären. Wenn z. B. auf dem Grenzboden für Hopfen mit einer bestimmten Arbeitsmenge 5 Einheiten Hopfen, aber 10 Einheiten Getreide erzeugt werden können und gegenüber dem Getreidegrenzboden ein plus von 3 Getreideeinheiten auf jede Bodeneinheit erzielt wird, so wird nur bei der Preisrelation 10 zu 5 ein Gleichgewicht bestehen. Eine Hopfeneinheit muß 2 Getreideeinheiten im Preise gleich sein, weil sie auf demselben Boden mit denselben Aufwendungen erzielbar ist. Eine Änderung tritt ein, wenn z. B. die Nachfrage nach Hopfen steigt. Dann würde der Hopfenpreis steigen, weil noch weitere für den Hopfenbau schlechtere oder entfernter liegende Böden in Angriff genommen werden müssen oder weil der Anbau unter abnehmendem Ertrag intensiviert werden muß. Diese Steigerung des Hopfenpreises wird nicht verfehlen können, den Getreidebau auf schlechtere Böden hinauszuschieben, was wiederum den Getreidepreis erhöhen wird. Letzten Endes wird die Steigerung der Arbeitsaufwendungen auf dem dann gegebenen Grenzboden für Getreide die Preise fixieren. Es sind eben alle Preise dieses Systems interdependent, sie bestimmen sich aber letztlich nach den höchsten Kosten auf dem schlechtesten Boden. In diesem Sachverhalt ist also die Hopfenrente nicht Bestandteil des Hopfenpreises, sondern Glied in einem interdependenten System, innerhalb dessen sie als Differentialrente (Getreiderente) gezahlt werden muß.

Nicht immer gehen die einzelnen Verwendungsmöglichkeiten des Bodens glatt oder mit sanften Übergängen ineinander über. Es könnte nun sein, daß es eine Kulturart gibt, welche nur auf bestimmtem Boden überhaupt möglich ist, z. B. Baumwolle. Dann wird offenbar diese Bodenart als Produktionsmittel sui generis zu betrachten sein. Bei freier Konkurrenz wird also auf diesem Boden bis zur „Grenze" produziert werden. Alle Rente dieser besonderen Kulturart wird aber dann als Differentialrente aufgefaßt werden können. Derselbe Fall liegt ja, wie oben angedeutet, bei der Bergwerksrente vor, denn auch im Bergbau wird die Grenzproduktion hinsichtlich der Überschüsse im Gleichgewicht mit der gewerblich-industriellen Produktion stehen müssen. In Fällen, in denen der Boden für eine spezielle Kultur besonders geeignet

ist, wird also der Gesichtspunkt anderweitiger Verwendung keine Rolle spielen. Zwar könnte man sicherlich auf absolutem Weinboden auch Kartoffeln bauen. Aber, wie das geistreich ausgedrückt wurde, man kann auch Klaviere als Brennmaterial verfeuern, ohne daß praktisch ein Zusammenhang zwischen dem Preis der Klaviere und dem des Brennmaterials besteht.

Endlich sei der Vollständigkeit halber noch auf eine Gruppe von Tatsachen hingewiesen, die für die Differentialtheorie scheinbar eine Schwierigkeit bilden können. Wir haben bisher angenommen, daß auf Boden besserer Qualität eine größere Produktmenge gewonnen wird. Der Unterschied der Bodenqualität kann sich aber auch in einem Unterschied der Produktqualität auswirken, so daß der bessere Boden nicht mehr, aber besseren Wein, besseres Getreide usw. produziert.

Damit kommen wir an die Grenze, innerhalb deren die objektive Lehre überhaupt Gültigkeit beanspruchen kann. Handelt es sich nämlich um ein Qualitätsprodukt (z. B. Tokayerwein), das überhaupt nur in einer bestimmten Quantität produziert werden kann, so fehlt die wesentlichste Bedingung für die Anwendbarkeit des Arbeitswertgesetzes, nämlich die beliebige Vermehrbarkeit (d. h. technisch beliebige Vermehrbarkeit) des Produkts. Die Produktion wird dann nicht bis zu der Grenze fortgesetzt werden, an der die wachsende Menge den Preis bis auf die Kosten herunterdrückt und so das Gleichgewicht zu den andern Preisen mit Rücksicht auf deren Kosten herstellt, sondern in diesem Fall haben wir ein Monopolgut vor uns, dessen Preisbestimmung nach der Arbeitswertlehre nicht erfolgen kann. (Siehe unten S. 175 ff).

Allerdings wird der Fall eines solchen Monopolguts seltener sein als man denkt. Wenn z. B. Tokayerwein in mehreren Weinbergen unter freier Konkurrenz gewonnen wird, so ist die Produktionsmenge (von der Unsicherheit des Naturalertrags abgesehen) nie eine starre Größe, sondern in bestimmten Grenzen elastisch. Eine weitere Investition von Arbeit und Produktionsmittel kann den Ertrag steigern, und nichts gestattet uns anzunehmen, daß die Produktion nicht bis zur Grenze fortgesetzt wird, so daß die Grenzmenge in der Tat mit Kosten produziert wird, welche dem Preise

entsprechen. Oder: die Spaltung der Produktionen in einzelne Qualitäten auf speziell geeigneten Böden darf nicht die Tatsache verschleiern, daß es infolge des Gesetzes vom abnehmenden Ertrag in jeder Produktion Grenzprodukte gibt, deren Preis lediglich die Kosten vergütet. Streng genommen müßte bei völligem Gleichgewicht in jeder Produktion, ja in jedem einzelnen Betriebe die Produktion bis zur Grenze vorgetrieben werden. Denn jeder einzelne Produzent müßte es bei freibeweglichem Kapital und freibeweglichen Arbeitskräften vorteilhaft finden, seine Produktion soweit auszudehnen, als er noch über die Produktion im Gewerbe hinaus einen Überschuß erzielen kann. Damit fällt auch auf das oben S. 133 besprochene Problem ein neues Licht.

Wir können daher die Geltung der Differentialtheorie der Rente auch unter Berücksichtigung komplizierter Tatbestände annehmen.

f) Schlüsse aus der Ricardoschen Grundrentenlehre.

Daraus ergeben sich folgende Schlüsse: 1. Da die Rente immer Differentialrente ist, so werden die B o d e n leistungen nicht besonders im Preis vergütet. Wir können die Bodenleistungen bei der Preisbildung ausscheiden. Der Konsument, der Getreide eintauscht, bezahlt l e d i g l i c h die Arbeits- und Kapitalaufwendungen auf Grund und Boden; allerdings bezahlt er in jeder Teilquantität des Getreides die Kosten, die zur Herstellung der Grenzmenge aufgewendet werden, also die höchsten Kosten, die der Markt noch zu vergüten bereit ist. Nur der Knappheit der guten Böden ist es also zuzuschreiben, daß sie eine Rente abwerfen. Aber die Rente ist nicht ein Preis für Bodenleistungen, sondern ergibt sich als Reflexwirkung der einheitlichen Preisbildung für diejenigen Produzenten, die aus irgendeinem der oben erwähnten Gründe ihr Getreide mit geringeren Kosten erzeugen, als für die Produktion der Grenzmenge erforderlich sind. Auch wenn man diese Kostendifferenz bzw. den daraus entstehenden Überschuß als Vergütung für Bodenleistungen auffassen wollte, so ist doch soviel sicher richtig, daß diese Rente Reflex von Preisbewegungen ist, auf welche die Besitzer der besseren Böden bei freier Konkurrenz gar keinen

Einfluß üben können. Nicht weil die Grundbesitzer eine Rente erzielen wollen, sind die Preise hoch, sondern weil die Preise hoch sind, wird den Grundbesitzern die Rente zugeschwemmt. Der Getreidepreis ist daher nach dem Arbeitswertprinzip restlos zu erklären. Die Schwierigkeit, welche sich aus der Tatsache ergibt, daß Boden einen Preis hat, ist eliminiert.

2. Es ist auch kein Gegeneinwand daraus abzuleiten, daß innerhalb der europäischen Länder j e d e r Boden einen Preis hat. Denn in jedem Boden stecken heute schon Arbeitsaufwendungen, der Boden ist also auch „produziertes Produktionsmittel". Außerdem hat überall eine intensive Bodenbebauung das Gesetz vom abnehmenden Ertrag zur Geltung gebracht hat. Auch der schlechteste Boden hat also aus diesen Gründen einen Preis. (Zuweilen ist auch der Preis des Bodens a n d e r e n Ursachen geschuldet, z. B. bei Parzellen ist er als Vergütung für die Sicherung der Arbeitsstelle zu betrachten. Das hat mit den Getreidepreisen dann überhaupt nichts zu tun und liegt auf einem ganz andern Gebiete.)

3. Der Preis des Bodens selbst bestimmt sich dann wie der Preis von Kapitalgütern. Der Boden als Grundlage eines dauernden Ertrages wird wie jede andere Grundlage eines dauernden Ertrages, also wie Kapital betrachtet. Daher ist die Frage, wie sich bei gegebenem Ertrage, bei gegebener Rente der Bodenpreis bestimmt, nicht hier, sondern bei der Lehre vom Wert der Kapitalgüter abzuhandeln. Damit sind also die Schwierigkeiten, welche sich aus der Tatsache der Grundrente zu ergeben schienen, restlos überwunden.

g) In welchem Sinne „bestimmt" das Grenzprodukt den Preis?

Wir haben bisher wiederholt davon gesprochen, daß die höchsten Kosten, die Kosten des Grenzprodukts, den Preis bestimmen. Das könnte so verstanden werden, als ob diese Kosten durch irgendeine Ordnung oder einen Wirtschaftsplan fixiert im Preise erscheinen müßten, also eine Festsetzung des Preises durch die Kosten stattfinde. Begegnet man doch manchmal auch dem Ausdruck, daß die Kosten den Preis regieren. Tatsächlich aber ist nicht nur eine Abhängigkeit des Preises von den Kosten, sondern auch der Kosten vom Preis festzustellen: Wenn nämlich hier in der Agrarproduktion

sich die Nachfrage verschiebt und der Preis steigt, so wird im Verhältnis zu allen anderen Produktionen ein Überschuß erzielt werden. Dieser Überschuß wird zur Ausdehnung der Produktion führen, d. h. zur Steigerung der Erzeugung unter steigenden Kosten und diese Tendenz wird erst zum Stillstand kommen, wenn die Grenzproduktion wie bisher mit allen übrigen Produktionen hinsichtlich des Überschusses im Gleichgewicht steht. Das Umgekehrte wird bei einer Preissenkung eintreten. Der Unterschied der Agrarproduktion gegenüber gewerblicher Erzeugung besteht nur darin, daß ihre Kosten nicht die Tendenz haben, sich in der Gesamtproduktion auszugleichen, und daß daher auf besseren Böden dauernd Überschüsse erzielt werden können, welche keine Konkurrenz hinwegzuschwemmen vermag. Aber die Kommunikation zwischen Gewerbe und Landwirtschaft besteht doch in der intensivsten Weise und muß dahin führen, daß die Arbeit in diesen Sphären, soweit sie in freier Konkurrenz anwendbar ist, gleichen Ertrag abwirft, d. h. aber daß die landwirtschaftliche Produktion immer soweit ausgedehnt werden wird, bis in den am wenigsten ertragreichen Produktionen die Spanne zwischen Ertrag und Kosten dieselbe ist wie in der Industrie, d. h. bis diese beiden Produktionsgruppen in einer dynamischen Wirtschaft dieselben Überschüsse bringen bzw. bis sich in einer statischen Wirtschaft die Preise mit den Kosten decken. In diesem Sinne allein regieren auch in der Landwirtschaft die Kosten den Preis.

Offenbar ist also die These, daß die Kosten der Grenzprodukte, also die höchsten Kosten, den Preis bestimmen und daß lediglich die Kosten den Preis bestimmen, nur ein anderer Ausdruck für die Tatsache, daß agrare und gewerbliche Produktion ein interdependentes System bilden und daß dieses ganze System die Tendenz hat, im Gleichgewicht zu sein. Diese Tendenz ist es, welche die Geltung des Kostengesetzes auch in der Agrarproduktion verbürgt. Es wird nur durch die Tatsache verschiedener Ergiebigkeit und unvermehrbarer Bodenmengen für bestimmte Produktarten scheinbar außer Kraft gesetzt.

Der Satz, daß die Kosten den Preis regieren, besagt also bloß, daß in einem Preissystem freier Konkurrenz *nur* diejenigen Produktionen auf die Dauer möglich und notwendig vorhanden sind, bei denen an der Grenze das gleiche Verhältnis zwischen Kosten und Preis besteht. Damit erledigt sich auch der Einwand Amonns, wonach die Produktpreise nicht durch die Kosten, sondern vom Markt her bestimmt würden. So könne bei steigender Nachfrage eine Rente entstehen, die nicht erst das Ergebnis der Produktion unter höheren Kosten sei. Hier ist nur eine transitorische Phase des Prozesses unter der Voraussetzung unstetig steigender Kosten herausgegriffen. Offenbar würde bei einer solchen Preissteigerung die Produktion auf Land ausgedehnt und es würden alsbald Produktmengen auf den Markt kommen, deren Preise kein Rentenelement mehr enthalten; es würden also dann wieder in dem eben entwickelten Sinn die Kosten den Preis „bestimmen“.

Diese Deckung von Kosten und Preis wird am deutlichsten im statischen System zu finden sein, für das allein die Geltung des Wertgesetzes uneingeschränkt behauptet werden kann. Grundsätzlich derselbe Prozeß spielt sich ja in der gewerblichen Produktion eines statischen Systems ab, nur daß dort infolge der Tendenz zur Ausgleichung der Kosten in der gesamten Produktion nie eine Differentialrente auf die Dauer, sondern höchstens vorübergehend erzielt werden kann, außerdem im Gegensatz zur Agrarproduktion regelmäßig als Folge der Kostensenkung in neuen Produktionen.

6. DRITTE SCHWIERIGKEIT: DER PREIS DER ARBEITSKRAFT.

a) Natur der „Arbeit“ in der entwickelten Verkehrswirtschaft.

In der einfachen Verkehrswirtschaft mit kleinen Produktionseinheiten und „urwüchsiger“ Arbeitsteilung ist unter den oben angenommenen Voraussetzungen (S. 105) die Gesamtheit aller Arbeitsleistungen so gleichartig, daß sie untereinander vertauschbar sind. Die jetzt zu erörternden Schwierigkeiten sind dort nicht vorhanden.

In der freien, entwickelten Verkehrswirtschaft aber gehört auch die Arbeitskraft zu den Waren und ihr Austauschverhältnis muß nach dem Arbeitswertprinzip erklärt werden. Was

heißt nun: die zur Herstellung der Arbeitskraft notwendige Arbeitszeit? Können wir damit überhaupt operieren?

Um diese schwierige Frage klären zu können, muß zuerst der Markt der „Arbeitskräfte" in der kapitalistischen Verkehrswirtschaft analysiert werden. Wie wird in der entwickelten, der kapitalistischen Verkehrswirtschaft produziert? Warum bildet sich in ihr ein „Markt der Arbeitskräfte"? Wie ist er beschaffen?

Ein wesentliches Moment wurde schon erörtert: Die Produktionsmittel sind in wenigen Händen konzentriert, nicht sämtliche Arbeitende haben die Verfügung über Produktionsmittel.

Für die Arbeit an den Produktionsmitteln des Unternehmers ist nun wesentlich, daß sie von freien Arbeitern geleistet wird. Dies bedeutet ökonomisch, daß der Arbeiter nicht als Ganzes, als lebendige Arbeitskraft für den Produktionsprozeß erworben werden kann, wie das etwa in der Sklavenwirtschaft der Fall ist, sondern daß er selbst über seine Arbeitsleistungen verfügt, die er verkaufen kann. Das hat weiterhin die Konsequenz, daß der Arbeiter an seinen Leistungen interessiert ist, also (bei entsprechendem Lohnsystem) die Tendenz hat, sie zu steigern. Bis zu einem gewissen Grade wird die Abhängigkeit des Lohnes von der Leistung bei jedem Lohnsystem, auch bei festem Taglohn, immer gegeben sein, weil bei freier Konkurrenz der Unternehmer untereinander höheren oder vermehrten Leistungen entsprechend steigende Löhne korrespondieren werden. Ein Sachverhalt, der innerhalb des Systems der Sklavenarbeit nicht vorhanden ist. Die Sklavenarbeit ist daher die teuerste, nicht nur weil für den Besitz des Sklaven Mittel aufgewendet werden müssen, sondern auch, weil die Leistung vom Sklavenarbeiter immer auf dem Minimum gehalten wird und eine Steigerung durch Zwangsmittel nur in sehr engen Grenzen möglich ist. Auch von der andern Seite her gesehen, nämlich von der des Unternehmers, ist die Steigerung von Leistungen bei freier Arbeit in höherem und rücksichtsloserem Maße möglich, da der Verlust der Arbeitsfähigkeit infolge gesteigerter Anstrengung einen wirtschaftlichen Nachteil für den Unternehmer solange nicht mit sich bringt, als er imstande ist, neue Arbeiter heranzuziehen. So schließt die freie Arbeit ein

dynamisches Element in sich, wobei sowohl das Interesse der Unternehmer wie der Arbeiter selbst dynamisch wirkt. Die Arbeiter mögen dabei in einer Selbsttäuschung befangen sein, insofern als unter Umständen die gesteigerte Arbeitsleistung nur dem Unternehmer zugute kommen mag (wenn z. B. der Akkordsatz bei steigender Leistung gesenkt wird; das ist aber bei wirklich freier Konkurrenz der Unternehmer nicht möglich); jedenfalls aber haben wir es dann mit einer Illusion in weltgeschichtlichem Maßstabe zu tun, welche zu einer enormen Steigerung der Arbeitsleistung geführt hat, und zwar zu einer Steigerung, die in historischer Zeit vor der kapitalistischen Verkehrswirtschaft nie beobachtet wurde.

Daß die Arbeit in der kapitalistischen Verkehrswirtschaft „frei" ist, ist allerdings eine Illusion. Denn diese Freiheit ist nur im Vergleich mit einem direkten und absoluten, politischen Zwang gegeben. Im übrigen aber bedeutet für das Proletariat Besitzlosigkeit, Trennung von den Produktionsmitteln auch einen absoluten, unentrinnbaren Zwang zur Eingehung von Arbeitsverträgen, zur Leistung von Arbeiten am kapitalistischen Produktionsapparat, welche allein die Existenz ermöglichen. Dadurch aber, daß die Bindungen weniger an der Oberfläche liegen, daß in abstracto eine freie Beweglichkeit der Arbeiter gegeben ist, daß die Arbeiter prinzipiell und individuell die Arbeit ablehnen „können", daß grundsätzlich die Möglichkeit gegeben ist, in die Unternehmerklasse aufzusteigen, sind alle psychologischen Kräfte auch innerhalb der Arbeiterschaft entfesselt, die eine Steigerung der Arbeitsleistungen ermöglicht haben.

Die Arbeiter gehen also mit den Besitzern der Produktionsmittel private Verträge ein, welche sie dazu verpflichten, an den Produktionsmitteln zu arbeiten. Sie erhalten dafür einen Lohn, d. h. ein in Geldform gegebenes Äquivalent ihrer Arbeitsleistung. Die Arbeitenden, die nicht über Produktionsmittel verfügen, sind gezwungen, um leben zu können, ständig zu arbeiten und sind daher ihrer wirtschaftlichen Existenzform nach nur Arbeiter, Arbeiter gegen Lohn, Lohnarbeiter, Proletarier. Da die Produktionsmittel in den Händen einer Minderheit konzentriert sind, muß es in der kapitalistischen Produktion immer Proletarier geben; es ist der wirtschaftliche Kreislauf, der durch die ständige Reproduk-

tion der Produktionsmittel in den Händen kapitalistischer Produzenten immer wieder Menschen in die Bedingungen des Proletariats versetzt. Der Besitzer der Produktionsmittel muß über die Arbeitsleistungen der Lohnarbeiter frei disponieren können, er organisiert sie. Stets ist an den Produktionsmitteln, und um so mehr, je konzentrierter die Verfügungsgewalt ist, eine Organisation der Arbeitskräfte notwendig und gegeben. Der Besitzer der Produktionsmittel ist daher immer ein Organisator. Auch in Rücksicht darauf, daß er die Produktionsmittel organisiert, um Überschüsse zu erzielen, nennen wir ihn Unternehmer.

Der kapitalistische Arbeitsprozeß muß auch stets in einer räumlichen Zusammenfassung erfolgen. Das bedingt schon seine organisatorische Bindung an die Produktionsmittel. Damit geht die Organisation der gesellschaftlichen Arbeit von der urwüchsigen Arbeitsteilung in die verschiedenen Tätigkeiten, Handwerke usw. zur Arbeitszerlegung, wie sie schon Adam Smith in seinem Beispiel der Stecknadelmanufaktur beschreibt. Die so stark produktionsfördernde Arbeitszerlegung ist geradezu an eine Konzentration der Produktionsmittel in einer Hand gebunden, weil eine „demokratische" Verteilung der Produktionsmittel (etwa allgemeiner Handwerksbetrieb) selbst einen Manufakturbetrieb ausschließt und auch nicht die Form des Verlags ermöglicht, bei welchem das „Kapital" nicht in Produktionsmitteln unmittelbar, sondern in Geldform vorhanden ist und einzelne Arbeiter in ihren Wohnungen von einer kaufmännischen Zentralstelle aus organisiert werden [1]). (Eine technisch und organisatorisch höhere Form der Produktion wäre bei gleichmäßigerer Verteilung der Kaufkraft nur möglich, wenn das Kreditsystem schon entfaltet wäre. Das ist aber unter dieser Voraussetzung vor Bildung großer Vermögen nicht zu erwarten.)

Diese Art der Produktion, nämlich Konzentration der Produktionsmittel in wenigen Händen, Trennung der Arbeitenden von den Produktionsmitteln, persönliche Befreiung derselben und Umformung zu Nur-Arbeitern, welche bloß

1) Vgl. für diese Betriebsformen: Bücher, Die Entstehung der Volkswirtschaft.

von Lohnarbeit existieren können, ohne dieselbe rettungslos, nicht nur ökonomisch, sondern auch physisch zugrunde gehen, ist Ergebnis eines langen historischen Prozesses. Auf welchem Wege diese Konzentration der Produktionsmittel, die Trennung der Massen von den Produktionsmitteln stattgefunden hat, ist hier nicht zu erörtern. Für die theoretische Bearbeitung dieses Wirtschaftssystems ist es auch gleichgültig, ob sie sich vollzog durch politische Methoden der Gewalt („ursprüngliche Akkumulation" bei Marx) oder durch Sparsamkeit und Auslese der wirtschaftlich Tüchtigen.

Diese ungleiche Verteilung der Produktionsmittel einmal gesetzt, haben wir es mit einem sich immer wieder reproduzierenden Wirtschaftssystem zu tun. In diesem Wirtschaftssystem sind drei Grundelemente die wesentlichsten: Kapital, Arbeit, Grund und Boden. Diesen drei Produktionsfaktoren korrespondieren drei Gruppen der Gesellschaft, drei Klassen, und so gibt die ökonomische Analyse der kapitalistischen Produktion zugleich eine soziale Ansicht derselben. (In der weiter entwickelten Verkehrswirtschaft müssen wir den Besitzer von Kaufkraft, den Kapitalisten, mindestens begrifflich vom Organisator und Leiter der Produktion, dem Unternehmer, scheiden. In sehr vielen Fällen mag der Unternehmer auch zugleich Kapitalist sein und in der Frühzeit des Kapitalismus war es sogar die Regel. Die Entfaltung eines Kreditsystems schafft die Möglichkeit der Differenzierung.) Daß das Einkommen einzelner wirtschaftender Individuen verschiedenen Quellen, z. B. der Arbeit und dem Grundbesitz oder Kapitalzins und Unternehmergewinn entstammen kann, hebt die Bedeutung der Klassenstruktur für den Aufbau der modernen Gesellschaft nicht auf.

In diesen ökonomischen und sozialen Grundformen ist die kapitalistische Warenproduktion gegeben. Es sind damit die Bedingungen für diese kapitalistische Produktion und zugleich für ihre Ausdehnung garantiert, da ohne Profit, d. h. aber schon im Durchschnitt Produktionsvermehrung, die kapitalistische Produktion nicht betrieben wird. Tatsächlich hat sich die Steigerung der Produktivkräfte in dieser Produktionsform in gigantischem Maße vollzogen. In früheren Zeiten haben wir enorme Einzelleistungen (wie den Pyramidenbau oder römische Wasserleitungen usw.), aber niemals eine

derart kontinuierliche Massenproduktion noch eine derartige Steigerung der Leistungen, wie seit der Entstehung des kapitalistischen Wirtschaftssystems, das wir wie gesagt hier als gegeben annehmen, ohne uns über seine Entstehungsursachen auszusprechen.

b) Der Preis der Arbeit in der kapitalistischen Verkehrswirtschaft (klassische Lohntheorie).

Es ist nun das Problem, wie sich das Prinzip der Verkehrswirtschaft hier durchsetzt und ob es auch für die Arbeitsleistung gilt. Das Prinzip des Arbeitswertes, wonach jede Ware sich nach Maßgabe der Arbeitszeit austauscht die in ihr steckt, wird also hier dadurch kompliziert, daß auch die Arbeit selbst eine Ware ist.

Die klassische Ökonomie, so auch Ricardo, hat dieses schwierige und entscheidende Problem verhältnismäßig einfach gelöst, indem sie sagte: Der Lohn ist der Preis, welchen die Arbeit erzielt. Es ist eine unmittelbare Beziehung zwischen diesem Preis und dem Preis für andere Waren nicht gegeben, denn die Arbeit ist kein Produkt wie die anderen Produkte. Immerhin können wir sagen, wie hoch der Lohn sein wird. Er bestimmt sich nämlich auf natürliche Weise: der Arbeiter muß auf die Dauer so viel an Lohn erhalten, daß er davon leben kann. Nicht nur er persönlich, sondern auch seine Familie muß von der Arbeit leben können. Kann er das nämlich nicht, so ist er nicht imstande, seine Nachkommenschaft zu erhalten, und es wird infolgedessen die Produktion auf die Dauer nicht möglich sein. Der Lohn muß also wenigstens das Existenzminimum erreichen. Wenn der Lohn größer ist als der Preis der notwendigen Subsistenzmittel, so wird sich auch die Zahl der Arbeiter vermehren. Dann wird aber die Vermehrung der Arbeiterbevölkerung und damit die Vermehrung der arbeitsuchenden Personen den Lohn wieder herabdrücken, so daß er auf die Dauer nicht über die notwendigen Subsistenzmittel hinaus steigen kann. Er kann auf die Dauer auch nicht unter das Existenzminimum sinken, weil sich sonst die Zahl der zur Verfügung stehenden und sich anbietenden Arbeiter verringern würde, und derart der Wettbewerb der Unternehmer um die Arbeiter den Lohn wieder ansteigen ließe [1]). Derart bestimmt sich also der Lohn nach den notwendigen Subsistenzmitteln. Es ist aber klar, daß dieser Gedanke den Lohn nicht theoretisch erklärt. Es ist nach dieser Anschauung kein rein ökonomisches Gesetz, das den Preis für die Arbeit bestimmt, sondern es ist ein Naturgesetz, das hier als Notbrücke gebraucht wird.

Wie hoch der Lohn ist, bestimmt sich also nach den Preisen der Subsistenzmittel. Nehmen wir an, daß die Preise der Subsistenzmittel schwanken, je nach der Mühe, sie zu produzieren, so wird sich auch der Lohn des Arbeiters ändern müssen. Setzen wir den Fall, daß die Bevölkerung des Landes wächst und daß infolgedessen die Produktion zu weniger fruchtbaren Böden übergehen muß. Das ist gleichbedeutend mit der Tatsache, daß Getreide verbraucht wird, zu dessen Produktion mehr Arbeitsstunden notwendig sind. Infolgedessen wird der Preis des Getreides, ausgedrückt in andern Waren, steigen. Wenn der Preis des Getreides steigt, muß auch der der Arbeit steigen. Der Arbeiter hat hiervon keinen Vorteil, denn er muß im wesentlichen wieder Getreide usw. für den Lohn

---

1) Diese Auffassungsweise, daß die Arbeitskraft eine Ware sei, deren Angebot sich bei höherem Preis vermehre, bei zu niedrigem Preis einschränke, daß also die Arbeitskraft gleichsam „produziert" und daß ihre Produktion „eingestellt" wird, hat für viele etwas Verletzendes und sie betrachten eine derartige Auffassung als menschenunwürdig. Das ist ein Mißverständnis. Der Gedanke, welcher in der klassischen Ökonomie ausgesprochen wurde, will nur eine Tatsache feststellen und erklären, behauptet also nicht, daß es so sein soll, sondern nur, daß es so ist und daß es unter den gegebenen Umständen anders nicht sein kann. Dieser Auffassung liegt auch nicht eine phantastische, sondern eher eine realistische Anschauung zugrunde. Denn zur Zeit von Ad. Smith und Ricardo ist tatsächlich das Proletariat durch eine außerordentlich große Kinderzahl ausgezeichnet. Und die Zahl der am Leben bleibenden Kinder ist wieder vom Nahrungsspielraum, von dem Ausfall der Ernte abhängig. Hoher Reallohn hatte die Tendenz, die Bevölkerung zu vermehren, Herabdrückung des Lohnes unter das Existenzminimum konnte nicht ermangeln, die Bevölkerung zu verringern. Daß vollends in der Zeit des Frühkapitalismus der Lohn um das Existenzminimum schwankte, ist unzweifelhaft richtig, selbst wenn man alle Einschränkungen macht, welche sich aus der historischen Wandelbarkeit dieses Begriffes ergeben.

kaufen, und da die Preise gestiegen sind, erhält er für seine Arbeit denselben Gegenwert. Trotzdem ist der Wert der Arbeit gestiegen, weil für sie Arbeitsprodukte gekauft werden können, zu deren Herstellung jetzt mehr Arbeitszeit erforderlich ist. So ist der Wert der Arbeit nicht durch irgendwelche in i h r liegenden Bestimmungsgründe gegeben. Er ist nicht ökonomisch, sondern durch Naturtatsachen bestimmt, durch die Menge an Subsistenzmitteln, welche, in Arbeitsstunden ausgedrückt, den Wert der Arbeit darstellen. Er ist eine feste Größe, nicht durch das Wertgesetz gegeben, denn die Arbeit wird nicht „produziert"; aber doch nicht mit diesem in Widerspruch — ein D a t u m , welches in die Rechnung einzustellen ist. Mit diesem Datum muß auch der Unternehmer als einer Gegebenheit rechnen. Der Lohn bleibt ohne Einwirkung auf den Preis der Produkte, der sich im Verhältnis zur Arbeitszeit bestimmt. Der Lohn ist also eine absolute Größe, an welcher auf die Dauer nichts geändert werden kann, die aber doch zu allen andern Daten des Prozesses in Beziehung steht.

Der Unternehmer, welcher den Produktionsprozeß einleitet und durchführt, hat also mit folgenden Größen zu rechnen: er muß die Kapitalgüter (Maschinen, Rohstoffe usw.) beschaffen und dafür Gegenwerte geben, welche den Arbeitskosten dieser Waren entsprechen — er muß Arbeitskräfte mieten und diesen, entsprechend den Subsistenzmittelpreisen, den Lohn bezahlen. Und er verkauft die Produkte entsprechend den Arbeitskosten, welche darin stecken. Es k a n n nun sein, daß die Kosten, welche er aufwendet, geringer sind als die Preise, welche er realisiert. Das wird immer dann der Fall sein, wenn die Arbeitszeit, welche notwendig ist, um die Lebensmittel für die Arbeiter usw. zu produzieren, geringer ist als die Arbeitszeit, welche die Arbeiter in dem Produktionsprozeß selbst anwenden und wenn außerdem das Äquivalent der vernutzten Produktionsmittel erzeugt wird. Dann wird sich nämlich ein größerer Wert aus dem Produktionsprozeß ergeben, als in ihn hineingesteckt werden mußte. Es wird sich ein Überschuß ergeben. Dieser ist aber, wie jetzt ersichtlich, nicht einem speziellen, aus dem ökonomischen Kreislauf immer wieder mit Notwendigkeit sich ergebenden Umstande geschuldet; er ist nicht die Vergütung für eine besondere Leistung des Unternehmers. Er wird also nur erzielt, wenn die Arbeitszeit, die in den Produkten steckt, größer ist als die Arbeitszeit, welche notwendig war, um die Subsistenzmittel für alle an der Produktion direkt und indirekt beteiligten Arbeiter zu produzieren. Es ist aber sehr wohl möglich, daß sich ein solcher Überschuß nicht ergibt. Von den Subsistenzmitteln einerseits (was und wieviel nämlich zu den „notwendigen" Subsistenzmitteln gehört) und von der Arbeitszeit, welche notwendig ist, diese zu produzieren andererseits, also der Leistungsfähigkeit der Arbeit hängt es ab, ob ein Überschuß erzielt wird. Zu den Umständen, von denen es abhängt, ob ein Überschuß erzielt wird und wie groß er sein wird, gehört auch noch die natürliche Fruchtbarkeit des Landes, wie die Ergiebigkeit der Naturvorkommen (Bergwerke usw.). Der Überschuß ist eine R e s t - g r ö ß e und kann bei entsprechenden Preisen für Subsistenzmittel auch gleich Null werden. Er ist kein notwendiges Element der Produktion, wenngleich bei seinem Verschwinden der Unternehmer das Interesse an der Produktion verlieren würde, so daß sein Vorhandensein eine Bedingung der Möglichkeit kapitalistischer Produktion ist.

An diesem Erklärungsversuch ist zweierlei zu bemängeln: 1. ist er nicht ökonomisch. Der Lohn wird hier als Datum eingeführt und damit auf eine ökonomische Erklärung dieses im Wesen ökonomischen Tatbestandes verzichtet. Außerdem aber gilt die Beziehung zwischen Lohnhöhe und Bevölkerungsvermehrung vielleicht in begrenzten Phasen der kapitalistischen Entwicklung, aber nicht dauernd. Im Gegenteil wird von einer gewissen Entwicklungsstufe ab eine Lohnerhöhung und damit Hebung der Lebenshaltung einer schrankenlosen Vermehrung entgegenwirken. 2. Ist es nicht richtig, daß der Lohn durch die Subsistenzmittel wirklich in seiner Größe bestimmt wird. Denn die Subsistenzmittel ändern sich in der historischen Entwicklung, und das Ausmaß dessen, was zur Existenz notwendig ist, ist schwankend. Die naturwissenschaftliche Bestimmtheit, welche dieser Gesichtspunkt geben sollte, ist damit also nicht zu erreichen.

c) Ökonomische und soziale Gesamtansicht von diesem Aspekt aus.

Wenn wir also das Bild der kapitalistischen Warenproduktion als Ganzes betrachten, so ergibt sich folgende Ansicht: die Waren werden derart verkauft, daß die in ihnen steckende Arbeitszeit sich gegen gleich viel in andern Waren steckende Arbeitszeit austauscht. Indem der Unternehmer seine Waren so realisiert, ist er imstande, einen Überschuß zu erzielen, wenn die Produktivität der Arbeit auf Land und im Gewerbe das gestattet, also wenn die Produktion der Subsistenzmittel für eine Familie nicht die ganze Arbeitszeit dieser Familie erfordert (wobei unter „Subsistenzmitteln" nicht nur Agrar-, sondern auch industrielle Produkte zu verstehen sind). Es kehren also dem Unternehmer im Preis der Waren nicht nur alle seine Ausgaben wieder, so daß er die Produktion im neuen Jahr wieder beginnen kann, sondern auch noch ein Überschuß, der eine Ausdehnung der Produktion gestattet. Weiter: auch der Landwirt ist, soweit er mit Arbeitern und Kapital arbeitet, ein „Unternehmer", der einen Überschuß erzielt; dieser ergibt sich in der Produktion unter den erwähnten Voraussetzungen. Aber schon vorher hat er je nach den Fortschritten der Bebauung von Grund und Boden im Preis der Agrarprodukte eine Rente erhalten, die auf bessere Bodenqualität, günstige Lage oder fortschreitende Intensität der Bebauung des Landes gegründet ist. Auch der Landwirt kann, qua Kapitalist, Unternehmer, seine Produktion aus den Erträgnissen immer wieder fortsetzen; er kann als bloßer Grundbesitzer und Rentner diese Rente konsumieren, d. h. den Ertrag gegen Konsumgüter austauschen, ohne in seiner Produktion gefährdet zu werden, weil sie ja nicht der Abnützung oder Verwendung eines besonderen Produktionsmittels entspringt. Der Arbeiter endlich ist gleichfalls sicher (als Ganzes, als Klasse, als „Gesamtarbeiter", nicht aber als individueller Arbeiter), immer wieder in der Produktion als Arbeiter tätig sein zu können, weil die Produktion ohne ihn unmöglich ist und weil im Gesamtertrag der Produktion die Subsistenzmittel für ihn erzeugt und die Bedingungen für die Erneuerung der Produktion geschaffen werden. So schließen die Bestimmungsgründe für

das Austauschverhältnis der Waren untereinander zugleich Gesetzmäßigkeiten in sich, die für die V e r t e i l u n g des Produktionserfolges an die in der Produktion tätigen drei Produktionselemente (welche mit gesellschaftlichen K l a s s e n zusammenfallen) bestimmend sind. Die Analyse der Produktion und ihrer Verteilung gibt also zugleich eine s o z i a l e Gesamtansicht. Die Verteilung, welche dauernd in der gleichen Weise erfolgt, schafft aber zugleich die Bedingungen der Reproduktion. So schließt sich ein Jahresring der Produktion an den andern, jeder Produktionsprozeß ist die Grundlage eines Verteilungsprozesses, sowie dieser wieder die Voraussetzungen für einen neuen Produktionsprozeß schafft.

Endlich zur Ergänzung noch eines: Wir sagten, daß die Höhe des Überschusses, den der Kapitalist-Unternehmer erzielen kann, von der Höhe des Lohnes abhängt. Denn der Preis eines Produktes hängt nur ab von der Arbeitszeit, die notwendig ist, es zu erzeugen. Ändert sich diese nicht, so bleibt auch sein Wert d. h. das Austauschverhältnis zu den andern Produkten unverändert. Wenn es nun infolge der Vermehrung der Bevölkerung notwendig wird, auch weniger fruchtbaren Boden in Bebauung zu ziehen, die Bebauungsintensität zu steigern usw., so wird sich der Preis für die Subsistenzmittel erhöhen. Es wird damit der Lohn steigen. Hingegen wird der Preis der gewerblichen Produkte nicht steigen, weil sich in deren Erzeugung nichts geändert hat. Es wird also infolge des steigenden Lohnes der Gewinn sinken, und er wird immer weiter und weiter sinken müssen, wenn die Bevölkerung und damit die Getreidepreise steigen.

In der Landwirtschaft wird durch die Verschiebung des Grenzbodens eine doppelte Veränderung eintreten: Der Anbau verschiebt sich jetzt in die nächste Zone mit höheren Produktionskosten. Soweit es sich um Nahrungsmittel für Arbeiter handelt, wird damit auch der in Arbeitsstunden (nicht in Produkten!) ausgedrückte Lohn der Arbeiter in der Landwirtschaft entsprechend erhöht. Da die Effizienz in dieser neuen Zone bei gleichen Arbeitsaufwendungen geringer ist, so muß sich auch der naturale Überschuß vermindern, der auf dem neuen Grenzboden verbleibt, nachdem die Sub-

sistenz der Arbeiter aus dem Ertrag bestritten worden ist. Der Preis der Agrarprodukte steigt zwar jetzt mit den höheren Arbeitskosten, die sie verursachen, zugleich aber auch in der Grenzzone der Lohnanteil. War die Preissumme des Gesamtprodukts einer Bodeneinheit bisher in der Grenzzone z. B. 100, die Kosten, insbesondere Lohnanteil 80, so wird beim Übergang zur nächsten Zone die Preissumme des Gesamtprodukts in dieser wieder 100 sein, der Überschuß aber wird sinken. Denn eine größere Quote des Naturalprodukts muß ja jetzt den Arbeitern als Lohn gegeben werden. Nehmen wir z. B. an, daß der Naturalertrag von 100, dessen Preissumme auch 100 sein mag, auf 95 sinkt, so wird sich dieser Natural(rohertrag) um 100 verkaufen, da ja die Kosten dieser 95 ebenso groß sind als vorher die von 100 Einheiten. Von diesen 95 Einheiten müssen aber wie bisher 80 Einheiten als Lohn gezahlt werden, das ist in Preisen ausgedrückt ein Betrag von 84,21. Der G e l d e r t r a g der neuen Grenzproduktion ist daher jetzt bloß: 15,79 anstatt wie vorher 20. In ähnlicher Weise reduzieren sich die Gewinne in den gewerblichen Produktionen, in denen jetzt auch höhere Löhne zu bezahlen sind, ohne daß die Preise sich verändern könnten.

Für die Bebauer früherer Grenzböden bleiben die Kosten, in Arbeit ausgedrückt, unverändert. Aber ihr Naturalüberschuß ist jetzt wirtschaftlich aus zwei Gründen wertvoller: er tauscht sich gegen mehr Industrieprodukte aus als bisher, weil die höhere Arbeitszeit des Grenzgetreides auch ihnen zugute kommt. Ferner wird der Naturalüberschuß in Form des Pachtzinses an sich auch größer, weil durch den Übergang zu einer neuen Anbauzone der Gewinn im Gewerbe (und auf dem Grenzboden) sinkt, also der Pächter durch die Konkurrenz gezwungen wird, auf einen Teil des Gewinnes, den er bisher erzielte, zu verzichten. Dieser verwandelt sich in Grundrente. Die Grundrente auf den „alten" Böden wächst demnach aus diesen beiden Gründen.

Die Konsequenzen der ricardianischen Gesamtansicht des kapitalistischen Produktionsprozesses führen also zu einem pessimistischen Aspekt der Volkswirtschaft: einem allmählichen Erstarren der gewerblichen Kräfte, einer Überführung alles freien Einkommens in Grundrente. Denn was freier Überschuß, Profit, Kapitalprofit war, wird jetzt Grundrente und

die industrielle Produktion selbst wird davon nicht befruchtet [1]).

d) Ökonomischer Versuch der Arbeitslohntheorie (Marx) — zugleich Erklärung des Zinses.

In diesem ganzen Bilde der wirtschaftlichen Produktion und des Konsums ist noch ein der Aufhellung bedürftiger Punkt. Wenn der Lohn durch Naturgesetz bestimmt wird, so fügt er sich in das Phänomen der Preise nicht ein. Der Lohn muß als Preis der Arbeit erklärt sein, sonst haben wir keine einheitliche Erklärung des gesamten ökonomischen Prozesses. Diese Erklärung hat Marx versucht und dadurch erst mit dem Arbeitswertprinzip wirklich Ernst gemacht.

Um den Lohn zu erklären, gehen wir vom Arbeitsmarkt aus. Auf dem Arbeitsmarkt trifft der Unternehmer, der Besitzer von Produktionsmitteln, den Arbeiter. Er kauft nun vom Arbeiter (und das ist die neue Wendung des Gedankens bei Marx) die A r b e i t s k r a f t , gleichsam pauschaliter. Er kauft also nicht die einzelnen Arbeitsstunden, auch nicht die einzelnen Arbeitsleistungen, sondern er kauft die Verfügung über die Arbeitskraft und diese gibt ihm dann den Zugang zu den Arbeitsleistungen, welche verschieden hoch sind, je nach der üblichen Länge des Arbeitstags, je nach der Geschicklichkeit des Arbeiters usw.

Der Arbeiter muß seine Arbeitskraft als Ware auf dem Arbeitsmarkt anbieten, er kann nur als Warenverkäufer existieren, genau so wie der Unternehmer nur als Waren-

1) Hiebei ist von Ricardo, der diesen Aspekt zeichnet, übersehen, daß auch die Grundrente von ihren Beziehern nicht verbraucht werden muß, sondern akkumuliert werden kann, und zwar in der Industrie. Die Entfaltung der Produktivkräfte in der Industrie braucht also nicht abzusterben, wenngleich sie sich verlangsamen wird, wenn die Produktion auf Land progressiv mehr Arbeitskräfte erfordert. (Ob die allmähliche Senkung des Gewinns die Anlage von Kapital in der Industrie hemmt oder im Gegenteil beschleunigt, ist ein unlösbares Problem, da die Wirkungen einer Gewinnminderung von der individuellen Veranlagung der Wirtschaftssubjekte abhängt. Es lassen sich Typen aufweisen, die eine Gewinnsenkung durch Sparsamkeit einholen, und andre, die umgekehrt bei einer Gewinnsenkung in ihrer Tätigkeit erlahmen.)

verkäufer zu existieren vermag. Damit ist allerdings weder das ganze Phänomen der Arbeitsleistung in der kapitalistischen Wirtschaft, noch die Arbeitsverfassung in allen ihren Bezügen erschlossen. Jedoch ist es der wesentlichste Aspekt, wenn man an das Problem der Arbeit als einen auch und vorwiegend ökonomischen Sachverhalt herangeht. Muß und will der Arbeiter etwas verkaufen, so ist die Arbeitsleistung die einzige Ware, über die er verfügen kann, da er ja doch für sich allein nichts zu produzieren vermag. Und die Arbeitsleistungen kann er nur derart anbieten, daß er zugleich seine Arbeitskraft mit auf den Markt stellt. Die Arbeitskraft ist auch in dem Sinne Gegenstand des Verkaufs, daß Arbeitsleistungen nur bei einem gewissen physischen Kräftezustand angeboten werden können. Derart muß der Arbeiter periodisch gewisse Aufwendungen machen, um überhaupt Arbeitsleistungen verkaufen zu können. In diesem Sinne wird die Arbeitskraft auch „produziert". Daran ändert die Tatsache nichts, daß jeder Mensch Aufwendungen machen muß, um seinen Kräftezustand zu erhalten — für den ökonomischen Zusammenhang rechnen unmittelbar nur diejenigen Aufwendungen, die erforderlich sind, um Arbeitsleistungen verkaufen zu können, d. h. die im ökonomischen Sinne „Kosten" sind. (Ebenso ändert daran nichts die Tatsache, daß die Arbeit als einer der zentralen Lebensgehalte nicht nur als ökonomischer Tatbestand empfunden wird.) Die Arbeitskraft wird also in diesem Sinne durch Konsumtion der Subsistenzmittel produziert (hiebei sind auch die zur Aufziehung der Nachkommenschaft notwendigen Subsistenzmittel mit eingeschlossen), und die zu deren Produktion notwendige Arbeitszeit bestimmt daher den Wert der Arbeitskraft als Ware, d. h. als eines mit Geld zu erwerbenden Tauschguts. Der Preis ergibt sich also nicht aus einem Naturgesetz, sondern er bestimmt sich in einer Gesellschaft von Warenproduzenten wie andere Preise, also nach den Reproduktionskosten. Denn auch die Arbeitskraft wird eine Ware, derart, daß sich ihr Angebot steigert, wenn ihr Preis dauernd über die Grenze der Reproduktionskosten hinausgeht, und sich vermindert, wenn er dauernd darunter bleibt. Allerdings sind hier wesentliche Unterschiede nicht zu übersehen: das Angebot an Arbeitskräften ist nicht von der Höhe des Lohns in der klaren und

eindeutigen Weise abhängig, wie das Angebot anderer Waren. Mehrere Umstände (siehe oben S. 141) wirken dahin, daß das Angebot unelastisch ist. Die Tatsache, daß die einmal vorhandenen Arbeitskräfte auf dem Markte sind und auf den Markt drängen, hat eher zur Folge, daß (bei freier Konkurrenz) das Angebot bei sinkenden Preisen zunächst besonders dringlich wird. Mindestens aber gilt das allgemeine Gesetz von Angebot und Nachfrage bei Verschiebung der relativen Arbeitsentgelte untereinander.

Indem der Arbeiter seine Arbeitskraft als Ware stückweise verkauft, gibt er dem Unternehmer die freie Verfügung über sie; der Unternehmer kann sie jetzt innerhalb der Schranken des gesellschaftlichen Arbeitstages anwenden. Damit hat aber der Unternehmer eine Ware von besonderer Qualität erworben. Jedes andere Produktionsmittel geht mit seinem Werte auf das Produkt über. Wenn z. B. zur Herstellung von 5 kg Eisen 1 Stunde Arbeit notwendig war, so wird diese Stunde Arbeit als Wertbestandteil vom Eisen auf den Stahl und von da auf den Pflug übergehen, immer vorausgesetzt, daß „richtig", d. h. im Einklang mit der Nachfragesituation, produziert wurde. Dagegen erwirbt der Unternehmer mit der Arbeitskraft eine Ware, die einen objektiven, durch ihre Herstellungsarbeit gegebenen und fixierten Wert gar nicht hat. Sondern dieser wird ausschließlich davon abhängen, wie lange die Arbeitskraft vom Unternehmer in der Produktion angewendet werden kann, d. h. also, was sie in der Produktion leisten wird. Bedeutet der Lohn ein Äquivalent von 6 Arbeitsstunden, weil 6 Arbeitsstunden erforderlich sind, um die „Arbeitskraft zu produzieren", und arbeitet der Arbeiter nur 5 Stunden, so kann der Unternehmer als Gegenwert der Arbeitsleistung auch nur das Äquivalent von 5 Arbeitsstunden im Preis der Ware realisieren, wird also einen Verlust erleiden. Nur wenn der Arbeiter länger als 6 Stunden arbeitet, wird sich ein höherer Wert als sein Lohn reproduzieren. Die Arbeitskraft ist also eine Ware besonderer Art: mit ihr kauft der Unternehmer nur eine *Chance*, einen möglichen, einen wahrscheinlichen Wert; er kauft nicht einen Substanz gewordenen Wert, dessen Realisierung lediglich von der Marktlage abhängt, wie im Eisen, sondern einen Wert, der erst geschaffen werden muß. Zwischen der „Pro-

duktion der Arbeitskraft" und ihrer Arbeitsleistung ist gewissermaßen ein „totes Feld". Spontane Energie des Arbeiters ist erforderlich, um Werte zu schaffen. Ganz abgesehen davon, daß man Arbeitskraft nicht speichern kann — der Käufer ist auch darauf angewiesen, daß der Arbeiter selbst fortgesetzt dem Produktionszweck adäquat funktioniert, ihn bewußt, mit seinem Willen ständig trägt. Dieser Wille wird allerdings oft nur dadurch gesichert, daß der Arbeiter die Arbeitskraft fortgesetzt verkaufen muß, und das nur kann, wenn er normalerweise in der angedeuteten Weise Arbeit zu leisten, seine Arbeitskraft zu betätigen bereit ist. Nur so ist die kontinuierliche Massenarbeitsleistung ohne physisches Zwangssystem gewährleistet.

Da in der Produktion erst der Wert geschaffen wird, so ist die Möglichkeit gegeben — aber eben nur eine Möglichkeit —, daß der erst zu produzierende Wert höher sein wird als der Wert der Arbeitskraft selbst, wenn man diesen nach den „Produktionskosten" im oben angegebenen Sinn bestimmt — und damit ist zugleich das Rätsel des Zinses gelöst.

Innerhalb der entwickelten Verkehrswirtschaft kommen aber sehr verschiedene Arten der Arbeit zur Anwendung. Deren Produktionskosten in dem erwähnten Sinne sind sehr verschieden. Einfache ungelernte Arbeit, die nur Muskelkraft und eine gewisse Geschicklichkeit erfordert, bedarf keiner besonderen Ausbildung und zu ihrer Reproduktion genügt eine einfache kräftige Nahrung. Andere Arbeitsarten setzen eine verhältnismäßig lange Ausbildung und Erziehungszeit voraus. Ein Elektromonteur oder Ingenieur muß eine jahrelange Ausbildungszeit und eine lange Zeit schlecht bezahlter Praxis durchmachen, bevor er zu voller Leistungsfähigkeit gelangt. Wenn alle Arbeitenden gleichmäßig den Zugang zu allen Berufen hätten, also insbesondere in der Lage wären, die Ausbildungskosten aufzuwenden, wenn die Wahl des Berufs lediglich nach den Chancen der spätern Verwertung getroffen würde, wenn alle Arbeitenden gleichmäßig begabt wären, jeden Beruf zu ergreifen, wenn endlich die verschiedenen Berufe nicht auch sozial verschieden bewertet würden, so stünde der Lohn, der Preis der Arbeitskraft in einer genauen Beziehung zu den Ausbildungskosten und zu den Kosten, die aufgewendet werden müssen, um bei durchschnittlicher Lebensdauer eine durchschnittliche Leistungsfähigkeit zu garantieren. Da aber der Zugang zu sehr vielen Berufen sozial gesperrt ist (nur 2% aller Studierenden z. B. sind in Deutschland Söhne von Arbeitern), da die Chancen der späteren Verwertung bei den einzelnen Berufen nicht vorauszubestimmen sind, sondern schwanken, und nicht bloß aus Gründen eines falsch berechneten Zustroms von Arbeitskräften, sondern auch infolge von Verschiebungen der Nachfrage, da bei vielen Berufen die Neigung eine erhebliche Rolle spielt und da auch soziale Wertungsgesichtspunkte in hohem Maße mitsprechen, da endlich manche Qualitäten verhältnismäßig, d. h. im Verhältnis zu den Bedürfnissen selten sind, so wird die generelle Regel in einer entwickelten Verkehrswirtschaft sehr große Abweichungen zeigen. Daß die erwähnten vier Bedingungen nicht zutreffen, bedeutet theoretisch nichts als eine Hemmung der freien Konkurrenz. Insofern liegt im Lohn- und Gehaltssystem der entwickelten Verkehrswirtschaft ein Tatbestand vor, der allerdings mit dem Arbeitswertgesetz nicht restlos, sondern nur annähernd erfaßt werden kann.

Zwei andere Probleme, welche die Anwendung des Arbeitswertgesetzes auf den komplizierteren Tatbestand der entwickelten Verkehrswirtschaft erschweren, dürfen hier nicht übergangen werden. Daß Arbeit, welche wir die qualifiziertere nennen [1]), in einem System von Quantitäten ohne weiteres als eine größere Quantität einfacher Arbeit aufgefaßt werden kann, macht eine spezielle Voraussetzung vom Boden des Arbeitswertes aus notwendig: daß nämlich in der Kostenrechnung die qualifizierte Arbeit als größere Menge einfacher Arbeit erscheinen kann. Das ist mit der Tatsache des höheren Lohnes für qualifiziertere Arbeit noch nicht erwiesen: umgekehrt soll ja gerade erst der höhere Lohn für die qualifiziertere Arbeit aus dem Wertgesetz abgeleitet werden. Den Zugang zur Lösung der Frage bietet aber folgende Über-

1) Dieser Ausdruck ist relativ. Im Grunde genommen ist nicht nur die Arbeit des Lehrers für den Steinträger auf einem Bau oder den landwirtschaftlichen Arbeiter qualifiziert, sondern umgekehrt sind auch für diesen Lehrer diese eben genannten Arbeiten qualifiziert und könnten erst nach langer Schulung und Gewöhnung in normaler Qualität geleistet werden.

legung: die elementaren Subsistenzmittel, die zur Reproduktion der Arbeitskraft erforderlich sind, sind zunächst Lebensmittel. Die ungelernte, unqualifizierte Arbeitskraft wird durch den Konsum massiver Nahrungsmittel reproduziert. Ebendieselben Nahrungsmittel, Kartoffel, Getreide usw., werden in der Landwirtschaft durch Weiterleitung über den Magen des Viehs in spezifisch wertvollere, dem Gewicht nach leichtere und auch leichter verdauliche Nahrungsmittel umgeformt, die physiologisch bei „höherer Arbeit", sofern sie sitzende Lebensweise und Nervenanspannung in sich schließt, konsumiert werden müssen. Mit derselben landwirtschaftlichen Arbeit kann jede Art von Nahrungsmitteln hergestellt werden, und so setzt die qualifiziertere Arbeit den Konsum von Nahrungsmitteln voraus, in denen die Erzeugung derselben Nährwerte mehr Arbeit erfordert als in den massiven Nahrungsmitteln. Dasselbe gilt bezüglich des Wohnraumes, ebenso bezüglich der Kleidung usw. insoferne, als qualifiziertere Arbeit eine reichlichere und bessere Bedürfnisbefriedigung voraussetzt. Derart kann qualifizierte Arbeit hinsichtlich ihrer Entstehungsbedingungen an Verfügung über größere Mengen einfacher Arbeit geknüpft werden.

Schwieriger steht es mit einem anderen Punkt: Schon Marx hat bemerkt, daß der Lohn ein soziales und historisches Element enthält. Er sagt, „der Umfang sogenannter notwendiger Bedürfnisse wie die Art ihrer Befriedigung ist selbst ein historisches Produkt und hängt daher größtenteils von der Kulturstufe eines Landes, unter anderem auch wesentlich davon ab, unter welchen Bedingungen, daher mit welchen Gewohnheiten und Lebensansprüchen die Klasse der freien Arbeiter sich gebildet hat. Im Gegensatz zu den anderen Waren enthält also die Wertbestimmung der Arbeitskraft ein historisches und moralisches Element; für ein bestimmtes Land zu einer bestimmten Periode jedoch ist der durchschnittliche Umkreis der notwendigen Lebensmittel gegeben" [1]).

Das heißt aber: ein und dieselbe Arbeitsleistung (z. B. 10000 Ziegelsteine auf dem Rücken eine Strecke von 100 m tragen) wird auf verschiedenen Märkten verschieden hoch bezahlt,

1) Karl Marx, Das Kapital, Bd. I, S. 134, 4. Aufl.

weil die Lebenshaltung, die dem Arbeiter „zukommt" oder von ihm als unbedingt notwendig empfunden wird, aus historischen und sozialen Gründen variiert. Die Tatsache des verschiedenen Lohnes für dieselbe Leistung ist zweifellos richtig. Hierbei spielt die Tradition eine große Rolle. Aber nicht nur, wie Marx sagt, die Lebensgewohnheiten und Lebensansprüche derjenigen Schicht, aus der sich die freien Arbeiter ursprünglich gebildet haben: Sondern diese Gewohnheiten bilden sich auch innerhalb des kapitalistischen Wirtschaftssystems weiter. Sie sind in ganz großem Maßstabe von der Lohnhöhe, d. h. von dem erreichbaren Lohn, abhängig. Wenn die Höhe der erreichbaren Löhne wiederum von dem Produktionsresultat abhängen sollte, so wäre der „Standard", der hier als unabhängige und für die praktisch in Betracht kommenden Zeiträume feste Größe betrachtet wird, selbst eine abhängige Größe. Wir bewegen uns also in einem Zirkel und können jedenfalls die Produktionskosten der Arbeitskraft nicht als so fix gegeben annehmen, wie etwa die Menge der Kalorien, die erforderlich ist, um 1 l Wasser zum Sieden zu bringen. Durch die Einschaltung eines historischen Elements, durch die Tatsache, daß die Arbeitsleistung weitgehend von dem Willen des Arbeiters abhängt, verliert der Zusammenhang zwischen Subsistenzmitteln und Arbeitskraft seine Strenge.

Nur innerhalb gleichbleibender Verhältnisse, d. h. innerhalb der Statik, gewinnen die „Lebensansprüche", die zu jeder Art von Arbeit gehören, eine solche Festigkeit, daß sie als „natürlich" empfunden werden. Innerhalb eines solchen statischen Systems kann man dann in der Tat den Standard als primär d. h. als ein bestimmendes Element ansehen, ohne dem ökonomischen Zusammenhang Gewalt anzutun. Das ist es ja auch, was Marx mit den Worten meint, daß „zu einer bestimmten Periode der durchschnittliche Umkreis der notwendigen Lebensmittel gegeben sei". Für eine längere, an sich dynamische Periode wäre das zweifellos unrichtig. Nur wenn man im Fluß der Entwicklung statisiert gleichbleibende Verhältnisse annimmt, so trifft es zu, und auch hier zeigt sich, daß die Werttheorie stets von einem relativ statischen System ihren Ausgangspunkt nimmt.

Zusammenfassend können wir also sagen: Innerhalb eines

solchen Systems ist es unter den oben gegebenen Bedingungen noch immer möglich, das Wertgesetz auf die Entgelte für Arbeiten verschiedener Qualifikation auszudehnen. Soweit es auch dann auf Schwierigkeiten stößt, liegen Hemmungen der freien Konkurrenz vor. Soweit Arbeitsleistungen „Seltenheitsgüter" sind, soweit sie aus welchen Gründen immer nicht beliebig reproduzierbare Waren sind, wird die Lohnbildung das Wertgesetz nicht exakt widerspiegeln. Es könnte sich ja nur als Auswirkung völlig freier Konkurrenz der Arbeiter untereinander realisieren, die solchen seltenen Leistungen gegenüber nicht funktioniert. Soweit Hemmungen der freien Konkurrenz nicht vorhanden sind, können wir die qualifizierte Arbeit ohne Schwierigkeit als ein mehrfaches der einfachen Arbeit darstellen, ebenso die von der qualifizierten Arbeit geschaffenen Werte als höhere Werte gegenüber den Resultaten einfacher Arbeit gleicher Dauer.

In der entwickelten Verkehrswirtschaft aber steht die Anwendung der Arbeit — von der Konkurrenz der Arbeiter untereinander abgesehen — noch unter einem anderen Gesetz. Vom Unternehmer wird nur dann produziert, wenn er in der Lage ist, die Arbeiter über die „notwendige" Arbeitszeit hinaus zu beschäftigen, d. h. über die Arbeitszeit hinaus, die erforderlich ist, um die Äquivalente für die — unter den gegebenen Umständen — notwendigen Subsistenzmittel zu produzieren. Nur dann schaffen die Arbeiter einen „Mehrwert". Dessen Existenz und Höhe hängt also vom gesellschaftlichen Arbeitstag, aber auch davon ab, wie groß die Produktivität der Arbeit auf den letzten, zur Ernährung der Arbeiter noch notwendigen Agrarproduktionen ist. Um den Begriff der Subsistenzmittel nicht zu eng zu fassen, müssen wir auch noch die Effizienz der Arbeit in der industriellen Sphäre einbeziehen. Die naturale Produktivität der Arbeit ist also ein weiteres Datum, von dessen Größe in Verbindung mit der Höhe der „notwendigen Subsistenzmittel" die Existenz des Mehrwerts und Profits (und damit die Existenz der kapitalistischen Produktion überhaupt) und deren Höhe abhängt.

Wir können dann den Sachverhalt auch so darstellen, daß ein Teil der Arbeitszeit des Arbeiters u n b e z a h l t e

Arbeit ist, obzwar das gerade vom Standpunkt der Marxschen Konstruktion nicht ganz exakt ist, weil ja nicht die Arbeitszeit, sondern die Arbeitskraft vom Arbeiter im ganzen verkauft wird. Das Verhältnis dieser „unbezahlten Arbeit" zur „notwendigen" Arbeit nennt Marx die Mehrwertrate. Innerhalb der ganzen Gesellschaft wird in jeder Unternehmung auf Grund der Mehrwertrate Mehrwert erzeugt, und dieser ist — von der Grundrente abgesehen — ein den Besitzern der Produktionsmittel, den Unternehmern, frei zur Verfügung stehender Wert.

Die in der Gesellschaft im ganzen erzielte Mehrwertmasse ergibt sich, wenn man die in der Gesellschaft geleistete Arbeitsmasse um die zur Produktion der Subsistenzmittel notwendige Arbeitszeit verringert. Diese „gesellschaftliche Mehrwertmasse" ist eine gedankliche Größe, in der all diejenige Arbeit zusammengefaßt ist, welche zur Produktion von Waren dient, die n i c h t von den Arbeitern selbst konsumiert werden. In Substanz ausgedrückt ist daher das gesellschaftliche Gesamtprodukt, vermindert um die an die Arbeiter auszuteilenden Produkte, die Mehrwertmasse. Sie wird von vornherein in der Form von Produktionsmitteln und Konsumgütern für die Unternehmer, Kapitalisten, Grundbesitzer und diejenigen Schichten erzeugt, deren Einkommen aus Profit und Zins stammt. Soweit die Mehrwert- oder Profitmasse in Form von Produktionsmitteln erscheint, stellt sie die Kapitalakkumulation der Volkswirtschaft dar[1]). In-

1) Hingegen sind nicht alle in einer Wirtschaftsperiode erzeugten Produktionsmittel Äquivalente für Profite dieser Wirtschaftsperiode. Ein Teil nämlich ersetzt die in diesem Zeitraum vernutzten Produktionsmittel. Theoretisch sind diese, den Abschreibungen korrespondierenden Mengen reproduzierter, also nicht zusätzlich erzeugter Produktionsmittel das Äquivalent von Profiten f r ü h e r e r Wirtschaftsperioden, die früher in Form von Produktionsmitteln erzeugt wurden und im Verlauf ihrer Benützung und Abnützung in ähnliche oder andere Produktionsmittel verwandelt wieder erscheinen. Je größer der Produktionsapparat einer Volkswirtschaft ist, um so größer wird auch die Masse dieser reproduzierten Produktionsmittel sein. Die ständige Reproduktion der Wertmasse bestehender Anlagen wird bei raschem technischem Fortschritt oft unmöglich. Das heißt aber, daß ehemals erzielte Profite im Fortgang der wirtschaftlichen Entwicklung wieder vernichtet werden können.

soferne sie Kapitalakkumulation ist, muß die Profitmasse als naturale Größe wie als Wert in einer bestimmten Beziehung zu den übrigen Größen der Volkswirtschaft, also insbesondere der Gesamterzeugung an Konsumgütern stehen. Das weist schon auf die Strukturprobleme der kapitalistischen dynamischen Gesamtproduktion hin.

e) Gesellschaftliche Funktion des Unternehmers.

Die drei wesentlichsten Faktoren der Produktion sind also: Kapital, Arbeit, Grund und Boden. Diese wirken derart zusammen, daß in jeder Produktionsperiode immer wieder die Bedingungen für die nächste geschaffen werden. Wir haben eine Arbeitsteilung der Produzenten, aber diese Arbeitsteilung ist jetzt eine solche der Unternehmer. Insoferne als die Arbeitsteilung zugleich Konkurrenz ist, erstreckt sie sich jetzt als Arbeitsteilung der Unternehmer nicht direkt auf die Verteilung der Arbeitsleistungen in die einzelnen Produktionsfelder, sondern auf die Verteilung der Produktionselemente überhaupt. Wir sagten, daß in der einfachen Verkehrswirtschaft das Gesetz des Arbeitswertes aufrechterhalten wird durch das selbstverständliche Interesse jedes Produzenten, für seine Arbeit eine höchst mögliche Vergütung zu erhalten, daß jeder die Tendenz hat, die Produktion zu verlassen, wenn ihm eine andere Tätigkeit eine bessere Vergütung zu bieten imstande sei. Unmittelbar an dem Austauschverhältnis der Produkte untereinander bewährt sich das Wertgesetz. Das Spiel von Angebot und Nachfrage erhält seinen Sinn erst dadurch, daß wir in dasselbe die Bemühung, möglichst viel für die Arbeit zu erhalten, hineindeuten. Anders in der entwickelten kapitalistischen Verkehrswirtschaft.

Hier ist die Konkurrenz der Arbeiter gelähmt. Aus all den oben erwähnten Gründen, zu denen noch mangelnde Übersicht des Marktes kommt, werden die Stufungen der Löhne nicht durchaus dem Verhältnis der „notwendigen Subsistenzmittel" entsprechen, woferne dieser Begriff in der entwickelten Verkehrswirtschaft überhaupt in seinem ursprünglichen Sinn angewendet werden kann. Mehr noch: die relativen Preise der einzelnen Waren werden nicht direktes

Resultat der relativen Qualifikation und Schwierigkeit der Arbeit sein, die zu ihrer Produktion erforderlich ist. In der einfachen Verkehrswirtschaft ist das der Fall. In der entwickelten Verkehrswirtschaft jedoch ist der Arbeiter nur am Lohn, aber nur indirekt am Warenpreis interessiert — umgekehrt hat der Unternehmer nicht das mindeste Interesse daran, gerade den Preis der Ware und die relative Schwierigkeit und Qualität der Arbeit miteinander in Einklang zu bringen. Für ihn ist die „Produktion" nur partiell und nur insofern Arbeitsprozeß, als er Lohn, d. h. ein Kostenelement, aufzuwenden hat. Für unsere Betrachtung ist jetzt aber wesentlich, daß auch die übrigen Kostenelemente (Aufwendungen für sachliche Produktionselemente) wieder Lohn und Grundrente (neben dem Profit) in sich begreifen, und daß sich also derart indirekt doch wieder die Konkurrenz der Arbeitskräfte um die relativ höchste mögliche Vergütung auswirkt. Freilich nicht direkt, sondern hier durch die Übertragung auf die Konkurrenz der Unternehmer, die den höchsten Profit zu erzielen bestrebt sein werden und eine Produktion nur dann fortführen werden, wenn ihnen nicht eine andre bei gleichen Kostenaufwendungen höhern Profit verspricht. Und da wieder die Kostenaufwendungen in erster Linie direkte und indirekte Aufwendungen von Arbeitszeit sind, da auch die in den Vorprodukten bezahlten Profite Funktionen der Lohnhöhe sind, so werden die Preise doch auch die relative Qualifikation und Schwierigkeit der zur Erzeugung der betreffenden Waren notwendigen Arbeitsleistungen widerspiegeln, insoferne die Konkurrenz der Arbeiter um den Preis ihrer Arbeitskraft lebendig ist. (Dies alles noch mit einer später S. 163 zu besprechenden Modifikation.)

Das Wertprinzip macht sich also direkt und am empfindlichsten durch seine Wirkung auf den Unternehmer bemerkbar. Dieser reagiert sogleich, wenn das hergestellte Produkt, stets unter den erwähnten Bedingungen, zu denen auch noch wirksame Konkurrenz der Arbeiter gehört, nicht ebensoviele Arbeitsstunden einzutauschen vermag, als es kostete. Dann ist nämlich der Gegenwert, der Geldertrag an Einkommen nicht so groß als bei den übrigen Unternehmungen, und der Überschuß infolgedessen geringer. Da jeder Unternehmer mit dem größten Überschuß zu produzieren trachtet, so wird

diese Produktion eingeschränkt oder jedenfalls nicht vermehrt werden, während die andern Produktionspreise wachsen, und es wird sich das Austauschverhältnis wieder auf die Höhe des Wertes heben. Umgekehrt: ist das Austauschverhältnis für ein Produkt günstig, so wird ein Zustrom von Kapital einsetzen und dadurch der Überschuß auf den „durchschnittlichen", „normalen" gesenkt werden. Der Unternehmer aber ist es, bei dem sich die Verletzung der optimalen Arbeitsorganisation der Gesellschaft bemerkbar macht. Er hat durch sein Streben nach dem größten Überschuß den gesellschaftlichen Verteilungsplan der Arbeiten zu ersetzen. Damit erfüllt er eine wichtige gesellschaftliche Funktion, durchaus in Betätigung seiner egoistischen, privaten Interessen. So ist hier der Automatismus der Wirtschaft auch von dieser Seite aus gegeben. Das Arbeitswertgesetz wirkt aber hier nur, insoferne es auf dem Markte der Arbeitsleistungen nicht durch Lähmung der freien Disposition des Arbeiters über seine Arbeitskraft ausgeschaltet ist, und auch dann wirkt es nur indirekt, d. h. wenn die freie Konkurrenz der Unternehmer untereinander stark genug ist, um diejenige Proportion zwischen Kosten und Profit herzustellen, die zugleich das Arbeitswertgesetz realisiert. Im Bewußtsein des eigentlichen „Agenten der Produktion", des Unternehmers, ist die Realisierung des Arbeitswertgesetzes nicht das Ziel. Es setzt sich, wie schon Marx sagte, nur „hinter seinem Rücken" durch.

7. VIERTE SCHWIERIGKEIT: DER AUSGLEICH DER PROFITRATEN.

a) Widerspruch zwischen Mehrwertmasse und Profit.

Für das Arbeitswertprinzip ergibt sich eine weitere Schwierigkeit, die bisher nicht berührt wurde. Jetzt können wir aber nicht mehr länger an ihr vorbeigehen. In der kapitalistischen Verkehrswirtschaft wird in kapitalistischen Unternehmungen produziert. Das sind Organisationen von Produktionsmitteln und Arbeitskräften zwecks Erzielung von Überschüssen. Wenn der Überschuß nach dem Arbeitswertprinzip, im Sinne von Marx, die Differenz zwischen dem Produktwert eines gesellschaftlich notwendigen Arbeitstages und dem Werte der in kürzerer Zeit herstellbaren Subsistenzmittel zur Erhaltung einer Arbeiterfamilie an einem Tage ist, so müßte der Überschuß in jeder Unternehmung von der Anzahl der dort beschäftigten Arbeiter abhängen. Das ist aber offenbar nicht der Fall. Wir stehen hier wieder vor Tatsachen, welche mit dem theoretischen Grundgedanken nicht harmonieren. Jeder weiß, daß zwischen der Anzahl der Arbeiter, welche in einem Unternehmen tätig sind, und dem im Unternehmen erzielten Überschuß keine Beziehung besteht. Das wäre nur dann der Fall, wenn bloß die Kosten für die Arbeitsleistungen, also die Löhne, von dem Unternehmer in Rechnung gestellt werden müßten. Da er aber alle andern Aufwendungen ebenso machen muß, da sie also in der Preissumme der Produkte wiedererscheinen müssen, ist der ganze Kapitalstock, der aufgewendet, der investiert werden muß, ein unteilbares Ganzes. Das sind die Kosten und zu ihnen im Ganzen setzt der Unternehmer den Überschuß in Beziehung. Diejenige Unternehmung wird für ihn die vorteilhafteste sein, bei welcher der Überschuß, verglichen mit sämtlichen, auch den in dauernden Produktionsmitteln fixierten Aufwendungen, der höchste ist.

b) Der Ausgleich der Profitraten.

Diese Richtung des wirtschaftlichen Handelns zeigt uns aber auch schon den Ausweg aus der Schwierigkeit: das Spiel der Konkurrenz um die lohnendsten Produktionen führt dahin, daß sich die Überschüsse, aufs Kapital gerechnet, ausgleichen. Der Gesamtüberschuß an Wert, der in allen Unternehmungen zusammengenommen in der gesellschaftlichen Produktion erzielt wird, verteilt sich auf die einzelnen Unternehmungen nach Maßgabe des in ihnen aufgewendeten Kapitals. Dadurch werden offenbar die relativen Preise der einzelnen Waren untereinander verschoben, aber doch so, daß das Maß dieser Verschiebung theoretisch festgestellt werden kann, wenn überhaupt in der dynamischen Wirtschaft das Arbeitswertprinzip durch die oben erwähnten Übertragungen hindurch noch wirkt. Aus einem Zahlenbeispiel wird das am besten hervorgehen.

Wir nehmen einzelne Produktionsarten in der Volkswirtschaft als repräsentativ an und setzen in diesen das Verhältnis von „Kapitalgütern" und Lohnanteilen fest. Unter „Kapitalgütern" sind zu verstehen: Gebäude, welche sich etwa in 30 Jahren, Maschinen, die sich etwa in 10 Jahren vernutzen, auch Rohstoffe und Kohle, welche in der Produktion ganz aufgehen. Alle diese Kapitalgüter nennen wir c = konstantes Kapital. (Schon Ricardo unterschied fixes und zirkulierendes Kapital, wobei er unter fixem Kapital Gebäude, Maschinen, unter zirkulierendem Rohstoffe, Kohle, aber auch Arbeitslohn verstand. Die hier übernommene, von Marx vertretene Gliederung wird bei Annahme des Arbeitswerts als Angelpunkt des Systems notwendig.) Hingegen nennen wir die Ausgaben für Lohn, Gehälter usw.: v oder variables Kapital. Das Verhältnis zwischen c und v $\left(\frac{c}{v}\right)$ nennen wir organische Zusammensetzung, die also in den verschiedenen Produktionsarten verschieden ist. Z. B. im Baugewerbe ist das c klein im Verhältnis zum v. In der Textilindustrie ist das c groß im Verhältnis zum v. Je rascher das Tempo der Produktion, je kostbarer die Rohstoffe, welche verarbeitet werden, je größer der Maschinenpark, je größer die Auslagen für die Instandhaltung, Feuerung usw., um so mehr treten in der betreffenden Produktion die Auslagen für die Löhne, das v zurück.

Wir können uns die Zusammensetzung der volkswirtschaftlichen Gesamtproduktion folgendermaßen vorstellen. Es gebe 10 Produktionssphären mit verschiedener, schematisch gedachter organischer Zusammensetzung:

$$
\begin{array}{c}
100\,c + 10\,v \\
90\,c + 20\,v \\
80\,c + 30\,v \\
\cdot \\
\cdot \\
\cdot \\
10\,c + 100\,v
\end{array}
$$

Ferner nehmen wir an, daß jede Produktionsart gleich stark besetzt ist. Endlich setzen wir der Einfachheit halber voraus, daß alles c im Laufe der Produktionsperiode in die Produktion eingeht. Das stimmt natürlich mit der Wirklichkeit nicht überein, aber ist eine Stilisierung, welche wir der

Bequemlichkeit halber vornehmen können. Um nun zu wissen, welche Werte in den einzelnen Produktionssphären erzeugt werden, ist es noch notwendig, die Differenz zwischen dem Werte der in der Zeiteinheit von einem Arbeiter produzierten Waren und dem Werte der erforderlichen Subsistenzmittel für die entsprechende Zeitdauer zu kennen. Diese Differenz wird bei allen Arbeitern gleich groß sein und wir nennen sie auf den einzelnen Arbeiter gerechnet m. Wir können daher für die g a n z e Produktion innerhalb der Volkswirtschaft diese Differenz durch Multiplikation von m mit der Anzahl der Arbeiter errechnen. Dieser Größe entspricht derjenige Teil des Sozialprodukts, welcher übrig bleibt, wenn man die Subsistenzmittel für die Arbeiter und die für Wiederherstellung der vernutzten Kapitalgüter dienenden Produkte abzieht. Die Gesamtmehrwertmasse ist also auch natural aufzeigbar.

Diese Wertmasse, welche insgesamt den Ü b e r s c h u ß der Produktion darstellt, verteilt sich nun auf alle Unternehmungen, und zwar verteilt das Spiel der Konkurrenz diesen Wertüberschuß gleichmäßig über das ganze mitwirkende Kapital, gleichgültig ob es konstantes oder variables Kapital ist, und gleichgültig, welcher Teil des konstanten Kapitals in der betreffenden Produktionsperiode vernutzt wurde. Dafür sorgt das Spiel der Konkurrenz. Denn jeweils würden die Produktionssphären verlassen werden, welche einen unterdurchschnittlichen Überschuß erzielen (aufs ganze Kapital gerechnet), und diejenigen würden aufgesucht werden, welche einen überdurchschnittlichen erzielen. Es wird daher das Austauschverhältnis der Waren in den Produktionen mit „hoher organischer Zusammensetzung" (bei welcher das c gegenüber v überwiegt) günstiger sein, als es dem Wertgesetz entsprechen würde, auf Kosten derjenigen Waren, welche in einer „niedrigen organischen Zusammensetzung" (also höheres v gegenüber c) produziert werden. Dabei ist klar zu sehen, daß jede Verbesserung des Austauschverhältnisses für eine Warengruppe identisch ist mit einer Verschlechterung des Austauschverhältnisses der übrigen Warengruppen und umgekehrt, weil ja Verbesserung des Austauschverhältnisses eben bedeutet, daß die Ware teurer wird, was soviel heißt, als daß alle übrigen Waren, an dieser gemessen,

billiger werden. Es treten also Verschiebungen ein, welche ökonomisch zwangsläufig miteinander zusammenhängen und in ihrem Ausmaß durch das Spiel der Konkurrenz und den Gesichtspunkt des gleichen Überschusses bei gleicher Kapitalverwendung eindeutig bestimmt werden. Wir können es auch so ausdrücken: die Waren, welche unter „hoher organischer Zusammensetzung" produziert werden, verkaufen sich zwar über ihrem „Wert", aber ihr Produzent erzielt keinen Übergewinn, im Gegenteil, er muß sie über dem Wert verkaufen, um nur den Durchschnittsprofit hereinzuholen. Umgekehrt bei den Produktionen unterdurchschnittlicher organischer Zusammensetzung. Folgendes Schema mag das Gesagte illustrieren:

100 c + 10 v + 10 m = 120	
90 c + 20 v + 20 m = 130	
80 c + 30 v + 30 m = 140	
70 c + 40 v + 40 m = 150	
60 c + 50 v + 50 m = 160	
50 c + 60 v + 60 m = 170	110 + 55 m = 165
40 c + 70 v + 70 m = 180	
30 c + 80 v + 80 m = 190	
20 c + 90 v + 90 m = 200	
10 c + 100 v + 100 m = 210	
550 c + 550 v + 550 m = 1650	

Die Gesamtsumme der Produktwerte beträgt demnach 1650, hiervon 550 m = 50% des gesamten verwendeten Kapitals. (Es sei darauf hingewiesen, daß dieser Begriff der Gesamtwertsumme in der objektiven Wertlehre einen guten Sinn hat, insoferne als hier noch der Gedanke der Wertsubstanz lebendig ist.) Wenn in jeder Produktion der Überschuß im selben Verhältnis zum verwendeten Kapital stehen soll, so erhalten wir für das Austauschverhältnis der einzelnen Produkte (für die Preissumme der Produkte) in jeder Sphäre: 165. Es wird sich also die Produktion jeder Sphäre unter dieser Voraussetzung gegen das Gesamtprodukt jeder andern Sphäre austauschen bzw. gegen Produktteile anderer Sphären, die zusammengenommen dem Gesamtprodukt einer Sphäre äquivalent sind. Dieses Austauschverhältnis wird bestehen, weil das angewendete Kapital in allen Sphären gleich ist und überall alles angewendete Kapital ins Produkt eingeht. Diese einfachen Verhältnisse sind in der Wirklichkeit natür-

lich nicht gegeben, aber eine einfache Rechenoperation führt bei jedem Ansatz zu dem gefragten Resultat.

Wir unterscheiden nun nach der von Marx ausgebildeten Terminologie den Wert vom Produktionspreis. Unter Wert verstehen wir die Größe, welche sich aus dem in die produzierte Ware eingehenden c und v, nebst der hiebei individuell angewendeten unbezahlten Arbeit m ergibt. Unter Produktionspreis verstehen wir alle in die Produktion eingehenden tatsächlichen Kosten (das ist also wieder das eingehende c und v), vermehrt um einen Teil der in der gesellschaftlichen Produktion erzielten Mehrwertmasse. Und zwar ist von der Mehrwertmasse dem Gesamtprodukt eines Unternehmens so viel zuzuteilen, als dem Anteil des im Unternehmen arbeitenden Kapitals am gesellschaftlichen Gesamtkapital entspricht. Es sei z. B. das gesellschaftliche Gesamtkapital, das überhaupt arbeitet — 10 Milliarden, es sei der in der Gesellschaft erzielte Überschuß ½ Milliarde (alles Wertgrößen), so ist das Verhältnis dieser beiden Größen wie 5 zu 100 = 5%. Diese Größe nennen wir die gesellschaftliche Profitrate. Es arbeite in einem Unternehmen ein Kapital von 1 Million, hievon gehen in die jährliche Produktion ein: 100 000 an konstantem Kapital, 100 000 an Lohn; es werden also jährlich vernutzt und müssen im Produkt wiedererscheinen: 200 000. Hiezu kommen 5% des gesamten verwendeten Kapitals = 50 000. Der Preis für das Gesamtprodukt dieser Unternehmung ist daher 250 000. Diesen Preis nennen wir Produktionspreis, im Gegensatze zum Wert. (Der Wert ist in unserem Beispiel unter der Voraussetzung, daß 500 Millionen an gesellschaftlicher Lohnsumme bezahlt worden seien, daß sich also Lohnsumme und Mehrwert wie 1 : 1 verhalte, gleich 300 000 (c + v + m = 100 000 + 100 000 + 100 000). Es wird dieses Produkt also unter seinem Werte verkauft, was eben gleichbedeutend ist damit, daß die Gegenwerte, welche dafür eingetauscht werden, oder andere Waren entsprechend über ihrem Werte verkauft werden.)

c) Kritik Böhm-Bawerks und Ablehnung derselben.

Die Auffassungen darüber, ob diese Abweichung der Austauschverhältnisse von den Werten eine Aufhebung des Wert-

prinzips sei, sind sehr geteilt. Es ist z. B. das Kernstück der Kritik Böhm-Bawerks, nachzuweisen, daß damit das Wertprinzip preisgegeben sei. Ebensogut, sagte er, könnte man behaupten: das Austauschverhältnis der Waren untereinander bemesse sich nach dem Gewichte. Denn um das, was die einen Waren teurer verkauft werden, als ihrem Gewichte entsprechen würde, werden die andern billiger verkauft. Und die Gesamtsumme der Waren werden eben zu ihrem Gewichte verkauft, genau so gut wie zu ihrem Umfange oder ihrer Masse usw. Die Gesamtsumme der Waren wie der Werte sei eben keine ökonomische Größe, mit welcher man operieren könne.

In welchem Sinne ist nun in diesem Gedankengang in der Tat von einer „Gesamtsumme" der Werte die Rede? Offenbar wäre die Vorstellung falsch, daß sich eine Wertsumme des Sozialprodukts bildet, in einem Reservoir ansammelt und von da aus in die einzelnen Produktionssphären nach einem Schlüssel „verteilt" wird. Sondern die Austauschverhältnisse der einzelnen Waren gegeneinander entstehen in der Produktion, da ja Produktion von vornherein mit Austausch beginnt (Einkauf der Produktionsmittel) und die Produktion zielt auch wieder auf bestimmte Austauschverhältnisse ab, in denen die Wertsumme des angewendeten Kapitals im ganzen genommen ein sehr wichtiger Bestimmungsgrund der notwendigen Austauschverhältnisse ist. In diesem ständig ineinandergreifenden Prozeß von Kaufen und Verkaufen einerseits, Produzieren andrerseits fixieren sich die Preise in ständigen Korrekturen und Anpassungen zu einem Gleichgewichtssystem hin, das für die entwickelte kapitalistische Verkehrswirtschaft sich nur in einer Gleichheit der Profite, diese auf das angewendete Kapital proportionell berechnet, realisieren kann. Aber in diesem Auf und Ab der Preise, in dieser ständigen Konfrontation der Preise am angewendeten Kapital ist die weitere Bedingung immer fühlbar und regulative Kraft, daß die Kosten die Grundlage aller Preisbildung bleiben, weil sie wiedererstattet werden müssen, um Produzieren als kontinuierlichem Prozeß zu ermöglichen, und in diesen Kosten begegnen wir letztlich den aufgewendeten Arbeitsstunden. Man kann freilich sagen, die Übertragung sei sehr indirekt und unsicher und damit hätte man auch

recht. Denn in der Tat ist es auch die einfache statische Wirtschaft, in welcher das Arbeitswertgesetz (wie auch das Grenznutzengesetz, was sich unten zeigen wird) in dem ursprünglich aufgestellten Sinn rein gilt. In der entwickelten Verkehrswirtschaft ist das Zentrum, auf das hin alles wirtschaftliche Handeln direkt und indirekt bezogen ist, der Profit. Auch die Konkurrenz geht um den Profit, und die Frage, ob der Preis „richtig" ist oder „zu hoch" oder „zu niedrig", beantwortet sich ausschließlich nach der Höhe des Profits in der betreffenden Produktionseinheit im Verhältnis zu den durchschnittlich erzielten Profiten. Dabei wirkt immer und überall indirekt das Arbeitswertprinzip mit, aber in der entwickelten Verkehrswirtschaft ist seine Wirkung nicht nur oft gelähmt, sondern es wirkt bei den Unternehmern selbst nur durch Übertragungen, soweit es zugleich die Tendenz zum Ausgleich des Profits realisiert [1]). Die Aufwendung von Arbeitsleistungen kann eben in der entwickelten Verkehrs-

1) Noch einige Worte zu dem Einwand, den u. a. Conrad Schmidt gegenüber der Theorie der Produktionspreise erhoben hat. Er sagt ungefähr, der Arbeitswertgedanke sei auch deshalb unbrauchbar, weil ja in der Kostenrechnung jeder einzelnen Produktion $c + v$ nicht als reine Arbeitsgröße aufgefaßt werden könnte, nämlich entsprechend der Arbeitszeit, welche zur Erzeugung des vernutzten konstanten Kapitals, der Subsistenzmittel der Arbeiter und Angestellten erforderlich seien. Denn auch c und v seien Summen von Produktionspreisen, nämlich Preise für Produktions- und Subsistenzmittel, in denen also neben Äquivalenten für Arbeitsaufwendungen zur Herstellung dieser Ware, an Stelle des individuell erzielten Mehrwerts die gesellschaftlich bestimmten Profitaufschläge erscheinen. Dasselbe wieder gelte für die Produktionspreise derjenigen Waren, welche in die Herstellung dieser Produktions- und Subsistenzmittel als Kosten eingehen usw. ins Unendliche. Derart ergebe sich eine unübersehbare Verwicklung, durch die das Arbeitswertprinzip völlig unanwendbar werde. Die Verwicklung läßt sich aber auflösen: Die Produktionsmittel sind auch Waren und enthalten daher allerdings auch Profit in ihrem Preis. Mit diesem Preis gehen sie als Datum, als Kapitalteil, in die Produktion ein. Auf diese Preise berechnet sich der Profit in den weiteren Stadien der Produktion. Vom Gesichtspunkt jedes einzelnen Produzenten gilt also das Gesetz der Durchschnittsprofitrate. Es gilt aber auch im ganzen einer vielstufigen Produktion. Wenn wir z. B. annehmen würden, daß die Produktion von Tuch mit allen Vorstufen bis zum Endprodukt in einer einzigen Unternehmung kombiniert

wirtschaft nur soweit Rationalisierungsprinzip sein, als alle Kostenelemente auf Arbeit reduzierbar sind, d. h. also auch: als alle Arbeitsleistungen sich gleichmäßig (mit Hinblick auf ihre „Gestehungskosten") verkaufen.

Zusammenfassend: die Arbeitswertlehre sagt nicht nur, daß Waren bald über, bald unter dem Werte verkauft würden, ohne ein genaueres Maß dieser Abweichungen anzugeben. Das Maß hiefür ist vielmehr durch die organische Zusammensetzung des Kapitals in der Unternehmung bestimmt. Im Verkauf über oder unter dem Werte liegt eine Deviation, eine Ablenkung, deren Ausmaß unter den oben angeführten Voraussetzungen theoretisch feststellbar ist. Und daher ist diese Formel der Produktionspreise eine Lösung und nicht nur, wie Böhm-Bawerk meinte, eine Scheinlösung.

8. GRENZEN DER ARBEITSWERTLEHRE.

Das Arbeitswertprinzip hat uns also große Dienste geleistet. Es hat uns gezeigt, wie die Produktion der Volkswirtschaft, und zwar der arbeitsteiligen, aus persönlich freien Menschen bestehenden Volkswirtschaft mit ungleicher Verteilung der Produktionsmittel möglich ist, und zwar als dauernde möglich ist; wie sich das Austauschverhältnis der Waren untereinander gestaltet und wie das Sozialprodukt sich auf die einzelnen Klassen der Gesellschaft verteilt. Wir waren zwar genötigt, neben dem Arbeitswertprinzip den Gesichtspunkt des Profits und des Ausgleichs aller Profite

wäre, so würde der Profit am Ende als Profit der Tuchproduktion in der Gesamtunternehmung erzielt werden. Die Berechnung der Preise der Vorprodukte wird in einer solchen Riesenkombination ebenso erfolgen, wie wenn die Erzeugung der Vorprodukte in selbständigen Unternehmungen vor sich ginge. Durch die Tatsache, daß sich Vorprodukte, die ja auch Waren sind, über oder unter dem Werte verkaufen, wird das Gesetz der Produktionspreise nicht berührt. Das Gesamtkapital, das in der Erzeugung einer Warenart (z. B. Tuch) verwendet wird, muß im Gleichgewichtszustand den Durchschnittsprofit realisieren. Das Bild vereinfacht sich überdies dadurch, daß sich alle Werte von Produktionsmitteln ständig nach ihren Reproduktionskosten korrigieren.

stark in den Vordergrund zu schieben, aber trotzdem gewinnen wir nur durch den Arbeitswertgedanken den Ausgangspunkt für den sozialen Aufriß der Wirtschaft als eines Systems der Warenproduktion. Freilich wird sich dieses Arbeitswertprinzip als klar erkennbare regulative Idee aller Austauschverhältnisse am besten in der statischen Wirtschaft durchsetzen. In der dynamischen, also der entwickelten Verkehrswirtschaft häufen sich die Komplikationen, und es ist gerade der soziale Aufbau, der den Zusammenhang zwischen Arbeitsaufwand und Preisen verschleiert. Darüber hinaus gilt es außerdem noch die Grenzen festzustellen, innerhalb deren die Arbeitswertlehre gilt, selbst wenn wir die Schwierigkeiten als überwindbar erachten würden, von denen bisher die Rede war.

a) Produktionspreis und „gesellschaftliches Bedürfnis".

Bei der Arbeitswerttheorie ist vorausgesetzt, daß die Verteilung der Arbeit den „gesellschaftlichen Bedürfnissen" angepaßt ist, d. h. also daß ohne den Plan einer Zentralstelle die Bedürfnisse der Konsumenten befriedigt werden können, ohne daß von der Nachfrageseite eine Störung der Austauschverhältnisse nach dem Wertprinzip erfolgt. Die Anpassung der Produktion an die gesellschaftlichen Bedürfnisse ermöglicht also erst den Absatz der gesamten Produktion zu Produktionspreisen, so daß die Produzenten die von ihnen aufgewendeten Kosten, vermehrt um die gesellschaftliche Durchschnittsprofitrate, erhalten. Wann aber diese Marktlage gegeben ist, wird in der Arbeitswertlehre nicht weiter untersucht. Das Gesetz des wirtschaftlichen Interesses bewirkt daher, daß die Produktion in gewissen Größenverhältnissen vor sich geht und dauernd vor sich gehen kann. Was aber dies Größenverhältnis bestimmt, wieweit darauf die Einkommensverteilung, die Besitzverhältnisse, letztlich auch die Bedürfnisgestaltung der Menschen einwirken, das bleibt im Dunklen; vielmehr wird es als gegebenes Datum, als Nachfrage, nicht weiter untersucht. In der „Nachfrage" schlagen sich für die objektive Wertlehre all diese „gesellschaftlichen Bedürfnisse" zu einem gegebenen Tatbestand nieder. Unter „gesellschaftlichen Bedürfnissen"

sind nur solche verstanden, zu deren Befriedigung eine „entsprechende“ Kaufkraft zur Verfügung steht. Nämlich soviel an Kaufkraft, daß ein Preis gezahlt werden kann, der Erzielung des Durchschnittsprofits ermöglicht. Reicht die Kaufkraft nicht aus, so ist für dieses gesellschaftliche Bedürfnis zuviel erzeugt; umgekehrt — umgekehrt. Die Tendenz nach dem höchsten, also in allen Produktionssphären gleichen Profit bewirkt demnach die Anpassung der Produktion an diese gesellschaftlichen Bedürfnisse, deren weitere Analyse sich also in einem System der objektiven Wertlehre erübrigt. Ob es berechtigt ist, diesem Phänomen der Bedürfnisse keine besondere Aufmerksamkeit zu widmen, wird sich erst bei Darstellung der Grenznutzentheorie zeigen.

b) Wertbestimmung im internationalen Handel.

Bisher wurde immer stillschweigend vorausgesetzt, daß sich Produktion und Absatz innerhalb eines homogenen in sich geschlossenen Wirtschaftsgebiets vollzieht. Es wurde also angenommen, daß die wirtschaftende Gesellschaft innerhalb ihrer Grenzen selbstgenügsam sei, daß innerhalb ihrer Grenzen alles erzeugt werde, was ihre Mitglieder verbrauchen, und daß infolgedessen ein Austausch von Waren über ihre Grenzen hinaus nicht in Frage komme. Wird diese Voraussetzung fallen gelassen, so ergibt sich sofort das Problem, wie denn die Austauschakte innerhalb verschiedener Wirtschaftsgebiete vor sich gehen, und ob sie nach dem Grundsatz des Arbeitswerts, ja überhaupt nach dem Kostengesichtspunkt aufgefaßt werden können.

Über das Phänomen des Wirtschaftsgebiets sei jetzt nur soviel gesagt, daß sich in ihm die Austauschakte in einer wirtschaftlich gesprochen homogenen Atmosphäre vollziehen. Darunter ist zu verstehen Freizügigkeit von Personen und Waren, einheitliche Währung, d. h. Gleichheit des Tauschgutes, also Zusammenfügung aller Menschen innerhalb dieses Gebiets zu einer einheitlichen Tauschgesellschaft, ferner Freizügigkeit des Kapitals, Gleichheit des Rechts, d. h. Existenz einer gesellschaftlichen Organisation, innerhalb deren die Menschen ohne jede äußere Hemmung wirtschaftlich in Kontakt treten können. So entsteht auf dem Boden des Wirtschaftsgebiets eine Tauschgesellschaft. Wenn diese organisatorischen Voraussetzungen einer Tauschgesellschaft in der Theorie meist nicht besonders hervorgehoben werden, so deshalb, weil sich das wirtschaftliche Handeln ganz überwiegend innerhalb der Grenzen des Wirtschaftsgebiets abspielt. Hier soll aber der Verkehr über diese Grenzen hinaus ins Auge gefaßt werden.

Von allen Fragen der juristischen Organisation wie von den Kosten des Transports abgesehen, ist zunächst zu klären, wie sich die Tauschakte vollziehen. Wir können nun der Einfachheit halber voraussetzen, daß der Austausch zwischen den Wirtschaftssubjekten der beiden Gebiete (denn immer tauschen bloß Wirtschaftssubjekte, nicht aber diese Gebiete selbst, wie die irreführende Terminologie der Praxis annehmen lassen könnte) in demselben Tauschmedium vor sich gehe. Hingegen ist keinerlei Gewähr dafür gegeben, daß das Austauschverhältnis zwischen Waren und Tauschgut, z. B. Edelmetall, hüben und drüben dasselbe sei. Man wird im Gegenteil sagen müssen: wenn und insofern die Kaufkraft des gemeinsamen Tauschguts in verschiedenen Ländern gleich ist, d. h. wenn die Waren in Einheiten des gemeinsamen Tauschguts ausgedrückt dasselbe kosten, so wird ein Austausch über die Grenzen der Wirtschaftsgebiete hinaus nicht stattfinden, da doch immer Hemmungen in Form von Transportkosten, Verschiedenheiten der Handelsgebräuche usw. zu überwinden sind.

Unter welchen Voraussetzungen wird nun überhaupt ein Tausch zustande kommen? Ein Wirtschaftssubjekt des Gebietes A wird nur dann seine Ware ins Ausland verkaufen, wenn er für dieselbe eine größere Quantität des Tauschguts als im Inland erhält, wenn also z. B. der im Ausland erzielbare Preis x größer ist als y, der Preis im Inland. Umgekehrt wird das Wirtschaftssubjekt aus dem Wirtschaftsgebiet B die Ware nur kaufen, wenn dieser Preis x niedriger ist als der Preis x', den es innerhalb des eigenen Wirtschaftsgebiets zahlen müßte (dabei sehen wir von den Fällen, in denen diese Waren in B überhaupt nicht produzierbar sind, ab). Auf die Dauer wird ein Verkauf von Waren aus A nach B nur stattfinden, wenn gleichzeitig ein Verkauf von B nach A möglich ist. Denn würde der Warenstrom nur von A nach B fließen, so müßten die Gegenwerte von B nach A

in Edelmetall bezahlt werden und in absehbarer Zeit würde die Verminderung der Geldmenge in B, die Steigerung derselben in A eine Preissteigerung in A und Preissenkung in B zur Folge haben, die weitere Verkäufe von A nach B unmöglich machen müßte.

Für unsere Fragestellung ist aber wesentlich, zu untersuchen, ob das Austauschverhältnis der von A nach B und vice versa exportierten Ware bzw. ihre Preise aus dem Arbeitswertgesetz heraus bestimmt werden können. Schon Ricardo hat erklärt, daß dies nicht möglich ist. Warum? Weil zwischen den Arbeitsmärkten der Gebiete A und B keine Kommunikation besteht und weil darüber hinaus überhaupt die Wirtschaftsgebiete A und B keinerlei innere Verbindung miteinander haben. Es findet daher ein Vergleich der Produktionskosten der einzelnen Wirtschaftszweige hüben und drüben gar nicht statt. Wenn weder eine Wanderung von Arbeitskräften noch von Kapitalien möglich ist, kommt auch direkt keine Übertragung einer Produktion von dem einen Lande ins andere in Frage.

Der internationale Handel bedeutet dann gegenüber den Austauschverhältnissen des geschlossenen Wirtschaftsgebietes eine Störung. Durch den Export von A nach B und umgekehrt werden die Preise der exportierten Waren erhöht. Um wieviel, ist wieder nach dem Arbeitswertgesetz nicht zu bestimmen, insbesondere wenn die Ware im Importlande nicht erzeugt wird. Da die Arbeitsstunden in den verschiedenen Wirtschaftsgebieten nicht ohne weiteres als Äquivalente angesehen werden können, fehlt sogar jede Möglichkeit dafür, festzustellen, in welchem Maße die Preise von den Werten abweichen. Der Preis von Waren des Landes A, die nach B exportiert werden, kann eben nur in Arbeitsstunden des Landes B ausgedrückt werden. Das ist aber ein Ausdruck in einem durchaus fremden Medium, das mit den Arbeitsstunden des Landes A in keiner Wertbeziehung steht. Nur wenn die Arbeitsmärkte ausgeglichen wären, d. h. wenn freie Wanderung von A nach B bestünde, und wenn auch die übrigen, dem Wirtschaftsgebiet eigentümlichen Momente für beide Gebiete gelten würden, d. h. wenn sie ein einheitliches Wirtschaftsgebiet wären, wäre der Tatbestand für die Anwendung des Wertgesetzes, allerdings aber auch kein internationaler Handel mehr gegeben. Allgemein ausgedrückt können wir sagen, die Zerspaltung der Welt in verschiedene Wirtschaftsgebiete macht aus den Waren im internationalen Markt Seltenheitsgüter, deren Preisfestsetzung sich der Wirkung derjenigen Umstände entzieht, die für die Höhe des Preises nach der objektiven Wertlehre ausschlaggebend sind.

c) Monopolpreis.

Die Arbeitswertlehre gilt auch innerhalb eines Wirtschaftsgebiets nur unter der wiederholt hervorgehobenen Voraussetzung, daß wirklich allseitig freie Konkurrenz herrscht. Bei freier Konkurrenz ist das ungehemmte Spiel der Interessen gegeben. Bei freier Konkurrenz erst ist der Preis für Arbeitsleistungen nach dem Wertgesetz verständlich zu machen. Und nur bei freier Konkurrenz wird die leiseste Änderung im Austauschverhältnis der Waren, die einen Verkauf über oder unter den Produktionspreisen bewirkt, Kräfte auslösen, welche diese Abweichung wieder aufheben. Allerdings: es ist eine freie Konkurrenz gemeint, in welcher jeder Wirtschaftsagent auch wirklich über die Marktlage Bescheid weiß, niemand im Dunklen tappt und bloß unkontrollierten Vorstellungen gemäß handelt; es ist eine freie Konkurrenz vorgestellt, in welcher jeder die Konsequenzen seiner Handlungen kennt und darnach seine Entschlüsse wählt. Ist das nicht der Fall, so werden die Abweichungen von den Produktionspreisen größer, insbesondere dauern sie länger, sie korrigieren sich schwerer, aber annäherungsweise gilt auch dann das Gesetz, wenn nur freie Konkurrenz herrscht, d. h. die Möglichkeit für das Kapital, sich jeder Anlagesphäre ungehemmt zuzuwenden, die Möglichkeit für die Arbeiter, dort Arbeit zu nehmen, wo sie den höchsten Lohn erhalten, und die genaue Einsicht der Käufer, dort zu kaufen, wo sie bei gleicher Qualität die Ware am billigsten erhalten. Denn trotz aller Reibungen wird doch die Konkurrenz die Störungen des Gleichgewichts korrigieren — wenigstens auf die Dauer hin. Eine enzyklopädische Übersicht über den Markt bei Unternehmern, Arbeitern und Konsumenten würde bei freier Konkurrenz das Arbeitswertprinzip sofort rein realisieren. Insoweit diese Übersicht

nicht vorhanden ist, sind demgemäß Abweichungen gegeben, aber immer noch wird es sich auf die Dauer durchsetzen, wenn nur freie Konkurrenz, und zwar in erster Linie Konkurrenz der Kapitalisten um die Anlagesphären, ferner auch freie, wirksame Konkurrenz der Arbeiter in dem obenerwähnten Sinn gegeben ist.

Unter dem Begriff der freien Konkurrenz ist nicht nur verstanden, daß die Produzenten untereinander in Konkurrenz stehen und jeder den höchsten Vorteil zu erlangen trachtet, sondern indirekt ist damit auch gemeint, daß die Ware, um welche es sich handelt, eben in beliebigen Größenmengen (praktisch, für den Markt betrachtet) zu den gleichen Kosten erzeugt werden kann. Nun gibt es Produkte, welche nicht in beliebigen Größenmengen immer wieder erzeugt werden können, sondern eine Steigerung der Erzeugung bedeutet, daß auch höhere Kosten als bisher aufgewendet werden müssen. Das ist z. B. der Fall bei allen Agrarprodukten. Aber auch innerhalb des Gewerbes kann es sein, daß eine Steigerung der Produktion nur mit steigenden Kosten möglich ist: z. B. bei der Kohlengewinnung. Oder bei der Erzeugung von Eisen und Stahl, wenn die günstigsten Standorte besetzt sind und eine Steigerung der Erzeugung nur an ungünstigen Standorten (welche z. B. höhere Transportkosten bedingen) möglich ist. In allen diesen Fällen wird (am deutlichsten ist es bei den Agrarprodukten sichtbar), das Austauschverhältnis der gesamt erzeugten Menge so bestimmt werden, als ob sie zu den höchsten Kosten erzeugt würden. Aber auch hier ist also — ähnlich wie bei den Agrarprodukten, ebenso bei den industriellen — das Arbeitswertprinzip in einer speziellen Wendung gültig, und es entsteht für die Produzenten, die unter günstigern Bedingungen als die Grenzproduzenten arbeiten, eine Differenzialrente, die eine Folge nicht eine Ursache des höhern Preises ist.

Schwierig jedoch wird das Problem für die Arbeitswertlehre, wenn eine Produktionssteigerung selbst unter Anwendung höherer Kosten nicht möglich ist oder wenigstens nicht wie etwa in der Landwirtschaft in kontinuierlicher Weise möglich ist. Ist bei Steigerung der Kosten jeweils eine Steigerung der Produktion zu erzielen und ist in denjenigen Teilen der Produktion, welche die höchsten Kosten haben,

freie Konkurrenz vorhanden, dann sind auch die Arbeitskosten in dem oben erwähnten Sinn für den Preis immer noch ausschlaggebend. Wenn aber in einer Produktion das Ergebnis ein im Verhältnis zum Bedarf geringes ist, wenn der Markt bereit wäre, eine bedeutend größere Menge der Ware aufzunehmen, hingegen eine größere Menge nicht erzeugt werden kann, so wird ein Wettbewerb der Käufer eintreten, welcher den Preis für das Produkt über seine Kosten und den durchschnittlichen Profit hinaus steigern wird. Wir haben es dann mit einem Seltenheitsgute zu tun, nicht mit einer beliebig erzeugbaren und vermehrbaren Ware. In diesem Fall kann man nur sagen: es wird der Preis des Gutes über seinem Arbeitswerte, bzw. über seinem Produktionspreis stehen. Um wieviel? Das hängt ausschließlich davon ab, wie groß einerseits die Menge des verfügbaren Gutes ist, wieweit andererseits die Bereitwilligkeit der Käufer geht, zu zahlen. Diese beiden Momente, welche wir auch als Angebot und Nachfrage bezeichnen können, sind hier aber theoretisch nicht weiter durchgearbeitet. Die Äquivalenz der Arbeitsleistungen untereinander kann in diesem Fall nicht hergestellt werden, weil der Voraussetzung nach eben eine Vermehrung der Arbeitsleistungen zur Erzeugung dieses Gutes nicht möglich ist. Nehmen wir z. B. Diamanten und Perlen besonderer Qualität, so sind von diesen eine gewisse Anzahl vorhanden. Desgleichen Bilder eines berühmten Malers. Es ist eine gewisse Anzahl dieser Produkte vorhanden, und es hängt ausschließlich von ihrer Anzahl einerseits, der Dringlichkeit der Bedürfnisse und der Zahlungsfähigkeit der Nachfragenden andererseits ab, wie hoch der Preis sein wird. Irgendeine Gesetzmäßigkeit hierfür läßt sich nicht aufstellen. Man kann nur ganz allgemein sagen: wenn die großen Einkommen und Vermögen in einer Volkswirtschaft sich rasch vermehren, so werden die Preise für derartige Produkte steigen. Werden umgekehrt die Einkommen und Vermögen ausgeglichen, so werden die Preise für diese Produkte sinken. Beides bei gleichem Volksreichtum und bei gleichen „Produktionskosten" dieser Seltenheitsprodukte. Es ist also die Verteilung des Reichtums, der Kaufkraft unter die Käufer, die Anzahl der Produkte, endlich die Bedürfnisse und die Dringlichkeit dieser Bedürfnisse, welche das Resultat bestimmten. Dieser Tat-

bestand läßt sich aber einem Gedankengange, welcher vom Boden der Arbeitswertlehre seinen Ausgangspunkt nimmt, nicht einfügen. Und daher haben die Arbeitswerttheoretiker, z. B. Ricardo und auch Marx, es abgelehnt, das Austauschverhältnis dieser „Seltenheitsgüter" weiter zu untersuchen. Sie haben sich lediglich mit „Waren" in dem oben festgesetzten, prägnanten Sinn beschäftigt. Nur soweit etwas „Ware" ist, d. h. beliebig reproduzierbares Arbeitsprodukt, tritt es in den Lichtkreis der ökonomisch-theoretischen Betrachtung. Soweit das nicht der Fall ist, existiert es für die Theorie nicht, es kann vernachlässigt werden. Das ist nun wissenschaftlich erlaubt in einem Zustande, in welchem tatsächlich die meisten Produkte, welche in Frage kommen, „Waren" in diesem Sinn sind. Und es werden die meisten Produkte Waren in diesem Sinn sein, wenn freie Konkurrenz herrscht.

Wie steht es aber, wenn diese aufgehoben wird? Setzen wir z. B. den Fall, daß die Verfügung über sämtliche Kohlengruben eines Wirtschaftsgebietes in einer Hand ist. Das kann der Fall sein, wenn sämtliche Kohlengruben einem Besitzer oder einer geschlossenen Gruppe von Besitzern gehören, oder wenn eine Erlaubnis, Kohlen zu fördern, eingeholt werden muß, aber nicht jedem, sondern nur einer geschlossenen Gruppe erteilt wird. Dann ist die Tatsache, daß außerhalb der Produktionsstätten und über die geförderten Kohlen hinaus noch Kohlen gewonnen werden könnten, unerheblich. Diese abstrakte Möglichkeit beeinflußt nicht den Preis der Kohlen. Sondern wir haben dann die Beherrschung des Angebots durch eine geschlossene Interessengruppe. Eine solche ausschließliche Verfügung über eine Produktionssphäre nennen wir ein Monopol. Es ist gleichgültig, ob die Konzentration des Angebots soweit geht, daß nur ein Anbieter vorhanden ist, oder ob mehrere Verkäufer eine Gruppe bilden, innerhalb deren kein Wettbewerb stattfindet. Wird ein solcher Produktionszweig von einem Monopol „beherrscht", was nicht ein politisches Privileg bedeuten, sondern nur soviel heißen soll, daß die Konkurrenz ausgeschaltet, das Angebot konzentriert ist, so wird das Monopol gemäß dem Satz: lieber mit einem größeren, als mit einem geringeren Vorteil zu tauschen, danach trachten, den möglichst großen Gewinn aus der Produktion zu ziehen.

Nehmen wir z. B. an, daß bis dahin freie Konkurrenz herrschte und durch Vereinigung aller Produktionen einer Sphäre in einer Hand ein Monopol entsteht, so wird der Monopolist leicht sehen, daß er imstande ist, eine geringere Menge des Produkts zu höheren Preisen, als eine größere Menge abzusetzen. Dadurch werden einerseits seine Einnahmen steigen, andererseits werden seine Kosten sinken. (Genauer gesagt: es werden die laufenden Kosten, Ausgaben für Löhne, Rohmaterialien usw. sinken, hingegen werden andre Kosten, wie Instandhaltung der Gebäude und Maschinen, Verwaltungskosten usw. ganz oder fast ganz gleichbleiben. Die Bedeutung dieser fixen Kosten, wie die zweite Kategorie genannt wird, kann hier nicht weiter verfolgt werden.) Allerdings wird sich bei Erhöhungen der Preise auch die Steigerung seiner Einnahmen verlangsamen, da sich ja gleichzeitig auch die Anzahl der Einheiten seines Produktes vermindert. Er wird dann leicht herausfinden, daß er bei einer bestimmten Produktionsmenge und einem bestimmten Preise im Verhältnis zum verwendeten Kapital den größten Überschuß über die Kosten erzielt. Wie groß die Produktionsmenge sein muß, um den Gewinn auf ein Maximum zu treiben, wird er nur experimentell beziehungsweise auf Grund von Erfahrungen feststellen können. Es ist klar, daß in diesem Falle das Monopol einen Überschuß erzielen wird, und zwar einen Überschuß über die durchschnittlichen Profite. Es ist weiter klar, daß ebensosehr alle andern Produzenten eo ipso dadurch eine Herabminderung ihres Vermögens erfahren, Waren zu kaufen [1]). Wie groß aber dieser Übergewinn des Monopolisten ist, wie groß die Verluste sind, welche die übrigen Produzenten erleiden, kann nicht angegeben werden. Das hängt durchaus von der Verteilung der Einkommen in der Volkswirtschaft und davon ab, wieviele Käufer bereit

1) Dies alles unter der Voraussetzung, welche hier immer gemacht ist, daß solche Störungen oder Verschiebungen der Daten keine weitere Entwicklung der Volkswirtschaft auslösen. Es sind also die Mengen Arbeit, Kapital, Land usw. fest gegeben und es wird angenommen, daß die Monopolisten diejenigen Produkte verbrauchen, welche von den übrigen Produzenten infolge der Preissteigerung der monopolisierten Ware nicht gekauft werden können. Sonst löst jede solcher Veränderungen auch Fernwirkungen aus, die zu behandeln hier nicht möglich ist.

sind, höhere Preise zu bezahlen, wenn es der Verkäufer verlangt, und endlich davon, wie sich die Kosten bei Verringerung der Erzeugung gestalten. All das kann aus der Arbeitswertlehre heraus nicht beantwortet werden. Infolgedessen kann das Arbeitswertprinzip lediglich sagen, daß der Preis einer Ware, deren Produktion monopolisiert ist, über dem Konkurrenzpreis stehen wird. Aber um wieviel über dem Konkurrenzpreis, um wieviel über dem Produktionspreis, den wir vorher festgestellt haben, kann nicht angegeben werden. Der Monopolpreis ist nicht Preis einer „Ware" im Sinn unserer Voraussetzungen und daher durch das Arbeitswertprinzip nicht zu erfassen.

Ricardo und Marx haben, wie bereits erwähnt, ihre theoretische Untersuchung auf die Warenproduktion bei freier Konkurrenz beschränkt. Das war zulässig, solange die industrielle Produktion, gleichwie die agrare, unter freier Konkurrenz betrieben wurde. Monopole spielten eine sehr geringe Rolle, im Wesen als Monopole des Staates, die ja nur eine spezielle Form der indirekten Besteuerung darstellen. Seit den 90er Jahren des 19. Jahrhunderts hat sich aber das Bild der europäischen Volkswirtschaften gründlich gewandelt. Wir haben nun große Monopolbildungen in den entscheidenden Industrien, in den Grundlagen der Produktion, z. B. in Kohle, Eisen; auch in manchen Fertigindustrien sind monopolähnliche Zusammenschlüsse vorhanden. Alle diese Zusammenschlüsse der Produzenten haben den Zweck, durch Einschränkung des Wettbewerbes die Preise zu erhöhen und dadurch die Profite zu steigern. Das kann nur durch Profitverschiebung, d. h. auf Kosten der andern, noch nicht im Monopol organisierten Produktionen geschehen.

Nicht immer allerdings können die Monopole in den Grenzen ihres eignen Interesses die Preise frei bestimmen. Wenn nämlich die Konsumenten die Möglichkeit haben, eine andre Ware zu verbrauchen (Braunkohle an Stelle von Steinkohle; Zement an Stelle von Ziegeln usw.) so wird der Konkurrenzpreis dieser andern Ware zugleich auch eine Grenze für die Höhe des Monopolpreises sein. Ob dieser unverändert bleiben wird, so daß sich das Monopol gar nicht auswirken kann, oder ob er etwas steigen wird, weil die konkurrierenden Waren den Zweck nicht vollkommen erfüllen, wird von Fall zu Fall verschieden sein. Auch wenn lediglich ein gefühlsmäßiger Widerstand gegen den Gebrauch der Surrogatware vorhanden sein sollte, ohne daß er rational zu begründen ist, wird die Steigerung des Preises für monopolisierte Produkte nicht nach dem Arbeitswertgesetz bestimmt werden können. Der Preis wird dann irgendwo zwischen dem Konkurrenz- und dem Monopolpreis liegen.

Die Probleme, welche mit dem Monopolkapitalismus zusammenhängen, können hier nicht einmal gestreift werden. Aber es ist nach dem Gesagten ersichtlich, daß eine ökonomische Theorie, welche von der Voraussetzung der freien Konkurrenz ausgeht, sehr erhebliche Schwierigkeiten haben wird in einem Zustande, in welchem die Grundlagen der Produktion im Monopol gegeben sind. Dabei ist nicht die Abweichung des Monopolpreises vom Konkurrenzpreise die Schwierigkeit, sondern daß durch die Theorie nicht angegeben werden kann, wie groß diese Abweichungen sind. Es ist in ihnen vom Standpunkt der Arbeitswertlehre aus keine Gesetzmäßigkeit zu erkennen. Das Austauschverhältnis der Produkte untereinander kann also nicht mehr bestimmt werden. Hier ist eine ganz entscheidende, nicht auflösbare Schwierigkeit, und die Arbeitswerttheorie muß gestehen, daß sie dieser Schwierigkeit nicht Herr zu werden vermag, d. h. daß sie für einen Monopolkapitalismus nicht ausreicht [1]). In

1) Wenn in einer Polemik gegen diese Auffassung versucht wurde, nachzuweisen, daß auch Monopolpreise nach der Arbeitswerttheorie ihrer Höhe nach erklärbar seien, so mußte dieser Nachweis mißlingen. So weiß Helene Bauer (Der Kampf, 1925, Heft 6: Zur Theorie der Marktpreise bei Marx) nichts anderes anzuführen als den Satz von Marx: „Zu gewissen Preisen kann eine Warenart einen gewissen Raum im Markte einnehmen, der Raum bleibt nur dann derselbe bei Wechsel der Preise, wenn der höhere Preis mit geringerem Warenquantum und der niedrigere Preis mit größerem Warenquantum zusammenfällt." Danach könnte man annehmen, daß Marx glaubt, die Nachfrage nehme exakt umgekehrt im Verhältnis zur Senkung des Preises zu, bzw. mit Steigerung des Preises ab. Die folgenden Ausführungen zeigen aber, daß sich Marx der verschiedenen Tatbestände auf dem Markte (verschiedene Elastizität bei einzelnen Waren) wohl bewußt ist. Jedenfalls wird eine genauere Prüfung dessen, was er hier und an andern Stellen über das „gesellschaftliche Bedürfnis" sagt, vor dem Irrtum bewahren, als ob er das Phänomen der Nachfrage so leichthin abtun wollte, als manche seiner Anhänger,

diesem sind die Preise nicht gleich den Produktionspreisen, denn die Profitraten der Kapitalisten haben nicht die Tendenz, sich untereinander auszugleichen. Auch die Profitraten der Monopolkapitalisten untereinander sind nicht gleich, sondern hängen von verschiedenen, oben angedeuteten Umständen ab. Dieselbe Schwierigkeit aber finden wir in der konkreten entwickelten Verkehrswirtschaft bei der Bestimmung einiger Preise für Arbeitsleistungen. Denn auf dem Arbeitsmarkt schafft die Tatsache, daß gewisse Berufe sozial schwer zugänglich sind und darüber hinaus den Einsatz eines erheblichen Kapitals erfordern, das meist nicht leihweise beschafft werden kann, eine Hemmung der Konkurrenz. Das Arbeitswertgesetz bietet aber keine Möglichkeit, die Deviationen, welche sich aus Marktlagen gehemmter Konkurrenz ergeben, näher zu bestimmen. Wir müssen also einen andern Weg suchen, um diese Erscheinungen zu erklären. Wir können — um das Bild fortzusetzen — auf unserem Weg nicht weiter, die Hindernisse sind nicht zu umgehen oder zu überschreiten; wir müssen also den Weg zurück und von vorne beginnen, wo bei uns jedoch die Kenntnis der Probleme, das, was wir auf dem bisherigen Weg gesehen, und die Schwierigkeiten, welche wir überwunden haben, gute Dienste werden leisten können.

die jeden Anklang an die Grenznutzenlehre wie die Pest fürchten. — So sei im Vorbeigehen auf Marx III/1 S. 156 hingewiesen, wo als eine der Bedingungen für den Verkauf zum Marktwert geradezu angegeben wird: „daß kein natürliches oder künstliches Monopol eine der kontrahierenden Seiten befähige, über dem Wert zu verkaufen, oder sie zwinge, unter ihm loszuschlagen.“ Übrigens bedarf es ja kaum noch eines weitern Beweises, daß eine objektive Wertlehre die Nachfrage als gegeben annehmen muß und sie mit ihren Mitteln nicht weiter analysieren kann. Außer insofern, als, wie es Marx gelegentlich hervorhebt, die Produktionsweise zugleich etwas über die Klassenschichtung und die mit ihr gegebene Nachfragestruktur auf dem Markte verrät (III 1. S.160). Sicher aber nichts über die größere oder geringere Elastizität, die nur durch Analyse der Bedürfnisse erschlossen werden kann und die Grundlage für die Bestimmung des Monopolpreises bildet.

IV. Kapitel.

DIE GEBRAUCHSWERT- (GRENZNUTZEN-) THEORIE.

1. DER GRUNDGEDANKE DER SUBJEKTIVEN (GRENZNUTZEN-) THEORIE.

a) Rückkehr zum Gebrauchswert.

Wenn wir uns noch einmal grundsätzlich besinnen, in welcher Weise wir imstande sind, den Zusammenhang der wirtschaftlichen Größen im Tauschverkehr zu begreifen, und erwägen, daß die Betrachtung der Waren als Arbeitsgrößen im System des Monopolkapitalismus versagt und daß oft Seltenheitsgüter selbst bei ganz freier Konkurrenz auf dem Markte erscheinen, daß die Deviation ihrer Preise von den Konkurrenzpreisen nicht erklärt werden kann, so führt uns das Zurückgehen zum Ausgangspunkt auf den Gebrauchswert, d. h. auf die Bedeutung der Produkte insofern, als sie Bedürfnisse zu befriedigen imstande sind. Wir wissen, daß der Gebrauchswert als universaler Gesichtspunkt schon in der klassischen Ökonomie immer wieder geprüft und immer wieder verworfen wurde, weil der Gebrauchswert mit den aus der Erfahrung bekannten Preisen im Widerspruch steht. Denn Dinge mit hohem Gebrauchswerte, z. B. Brot, erzielen einen geringen Preis, umgekehrt können Dinge mit geringem Gebrauchswert hoch im Preise stehen. Damit ist schon erwiesen, daß der Begriff des Gebrauchswertes in der Bedeutung, wie ihn die Sprache des täglichen Lebens kennt, nicht leistungsfähig ist. Wenn es nicht gelingt, den Begriff theoretisch so zu bearbeiten, daß er verwendbar wird, insbesondere also die Preisbildung verstehen lehrt, so kann der Gebrauchswert

nicht als Ausgangspunkt für die Analyse der Wirtschaft gewählt werden.

Die ökonomische Wissenschaft brauchte mehr als 100 Jahre, bis eine solche theoretische Verarbeitung des Gebrauchswertbegriffs erfolgte, und zwar gleichzeitig von mehreren Theoretikern [1]), woraus schon zu ersehen, wie sehr der wissenschaftliche Gedanke in diese Richtung drängte [2]).

1) Es waren der Österreicher C. Menger, der Engländer W. St. Jevons und der Franzose Leon Walras, welche fast gleichzeitig und jedenfalls unabhängig voneinander die Begründung des Tauschwertmechanismus einer Volkswirtschaft vom Gesichtspunkt des Gebrauchswertes, des Nutzens aus versuchten. (Der Gedanke wurde weiter ausgebaut insbesondere durch v. Wieser und v. Böhm-Bawerk.) Schon lange vor den genannten Theoretikern, deren grundlegende Schriften in den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts erschienen, hat Hermann Heinrich Gossen in seinem 1853 publizierten erstaunlichen Buch „Entwicklung der Gesetze des menschlichen Verkehrs und der daraus fließenden Regeln für menschliches Handeln" die Grundgedanken der Gebrauchswertlehre aus dem Gesetze der Bedürfnissättigung, auch in mathematischer Darstellung, entwickelt. Die Entfaltung seines Gedankens ist beherrscht von dem Bestreben, nachzuweisen, daß sich bei vollkommener Freiheit alles wirtschaftlichen Handelns ein Optimum ergeben müsse — d. h. ein Maximum der Genüsse aller Menschen, deren Meßbarkeit und damit Vergleichbarkeit er gar nicht in Zweifel zieht. (Über dieses Problem siehe unten S. 196.) Die Frage, ob diese These bei jeder sozialen Ausgangskonstellation richtig sei und ob sie mehr als eine formale Wahrheit darstellt, erörtert er nicht. So ist sein Buch insoferne noch echt 18. Jahrhundert, als es allgemeingültige Rezepte gibt, als es einen deutlichen naturrechtlichen Hintergrund hat, endlich nichts sein will als die Aufdeckung der „Vorschriften des Schöpfers", die vom Menschen erforscht werden müßten, um danach zu handeln — wobei nur verwunderlich, daß diese Vorschriften in derartig mysteriösen Chiffern niedergelegt sind, daß sie erst 1853 entziffert werden konnten. Daß dieses Buch eine im besten Glauben geschriebene Apologie der kapitalistischen Wirtschaft ist, eine späte Blüte der Harmonievorstellungen, beweisen, ebenso wie der theoretische Gedankengang, seine heftigen Ausfälle gegen Sozialismus und Kommunismus, die unser Autor wahrscheinlich nur sehr oberflächlich kennt, aber aus einem sehr deutlichen Klasseninstinkt heraus bekämpft.

2) Man kann nicht sagen, daß es die Schwierigkeiten der Arbeitswertlehre bei Erklärung der Monopolpreise waren, die zur neuen Wendung in der Theorie führten. Denn die 70er Jahre kannten dieses Problem noch nicht als zentrales. Am ehesten kann man annehmen, daß die Schwierigkeiten, welche bei der Ausgleichung der Profitrate entstehen, den Anlaß boten, das Wertproblem noch einmal aufzurollen. Vielleicht hat auch noch ein außerwissenschaftlicher Gesichtspunkt mitgespielt: wenn man das Austauschverhältnis der Waren als Austausch von Arbeitsgrößen auffaßt und demgemäß den Überschuß, den Zins als Äquivalent unbezahlter Lohnarbeit, so liegt die Forderung nahe, daß dieser Überschuß eigentlich den Arbeitern gebühre und daß eine Produktionsform gesucht werden müsse, in welcher das gesamte Sozialprodukt, soweit es von Arbeitern geschaffen wird, auch den Arbeitern wieder zufließe. Eine solche Konsequenz liegt ebenso nahe, als sie im Interesse der Unabhängigkeit theoretischer Forschung abzulehnen ist. Die Zuteilung des gesamten Sozialprodukts an die Arbeiterschaft ist ein wirtschaftspolitisches Ziel und kann daher *theoretisch* aus dem Wertgesetz nicht begründet werden, denn es könnte ja sein, daß die Abspaltung eines Teiles des Arbeitsproduktes und die Übereignung an die Unternehmer die Bedingung für die Möglichkeit einer Erweiterung der Produktion ist. Man könnte also annehmen, daß zwar der Wert des ganzen innerhalb der Produktionsperiode erzeugten Produkts abzüglich des Wertes der vernutzten Produktionsmittel theoretisch der Arbeit zuzurechnen sei, daß aber die Verteilung noch andere Gesichtspunkte, z. B. die der Kapitalakkumulation, zu berücksichtigen habe, die wieder nur bei Zuweisung eines Teiles des Erträgnisses an die Unternehmerschicht garantiert werden könne. Es ließe sich andrerseits denken, daß eine entsprechende Erweiterung des Produktionsprozesses auch aus Ersparnissen der Arbeiterschaft erfolgen könne, aber es macht schon ganz besondere psychologische Annahmen nötig, wenn man entscheiden will, ob die Akkumulation sicherer aus großen als aus mittleren und kleineren Einkommen erfolgt.

Das Problem selbst ist sehr verwickelt. Nie darf man aus dem Auge lassen, daß es sich um ein wirtschaftspolitisches Postulat handelt, das man nicht unbedingt wollen muß. Man kann auch eine Wirtschaft ohne oder mit sehr schwacher Akkumulation wollen. Insbesondere kann die Bevölkerungsvermehrung nicht immer die Akkumulation erzwingen, sondern sie ist vielmehr erst auf der Grundlage der Akkumulation möglich. So verschieden sind die möglichen Positionen, deren Anführung nur zeigen soll, daß theoretische Analyse und praktische Postulate grundsätzlich in verschiedenen Ebenen liegen. Noch klarer wird das, wenn man das Problem nicht nur nach seiner wirtschaftspolitischen, sondern auch nach seiner ethischen Seite aufwirft, wie es z. B. das Mittelalter in seiner Theorie vom justum pretium getan hat. Denn offenkundig können ökonomisch-theoretische Gedankengänge höchstens aus-

Der Gebrauchswert war, wie gesagt, ein altes Element der Theorie, er spielt auch in der Theorie von Marx eine

bedeutsame Rolle, insofern er den Gebrauchswert, d. h. die Fähigkeit eines Produktes, ein Bedürfnis, und zwar ein gesellschaftliches Bedürfnis zu befriedigen, als Voraussetzung des Tauschwertes und damit des Wertes überhaupt bezeichnet. Eine Weiterführung dieses Gedankens aber zeigt sogleich die großen Schwierigkeiten, welche ihm innewohnen. Denn was heißt Gebrauchswert in diesem Zusammenhang? Genügt es, wenn ein Produkt ein Bedürfnis befriedigen kann? Das können gemeinhin alle Produkte, wenn wir von einer gänzlich mißratenen, technisch verunglückten Erzeugung absehen. Es kommt also offenbar nicht auf die abstrakte Brauchbarkeit, auf die Brauchbarkeit schlechthin an, weil diese jedem Produkte zweckvoller menschlicher Arbeit und vielen von der Natur dargebotenen Gebrauchsdingen eignet. Sondern wesentlich ist die Brauchbarkeit auf gesellschaftlicher Stufenleiter. „Gesellschaftlich brauchbar" aber ist, was einen Markt findet, d. h. imstande ist, sich gegen Tauschgüter, gegen Geld auszutauschen, und zwar in dem Verhältnis auszutauschen, daß die Produktion mindestens aus dem Erlös wieder erneuert werden kann. In diesem Sinne hat schon Marx den Begriff der gesellschaftlichen Brauchbarkeit verstanden (vgl. z. B. Das Kapital, Bd. III, 1 S. 172), wenn er sagt, daß „das Gesamtquantum gesellschaftlicher Arbeit, das auf die Gesamtmasse einer Warenart verwendet wird, dem Quantum des gesellschaftlichen Bedürfnisses, d. h. des zahlungsfähigen gesellschaftlichen Bedürfnisses für sie entsprechen müsse", damit die Ware zu ihrem Marktwert verkauft werde. Wenn dieser Gedanke

sagen, welche Verteilung des Produkts unter bestimmten Voraussetzungen auf die Dauer erfolgen kann oder muß, aber nicht, welche Verteilung gerecht wäre. Trotzdem ist selbst der abstrakte Theoretiker oft nicht imstande, diese verschiedenen Fragestellungen zu sondern und bis zu einem gewissen Grade hängen sicherlich die Erfolge der neueren Wertlehre mit der Vermengung dieser Fragestellungen zusammen: sie ist eher als die Arbeitswertlehre geeignet, die „theoretische Grundlage" einer auf Privateigentum beruhenden kapitalistischen Produktionsweise zu bilden, weil, wie sich zeigen wird, die soziale Struktur der Wirtschaft nicht in ihr Bild des Gesamtprozesses eingeht. Da ihr Begriffsapparat ohne soziologische Kategorien aufgebaut ist, kommt die Frage, ob das analysierte kapitalistische Wirtschaftssystem definitiv ist oder umgewandelt werden soll, gar nicht auf.

etwas bedeuten soll, so muß er ausgebaut werden und die Bedingungen erkennen lassen, unter denen die Käufer auf dem Markte bereit sind, Tauschgüter für den Erwerb von Produkten aufzuwenden, weiterhin wann sie bereit sind, mehr oder weniger von dem Tauschgut aufzuwenden usw. Mit einem Worte, der Hinweis auf den Gebrauchswert, als Voraussetzung oder Bedingung für die Entstehung des Tauschwertes erfordert eine Analyse der Bedürfnisse als Analyse der Nachfrage, eine Betrachtung des Marktes von der Käuferseite her, die der Arbeitswerttheoretiker meist als gegeben anzunehmen geneigt ist [1]). In der Tat ist die moderne Wertlehre der Versuch, dem Problem des Austausches und der Bedingungen kontinuierlicher Produktion von der Nachfrageseite näherzukommen — wie die Arbeitswertlehre dasselbe Problem von der Angebotseite her, d. h. vom Produktionsprozeß aus, in Angriff genommen hat.

Wenn man den Gebrauchswert in den Mittelpunkt stellt, muß man von den Bedürfnissen der Menschen ausgehen, da ein Gebrauchswert nur im Zusammenhang mit Bedürfnissen entsteht. Die Bedürfnisse aber sind kein theoretisch verwertbarer Tatbestand, wenn man sie ungegliedert als Gesamtmasse in den theoretischen Gedankengang einfügt. Mit dem Nahrungs- oder Kleidungsbedürfnis z. B. als Ganzem, im allgemeinen, kann man nichts anfangen. Wir müssen uns vielmehr daran erinnern, daß die Bedürfnisse nie als ganze, ungeteilte, abstrakte, in das Bewußtsein treten, sondern nur als einzelne Bedürfnisregungen. Die einzelnen Bedürfnisse sind in bestimmter Rangordnung gegeben, und zwar sind die Rangordnungen subjektiv verschieden. Weiter ist auch die Bedeutung, welche die einzelnen Menschen den einzelnen Bedürfnisregungen zumessen, subjektiv verschieden. Wir werden sehen, ob sich irgendetwas Allgemeines über die Bedürfnisregungen und ihre Bedeutung für das Wirtschaften ausmachen läßt.

1) Inwiefern durch die Produktion schon implicite Nachfrage gegeben ist, wurde bei Betrachtung des wirtschaftlichen Gesamtprozesses gezeigt. Aber die Aufweisung eines noch so engen Zusammenhangs zwischen den Quantitäten von Produktion und Konsum im Ganzen ist noch keine Analyse der Nachfrage.

b) Subjektive Wertlehre ist nicht Psychologie.

Der Umstand, daß die subjektive Wertlehre von den menschlichen Bedürfnissen ausgeht, sich mit ihrer Auswirkung in Bedürfnisregungen beschäftigt, ja das Gesetz der „Bedürfnissättigung" aufgestellt hat, führte zu ärgerlichen Mißverständnissen, z. B. daß ein Zusammenhang zwischen dem Weber-Fechnerschen Gesetz und der Grenznutzenlehre bestehe. Dieser Irrtum kann seit der Erörterung durch Max Weber als endgültig erledigt angesehen werden [1]). Häufiger kehrt noch die Bemerkung von der „psychologischen" Natur der Grenznutzenlehre wieder, als ob die Gültigkeit ihrer Sätze von der Richtigkeit empirisch-psychologischer Theorien abhänge. Deshalb sei auch hier betont, daß die subjektive Lehre keinerlei Annahmen macht, die erst eines Beweises durch psychologische Theorien bedürften. Sie stützt sich auf einige allgemein anerkannte Erfahrungstatsachen und untersucht, wie sich der (rational handelnde) Mensch mit ihnen auseinandersetzt, *wenn* er ein Optimum seiner Bedürfnisbefriedigung erreichen will [2]). Vollends das „Gesetz" der Bedürfnissättigung besagt nichts anderes, als daß der Appetit mit dem Essen allmählich schwindet und die Anwendung dieses Erfahrungssatzes auf alle Bedürfnisregungen. Jedenfalls ist damit nicht die These impliziert, daß die Bedürfnisse nach einer *bestimmten* Kurve abnehmen, sondern nur daß sie mit fortschreitender Befriedigung weniger dringlich empfunden werden. Auf diese verwegenen Behauptungen also reduziert sich die „Psychologie" der Grenznutzenlehre, von der wir hoffen können, daß sie durch keine noch so rapiden und unerwarteten Fortschritte der wissenschaftlichen Psychologie entkräftet werden wird — nämlich ebensowenig, als etwa die Raumanschauung durch die Relativitätstheorie. Die Grundlage der ganzen „Psychologie" der modernen Wertlehre bildet das Gesetz der Bedürfnissättigung. Es wird von Gossen selbst folgendermaßen formuliert: Die Größe eines und desselben Genusses nimmt, wenn wir mit Bereitung

1) Max Weber, Die Grenznutzlehre und das „psychophysische Grundgesetz" im „Archiv", Bd. 27 S. 546 ff.

2) So auch Max Weber a. a. O. S. 556. Die Grenznutzlehre sei nicht psychologisch, sondern „pragmatisch" fundamentiert, d. h. unter Verwendung der Kategorien „Zweck" und „Mittel".

des Genusses ununterbrochen fortfahren, fortwährend ab, bis zuletzt Sättigung eintritt. Wieser drückt das so aus: „Bei jedem teilbaren Bedürfnis wird innerhalb jedes Bedürfnisabschnitts der mit der ersten Verwendungseinheit vorzunehmende Befriedigungsakt mit der höchsten Intensität begehrt, jede Verwendung weiterer Einheiten derselben Art wird mit abnehmender Intensität begehrt, bis der Sättigungspunkt erreicht ist; darüber hinaus schlägt das Begehren in Widerwillen um" (Theorie der gesellschaftl. Wirtschaft, S. 24). Diese elementaren Erfahrungen sind es, auf denen die Grenznutzenlehre aufbaut. Eine Psychologie ist hiefür offensichtlich nicht nötig.

c) Bedürfnissättigung und Grenznutzen.

Die grundlegende These, die eine Theorie des Gebrauchswerts überhaupt erst möglich macht, ist also das *Gesetz der Bedürfnissättigung*. Darnach werden die Bedürfnisse in einzelnen Bedürfnisregungen fühlbar, die mit fortschreitender Befriedigung des Bedürfnisses an Dringlichkeit abnehmen. Am deutlichsten ist das beim Nahrungsbedürfnis, hingegen meint dasselbe Gesetz beim Kleidungs- oder Wohnungsbedürfnis einen andern Tatbestand (siehe unten d). Die Wichtigkeit, die Bedeutung, die Dringlichkeit, mit der sich ein Bedürfnis ins Bewußtsein drängt, kann unendlich groß sein, wenn es überhaupt nicht befriedigt wird. Wird die erste, dringlichste Bedürfnisregung aber befriedigt, so ist die Intensität der nächsten nicht mehr so groß, die der dritten noch geringer usw. Dieses Gesetz der Bedürfnissättigung weist uns also darauf hin, nicht die Bedürfnisse im ganzen, abstrakt, ungeteilt, sondern nur in ihren einzelnen Bedürfnisregungen zu betrachten. Diese Auflösung in Teilbedürfnisse ist es, welche den Gedanken des Gebrauchswertes überhaupt erst für die theoretische Ökonomie verwertbar macht, während sie als Gebrauchswerte schlechthin theoretischer Betrachtung unzugänglich wären. Die Auflösung in Teilquantitäten, jede geeignet, eine Bedürfnisregung zu befriedigen, ergibt einen theoretisch mindestens

weiter analysierbaren Tatbestand. Die Anlage des theoretischen Gedankens weist also schon darauf hin, daß auch die Grenznutzenlehre zunächst mit vertretbaren, beliebig teilbaren Produkten arbeitet, und es wird sich ferner zeigen, daß sie zunächst ebenso freie Konkurrenz voraussetzt, wie die Arbeitswertlehre. Einen Wertausdruck für Gütervorräte, welche eine ganze Menge von Bedürfnisregungen befriedigen könnten, entwickelt die Grenznutzenlehre zunächst nicht.

d) Gesetz der Bedürfnissättigung bei Dauergütern.

Allerdings ist das Gesetz der Bedürfnissättigung am leichtesten bei beliebig teilbaren Gütern feststellbar. Nicht beliebig teilbare Güter wie Wohnraum, Kleidungsstücke sind als Vorräte anzusprechen. Sie können nicht in Träger einzelner Nutzleistungen aufgespalten werden, daher kann das Bedürfnis restlos befriedigt werden, wenn das Gut überhaupt vorhanden ist (Winterrock). Das Gesetz der Bedürfnissättigung ist bei solchen Gütern nur schwer anwendbar.

Da über diese Frage oft hinweggegangen wird, sei hier nachdrücklicher auf das Problem hingewiesen, das bei Dauergütern entsteht, die theoretisch als Gütervorräte aufzufassen sind. So enthält der Winterrock eine große, wenngleich nicht unendliche Reihe von Nutzleistungen. Auch in einem Sack Getreide sind sehr zahlreiche Nutzleistungen aufgespeichert, aber ihre Träger können — bis zum Getreidekorn — ausgesondert werden. Die Nutzung eines Winterrocks ist an die Verfügung über das ganze Stück geknüpft; ferner ist die Abnutzung = Zerstörung nicht immer Folge der Benutzung, sondern eine solche kann vielfach auch ohne Benutzung eintreten, z. B. Veralten durch Modeänderung, Baufälligwerden des Hauses auch ohne daß man darin wohnt. Endlich aber ist hier an die Bedürfnisbefriedigung nicht immer das Gefühl der Sättigung geknüpft. Ist es nämlich kalt, so muß ich die ganze Zeit meines Aufenthalts im Freien den Winterrock tragen, ja er ist mir um so notwendiger, je länger ich ihn schon getragen habe. Eine Sättigung tritt da nicht ein. Das gleiche gilt bei der Nutzung von Wohnraum. Es ist doch nicht so, daß das Bedürfnis nach Wohnraum durch Wohnen allmählich gesättigt wird, und daß

durch längeres Wohnen eine „Übersättigung" eintritt. — Allerdings wird die Dringlichkeit, mit der ich einen Winterrock brauche, von der Temperatur abhängen; ist die Temperatur aber niedrig, so brauche ich ihn dauernd; ist sie höher, so brauche ich ebenso dauernd andere Kleidungsstücke, und ist sie sehr hoch, so brauche ich (aus sozialen Gründen vielleicht nur, da ich tatsächlich nur ein luftiges Kimono brauchen würde) einen ganz leichten Sommeranzug, und zwar wieder dauernd, und wenn ich ihn abends ablege, so nicht weil mein Bedürfnis danach gesättigt ist, sondern weil ich schlafen gehen will. Hier ist also kontinuierliche Bedürfnisbefriedigung das Ziel. Ebenso ist es beim „Genuß" der Wohnung, die mir nicht weniger entbehrlich wird, wenn ich schon einige Stunden „gewohnt" habe und die ich nicht deshalb verlasse, weil mein Wohnbedürfnis gesättigt ist, sondern weil ich spazieren gehen will.

In diesen Dauergütern sind also Vorräte von Nutzleistungen aufgespeichert, die jedenfalls zur Verfügung stehen. Mit diesen Nutzleistungen kann man, wie schon erwähnt, häufig nicht „sparen". So hat es keinen Zweck, sich nur dann zu Hause aufzuhalten, wenn es regnet, wenngleich ich während des Regens ein Dach über dem Kopf am notwendigsten brauche. Es ist wichtig, hervorzuheben, daß sehr zahlreiche Dauergüter von dieser Art sind, so Kleider, Wohnung, Möbel, Eßzeug, Reitpferde, Spazierstöcke, Schmuck usw. Jedenfalls haben wir hier einen Tatbestand vor uns, in dem das Gesetz der Bedürfnissättigung einen andern Sinn erhält.

Es läßt sich am besten am Wohnbedürfnis entwickeln: das Wohnbedürfnis ist ein kontinuierliches. Es dauert sogar an, wenn ich nicht „wohne", also z. B. für einige Tage oder selbst Wochen und Monate verreise. Außerdem ist es abgestuft: es wird zur Not mit einem Raum oder sogar einem Teil eines Raums befriedigt werden können; die Verfügung über zwei Räume wird es besser und vollständiger befriedigen, mit fünf oder sechs Räumen wird es z. B. völlig, bis zur Sättigung befriedigt sein. Ähnlich wird ein Winterrock besserer Qualität (je leichter und zugleich je wärmer er ist) eine „vollständigere" Befriedigung des Schutzbedürfnisses gegen Kälte sicherstellen, ein stärkeres und größeres Auto wird das Bedürfnis nach einem Verkehrsmittel vollständiger be-

friedigen usw. Diese Fälle unterscheiden sich von der Sättigung des Hungergefühls dadurch, daß jeweils die Verfügung über weitere Quantitäten des Guts (Wohnraum z. B.) oder über bessere Qualitäten desselben eine bessere Gesamtbefriedigung sicherstellt. Eine geringere Gesamtbefriedigung kommt überhaupt nicht in Frage, solange das Gut zur Verfügung steht. Wenn also die eigenen Bedürfnisse Grundlage für wirtschaftliches Handeln sind, so müssen bei Gütern dieser Art jedenfalls Bedürfnisregungen, die sich über lange Zeiträume hinaus erstrecken, im Bewußtsein zusammengefaßt werden. Man muß im voraus einen bestimmten Sättigungsgrad für längere Zeiträume ins Auge fassen.

e) Wertschätzung des isolierten Wirts.

Wir gehen jetzt wieder zum Problem der Wertschätzung beliebig teilbarer Güter über. Jede Teilquantität dieser Güter sei geeignet, eine Bedürfnisregung oder eine Gruppe von Bedürfnisregungen zu befriedigen. Wie diese Zerlegung theoretisch weiterführt, läßt sich am besten durch eine Vereinfachung des Tatbestandes klarmachen. Dabei nehmen wir an, daß die Bedürfnisse eines bestimmten Zeitraumes, z. B. eines Jahres, im Bewußtsein lebendig sind, daß Produkte aus einem Vorrat, welcher heute zur Verfügung steht, zur Befriedigung der Bedürfnisse während dieses Jahres, aber nicht darüber hinaus verwendet werden; sei es, weil der wirtschaftende Mensch nicht soweit hinaus in die Zukunft denkt, sei es, weil die Produkte an Verwendbarkeit verlieren [1].

[1] Es ist aber ersichtlich, daß diese Voraussetzungen schon Annahmen sind, die der Wirklichkeit näher rücken. Sozusagen den „reinen Fall" stellt dar: ein konkretes Individuum zu einem konkreten Zeitpunkt mit konkreten Bedürfnissen und einem konkreten Güterfonds. Wie wird dieses Individuum rational konsumieren?, ist die Frage, welche mit den gedanklichen Mitteln der Gebrauchswertlehre beantwortet wird. Von da aus leiten sich alle noch so verwickelten Gedanken dieser Theorie her. Es ist allerdings zweifelhaft, ob man von diesem Ausgangspunkt (des konkreten Menschen mit konkreten Bedürfnissen in einem konkreten Zeitpunkte) die entwickelte Verkehrswirtschaft verstehen kann?

Den einfachsten Tatbestand, den die Grenznutzenlehre meint und auf dem sie aufbaut, bringen wir am reinsten zur Darstellung, wenn wir — nach dem Beispiel v. Böhm-Bawerks — an einen Robinson, d. h. an einen isolierten Wirtschafter denken, der über einen Vorrat an Gebrauchsgütern verfügt. Ich beeile mich aber, zu sagen, daß die Frage noch vollkommen offen bleibt, was wir mit dem hier geschilderten Tatbestand werden anfangen können [1]. Wir denken also an einen Robinson, an einen isolierten Wirtschafter, mit einem Vorrat von Gebrauchsgütern. Diese Gebrauchsgüter sind alle für die Bedürfnisbefriedigung eines bestimmten Zeitraums, z. B. eines Jahres, bestimmt. Wenn z. B. Robinson 5 Sack Getreide besitzt, so wird er diese für folgende Zwecke verwenden: den 1. und 2. Sack für seine unmittelbaren Lebensbedürfnisse, den 3. Sack als Saatgut fürs nächste Jahr [2], den 4. Sack zur Fütterung von Geflügel, um seine Kost nahrhafter und abwechslungsreicher zu gestalten. Des 5. Sackes bedarf er nicht mehr für seine Nahrung und er wird ihn entweder zur Herstellung eines alkoholischen Getränks verwenden oder einen Papagei damit füttern. Wenn von den 5 Sack Getreide, welche ihm zur Verfügung stehen, einer in Verlust gerät oder verdirbt, so wird er natürlich auf die Deckung des letzten, am wenigsten wichtigen Bedürfnisses verzichten; er wird also den Papagei wieder frei-

[1] Es sei vermerkt, daß jede Gebrauchswerttheorie, welche die Wirtschaft von den Wertschätzungen des Einzelmenschen her aufbauen will, einen Tatbestand dieser oder ähnlicher Art im Auge haben muß, da sie ja nicht von der gesellschaftlichen Struktur der Wirtschaft her ihren Ausgangspunkt nimmt. Die Theorie entschlägt sich der Annahme eines solchen — vielfach heute als primitiv empfundenen — Tatbestandes nicht dadurch, daß sie an die Stelle des Robinson höchst elegante Kurven setzt. Meint sie mit diesen Kurven den einzelnen Menschen, so ist es grundsätzlich der Robinsonfall bzw. das Zusammentreffen mehrerer Robinsons (siehe darüber unter S. 198 ff). Der Robinsonfall selbst ist im Aufbau von Bedürfnissen und Vorräten komplizierter als der durch Angebot- und Nachfragekurven gedeckte Tatbestand.

[2] Diese Annahme führt schon über den einfachsten Fall (rationeller Konsum eines Vorrats) hinaus, kann aber bestehen bleiben, weil sie den Tatbestand, wie er hier analysiert wird, nicht weiter beeinflußt. Denn von einer Verknüpfung des Konsums mit der Produktion ist hier noch keine Rede. Die 5 Säcke werden als gegebener Vorrat behandelt.

lassen, da er weder an seiner Nahrung, noch an dem Saatgut des nächsten Jahres zugunsten dieses Luxusbedürfnisses sich wird einschränken wollen.

An diesem vereinfachten Tatbestande ist nun zu erkennen: wenn man Robinson nach der Wichtigkeit, der Bedeutung, dem Werte fragt, den das Getreide für ihn hat, so wird er, nach dem Wert des ganzen Vorrats gefragt, sagen, daß der Wert für ihn unschätzbar, also unendlich, sei. Hängt doch seine ganze Existenz von der Verfügung über das Getreide ab (wenn wir andere Nahrungsmittel als nicht vorhanden annehmen). Wir könnten ihn ebensogut fragen: welchen Wert das Leben für ihn habe. Das ist in wirtschaftlichen Größen nicht auszudrücken, d. h. das Getreide im ganzen wird ihm für nichts feil sein. Wenn wir ihn hingegen nach dem Wert eines Sackes Getreide aus dem Vorrat von 5 Sack fragen, so wird er diese Frage nicht mehr für so absurd halten. Denn innerhalb eines Vorrats von 5 Sack ist der Wert eines Sackes für ihn nach dem Gesagten gleichbedeutend mit der Wichtigkeit, welche das Halten eines Papageis für ihn besitzt. Und er wird wohl in der Lage sein, diesen einen Sack Getreide aus einem Vorrat von 5 Sack abzuschätzen, sich zu fragen, ob er ihn etwa gegen eine Tabakmenge, die ihm ein Jahr hindurch den Genuß einer Pfeife gestatten würde, austauschen möchte. Bei der Entscheidung darüber wird ihn lediglich die Erwägung leiten, welches Bedürfnis ihm das wichtigere ist. Und es wird sich der Austausch oder das Unterbleiben des Austausches aus den Vergleichungen der Bedürfnisse bzw. ihrer Wichtigkeit für ihn erklären lassen.

Gehen wir nun weiter und fragen, ob Robinson einen Sack Getreide gegen eine Tabakmenge tauschen würde, wenn er nur 4 Sack Getreide hätte, so würde die Antwort offenbar anders ausfallen. Auch den letzten Sack Getreide benötigt Robinson noch für seine Nahrung, wenngleich er im Notfall auf ihn verzichten könnte. Wenn er ein ganz passionierter Raucher ist, dann wird er auch den 4. Sack Getreide für die Tabakmenge hingeben, aber er wird vermutlich doch schon schwanken. Er wird nicht mehr schwanken und den Tausch entschieden ablehnen, wenn ihm durch einen Unglücksfall 2 Säcke Getreide vernichtet werden. Denn er wird

als guter Wirt sicherlich nicht die Verfügung über Getreide im nächsten Jahre gegen Tabak eintauschen. Wie immer aber seine Entscheidung ausfallen mag, sie wird davon abhängen, ob die Bedeutung des letzten Sackes, über welchen er verfügt, ob das Bedürfnis, welches er mit dem letzten Sack noch decken kann, dringlicher ist oder weniger dringlich als das Bedürfnis, dessen Befriedigung von der Verfügung über den Tabak abhängt. Für seine Entscheidung wird es vollkommen hinreichend sein, wenn er imstande ist, die Bedürfnisse gegeneinander abzuwägen. Das mag ihm sehr schwer fallen, aber zu irgendeiner Entscheidung muß er, vor die Möglichkeit des Tausches gestellt, gelangen. Entweder lehnt er ab, dann ist ihm die Bedürfnisbefriedigung, welche vom letzten Sack Getreide abhängt, wichtiger als der Tabak, oder er handelt so, als ob sie ihm wichtiger wäre. Tauscht er, so liegt der umgekehrte Tatbestand vor. Um einen Tauschakt durchzuführen oder abzulehnen, ist also nur eine Entscheidung darüber, ob eine Bedürfnisbefriedigung wichtiger ist als die andere, notwendig. Es ist also klar, daß hier nicht zwischen Bedürfnisse überhaupt, sondern zwischen einzelnen Bedürfnisregungen die Wahl getroffen werden muß. Nur in diesem Sinne entscheidet der Grenznutzen, d. h. der Nutzen, welcher von der Verfügung über die letzte Einheit — bei gesichertem Besitz aller übrigen! — abhängig ist, über den Wert einer Einheit aus einem gegebenen Vorrat.

Die Richtigkeit dieses Sachverhalts wird — wenn man nur die Voraussetzungen klar erkennt und festhält — von niemand bestritten werden können. Man wird auch schwerlich behaupten können, daß schon dieser ganz elementare, sorgfältig herauspräparierte Tatbestand irgendwelche gesellschaftliche Elemente (im Sinne einer bestimmten Gesellschaftsstruktur) in sich enthält. Selbst der Tausch ist nur im Ansatz als soziale Beziehung aufzufassen. Das worauf es hier ankommt, ist vom Vorhandensein andrer Menschen unabhängig [1]).

1) Man braucht z. B. nur anzunehmen, daß Robinson von dem in Brüche gehenden Wrack noch rasch einige Gebrauchsgüter in Sicherheit bringen muß, und daß er die Wahl hat, entweder 4 Sack Getreide und 1 Paket Tabak oder 5 Sack Ge-

Freilich ist nun die Frage, und wie sich zeigen wird, eine sehr schwierige Frage, ob man von den in einzelne Bedürfnisregungen aufgespalteten Bedürfnissen, und diesen bloß subjektiven Entscheidungen bis zur Erfassung der Tauschrelation in der Verkehrswirtschaft und damit zur theoretischen Durchdringung der Verkehrswirtschaft, zumal der entwickelten Verkehrswirtschaft, überhaupt vorstoßen kann. Eine Frage, die wir erst behandeln wollen, nachdem wir den Gedanken des Grenznutzens selbst ausgeschöpft haben.

f) Die subjektiven Wertschätzungen nicht quantifizierbar.

Wir kehren also jetzt wieder zu Robinson zurück und fragen: um wieviel für ihn der 1. Sack wichtiger ist als der 2. oder etwa der 5. Darauf wird er keine Antwort geben können. Denn es läßt sich natürlich nicht sagen, daß die Fristung des Lebens 10-, 50- oder 2000 mal wertvoller sei als die Fütterung eines Papageis. Das könnte man schon mit dem Hinweis darauf abweisen, daß der Wert des Lebens, der Existenz für den Wirtschaftenden eine schlechthin unberechenbare, weil unendliche Größe sei und daher ein Quantitätsverhältnis zwischen dieser und irgendeiner andern Bedürfnisbefriedigung gar nicht angegeben werden könne. Dasselbe gilt aber ebenso beim Vergleich von Gütern, die an sich nicht unentbehrlich sind, bzw. beim Vergleich der Befriedigung von Bedürfnissen, die keineswegs an sich eine unendliche Größe darstellen. Wenn z. B. Robinson ohne weiteres bereit wäre, den 5. Sack Getreide gegen 10 Pfund Tabak zu vertauschen, so kann er nur sagen, daß ihm das Rauchen wichtiger sei, als das Halten eines Papageis. Er wird aber nicht sagen können, daß diese Bedürfnisregungen in einem durch Ziffern ausdrückbaren Verhältnis zueinander stehen, er wird nicht sagen können, die 10 Pfund Tabak seien ihm 5mal oder 2mal so wichtig als der 5. Sack Getreide. Denn die Bedürfnisintensitäten sind als intensive Elemente gegeben. Irgendwelche exakte Quantitäten lassen sich mit ihnen nicht verbinden [1]). Es

treide im Boot zu verstauen, ohne daß für mehr Raum vorhanden wäre.

1) Noch Gossen nahm an, daß der „Lebensgenuß" meßbar

ist aber auch für die Brauchbarkeit des Gebrauchswertprinzips unerheblich, ob sich die Bewußtseinsinhalte als solche quantifizieren lassen. Der Nachweis hiefür kann erst weiter unten erbracht werden. Und so mag jetzt die These, trotz ihrer anscheinenden Paradoxie, einfach so hingestellt werden. Denn auf den ersten Blick scheint es absurd, ein Prinzip zur Bestimmung des Wertes mit der Intention auf die Preisbildung hin anzuwenden, das keine Quantifizierung der mit den einzelnen Produkten verbundenen Wertschätzungen gestattet, zumal doch in der Verkehrswirtschaft die Umsetzung in Preise, d. h. Quantitäten, erfolgt, und die Preise die wesentlichsten wirtschaftlichen Tatsachen sind. Das ist aber, wie schon jetzt betont sei, nur ein scheinbarer Widerspruch, der sich späterhin noch aufklären wird.

Durch das gedankliche Hilfsmittel des Grenznutzens löst sich von selbst die Schwierigkeit, die darin bestand, daß Produkte mit hohem allgemeinem Gebrauchswert doch einen niedrigen Wert haben können. Eine Antinomie, die in der Tauschwirtschaft ganz eklatant ist und, wie erwähnt, zur Verwerfung des Gebrauchswerts als Wertmaßstab überhaupt führte. So ist jetzt leicht zu verstehen, daß der Tauschwert „wichtiger" Produkte niedrig, derjenige „unwichtiger" Produkte, z. B. Gold, hoch stehen kann, ja es kann der Tauschwert von Produkten mit sehr hoher Brauchbarkeit 0 sein und wird dann immer 0 sein, wenn der Vorrat, über welchen die Menschen verfügen, im Überfluß ausreicht, um alle Bedürfnisregungen zu befriedigen. Der Verlust einer Teilquantität Wasser wird, wenn genügend Wasser vorhanden ist, um alle Bedürfnisregungen zu befriedigen, z. B. an der reichlich fließenden Quelle, ohne jeden Einfluß auf die Bedürfnisbefriedigung bleiben. Und es wird sich dann auch an diese Teilquantität Wasser keine Wertschätzung anknüpfen, der Wert wird 0 sein, trotz der hohen Brauchbarkeit. So ist also zwar die Antinomie restlos aufgelöst, aber damit ist natürlich die Frage, wie sich der Grenznutzengedanke bis

sei. So wenn er sagt, daß der „Wert der Außenwelt" — als auch eines Gutes — „genau gemessen wird durch die Größe des Lebensgenusses, den sie uns verschafft" (a. a. O. S. 24). Auch Wieser nimmt in seinem „Natürlichen Wert" die Meßbarkeit der einzelnen Bedürfnisse an.

in die Verkehrswirtschaft hinein realisiert und ob er in ihr das ganze Preissystem „tragen“ kann, noch keineswegs entschieden.

Wir betrachteten also bisher nur Vorräte an Gütern, die gegeben sind. Zu diesem Zweck wird ja der Robinson konstruiert, der die Gütervorräte mitbringt, ohne sie selbst produziert zu haben. Seine Wertschätzungen knüpfen sich in der Tat an knappe Gütervorräte, die als einmalige für eine bestimmte Zeit zu verwendende von ihm gedacht werden. Sie entstammen aber nicht seiner eignen Arbeit, noch haben Menschen, die sie mit Arbeit oder Aufwendung von Kosten erworben haben, irgendwelche Ansprüche darauf. Es wird dann untersucht werden müssen, ob und wie die Tatsache, daß Güter nicht gegeben sind, daß sie erworben werden müssen, und daß sie durch Aufwendung von Kosten vermehrt werden können, das Grundprinzip der Wertbildung beeinflußt. Hier haben wir es also immer noch mit dem elementarsten Vorgang der Wertung zu tun, von dem aus aber doch schon, wie gesagt, die Antinomie: hoher Allgemeinwert — niedriger Wert und umgekehrt, aufgelöst werden kann.

2. DAS GRENZNUTZENPRINZIP IM EINFACHEN UND MEHRFACHEN TAUSCH.

Nun handelt es sich darum, den Gesichtspunkt des Grenznutzens von der Wirtschaft des einzelnen Menschen, des Robinson, auf den Tausch zu übertragen. Einige Andeutungen hiefür wurden schon gegeben. Können wir also den Austausch der Produkte untereinander überhaupt nach diesem Gesichtspunkte auffassen? Zu diesem Zweck nehmen wir an, daß mehrere Einzelwirtschafter à la Robinson zusammentreffen, und daß diese einzelnen Personen an jede Teilquantität eines Gutes aus einem bestimmten Vorrat eine bestimmte Wertschätzung knüpfen. Wir nehmen ferner an, daß A nur über Einheiten des Gutes x, B nur über einen Vorrat an y verfügt, und daß jede dieser Personen imstande ist, zu entscheiden, für wie viele Einheiten eines Gutes x sie bereit wäre, eine Einheit des Gutes y auszutauschen. Ebenso auf der Gegenseite, wie viele Einheiten des Gutes y die Besitzer

von y wegzugeben bereit sind, um eine Einheit x zu erwerben. Damit ist offenbar k e i n e Quantifizierung der Bedürfnisintensitäten behauptet. Denn das Gefühl der Wichtigkeit, welche einer Bedürfnisregung zukommt, läßt sich ja nie in eine Ziffer fassen. Ohne das aber zu tun, werden wir doch immer feststellen können, daß die Besitzer der verschiedenen Produkte, A und B mit den einzelnen Produkten Wertschätzungen verknüpfen, welche sich in Ziffern ausdrücken lassen, derart, daß gesagt werden kann, wieviel Einheiten eines andern Gutes A erhalten muß, damit er bereit ist, zu tauschen, und wieviel Einheiten dieses Gutes B für den Erwerb einer Gütereinheit zu geben bereit ist. Die Tauschbeziehungen werden sich dann folgendermaßen gestalten:

a) Isolierter Tausch.

A sei bereit, bis zu 20 x wegzugeben, um 10 y zu erhalten, und B sei bereit, 10 y gegen 15 x einzutauschen. Wir nehmen ferner an, daß A nicht nur seine, sondern auch die Wertschätzung von B kennt, und umgekehrt. In diesem Fall wird ein Tausch sicher zustande kommen. Aber das Austauschverhältnis wird unbestimmt sein, nämlich zwischen 15 und 20 x für 10 y liegen. Ist A geschickter als B, so wird es näher zu 15 x liegen, umgekehrt, wenn B geschickter ist als A, näher zu 20 x für 10 y.

In diesem einfachsten Beispiel denken wir also an zwei Personen, welche über gegebene Vorräte an Gütern x und y verfügen (z. B. über Fleisch und Brot, über Wein und Bier, über Milch und Tabak). Wir betrachten diese Personen nur in ihrer gegebenen Ausrüstung mit diesen Gütervorräten, mit ihren subjektiven Bedürfnissen, die verschieden, aber auch gleich sein können. Damit dieser Tausch überhaupt zustande kommt, muß jedes der beiden Wirtschaftssubjekte noch von dem Gute begehren, welches das andere besitzt. Die Wertschätzungen müssen aber auch in einer bestimmten Korrespondenz zueinander stehen, damit es zum Tausche kommen kann. Wenn z. B. A bereit wäre, 10 x für 10 y zu geben, aber B 10 y nur für 50 x wegzugeben bereit wäre, so wird offenbar trotz Polarisierung des Güterbesitzes ein Tausch nicht zustande kommen können. Daß die Wert-

schätzungen so weit voneinander differieren, kann sowohl in der verschiedenen Ausrüstung mit Vorräten als in der Verschiedenheit der subjektiven Bedürfnisse begründet sein. Diese Frage braucht hier nicht weiter verfolgt zu werden.

Noch ein Wort über den Sachverhalt der Wertschätzung: A richtet sein Begehren auf 10 y und ist bereit, dafür 20 x wegzugeben. Weder 10 y noch 20 x sind Gütereinheiten im strengen Sinne des Wortes, sondern meist kleine Vorräte von Gütern. Der Tausch wird sich auch fast nie auf letzte Einheiten beziehen. Man wird nicht einen Schluck Wein, den Zug an einer Zigarette, sondern eine Flasche Wein, eine Schachtel Zigaretten tauschen. Der einzelne Wirt wird sein Begehren also regelmäßig bereits auf (kleine) Vorräte richten.

Wir können aber schon jetzt auf einen Umstand hinweisen, der gestattet, das Grenzkalkül auch auf kleine Vorräte anzuwenden: Wenn die Bedürfnisbefriedigung nicht nur des heutigen Tages, sondern eines längeren Zeitraumes ins Auge gefaßt wird, so wird bei rationeller Wirtschaft ein solcher kleiner Vorrat nicht sofort verbraucht, sondern über die Zeit hin verteilt werden. Er wird dann gerade die dringlichsten Bedürfnisse während dieses Zeitraumes decken müssen. Die 20 Zigaretten einer Schachtel können auf mehrere Tage hin lauter „erste“ Bedürfnisregungen befriedigen. Denken wir z. B. zwei Kriegsgefangene, welche jeder regelmäßig jede Woche Sendungen erhalten, der eine Zigaretten, der andere Wein, so wird von beiden je ein Vorrat getauscht werden können, ohne daß der Bewertungsgesichtspunkt für Vorräte zum Ausdruck kommen muß. Das ist von erheblicher Bedeutung und spielt insbesondere bei der Übertragung des Grenznutzengedankens auf die Produktionswirtschaft eine große Rolle. (Der Einfluß der Tatsache, daß nicht bloß im Augenblick gewirtschaftet wird, sondern daß es sich um einen Prozeß innerhalb eines langen Zeitkontinuums handelt, wird in den letzten Arbeiten der Wiener Schule intensiv erörtert.)

Es ist nun nur eine Definitionsfrage, ob man schon dieses primitive Austauschverhältnis verschiedener Subjekte bei gegebenen Vorräten Preis nennt. Man muß sich nur darüber klar sein, daß dieses Austauschverhältnis in keiner Weise

durch den Produktionsprozeß bestimmt ist. Insbesondere spielt hier der Gesichtspunkt gar keine Rolle, daß eine bestimmte Preishöhe erreicht werden muß, um ein Wiedererscheinen des Produkts im Austausch zu ermöglichen. Hier sind die Austauschobjekte vielmehr gegeben und die Relation des Austausches hat für die Frage, ob er sich wiederholen kann, nicht die geringste Bedeutung. Lediglich die subjektiven Bedürfnisse der Partner, umgesetzt in eine bestimmte Bereitschaft, ein Austauschobjekt hinzugeben, treten in diesem Tausch in Erscheinung.

b) Einseitiger Wettbewerb im Tausch.

Wir nehmen nun an, daß mehrere Wirtschaftssubjekte, nämlich A_1, A_2, A_3, über einen Vorrat von x verfügen, aber nur B seinen Vorrat an y gegen x eintauschen will. Andere Besitzer von y sind nicht bereit, zu tauschen. Nehmen wir an, A_1 würde 16, A_2 18, A_3 20 Einheiten von x für 10 y weggeben wollen. Nun wird das Austauschverhältnis zwischen x und y schon weit exakter zu bestimmen sein. Denn da nur ein Besitzer von y überhaupt den A_1, A_2 und A_3 gegenübersteht, da nur 10 y einzutauschen sind, so wird die Konkurrenz von A_1, A_2 und A_3 untereinander schon sehr stark den Spielraum einengen, innerhalb dessen sich das Austauschverhältnis fixiert. Es wird in diesem Falle zwischen 18 und 20 liegen. D. h. von der relativen Geschicklichkeit des A_3 und B wird es abhängen, wo sich das Austauschverhältnis fixiert, zu 18, 19 oder 20. Schon hier ist zu sehen, wie der Wettbewerb der Anbietenden von x (die ja zugleich Nachfragende von y sind) das Austauschverhältnis von x ungünstig, das von y günstig beeinflußt. Die Austauschverhältnisse 15, 16, 17 x gegen 10 y kommen jetzt gar nicht mehr in Frage.

Wir werden, ohne in den Sachverhalt einen ihm fremden Begriff hineinzutragen, jetzt die A_1—A_3 Käufer, den B Verkäufer nennen können. Das ist aber nur eine Konvention. Ebensogut sind A_1—A_3 Verkäufer von X und B ist Käufer von x.

c) Beiderseitiger Wettbewerb im Tausch.

Wir nehmen nun an, daß mehreren A: A_1, A_2, A_3 . . . A_n mehrere B: B_1, B_2, B_3 . . . B_n zum Austausch von x gegen y und viceversa gegenüberstehen. Diesen Sachverhalt finden wir auf jedem Markt der Verkehrswirtschaft (außer bei strengstem Monopol). Wir wollen aber hier, wie nochmals betont sei, nicht einen solchen Markt einer Verkehrswirtschaft betrachten, also außer acht lassen, daß „Käufer" wie „Verkäufer" auch andre Güter zu kaufen, bzw. zu verkaufen wünschen; ebensowenig berücksichtigen wir die Verknüpfung mit der Produktionssphäre. Wir gestalten den Tatbestand nur durch eine Mehrheit von Personen auf beiden Seiten aus. Dieses Zusammentreffen mehrerer derart ausgestatteter Personen können wir einen Markt nennen. Der jetzt einsetzende Prozeß der „Preisbildung" kann am besten im Anschluß an Böhm-Bawerk dargestellt werden.

Es seien 10 A-Personen und 10 B-Personen auf dem Markte; der Gegenstand des Marktes seien Wein und Getreide; alle Weineinheiten seien von derselben Qualität, jede A-Person wünsche eine Einheit Wein gegen Getreide einzutauschen, jede B-Person habe die Absicht, eine Einheit Wein gegen Getreide zu erwerben. Die Wertschätzungen der Einzelpersonen, ausgedrückt im Gut x bzw. y, das für sie das „Preisgut" ist, seien verschieden. Das kann darin seine Ursache haben, daß die Zwecke, aus denen die Personen tauschen, verschiedene sind, oder daß ihnen dieselben Zwecke verschieden wichtig sind, oder endlich, daß sie über verschiedene Mengen von Gütern verfügen, die sie selbst wegzugeben bereit sind.

Wir können die zu erwartenden Tauschvorgänge dadurch dem Bild des Marktes annähern, daß wir das eine Gut, x, als Ware ansprechen (z. B. Wein), das andre, Getreide (y) als Tauschgut, für das der Wein feil ist, als Geld. Das ändert am Tatbestand nichts und dient nur der Vereinfachung der Darstellung, bzw. der Annäherung an das Beispiel Böhm-Bawerks. Aus der Darstellung des indirekten Tauschs wissen wir ja übrigens, daß das Geld nichts ist als eine bevorzugte Tauschware, über die oft der Umweg gewählt wird, um überhaupt — in arbeitsteiliger Gesellschaft — einen Tausch

zu ermöglichen. Hier haben wir nun keine Arbeitsteilung, keine Produktion überhaupt, sondern eben nur eine verschiedene Güterausstattung, welche Tauschakte ermöglicht [1]).

Wird nun der Wein als Ware angesprochen, so nennen wir die Besitzer des Weins Verkaufslustige; die Besitzer des Getreides Kauflustige. (Dabei ist es natürlich sehr wohl möglich, daß die Besitzer von Wein auch schon Getreide besitzen, nur mehr davon haben wollen, und vice versa.)

Wir wollen dann die Wertschätzungen der beiden Gruppen in folgender Weise anordnen:

Verkauflustige	Wertschätzungen	Kauflustige	Wertschätzungen
A_1	100	B_1	300
A_2	110	B_2	280
A_3	150	B_3	260
A_4	170	B_4	240
A_5	200	B_5	220
A_6	215	B_6	210
A_7	240	B_7	200
A_8	260	B_8	180
A_9	290	B_9	170
A_{10}	300	B_{10}	150

Die Tabelle soll besagen, daß A_1 bereit ist, ein Faß Wein gegen 100 Einheiten Getreide auszutauschen, A_2 gegen 110 usw. usw. Umgekehrt ist B_1 bereit, 300 Einheiten Getreide für 1 Faß Wein zu geben usw. Die Einheit Wein ist auch hier keine letzte Einheit. Wir dürfen aber an das oben Gesagte erinnern, sowie daran, daß gerade unter einfachen Verhältnissen in größeren Quantitäten getauscht wird. Aber das Beispiel ließe sich — mit einigen Komplikationen — auch so aufbauen, daß die abnehmende Wertschätzung der einzelnen Einheiten auch in Erscheinung treten würde. Freilich setzt das voraus, daß man nur an den Moment denkt und Bedürfniseindeckung auf einen längeren Zeitraum hier nicht in Betracht nimmt.

Wenn wir nun annehmen, daß alle Faß Wein gleichzeitig auf dem Markte sind, desgleichen alle Käufer und Verkäufer;

1) Wir wählen hier Wein und Getreide, zum Unterschied von Böhm-Bawerk, der Pferde für Geld verkaufen läßt, weil bei Wein und Getreide das Kalkül ihrer Besitzer durch den Wunsch, zu konsumieren, mit bestimmt werden kann.

daß alle Faß Wein gleich groß und der Qualität nach gleich sind, daß ferner alle Kauf- und Verkauflustigen genau, nicht nur über ihre eigenen, sondern auch die Wertschätzungen der übrigen Personen unterrichtet sind; daß sich Kauf und Verkauf im Wege der Auktion vollzieht, dann wird sich für alle verkauften Faß Wein derselbe Preis fixieren und es wird sich eine eindeutige Beantwortung der Frage ergeben, zu welchem Preis Kauf und Verkauf vor sich gehen wird. Ebenso wird sich eindeutig die Frage beantworten lassen, wie viele Faß Wein den Besitzer wechseln werden.

Zur Beantwortung dieser Fragen gelangt man, wenn man versuchsweise irgendeinen Preis (d. h. also hier wie immer Austauschverhältnis) nennt und prüft, ob er möglich ist. Nehmen wir z. B. an, daß der Preis von 150 von einem „Leiter der Auktion“ ausgerufen würde, so würden sich sämtliche 10 Kauflustige melden, hingegen würden lediglich 3 Faß Wein zum Verkauf stehen. Jeder von den Kauflustigen, welche mehr als 150 zu geben bereit sind, das sind also B_1—B_9, wird, um sich eines der 3 Faß Wein zu sichern, ein höheres Angebot machen und einer der Käufer wird vielleicht, da er das große Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage sieht, einen Preis von 200 anbieten. Zu diesem Preis werden sich 7 Käufer melden, jedoch nur 5 Verkäufer, und es besteht also noch immer ein Mißverhältnis derart, daß dieser Preis von 200 sich nicht fixieren kann. Allmählich werden die Angebote hinaufklettern, vielleicht auf 220 springen. Da wird sich jetzt zeigen, daß sich das Verhältnis umgekehrt hat: es sind zu diesem Preis nur 5 Personen zu kaufen bereit, hingegen stehen 6 Faß Wein zu diesem Preise auf dem Markte zum Verkaufe. Jeder der Verkäufer A_1—A_6 wird bereit sein, im Preise herabzugehen, um sicher verkaufen zu können; die Senkung des Preisangebotes wird soweit gehen müssen, daß der Preis von 215 u n t e r s c h r i t t e n wird. Denn bei einem Preis von 215 haben wir noch immer 6 Verkaufslustige, hingegen lediglich 5 Kauflustige. Der Preis wird sich also zwischen 215 und 210 fixieren. Dann werden nämlich 5 Verkaufslustige bereit sein, zu verkaufen, und 5 Kauflustige werden kaufen wollen, während sowohl ein Preis von 215 als auch von 220 offenkundig unmöglich wäre. Wenn man ganz allgemein aus-

drücken will, wie sich die Preise fixieren, so wird man die Formulierung von Böhm-Bawerk wählen können, daß sich die Preise „zwischen den beiden Grenzpaaren“ bestimmen. Dabei ist das erste Grenzpaar: der letzte, also schwächste Verkaufslustige, der noch zum Verkauf kommt (A_5), und der Stärkste unter denjenigen Kauflustigen, welche durch die Mechanik des Marktes schon ausgeschlossen werden (B_6). Da dieses Grenzpaar die u n t e r e G r e n z e bildet, so ist die h ö h e r e Ziffer maßgebend, in diesem Falle 210. Das andere Grenzpaar wird gebildet von dem stärksten der vom Markte durch die Mechanik des Marktes ausgeschlossenen Verkaufslustigen (A_6), und dem schwächsten derjenigen Käufer, welche kaufen können, also demjenigen unter den Kaufenden, der am wenigsten zu bieten in der Lage ist, aber noch kaufen kann (B_6). Diese beiden Personen bilden die O b e r g r e n z e und daher ist die n i e d r i g e r e Ziffer maßgebend, also 215.

Die Wertschätzungen dieser Grenzpaare sind für die Preisbildung unter den angegebenen Bedingungen maßgebend. Daß dies im strengsten Sinne des Wortes richtig ist, sieht man daraus, daß die Wertschätzungen oberhalb oder unterhalb der Grenzpaare für die Preisbildung und die Höhe des Umsatzes keine Bedeutung haben. Wenn z. B. die Wertschätzung von A_1 50 oder 20 ist, desgleichen die von A_2, A_3 usw. bedeutend niedriger als 110, 150 usw., hingegen nur A_5 200, A_6 215 — wenn wir ferner annehmen, daß die Wertschätzung von B_1, d. h. der Preis, welchen er bereit ist zu bezahlen, nicht 300, sondern 500 oder 10 000 ist, desgleichen B_2, B_3, B_4 bereit wären, höhere Preise zu bewilligen und nur B_5 und B_6 in ihren Schätzungen gleich blieben, so bliebe doch die ausgetauschte Menge und der Preis ungeändert. Ebenso, wenn wir annehmen würden, daß die Schätzungen von A_7 aufwärts h ö h e r wären, desgleichen die von B_7 niedriger. Die Vorteile, welche A_1—A_4 und B_1—B_4 beim Tausch erzielen würden, wären erheblich größer, als hier angenommen, weil sie eben auch bereit wären, niedrigere Preise zu akzeptieren bzw. höhere zu bezahlen. Aber nach dem Gesetz, daß Jeder lieber mit größerem, als mit kleinerem Vorteil tauscht und daß Jeder den Tausch mit Vorteil anstrebt, auch wenn der Vorteil klein ist, end-

lich infolge der freien Konkurrenz auf dem Markte, würde sich am Endresultat nichts ändern. Weder könnten unter den erwähnten Voraussetzungen die Kauflustigen einen niedrigeren Preis durchsetzen, weil es Verkaufslustige gibt, die auch billiger zu verkaufen bereit wären, noch könnten umgekehrt die Verkäufer einen höheren Preis erzielen, weil es Käufer gibt, welche einen weitaus höheren Preis zu bewilligen bereit wären. Nur wenn sich die Wertschätzungen der Grenzpaare ändern würden, würde der Preis variieren — was näher auszuführen wohl überflüssig ist.

d) Nähere Bestimmung von Angebot und Nachfrage; Analyse der Marktparteien und ihrer Wertschätzungen.

Die Analyse der Wertschätzungen, welche uns auf dem Markte begegnen, zeigt also den innern Aufbau von Angebot und Nachfrage, und wie diese den Preis bestimmen. Es zeigt klarer, als wir bisher sehen konnten, was eine Änderung von Angebot und Nachfrage bedeutet. Um in unserem Schema zu bleiben: wenn an Stelle von A_7 nicht ein Verkaufslustiger steht, der bereit ist, sein Faß Wein um 250 zu verkaufen, sondern 10 oder 100, desgleichen bei A_8 usw. — wenn an Stelle von B_7, B_8 usw. nicht ein, sondern mehrere Kauflustige ständen, die bereit wären, für 200 oder 180, 160 usw. zu kaufen, so wird das alles ceteris paribus unerheblich bleiben. Hingegen wird eine Änderung in der Anzahl von A_1, A_2 usw., B_1, B_2 usw. bis zu dem Grenzpaar hin eine sehr wesentliche Änderung des Preises bewirken; wenn z. B. anstatt eines zwei B_1 vorhanden wären, jeder bereit, 300 zu bieten, so würde sich der Preis ändern. (Er würde nämlich zwischen 220 und 240 betragen.) Nur die Menge der „leistungsfähigen" Nachfrage und des „leistungsfähigen" Angebots ist für den Preis entscheidend, hingegen ist eine Vermehrung der Nachfragenden, welche unter dem Marktpreis zu kaufen bereit wären, vorläufig unerheblich und wird erst wichtig, wenn sich das Angebot der „leistungsfähigen" Käufer vermehrt. Das ist für die Klärung des Begriffs Angebot und Nachfrage sehr wichtig. Freilich, welche Nachfrage und welches Angebot „leistungsfähig" ist, entscheidet sich auch durch die Gestaltung der Gegenseite auf dem Markte. Gibt

es Verkäufer, die sehr leistungsfähig sind, d. h. sehr billig zu verkaufen bereit sind, so werden Käufer leistungsfähig und kommen zum Zuge, die sonst, bei weniger leistungsfähigem Angebot sicher ausgeschlossen geblieben wären. Die ausgeschlossenen Käufer und Verkäufer können als Reserve betrachtet werden, die in Aktion tritt, sobald sich die Zusammensetzung der entscheidenden Schichten von Angebot und Nachfrage ändert.

Aus diesem Schema und der Überlegung, wie sich Marktpositionen auswirken, geht ferner hervor, daß nur die Grenzpaare entscheiden können, nicht aber irgendein Durchschnitt der Wertschätzungen. Die Käufer, welche höhere Preise zu bieten bereit wären, erzielen daher durch die Auswirkung der Grenzpaare, also durch die schwächeren Käufer einen Vorteil, ihre Wertschätzungen brauchen nicht voll in Erscheinung zu treten; das gleiche gilt von den leistungsfähigsten Verkäufern, welche auch zu einem weitaus niedrigeren als dem Marktpreise zu verkaufen bereit wären. Sie erzielen höhere Preise, während die schwächeren Verkäufer vom Markte ausgeschlossen werden und ihn unverrichteter Dinge verlassen müssen. Die Grenzpaare bilden für die stärkeren Marktparteien gleichsam eine feste Mauer, welche sie vor einem Steigen bzw. Sinken der Preise schützt. Sie brauchen nichts für die Niedrigerhaltung bzw. Höherhaltung der Preise zu tun, die Entbehrungen der vom Markte ausgeschlossenen Käufer, die Verluste der vom Markte ausgeschlossenen Verkäufer haben zugleich die Wirkung, den stärkeren Käufern und Verkäufern Vorteile zuzuwenden. Der Vorteil der stärkeren Käufer läßt sich auch im obigen Beispiel ziffernmäßig ausdrücken und mag nach dem Vorschlag MARSHALLS Konsumentenrente genannt werden [1].

Die Berechtigung des Begriffs der Konsumentenrente ist angezweifelt worden. Tatsächlich ist hier der Begriff der Rente in einem etwas ungewöhnlichen Sinne gebraucht. Denn diese Konsumentenrente stellt nicht ein freies Einkommen dar, das vom Konsumenten nun zusätzlich verbraucht werden könnte. Sondern sie deutet nur an, bei welchem Austausch-

1) B_1 z. B., der bereit wäre, 300 für ein Faß Wein zu geben, erzielt bei einem Preise von 212 eine Konsumentenrente von 88.

verhältnis der Konsument noch äußerstenfalls zu tauschen bereit wäre. Hier, wo wir einmalige Tauschakte untersuchen, hat die Konsumentenrente noch einen Sinn. In der Verkehrswirtschaft jedoch (darauf hat z. B. AMONN hingewiesen) wird bei j e d e m Kauf — abgesehen vom „Grenzkauf", d. h. der Ausgabe für das letzte, am wenigsten wichtige Bedürfnis —, eine „Konsumentenrente" erzielt, da ja der Konsument oft für das wichtigste der noch unbedeckten Bedürfnisse äußerstenfalls bereit wäre, das ganze noch verfügbare Einkommen aufzuwenden. Da die Konsumentenrenten nur alternativ gelten, können wir nicht die bei den einzelnen Käufen „erzielten" Konsumentenrenten addieren.

Diese Konsumentenrente würde ganz zum Verschwinden kommen oder wesentlich abnehmen, wenn die einzelnen Einheiten (hier Wein) n a c h e i n a n d e r zum Verkauf kommen. Wäre A_1—A_{10} also z. B. e i n e Person, e i n Verkäufer, würde er über 10 Faß Wein verfügen, würde er das 1. Faß für 100, das 2. für 110 usw. zu verkaufen bereit sein, weil eben die eigne Wertschätzung mit Minderung des Vorrats wächst, so wäre er bei genauer Kenntnis des Marktes in der Lage, folgendermaßen zu verfahren. Er würde das 1. Faß an B_1 für 300 verkaufen, das 2. an B_2 für 290 usw. Wieviel Faß würde er absetzen? Offenbar wieder 5 Faß, für die aber die Preise 300, 290, 260, 240, 220 günstigstenfalls erzielt werden würden. Das 6. Faß würde er nur mehr zu 215 verkaufen, aber B_6 ist ja nur bereit 210 zu geben. A_1 wird nun — korrekterweise — nicht so rechnen können, daß er für die ersten 5 Faß weit mehr erhalten habe, als sie ihm wert waren, so daß er jetzt beim 6. das Austauschverhältnis u n t e r seiner Wertschätzung ansetzen könnte. So wird er, wenn er genau auf seinen Vorteil bedacht ist, nicht handeln. Denn den Überschuß über seine eigene Wertschätzung hinaus für die ersten 5 Einheiten h a t er ja bereits und er hat keinen Anlaß, deshalb die 6. Einheit für ein Entgelt hinzugeben, dessen Nutzen ihm geringer erscheint als der Nutzen des 6. Fasses für seinen eignen Konsum.

Die konkreten Preise können also jeweils als Resultante der subjektiven Wertschätzungen verständlich gemacht werden. Jeder Preis, dem wir auf dem Markte begegnen, ist derart ein Preis, der durch Feststellung der Grenzpaare

fixiert wird. Das Spiel von Angebot und Nachfrage besteht in der Ermittlung der Grenzpaare, derjenigen Käufer- und Verkäufer s c h i c h t e n (denn es handelt sich jeweils nicht um einzelne Personen, sondern um größere Gruppen von Personen), welche die Preise wirklich bestimmen. Dabei ist über die Frage, wovon die Wertschätzungen abhängen, w a s ihre Größe bestimmt, noch nichts ausgesagt. Folgende Umstände sind nun für die Auswirkung der Wertschätzungen, d. h. die Bereitwilligkeit, eine bestimmte Anzahl konkreter Güter als Äquivalent zu bieten, von Bedeutung (obzwar bisher schon erwähnt, seien sie jetzt zusammengestellt):

1. Die Menge der Gebrauchsgüter, über welche der Tauschlustige verfügt. Ganz abgesehen davon, wie die Bedürfnisskala (Rangordnung der Bedürfnisse) des Menschen beschaffen sein mag, wird er bei Gleichbleiben derselben um so größere Mengen seines Gebrauchsguts hinzugeben bereit sein, je größer die Menge ist, über die er verfügt. Denn um so geringer wird der Grenznutzen seines Tauschgutes [1]).

1) Wir können an dieser Stelle den bisher zugrunde gelegten Tatbestand etwas ausbauen: Die einzelnen Verkaufslustigen haben in der Regel den Wunsch, nicht nur eine, sondern mehrere Teilmengen des Produktes zu erwerben. Sie verbinden mit den Einheiten des zum Verkauf stehenden Produktes verschieden hohe Wertschätzungen, in Tauschgut ausgedrückt. Ist B_1 z. B. bereit, für eine Einheit des Produktes 100 Einheiten des Tauschgutes zu geben, so wäre er für die zweite Einheit etwa 80, für die dritte 60, für die vierte vielleicht nur 45 zu geben bereit. Wenn er mehrere Einheiten des Produktes erwerben will, so wird er, trotz der Verschiedenheit der Wertschätzungen für jede Einheit, doch für alle von ihm erworbenen Einheiten nur ein und denselben Preis bezahlen, also z. B. 45 oder 40 oder 30, je nachdem die Wertschätzungen der Grenzpaare den Preis bestimmen. Er wird nicht, weil der Preis z. B. nur 30 ist, mehr als 4 Einheiten des Produktes erwerben, denn eine fünfte Einheit schätzt er z. B. auf 28 oder 25. Er wird sich auch nicht sagen, daß er bei der ersten und zweiten usw. Einheit eine sehr erhebliche Konsumentenrente erzielte und aus diesem Grunde nun für eine fünfte Einheit einen höheren Preis, als seiner Schätzung entspricht, geben könnte, weil etwa der Nutzen, den ihm die 5 Einheiten zusammengenommen stiften, immer noch größer sei als die Aufwendung, welche er dafür zu machen hatte. Alle diese Erwägungen wird er nicht anstellen, weil er ein homo oeconomicus ist, und überlegt: welchen Nutzen, welche Bedeutung hat für mich die f ü n f t e Einheit? Ist derselbe, in Einheiten des Tauschgutes, geringer als die entscheiden-

2. Für die Wertschätzungen der Produkteinheiten und infolgedessen die Menge seines Gebrauchsgutes, welche der Kauflustige zu geben bereit ist, wird die Menge des Produktes entscheidend sein, über welche er bereits verfügt, und zwar für diejenige Zeitspanne verfügt, welche er als Wirtschaftsperiode seinen Erwägungen und Schätzungen zugrunde legt. Hier wird der abnehmende Nutzen seine Bereitwilligkeit, zu tauschen, vermindern.

3. Jeder der Beteiligten wird mit dem Tausch solange fortfahren, als er noch einen Nutzenzuwachs erwarten kann. Je mehr er von seinem Gebrauchsgut fortgibt, um so dringlicher werden die von diesem Gebrauchsgut abhängigen Bedürfnisse, auf deren Befriedigung er verzichten muß. Umgekehrt: je mehr er von dem andern Gut erwirbt, um so schwächer werden die Bedürfnisse, die mit den neu hinzuerworbenen Einheiten befriedigt werden. An irgendeinem Punkte wird daher jedes Wirtschaftssubjekt bei jedem Austauschverhältnis den Tausch abbrechen. Und zwar dort, wo es — rebus sic stantibus, also unter den gegebenen Austauschverhältnissen — ein Nutzenmaximum erzielt. Solange dieses Maximum nicht erreicht ist, wird es den Tausch noch fortsetzen. Je günstiger das Austauschverhältnis für ein Wirtschaftssubjekt bzw. für das Gut steht, über das es selbst verfügt, um so größer der Gesamtnutzen, den es erzielen kann und umgekehrt. Dieser Gesamtnutzen ist freilich kein in Quantitäten auszudrückender Tatbestand. Er ist nur die

den Wertschätzungen der Grenzpaare, so wird er diese fünfte Einheit eben doch nicht erwerben. Dabei ist festzuhalten, daß die E i n h e i t e n des Produktes gesondert zu haben sind und daß der Kauflustige nicht in die Lage kommt, den Vorrat als G a n z e s schätzen und erwerben zu müssen. Nehmen wir nun an, daß sich die Wertschätzungen des Kauflustigen verändern, von 100, 80, 60, 45, 25 usw. auf 200, 160, 120, 90, 50 steigen, so wird sich seine wirksame Nachfrage auf m e h r Produkteinheiten als bisher erstrecken, es werden eine g r ö ß e r e Anzahl von Produkteinheiten den Besitzer wechseln und es werden andere Grenzpaare als bisher den Preis bestimmen, und zwar wird dieser steigen. Umgekehrt, wenn B_1 über weniger Tauschguteinheiten als vorher verfügt. Dabei bleibe zunächst wieder außer Betracht, wodurch und wann sich die Menge der Tauschguteinheiten, über welche Kauflustige verfügen, verändert. Ebenso sind alle übrigen Daten des Marktes als unverändert angenommen.

Gesamtheit der Nutzleistungen, deren Befriedigung dem Wirtschaftssubjekt möglich ist, bei einer gegebenen Menge von Gebrauchsgütern, über die es verfügt, und bei gegebenem Austauschverhältnis zwischen diesen Gebrauchsgütern und den übrigen Gütern auf dem Markte. Bei beliebig teilbaren Gütern und kontinuierlich gestalteten Bedürfnissen wird dieses Maximum des erzielten Gesamtnutzens zugleich die Befriedigung beider hier in Frage kommenden Bedürfnisse bis zum gleichen Grad der Dringlichkeit herab in sich schließen. Wir können dann sagen, daß jedes Wirtschaftssubjekt diejenige Proportion beider Güter wählen wird, bei der der Grenznutzen jedes derselben gleich hoch steht. Oder: der Tausch reicht bis zum Ausgleich des Grenznutzenniveaus. Das gilt in gleicher Weise für die Bedarfsdeckungswirtschaft, wird aber — aus den oben erwähnten Gründen — in der Tauschwirtschaft schärfer bewußt werden.

4. Zur weiteren Ergänzung des bisherigen Bildes kann endlich angenommen werden, daß die subjektiven Wertschätzungen der V e r k a u f s l u s t i g e n für das Produkt, das sie zum Austausch bringen, manchmal gleich Null sind. Wie wird das die Bildung des Austauschverhältnisses beeinflussen? Wir können z. B. annehmen, daß im Beispiel der Kriegsgefangenen einige Nichtraucher mit Zigaretten bedacht werden oder einige Antialkoholiker mit Wein. Schon aus den bisherigen Bemerkungen geht hervor, daß diese Tatsache die Entstehung von Austauschverhältnissen, also von Preisen, nicht hindern würde. Die Konkurrenz der Nachfragenden würde von einem bestimmten Punkte ab ein Herabsinken des Preises ausschließen. Selbst wenn — in unserem Beispiel nur durch Zufall — a l l e auf den Markt kommenden Güter von ihren Besitzern überhaupt nicht geschätzt werden würden, weil sie für dieselben gar keine Verwendung haben, so würde das die Entstehung eines Austauschverhältnisses nicht hindern. Der Preis könnte auch dann aus einem etwas modifizierten Schema abgeleitet werden.

Dieser Fall ist von geringerer Bedeutung für den naturalen Austausch, hingegen wichtig für die Marktanalyse der Verkehrswirtschaft, in deren arbeitsteiliger Produktion die Produzenten n a c h Beendigung der Produktion mit ihren Pro-

dukten fast nie irgendwelche Wertschätzungen verbinden. Der Grenznutzenlehre obliegt dann natürlich der Nachweis, inwieweit doch auch beim Produzenten Grenzen vorhanden sind, unter die der Preis trotz mangelnder eigner Wertschätzung nicht sinken kann, wenigstens nicht auf die Dauer. Aber das greift schon weit über das hier behandelte Problem hinaus.

3. DAS PROBLEM DER QUANTIFIZIERUNG DER WERTE.

In den vorangehenden Abschnitten sind ausführlich die Umstände erörtert worden, unter denen zuerst eine Objektivierung, dann eine Quantifizierung der Wertschätzungen eintritt. Es ist die quantitative Gestaltung der Gebrauchsgüter, die zur Formung der Bedürfnisse in einen quantitativen Ausdruck führt, wobei man sich immer dessen bewußt bleiben muß, daß ein „A l s - o b" vorliegt, wenn man sagt, daß ein Bedürfnis doppelt oder dreimal so stark sei als ein anderes.

Diese Quantifizierung ist nicht nur die Art, in der Bedürfnisse in der Tauschwirtschaft in Erscheinung treten und sich voneinander unterscheiden lassen, sondern sie ist auch die Voraussetzung des Aufbaus eines Systems aus intensiven Bewußtseinsinhalten. Man kann zwar vorstellen, daß die verschiedenen Bedürfnisse ihrer Dringlichkeit nach sich im Bewußtsein abstufen, auch daß die allmähliche Sättigung mit fortschreitender Befriedigung bewußt wird, in einer reinen Bedarfsdeckungswirtschaft jedoch wird der Konsum zu selbstverständlich im gewohnten Lebensraum gegeben sein, als daß sich klare Unterscheidungen an die Bedürfnisbefriedigung anknüpfen werden. Da der isolierte Wirt — zumal in einem traditionalen Produktionssystem — sich ganz in eine gegebene Ordnung einfügt, wird er selten vor eine Wahl oder vor eine Entscheidung gestellt sein, und wo kein Anlaß zur Evaluation der verschiedenen Güter vorhanden ist, wird sie auch nicht stattfinden. Ähnlich werden, wo eine Ausstattung mit Gebrauchsgütern durch Dritte erfolgt (Pensionierung, Altenteil usw.), die Bedürfnisse in bestimmter Weise gedeckt sein, und es wird das Wirtschaftssubjekt lediglich die Rangordnung seiner Bedürfnisse zu überdenken haben, ohne daß es in der Lage wäre, die Gesamtmenge der zu befriedigenden Bedürfnisse zu vermehren. Erst in einer Verkehrswirtschaft ist diejenige Beweglichkeit und fortgesetzte Notwendigkeit der Entscheidung gegeben, welche zu ständiger Vergleichung und Bewertung der Bedürfnisse und der Mittel zu ihrer Befriedigung innerhalb eines gegebenen Rahmens nötigt.

Wir können zwar grundsätzlich vorstellen, daß auch in der Bedarfsdeckungswirtschaft eine ständige gegenseitige Vergleichung der Bedürfnisse und ihrer einzelnen Regungen als Bewußtseinstatsache stattfindet. Aber selbst bei sehr bescheidener Bedarfsdeckung wird die Mannigfaltigkeit der Bedürfnisse und der Güter einen systematischen, klar gegliederten Überblick über alle Möglichkeiten und ein Urteil über die optimale Kombination fast sicher ausschließen.

Es ist also schon für die Bedarfsdeckungswirtschaft richtig, daß nur die Notwendigkeit der Wahl d. h. grundsätzlich der Tausch [1]) diejenige Objektivierung und damit Fixierung der einzelnen Güter mit sich bringt, die erforderlich ist, um ihren Wert klar bewußt zu machen und mit dem Wert anderer Güter in ein klar übersehbares Verhältnis zu setzen. Wertungen werden eben nur in der Vergleichung der Wichtigkeitsgrade einzelner Güter existent. Bei gesichertem Besitz und so auch bei traditioneller Wirtschaft treten sie nicht gesondert und voneinander deutlich unterschieden ins Bewußtsein. Alles, was wir über die Wertung beim isolierten Wirt gesagt haben, ist zwar nicht unrichtig, aber erst aus den Erfahrungen der Verkehrswirtschaft abgeleitet, und der isolierte Wirt wird diese Wertungen überhaupt nicht vollziehen, sondern sich erst dann ihrer bewußt werden, wenn er aus seinem gesicherten und zugleich beengten Lebenskreis heraustritt und sich veranlaßt sieht, diese Bedürfnisse mit anderen zu ver-

1) Daher faßt SCHUMPETER ganz richtig jedes wirtschaftliche Handeln als einen Tausch auf. In der Tat kann der isolierte Wirt im Tausch mit der Natur vorgestellt werden, der er seine Arbeitsleistungen als Äquivalent hingeben muß. Dadurch wird Objektivierung und Möglichkeit der Rechenhaftigkeit auch in diesen individuellen wirtschaftlichen Vorgang hineingetragen.

gleichen, wenn er durch die Möglichkeit der Veränderung zu einer Schätzung der einzelnen Bedürfnisse gelangt.

Mit der Darstellung des Tauschs ist zugleich auch schon das Problem der Quantifizierung der Werte gelöst. Denn es zeigt sich ja deutlich, wie der Tausch selbst schon durch die Natur der im Tausch stehenden Dinge die Wertschätzungen zunächst objektiviert. Da sich aber die Objekte des Austauschs stets in gleichartigen Einheiten, also in Quantitäten darstellen, so erscheint im Tausch naturnotwendig als Gegenleistung des angebotenen Gebrauchsgutes eine Quantität von andern Gebrauchsgütern, wie ja auch das eigne Gebrauchsgut in Quantitäten angeboten wird.

Wenn wir nun annehmen, daß mehrfache Tauschakte erfolgen, daß eine ganze Reihe von Personen gegeben ist, welche gerne ihre eignen Gebrauchsgüter gegen andre vertauschen möchte, und wenn wir ferner annehmen, daß gar nicht alle Tauschakte direkt vor sich gehen — weil A nicht dessen bedarf, worüber B verfügt, hingegen C, der ein Gebrauchsgut auszutauschen wünscht, das A begehrt, so haben wir den schon bekannten Tatbestand des indirekten Tauschs. Dieser indirekte Tausch wird sich bald eines besonders bevorzugten Tauschgutes bedienen, das in die Rolle des Geldes rückt, wenn die indirekten Tauschakte häufiger werden und wenn dieselben Tauschrelationen innerhalb desselben Verkehrskreises mit einer gewissen Regelmäßigkeit wiederkehren. Man kann, ohne den Tatbestand in seinem Wesen zu verändern, annehmen, daß sich dann alle Tauschakte auf dem Umweg über das bevorzugte Tauschgut abwickeln werden.

Dieses Tauschgut bleibt aber noch Gebrauchswert und die Austauschverhältnisse werden unter den hier angenommenen Bedingungen immer auf der Brauchbarkeit der einzelnen Güter, auf ihrem Grenznutzen beruhen. Das wird auch dann noch der Fall sein, wenn das den Tausch vorzugsweise vermittelnde Gebrauchsgut in der Regel nur mehr als Tauschgut verwendet wird, aber nicht mehr als Träger von Nutzleistungen. Damit würde dieses Gebrauchsgut zum Geld. In einer Verkehrsgesellschaft, in der nicht produziert, aber regelmäßig getauscht wird, in der Vorräte ständig periodisch in den Besitz der Wirtschaftssubjekte gelangen, wird die Entstehung des Geldes aufs engste mit dem Sparprozeß ver-

bunden sein. Wird der indirekte Tausch in dieser Art der Regelfall, so wird eine restlose Quantifizierung des Ausdrucks erfolgen, den die einzelnen Bedürfnisregungen annehmen. Denn jetzt muß ja jeder seine subjektiven Wertschätzungen aufs Tauschgut beziehen, derart, daß er Produkte, die er verkauft, gegen das Tauschgut, das Geld, hergibt, weil er für dasselbe alle andern Produkte erwerben kann, deren er bedarf. Seine einzelnen Wertungsakte werden immer noch den Inhalt haben, daß eine bestimmte Menge des Tauschgutes von ihm höher oder niedriger eingeschätzt wird als das auf dem Markte stehende Produkt. Aber derart wird seine rein qualitative, lediglich Intensitätscharakter besitzende Schätzung einen quantitativen Ausdruck gewinnen, welcher mit allen anderen Schätzungen, die sich auch auf dasselbe Tauschgut beziehen, objektiv verglichen werden kann. Das liegt dann eben in der Natur eines Tauschprozesses, der sich allseits auf dasselbe Tauschgut bezieht. Ein quantitatives Verhältnis der Schätzungen, also der Nutzenempfindungen untereinander besteht aber nicht; schon deshalb nicht, weil es gar nicht richtig ist, daß die Schätzung, welche mit 300 Geldeinheiten verbunden wird, die dreifache derjenigen sei, welche sich mit dem Besitz oder der Hingabe von 100 verknüpft. Aber das tägliche Leben verfährt mit Recht so, als ob die Intensitäten der Bedürfnisse sich quantitativ auffassen ließen und sich in den Geldbeträgen ausdrückten, die der Käufer zu geben bereit ist bzw. gibt. —

Es ist eingewendet worden (z. B. von Amonn), daß der Sachverhalt, wie er hier dargestellt wurde, nie vorliegen könne, sondern es wäre korrekt und realistisch zu sagen, daß bei jedem gegebenen Bedürfnisstand der Konsument bereit wäre, für das noch ungedeckte, aber jetzt wichtigste Bedürfnis die gesamte Kaufkraftsumme, über die er verfügt (in unserem Falle also alle Gebrauchsgüter, die er besitzt), wegzugeben. Erst wenn er infolge der Marktsituation, also infolge der Konkurrenz der Anbieter und weil stärkere Käufer als er nicht mehr auf dem Markte sind, das Gut zu einem geringeren Gegenwert erwerben kann, wird Kaufkraft für das nächste Bedürfnis frei, für das er aber jetzt wieder notfalls die ganze ihm noch zur Verfügung stehende Kaufkraft anwenden wird usw.

Diesem Gedankengang aber steht die Tatsache entgegen, daß der Konsument doch stets eine ganze Gruppe von Bedürfnissen bei seiner Bedarfsdeckung im Auge hat. Er wird womöglich trachten, sie nebeneinander zur Befriedigung zu bringen. Er wird überhaupt — auch in unserem Beispiel eines sehr einfachen Tauschkreises, der sich bildet — geneigt sein, die auf dem Markte entstehenden Austauschverhältnisse schon als Maß seiner Wertung zu betrachten. Er würde daher einer Erhöhung des Austauschverhältnisses zugunsten des für ihn momentan wichtigsten Bedürfnisses den schärfsten Widerstand entgegensetzen, selbst durch Abstinenz vom Markte. Eine solche Wertung wäre gewiß unlogisch, sie würde sich nur im Rahmen der bisher üblichen Austauschverhältnisse begreifen lassen. Aber wir können sie, wenn sie stattfindet, nicht als falsch bezeichnen. Dieses Vorgehen, das für die Preisbildung seine sehr sichtbaren Konsequenzen hat, besteht in der Tat und hat seine Begründung in der subjektiven Vorstellung der einzelnen Konsumenten, daß sie mit den verschiedenen Gütern abgestufte, nebeneinander stehende und bestehende Wertschätzungen verbinden. Die Aussage, daß B_1 das Produkt a auf 300, b auf 150, c auf 100 schätzt, soll also genauer ausgedrückt bedeuten, daß er bereit ist, sich simultan mit diesen Äquivalenten in den Tauschzusammenhang einzufügen.

Da man sinngemäß den von Amonn angewendeten Grundsatz auch auf die Erwerbung der aufeinanderfolgenden Teilquantitäten desselben Gutes ausdehnen müßte, so könnte man von einem System der Wertungen eines Konsumenten überhaupt nicht sprechen. Man könnte nur sagen: dieser Konsument verfügt über eine bestimmte Anzahl von Gebrauchsgütern. Gibt es ein Bedürfnis, das ihm wichtiger ist als die Befriedigung aller der Bedürfnisse zusammengenommen, die er mit seinem Tauschgutvorrat zu befriedigen vermag, so wird er diesen ganz dafür weggeben. Bleibt ihm nach der Marktlage etwas übrig, so wird dieselbe Überlegung für den Rest angestellt werden können, und wird z. B. angenommen, daß ein Kriegsgefangener lediglich über eine Menge eines Tauschgutes, z. B. Zigaretten, verfügt, selbst aber nicht raucht, so werden sich seine Wertschätzungen nicht nebeneinander aufbauen lassen, sondern er wird einfach von Bedürfnis zu Bedürfnis fortschreitend die Marktlage akzeptieren müssen. Er hat dann kein „System von Wertschätzungen", sondern in seinem Bewußtsein nur eine Skalierung, auch wenn er fortschreitend von Bedürfnisbefriedigung zu Bedürfnisbefriedigung tauscht. In diesem extremen Fall hat der Konsument keinen Einfluß auf die Austauschverhältnisse, sondern ist von den objektiven Daten — seinem Vorrat an Zigaretten und den Wertschätzungen seiner Partner — abhängig. Er wird die Austauschverhältnisse nur dadurch mitbestimmen, daß er nach der erwähnten Skala seiner Bedürfnisse vorgeht. —

Das Institut des Geldes als eines allgemein anerkannten Tauschmittels, und zwar eines Tauschmittels, das in sich gleichartig, dessen einzelne Einheiten vertauschbar sind, so daß jede beliebige Masse dieses Tauschmittel durch eine Quantität ausgedrückt werden kann, gibt also auch der Wirtschaft, welche auf der Grundlage subjektiver Wertschätzungen ruht, eine quantitative Form. Die einzelnen Wertschätzungen einzelner Personen, welche ihrer Natur nach vollkommen unvergleichbar sind, welche Intensitäten darstellen und ihrem Erlebnisgehalt nach die ganze Weite menschlicher Empfindungsfähigkeit ausfüllen — können in der Welt der Wirtschaft nicht wirksam werden, wenn sie sich nicht aus dem Wurzelboden des subjektiven Bewußtseins loslösen und in eine Austauschbeziehung zu konkreten Sachgütern treten. Diese Austauschbeziehung wird sich am häufigsten und leichtesten zum Geld herstellen lassen. Damit aber werden die subjektiven Wertschätzungen, die bereits im direkten Gütertausch objektiviert wurden, jetzt auch quantifiziert. Sie sind nicht mehr lediglich Bewußtseinsakte. Das bleiben sie allerdings auch noch. Aber darüber hinaus verdichten oder vereinfachen sie sich zu einem zahlenmäßigen Ausdruck. Diese Umformung ist für den Verkehr und damit für die Menschen, mit denen jedes Wirtschaftssubjekt zu tun hat, das Wesentliche. Für die andern Menschen tritt also die ganze Fülle der subjektiven Bewußtseinsinhalte gar nicht mehr in Erscheinung. Sie bildet nur den Hintergrund, aus welchem die objektivierten, für den Verkehr allein wesentlichen, in Geld umgeformten Wertschätzungen ausdrücklich heraustreten. In einer Volkswirtschaft, welche eine Ver-

kehrswirtschaft geworden ist und in der die überwiegende Anzahl der Tauschakte indirekte Tauschakte sind, hört darum die unmittelbare Beziehung zwischen Produkt und Mensch noch nicht notwendigerweise auf. Denn die Schätzung eines Gutes in Geld hat nur einen Sinn und ist nur möglich, weil das Geld wieder die sichere Chance bietet, damit andere Produkte auf dem Markte zu kaufen. Sofort würde das Geld nicht mehr in der gleichen Weise geschätzt werden, wenn es aufhören sollte, allgemeines Tauschmittel zu sein, selbst wenn ihm (wie etwa Gold oder Silber) ein unmittelbarer Gebrauchswert zukäme. Das Geld ist nur der Weg, das Mittel, welches gewählt wird, um zu den konkreten Objekten zu gelangen. Und wenn ich sage, ich bin bereit, ein Gut A, z. B. ein Pferd, für 1000 Mark zu verkaufen, so ist das nur ein sehr abgekürzter Ausdruck dafür, daß ich bereit bin, das Pferd zu vertauschen gegen eines oder eine Gruppe derjenigen Güter, welche ich nach der gegenwärtigen Lage auf dem Markte imstande wäre, für 1000 Mark zu kaufen. Es wird also auch die unmittelbare Beziehung der Güter aufeinander in der Geldverkehrswirtschaft überdeckt, genau so wie die subjektiven Wertschätzungen, und es treten lediglich die Kaufs- und Verkaufsakte gegen Geld in Erscheinung.

Bisher war immer noch von Einzelindividuen die Rede. Auch wenn wir eine Gruppe von Tauschenden annehmen, so sind wir doch noch nicht innerhalb einer Verkehrsgesellschaft. Allerdings haben wir in diesem Tauschkreis bereits einige Elemente in den Tatbestand eingeführt, die erst in einer arbeitsteiligen Verkehrswirtschaft große Bedeutung erlangen. So insbesondere die Tatsache, daß die „Verkäufer“ mit den Gütern, die sie auf den Markt bringen — nachdem sie einmal produziert sind —, keinerlei Wertschätzungen verknüpfen.

Auch innerhalb eines solchen einfachen Tauschkreises werden die Bedürfnisse nur dadurch und nur insoweit existent, als die Individuen selbst über Güter verfügen oder durch Tausch in den Besitz von Gütern gelangen können. Erst in der Güterwelt konkretisieren sich und erst in der Güterwelt entstehen viele von den Bedürfnissen. Auch die Wertschätzungen, soweit sie überhaupt eine Realität erlangen und nicht bloß Traum- und Hirngespinste bleiben, werden

nur an die vorhandenen Güter geknüpft, weil ja — eine banale Wahrheit — die Bedürfnisse nur mit vorhandenen Gütern befriedigt werden können. Es sind also gewisse Gegebenheiten notwendig, damit die subjektiven Wertschätzungen zu irgendeiner Existenz gelangen können. Selbst unbefriedigte Wertschätzungen bedürfen dieser Gegebenheiten. Auch wenn ein Individuum vom Markt ausgeschlossen ist, gehört es gewissermaßen zu diesem Tauschkreis dazu.

Unter unseren Voraussetzungen kann die Grenznutzenlehre also — folgt daraus weiter — erklären bzw. innerhalb ihres Schemas verständlich machen, wie sich Menschen unter gewissen Gegebenheiten verhalten werden. Aber sie kann natürlich nicht und will hier auch nicht erklären, wieso die Menschen in die Lage kommen, in der sie sich befinden, denn die Güterausstattung, über die sie verfügen, ist ein Datum und in einem Tauschkreis von Nurkonsumenten ist die Entstehung der Güter kein Problem.

In einem Produktionssystem aber können die Gütermengen, über welche die Wirtschaftssubjekte verfügen, nicht als gegeben betrachtet werden. Sie sind ja das Resultat zielbewußten, von wirtschaftlichen Erwägungen geleiteten Handelns und die Aufhellung ihres Entstehungsprozesses muß auch vom Wertprinzip aus erfolgen, da ja das Produzieren die Voraussetzung des Konsums ist und dieser wieder auf die Produktion hinführt. Wir werden daher später fragen müssen: kann die Grenznutzenlehre aus denselben Grundgedanken, aus denen sie den rationellen Ablauf eines von der Produktion unabhängigen Konsums deutet, d. h. aus dem Prinzip des Grenznutzens, das Gesamtgefüge von Produktion und Konsum verständlich machen, und zwar besser als die objektive Wertlehre?

4. DIE NACHFRAGE DES KONSUMENTEN.

Was die Grenznutzenlehre eigentlich problematisch macht, ist die Schwierigkeit, von ihrem Grundgedanken her, also aus den subjektiven Bedürfnisregungen und ihren Stufungen zum Marktbilde der Verkehrswirtschaft zu gelangen. Oder wie es Böhm-Bawerk ausdrückte: es fragt sich, ob tatsächlich die „Preise ein gesellschaftliches Mosaik sind, aufgebaut

aus einem Urmateriale subjektiver Nutzwertschätzungen".

Wenn wir den ganzen, sehr verwickelten Zusammenhang ordnen sollen, finden wir: im Grunde des Tatbestandes liegen allerdings die subjektiven Wertschätzungen. Kein Kauf eines Verbrauchsgutes kann erfolgen, ohne daß — bei rationalem Handeln — jeweils das dringlichere Bedürfnis dem weniger dringlichen vorangestellt wird. Die Bedürfnisse sind also in ihrer Intensitätsstufung den Individuen gegeben und insoweit verschieden. (Auch hier aber wird man die weitgehende soziale Bestimmung in der Rangordnung der Bedürfnisse nicht übersehen dürfen.) Diese Stufung wird aber noch wenig in die Erscheinung treten, wenn das Individuum nur über ein Naturaleinkommen verfügt, d. h. wenn ihm für eine bestimmte Zeit Gütervorräte ganz konkret gegeben sind, z. B. eine bestimmte Wohnung, bestimmte Einrichtung derselben, bestimmte Kleidungsstücke, Ernährung usw. usw. Das kommt auch in der Verkehrswirtschaft vor. Nehmen wir z. B. den Fall eines Naturallohnes für Arbeiter, wobei selbst die Art und Häufigkeit des Luxuskonsums gegeben sei (z. B. Tabak, Lektüre, Theater usw.), ohne daß eine Auswahl der Konsumenten stattfinden könnte. (Z. B. eine Pension ohne jede Möglichkeit selbständiger Formung des Konsums, auch ohne die Möglichkeit einer Wahl.) Dann würde sich die Stufung und Skalierung der Intensität nur wenig ins Bewußtsein heben, insbesondere bei traditionell gebundenem Konsum. — Eine Objektivierung und damit Fixierung, ein Bewußtwerden der Bedürfnisse ihrer Intensität nach, wird erst angebahnt werden, wenn eine Wahl stattfindet. Wenn also der Konsument vor die Entscheidung gestellt wird, ob er z. B. — sei es für das ganze Jahr oder mit Wahlmöglichkeit von Monat zu Monat — Tabak oder Lektüre oder Theater vorzieht, ob er Käse oder Obst zum Nachtisch möchte usw. Wenn hier wieder die Positionen gegeben sind, so wird er die oft sehr schwierige und bei liebevollstem Studium des eignen Selbst kaum zu begründende Wahl eben doch treffen müssen, und uns damit das Recht geben, zu behaupten, daß er das Bedürfnis a höher schätze als b, oder daß er wenigstens so handle, als ob er das täte. Es ist eine weitere und sehr schwierige Frage, wie die Entscheidung ausfallen wird, wenn der Konsument zwischen

Gütervorräten bzw. Gütern, die in sich „Vorräte" an Leistungen bergen, entscheiden muß, wobei das eine Gut ein sehr dringliches Bedürfnis befriedigt, das jedoch seltener auftritt, das andre ein weniger dringliches, das sich aber konstant geltend macht. Dieser Fall liegt z. B. vor bei der Wahl zwischen einer Heizungsanlage in einem milden Klima und einem Auto. An manchen, aber wenigen Tagen befriedigt die Heizungsanlage ein sehr dringliches Bedürfnis — an den meisten Tagen sind die von ihr zu erwartenden Nutzleistungen geringer zu werten als die des Autos. Offenbar kann man diese theoretisch vorstellbare Verschiedenheit der Stufung zwar mathematisch sehr leicht formulieren, aber sich nicht zur Gänze anschaulich machen, wie es auch fast unmöglich sein wird, generell zu entscheiden, wie denn die Wahl bei einem solchen Tatbestand fallen wird. Man wird hier gewiß nicht integrieren wollen, man wird daher hier nur diesen Tatbestand und seine Schwierigkeiten aufzeigen können. Man wird dann nur nachträglich aus der Entscheidung des Konsumenten schließen dürfen, welchem Bedürfnis er den Vorzug gegeben hat. Dieses nennen wir dann das dringlichere Bedürfnis.

Auf der nächsten Stufe des Sachverhalts, in dem dann die Klärung und Objektivierung weitere Fortschritte macht, mag der Konsument die Möglichkeit haben, über die Dosierung der einzelnen Bedürfnisse, d. h. die Anzahl der Teileinheiten, zu disponieren. Das kann so geschehen, daß er im ganzen eine bestimmte Anzahl von Teileinheiten zur Verfügung gestellt erhält und daß er in diesem Rahmen die Kombination frei wählen kann. Der Wirklichkeit stünde noch näher, wenn jede Gütereinheit mit einem Index ausgezeichnet wäre und wenn der Konsument selbst über Gütereinheiten disponieren dürfte, die zusammengenommen diesen Indizes nach eine bestimmte Summe erreichen. Also hätte er z. B. das Recht, im Laufe des Jahres über Güter zu disponieren, welche zusammengenommen 5000 sind, in dem Sinne, daß er Güter konsumieren darf, deren Einzelindizes zusammengenommen 5000 ergeben. Ob von seinem Gesichtspunkt aus die in den Indizes erfolgte Differenzierung nun berechtigt oder begründet sein mag oder nicht, tut offenbar nichts zur Sache. Er wird unter

diesen Voraussetzungen jedenfalls alsbald lernen, sich „einzurichten“ und ein Optimum für sich, nach seinen Bedürfnissen, aufzubauen. Er wird sich diesem ganzen System von Indizes gegenüber freilich passiv verhalten müssen und eben nur — im Rahmen von 5000 — die Möglichkeit der Wahl haben, in der er aber auch durch die physisch und gesellschaftlich zwingend gegebenen Bedürfnisse beschränkt sein wird.

In diesem Beispiel haben wir bereits den idealen Fall eines differenzierten Konsumenten vor uns. Wir können ihn alle Nuancen der Grenznutzenlehre exerzieren lassen, so den Ausgleich des Grenznutzenniveaus, die Konsumentenrente usw. Ferner können wir sehen, daß sich in diesem Fall erst die diffusen, subjektiv kaum gestaltbaren Bedürfnisse, durch Hinlenkung des Begehrens auf bestimmte, für den Konsumenten erst jetzt erreichbare Güter konkretisieren, und daß durch die Zuordnung der Güter zu Quantitäten wie durch Begrenzung der Gesamtdisposition erst die Möglichkeit der Variation und der klaren ins Bewußtsein gehobenen Entscheidung gegeben wird. Denn wäre die Gesamtindexsumme, über die der Konsument disponieren darf, unbegrenzt, so würde er eben aus den gegebenen Gütern, soweit sie für ihn überhaupt Brauchbarkeit besitzen, alle auswählen, um seine Bedürfnisse bis zum Nullpunkt zu befriedigen. Er hätte also Entscheidungen nicht zu fällen, Intensitäten nicht gegeneinander abzuwägen. Wird aber die Gesamtdisposition begrenzt, dabei jedoch freie Auswahl gelassen, so kann dies nur durch Quantifizierung geschehen. Denn was ist diese freie Wahl anderes als der Ausdruck dafür, daß der Konsument entweder A oder B oder C oder 2 D oder 2 E oder 3 F oder 3 G oder 3 H oder 4 I oder 4 K usw. usw. verbrauchen kann, bzw. daß in der Gesamtdisposition an Stelle 1 A: 4 K treten können und umgekehrt. Und wie soll denn die Begrenzung überhaupt geschehen, wenn nicht durch Feststellung eines Spielraums, innerhalb dessen sich der Konsument bewegen darf, und der nicht besser und jedenfalls nicht exakter bestimmt werden kann, als durch die Quantität eines Gutes, z. B. A oder I, die er konsumieren dürfte, bei Fixierung all der Wahlmöglichkeiten zwischen A und all den übrigen Gütern.

(Die Wahlmöglichkeiten könnten zwar auch b l o ß in natura ausgedrückt werden oder die Güter könnten z. B. mit Farben als Indizes bezeichnet werden und der Konsument könnte eine Anzahl verschiedenfarbiger „Gutscheine“ erhalten, aber auch dann würde die Erlaubnis der Variation zwischen den verschiedenen Gütern offenbar die Notwendigkeit der Fixierung eines quantitativen Verhältnisses bedingen, in dem die Gutscheine gegeneinander austauschbar sein sollen.)

Die Situation des hier vorgestellten Konsumenten ist exakt die des Rentners auf dem Markt einer Verkehrswirtschaft. Eine Rente von 5000 Mark erlaubt weitestgehende Wahlmöglichkeit im Rahmen der gegebenen Preise (Indizes unsres Beispiels). Daraus folgt aber: daß die subjektive Wertschätzung der Konsumenten überhaupt erst im Rahmen der gegenseitig, relativ zueinander gegebenen Wahlmöglichkeiten zwischen den einzelnen Konsumakten und in der Begrenzung des Konsums überhaupt in Erscheinung treten kann. Es ist nun unschwer zu sehen, daß der „Indexsumme“ unseres Beispiels das „Einkommen“ in der Verkehrswirtschaft entspricht, und daß wir uns einen analogen Begriff in der Bedarfsdeckungswirtschaft höchstens als Gesamtheit der zur Verfügung stehenden Arbeitsleistungen und Güter (indirekt also auch Kommando über Arbeitsleistungen) vorstellen können. (Dazu kommen noch die seltenen, aber einfach vorhandenen Naturgaben, die gewissermaßen neben dem ganzen Prozeß der Wertschätzung liegen, den wir hier im Auge haben. Nur indirekt wirken sie — durch Befriedigung mancher Bedürfnisse, auf die Wertschätzungen ein. Ihnen sind in der Verkehrswirtschaft z. B. G e s c h e n k e vergleichbar, in Art und Menge gegebene Güter, mit eventueller Rückwirkung auf die Verwendung des eignen Einkommens.)

Ferner mag aus diesem Beispiel abgeleitet werden, daß die Grenznutzenlehre in erster Linie eine Theorie der Rationalisierung des Konsums ist, aber als solche ein System der möglichen Konsumgestaltungen bzw. der Wahlmöglichkeiten zwischen den Gütern zur Voraussetzung hat, was schon in sich ein System g e g e b e n e r „Preise“ impliziert. Gewiß sind diese subjektiven Wertschätzungen von der Person abhängig, aber sie werden erst in einem System von Preisen

existent. Können wir daher dieses aus ihnen aufbauen? Diese Frage kann nur bejaht werden, wenn die Preise letzten Endes in subjektiven Wertschätzungen wurzeln. Erst dann eben können die Austauschverhältnisse als Resultate der subjektiven Wertschätzungen erscheinen.

5. DIE GRENZNUTZENLEHRE IN DER EINFACHEN ARBEITSTEILIGEN VERKEHRSWIRTSCHAFT (STATISCHE WIRTSCHAFT)

a) Die Arbeit als Gut in der einfachen Verkehrswirtschaft.

Ein Wirtschaftssystem ist erst vorhanden, wenn ein System der Produktion in ein System des Konsums mündet und dieses wieder die Voraussetzung der Produktion bildet. Das wurde schon entwickelt.

Vom Gesichtspunkt der Grenznutzenlehre aus wird nun jede Produktion lediglich mit Rücksicht auf einen künftigen Konsum aufgefaßt werden können. Der Produktionsprozeß wird schon im Hinblick auf das Konsumgut betrachtet, dessen Voraussetzung er ist. Insbesondere wird die Verfügung über Produktionsmittel nur wichtig sein, weil sich daran in der Zukunft der Besitz von Konsumgütern knüpft. Haben wir ein System unfreier Wirtschaft, z. B. Sklavenwirtschaft, vor uns, so werden in der Tat diese menschlichen Produktionsmittel nebst den sachlichen, an denen sie sich betätigen, als ein in Zukunft entstehender und dauernd fließender Konsumgüterstrom betrachtet werden können.

In der einfachen arbeitsteiligen Verkehrswirtschaft mit freien Personen sind die Arbeitsleistungen die wichtigsten Produktionsmittel, wenn wir vom Boden absehen. Sie werden demnach Wert haben, man wird sich von ihnen mit Rücksicht auf die Bedürfnisbefriedigung abhängig fühlen. Arbeitsleistungen werden ihrem Wert nach den Gütern gleichzusetzen sein, die sie produzieren.

In der einfachen arbeitsteiligen Verkehrswirtschaft kann ich also sagen: wenn ich ein Gut verkaufe, verkaufe ich eine Arbeitsleistung und umgekehrt, wenn ich eine Arbeitsleistung verkaufe, verkaufe ich ein Gut. (Von den Äquivalenten der Grundrente wird hier abgesehen.)

In einer einfachen arbeitsteiligen Verkehrswirtschaft wird also der Besitzer von Arbeitsstunden, d. h. derjenige, welcher imstande ist, zu arbeiten, jeweils vor die Frage gestellt, ob er bereit ist und zu welchem Äquivalent er bereit ist, seine Arbeitskraft zu betätigen, ihre Leistung zu verkaufen. Es ist dann grundsätzlich derselbe Vorgang, wie beim Verkauf irgendeiner andern Ware. D. h. in dieser Verkehrswirtschaft ist eben der Verkauf von irgendwelchen Gütern mit dem Verkauf der Arbeitsleistungen identisch, und wir müssen also sehen, in welchem Sinne hier Arbeitsstunden an die Stelle von Gütervorräten gesetzt werden können. Wird sich nicht aus der Tatsache, daß in einer einfachen, arbeitsteiligen Verkehrswirtschaft alle Güter als gestaltete Arbeitsleistungen erscheinen, eine regelmäßige Beziehung zwischen dem Austauschverhältnis der Produkte und der zu ihrer Produktion nötigen Arbeitszeit ergeben?

b) Umformung des Arbeitswertgedankens in der subjektiven Wertlehre.

Wir haben in der bisherigen Darstellung die Wirtschaftssubjekte so vorgestellt, daß sie im Besitz von Produkten sind, welche sie gegen andere Produkte, deren sie bedürfen, austauschen möchten. Diese Annahme ist für jeden Augenblick, wenn wir einen Querschnitt durch die Volkswirtschaft ziehen, richtig. Wenn wir jedoch längere Zeiträume überblicken, so können wir den Besitz von Gütern nicht mehr als Datum ansehen. Vielmehr wird nach dem Austausch der auf dem Markte befindlichen Güter erst wieder eine neue Produktion dem Markte neue Produkte zuführen müssen. Die Volkswirtschaft zeigt einen kontinuierlichen Erzeugungsprozeß, bei welchem fortgesetzt Verkauf der Produkte notwendig, um neue Produktion möglich zu machen. Ob sich aber an eine Produktionsperiode eine neue anschließen kann, ob der Erzeuger nach Austausch seiner Produkte wieder neu erzeugen kann und will, hängt von folgendem ab. Er wird nach Abschluß einer Produktionsperiode wieder produzieren können, wenn ihn der Austausch der

Produkte hiezu instand setzt. (Ist er ein Alleinproduzent, so muß ihm der Austausch der Produkte wenigstens die Rohstoffe und so viele Subsistenzmittel zuführen, daß er wieder zu arbeiten körperlich in der Lage ist. Arbeitet er mit fremden Arbeitskräften, ist aber immer noch als statischer Wirt gedacht, so muß ihm der Austausch auch noch die Mittel in die Hand geben, wieder die Arbeitskräfte für die Erneuerung der Produktion zu bezahlen.) Er wird aber natürlich auf die Dauer seine Produktion nur dann fortsetzen, also produzieren wollen, wenn er seine Produktion mit dem höchsten Vorteil abschließt, d. h. also wenn er in keiner andern Produktion ein besseres Ergebnis zu erzielen in der Lage wäre.

Nehmen wir nun an, daß alle „Produzenten" Arbeiter wären, daß zur Produktion von Produkten nur Arbeit notwendig wäre, daß die Produktionsmittel in jeder Produktion gleich groß wären und sich im selben Tempo verbrauchen würden (von Grund und Boden können wir absehen, da wir annehmen können, daß der Boden entweder auch in gleichen Portionen zugeteilt ist, oder — wo das nicht der Fall — daß die Besitzer der bessern Böden eine Differentialrente erzielen, welche in keiner Weise die Austauschverhältnisse der Produkte selbst beeinflußt), so würde jeder Produzent auf die Dauer nur dann arbeiten, wenn das Ergebnis, d. h. die Menge des Tauschgutes, welche er durch die Produktion erzielen kann, und damit der Stand seiner Bedürfnisbefriedigung ceteris paribus in keiner anderen Produktion größer wäre. (Das „ceteris paribus" bedeutet hier insbesondere: gleich lange Arbeitszeit, wenn wir annehmen, daß die Art jeder Arbeit unter so einfachen Verhältnissen als gleich betrachtet werden kann.) Niemand hätte ja Veranlassung, eine Produktion weiterzuführen, wenn er mit Aufwendung derselben Mühe in einer andern ein günstigeres Ergebnis erzielen, d. h. eine größere Quantität des Tauschgutes erwerben könnte. Das folgt unmittelbar aus dem wirtschaftlichen Prinzip.

Es würde sich unter diesen Bedingungen ergeben, daß sich die Produkte auch nach der subjektiven Wertlehre im Endresultat so austauschen würden, als ob die Arbeitszeit der allgemein anerkannte Wertmaßstab wäre. Denn da jeder Produzent nach dem Maximum der Bedürfnisbefriedigung strebt, so würden alle Produzenten bei gleicher aufgewendeter Arbeitszeit den gleichen Gegenwert erhalten: d. h. die Produkte würden sich im Verhältnis zum Tauschgut nach Maßgabe der in ihnen steckenden Arbeitszeit austauschen. So ergibt sich eine äußerliche Gleichheit mit dem Arbeitswertgesetz unter diesen einfachen Voraussetzungen, aber wie sofort hervorgehoben sei, nur eine äußerliche Gleichheit.

Denn die Arbeitswertlehre behauptet, daß die Produkte dann im Wert gleich sind, wenn und weil gleiche Arbeitszeiten zur Erzeugung aufgewendet werden. Die subjektive Wertlehre sagt: das ist nicht richtig, sondern Produkte sind nur dann vom gleichen Werte, wenn sie (in dem oben entwickelten Sinn) gleich intensive Bedürfnisse befriedigen, oder Bedürfnisse, welche sich, durch das Medium des Geldes gesehen, gleich stark auswirken können. Aber: können wir nun hinzufügen, um das Dilemma zu überbrücken: wenn das einzige und maßgebende Gut, mit welchem gewirtschaftet werden muß, die menschliche Arbeit ist, so wird menschliche Arbeit eben im Konkurrenzkampf der Arbeitenden, deren jeder ein Maximum an Bedürfnisbefriedigung zu erzielen trachtet, nur aufgewendet werden, wenn sie die gleichen Bedürfnisse befriedigt (dies immer in unserem Sinn innerhalb der Geldwirtschaft genommen), was nur der Fall ist, wenn sie gleiche Mengen des Tauschgutes zu realisieren vermag. (Dabei ist es durchaus nicht sicher — sondern es ist das Gegenteil sicher —, daß die mit dem Austausch der Arbeitsprodukte erzielte Bedürfnisbefriedigung von allen Arbeitenden in gleicher Weise empfunden wird. Aber das ist ein internes Datum, das in keiner Weise nach außen hin wirkt.) Weil also Arbeit jeweils von denjenigen Verwendungen abgezogen wird, deren Ergebnis in diesem Sinne in Geld ausgedrückt, ungünstiger und solchen zugeführt wird, deren Ergebnis günstiger ist, so wird das Resultat der Arbeit, und das ist die Menge des Tauschgutes, welche für das Arbeitsprodukt erhältlich ist, immer das gleiche sein, wenn sie gleich lange dauert und von gleicher Schwierigkeit ist. Weil die Arbeit also fortgesetzt durch den Mechanismus des wirtschaftlichen Interesses jeweils der lohnendsten Verwendung, und das ist dem

im Sinn der Geldwirtschaft dringlichsten, noch ungedeckten Bedürfnis zugeführt wird, werden die Produkte gleicher und gleich langer Arbeit im Austauschverhältnis im Gleichgewicht stehen und es wird sich von außen so ansehen lassen, als ob die Produkte sich nach Maßgabe der in ihnen steckenden Arbeitszeit austauschten. Aber der Unterschied der beiden Betrachtungen liegt klar auf der Hand: der Arbeitswerttheoretiker sagt, die Produkte gleicher Arbeitszeit sind im Werte gleich, weil die gleiche Arbeitszeit in ihnen steckt, weil sie Kristallisation gleicher Arbeit sind. Der Nutzentheoretiker sagt: unter den erwähnten Voraussetzungen sind die Produkte gleicher Arbeitszeit im Werte gleich, weil die Arbeit nach dem wirtschaftlichen Prinzip zur Erzeugung von Wertäquivalenten, von gleichen Tauschwerten verwendet wird, was in sich schließt, daß gerade die Produkte für diejenigen Bedürfnisse erzeugt werden, die von den andern Produzenten in adäquater Weise begehrt werden. Wird dieses Prinzip aber verletzt, sei es aus Unkenntnis der Sachlage, sei es aus Mangel an wirtschaftlichem Denken, dann wird sich auch sofort eine Abweichung zwischen der aufgewendeten Arbeitszeit und dem erzielten Austauschwert zeigen. Maßgebend ist also nicht die aufgewendete Arbeitszeit, sondern der im Produkt liegende Gebrauchswert, die Dringlichkeit des Bedürfnisses, welches mit dem Produkt befriedigt werden kann.

Diese Übereinstimmung im Resultat zwischen Arbeitswert- und Grenznutzenlehre ergibt sich bei den oben angenommenen Voraussetzungen daraus, daß die Arbeitsleistung — von den Bodenleistungen abgesehen — hier der einzige Produktionsfaktor ist, daß die Arbeitsleistungen als untereinander homogen angenommen werden und daß freie Konkurrenz der Arbeitleistenden besteht. Dann entspricht eben der Gesamtmasse der möglichen Arbeit die Gesamtmasse des möglichen Produktes, und da das wirtschaftliche Interesse dafür sorgt, daß jede Arbeitsstunde unter Berücksichtigung des Grenznutzengesetzes angewendet wird, muß auch das Produkt jeder Arbeitsstunde den gleichen Wert haben. (Exakter ausgedrückt: das Produkt je einer Arbeitsstunde muß sich gegen das Produkt je einer Arbeitsstunde derselben Art vertauschen. Wir müssen diesen Ausdruck wählen, weil in der Denkweise der Grenznutzenlehre von „gleichen Werten" beim Austausch überhaupt nicht die Rede sein kann. Denn jeder tauscht nur, wenn er für sich einen höhern Wert zu erwerben vermag. Nur die Sprache der Praxis nimmt die im Austausch einander begegnenden Waren als Äquivalente, was sie aber für die Tauschenden selbst nie sind.) Es muß sich noch zeigen, wieweit dieser Grundgedanke einer Parallelität von Arbeitswertlehre und subjektiver Wertlehre bei einer größeren Annäherung des Tatbestandes an die Wirklichkeit aufrechterhalten werden kann. Schon jetzt dürfte klar sein, daß beide Prinzipien die Grundlage für ein Gleichgewichtsschema bilden. In der subjektiven Lehre ist das ein Gleichgewicht des Grenznutzenniveaus, in der objektiven Lehre ein Gleichgewicht der Relation Preise-Kosten.

c) Bestimmung der Produktionsmenge in der einfachen Verkehrswirtschaft.

Unter diesen so einfachen Verhältnissen können wir auch mit den Mitteln der Grenznutzenlehre zu einer Bestimmung der Produktionsmengen kommen, die ständig für den Markt produziert werden. Zunächst scheinen wir uns ja im Kreise zu drehen, denn die Produzenten erzeugen für die „Bedürfnisse des Marktes", für die „leistungsfähige Nachfrage". Obzwar jedes Produkt an sich einen Konsumenten finden würde, wenn es überhaupt brauchbar wäre, so wird doch nur für eine Nachfrage produziert, die im oben dargestellten Sinne die Aufwendungen wieder ersetzt. Wovon hängt aber diese Nachfrage ab? Sie ist keine fix gegebene Größe. Bei ihrer Untersuchung findet man, daß sie nur soviel an Tauschgütern zur Verfügung hat, als sie selbst aus der Produktion herausziehen konnte. Sie konnte aber aus der Produktion nur Kaufkraft herausziehen, wenn sie an die Produzenten verkaufte, nach deren Produktionshöhe wir eben gefragt haben. Wenn die Produzentengruppe A ihre Produktion einrichten muß nach der Nachfrage aller übrigen Wirtschaftssubjekte, die wir unter B zusammenfassen wollen, so ist doch diese Nachfrage der Gruppe B auch das Resultat von Verkäufen an die Gruppe A, die wieder die Mittel zu diesen Aufwendungen nur aus dem Verkauf ihrer Produkte an die

Gruppe B gewinnen konnte. So schafft also jede Produktion ihre eigene Nachfrage! Produktion im ganzen genommen kann überhaupt nie zu groß werden und daher hat es keinen Sinn, nach den Grenzen der Produktion zu fragen. Das ist wichtig. Jedenfalls werden sich solche Grenzen nie aus den naturalen Bedürfnissen der einzelnen Käuferschichten selbst ergeben und doch ist die Produktionsmenge, die auf den Markt kommt, begrenzt. Diese Grenze ergibt sich also niemals aus den Bedürfnissen bzw. aus der Erschöpfung der Bedürfnisse, denn die Nachfrage ist grundsätzlich unbegrenzt und wird immer ebenso groß sein können als die Produktion, wenn die Proportionen eingehalten werden, d. h. wenn ein Gleichgewicht in der Verteilung auf die einzelnen Produktionssphären besteht.

Wir hätten also wieder nur eine formale Bestimmung für die Produktionsmenge und wir müßten sie als eine gegebene Größe auffassen und im übrigen auf die Beantwortung der Frage verzichten, bis zu welcher Grenze produziert wird [1]). Die Einführung des Nutzenbegriffs in die Produktionssphäre dieser einfachen Wirtschaft gestattet eine Beantwortung unserer Frage. Denn die Menge der auf den Markt kommenden Produkte orientiert sich nicht nur an den zu erwartenden Bedürfnissen, die ihrerseits wieder von der Produktion abhängen, sondern ist durch die Fähigkeit zu produzieren originär bestimmt. Wofern wir es mit einfachen Produktionsmethoden zu tun haben, bei denen die Arbeit den Hauptfaktor der Produktion darstellt, wird jeder einzelne Produzent bis zu einem gewissen Grade selbst darüber zu entscheiden haben, wieviel er produzieren will.

Wie diese Entscheidung ausfallen wird, dafür können wir in der Natur der menschlichen Arbeit einen Anhaltspunkt finden. Wir wissen empirisch, daß die Arbeit bei ihrem Beginn nach Überwindung der Anfangsschwierigkeiten, die nötig sind, um wieder in Gang zu kommen, mit einer gewissen Leichtigkeit von der Hand geht. Späterhin stellt sich Ermüdung ein, die durch Pausen vermindert werden kann, bis schließlich die Ermüdung so groß wird, daß sie die Fortsetzung der Arbeit ausschließt. Auch darin sind die einzelnen Menschen ebenso wie in ihren Bedürfnissen verschieden. Aber für alle gilt, daß ihre Leistungsfähigkeit eine zeitliche Grenze findet, daß sich mit der Fortsetzung der Arbeit ein Unlustgefühl verbindet und daß sie bei freier Wahl in der Länge eines Arbeitstages an einem bestimmten Punkt abbrechen.

1) Diese Frage ist für die objektive Wertlehre kein Problem, denn sie fragt nur nach den Austauschverhältnissen der Produkte eines gegebenen Produktionssystems. Wenn wir aber die Produktion aus produzierenden Individuen aufbauen, die subjektiven Wertschätzungen folgen, so ergibt sich notwendig die Frage der Begrenzung der Produktionsmenge.

Allerdings müssen wir gewisse Einschränkungen machen: z. B. absolut notwendige Arbeiten, bei denen auch diese Grenze regelmäßig überschritten wird, wie z. B. Bergen der Ernte, Aufwerfen eines Schutzdammes usw. Es zeigt sich, daß auch die Grenze der absoluten Erschöpfung bei demselben Subjekt von den Umständen abhängt. Ferner wissen wir, daß gesellschaftliche Gewohnheiten, die sozial anerkannten Vorstellungen über die Länge des Arbeitstages eine Rolle spielen. In diesen Fällen ist die Menge der Arbeitsleistung an sich gegeben. Überall dort aber, wo sie nicht gegeben ist, wird sie in diesen einfachen Verhältnissen dadurch bestimmt, daß der Arbeitende den Arbeitstag beendigt, sobald er den Ertrag einer Fortsetzung der Arbeit geringer schätzt als die Mühe der fortgesetzten Leistung.

Vom Gesichtspunkt des Arbeitenden her gesehen werden die Äquivalente für die ersten Arbeitsleistungen die wichtigsten Bedürfnisse befriedigen. Daher wird ihr Nutzen außerordentlich groß sein bei sehr geringer subjektiver Mühe. Im Laufe des Arbeitstages muß sich der an die Leistung geknüpfte Nutzengewinn verringern. Außerdem wird durch die steigende Ermüdung das Opfer vergrößert, mit dem der Nutzenzuwachs erkauft wird. Schon dieses Steigen der Arbeitsmühe allein, des Arbeitsleides, wie es auch ausgedrückt wurde, wird jeweils an irgendeinem Punkte die Fortsetzung der Arbeit begrenzen. Eine Nutzenbegrenzung wird immer erfolgen, wie verschieden auch die einzelnen Produzenten ihre Bedürfnisse, deren Befriedigung von der Arbeit abhängt, einschätzen mögen und wie leistungsfähig sie auch sein mögen. Benennt man das Arbeitsleid mit dem gebräuchlichen Ausdruck der disutility, so wird diejenige Arbeitsstunde die letzte sein, deren disutility gerade dem Nutzen-

zuwachs dieser Stunde die Waage hält. Auch hier also begegnen wir dem Gedanken des Gleichgewichts zwischen Grenzelementen. Wir haben bereits gesehen, daß für die Frage der Verteilung der Produktionselemente auf die einzelnen Produktionszweige und für die Richtung des Konsums, d. h. die Proportionen, in denen die verschiedenen Güter konsumiert werden, der Grundsatz des Gleichgewichts gilt. Hier erklärt er die Produktionsmenge überhaupt, welche auf den Markt kommt.

Die Arbeitstage der einzelnen Produzenten in dem System der einfachen arbeitsteiligen Verkehrswirtschaft sind aber verschieden lang. Sie können sich auch ändern. Wenn eine Gruppe von Produzenten ihren Arbeitstag verlängert, so wird sie dadurch allerdings das Gleichgewicht der Austauschverhältnisse stören und es wird eine Umgruppierung eintreten müssen. Denn bei einer Steigerung in der Menge eines Produkts wird dieselbe Arbeitsleistung nicht mehr so viel andere Produkte als bisher kaufen können. So wird allmählich eine Steigerung aller Produktionen (durch Wanderung aus der Sphäre, deren Arbeitstag verlängert wurde) bis zur Wiederherstellung des früheren Austauschverhältnisses der Produkte untereinander eintreten müssen. Dann erst wird die Verlängerung der Arbeitszeit den Produzenten restlos zugute kommen. Träte eine solche Wanderung nicht ein, so würde die Produktionsteigerung zu einem Sinken der Preise führen. Das würde einen erheblichen Teil des Nutzens aus der vermehrten Produktion den Konsumenten zuschwemmen.

Es ist wichtig zu betonen, daß die disutility von derselben Art ist wie der Nutzen, den die Arbeit stiftet, und daß sie als negativer Nutzen aufgefaßt werden muß. Tun wir das, so können wir auch die Produktion der arbeitsteiligen Produzenten als Tausch betrachten, wobei die disutility der Preis ist, den der Produzent für den Nutzen der Güter zu bezahlen hat, die er für sein Arbeitsprodukt eintauscht.

In dieser einfachen arbeitsteiligen Verkehrswirtschaft wird also Produktion und Konsum, der Aufbau des ganzen Wirtschaftssystems vom subjektiven Nutzen beherrscht. Man kann also diese einfache Verkehrswirtschaft, welche Voraussetzungen auch immer notwendig sind, um sie als soziales System dauernd möglich zu machen, als ein interdependentes

System subjektiver Wertschätzungen auffassen, das die Tendenz nach einem Gleichgewicht hin hat, in welchem sich sowohl die Masse der Produktion überhaupt als die Verteilung in die einzelnen Produktionsrichtungen, als auch das Austauschverhältnis der einzelnen Produkte untereinander nach dem Gesichtspunkt des subjektiven Nutzens reguliert, so sehr dessen Auswirkung auch an objektive Bedingungen geknüpft ist.

d) Der Preis verschiedener Arbeits-Qualitäten in der einfachen Verkehrswirtschaft.

Wir haben bisher stillschweigend angenommen, daß in der einfachen Verkehrswirtschaft alle Arbeit, welcher Qualität sie auch sein mag, von den Arbeitenden in gleicher Weise geschätzt wird, so daß also die in der Produktion angewendete Arbeitszeit zugleich als Maß des Austausches betrachtet werden kann. Wie steht es aber, wenn die Arbeitsqualitäten in ihren Verschiedenheiten empfunden werden und wenn sich das auch in verschiedener Bewertung ausdrückt? In der Arbeitswertlehre führt das zu großen Schwierigkeiten. Dort können wir das Problem nur teilweise lösen. Es drängt geradezu zu einem Hysteron-Proteron bzw. wir müssen eben in der statischen Wirtschaft annehmen, daß die Lebenshaltung, wie sie den einzelnen Arbeitsarten zugeordnet ist, deren Kosten darstellt. Diese Kosten müssen eben auf die Dauer im Preise der verschiedenen Arbeitsleistungen vergütet werden. Die Frage scheint in der Grenznutzenlehre zunächst viel einfacher zu liegen. Hat doch in ihr jedes Element des Tauschkreises eine ihm spezifisch zukommende Bedeutung aus dem Nutzen heraus, den es stiften kann, und zwar für ein spezielles konkretes Individuum in einem speziellen konkreten Zeitpunkt. Es kann also sogar ein und dieselbe Arbeitsleistung einen höchst verschiedenen Wert haben. Der Wert ist überhaupt nicht eine mit dem Objekt des Austausches verbundene dauernde Eigenschaft (wie in der objektiven Wertlehre), sondern hängt durchaus von der Situation ab; allerdings sind auf die Dauer nur solche Produktionen möglich, die bestimmte Wertgrößen realisieren.

Nach welchen Gesichtspunkten werden sich nun die qualitativ verschiedenen Arbeitsleistungen austauschen? Zunächst: Daß sie qualitativ verschieden sind, wird man überhaupt nur daran erkennen, daß ihr Austauschverhältnis zu dem anderer Produkte eben voneinander differiert. An sich ist ja jede Arbeit von der anderen verschieden, nämlich ihrem Naturalinhalt nach. Der Gesichtspunkt der Schwierigkeit kann die verschiedenen Austauschverhältnisse nicht erklären, weil jede Arbeit für denjenigen leicht ist, der für sie eine besondere Begabung mitbringt, während ihm vielleicht andere „leichtere" Arbeiten unmöglich sein könnten. Selbst wenn wir den Fall der elend entlohnten, schmutzigen, schwierigen und sogar gefährlichen Arbeit ausscheiden, weil sie innerhalb der Verkehrswirtschaft von deklassierten, widerstandsunfähigen Personen übernommen werden muß, blieben genügend viel irrationale Unterschiede auch im Austauschverhältnis der Arbeit übrig, die keineswegs allein mit Differenzen der Schwierigkeit, noch mit Differenzen in der Häufigkeit oder Seltenheit der Begabung erklärt werden können. Wenn wir schon etwas kompliziertere Verhältnisse annehmen, so bewirkt schon der sozial differenzierte schwerere oder leichtere Zugang zu bestimmten Leistungen verschiedene Preise für die einzelnen Arbeiten.

Man wird also sagen müssen, daß unter den gegebenen Umständen die relative Häufigkeit der Besetzung der einzelnen Arbeitsarten (ohne weiteres Eindringen in die Gründe hierfür) in Verbindung mit der größeren oder geringeren Dringlichkeit der durch die Leistungen dieser Arbeitsarten zu befriedigenden Bedürfnisse einerseits und die Größe des Angebots dieser Arbeitsleistungen andererseits für das Austauschverhältnis maßgebend sind. Dabei wird man, aber auch nur in gewissen Grenzen, eine Variabilität in der Besetzung der einzelnen Arbeitsarten annehmen dürfen, d. h. eine Vermehrung oder Verringerung der Arbeitsleistungen bei steigenden oder sinkenden Preisen derselben.

Wir kommen also auch hier über die Tatsache, daß es verschiedene Arbeitsarten mit verschiedener Entlohnung gibt, nicht weit hinaus. Bis zu einem gewissen Grade sind es isolierte Märkte, auf denen sich die Arbeitsleistungen austauschen, und die Mengen derselben sind innerhalb bestimmter Grenzen fixiert. Es gibt dann wieder ganze Gruppen von Leistungen, in denen die Vergütung für die einzelnen Arbeitsarten gleich ist, so daß eine Verschiebung in der Vergütung für eine Arbeitsleistung zur Veränderung der Quantitäten bis zur Wiederherstellung des Gleichgewichts führen wird. Welche Arbeitsarten das sind, ist wieder ein Datum. Irgendwelche in den Arbeitsarten selbst liegende Gründe lassen sich aus den Gesichtspunkten der Grenznutzenlehre nicht anführen. Es werden ebensogut soziale Unterschiede als Unterschiede in der Leistung selbst sein. Jeweils wird sich dann aufweisen lassen, daß bei gegebenen Mengen der Arbeitsleistungen die Schichtung der Bedürfnisse und die Kaufkraft, die zu ihrer Befriedigung bereit gehalten wird, die Höhe der Vergütung „bestimmt", wobei allerdings auch zu sagen ist, daß eine in Grenzen bestimmte Menge von Arbeitsleistungen dem Markte nur dann zugeführt wird, wenn die Vergütung ein bestimmtes Niveau nicht unterschreitet bzw. überschreitet. Was ist also der bestimmende Faktor und wo liegt das Gleichgewicht? Auch dies läßt sich nach der Grenznutzenlehre nicht näher bestimmen. Wenn sie doch mehr leistet als die Arbeitswertlehre, so deshalb, weil sie nicht soviel fragt. Insbesondere fragt sie nicht nach dem Grunde dieser verschiedenen Äquivalente, sondern begnügt sich mit der Feststellung größerer oder geringerer Seltenheit bestimmter Leistungen (die wieder natürliche oder soziale Ursachen haben kann) womit wieder bei gegebenem Aufbau der Bedürfnisse sich verschiedene Äquivalente festlegen. Da die objektive Wertlehre ein materiales, die Grenznutzenlehre aber nur ein formales Prinzip für die Austauschverhältnisse gibt, kann sie noch antworten, wo die objektive Wertlehre bereits in ernste Schwierigkeiten gerät. Dort, wo die objektive Wertlehre noch Erfolg hat — nämlich in der statischen Wirtschaft bei allgemeinstem Kommunizieren aller Arbeitsarten —, kommt auch die subjektive Wertlehre, wie oben gezeigt, weiter. Aber doch nur deshalb, weil jetzt die Arbeitsquantitäten in den verschiedenen Richtungen der Tätigkeit nicht g e g e b e n sind, sondern dem Gesetz des Gleichgewichts gehorchen. Jetzt kommt nämlich auch für die subjektive Lehre ein weiterer Bestimmungsgrund für die Höhe des Arbeitspreises hinzu: daß sich nämlich die Arbeits-

arten zwar temporär nach dem Nutzen austauschen, den sie stiften, daß aber außerdem auf die Dauer gesehen, die Arbeit nur für solche Produktionen zur Verfügung steht, die genügend intensive und „zahlungsfähige" Bedürfnisse befriedigen, um ein der Zeitdauer der Arbeitsleistung entsprechendes Äquivalent aus dem Markte herauszuholen.

Endlich: Auch in der einfachen arbeitsteiligen Verkehrswirtschaft wird dieser Satz nicht durchaus und nicht exakt gelten, ist doch die Arbeitszeit in den einzelnen Produktionen keine fixe Größe, da sie in der Landwirtschaft vom Wetter, im Gewerbe vom Material und den subjektiven Umständen des Produzenten abhängen wird. Daher gilt die Äquivalenz der Arbeitsleistungen im Austausch auch nur ungefähr, und wir sind überdies genötigt, noch einen weiteren Gesichtspunkt einzuführen: Es wird in einer solchen einfachen arbeitsteiligen Gesellschaft ein gewisses Gesamtentgelt für die Arbeitsleistungen als gebührend empfunden werden. Natürlich ist es unbefriedigend, den Begriff des Standard anzuwenden, weil dadurch die Bestimmtheit und Exaktheit der Austauschverhältnisse abgeschwächt wird. Es sind eben die traditionellen Elemente, welche sich derart in die Preisbildung eindrängen. Sie bedeuten in ihrer Gesamtheit eine Deviation der Preise, für die sich ein Maßstab nicht finden läßt. Bei durchaus exakter Geltung des ökonomischen Prinzips im engeren Sinn des Wortes und Ausschaltung aller Irrationalitäten aus der Produktionssphäre würde diese Deviation nicht stattfinden.

e) Einige weitere Konsequenzen der bisherigen Überlegungen.

Der Weg, den die Grenznutzenlehre gehen muß, um schon in der einfachen Verkehrswirtschaft die Austauschverhältnisse zu erklären, zeigt deutlich den Unterschied in der Fragestellung gegenüber der objektiven Theorie, welche die in der Produktion mitwirkenden Elemente quantifizieren muß, um sie als Grundlage der Preisbildung zu betrachten. Ein solches Prinzip der Quantifizierung muß die objektive Lehre anwenden, da sie sonst zum Eingeständnis genötigt wäre, daß sich die einzelnen, in der Produktion mitwirkenden Elemente eben im Austausch „irgendwie" in Quantitäten

(Geld) umsetzen und daß die Summierung dieser Quantitäten den Preis ergibt. Das wäre aber in der Tat kein Ausweg, sondern würde das Scheitern dieser Lehre bedeuten. Der Hinweis darauf, daß die Produktionselemente bereits als Geldquantitäten in die Produktion eingehen, also schon quantifiziert erscheinen, wäre natürlich noch keine Erklärung, sondern postuliert eben aus dem Gedankenkreis der objektiven Lehre gerade die Auffindung des Grundsatzes, nach dem diese Preisbildung erfolgt. Begnügt sich die objektive Lehre mit dieser Zwischenlösung, so verweist sie tatsächlich immer wieder in infinitum zurück bzw. sie begnügt sich mit der Konstatierung der Tatsache, daß es Preise gibt, die Elemente eines Systems von Preisen sind. Ein Prinzip der Quantifizierung kann sie aber nur in der zur Produktion notwendigen Arbeitszeit suchen, das ja unter einfachen Verhältnissen und in der statischen Wirtschaft seine Dienste tut.

Die Grenznutzenlehre bedarf zunächst nicht eines solchen Prinzips, nach dem die einzelnen Preise aus der Zusammensetzung verschiedener objektiv quantifizierbarer Elemente verstanden werden könnten. Ist sie doch auf den Konsum, nicht auf die Entstehungsgeschichte der Produkte hin ausgerichtet. Da sie aber doch auch Preise erklären, d. h. verständlich machen soll, so muß sie auf irgendeinem Wege die Nutzenempfindungen, welche die Grundlage der Wertbildung sind, quantifizieren. Wie das geschehen kann, ist gezeigt worden. Jedenfalls liegt hierin keine Schwierigkeit.

Indem aber diese Quantitäten durch Konfrontierung der subjektiven Wertschätzungen an der Wirklichkeit entstehen, und da die Wertschätzungen in der Wirklichkeit eben einen quantitativen Ausdruck annehmen müssen, sind sie abhängig von den Güterquantitäten, die dem Wirtschaftssubjekt zur Verfügung stehen und beziehen sich auf Güterquantitäten, die es erwerben möchte. Die Grenznutzenlehre wird also im Wesen diesen Vorgang der Bedürfnisbefriedigung durch Tausch oder Produktion bis zu einem unter gegebenen Bedingungen erreichbaren Optimum zum Gegenstand haben.

Wenn man den Gedanken genauer anpackt, gibt also die Grenznutzenlehre einen weiteren Bestimmungsgrund des Gleichgewichts, das sich bei jedem Einzelindividuum durch seine wirtschaftlichen Handlungen herstellen muß. Auch die

objektive Lehre stellt ein Prinzip des Gleichgewichts auf. Es kann in ihr, wie bei Marx, sich als Resultat der Tatsache ergeben, daß die Produktion als Produktion von Wertsubstanzen aufgefaßt wird, die sich das Gleichgewicht halten müssen. Oder es kann auch bis in die subjektive Sphäre des Produzenten verfolgt werden, der bei freier Beweglichkeit der Arbeitssphären nur dann produzieren wird, wenn der Austausch für die angewandten Arbeitszeiten gleiche Äquivalente realisiert.

Die Volkswirtschaft als ein dauerndes, sich immer wieder neu formendes statisches System der Produktion und des Konsums steht also, wie wir jetzt zeigen können, unter bestimmten Bedingungen des Gleichgewichts.

1. Es muß ein physisches, schon in der Verteilung der ökonomischen Substanz sich immer wieder herstellendes Gleichgewicht gegeben sein (siehe oben S. 41). Das statische System ist also nur möglich, wenn in jeder Produktion durch den Austausch hindurch die physischen Bedingungen der Produktionserneuerung geschaffen werden. So muß in der Landwirtschaft das Saatgut und es müssen durch Austauschakte die übrigen zur Produktion notwendigen Leistungen (Arbeitsleistungen, Gerätschaften usw.) geschaffen werden und ebenso im Gewerbe durch die Produktion und den ihr nachfolgenden Austausch die Rohstoffe, Produktionsmittel und wieder Arbeitsleistungen. Dieses physische Gleichgewicht ist in der Tatsache begründet, daß die Produktion sachlicher und persönlicher Elemente bedarf, die sich in ihr verbrauchen und daher immer wieder erscheinen müssen, wenn die Produktion nicht ihr Ende finden soll.

2. In einer Verkehrswirtschaft erscheinen diese Produktionselemente nicht nur in ihrer physischen Natur, sondern für den Produzenten in der Form der Aufwendung von Tauschgütern, die er sich vorher durch die Produktion beschafft hat. Es muß also in der statischen Wirtschaft der Summe der Aufwendungen an Tauschgütern eine gleich große Summe entsprechen, die dem Wirtschaftssubjekt durch Verkauf der erzeugten Produkte wieder zufließt. So kann der Produzent bei Gleichbleiben der Austauschverhältnisse alle Elemente einschließlich der Arbeitsleistungen neu beschaffen, die in der vorangegangenen Produktionsperiode aufgewendet wurden. Das unter 1 postulierte physische Gleichgewicht ist hier durch das Gleichgewicht in Tauschgütern realisiert. Die objektive Wertlehre sucht dieses Gleichgewicht an Tauschgütern durch das Zurückgehen auf die Entstehungsgeschichte der einzelnen Produktionselemente zu erklären.

3. Diesem Gleichgewicht fügt die subjektive Lehre noch eine weitere Bestimmung hinzu. Sie zeigt, daß der Produzent der einfachen Verkehrswirtschaft in urwüchsiger Arbeitsteilung seine Produktion bis zu einem Nutzenmaximum führen wird. Er wird also diejenige Produktion wählen, welche ihm ein Maximum an Tauschgütern verschafft, was nur geschehen kann, wenn er die Produktion so lenkt, daß sie die (in Tauschgütern ausgedrückt) dringendsten Bedürfnisse befriedigt, d. h. also, daß sich die Produktion nicht auf die Befriedigung eines Bedürfnisses richten darf, wenn mit derselben Arbeitsleistung ein anderes Bedürfnis befriedigt werden könnte, zu dessen Befriedigung ein Wirtschaftssubjekt eine größere Menge des Tauschgutes hinzugeben bereit wäre. Es heißt ferner, daß unser Wirtschaftssubjekt selbst mit den von ihm erworbenen Tauschgütern ein Nutzenmaximum realisieren wird, d. h. daß kein weniger dringendes Bedürfnis im Rahmen der ihm gegebenen Möglichkeiten befriedigt wird, solange ein dringlicheres Bedürfnis noch nicht befriedigt ist. Die Grenznutzenlehre zeigt also, daß neben dem objektiven Gleichgewicht ein subjektives Gleichgewicht vorhanden sein muß. Wird dieses gestört, so wird auch das zu 2 behandelte Gleichgewicht durch Änderung der Austauschverhältnisse gestört werden und durch eine Deviation der objektiven Gegebenheiten wird das Gleichgewicht zu 3 wiederhergestellt. (Überhaupt kann nur durch Änderung der objektiven Bedingungen das von der subjektiven Lehre postulierte subjektive Gleichgewicht wiederhergestellt werden, das nur bei einer bestimmten Konstellation der Daten bestehen kann.)

Wir können also sagen, auch die Grenznutzenlehre bietet uns ein Ordnungsprinzip der statischen Wirtschaft. Sie erklärt uns nicht ihren Aufbau, der sich aus dem Gefüge der Arbeitsteilung und der gesellschaftlichen Struktur ergibt, aber sie zeigt, wie in diesem gegebenen System der Produktion und unter gegebenen Verhältnissen (bei denen die Bedarfs-

struktur, die Ausstattung der Produzenten mit Tauschgütern, ihre Fähigkeiten zu produzieren, ihre größere oder geringere Disposition zur Arbeit eine Rolle spielen) die zur Erhaltung des Gleichgewichts objektiv notwendigen Bedingungen durch Erreichung subjektiver Nutzenmaxima hindurch realisiert werden.

Gibt das Prinzip des Gleichgewichts zu 2 an, wie die Austauschverhältnisse auf die Dauer gestaltet sein müssen, um die Produktion überhaupt zu ermöglichen, so gibt das Prinzip des Nutzenmaximums einen Hinweis darauf, daß dieses Gleichgewicht zu 2 nur erzielt werden kann, wenn die Produktion mit den „Bedürfnissen" im Einklang steht. Das vertieft aber zweifellos unsere Einsicht in das Gefüge des ökonomischen Prozesses.

* * *

Wenn man in der Wert- und Preistheorie auf die psychischen Hintergründe von Nachfrage und Angebot nicht eingeht, sondern sich damit begnügt, die Abhängigkeit der Nachfrage vom Preise, des Preises vom Angebot, die Identität der Preissumme der effektiv verkauften Waren und der im Austausch angekauften Waren festzustellen, wobei man die Veränderungen der Nachfrage bei Änderung des Preises den Marktpersonen „abfragt" (SCHUMPETER), so kann man allerdings nur zur Feststellung der erwähnten Relationen kommen. So wie man diese Quantitäten innerlich belebt, d. h. nach den Gründen ihres Soseins fragt und die einzelnen Akte der Nachfrage zu „verstehen" sucht, wird man auf den Grenznutzen stoßen.

Es darf nicht übersehen werden, daß die Aufstellung einer Nutzenfunktion (z. B. Abhängigkeit der Nachfrage vom Preis) nur dann einfach ist, wenn es sich lediglich um den Tausch zweier Güter (Hafer und Weizen bei WALRAS) handelt. Gehen wir auf einen wirklichen Markt und nehmen wir bloß eine einfache arbeitsteilige statische Verkehrswirtschaft an, so steht eine solche Funktion unter der stillschweigenden Voraussetzung „ceteris paribus", also unter der Voraussetzung, daß die Preise und Mengen der übrigen Güter auf dem Markte

gleich bleiben. Diese Voraussetzung kann nun streng genommen nicht gemacht werden. Es wird nämlich eine Veränderung, z. B. eine Steigerung des Preises einer Ware, eine Veränderung der Nachfrage nach dieser Ware, vielleicht eine Verringerung zur Folge haben und diese Veränderung wird, außer in einem einzigen Falle, immer zu Veränderungen der Nachfrage nach anderen Gütern führen, was deren Preise und Angebotsmengen wieder verändern mag. Bei der Interdependenz aller Daten in einem solchen System ist es daher notwendig, bei der Aufstellung der Nachfragefunktion für eine Ware sämtliche Nachfragefunktionen überhaupt mit zu berücksichtigen. Konkret ausgedrückt: Wenn der Preis der Ware a um 50% steigt, so mag als Folge davon die nachgefragte Menge um 40% sinken, das heißt aber, daß eine größere Menge Tauschgut jetzt für a aufgewandt wird. Infolgedessen werden andere Waren b, c, d . . . n weniger nachgefragt, deren Preis sinkt. Andererseits erhalten die Verkäufer von a die Möglichkeit, eine größere Nachfrage zu entfalten. Da sich diese aber nur ausnahmsweise in der Richtung genau mit der jetzt entfallenden Nachfrage der Käufer von a decken wird, so werden doch mehrere Preisänderungen eintreten, bevor sich ein neuer Gleichgewichtszustand herstellt. Insbesondere werden durch die Verschiebungen Rückwirkungen in der Nachfrage nach a eintreten können usw.

Die bewunderungswürdig konsequente Darstellung WALRAS' hat die Auseinanderlegung der Gleichgewichtsverhältnisse auf dem Markte (zuerst beim Austausch zweier Waren, dann beim Austausch mehrerer Waren in natura, dann in Geld) zum Gegenstande. Von den Phänomenen des Austauschs ausgehend wird dann bis zur Entwicklung des Nutzenphänomens und seiner Bedeutung für die zum Austausch gelangenden Quantitäten fortgeschritten. Hierbei wird größter Nachdruck auf den Nachweis der gegenseitigen Abhängigkeit von Angebot und Nachfrage gelegt, die sich übrigens schon daraus ergibt, daß insbesondere die Nachfrage nur das umgekehrte Angebot (wenngleich durch noch so viele Zwischenglieder vermittelt) sein kann. Die von WALRAS gegebenen Gleichungen sind die mathematischen Symbole für das Gleichgewicht und können unter den angenommenen Voraussetzungen Gültigkeit beanspruchen.

Bei der Entwicklung solcher mathematischer Symbolisierung des Gleichgewichts wird der Frage stets große Bedeutung beigemessen werden, ob eine genügende Anzahl von Gleichungen zur Auflösung des Problems vorhanden sei. Ob also z. B. 30 Gleichungen vorhanden sind, wenn die Preise und die Mengen von 15 Gütern gesucht werden. Wenn sich in der Wirklichkeit 15 Güter auf dem Markte gegenseitig austauschen, so kann man natürlich die Mengen der Austauschprodukte und ihre Austauschverhältnisse nur bestimmen, wenn die Nachfragefunktionen gegeben sind, d. h. die höchst komplizierten Beziehungen zwischen Preis und Nachfrage. Kompliziert sind diese Beziehungen deshalb, weil jede Änderung des Preises eines Produkts auf die Nachfrage dieses Produkts aber auch zahlreicher anderer Produkte wirkt, was wieder auf die gesuchte Nachfrage zurückwirkt.

Sind aber diese Funktionen bekannt, bzw. werden, wie es häufig geschieht, die Konsequenzen der Interdependenz aus dem Kreis der Betrachtung ausgeschlossen, so ist das Problem lösbar, da ja in den Funktionen schon die zu den einzelnen Mengen gehörenden Preise, bzw. die zu den Preisen gehörenden Mengen mit gegeben sind. Insofern als sie eine Darstellung der Wirklichkeit sind, muß ja in ihnen die Wirklichkeit, das sind die zu den einzelnen Mengen gehörenden Preise, enthalten sein. Es ist nur noch hinzuzufügen, daß leider in der Wirklichkeit die Nachfragefunktionen, aus denen die Preise berechnet werden, nicht gegeben sind, sondern umgekehrt die Preise und Gütermengen, zu denen man entsprechend den verschiedenen Marktkonstellationen die Nachfragefunktionen zu suchen hat.

6. DAS SUBSTITUTIONSPRINZIP IN DER GRENZNUTZENLEHRE (ZUGLEICH WERTBESTIMMUNG DER PRODUKTIONSELEMENTE).

Wir wollen jetzt in den Gedankengang der Grenznutzenlehre noch ein weiteres Prinzip einführen, dessen Geltung im Grunde schon aus den bisherigen Ausführungen hervorgeht. Es ist das Substitutionsprinzip. Das Substitutionsprinzip ist ja der Grenznutzenlehre von vornherein eigentümlich. Es

folgt daraus, daß für den Wert eines Gutes oder eines Produktionselementes nur in seltenen Fällen die Wichtigkeit derjenigen Bedürfnisregung maßgebend ist, welche durch das Gut tatsächlich befriedigt wird. Das ging schon aus dem ersten Robinsonbeispiel hervor. Da war der Wert eines Sackes Getreide aus einem Vorrat nicht abhängig von der Nutzleistung, der dieser individuelle Sack dienen sollte, sondern von der Nutzleistung, welche an die Verfügung über den l e t z t e n Sack Getreide aus dem gegebenen Vorrate heraus geknüpft war. Wenn der erste Sack in Verlust geraten wäre, so hätte Robinson auf die Dienstleistungen des fünften verzichtet und diesen als ersten verwendet. Er hätte den ersten Sack durch den fünften substituiert. Dieser Gedankengang muß nun auch überall dort Anwendung finden, wo ein Produktionselement für mehrere Verwendungen in mehreren Produktionen dienlich ist, wie z. B. Leder, Holz, Eisen, Kohle, usw. Jedesmal wird der Wert einer Einheit dieses Produktionselementes abhängig sein von der Wichtigkeit und Dringlichkeit der l e t z t e n Nutzleistung, welche noch aus dem vorhandenen Vorrat des Produktionsmittels befriedigt werden kann. („Letzte Nutzleistung“ immer in unserem Sinn verstanden, also Nutzleistung, welche aus dem vorhandenen Vorrat heraus noch möglich ist.) Von irgendeiner beliebigen Einheit eines solchen Produktionsmittels ist also nur die letzte, die Grenzverwendung abhängig. Diese ist in Frage gestellt, wenn eine Einheit des Produktionsmittels in Wegfall kommt. Der Wert eines Produktionselementes, bzw. einer E i n h e i t eines Produktionselementes, sein Austauschverhältnis zu den übrigen Produkten wird demgemäß von der Wichtigkeit und Dringlichkeit der letzten, der „Grenzproduktion“ abhängen, in welche die letzte Einheit dieses Produktionselementes eingeht. Demgemäß wird dann die B e w e r t u n g j e d e s Produktes von den „Grenzverwendungen“ aller Produktionselemente abhängig sein, die bei seiner Entstehung zusammenwirken.

Der Wert eines Produktes ist also fast immer „Substitutionswert“, weil fast nie die Bedeutung, welche dem Produkt speziell innewohnt, nie das individuelle Bedürfnis, welches durch das Produkt befriedigt wird, die Grundlage seines Wertes abgibt. Denn auch diejenigen Produkteinheiten, welche der Befriedigung dringlicherer Bedürfnisse dienen, werden nur

nach der letzten noch gedeckten Bedürfnisregung bewertet. Ferner ist oft die Wichtigkeit irgendeiner andern Verwertung derselben Produktionsfaktoren, also die Bedeutung irgendeines andern Produktes maßgebend, auf dessen Erzeugung verzichtet werden würde, wenn sich die verfügbaren Mengen an Produktionselementen (um die zur Erzeugung einer letzten Produkteinheit notwendige Menge) verringern würden. Nur der Wert eines echten „Grenzprodukts" bestimmt sich nach der Bedeutung der von ihm abhängigen Bedürfnisbefriedigung.

Der Gedanke der Substitution ist nun um so mehr von Bedeutung, als die meisten Produktionselemente in sehr zahlreichen Produktionen Verwendung finden und als weiters wieder die Produktionselemente selbst das Resultat von Arbeitsleistungen und Aufwendungen sachlicher Produktionsmittel sind. Es bemißt sich dann z. B. nicht nur der Wert des Eisens nach dem Wert seiner Grenzverwendung, sondern z. B. auch der Wert des Leders wird, wenn er aus seiner Grenzverwendung höher sein sollte, sich nach dem Wert des Eisens bemessen, unter der Voraussetzung, daß die Produktion einer Einheit Leder mit ähnlichen Arbeits- und Sachaufwendungen wie die des Eisens möglich wäre. Denn wäre der Wert des Leders, infolge der größeren Bedeutung seiner Grenzverwendung, höher, so würden die Arbeits- und Sachelemente der Erzeugung des Leders solange sich mit Erfolg zuwenden, bis sich die Bedeutungen der Grenzverwendungen von Eisen und Leder und damit die Werte ausgeglichen hätten. Es wird also die Grenzverwendung des Eisens (unter unserer Voraussetzung) nicht nur den Wert des Eisens, sondern auch des Leders usw. nach dem Substitutionsprinzip bestimmen und vice versa. Es liegt hier Interdependenz vor. In dieser Form wird das Substitutionsprinzip meistens dargestellt und liegt z. B. auch der Zurechnungslehre Böhm-Bawerks weitgehend zugrunde. Wir müssen jetzt aber noch eine weitere Konsequenz ziehen: es werden nämlich die Bedürfnisse jeder Art, zu deren Befriedigung Produkte dienen, die aus der Aufwendung derselben Produktionsmittelgruppe erzeugt werden können, derart befriedigt, daß grundsätzlich jeder letzten noch befriedigten Bedürfnisregung innerhalb jedes dieser Bedürfnisse bei gleichen Aufwendungen derselbe Grenznutzen zukommt. Überall dort, wo es sich um beliebig teilbare Güter und kontinuierlich verlaufende Bedürfniskurven handelt, wird die Einweisung der Produktionselemente in die einzelnen Produktionsrichtungen bis zu demselben Grenznutzenniveau hinuntergehen, weil ja der Preis dieser Produktionselemente in allen Verwendungen der gleiche ist, und weil es unvernünftig, im Widerspruch mit dem Gesetz des Optimums wäre, das Produktionsmittel einer geringerwertigen Verwendung zuzuführen, solange eine höherwertige (stets in Preisäquivalenten ausgedrückt — bzw. bei Bedarfsdeckungswirtschaft in Nutzenempfindungen) noch nicht gedeckt ist. So wird auf dem Wege des Substitutionsprinzips eine Nivellierung der Grenznutzen erreicht, soweit zur Herstellung des Produkts dieselben Produktionselemente aufgewendet werden müssen. Derart sind alle Wertbestimmungen untereinander in Korrespondenz, aber letzten Endes nach dem Grenznutzenprinzip reguliert. Das Substitutionsprinzip hat die Bedeutung, daß es die dem Ausgangspunkt nach so individuellen und verschiedenartigen Wertschätzungen im Austauschverhältnis der Produkte untereinander, welches die Wertbestimmung sichtbar in Erscheinung treten läßt, also in der Preisbildung, weitgehend vereinfacht.

Wenn dieselben Produktionselemente in dieser Weise zu verschiedenen Produkten kombiniert werden, deren Grenznutzen gleich sein müssen, so können grundsätzlich gesprochen diese verschiedenen Produkte als untereinander identisch aufgefaßt werden. Eine Substitution findet dann eigentlich nicht statt, weil jede dieser Produktionen bis zu derselben Nutzengrenze fortgeführt wird. Jede Produktion ist Grenzproduktion und jedes Produkt ist Grenzprodukt, außer in den Fällen einer diskontinuierlich verlaufenden Nutzenkurve. Die Bedeutung dieser Überlegung liegt in den Konsequenzen für das Zurechnungsproblem und in der Verbindung zur objektiven Wertlehre.

7. DER KOSTENBEGRIFF IN DER GRENZNUTZENLEHRE.

Der Substitutionsgedanke bzw. das Prinzip des Ausgleichs des Grenznutzenniveaus bietet endlich auch die Grundlage

dafür, um den Kostenbegriff in die Grenznutzenlehre einzuführen und ihm hier seinen besondern Sinn zu geben. Die Produktionskostentheorie, eine Variante der Arbeitswertlehre, spricht im Wesen die Erfahrung des täglichen Lebens aus: daß eine Produktion auf die Dauer nur möglich ist, wenn im Preis die Äquivalente für die Aufwendungen wiederkehren, weil nur so aus dem Ergebnis der Produktion eine neue gleichen Umfangs eingeleitet werden kann. Diese Formulierung ist sehr bequem, für praktische Zwecke hinlänglich genügend, und enthebt der Schwierigkeit, die Kosten auf den gleichen Nenner zu reduzieren. Für die subjektive Wertlehre bzw. die von ihr ausgehende Betrachtung kann allerdings der Satz keine Geltung für die Erklärung des Werts beanspruchen, daß ein Produkt die Herstellungskosten wiedererstatten müsse. Denn die Kosten sind nicht Ursache des Wertes, sondern der Wert des Produkts entscheidet jeweils darüber, welche Kosten vernünftiger Weise aufgewendet werden können. Und trotzdem hat der Satz auch für den Grenznutzentheoretiker seinen guten Sinn. Er besagt nämlich, daß die Produktion eingeschränkt werden wird, wenn ihr „Grenznutzen" zu gering ist, um die entstandenen Kosten zu decken — und durch diese Einschränkung wird dann in der Tat (infolge Erhöhung des Nutzens) der Preis bis auf die Kosten steigen können (unter der Voraussetzung freilich, daß dieses Hinübergleiten von Produktionselementen in eine andere Richtung nicht den dort erzielbaren Preis merklich senkt). Wir begegnen hier wieder dem Gedanken des Gleichgewichts, den wir auch so ausdrücken können, daß Kostenelemente in einer Produktion normalerweise nicht aufgewendet werden dürfen, wenn ihr Wert in anderweitiger Verwendung höher wäre. In diesem Sinne „bestimmen" dann die Kosten den Preis, daß die Möglichkeit ihrer besseren Verwertung eine Begrenzung anderer Produktionen auf einen Umfang erzwingt, der Realisierung der Kosten ermöglicht. Was sind nun diese Kosten? Offenbar die Preise, die der Produzent für Erwerbung der Produktionselemente bezahlen bzw. berechnen mußte (z. B. für Kohle, Eisen, Vergütung seiner eigenen Arbeitsleistung usw.). Die Preise dieser Produktionselemente aber bestimmen sich nach ihrer Grenzverwendung. Die Kosten sind also der nach dem Wertbildungsprinzip der Grenznutzentheorie abgeleitete Preis, welchen die Produktionselemente in anderweitiger, und zwar in einer ganz bestimmten „anderweitigen", nämlich der „Grenzverwendung" realisieren könnten. Dieser würden sie sich zuwenden, wenn sie nicht in unserer Produktion wenigstens denselben Preis realisieren könnten. Und wir können hinzufügen: umgekehrt kann bei freier Konkurrenz der Preis über den „Kostenpreis" in diesem Sinne des Wortes hinaus auch nicht steigen, weil sonst die Produktionselemente dieser bevorzugten Verwendung zuströmen und das Austauschverhältnis zwischen dem bevorzugten Produkt und den anderen Produkten, den Preis, wieder auf die Höhe der „Kosten" herabsetzen werden. So sind auch die Produktionskosten, wenn darunter ein Preisausdruck verstanden werden soll, aus dem Grenznutzenprinzip heraus zu konstruieren, und sie erklären die Art des Zusammenhanges, in welchem die Preise miteinander stehen. Die „Abhängigkeit des Preises von den Kosten" wird dann immer besonders eng sein, wenn die Kostenelemente sehr weitgehende, mannigfaltige Verwendungsmöglichkeiten haben. Die Kosten, als Preise von Produktionselementen, sind also kein fremdes, von außen in das Gefüge des Marktes hineinwirkendes Element, sondern die aus ihren Verwendungen sich ergebenden Austauschverhältnisse.

8. DAS ZURECHNUNGSPROBLEM.

a) Problemstellung.

Mit der Erörterung des Kostengesichtspunkts sind wir bereits in den Bereich eines weitern Problems eingetreten, dessen Lösung innerhalb der Grenznutzenlehre von zentraler Bedeutung ist.

Nach der subjektiven Wertlehre erzielen die einzelnen Produktionselemente auf dem Markt Preise, die bestimmt werden nach dem Werte der Grenzprodukte unter den Konsumgütern, deren Erzeugung von der Verfügung über sie abhängt. Und zwar erzielt eine Produktionsmittelgruppe, z. B. Arbeitsleistungen und produzierte Produktionsmittel [1]), einen Preis,

1) Leistungen von Grund und Boden kommen in unserem

welcher dem Preis des aus ihnen hergestellten Grenzprodukts korrespondiert und durch ihn bestimmt wird. Die Frage, wie sich der Wert dieser Endprodukte auf die einzelnen Produktionselemente aufteilt, hat die Theorie häufig und intensiv beschäftigt [1]), um so mehr als die Bestimmung der Preise der einzelnen Produktionselemente in der entwickelten Verkehrswirtschaft zugleich die Erklärung für die einzelnen Einkommensströme in sich schließen muß.

Wir betrachten zunächst das Problem wieder in der einfachen Verkehrswirtschaft. In dieser erzielen bei freier Konkurrenz die letzten Bodenleistungen keinen Preis. Denn jede Produktion auf Land kann, bei Aufwendung zusätzlicher Produktionsmittel und zusätzlicher Arbeit ausgedehnt werden. Zur Erzielung zusätzlicher Getreidemengen konkurrieren alle Böden und im Preis einer zusätzlichen Getreidemenge werden daher die Bodenleistungen nicht besonders vergütet. Für eine absolute Rente, d. h. Vergütung der letzten Bodenleistungen, bleibt kein Raum (vgl. oben S. 131 f.), da „letzte" Bodenleistungen immer im Überschuß vorhanden, also theoretisch betrachtet freie Güter sind.

Es ergibt sich dann als zentrales Problem auch für die Grenznutzenlehre nur noch die Frage nach dem Preis der sachlichen Produktionsmittel und der Arbeitsleistungen. Diese beiden Fragen erhalten eine besondere Bedeutung in der dynamischen Wirtschaft, in der sie das Problem des Zinses in sich schließen. Hier behandeln wir zunächst nur die statische Wirtschaft.

Bei der Frage der Zurechnung, also der Frage, wie die einzelnen Produktionsfaktoren evaluiert werden sollen, wie sich also „aus den Werten (Preisen) der Güter erster Ordnung, d. i. der Konsumgüter, bestimmte Werte (Preise) der zur Erzeugung jener dienenden Güter höherer Ordnung, d. i.

Schema nicht vor, da von der Mitwirkung des „Grenzbodens" in unserem Sinne bei freier Konkurrenz kein Teil des Endprodukts abhängig ist.

1) Es ist bezweifelt worden, daß hier ein Aufteilungsprozeß stattfindet. Soviel ist aber sicher, daß die Gesamtsumme der Preise, die für die Produktionselemente erzielt wird, auf die Dauer und im Gleichgewicht der Produktion weder größer noch kleiner sein kann als die Preissumme der mit ihnen erzeugten Produkte. Für die Statik ist das eine notwendige Forderung.

der Produktionsmittel, ergeben" (H. Mayer, Handwörterbuch der Staatsw. 4. Auflage, Art. „Zurechnung"), müssen wir davon ausgehen, daß lediglich der Wert einer Einheit des Endprodukts im ganzen gegeben ist, z. B. der Wert des Brotes, einer Lampe, des Kleidungsstückes. Dieser Wert, gegeben im Grenznutzen, setzt sich in den Preis um. Der Preis des Endprodukts selbst aber dient dazu, die Preise der Produktionsmittel zu bezahlen, und die Preise sämtlicher Produktionsmittel bilden sich auf Märkten, deren Angebots- und Nachfragebilder von den erzielbaren Preisen der Endprodukte abhängen. In welcher Weise die Aufteilung erfolgt, ob, wann und inwieweit die Preise der Endprodukte durch die Preise der Produktionsmittel erschöpft werden, ist dadurch aber noch nicht bestimmt. Auch wenn ich weiß, welche Mengen an Arbeit, an Rohstoff, an Hilfsstoffen, Werkzeugen, Gebäuden usw. zur Erzeugung einer bestimmten Menge des Endprodukts notwendig sind, kann ich über den Wert bzw. Preis der einzelnen mitwirkenden Produktionselemente nichts aussagen, ohne vorher den Marktmechanismus zu beschreiben, durch welchen sich der physische Anteil am Produktionsresultat in seinen ökonomischen Anteil und Preis umsetzt.

Auf den Zweifel, den manche äußern, ob in der Zurechnungsfrage überhaupt ein wichtiges Problem vorliegt, gehen wir gar nicht näher ein. Diese Frage ist doch offenbar von zentraler Bedeutung. Hier beginnt ja erst die Bewährung des Grenznutzengedankens an der Wirklichkeit. Daß er ein einleuchtendes Schema für die rationelle Gestaltung des Konsums gibt, wird kaum geleugnet werden können. Daß die Grenznutzenlehre überall dort, wo die Verbindung zwischen Produktion und Konsum offen auf der Hand liegt, einen entscheidenden Beitrag zur Bewertung der Vorprodukte geben kann, ist ebenso offenbar (z. B. Industrie- und Hausbrandkohle, Saatgut und Brotgetreide). Aber damit ist die Frage noch nicht beantwortet, ob sie denn auch in die engere und verwickeltere Verflechtung der Produktionselemente hineinreicht und ob sie für einen solchen Tatbestand genügt. Diese Frage muß die Zurechnungstheorie lösen. Wir wollen sie nun prüfen und jeweils davon ausgehen, daß mehrere Produktionsmittel zur Herstellung eines Endproduktes erforderlich sind.

Es fragt sich dann, wie unter diesen Umständen die Bewertung der Produktionsmittel erfolgen wird.

Die Schwierigkeit des Problems besteht darin, daß bei freier Konkurrenz die Summe der Preise aller Produktionselemente weder größer noch kleiner sein darf als die Preissumme der Endprodukte und daß sich für die exakte Aufteilung dieser Summe zunächst kein entsprechender Grundsatz finden läßt. Denn in der Tat ist ja das Endprodukt von allen Produktionsmitteln abhängig und insofern, als wir es im Ruhezustand mit optimalen Kombinationen zu tun haben, wird die Mitwirkung jedes der Produktionsfaktoren sogar besonders wichtig sein. Der Unterschied aber liegt gegenüber juristischer oder moralischer Zurechnung darin, daß hier eine Kumulierung nicht möglich ist. Es kann sehr wohl der Tod eines Menschen jedem von seinen 5 Mördern voll zugerechnet werden, sie alle können die Tat mit dem Tode büßen, das wird juristisch zu rechtfertigen sein. Ebenso kann eine gute Tat jeder von mehreren Personen voll zugerechnet werden. Es besteht keine Schwierigkeit, jeder von mehreren Personen, die an einer Lebensrettung beteiligt waren, dafür eine Medaille zu verleihen. Das ist zu rechtfertigen, da die Mitwirkung jedes einzelnen aus dieser Gruppe notwendig war, um den Verunglückten vom Ertrinkungstod zu retten. Bei der ökonomischen Zurechnung muß aber der gesamte Effekt auf mehrere Produktionselemente aufgeteilt werden. Die Anteile, welche den einzelnen Elementen zuzurechnen sind, müssen in der Statik in ihrer Summe gerade das Produkt erschöpfen und dürfen darüber nicht hinausgehen. Es müssen also die Proportionen ermittelt werden, nach denen sich das Gesamtresultat des Produktionsprozesses auf die einzelnen Elemente desselben verteilt [1]).

Die Schwierigkeit des Problems wird von vielen darin gesehen, daß es unmöglich sei, die physischen Teile des Gesamtprodukts zu bezeichnen, die von jedem der mit-

1) Bleibt die Preissumme der Produktionselemente hinter den Produktpreisen zurück, so sind sie schon definitionsgemäß außerhalb der Statik. In diesem Fall führt CLARK den Unternehmer ein, der den Überschuß als Gewinn einstreicht. Allerdings nur zeitweise, bis der Gewinn durch die Konkurrenz der Unternehmer untereinander eliminiert wird.

wirkenden Faktoren abhängig sind. Ist das wirklich richtig? Natürlich gehen die Elemente in der Produktion eine unlösliche Verbindung ein, und in diesem Sinne ist gewiß die Produktion nicht wie eine Addition aufzufassen, bei der jeweils die Hinzufügung eines Elements in ihrer Wirkung die Summe noch exakt erkennbar ist. Trotzdem aber die Theoretiker nicht müde werden zu beteuern, daß ihr Problem die ökonomische Zurechnung sei und nicht die physische, so sind sie letzten Endes doch immer — natürlich — auf der Suche nach den Teilen des Ertrags, der doch nur von der Mitwirkung der einzelnen Produktionselemente am physischen Ertrag und dadurch am Wertertrag abhängen kann. Wovon sollte er denn sonst abhängen?

b) Die Lösungsversuche.

In der Zurechnungslehre treten drei Lösungsversuche auf. Sie seien zunächst prinzipiell entwickelt:

1. Der Ausfalls- oder Verlustgedanke.

a) Man stellt fest, welche Konsequenz der Ausfall eines der Produktionselemente mit sich bringt. Dieser wird natürlich eine Verringerung des Produktionserfolges herbeiführen. Unter Umständen wird sogar die Produktion überhaupt unmöglich sein. Wenn z. B. in der landwirtschaftlichen Produktion der Boden oder die Arbeit in irgendeiner beliebigen Produktion wegfiele, so könnte ein Produkt überhaupt nicht entstehen. Der Wegfall des künstlichen Düngers aber reduziert nur den Produktionserfolg. Niemals aber kann der Gedanke in dieser Form zu einem brauchbaren Resultat führen, da die Zurechnungswerte immer zu groß werden. (Das Beispiel MENGERS: Die Kombination der Produktionsmittel a, b und c ergibt ein Produkt vom Werte 10. Die Kombination von b und c, a und c, a und b, also stets unter Wegfall eines Produktionsmittels, ergibt ein Produkt von je 6. Der Wert jedes Produktionsmittels nach dem Verlustgedanken ist demnach $10 - 6 = 4$ der Wert aller Produktionselemente zusammen wäre 12 statt 10.) Man hat bald erkannt, daß dieser Gedanke nicht kumulativ, sondern nur alternativ verwendet werden kann. Das ist aber nur in denjenigen besonderen

Fällen möglich, in denen bereits die Bewertung aller übrigen Produktionselemente feststeht.

b) Der Ausfallgedanke wird heute nicht mehr in dieser primitiven Weise vertreten. Es werden im Sinn der Grenznutzenlehre nicht die Produktionselemente im Ganzen betrachtet, sondern ihre Zusammensetzung wird variiert. Man untersucht, wie die Hinzufügung einer weiteren Einheit eines Produktionselements oder die Wegnahme einer Einheit aus dem bestehenden Zusammenhang den Produktionserfolg beeinflußt. Man geht also im Sinne des Grenzgedankens vor. Es ist aber im Grund derselbe Ausfallsgedanke, den wir unter a behandelt haben, dessen Mängel man aber durch weitgehende Verfeinerungen des Gedankenganges zu beheben sucht. Wir werden prüfen müssen, ob mit Erfolg. (Siehe unten S. 258.)

2. Der Gedanke, aus dem Prozeß der Wertbildung der Endprodukte selbst beim ruhigen Besitz der Produktionselemente die Werte der Produktionselemente zu ermitteln (Wieser).

3. Der Versuch, das Problemfeld durch den Substitutionsgedanken zu verengern und so die Frage zu lösen, verschiebt bloß, aber löst nicht die Aufgabe (Böhm-Bawerk).

Am populärsten ist gegenwärtig der Ausfallgedanke in seinen verfeinerten Formen der Grenzproduktivität. Er vereinigt die meisten Anhänger auf sich und muß am sorgfältigsten geprüft werden. Wir können es aber nur tun, wenn wir den Gedanken der Mitwirkung bei ruhigem Besitz (Wieser) und den Substitutionsgedanken erörtert haben, damit wir nicht bei der Diskussion des vornehmlich wichtigen Ausfallsgedankens in Versuchung kommen, die unter 2 und 3 scheinbar gegebenen Auswege zu benutzen.

c) Erörterung der Lösungsversuche v. Wiesers und v. Böhm-Bawerks.

I. Vor allem Wieser vertritt die These, daß man aus der Beobachtung der Produktionsresultate bei gesichertem, ruhigem Fortgang der Produktion die Bewertung der Produktionselemente direkt feststellen kann. Wieser fragt: „auf welche von den vielen Faktoren, die in einem Kausalnexus zu dem

Ertrag stehen, es wirtschaftlich-praktisch für die Gewinnung des Ertrages ankommt und in welchem Maße es auf sie ankommt" [1]). Er geht von der Tatsache aus, daß die Produktionsmittel nicht nur in einer Kombination zusammenwirken, sondern an mehreren Produktionen beteiligt sind. Sie wirken bei der Entstehung mannigfaltiger Produkte zusammen, woraus sich verschiedenste Kombinationen, auch verschieden in ihrer qualitativen Zusammensetzung, ergeben. Diese verschiedenen Kombinationen kann man als Gleichungen schreiben, in denen auf der rechten Seite der Wert des Endprodukts und auf der linken die physischen Mengen der Produktionsmittel multipliziert mit ihrem (vorläufig unbekannten) Wert stehen. Aus diesen voneinander unabhängigen Gleichungen kann man die Werte der Elemente berechnen. Da man annehmen kann, daß sämtliche Gleichungen gelten und da die einzelnen Produktionselemente nach dem Substitutionsprinzip in jeder Verwendung dieselben Werte realisieren müssen, so braucht man nur die Gleichungen nach den einzelnen Werten aufzulösen, um die zuzurechnenden Anteile zu erhalten.

Z. B.: die drei Elemente A, B, C, deren vorläufig unbekannte Preise pro Einheit a, b und c sind, wirken in drei verschiedenen Produktionen in verschiedener Dosierung. Dabei ist angenommen, daß jede dieser Dosierungen für den betreffenden Produktionszweig das Optimum darstellt, so daß alle andern bis zur Erreichung des Gleichgewichtszustands hin ausgeschaltet werden.

$$
\begin{aligned}
a + b + c &= 12 \\
6a + 5c &= 38 \\
3b + 2c &= 23
\end{aligned}
$$

Die Gleichungen ergeben nun aufgelöst für a den Wert 3, für $b = 5$, für $c = 4$. Nur bei diesen Werten stimmen die Gleichungen, andere Werte für a, b und c sind nicht möglich (bzw. wenn sie trotz ihrer Unmöglichkeit in der Wirklichkeit vorkommen, entstünden Gewinne oder Verluste, die zur Herstellung des Gleichgewichts führen würden). Die Werte sind

1) Diese Formulierung bei Hans Mayer, Artikel „Zurechnung", in Handb. d. Staatswiss., 4. Aufl., S. 1213. — Vgl. ferner Fr. v. Wieser, Theorie der gesellschaftlichen Wirtschaft, Grundriß d. Sozialökonomik, Bd. I, S. 210 ff, Tübingen 1914.

durch die Gleichungen eindeutig bestimmt. Die Gleichungen sind simultan (Mayer), daher gelten auch die Werte simultan. Die Summe der produktiven Beiträge deckt sich hier mit den Werten der Endprodukte, die Schwierigkeiten des Ausfallgedankens sind vermieden. Es ist auch nicht zu besorgen, daß es weniger Gleichungen als Unbekannte geben wird, wenn man jede Produktion zur Grundlage einer Gleichung macht.

Wenn wir nun diese Gleichungen ansehen, so ergibt sich zunächst folgende Frage [1]): Wie werden die Gleichungen ausgewählt? Es gibt doch in Wirklichkeit nicht nur diese Kombinationen, d. h. je eine Kombination für die Herstellung eines Gutes, sondern es gibt in jedem Produktionszweig zahlreiche Kombinationen, da einzelne Produktionsmittel technisch durch andere ersetzt werden können. Wieser geht aber offenbar vom Optimum in jeder Produktionsrichtung aus. Was aber die optimale Kombination ist, ist nicht aus einem Vergleich der physischen Erträge in den einzelnen Kombinationen zu erschließen, sondern nur aus einer Vergleichung der Preissummen, welche die physischen Erträge erzielen können, verglichen mit den Preissummen, die in den einzelnen Kombinationen für den Erwerb der Produktionselemente aufgewendet werden müssen. In der statischen Wirtschaft wird für jede Produktionsrichtung eine solche optimale Kombination (bei gegebener Technik) aufgefunden werden können, und in der Landwirtschaft wird eine Grenzproduktion bezeichnet werden können, welche von der Effizienz der Arbeit innerhalb der Industrie abhängt. Welches aber diese Kombinationen sind, läßt sich nicht bloß aus den naturalen Unterschieden der einzelnen Kombinationen ableiten. Das heißt aber, in diesen Gleichungen werden nicht naturale Größen, sondern Wertgrößen kombiniert, und es ist bereits die Bewertung der Produktionselemente erforderlich, um das Optimum zu bestimmen, d. h. die Gleichungen richtig auszuwählen. Wie sollte man sonst die Produktion herausfinden, in der die Preise der Endprodukte mit der Preissumme der Produktionselemente übereinstimmen? Der Prozeß der Zurechnung ist also bereits vollzogen, wenn man die Gleichungen ausgewählt hat. Alle Gleichungen, in denen die Produktionselemente diese Werte nicht erreichen oder übersteigen, sind von vornherein ausgeschlossen. Es ist also ein vollkommenes Gleichgewicht vorhanden. Welches ist aber der Prozeß, in dem es sich herstellt? Er ist durch die Darstellung von Wieser noch nicht aufgewiesen.

1) Weitere kritische Einwendungen zu diesem Lösungsversuch gibt Hans Mayer, Hdwb. d. Staatsw., 4. Aufl., Artikel „Zurechnung", S. 1218.

Daß in der Tat die Werte der Produktionselemente schon bekannt sein müssen, um diese Methode anzuwenden, zeigt folgende Überlegung. Nehmen wir an, daß die zur Bestimmung der Werte gewählten Gleichungen lauten:

$$(1)\quad a + b + c = 12$$
$$(2)\quad a + b + c = 14$$
$$(3)\quad a + b + c = 10$$

Diese Gleichungen können wir nicht auflösen, weil sie einander widersprechen. Wir könnten jetzt, wenn lediglich diese Daten gegeben sind, nur sagen: es müßten sich zunächst die Mengenverhältnisse in den einzelnen Produktionseinrichtungen verschieben, bis die Änderungen in den relativen Mengen der Endprodukte die Preise derselben aufeinander so abstimmen würden, daß die Werte für die einzelnen Produktionselemente in allen Gleichungen der Bedingung des Gleichgewichts zwischen Kosten und Ertrag Genüge leisten. Es würden vielleicht z. B. die Produktionen (1) und (3) eingeschränkt, die Produktion (2) ausgedehnt werden. Es könnte sich jetzt aber zeigen, daß zwar die Verluste in (1) und (3) verschwinden, daß aber umgekehrt jetzt die Produktion (2) mit einem Verlust abschließt, wenn der Preis des Produkts der zweiten Produktionsgruppe infolge vermehrter Menge sinken würde. Die Bewegung müßte jetzt auf die relativen Mengenverhältnisse der Produktionselemente übergreifen, ohne daß man sagen könnte, welche Mengenrelationen sich dann herstellen würden. Eine solche Veränderung der relativen Mengenverhältnisse der Produktionselemente würde voraussetzen, daß sie produzierbar sind. Bei welchem dieser Produktionselemente jedoch eine Vermehrung, bei welchem eine Verringerung der relativen Menge eintreten müßte, könnte nicht gesagt werden, wenn man nicht wüßte, welches Produktionselement zu hoch, welches zu niedrig bewertet ist. Wie soll das aber in dem hier mitgeteilten Tatbestand

ohne Kenntnis der Kostengestaltung bei der Erzeugung der einzelnen Produktionselemente festgestellt werden? Der „Zustand der ruhigen Besitzer", d. h. der ausgewogenen Wirtschaft, liegt aber noch nicht vor, wenn nicht schon der Ansatz Gleichungen bringt, die ein Gleichgewicht symbolisieren. Damit zeigt sich, daß der Gedankengang WIESERS auf dem Wege zu WALRAS liegt.

II. Noch einleuchtender ist die Unzulänglichkeit des Substitutionsgedankens, der besonders bei BÖHM-BAWERK eine große Rolle spielt, sich aber auch in andere Auffassungen immer wieder einschleicht. Er ist im Rahmen der Grenznutzenlehre sehr plausibel und ist „streckenweise" sehr brauchbar. Wenn in einer Produktion drei Faktoren a, b, c zusammenwirken, so werden diese Faktoren nicht nur an dieser Produktion beteiligt sein. Sie mögen in anderen Produktionen ihren Grenznutzen, d. h. also einen niedrigeren Nutzen, realisieren, der aber für ihren Wert bestimmend wird. Diesen Wert übernehmen wir dann in unsere Produktion. Derart können wir viele Werte von Produktionsmitteln erklären und durch Substitution entweder die Anzahl der Unbekannten in der Gleichung vermindern oder überhaupt je nach der Sachlage alle Unbekannten eliminieren. Es liegt auf der Hand, daß hier das Problem zunächst nur verschoben ist. Es muß in derjenigen Produktion gelöst werden, aus welcher wir den Substitutionswert bezogen haben. Ferner mußte die Verwendung eines Produktionsmittels a mit niedrigerem Substitutionswert in einer Produktion, in der es einen höheren Wert realisiert, einen Überschuß ergeben. Dieser würde dazu führen, daß die Produktion, die wir betrachten, ausgedehnt wird, während die Produktion, der wir den Substitutionswert entnommen haben, eingeschränkt werden mußte. Wir haben also jetzt anstatt eines, zwei Probleme. Denn jetzt muß sich der Wert in jener Grenzproduktion erhöhen, in unserer Produktion senken. Aber wie weit? Jedenfalls werden nach Herstellung des Gleichgewichts beide Produktionen mit Hinsicht auf a Grenzproduktionen sein müssen, und die Substitution bringt uns keinen Schritt weiter.

Auch wenn das Produktionselement a in einer anderen Verwendung als Endprodukt dient (z. B. Kohle als Hausbrandkohle), so können dessen Werte doch nicht aus dem Grenznutzen als Konsumgut ohne weiteres bestimmt werden. Denn dieser Grenznutzen hängt ja von der Kohlenmenge ab, die als Gebrauchsgut dient. Diese Menge wird sich aber auch durch den Wert bestimmen, welchen die Kohle als Produktionsmittel realisieren kann. Wir können daher den Wert des Gebrauchsgutes hier nicht als feste Größe in die Rechnung einstellen. Der Gesichtspunkt, daß der Wert in anderweitiger Verwendung entscheidet — eine Formel, welche in der Grenznutzenlehre als bequeme Problemlösungsmaschine beliebt ist —, übersieht, daß eben für die Sphäre der anderweitigen Verwendung die übrigen Verwendungsmöglichkeiten auch eine anderweitige Verwendung darstellen und auf den Wert, den man hier glatt substituiert, zurückwirken.

Hingegen ist der Substitutionsgedanke dort anwendbar, wo es sich um die sogenannte spezifische Zurechnung handelt: d. h. wo nicht bloß beliebig vermehrbare Produktionselemente, sondern außer diesen noch ein in Seltenheit gegebenes Produktionselement mitwirkt, z. B. eine besondere Bodenqualität in einer vom Weinbau bevorzugten Lage. Da werden wir ohne weiteres die Arbeit und die übrigen Produktionselemente zu ihrem Marktwert substituieren können. Wir werden den Wert des Weins aus den Grenzschätzungen der Käufer ableiten können, und wir werden den Wert des bevorzugten Produktionsmittels dann durch eine einfache Rechenoperation finden. Hier wird eben der Überschuß diesem Seltenheitsgut — um ein solches handelt es sich — zugerechnet. Auch dieses Verfahren ist nicht ganz exakt, es übersieht die Tatsache, daß die Verwendung der beliebig vermehrbaren Produktionselemente in unserer Produktion die zur Verfügung stehende Menge dieser Produktionselemente in anderen Produktionen verringert und dadurch doch auch deren Austauschverhältnis mitbestimmt. Allerdings wird man dieses Zurückwirken der speziell betrachteten Produktion auf die Wertverhältnisse der reproduzierbaren Produktionsmittel wegen der Geringfügigkeit des Effekts vernachlässigen können. Es zeigt sich aber, daß diese Methode nur die Ermittelung der Werte von spezifischen, d. h. nicht produzierbaren gegebenen Produktionsmitteln als Restgröße gestattet, nicht aber das allgemeine Zurechnungsproblem löst.

d) Die Theorie der Grenzproduktivität.

Der Gedanke der Grenzproduktivität kann heute als herrschende Lehre angesehen werden. Er bedient sich der Methode der Variation. Es wird untersucht, welche Veränderungen im Gesamtertrag eintreten, wenn in einer Kombination je eine Einheit des untersuchten Produktionselements hinzugefügt oder hinweggenommen wird. Nimmt man den Tatbestand so einfach als möglich an, so wird man die Menge des Produktionselements, dessen Wert durch die Zurechnung zu ermitteln ist, als gegeben betrachten. Man nimmt also den Ausgangspunkt von einer speziellen Kombination und vermindert eines der Produktionselemente um eine Einheit oder fügt eine Einheit dieses Produktionselements hinzu. Dadurch ändert sich natürlich das Gesamtresultat. Diese Tatsache deutet man so, daß Änderungen dem untersuchten Produktionsfaktor zuzurechnen sind. Derart kann man mehrere oder alle Produktionsfaktoren nacheinander untersuchen und zum gewünschten Resultat gelangen. Jedenfalls, sagt diese Lehre, wird jeder einzelne Produzent so verfahren, daß er Elemente eines Produktionsfaktors solange erwirbt, als die durch Hinzufügung eines Elements erzielbare Ertragssteigerung den Preis übertrifft, und er wird die Verwendung eines Produktionsmittels solange einschränken, bis die erzielbare Ersparnis die Ertragsminderung übertrifft. So wird für jeden Produzenten und überhaupt in der Volkswirtschaft der Preis der einzelnen Produktionselemente mit ihren derart ermittelten produktiven Beiträgen zusammenfallen. Dieser Gedanke ist der Ausgangspunkt, der weitgehend verfeinert werden mußte, um den sich aufdrängenden Einwänden zu begegnen.

Der erste Einwand ergibt sich aus der Parallelität zur primitiven Fassung des Ausfallgedankens. Wenn ich in einer gegebenen Kombination von mehreren Produktionsfaktoren, deren jeder in bestimmter Menge gegeben ist, die Menge eines Faktors (z. B. Arbeit) verändere, sei es vermehre, sei es verringere, so wird zweierlei verändert: erstens die Menge dieses Faktors und zweitens das Verhältnis dieser Menge zu den Mengen der übrigen. Die Wirkung dieser Veränderung wird daher eine doppelte sein. Wenn ich die Menge des einen Produktionsfaktors um eine Einheit vermindere, so fällt der produktive Beitrag dieser Einheit aus. Außerdem aber werden die übrigen Produktionsfaktoren jetzt relativ häufiger, d. h. es tritt zunächst ein Leerlauf ein, den man durch Umdisponieren dieser Produktionsfaktoren zu kompensieren trachten wird. Auf beide Umstände zusammengenommen ist die Minderung des Effekts zurückzuführen. Der Ausfall am Produkt, den wir feststellen können, ist hier also nicht der Verringerung in der Anzahl der Arbeitselemente allein zuzuschreiben und wenn wir die Zurechnung nach diesem Ausfall vollziehen würden, würden wir in all den Fällen ein zu großes Resultat erhalten, in denen eine völlige Kompensation des Leerlaufs nicht eintritt.

Umgekehrt: wenn ich die Anzahl der Arbeitselemente vermehre, so wird das Gesamtprodukt wachsen. Aber der Zuwachs kann nicht als Resultat des hinzugefügten Arbeitselements allein betrachtet werden, denn jetzt ist die Anzahl der anderen Elemente relativ gesunken. Der Produktzuwachs wird jetzt wiederum zwei Faktoren: der relativen Steigerung der Arbeitsleistungen gegenüber einer relativen Verminderung der übrigen Produktionselemente zuzuschreiben sein. Auch hier wird je nach Lage des Falles ein Umdisponieren der Produktionselemente erfolgen.

Dieser Schwierigkeit sucht man durch die Infinitesimalmethode zu begegnen. Im Verhältnis zur Gesamtproduktion eines Betriebes, z. B. einer Mühle, ist eine Produkteinheit, z. B. ein Sack Mehl, bei einer Produktion von einer Million Sack jährlich allerdings eine Größe, die vernachlässigt werden kann. Man kann nun untersuchen, welchen Effekt die Verringerung der vermahlenen Getreidemengen um ein Millionstel auf das Produktionsresultat haben wird und kann demgemäß feststellen, welcher Anteil des Mehls dem Getreide zuzurechnen ist. Die übrigen Produktionselemente Arbeit, Kapital, Kohlenverbrauch usw. bleiben ungeändert. Auch in diesem Fall werden in der Ertragsminderung zwei Elemente zu unterscheiden sein. Nicht nur das zu vermahlende Getreidequantum sinkt, sondern es werden auch die Maschinen, Arbeitskräfte usw. weniger ausgenützt. Rechnet man nun die Verringerung des Mehlquantums allein der Tatsache zu, daß sich die Getreidemenge vermindert hat, so wird der Fehler bei dieser Rechnung zwar sehr klein sein, aber er

muß ja, wenn das Resultat zur Ermittlung der zuzurechnenden Werte dienen soll, mit einer Million multipliziert werden. Wir können also dem Fehler des Ausfallsgedankens durch noch so weitgehende Unterteilung der Produktionselemente nicht entgehen, außer wenn wir eine völlige Kompensation durch Umdisponieren annehmen.

Dieses Beispiel wird für den Gedankengang der Grenzproduktivität sogar sehr ungünstig sein. Denn eine Verringerung der Getreidemenge verringert bei gleichbleibenden Preisen den Ertrag genau in demselben Maße, also hier um ein Millionstel, wovon nur die Kostenersparnisse als Folge geringerer Getreidevermahlung abzuziehen wären.

Wählen wir einen anderen Fall, z. B. die Verringerung der Arbeiterzahl. Diese wird entweder zu einer Verringerung der Produktion oder zu einer Verschlechterung der Qualität führen. In beiden Fällen werden die übrigen Produktionselemente nicht ihre volle Wirksamkeit entfalten können. Auch hier wird also die Verringerung des Ertrags nicht bloß dem Wegfall dieses Arbeitselements zuzurechnen sein und eine Bestimmung des Arbeitswerts nach diesem Gesichtspunkt wird zu hoch ausfallen.

(In diesen Beispielen ist als Ausgangspunkt immer eine optimale Produktion vorausgesetzt, d. h. eine Kombination, welche bei den gegebenen Bedingungen das günstigste Resultat erbringt. Von der Schwierigkeit, daß wir diese Kombination nur aufstellen können, wenn wir bereits mit Werten der einzelnen Produktionselemente rechnen, wollen wir hier absehen.)

Den oben erörterten Fehler sucht Clark zu vermeiden (in der Distribution of Wealth), indem er den Gedanken der Kompensation in den Mittelpunkt stellt. Wachstum an Gütern wie Wachstum an Kapital vollzieht sich (ebenso manchmal auch Wachstum an Arbeitskräften) nicht durch eine Vermehrung der Menge, sondern häufiger durch eine Veränderung der Qualität. Mehr Kapital in einem Betriebe bedeutet bei gleichbleibender Arbeiterzahl nicht Steigerung der Anzahl von Produktionselementen, z. B. Vermehrung der Maschinen, sondern Veränderung derselben, Umformung ihrer technischen Natur, Verbesserung der Qualität und daher der Effizienz der einzelnen Maschinen oder Anlagebestandteile. Ein Betrieb derselben Art, z. B. eine Spinnerei, wird ganz anders aufgebaut sein, je nachdem ob sie bei einem Anlagekapital von 1 Million Mark 100 oder 50 oder 200 Arbeiter beschäftigen kann. Wenn sich also das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit verändert, ändert sich auch die technische Struktur des Betriebes.

Diese Änderung der technischen Struktur soll die Wirkung haben, die Verringerung der Effizienz zu kompensieren, die durch Anwendung desselben Kapitals auf eine veränderte Arbeiteranzahl entstehen würde. Dadurch soll der Gedanke der Grenzproduktivität anwendbar werden, ohne daß sich Ertragsanteile anderer Faktoren in die Rechnung einschleichen. Durch diesen Kunstgriff soll eine konstante Effizienz des in der Quantität unveränderten Faktors, also hier des Kapitals bzw. der Maschinerie, garantiert werden. Technische Veränderungen von der Art, wie sie Clark im Auge hat, werden in einer entwickelten Wirtschaft zwar immer eintreten. Ob sie aber jeweils die Effizienz des quantitativ unverändert bleibenden Faktors konstant halten, hängt von den Bedingungen des Einzelfalls ab. Es muß also die Frage, ob Verschiebungen der Effizienz zumal für die Statik ausgeglichen werden, dahingestellt bleiben. Immerhin ist das möglich. Auch wenn man sich das Argument nicht zu eigen macht, das die Kapitalausstattung einer Volkswirtschaft als gegeben und in ihre Struktur starrr anzusehen ist (mindestens der Zuwachs an Kapital ist ja in der technischen Formgebung frei), so hängt es doch vom Ausmaß der Veränderungsmöglichkeiten ab, ob die Kompensation voll eintritt. Jedenfalls ist sie nicht eine theoretische Notwendigkeit. Nichts verbürgt, daß Kapital und Arbeit in der Wirklichkeit als „abstrakte Gallerten“ (Schumpeter) angesehen werden können. Das ökonomische Prinzip bzw. die Tendenz zum Gleichgewicht wird auf die Ausnutzung einer solchen Wandelbarkeit hinwirken, aber es ist die Frage, ob sie so groß ist, wie Clark annimmt.

Es sei noch hervorgehoben, daß in dieser Methode eine Veränderung in der Problemstellung liegt: Clark fragt nicht nach dem Effekt eines Grenzelements in einer gegebenen Produktion, sondern nach den Unterschieden der Ergebnisse zweier Produktionen, welche sich nicht nur dadurch unter-

scheiden, daß die Menge eines Produktionselements in einer Produktion um eine Einheit verringert oder vermehrt wird. Sondern außerdem sind diese Produktionen auch technisch voneinander unterschieden. Es sind also streng genommen zwei verschiedene Produktionen, die miteinander verglichen werden, und der für das Produktionselement gesuchte Wert wird aus einem gedachten Entwicklungsprozeß zu einer kapitalintensiveren oder arbeitsintensiveren Produktion abgelesen.

Der Gedankengang von Clark zeigt noch andere Eigentümlichkeiten. Er verfolgt nicht nur die Veränderung an der Grenze wie z. B. Marshall, sondern er konstruiert den Aufbau und die produktiven Ergebnisse der Einzelelemente durch den ganzen Prozeß der gedachten Entwicklung hindurch, da er ja daraus Werte erhält, welche den übrigen Elementen (oder bei den zwei Produktionselementen seines Beispiels dem andern Element) zuzurechnen sind. Da man diesen Prozeß für beide Elemente gesondert durchführen kann, so müssen die Resultate beiderseits übereinstimmen. Also: wenn bei einem Gesamtertrag von 100 und beim Zusammenwirken von zwei Produktionselementen die Zurechnung nach dem Produktionsfaktor A für diesen einen Wertanteil von 30 ergibt und daher für B einen Restwert von 70, so muß die Zurechnung nach B vollzogen, für B 70 und für A 30 als Restwert ergeben. Wenn aber, was ja auch möglich wäre, die Zurechnung nach A einen Wert von 30, hingegen nach B einen Wert von 50 ergibt, so ist das ein Zeichen dafür, daß in der Produktion ein Überschuß erzielt wird, der einem Unternehmer zuzurechnen ist. Jedenfalls muß sich der Preis des Produktionselements B bei freier Konkurrenz nach dieser Methode für den Produzenten auf 50 stellen. Man muß dann annehmen, daß durch die Konkurrenz der Unternehmer untereinander die Daten bis zur Eliminierung des Gewinnes hin verändert werden. Allerdings wäre es sehr kompliziert, diesen Prozeß in einem konkreten Fall ins Einzelne zu verfolgen, da sich alle Ansätze modifizieren. Das Gleichgewicht selbst wird hergestellt entweder durch Vermehrung der Produktion und die damit gegebene Senkung der Preise oder umgekehrt durch Preissteigerung der Produktionselemente. Welche von beiden Alternativen eintritt, hängt von den Kostenkurven ab. Kann ich nämlich die Produktion der Produktions-

elemente bei gleichen oder nur unmerklich erhöhten Kosten beliebig ausdehnen, so wird der Preis der Endprodukte sinken müssen. Kann ich das aber nicht, so wird umgekehrt der Preis der Produktionsmittel steigen. Wir stoßen also hier auf die objektiven Produktionsbedingungen als Bestimmungsgrund für die Variationsmöglichkeit der Preise.

Es sei nun versucht, klarzulegen, welche Bedingungen selbst bei lediglich 2 Elementen erfüllt sein müssen, damit die Produktion als Glied eines statischen Systems betrachtet werden kann, also weder Gewinn noch Verlust bringt. Sind in unserer Produktion z. B. 10 a und 6 b kombiniert und ist der Wert des Gesamtprodukts von 10 a + 6 b = 80, von 10 a + 5 b = 76, also b = 4, a = 5,6, so muß der Wert der Kombination 9 a + 6 b = 74,6 sein. D. h. also die Werte, die bei der Variation des einen Faktors erzielt werden, müssen sich mit den Werten decken, die sich als Restgröße durch die Variation des anderen Faktors ergeben (auf die Komplikationen bei mehr als 2 Elementen sei hier nicht eingegangen). Dieses Resultat muß außerdem im Zuge technischer Veränderungen entstehen, denn würden solche nicht stattfinden, so wäre der Ausfall an Produktion größer und nicht nur den Variationen des gerade untersuchten Elements, sondern auch der damit verbundenen Verschiebung in den Mengenverhältnissen der übrigen Faktoren zuzuschreiben. So manchem wird die These einer restlosen Deckung der Zurechnungswerte etwas gewagt erscheinen, zumal nicht der eine Wert auf den anderen einwirken kann, sondern sich jeder der beiden Werte in einem unabhängigen Prozeß der Variation bestimmt. Aber die Statik läßt eben nur Kombinationen der Produktionselemente zu, in denen diese Methode einander restlos ergänzende Werte ergibt.

Entsprechend dem Grundgedanken der Grenzanalyse wird ferner für beide Elemente abnehmender Ertrag angenommen. Durch den ganzen gedachten Entwicklungsgang der Produktionen ist die Differenz zwischen den Resultaten der Kombinationen (10 a + 2 b) und (10 a + 1 b) größer als zwischen den Resultaten von (10 a + 3 b) und (10 a + 2 b), diese größer als die Differenz zwischen den Resultaten von (10 a + 4 b) und (10 a + 3 b) usw.

Die Produktionen stehen also durchwegs, auf jedes der

mitwirkenden Produktionselemente hin betrachtet, unter dem Gesetz des abnehmenden Ertrags.

Welches Resultat würde diese Methode nun bei steigendem Ertrag geben? Unter steigendem Ertrag ist hier verstanden, daß die Produktionszuwächse bei Hinzufügung weiterer Einheiten eines Produktionselementes fortgesetzt steigen. Es ist also die Differenz zwischen den Resultaten der Kombinationen (7 a + 6 b) und (6 a + 6 b) kleiner als die entsprechende Differenz zwischen den Ergebnissen von (8 a + 6 b) und (7 a + 6 b) usw. Wenn man also in einer solchen Produktion z. B. bei gleichbleibender Menge der übrigen Produktionselemente das Kapital erhöht, so wird der Zuwachs des Produktionsresultats bei jeder neuhinzugefügten Kapitaleinheit größer sein als nach der Hinzufügung der letzten bereits mitarbeitenden Einheit. Dieselbe Annahme wollen wir für die Arbeitsleistung machen. Die Annahme bedeutet, daß auf der einen Seite die Formenwandlung des Kapitals die relative Verringerung der Arbeitsleistung überkompensiert wie bei wachsender Arbeiterzahl die als Folge der „Kapitalverdünnung" sinkende Effizienz durch bessere Organisation der Arbeit gleichfalls überkompensiert wird. Bei diesem Sachverhalt würden die Resultate für die Werte der einzelnen Produktionselemente nach dem Gedanken der Grenzproduktivität zu groß. Folgendes Beispiel möge das illustrieren: Es möge der Zuwachs, der nach der Hinzufügung der einzelnen Einheiten von b erzielt werden kann, in unserem Beispiel ansteigen wie 5 zu 6. D. h. das Fortschreiten von der Kombination 10 a + 4 b auf die Kombination 10 a + 5 b steigere das Gesamtprodukt um 5, ferner das Fortschreiten von 10 a + 5 b auf 10 + 6 b steigere es um 6. Ebenso ergebe sich bei dem Wachstum des Elements a eine steigende Reihe, z. B. von 5, 6, 7. Dann wären die Summen der Werte nach dem Schema der Grenzproduktivität natürlich zu groß, hier also 70 + 36 = 106 anstatt 80. In diesem Fall wird der Grenzgedanke nicht anwendbar sein. Das hat bereits Marshall ausdrücklich betont.

Wie bestimmen sich die Werte in einem solchen Fall in der Wirklichkeit. Der Preis bis zu dem der Produzent für eine Einheit des Elements a, also auch für das Grenzelement gehen kann, wird sich aus dem Ergebnis der ganzen Produktion unter Voraussetzung gegebener Preise für die übrigen Elemente fixieren müssen. D. h. wenn das Grenzelement hier als Träger einer besonders hohen Effizienz erscheint, so ist es doch nicht in dem Sinne „Schlußglied" einer Kombination, daß es die von ihm abhängige Effizienzsteigerung als Preis auf dem Markte zu realisieren vermöchte. Denn es findet ja neben sich die übrigen gleichartigen Einheiten des Elements a, die jede für sich gleichfalls die Position des Schlußgliedes beanspruchen können. Wurden bisher 5 Einheiten von a zum Preise von je 5 angewendet, und würde die Hinzufügung einer weiteren Einheit a den Gesamtertrag um 7 steigern, so würde ein Produzent nunmehr für 1a bei Erwerbung von 6 Einheiten einen Preis von $\frac{32}{6} = 5\frac{1}{3}$ bieten können, aber nicht mehr. Oder: die bereits bisher mitwirkenden Einheiten des Elements a erfahren durch die Tatsache des steigenden Ertrags, der sich an die Hinzufügung einer weiteren Einheit von a knüpft, eine Werterhöhung. Der Markt schwemmt ihnen je einen Teil des grenzproduktiven Beitrags des sechsten Elements zu, wenn man das so ausdrücken will. Man kann aber auch sagen, daß jedes Element eben potentiell Grenzelement ist und daher mit „Recht" am steigenden Ertrag partizipiert [1]).

Steigende Erträge sind insbesondere der Dynamik eigentümlich: Wenn man den Ertrag als Naturalertrag faßt (was gestattet ist, solange die Preise gleich bleiben), so steht die Dynamik der entwickelten Verkehrswirtschaft unter dem Gesetz des steigenden Ertrages. Auch wenn wir die Mengen durch Werte ersetzen und annehmen, daß bei steigenden Mengen die Preise sinken, sind doch technische Strukturen möglich, in denen der wertmäßige Ertrag trotz sinkender Preise steigt. Betrachten wir eine beliebige Phase dieses Entwicklungsprozesses, so würde also das Prinzip der Grenzproduktivität zu große Resultate ergeben, da es auf den Fall einer Produktion mit sinkendem Ertrag zugeschnitten

1) Dieser steigende Ertrag ist nicht nur im Verlauf längerer Perioden zu konstatieren als Wirkung technischer Veränderungen, sondern ebenso schon im Fluß normaler Entwicklung innerhalb gewisser Grenzen, wenn nämlich die Kapazität noch nicht voll ausgenutzt ist.

ist. Die Wertbestimmung der Produktionselemente in den Betrieben steigenden Ertrags muß dann auf die Wertbestimmung derselben Produktionselemente in den Betrieben abnehmenden Ertrags zurückwirken. Das Gleichgewicht wird erst dann erreicht sein, wenn die Preise derselben Produktionselemente in allen Produktionen gleich hoch sind. D. h. wenn der grenzproduktive Beitrag in den Produktionen abnehmenden Ertrags sich mit dem Durchschnittsertrag desselben Produktionselements in den Betrieben zunehmenden Ertrags deckt. Dieses Resultat wird durch Verschiebungen der Produktionselemente aus einer Sphäre in die andere erreicht werden können.

Der Vollständigkeit halber sei noch auf den interessanten Lösungsversuch von Hans Mayer hingewiesen[1]), der die Grenzproduktivitätstheorie aufnimmt, aber im Wesen aus ihren Resultaten bloß die Relation für die Verteilung des Gesamtwertes aller Produktionselemente zusammengenommen gewinnen will. Bei Mayer ist leider in keiner Weise der Prozeß aufgezeigt, durch den sich die Preisbildung vollzieht. Schon aus diesem Grunde ist der Gedankengang unbefriedigend. Wenn z. B. nach diesem Gedanken die Relation, die sich aus der Anwendung des Prinzips der Grenzproduktivität ergibt, für drei Produktionselemente 3 : 5 : 6 sein sollte, so ist doch gar nicht sicher, daß sich die Preise mit dem Resultat decken, das sich durch Teilung des Gesamtwertes in diesem Verhältnis ergeben würde. Der Gedanke der Grenzproduktivität kann ja dann nicht angewendet werden, wenn der durch Verschiebung der Kombination entstehende Leerlauf nicht eliminiert werden kann. Nun ist der Leerlauf bei der Variation der verschiedenen Produktionselemente der Reihe nach herum doch auch verschieden, und nur, wenn die Aberration des Ertrages in diesen Variationen in einer Proportion erfolgen würde, welche mit der

1) Artikel „Zurechnung im Handwörterbuch der Staatsw. IV. Aufl. Bd. VIII. Vgl. auch seinen ausgezeichneten Beitrag zu unserem Problem: „Die Wert- und Preisbildung der Produktionselemente“ (Vol. II. di Economia Politica Contemporanea, Saggi di Economia e Finanza in onore del Prof. Camillo Supino, Padua 1930), der mir erst nach Abschluß dieser Arbeit zugänglich wurde. Scharf und logisch zwingend in der Kritik, bringt er m. E. doch noch keinen Beweis seiner eigenen These.

Proportion der Preise direkt harmoniert, könnte das Resultat stimmen. Wodurch das garantiert werden soll, ist aber auf keine Weise einzusehen.

e) Kennt die Praxis das Problem der Zurechnung?

Die komplizierten und schwierigen Gedankengänge, zu denen die Fragestellung der Zurechnung aus dem Prinzip des Grenznutzens führt, zwingen zur Überlegung, wie sich denn die Zurechnung in der Praxis vollzieht? Haben wir es vielleicht mit einem Scheinproblem zu tun oder können wir dazu den Zugang aus der Praxis leichter finden?

In der Praxis entspricht dem Problem der Zurechnung die Aufgabe der Kalkulation. Hiebei sind jedem Produzenten die Kosten der Produktionselemente in den Marktpreisen gegeben, und ebenso sind ihm die möglichen Kombinationen mit den möglichen technischen Erträgen gegeben, die, zu dem Marktpreise veranschlagt, das Verhältnis zwischen Kosten und Preisen erkennen lassen. Ferner ist ihm auch in der Kaufkraftmenge, über die er verfügt, gegeben, in welchem Umfange er die Produktion aufnehmen, bzw. weiterführen kann. Dabei ruht die Kalkulation immer auf der Voraussetzung, daß die Änderung der Produktionsmenge in einem einzelnen Betriebe keine praktisch bedeutsame Verschiebung der Preise sowohl der Produktionselemente als der Produkte mit sich bringt. D. h. bei freier Konkurrenz und verhältnismäßig kleinen Betriebseinheiten kann sich der einzelne Betrieb als infinitesimale Größe betrachten. Er wird infolgedessen die Preise der Produktionselemente und der von ihm produzierten Produkte in dem Sinne als konstant ansehen, daß er durch Veränderung seiner Nachfrage und Produktion die Preiskonstellation nicht zu verschieben vermag. Änderungen dieser Konstellation treten ihm als Datenänderungen gegenüber, auf die er keinen Einfluß hat. Jede Vergrößerung der Produktionsmenge im Einzelbetrieb bedeutet daher eine genau entsprechende Steigerung der Preissumme, die aus der Produktion herausgeholt werden kann und keine Veränderung in der Anordnung der Produktionselemente wirkt auf deren Preishöhe ein. Nur wenn es sich um einen Monopolisten handelt, oder wenn die Quote der Produktion, die der einzelne auf den Markt bringt, eine

preisändernde Wirkung hat, muß auch dieser Umstand noch berücksichtigt werden. Wenn aber alle Daten bekannt sind, zu denen also im letzteren Fall die Kenntnis der Elastizität von Angebot und Nachfrage gehört, ist die Aufgabe des Produzenten die Auswahl der „richtigen" Kombination, und er wird sich daher den ihm gegebenen Preisen der Produktionsmittel und Produkte durch die Wahl der entsprechenden Kombination anpassen. Der Produzent hat also selbst nie darüber zu entscheiden, welche Werte er den Produktionselementen zurechnet, sondern er übernimmt diese Werte und baut die Produktion auf, die privatwirtschaftlich gesehen am besten zu diesen Werten paßt.

Es kann nun sein, daß bei den gegebenen Preisen der Produktionselemente eine Kombination die optimale ist, bei der nicht die Gesamtheit der Produktionselemente nachgefragt wird, oder bei der umgekehrt mehr nachgefragt werden, als auf dem Markte sind. Infolgedessen werden die Preise der Produktionselemente sinken oder steigen, und so wird sich in der Tat der durch die Anwendung der Produktionselemente realisierbare Wert in ihren Werten und Preisen auswirken. Aber wir werden in der Praxis sehen, daß solche Korrekturen in der Bewertung einzelner Produktionselemente (z. B. entstanden aus einer Änderung der Bedürfnisse, aus der Nachfragesteigerung für ein spezielles Produkt oder aus der relativen Vermehrung eines Produktionselements) nur vorübergehend sein werden und sich lediglich in einer Vermehrung oder Verminderung der betreffenden Produktionselemente auswirken und dadurch zum früheren Preis bzw. der früheren Preisrelation führen werden. Dabei ist konstante Technik vorausgesetzt. Die Praxis drückt das aber so aus, daß die Produktionselemente auf die Dauer ihre Kosten und in der Statik nicht mehr als ihre Kosten vergüten müssen. Diese Kosten müssen doch aber nach der Grenznutzenlehre als Nutzwirkungen aufgefaßt werden, also als Wert in anderweitiger Verwendung, und wir sind daher wieder bei unserem Problem angelangt, ob und wie sich die Nutzwirkungen der Produktionselemente ermitteln lassen. Dieses Problem ist der Praxis bei freier Konkurrenz nie gestellt, da sich der einzelne nur in diesem ihm gegebenen System von Daten zu orientieren, er selbst aber dieses System nie zu schaffen hat. Die Praxis hat es daher mit

dem Problem der Zurechnung nicht zu tun. Ihre Resultate sind ihr als Daten gegeben. Die Theorie aber muß erklären, wieso diese Werte der Produktionselemente immer mit ausreichender Sicherheit bestimmt werden können.

Es ist also die Frage, wer dieses System von Daten schafft? Doch offenbar der Markt. Der „Markt" ist eine Gesamtheit spontaner, aber aufeinander bezogener, interdependenter Wahlakte. Die Preisbestimmung der Konsumgüter erfolgt in gleicher Weise auf dem Markt. Wir können sie aber, wenngleich auch sie auf einem objektiven Untergrund — der Einkommensschichtung und der Menge vorhandener Güter — ruht, mühelos aus den subjektiven Bedürfnissen der Individuen erklären und zeigen, wie die im einzelnen nicht fühlbaren individuellen Entschlüsse zu Nachfragekurven zusammenfließen. Wie verläuft aber dieser Prozeß für die Produktionselemente? Es spricht viel dafür — und diesen Fingerzeig gibt uns der Vorgang in der Praxis —, daß das System der Preise der beliebig produzierbaren Produktionselemente nur dann als einigermaßen konstantes System entstehen kann, wenn schon in der Entstehungsgeschichte der Produktionselemente eine weitgehende Produktionsverwandtschaft die Reduzierbarkeit der Produktionselemente aufeinander ermöglicht, d. h. das gegenseitige Verhältnis der Preise zueinander fixiert. Haben wir in der einfachen statischen Verkehrswirtschaft die Möglichkeit, alle Produktionselemente auf Arbeitsleistungen zurückzuführen — da es ja Überschüsse nicht gibt, — und resignieren wir darin, alle Arbeitsleistungen restlos aufeinander zu reduzieren, so daß gewisse Unterschiede als Daten, als Differenzen des Preises übrigbleiben, die nicht weiter erklärt, sondern nur festgestellt werden können[1]), so vereinfacht sich offenbar das Problem der Zurechnung sehr. Wir haben dann nur ein Produktionselement (mit gewissen Variationen), das in seinen verschiedenen Erscheinungsformen in die — marktmäßig gesprochen — „rich-

1) Hier greift dann die spezifische Zurechnung ein, wobei man sich aber dessen bewußt sein muß, daß jede Veränderung in den Mengenverhältnissen der „seltenen" d. h. nicht beliebig vermehrbaren Qualifikationen auf die Austauschverhältnisse aller übrigen Arbeitsleistungen zurückwirkt. Doch wird die Wirkung wegen der Ausbreitung über alle Arbeitsleistungen, d. h. alle Kostenelemente, praktisch vernachlässigt werden können.

tigsten“ Zwecke eingewiesen wird. Dann wird sich die Aufteilung sehr einfach vollziehen und der Aufbau der Produktion wird vollkommen klar. Es werden nach dem Grundsatz des Gleichgewichts alle Produktionselemente, die jetzt weitgehend ersetzbar sind, so verwendet werden müssen, daß sie den gleichen Preis erzielen können, und das wird nur möglich sein, wenn sie zugleich das Gesetz des Ausgleichs des Grenznutzenniveaus, immer innerhalb der Geldrechnung betrachtet, realisieren. Haben wir aber diese Möglichkeit, die einzelnen Produktionselemente innerlich hinsichtlich ihrer Kosten aufeinander zu beziehen und daher die Relation ihrer Preise zu bestimmen, so haben wir auch das Problem der Preisbildung produzierbarer Produktionsmittel auf das der Kalkulation reduziert. Soweit nicht produzierbare Produktionsmittel mitwirken, sind ihre Mengen als „gegeben“ zu betrachten.

Wenn die Produktionselemente in fixen Mengen und die verschiedenen technischen Möglichkeiten gegeben sind, in denen sie kombiniert werden können, wenn die Besitzer endlich mit den Produktionselementen selbst keine subjektive Wertschätzung verbinden, so wird sich bei genügend großer Menge der Produktionselemente und bei freier Konkurrenz ihr Austauschverhältnis zu den Endprodukten und untereinander, d. h. ihr Preis innerhalb eines Intervalls bestimmen. In einem solchen Fall garantiert eben die freie Konkurrenz, die bewirkt, daß alle Elemente plaziert werden müssen, und das ökonomische Prinzip eine Lösung in einem engeren Intervall, wie man an einem schematischen Beispiel deduzieren kann. Der Preis eines Produktionselements hängt dann ausschließlich von seiner relativen Menge ab.

Im Wirtschaftsprozeß aber sind die Produktionselemente nie gegeben (wenn wir von Grund und Boden absehen, dessen Mitwirkung wir aber durch das gedankliche Hilfsmittel der Differentialrente ausschalten können), sondern sie werden erst produziert. Warum werden sie gerade in dem Mengenverhältnis dargeboten, in dem wir sie auf dem Markte finden? Warum haben ihre Preise ein ziemlich konstantes Verhältnis zueinander? D. h. aber, warum ist auch das Mengenverhältnis, in dem sie dargeboten werden, bei gleichbleibenden übrigen Bedingungen konstant?

f) Der Kostengedanke in der Zurechnung.

Nachdem aufgezeigt wurde, daß sich das Problem der Zurechnung sehr einfach lösen würde, wenn eine Rückführung der Produktionselemente aufeinander möglich wäre, wollen wir noch untersuchen, ob und inwieweit die noch ungeklärten Reste, die sich beim Gedanken der Grenzproduktivität ergeben, in dieselbe Richtung deuten.

Wenn in einem Wirtschaftssystem sämtliche Produktionselemente in bestimmten Quantitäten gegeben wären, so daß die relativen Mengen nicht variiert werden könnten, so würden alle diese Produktionselemente in der Erzeugung Verwendung finden müssen. Die erzielbaren Preise würden nichts an der Höhe des Angebots ändern können, d. h. die Besitzer der Produktionselemente müßten jeden Preis akzeptieren, bei dem der Markt ins Gleichgewicht käme, d. h. zu dem das Angebot aufgenommen würde. Die Preisbestimmung wäre, wie schon oben ausgeführt, nicht eindeutig. Sie würde aber immerhin innerhalb eines mehr oder weniger engen Intervalls erfolgen.

Jedes Wirtschaftssystem kann man nun im Augenblick so betrachten, als ob die Mengen der Produktionselemente gegeben wären, und eine solche Betrachtungsweise liegt der Grenznutzenlehre nahe. Aber diese Betrachtungsweise gilt eben nur für den Augenblick. Auch im statischen System werden die Produktionselemente — wenngleich immer in der gleichen Menge und in den gleichen Proportionen — fortgesetzt neu erzeugt. Und auch im statischen System gilt, daß sich die relativen Mengen der Produktionselemente innerhalb des Zeitablaufs ändern könnten. Wenn das nicht geschieht, so deshalb, weil Gleichgewicht herrscht, d. h. weil die Lenkung der produktiven Kräfte in der bisherigen Weise den größten Nutzeffekt gewährleistet.

Grundsätzlich sind also im statischen System fortgesetzt dieselben Entscheidungen notwendig, die in einem System mit wachsenden Quantitäten, also in einem dynamischen System getroffen werden müssen. In diesem wachsen den einzelnen Erzeugungseinheiten zusätzliche Produktionselemente zu. Wenn nun bekannt ist, welche Ertragszuwächse bei Hinzufügung weiterer Einheiten der Produktionselemente a

oder b oder c (z. B.: sachliche Produktionsmittel oder Rohstoffe oder Arbeitskräfte) zu erwarten sind, so werden diejenigen Produktionselemente vermehrt werden, deren Hinzufügung den größeren Vorteil bietet. Wo aber der größere Vorteil winkt, läßt sich nur sagen, wenn nicht nur die Erträge, sondern auch die Beschaffungswiderstände, welche bei der Erwerbung der einzelnen Produktionselemente überwunden werden müssen, d. h. also wenn die objektiven Kosten im Entstehungsprozeß untereinander verglichen werden können.

Dieser Sachverhalt ergänzt also die Beziehung des Grundprinzips der Grenznutzenlehre zum Kostenproblem und zeigt, daß die Einfügung des Kostengedankens notwendig ist, um im Prozeß der Zurechnung zu einer Evaluierung der produzierbaren Produktionsmittel zu gelangen. Denn ich kann zwar bei einem und demselben Produktionselement — z. B. einem Werkzeug — sagen, wo es den größten Nutzen stiftet, wie aber sollte ich entscheiden, welcher Nutzen der größere ist, wenn es sich um den Vergleich verschiedener erst zu produzierender Produktionselemente handelt. Wenn mir diese Produktionselemente nicht gegeben sind, wenn ich sie nicht einfach aus einem Vorrat herauszunehmen habe, sondern erzeugen muß, muß ich doch ihre Nutzwirkung zu den Beschaffungswiderständen in Beziehung setzen, d. h. ich muß imstande sein, sie auf einen Nenner zu bringen. Im Prozeß der volkswirtschaftlichen Entwicklung müssen daher fortgesetzt alle Produktionselemente untereinander auf ihre Kosten hin verglichen werden, bevor überhaupt Entscheidungen gefällt werden können. Wie sollte ich sonst wissen, daß sich die Menge von a ändert, wenn ein bestimmter Wert von b erreicht ist? —

Das gleiche aber gilt auch für die Nachprüfung einer bereits gewählten ökonomischen Kombination, also für die Statik. Ob in einer konkreten Produktion die einzelnen Elemente (a, b, c, usw.) in der richtigen Dosierung angewendet werden, wäre eine ganz müßige Frage, wenn die Produktionselemente wirklich in ihren relativen Mengen fest gegeben wären. Da würden ja diese relativen Mengen die allein mögliche Dosierung bestimmen. Sind die Produktionselemente aber nicht gegeben, sondern werden sie fortgesetzt produziert, d. h. kann ihr relatives Mengenverhältnis auch verändert werden, so wird

eine Entscheidung nur durch einen Vergleich ihrer Effekte mit ihren Kosten erfolgen können, was voraussetzt, daß die Kosten eben auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen sind.

Da wir die Kosten aber nicht als „negativen Nutzen" zu erfassen vermögen (über die Unmöglichkeit des „disutility"-Gedankens in der entwickelten Verkehrswirtschaft vgl. unten S. 295), so ist mit Hinblick auf die produzierbaren Produktionselemente ihre Reduktion auf gleichartige objektive Kostenelemente Bedingung der Möglichkeit einer Wirtschaftsführung und jeder wirtschaftlichen Entscheidung, also auch von Umdispositionen, nicht nur von ganz neuen Entscheidungen. Auch die Oszillationen eines statischen Produktionszusammenhangs können ohne diese Eingliederung des Kostengedankens nicht verständlich gemacht werden, sobald man annimmt, daß die Produktionselemente nicht in ihren Mengen gegeben sind, sondern fortgesetzt neu produziert werden müssen. Hier zeigt sich der Zusammenhang mit dem Problem der Kalkulation, auf das sich ja in der Praxis die Aufgabe der Zurechnung reduziert.

So bietet der Kostengedanke, d. h. hier die innere, objektive Verknüpfung aller produzierbaren Produktionselemente durch das Moment der objektiven Kosten die Brücke zur Erkenntnis, wie sich der Produktionsprozeß aufbaut, und wie er wächst, d. h. in welchem Verhältnis die einzelnen Produktionselemente überhaupt in den Erzeugungsprozeß eintreten werden. Im statischen System wird das Nutzenmaximum, im dynamischen die Erzielung der größtmöglichen Überschüsse den Kompaß für die Dispositionen bilden, die zum Gleichgewichtszustand führen: in beiden Fällen aber sind Entscheidungen über den Gesamtaufbau der Produktion nur bei Vergleichbarkeit der Kosten möglich.

Da der Prozeß der Zurechnung ein Bewertungsvorgang ist, so zeigt sich hier derselbe Zusammenhang zwischen dem Grundsatz der Kosten und des Nutzens, auf den wir schon oben (S. 228) hingewiesen haben. Der zu stiftende oder abhängige Nutzen entscheidet darüber, welche Kosten aufgewendet werden können; ist diese Entscheidung aber einmal gefällt, so bestimmen umgekehrt die Kosten darüber, welche Preise auf die Dauer bezahlt werden müssen, um die Produktion zu ermöglichen.

Wenn wir erwarten, daß der Produktionsprozeß die Bedingungen seiner Reproduktion schaffe, so muß das Preissystem dem Produzenten ebenso die objektiven Kosten wiedererstatten, wie andererseits das Produktionssystem in seinen verschiedenen Produktionsrichtungen auf die Bedürfnisse der Konsumenten auftreffen muß. Das Gleichgewichtssystem der Statik wie der Dynamik (in dieser hat das Gleichgewicht einen etwas anderen Sinn; es bedeutet, wie wir noch sehen werden: Gleichheit und Maximum der Überschüsse) steht also unter einer doppelten Bedingung: Gleichgewicht der Kosten (was Reduktion aller produzierbaren Kostenelemente auf einen gemeinsamen Nenner voraussetzt) und Gleichgewicht des Grenznutzenniveaus aller tauschenden (= produzierenden) Individuen.

Soweit eine Gruppe von Produktionselementen nicht auf dieselben allgemeinen Kostenfaktoren wie die übrigen reduziert werden kann, d. h. aber, soweit ein Produktionselement in fixer Quantität gegeben ist, also seine Menge innerhalb gewisser Grenzen vom Preis nicht affiziert wird (z. B. Qualitätsarbeit), bestimmt sich der Zurechnungswert nach den Regeln der spezifischen Zurechnung (siehe oben).

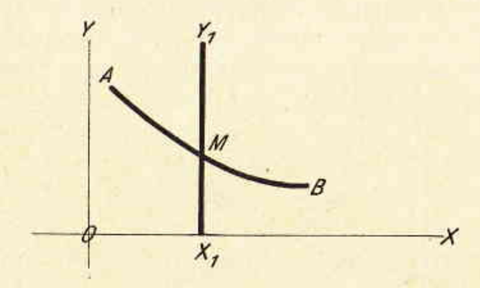
Häufig begegnet man der Meinung, der Kostengedanke könne durch das Nutzenprinzip völlig ersetzt werden, so daß dieses ausreiche, um einen Erzeugungsprozeß mit produzierten Produktionsmitteln zu deuten. Die Angebotskurve der Produktionselemente ist, sagt z. B. Schumpeter, wie übrigens jede Angebotskurve, eine umgekehrte Nachfragekurve. Sie zeigt an, welche Quantitäten eines Produktionselementes bei einem bestimmten Preis angeboten werden. Meist wird die Angebotskurve so gezeichnet, daß bei steigenden Preisen die Menge der angebotenen Produktionselemente wächst. Allerdings lehnt Schumpeter ab, diese umgekehrte Nutzenkurve als Disutilitykurve zu fassen, also die Kurve so zu deuten, daß höhere Preise imstande sind, auch eine intensivere Disutility aufzuwiegen, d. h. Produzentenschichten auf den Markt zu locken, die in niedrigeren Preisen kein genügendes Äquivalent für die Mühe des Produzierens finden würden. Die Kurve sei vielmehr lediglich der Ausdruck eines quantitativ feststellbaren Zusammenhanges zwischen Angebot und erzielbaren Preis. Muß man aber nicht diesen Zusammenhang zwischen Angebot und erzielbarem Preis noch näher bestimmen, um zu einer Preistheorie der Produktionselemente, und das ist doch das Ziel der Zurechnung, zu gelangen?

Wo Preise erzielt werden, wird Nutzen gestiftet. Die Höhe des erzielbaren Preises bestimmt sich nach der Intensität des vom Produktionselement abhängigen Nutzens. Übt dieser Nutzen in der Tat denjenigen Einfluß auf die Preisgestaltung aus, den die Praxis als Wirkung der Kosten kennt?

Wenn ein Produktionselement im Prozeß unter einen gewissen Preis nicht sinken kann, weil es x „kostet"; so heißt das in der Sprache der Grenznutzenlehre, daß es in einer anderen Verwendung einen Nutzen stiften könnte, der im Rahmen der gegebenen Daten den Markt veranlaßt, x zu bieten. Würde der Markt in der anderen Verwendung einen höheren Preis (x + a) oder einen niedrigeren (x — a) bieten so würden folgerichtig die „Kosten" höher oder niedriger, d. h. das Produktionselement würde einen höheren oder niedrigeren Preis realisieren. Stimmt das mit der Wirklichkeit überein? Können wir tatsächlich der Formel: „Wert in anderweitiger Verwendung" eine Deutung geben, die den Kostenbegriff vollkommen auflöst, oder gibt es außer dem Nutzen noch einen anderen Bestimmungsgrund für die Preise der Produktionselemente, der vielleicht dem Preis eine Untergrenze zieht?

Wir wollen zwei Fälle untersuchen. Erstens die Menge des Produktionselements sei gegeben. Zweitens die Menge des Produktionselements sei variabel.

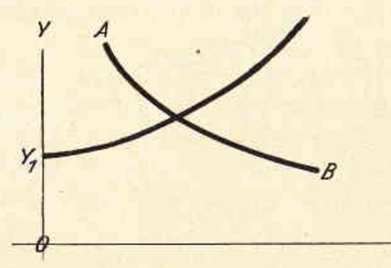
Im ersten Fall verlaufen die Angebotskurve $X_1 Y_1$ und die Nachfragekurve A B des Produktionselements folgendermaßen:



Jedem Punkt auf der Kurve A B entspricht eine Länge auf der Abszissenachse O X. Je niedriger der Preis um so größer die Nachfrage. Hingegen ist die Menge der angebotenen Produktionselemente OX I gegeben. Würde der Preis noch so hoch sein, so würde er doch kein größeres Angebot auf den Markt locken. Dieses würde aber auch nicht sinken, selbst wenn sich der Preis der Grenze o näherte. Der Anbietende akzeptiert also jeden Preis, der sich auf dem Markte ergibt. So bildet sich der Gleichgewichtspreis XI M. Die Kurve A B ist unter der Klausel „ceteris paribus" zu verstehen, d. h. bei gleichbleibenden Preisen aller übrigen Produkte, also auch bei gleichbleibendem Einkommen der Nachfragenden. Sie deckt in ihrem scheinbar einfachen Verlauf einen äußerst komplizierten Sachverhalt, der nur in einem mehrdimensionalen Raum darzustellen wäre, da ja die Gesamtausgabe für das hier nachgefragte Produktionselement sich mit sinkendem Preis verändert, was auf die für andre Produkte verfügbaren Kaufkraftmengen, daher auf die Nachfrage nach andern Produkten zurückwirkt, was streng genommen wieder nicht ohne Einfluß auf den Verlauf der Kurve A B sein kann. Diese Komplikationen aber wollen wir nicht weiter verfolgen.

Für jedes der Produktionselemente, das in einer fixen Menge gegeben ist, können wir eine solche Kurve entwerfen. In all diesen Fällen spielt also der Kostenbegriff keine Rolle. Die Kosten sind hier keine Barrière für den Preis. Der Wert der Grenzverwendung entscheidet absolut.

Dieser erste Fall mutet sehr wirklichkeitsfremd an, und er ist es in der Tat. Meist wird die Menge des Angebots eines Produktionselements von dem auf dem Markt erzielbaren Preis abhängen. Auch wird in diesen Fällen auf die Dauer ein bestimmter Preis nicht unterschritten werden können, ohne das Angebot bis auf o zu reduzieren. Die Angebotskurve entspricht dann folgendem Bild:



Bei dieser Form der Angebotskurve haben wir einen Produktionsprozeß, dessen einzelne Teile (Betriebe) mit verschiedenen Beschaffungswiderständen arbeiten. D. h. es müssen in den Betrieben verschiedene Mengen der einzelnen Produktionselemente (sachliche Produktionsmittel, Rohstoffe, Arbeitsleistungen) angewendet werden, um dieselbe Produktmenge zu erzeugen. Aber selbst die am günstigsten arbeitenden Betriebe werden bei einem Preis von OY I die Produktion einstellen, das Angebot verschwindet völlig vom Markt. OY I sind hier die Minimalkosten, die im Preis auf die Dauer nicht unterschritten werden dürfen. Sind auch diese Kosten des beliebig vermehrbaren Produktionselements als „Nutzen in anderweitiger Verwendung" zu erfassen?

Wenn man auf die Anwendung des disutility-Gedankens verzichtet, was man in der Verkehrswirtschaft muß (siehe unten S. 295), und wenn man gleichzeitig Produzierbarkeit des Produktionselements annimmt, so bedeutet unsere Kurve, daß die zur Erzeugung dieses Produktionselements notwendigen Produktionsfaktoren (Arbeitskräfte, Materialien usw.) in einer andern Verwendung mindestens einen Nutzen stiften, der auf dem Markte mit OY I bezahlt wird. Hier erweitert sich also das Blickfeld auf benachbarte Verwendungssphären. Alle aus denselben Produktionselementen produzierbaren Produktionsmittel sind als identisch zu betrachten, streben der günstigsten Verwendung zu und werden auf dem Markt denselben Preis erzielen, da sie ja tatsächlich durch die Produktionsverwandtschaft untereinander vertretbar sind.

Wenn also der Preis unter OY I sinken würde, könnte der hier betrachtete Produktionsfaktor überhaupt nicht mehr auf dem Markte erscheinen, bevor der Preis nicht wieder steigen würde. Dieser Preis ist aber das, was die Praxis „die Mindestkosten" nennt und als objektive Größe betrachtet.

Man sagt nun zunächst, daß diese „Kosten" nichts objektiv Gegebenes seien, sondern eben der Nutzen, den die zur Erzeugung unsres Produktionsfaktors erforderlichen Produktionselemente „in andrer Verwendung" stiften. So verschiebt sich der Prozeß der Wertfeststellung aus dem eben untersuchten Produktionszweig in einen andern. Aber auch auf diesem andern Felde begegnen wir genau demselben Sachverhalt. Wenn nämlich die Produktion aller Produk-

tionsfaktoren, die sich aus denselben Elementen aufbauen, überall bis zur Grenze fortgeführt wird, und Gleichgewicht herrscht, so ist jeder einzelne der Produktionsfaktoren a, b, c, z. B. a, in seinem Wert auch mitbestimmt durch die Nutzen-Intensitäten, die von b und c abhängen, und vice versa.

Die Formel „Nutzen in anderweitiger Verwendung" weist also auf einen allseitigen Zusammenhang hin, durch den die Austauschverhältnisse der produzierbaren Produktionselemente gekennzeichnet werden. Wenn man dem Verständnis dieses Zusammenhanges so näherzukommen sucht, daß man sagt: es müßten eben die Produktionselemente, soweit sie in ihren Entstehungsbedingungen kommunizieren, überall ein gleiches Nutzenniveau und demgemäß entsprechende Preise realisieren, so daß ihre Preise von den Nutzleistungen getragen werden, die sie sichern, so ist das richtig; aber wir dürfen nicht außer acht lassen, daß damit nur das Postulat eines Gleichgewichts ausgesprochen ist, während die Nutzwertschätzungen der Konsumenten selbst bei Betrachtung des Prozesses im großen Zusammenhang nicht unabhängige Daten sind (noch weniger ist es die Bereitwilligkeit des Produzenten für ein Produktionselement bis zu einer gewissen Grenze zu gehen), sondern sie stehen ihrerseits in einem funktionalen Zusammenhang mit den Preisen, aus deren Summierung die Einkommen erwachsen. Die Wertschätzungen der Konsumenten, die ja zugleich Produzenten sind, sind zwar subjektiv, aber sie ruhen in dem Gefüge der Produktion, sie beziehen sich auf konkrete Objekte, wie sie sich andrerseits in der Hingabe von Tauschgut, d. h. von Produkten ausdrücken. Die Austauschverhältnisse der Produktionselemente drängen also zwar nach einem allgemeinen Gleichgewichtssystem, aber dies ist nicht bloß von der Nutzenseite her aufzubauen.

In diesem Gefüge von Preisen bestehen gewisse feste Grundbeziehungen, die von den subjektiven Wertschätzungen der Produkte auf die Dauer gesehen — bei gleichbleibenden Produktionsbedingungen — unabhängig sind. Sind doch die relativen Preise auf die Dauer durch die objektiven Produktionsbedingungen fixiert. Die subjektiven Bedürfnisse entscheiden dann nur darüber, in welchen relativen Quantitäten die einzelnen Produktionsfaktoren erzeugt werden können, d. h. bei welchen Proportionen der einzelnen Produktionszweige der Ausgleich des Grenznutzenniveaus erzielt wird. Auf die Dauer kann keine Änderung der Wertschätzungen noch des subjektiven Nutzens verhindern, daß 1 kg Eisen auf dem Markte immer = 1 kg Eisen ist, ebensowenig aber, daß 1 kg Eisen wertgleich ist einer Menge Kupfer, solange sie mit denselben Produktionsfaktoren erzeugt wird.

Aus der Formel: „Nutzen in anderweitiger Verwendung" erhalten wir noch nicht die in den objektiven Produktionsbedingungen gegebenen Preisrelationen, die das Preissystem in seiner Struktur konstituieren. Die Änderungen im subjektiven Nutzen bewirken bei konstanten Grenzkosten nur temporäre Verschiebungen in den Preisen, hingegen auf die Dauer Änderungen in den relativen Mengen.

Nur soweit Produktionselemente in ihrer Menge fest gegeben sind entscheidet lediglich der realisierbare Nutzen über den Preis. Dann haben wir den Fall des Seltenheitguts, d. h. der spezifischen Zurechnung.

Die Preise nicht produzierbarer Produktionselemente sind „isolierte Preise". Es zeigt sich darin, daß sie von den andern Preisen zwar abhängen, aber nicht auf diese zurückwirken. Diese Preise sind im System der produzierenden Verkehrswirtschaft einseitig abhängige Preise. Sie lösen keine Veränderung im Gefüge der Produktion aus, sondern wirken nur auf die Verteilung der Produkte unter die Glieder dieser Verkehrswirtschaft.

9. DAS ZINSPROBLEM.

Vorbemerkung.

Das Entwicklungsstadium, in welchem sich unsere Wissenschaft und vor allem der Ausbau der subjektiven Wert- und Preislehre befindet, schließt es aus, heute schon von einer communis opinio über diese Probleme zu sprechen. Denn auf keinem Gebiete gehen die Meinungen so auseinander wie auf dem der Zinstheorie. Die Kontroverse ist noch in vollem Gange und bei ihrem Umfange wäre auch eine bloß referierende Darstellung des heutigen Standes in knapper Fassung gar nicht möglich. (Einige Ausführungen zu den wichtigsten Zinstheorien der Gegenwart siehe unten S. 283 ff.) Auf dem Boden der Grenznutzenlehre werden ganz entgegengesetzte zinstheoretische Gedanken ver-

treten: der Residualgedanke, der Gedanke der Produktivität, das Zeitmoment, die Begründung auf den dynamischen Wirtschaftstypus; alle diese und noch so manche andere Thesen liegen den einzelnen Theorien zugrunde, so daß eine einführende Darstellung zunächst einen dieser verschiedenen Ausgangspunkte wählen müßte, welche alle heiß umstritten sind. Auch die Forderung Böhm-Bawerks, daß die Zinstheorie ihren Weg über die Wert- und Preislehre nehmen muß, hat zur Vereinheitlichung der Meinungen nicht geführt, weil auch diese Forderung innerhalb der Grenznutzenlehre mehreren Konstruktionen Raum läßt. Es bleibt also nur die Möglichkeit, entweder einen Standpunkt als den zweckmäßigsten zu wählen oder alle nebeneinander möglichst objektiv darzustellen.

Hier wird nun versucht, erstens die Problemstellung vom Boden der subjektiven Wertlehre, wie sie insbesondere Böhm-Bawerk so scharf herausgearbeitet hat zu vermitteln, und zweitens einen Lösungsversuch darzubieten, welcher den berechtigten Kern der dynamischen Zinstheorie in sich aufnimmt und darüber hinaus den Zins selbst aus den typischen Marktsituationen der kapitalistischen Wirtschaft hervorgehen läßt. Das ist im Einklang mit unserer allgemeinsten Fragestellung, wonach jeder Wirtschaftsstruktur ein besonderes Bild des gesamtwirtschaftlichen Zusammenhanges eignet. Zugleich ist dabei der Versuch gemacht, die beiden unsere Theorie beherrschenden Wertlehren, die objektive und subjektive, auch in ihren Resultaten einander soweit näherzubringen, als es ohne Schädigung des ihnen eigentümlichen Gehalts möglich ist.

a) Die Problemstellung.

Woher stammt der Zins? Nach den bisherigen Gedankengängen müßte sich das Austauschverhältnis aller Produktionsmittel, d. h. ihr Preis, nach dem Wert des Endprodukts bestimmen und daraus müßte sich — nach Abzug der etwa im Preis steckenden Differentialrente, die durch Konkurrenz also nicht ausgeschaltet werden kann — eine glatte Aufteilung auf die Produktionselemente ergeben. Nach dem Grenznutzenprinzip könnte jedenfalls kein Überschuß für die Mitwirkung des Kapitals übrig bleiben. Das Endprodukt müßte also imstande sein, gerade die Arbeit und die während der Produktion vernutzten Kapitalteile zu bezahlen. Nicht weniger, aber auch nicht mehr. Woher käme dann noch ein besonderer Einkommensstrom, ein besonderer Wertteil für die Besitzer der Produktionsmittel? Da jede Produktionsmittelgruppe, jede Kombination von Produktionsfaktoren

(also Kapital, Arbeit und Boden) wirtschaftlich nur als potentielle Endprodukte gelten, ihren Wert nur vom Wert des Endproduktes herleiten, wieso bliebe dem Besitzer des Kapitals, über das Wertäquivalent hinaus, noch ein Plus in der Hand? Ferner: wieso ist es zu erklären, daß sich ein solcher Überschuß stets nur an die Mitwirkung von Kaufkraftmengen bzw. (wie andre das Kapital auffassen) der sachlichen Produktionsmittel, nie aber an die Mitwirkung der andern Produktionselemente, wie des Bodens oder der Arbeitskräfte knüpft? Wieso kann der Besitzer des Kapitals aus der Produktion heraus mehr erhalten als die Preise, welche er als Entgelt für die Erwerbung der Produktionsmittel mit Hinblick auf die zu erwartende Leistung im Produktionsprozeß aufwenden mußte? Das Zinsproblem ist also der subjektiven Wertlehre ebenso gestellt wie der objektiven Wertlehre, die den Preis aus den Kosten aufbaut, ja es ist ihr besonders dringlich gestellt.

b) Ablehnung des Produktivitätsgedankens.

Der nächstliegende Erklärungsversuch ist der Hinweis auf die „Produktivität des Kapitals". Die Produktivitätstheorien des Kapitalzinses können jedoch nicht befriedigen. Produktivität des Kapitals — das hat insbesondere Böhm-Bawerk nachgewiesen — kann nichts anderes bedeuten als *physische* Produktivität. D. h. dann: daß mit der Anwendung des Kapitals eine der Menge nach überproportionale Produktmenge erzielt werden kann. Wenn wir nämlich das Kapital auffassen als eine vorgeleistete, Gestalt gewordene Arbeit, die einem späteren Produktionsprozeß dient, so können wir untersuchen, ob die auf die Produktion direkt losgehende Arbeit oder die Arbeit, welche zuerst ein Kapitalgut, ein Zwischenprodukt schafft und *mit diesem* produziert, einen größeren Effekt hat. Ein Zwischenprodukt wird bei rationellem Handeln nur angewendet werden, wenn das zweckmäßig ist. Und zweckmäßig wird die Verwendung eines Produktionsmittels, das „Einschlagen eines Produktionsumweges", nur sein, wenn die Arbeit, in dieser Weise aufgewendet, einen größeren Effekt hat. Dann kann aber zweierlei geschehen:

1. In einem völlig ausgeglichenen oder zum Ausgleich neigenden Zustand wird jeder Vorteil, der sich mit der Einschaltung eines Zwischenprodukts ergibt, von allen Wirtschaftssubjekten angestrebt werden, und die Konkurrenz um diese so erreichbaren Vorteile wird den Überschuß selbst hinwegschwemmen, um so mehr als durch die vermehrte Menge der Wert und Preis des Endprodukts sinken wird. Infolge der größern Menge können nun auch — in Geld umgesetzt — weniger wichtige Bedürfnisse befriedigt werden, und so käme dieser Vorsprung schließlich allen Konsumenten zugute und auch die Produzenten würden keinen andern Vorteil haben als jeder Konsument. Wäre die physische Produktivität ganz besonders groß, so daß also ein Teil der Produzenten dieses Produkts überhaupt nicht mehr in dieser Produktion beschäftigt werden könnte, so müßte sogar noch eine Abwanderung in andre Produktionen stattfinden; sehr komplizierte Ausgleichsbewegungen wären unvermeidlich, die hier nicht weiter zu verfolgen sind.

2. Nach den Grundsätzen der Grenznutzenlehre könnte auch der größere Ertrag einer solchen neuen Kombination auf die Preise der Produktionsmittel zurückstrahlen. Dann würden die Produzenten dieser Produktionsmittel — deren Kostensätze sich ja nicht geändert hätten — den Vorteil zunächst auffangen. Aber bei freier Konkurrenz könnten auch sie ihn nicht behalten, sondern müßten ihn mit andern Produzenten teilen, welche sich auf dieses lohnende Feld begeben würden. Auf die Dauer würde das Resultat wie zu 1 eintreten.

Diese ganze Argumentation spricht stillschweigend von einer „Überlegenheit" solcher technisch höherstehenden Produktionen. Sind diese Produktionen überlegen gegenüber der bestehenden Produktionsrichtung, so ist die Ausschaltung eines solchen relativen Überprofits — bei allseits freier Konkurrenz — tendenziell immer gegeben und nicht bestritten. Soll dieser Gedankengang aber für jede Produktion mit Produktionsmitteln überhaupt gelten, so ist er ebensowenig stichhaltig. Denn eine Produktion ohne Produktionsmittel gibt es ja nicht, und es ist nicht einzusehen, w o h e r aus der Tatsache der Effizienz ein Überschuß sollte erzielt werden, da diese in einem ausgeglichenen Zustand ja nie als g r ö ß e r vorgestellt werden kann, sondern höchstens als g r o ß. Eine g r o ß e Effizienz an sich bedingt aber nie einen Überschuß, sondern eben nur ein hohes Äquivalent für die Leistung an die Produktionsfaktoren. Wenn g r o ß e Effizienz keinen Überschuß bedingt, größere Effizienz aber stets wegkonkurriert wird — wie sollte die „Produktivität" in einem ausgeglichenen Zustand auf die Dauer einen Überschuß begründen?

Von manchen wird nun betont, daß doch die „Produktivität" der Produktionsumwege, d. h. der Einschaltung von Zwischenprodukten, auf der Hand liege, wenn die Produktionsmenge eben mit der Anwendung von Maschinen steige, so daß die Produktenmenge, die erzielt wird, größer als die zur Produktion verwendete sei. Dann müsse sich doch bei gleichbleibenden Preisen ein Überschuß ergeben, da eine größere Menge bei gleichbleibenden Preisen jederzeit die Realisierung einer höheren Preissumme bedeute als eine kleinere. Als Beispiel wird auf die physische Vermehrung des Saatgutes in der Agrarproduktion hingewiesen.

Auch dieses Argument ist nicht stichhaltig, denn niemals lassen sich alle zu einer Produktion notwendigen Elemente addieren und mit dem Produkte vergleichen, da ja immer wenigstens einige Produktionselemente dem Produkt gegenüber heterogen sind, auch wenn wie in der Landwirtschaft eines derselben mit dem Endprodukt gleich ist. Aber zu diesem Produktionselement, z. B. dem Saatgut oder dem Zuchttier, kommen Werkzeuge, Arbeitsleistungen usw. hinzu. Was also in dieser Vorstellung addiert wird, sind nicht die Produktionselemente, sondern ihre Preise und dann bedeutet der Hinweis darauf, daß die Produktion ein Mehr an Produkten ergibt, nichts anderes als daß die Preissumme, die in der Produktion erzielt wird, größer ist als die Preissumme der zu ihrer Erzeugung notwendigen Produktionselemente. Hierfür aber den Grund aufzufinden, ist die Aufgabe der Zinstheorie. Mit dieser These kommen wir also keinen Schritt weiter.

c) Einige Grundgedanken gegenwärtiger Zinstheorie.

Es sei hier nicht auf alle Zinstheorien eingegangen. Das würde den Rahmen der Darstellung überschreiten [1]). Doch

1) Es genügt hier, auf die ausführliche Kritik Böhm-Bawerks

seien einige wesentliche, als herrschend zu bezeichnende Theorien auf ihre Stichhaltigkeit geprüft, bevor der hier vertretene Gedanke vorgetragen werden soll.

I. v. Böhm-Bawerks Lehre ruht darauf, daß in den Bewertungsvorgängen bereits die Grundlagen für die ständige Entstehung eines Überschusses in der Produktion vorbereitet sind. Jede Produktion mit Produktionsmitteln — d. h. also überhaupt jede Produktion, von bloßen Dienstleistungen abgesehen, die es in der kapitalistischen Wirtschaft kaum gibt — ist danach ein Tausch von Gegenwartsgütern gegen Zukunftsgüter. Da Zukunftsgüter aus mehreren Gründen (wegen Unterschätzung künftiger Bedürfnisse, wegen perspektivischer Verkleinerung derselben aus der Annahme der Wirtschaftssubjekte, daß sie späterhin über größere Kaufkraftsummen verfügen würden) meist geringer eingeschätzt werden als Gegenwartsgüter, so wird eine Produktion, deren Ertrag erst in der Zukunft zu erwarten ist, nur eingeleitet werden, wenn sie eine größere Menge an Zukunftsgütern abwerfen wird als mit denselben Produktionselementen in unmittelbar zugreifender Erzeugung, also ohne Einschlagung eines zeitraubenden Umwegs hergestellt werden könnte. „Mengen der Zukunftsgüter“ kann hier innerhalb einer Verkehrswirtschaft nur heißen „Menge der Kaufkraftmittel“, die mit den Aufwendungen für die Produktionsmittel verglichen wird. Dabei werden gleichbleibende Preise vorausgesetzt. Das „psychologische Medium der Höherbewertung gegenwärtiger Güter“ (Weiss) kann also zum Zins führen, weil aus der Mehrergiebigkeit der längeren Produktionsumwege bei gleichbleibenden Preisen für den Produzenten ein Überschuß entstehen kann.

hinzuweisen, der gezeigt hat, daß die meisten der in der Literatur vertretenen Anschauungen über die Ursachen des Zinses einer eindringlichen Betrachtung vom Boden der Werttheorie aus nicht standhalten. Weder die „Abstinenz“ (Lohn für den Genußaufschub), noch die Produktivitäts-, noch die Nutzungstheorie sind befriedigende Erklärungsgründe für den Zins. Soweit die Zinstheorie der Arbeitswertlehre den Zins als Abzug am Arbeitslohn auffaßt (Ausbeutungstheorie), begegnet sie zwar *innerhalb* der Arbeitswertlehre selbst keinen entscheidenden Einwänden, wohl aber ist sie unbefriedigend, wenn die Arbeitswertlehre selbst abgelehnt wird.

Die Theorie Böhm-Bawerks enthält augenscheinlich zwei Grundgedanken in sich, die in der Entwicklung der Zinstheorie bereits eine große Rolle gespielt haben:

1. Den Gedanken der Produktivität. Denn nur eine größere Produktion kann die Grundlage dafür abgeben, wirklich eine größere Menge von Zukunftsgütern als Gegenwert für die geringere Menge an Gegenwartsgütern einzutauschen.

2. In modifizierter Form das Prinzip der Abstinenz wie noch zu erläutern ist.

Der Gedanke Böhm-Bawerks ist besonders einem Wirtschaftsprozeß angepaßt, in dem die Produktion von Zukunftsgütern auf der Grundlage des Kredits erfolgt. Da liegt offenbar ein Verkauf von Gegenwartsgütern vor bzw. ein Verzicht auf den Konsum von Gegenwartsgütern zugunsten der Verfügung über eine Kaufkraftsumme in der Zukunft, die bei gleichbleibenden Preisen den Konsum einer größeren Menge Gegenwartsgüter in der Zukunft gestattet. (Auch bei einer unternehmungsweisen Produktion mit Eigenkapital überläßt in der Auffassung Böhm-Bawerks der Unternehmer dem Arbeiter Gegenwartsgüter, während dieser Zukunftsgüter verkauft, insoferne seine Arbeitsleistungen erst in Zukunft zu verbrauchbaren Gütern heranreifen. Hier gibt, ökonomisch gesehen, der Unternehmer dem Arbeiter Kredit, d. h. er überträgt ihm Kaufkraft, in der Erwartung, aus der Produktion eine größere Menge derselben Kaufkraft herauszulösen. Das Verhältnis wird dadurch verschleiert, daß nicht der Arbeiter, sondern der „Markt“ diesen „Kredit“ zurückzahlt. Das gleiche gilt beim Erwerb von Rohstoffen usw.) Damit wir aber von einem Verzicht sprechen können, müßte der Konsum an Gegenwartsgütern, über die der Kreditgeber oder der Produzent selbst verfügt bzw. durch Verwendung der Kaufkraft verfügen könnte, im Wirtschaftsplane ihres Besitzers gelegen sein. Das ist unter einfachen Verhältnissen für viele Fälle des Konsumtivdarlehens richtig, aber nicht innerhalb der entwickelten Verkehrswirtschaft. In dieser würde der Besitzer größerer Kaufkraftmengen fast nie ihre restlose Umsetzung in Gegenwartsgüter vollziehen, selbst dann nicht, wenn er durch Herleihung derselben oder durch Einleitung einer Produktion in der Zukunft nur dieselben Kaufkraftmengen erwerben würde (Hortung, auch in der kapitalistischen Wirt-

schaft). Aber selbst in den Fällen, in denen eine solche Vermehrung der Kaufkraft zur Bedingung der Produktion gemacht wird, ist sie nur ein Motiv des Sparers oder des Unternehmers, aus der Anlage einen Überschuß zu erlangen, noch nicht aber eine Erklärung oder Begründung dafür, wieso dieser Anspruch durchgesetzt werden kann.

Freilich ist in der Formulierung v. Böhm-Bawerks die Erzielung eines solchen Überschusses an Wert nicht an die Voraussetzung geknüpft, daß die Besitzer von Kaufkraft die Gegenwartsgüter höher schätzen als die Zukunftsgüter. Es genügt, wenn die Produzenten oder die Unternehmer den Kapitalisten gegenüber selbst infolge der Mehrergiebigkeit längerer Produktionsumwege bereit sind, eine solche Prämie für die Verfügung über Gegenwartsgüter besser gesagt: gegenwärtige Kaufkraft, zu bezahlen. Sie werden das tun müssen, wenn die gesamte Nachfrage nach gegenwärtiger Kaufkraft größer ist als das Angebot derselben, was praktisch immer der Fall ist. Auch ist der Gedanke Böhm-Bawerks in der kapitalistischen Wirtschaft daher adäquater so zu formulieren, daß man den Zins nicht als Agio auf Gegenwartsgüter, sondern als Agio auf gegenwärtige Kaufkraft auffaßt, das vom Unternehmer gern gewährt wird, weil er durch Einschlagung längerer Produktionsumwege in den Besitz von größeren Kaufkraftmengen gelangen wird, die ihn in Stand setzen, dieses Agio zu vergüten. Offensichtlich ist aber dann schon wieder der Überschuß selbst vorausgesetzt, und wir können sogar hinzufügen, daß nur innerhalb eines Produktionssystems, in dem solche Überschüsse erzielt werden, die Forderung eines Agios regelmäßig entstehen wird. Derart kann auch der Anspruch des Unternehmers auf Erzielung eines Überschusses bei Verwendung seiner eigenen Kaufkraft entstehen, auch wenn er gar nicht die Absicht hatte, diesen Teil des Einkommens konsumtiv zu verwenden. Wir können also sagen: In entwickelter kapitalistischer Verkehrswirtschaft ist bei vielen Kapitalisten und Unternehmern eine höhere subjektive Schätzung der Gegenwartsgüter an sich gar nicht vorhanden. Da jedoch die Chance, ein Agio zu erhalten, in der kapitalistischen Verkehrswirtschaft durch die reguläre Erzielung von Überschüssen gegeben ist, so wird sich daran das Verlangen nach einem solchen Agio, also dem Zins, anknüpfen, aber dieser wird nicht aus einer höheren Schätzung der Gegenwartsgüter entspringen. Ebenso wird die Bereitwilligkeit eines Unternehmers, einen Zins zu bezahlen, von den Gewinnchancen abhängen, nicht aber von Differenzen zwischen Schätzungen der Gegenwarts- und Zukunftsgüter. Wir können sogar sagen, daß erst die Tatsachen des kapitalistischen Wirtschaftsprozesses es sind, welche solche Wertungsdifferenzen schaffen. In der Struktur der Wertungen selbst sind sie — bei ruhigem Fortgang des Produktionsprozesses in einer statischen Wirtschaft — nicht aufzufinden. Sie sind also Derivat des dynamischen Prozesses, den sie nicht begründen können. Wo sie tatsächlich vorkommen, nämlich beim Konsumtivdarlehen in kleinen Verhältnissen, deren Träger nicht mit dem Produktionsprozeß großen Stils verbunden sind, werden sich Zinsforderung und -gewährung durchaus in Abhängigkeit von den innerhalb des dynamischen Produktionssystems erzielbaren Überschüssen bewegen.

Daß diese Schätzungsdifferenzen nur im dynamischen System zum Ziel führen, mag eine Überlegung darüber zeigen, unter welchen Voraussetzungen allein eine Mehrergiebigkeit der Produktionsumwege sich in regelmäßige Überschüsse umsetzen kann.

Bei Böhm-Bawerk wird angenommen, daß ohne Einschlagung dieses Produktionsumweges die zur kapitalistischen Produktion verwendete Kaufkraft auf dem Markte hätte Konsumgüter erwerben können, wenn der Markt sich regulär darauf einstellen würde, d. h. wenn nicht schon im Umfang der neu einzuschlagenden Produktion Produktionsmittel hergestellt worden wären. Ohne Einschlagung der neuen Produktionsumwege würde die Summe der Einkommen auf dem Markt sämtliche erzeugten Produkte kaufen können, ein Sachverhalt, der uns von der statischen Wirtschaft her wohl bekannt ist. Wenn nun durch eine Deviation gegenüber dem bisherigen Zustand, durch Einschlagung längerer Produktionsumwege in allen Erzeugungssphären, die natürlich eine Einschränkung des unmittelbaren Konsums in sich schließt, in der nächsten Produktionsperiode verglichen mit der früheren ein Mehr an Produkten erzielt wird, so wird die gesamte Kaufkraftmenge, welche diese Produkte bei gleichbleibenden Preisen aufnehmen soll, höher sein müssen.

Nun haben sich aber die Einkommen der Produzenten noch nicht geändert. Eine neue Produktenmenge kommt auf den Markt. Sie kann sich nur dann zu den bisherigen Preisen absetzen, das Preissystem kann nur dann unverändert bleiben, wenn die Zahlungsmittel auf dem Markt zur Aufnahme eines Überschusses vorhanden sind. Woher sollen diese kommen? Steigende Produktion bei gleichbleibenden Preisen setzt ein elastisches Zahlungsmittelsystem voraus, das sich mit dem Wachsen der Produktion ausweitet. Ein solches Zahlungsmittelsystem wird aber nur in einer dynamischen Wirtschaft möglich sein. Es wird, sei es durch unabhängige „zufällige" Steigerung der Geldproduktion oder durch Ausweitung des Zahlungsmittelumlaufs in Form von Noten, Wechseln usw., d. h. also in diesen Fällen immer durch Kredite, das Medium geschaffen werden müssen, durch das allein wachsende Produktmengen zu gleichbleibenden Preisen umgeschlagen werden können. Weit davon entfernt, daß diese Überschüsse „natürlich" aus Differenzen der subjektiven Wertschätzungen entstehen, sind sie nur in einem bereits dynamischen, ja sogar sehr entwickelten dynamischen System möglich. Ist aber Elastizität der Geldmenge Voraussetzung einer sich ausweitenden Produktion überhaupt, so kann man den Zins nicht mehr als ein „natürliches" Resultat der Produktion mit Produktionsmitteln ansprechen. Böhm-Bawerk sieht eben nur die Wertungsprozesse der Individuen und die Einzelunternehmung vor sich. Bei Übertragung auf das Gesamte der Volkswirtschaft zeigt sich, daß die Wirksamkeit der von ihm betonten „Gründe" bereits ein dynamisches System voraussetzt. Diese Überlegung zeigt zugleich, daß die Analyse des Produktionsvorganges mit den Mitteln der Werttheorie nicht ausreicht, um den Gesamtprozeß der kapitalistischen Wirtschaft zu erfassen. Die Konsequenzen für alle Zinstheorien, die auf individuellen Vorgängen basieren (z. B. Abstinenztheorie), liegen auf der Hand[1]).

[1]) Wir betrachteten hier den Fall einer gleichmäßig fortschreitenden dynamischen Wirtschaft mit durchschnittlich gleich langer und gleich ergiebiger Produktion. Daraus ergibt sich die parallele Vermehrung der Geldmenge als Bedingung des Wachstums der (nominalen) Wertsummen. Bliebe die Geldmenge unverändert, so müßten fortgesetzt steigende Produktmassen zu fortgesetzt sinkenden Preisen abgesetzt werden. D. h. aber: das Fortschreiten zu ergiebigeren Produktionsmethoden würde gebremst und schließlich ganz gehemmt werden. Aber auch in einem solchen System wären Überschüsse durch relative Verlängerung der Produktionsumwege im Sinne v. Böhms, also durch relative Mehrergiebigkeit möglich. Das führt dann offensichtlich zum Standpunkt Schumpeters s. unter III).

II. Der Erklärungsversuch des Zinses bei Gustav Cassel ruht interessanterweise gleichfalls unbewußt auf der Voraussetzung einer bereits bestehenden dynamischen Wirtschaft. Cassel knüpft den Zins an die Verfügung über die Kapitaldisposition, die „knapp" sei, d. h. selten, so daß sie, wie alle im Verhältnis zum Bedarf, d. h. zum zahlungsfähigen Bedarf seltenen Elemente des wirtschaftlichen Produzierens bezahlt werden müsse. Der Preis wird sich nach der bekannten Formel des Gleichgewichts bilden, d. h. sich auf dem Niveau fixieren, auf dem sich Angebot und Nachfrage nach Kapitaldisposition die Wage halten. Der Zins wird sich also nach den Erfolgschancen der letzten Unternehmungen bestimmen, die bei der gegebenen Marktlage für Kapitaldisposition noch als Abnehmer in Frage kommen. Die Konkurrenz der Unternehmer wird ihn hindern, darunter zu bleiben, und die Konkurrenz der Kapitalisten wird ihn hindern, darüber hinauszugehen. Dieser Gedankengang setzt also offensichtlich schon die Nachfrage nach Kapitaldisposition, d. h. die kapitalistische Wirtschaft und die ihr immanente Möglichkeit der Gewinnerzielung durch Produktion voraus. In der statischen Wirtschaft gibt es überhaupt keine Nachfrage nach Kapitaldisposition und die größte „Knappheit" derselben könnte nicht verhindern, daß der Zins auf 0 sinken würde, weil immer noch „zu viel" an Kapitaldisposition vorhanden wäre. Hierfür ist der niedrige Zinsfuß auch bei sehr geringen Mengen disponibler Kaufkraft unter relativ statischen Verhältnissen ein wichtiger Fingerzeig.

III. Schumpeter löst das Problem bekanntlich dadurch, daß er den Zins (und ebenso den Überschuß der kapitalistischen Unternehmungen, die das Reservoir bilden, aus dem der Zins bezahlt werden kann) als Differentialrente der leistungsfähigen Unternehmungen ansieht, die mit geringeren Kosten produzieren als bisher aufgewendet werden mußten. So

knüpft sich bei ihm der Zins an den technischen Fortschritt, dessen Träger der typische Unternehmer ist. Er ist ein Vorsprungsgewinn, der bei freier Konkurrenz die Tendenz hat zu verschwinden und nur dann auf die Dauer bestehen kann, wenn der Unternehmer über ein völliges oder teilweises Monopol verfügt. Der reguläre Bewertungsprozeß schafft also keinen Spielraum für einen Zins, im Gegenteil, er eliminiert ihn fortgesetzt. Insofern als der Zins eine Friktionserscheinung ist, werden immer nur durch neue Fortschritte, durch neue Phasen der Entwicklung vorübergehend neue Zinswellen geschaffen. Dies ist also m. E. die einzige Theorie, welche zwar die Grundsätze des Wertens und Bewertens aus der Statik in die kapitalistische Wirtschaft hinübernimmt, diese aber dann gerade in ihren lebendigen Teilen nur als Deviation des statischen Prozesses begreift. Der Zins ist dann genau wie die Überschüsse der Unternehmungen selbst kein statischer Einkommenszweig, sondern auch nur das Resultat einer Störung. Würde der technische Fortschritt eines Tages stille stehen, würde der ökonomische Prozeß in denselben Methoden wie bisher verlaufen, so müßte die Konkurrenz allmählich die Überschüsse eliminieren und die Unternehmungen zu statischen Gebilden machen. Dieser fruchtbare Gedankengang, der so viel zum Verständnis der Struktur kapitalistischer Wirtschaft beigetragen hat, projiziert ganz konsequent alle Vorgänge der dynamischen Wirtschaft auf einen zugrunde liegenden statischen Prozeß. Nur indem die Statik in den dynamischen Prozeß ständig hineingedacht wird, ergibt sich das Gewinnloswerden der Unternehmungen bei Verallgemeinerung der technischen Fortschritte. Hingegen können in einem System, das die Konkurrenz nicht bis zur Ausschaltung jedes Gewinnes zuspitzt, auch dann noch Überschüsse erzielt werden, wenn sich im technischen Prozeß der Produktion fortlaufend nichts ändert. In einem solchen System würde wesensmäßig die Konkurrenz nicht soweit gehen, daß die Preissumme der Produktionselemente sich mit dem Gesamtgeldertrag der Produktion deckt. Allerdings läßt sich eine solch verschiedene Intensität der Konkurrenz nicht mehr rein ökonomisch ableiten, sondern setzt die Einbeziehung außerökonomischer Elemente voraus. Daraus folgt, daß ein dynamisches System, das nicht

bloß als Störung eines statischen aufgefaßt wird, nur als konkretes soziales System gedacht werden kann.

d) Der Zins im Rahmen der entwickelten (kapitalistischen) Verkehrswirtschaft.

Wenn wir der Frage des Zinses näherkommen wollen, müssen wir überlegen, für welchen Tatbestand wir sie beantworten sollen. Wir müssen die Grenznutzenlehre, um zu prüfen, ob sie die moderne Verkehrswirtschaft wirklich verstehen lehren kann, auf die entwickelte Verkehrswirtschaft, also die kapitalistische Produktion, anwenden. Wir transzendieren also das System der Statik und bewegen uns bewußt im Felde der Dynamik. Das ist von seiten der meisten Theoretiker, die auf dem Boden der Grenznutzenlehre stehen, nicht geschehen, sondern sie sind entweder von der statischen Wirtschaft ausgegangen, oder haben von entscheidenden Zügen der kapitalistischen Verkehrswirtschaft abgesehen, ohne die ein näheres Verständnis derselben m. E. unmöglich ist. Wir wollen aber die kapitalistische Produktion in dem früher entwickelten Sinn zugrunde legen, also eine Produktionsform, in welcher die Produktionsmittel in wenigen Händen konzentriert sind, während die überwiegende Masse der Erwerbstätigen keine Verfügung über die Produktionsmittel hat, an denen sie arbeitet. Dabei ist es unerheblich, daß es noch viele Klein- oder Alleinbetriebe gibt. Wesentlich ist, daß die Hauptmasse der Produktion des Landes, und zwar sowohl der gewerblichen als der landwirtschaftlichen, aus Betrieben stammt, deren Produktionsmittel von dem Besitzer allein nicht in Bewegung gesetzt werden können, daß also die Hauptmasse der Produktion in Unternehmungen erfolgt, in welchen Produktionsmittel und dazugehörige Arbeitskräfte zusammengefaßt werden.

Es sei angemerkt, daß auch Schumpeter diesen Tatbestand seiner Zinserklärung zugrundelegt; seine Zinserklärung erfolgt zum erstenmal in der Theorie, seit Marx, bewußt im und aus dem Gesamtzusammenhang der kapitalistischen Verkehrswirtschaft. Hingegen faßt die überwiegende Zahl der Grenznutzentheoretiker das Problem viel abstrakter. Sie ent-

wirft überhaupt kein soziales Bild des Produktionsprozesses, sie faßt nur die „Elemente" der Produktion ins Auge, ganz losgelöst von den Menschen, die sie tragen, sie legt auf die Frage, wie diese Wirtschaft sozial funktioniert, überhaupt kein Gewicht. Sie gibt nur ein Schema indifferenter freier, restlos sich auswirkender Konkurrenz, in dem der ganze Reichtum konkreter wirtschaftlicher Institutionen und ihrer sozialen und politischen Hintergründe ausgelöscht ist. So muß diese Theorie konsequenterweise aus der Tatsache des Zinses in der kapitalistischen Verkehrswirtschaft schließen, daß immer bei Verwendung von Kapital im Sinne von Werkzeug, Produktionsmittel, ein besondres Einkommen, ein Überschuß aus der Produktion erzielt wird, der die Grundlage des Zinses bildet. Selbst Robinson müßte danach einen Teil des Ertrags auf Zins verrechnen. Nach diesen Auffassungen ist der Zins eine ewige Kategorie, und man braucht zu seiner Erklärung nicht die Annahme einer entwickelten kapitalistischen Verkehrswirtschaft. Freilich ist dabei rätselhaft, wie denn in diesem System hemmungsloser freier Konkurrenz die Ausgleichung zwischen Kosten und Preis verhindert werden soll, und welches die Gründe sind, aus denen stets den Besitzern von Produktionsmitteln bzw. von Kaufkraft dieser Überschuß zugeschwemmt wird. Es ist hier eben doch so, daß ständig die sozialen Eigentümlichkeiten des kapitalistischen Systems im Bewußtsein unentwickelt vorhanden sind und die Konzeption des Gesamtbildes mitbestimmen.

Aus dem folgenden Gedankengang wird implizite hervorgehen, daß der Zins als spezifischer Ertrag einer Produktion mit Produktionsmitteln an bestimmte Eigentümlichkeiten der entwickelten Verkehrswirtschaft geknüpft ist. Dieser Standpunkt wird bisher meist nur vom Boden der Arbeitswertlehre aus vertreten. Aber es ist schon darauf hingewiesen worden (so von Heller [1]), aber auch schon von Schumpeter [2])), daß auch bei Böhm-Bawerk die soziale Form, in welcher der Wirtschaftsprozeß gegeben ist, für die Preisbildung der Produktionsfaktoren und damit den Verteilungsvorgang von großer Bedeutung ist. Diese Bedeutung muß steigen, wenn man die freie Konkurrenz im strengen Sinne des Wortes versteht. (Siehe hierüber unten S. 295.)

1) In seinen „Grundproblemen der theoretischen Volkswirtschaftslehre", S. 61.
2) Epochen der Dogmen- und Methodengeschichte im „Grundriß der Sozialökonomik", Bd. I, insbes. S. 123.

Grundsätzlich wird durch Übertragung auf den Tatbestand der entwickelten kapitalistischen Verkehrswirtschaft zunächst an dem Wertprinzip selbst nichts geändert. Auch in die entwickelte kapitalistische Verkehrswirtschaft können wir das Grenznutzenprinzip hineindeuten, also: es wird sich das einzelne Produkt zu einem Preise verkaufen, der durch das Grenznutzenprinzip bestimmt wird; auch jetzt wird die leistungsfähige Nachfrage die Grundlage für den Absatz der Produkte und daher die Grundlage für die Produktion bilden. Es wird auf die Dauer nicht produziert werden können, was keiner Nachfrage begegnet, und zwar kaufkräftiger Nachfrage, welche in Geld, und das heißt wieder: Fähigkeit, Produkte einzutauschen, so stark sein muß, daß mindestens eine ständige Wiederholung der Produktion stattfinden kann. Hierbei wird allerdings die Höhe der kaufkräftigen Nachfrage im ganzen, wie wir bereits wissen, nicht von den Bedürfnisregungen der Menschen, sondern von dem Umfang der Produktion beeinflußt sein. Das gilt für jede arbeitsteilige Produktion und für die kapitalistische insbesondere. Denn jede Erzeugung von Produkten schließt nicht nur den Wunsch des Absatzes, sondern zugleich das kaufkräftige Begehren nach anderen Produkten in sich, weil ja nicht für den Absatz schlechthin, sondern wirtschaftlich für einen Tauschakt produziert wird, wie das ja schon oben mehrfach entwickelt wurde. Die Produktion der kapitalistischen Verkehrswirtschaft kann auf die Dauer nur dann ohne Störung fortgesetzt werden, wenn sie sämtliche Produkte in die Hände sämtlicher Produzenten (diese als Gesamtheit betrachtet) hinüberführt. Das geschieht auf dem Wege des Austausches, der wieder nur möglich ist, wenn die Produzenten Nachfrage entfalten. Ob sie wirksame Nachfrage entfalten können, hängt davon ab, welche Bedürfnisse sie hegen bzw. welche Richtung die Produktion eingeschlagen hat. Ferner müssen sie selbst schon ihre Produkte abgesetzt haben, also ihrerseits bereits wirksamer Nachfrage begegnet sein. Produktion und Konsum sind also notwendigerweise verschlungen und gegenseitig bedingt. Die Einkommen

setzen die Produktion und die Produktion setzt wieder die Einkommen. An diesem unlösbaren Zusammenhang, welchem wir schon bei der Darstellung der Arbeitswertlehre begegneten, wird durch die Einführung des Grenznutzenprinzips nichts geändert. Es wird durch die Einführung dieses Prinzips lediglich stärker hervorgehoben, daß der Austausch der Produkte nicht „ganz von selbst" gegeben ist. Er ist vielmehr davon abhängig, daß die Produkte wirksame Nachfrage finden, welche konkrete Bedürfnisse zur Voraussetzung hat. Die Verankerung des ganzen Mechanismus von Produktion und Konsum in den menschlichen Bedürfnissen und deren Gestaltung, die Abhängigkeit des Produktions- und Tauschmechanismus von der Frage, ob die Produkte auf konkrete Bedürfnisse auftreffen werden, hinter denen genügend viel Kaufkraft steht — dieser ganze Zusammenhang wird aus der Grenznutzenlehre klar, während die Arbeitswertlehre mit der Produktion den Konsum im Wesen schon gesetzt sieht, d. h. als „selbstverständlich" annimmt, daß nur Dinge produziert werden, welche Absatz finden, also „gebraucht" werden.

e) Der Aufbau der kapitalistischen Verkehrsgesellschaft.

Wir müssen jetzt die Frage behandeln, ob das Prinzip des Grenznutzens ausreicht, um das Gesamtgefüge der kapitalistischen Verkehrswirtschaft gedanklich aufzubauen. Wir werden zu untersuchen haben: Wie sich denn das Prinzip des Grenznutzens im Gefüge der kapitalistischen Verkehrswirtschaft auswirkt. Diese Frage wurde schon oben aufgeworfen und ist auch von Böhm-Bawerk gestellt worden, nämlich ob das ganze Gewebe der wirtschaftlichen Handlungen (das in der statischen Wirtschaft allerdings sehr weitgehend nach dem Gesichtspunkt des Grenznutzens verständlich gemacht werden kann) auch in der entwickelten kapitalistischen Wirtschaft aus der subjektiven Sphäre heraus aufgebaut werden kann. Bestimmt also das Nutzenprinzip die Grenzen der wirtschaftlichen Tätigkeit, d. h. den Gesamtumfang der Produktion, und folgt aus ihm die Struktur der kapitalistischen Verkehrswirtschaft?

Schon oben wurde angedeutet, daß unter bestimmten Bedingungen die disutility in der einfachen Verkehrswirtschaft für die Menge der zum Angebot gelangenden Arbeitsleistungen maßgebend sein könnte. Wie steht es damit in der entwickelten Verkehrswirtschaft? Für die Menge der Arbeitsleistungen wird in diesem System die disutility (freie Konkurrenz vorausgesetzt) praktisch keine Rolle spielen. Denn mehr noch als in der Bedarfsdeckungswirtschaft und nicht nur aus den technischen Notwendigkeiten der Produktion heraus (z. B. in der Landwirtschaft) wird in der kapitalistischen Wirtschaft der Arbeiter auch aus sozialen Gründen gezwungen sein, die Länge des Arbeitstages zu akzeptieren. Er wird nicht imstande sein, den Arbeitsprozeß nach seiner persönlichen Gleichung von disutility und Arbeitsertrag früher abzubrechen oder länger fortzusetzen, als es der Unternehmer will. Eventuell wird die Länge der Arbeitstages nach dem Wunsch der Arbeiter für die ganze Produktion aber nie individuell bestimmt werden können. Der einzelne Arbeiter wird sich insofern in einer Zwangslage sehen, als er entweder eine bestimmte vom Unternehmer nachgefragte Anzahl von Arbeitsleistungen zu verkaufen bereit sein oder gewärtigen muß, aus dem Markte ausgeschaltet zu werden. Daher kommt für ihn nur die Evaluierung der Arbeitsleistungen und Nutzleistungen im Ganzen in Betracht, ohne daß in seinem Handeln die Schätzung seiner Grenzarbeitsleistung praktisch eine Rolle spielen könnte. Da von seinen Arbeitsleistungen die Befriedigung der elementarsten Lebensbedürfnisse abhängt, so wird er unter Umständen gezwungen sein, bis zur Grenze der subjektiven Erschöpfung Arbeitsleistungen zu verkaufen. Auch vom Unternehmer her gesehen bestimmt sich die Menge der Produktion nicht aus dem Gesichtspunkt der disutility, da ja in den meisten Fällen nicht seine disutility, sondern die Möglichkeiten der Kapitalverwertung die Produktion begrenzen. Man könnte höchstens sagen, daß auf den konkreten Arbeitsmärkten die Länge des Arbeitstages bei gegebenem Lohnsatz nicht wird aufrechterhalten werden können, wenn ein sehr erheblicher Teil der Arbeiterschaft oder gar die Mehrheit es vorziehen würde, den Arbeitstag zu verkürzen und eine entsprechende Senkung des Gesamtlohns auf sich zu nehmen. Aber auch dann würde sich der Grundsatz der disutility nur sehr langsam und verschieden auf den einzelnen Arbeits-

märkten, also schichten- oder stufenweise in der Verkehrswirtschaft auswirken. Bei diesen Überlegungen ist das Vorhandensein von Arbeiterorganisationen nicht berücksichtigt. Aber auch diese werden nur schichtenweise durch soziale Aktion Einfluß üben können, wobei die Tatsache der „Grenzdisutility“, wenn man so sagen darf, nur beiläufig wirken kann.

Die Theorie kann also die Begrenzung der Produktion, selbst insoweit diese bei freier Konkurrenz vom Angebot auf dem Arbeitsmarkt abhängig ist, nicht direkt auf subjektive Bestimmungsgründe zurückführen. In der objektiven Lehre bildet die Tatsache, daß die Arbeitsleistungen ihrer Menge nach als gegeben angesehen werden, keine Schwierigkeit, weil dort die Wertbestimmung lediglich auf ein Gleichgewicht des Austausches im Hinblick auf die zur Produktion notwendige Arbeitszeit abzielt. Das ist ein Gleichgewicht objektiver Produktionselemente, das für die subjektive Lehre nicht ausreicht. Warum also z. B. über eine bestimmte Grenze hinaus nicht produziert wird, müßte aus subjektiven Bestimmungsgründen erklärt werden können, um so mehr als die Menge der Produktion für die Austauschverhältnisse selbst infolge fortschreitender Befriedigung der Bedürfnisse entscheidend wichtig ist. Da wir aber den Disutilitygedanken in der entwickelten Verkehrswirtschaft ausscheiden müssen, fehlt uns jede Grundlage, von der aus wir den tatsächlichen Produktionsumfang von der Seite des Arbeitsangebots her theoretisch bestimmen könnten.

Beim Arbeiter ist dann aber die subjektive Wertschätzung seiner eignen Arbeit praktisch keine Untergrenze für die Lohnhöhe bei freier Konkurrenz. Er wird sogar lieber mit einem Lohn unter dem Existenzminimum vorlieb nehmen, zumal wenn dieses soziale und historische Elemente in sich enthält und daher komprimierbar ist, als seine Arbeitsleistung überhaupt nicht zu verkaufen.

Wie vollzieht sich nun der Bewertungsprozeß vom Unternehmer her gesehen? Er hat schon nach dem Prinzip des Grenznutzens keinerlei subjektive, eigne Wertschätzungen für die Produkte, die er erzeugt, auch wenn diese Endprodukte z. B. Möbel oder Schuhe sein sollten. Der subjekive Grenznutzen an seinen eignen Produkten ist null. Demnach kann er

auch mit den Produktionselementen selbst keinerlei subjektive Nutzenempfindungen verbinden. Er schätzt, soweit seine eigene Person in Betracht kommt, die Produktionsmittel, Maschinen, Rohstoffe, Arbeitsleistungen gleich null, genau wie die daraus hergestellten Produkte. Auch die Personen, von denen er diese Produktionselemente erwirbt, schätzen sie gleich null, denn sie verbinden keinerlei subjektive Wertschätzungen mit ihnen und können sie nicht anders als im Verkauf verwerten. Sie müssen also, wenn ihnen die Produktionselemente bereits gegeben sind, schlimmstenfalls auch einen Preis akzeptieren, der sich null annähert. Dasselbe gilt auch, wie schon erwähnt, von den Arbeitern, deren Arbeitsleistung für sie einen subjektiven Wert nicht besitzt. Als Käufer steht demnach der Produzent lauter Partnern gegenüber, die ihre Waren annähernd gleich null schätzen, so wie er als Verkäufer auch keinerlei subjektive Wertschätzungen mit ihnen verbindet. Er bewegt sich demnach, soweit subjektive Schätzungen hinsichtlich der Elemente des Produktionsprozesses in Frage kommen, in einem System unbestimmter Preise, d. h. jeder Preis für sich betrachtet könnte bis auf den Grenzwert null sinken. In diesem ganzen Tatbestand gebietet keine subjektive Wertschätzung auf Seite der Verkäufer der Preissenkung Einhalt. Das Interesse des Unternehmers richtet sich in der Produktion nur auf die Beziehung der Preise zueinander. Er hat nur Interesse an einem Arrangement der Preise, das ihm gestattet, einen Überschuß zu erzielen. (Ein solches Arrangement ist aus dem eben erwähnten Grunde mindestens möglich.)

Was gibt also dem Unternehmer, der selbst nicht von subjektiven Wertungen ausgeht, doch den Mut zu produzieren und Kosten aufzuwenden? Nur die Erwartung, daß andere Personen, die Käufer seiner Produkte werden sollen, mit diesen subjektive Wertschätzungen verbinden. Wer sind aber diese Käufer? Abgesehen von den anderen Unternehmern selbst, neben den Beziehern von Grundrente die Arbeiter und Angestellten, deren Wertschätzungen in Geld ausgedrückt wieder von der Höhe ihres Lohnes und Gehaltes abhängen werden (wir betrachten also eine rein wirtschaftliche Gesellschaft ohne Dazwischentreten anderer Klassen mit abgeleitetem Einkommen). Die Arbeiter und Angestellten aber haben ja

wiederum in sich keine subjektive Wertschätzung ihrer Arbeit, welche sie hindern würde, unter Umständen sogar unter das Existenzminimum herunterzugehen. Jedenfalls ist ihre Bereitwilligkeit, Produkte zu kaufen — diese Bereitwilligkeit ausgedrückt in Hingabe von Kaufkraft — von der Höhe des Preises abhängig, den sie für ihre Leistungen erzielen. Genau diejenige Quote der Gesamtproduktion können sie selbst kaufen, welche ihre Lohn- und Gehaltsumme von der Preissumme des Sozialprodukts ausmacht. Wie groß diese Quote aber sein wird, wird sich weder aus den subjektiven Wertschätzungen der Arbeiter für ihre Arbeitsleistungen, noch aus den subjektiven Wertschätzungen der Arbeiter für die Konsumgüter, noch aus den subjektiven Wertschätzungen der Unternehmer für die Leistungen der Arbeiter, noch aus den subjektiven Wertschätzungen der Unternehmer für Gebrauchsgüter bestimmen lassen. So ist also die Preisbildung insbesondere auch auf dem Markte der Arbeitsleistungen, der für die Preisbildung der Konsumgüter indirekt so wichtig ist, durch subjektive Wertschätzungen nicht ausreichend bestimmt. Soziale Faktoren, d. h. aber in der Sprache der Grenznutzentheorie: Grenzen für die Auswirkung der subjektiven Wertschätzungen, spielen hinein. Die Preisbildung auf dem Arbeitsmarkt entscheidet aber zugleich darüber, welche Quote der Gesamtproduktion von den Arbeitern konsumiert werden kann, und ob in der Volkswirtschaft von den Unternehmern ein Gewinn erzielt wird und wie hoch er ist. Jedenfalls ist die Möglichkeit des Überschusses, auch wenn wir vom Wertprinzip ausgehen, schon in der Tatsache begründet, daß uns nicht feste Preise der Endprodukte gegeben sind [1]). Keine Gruppe der Beteiligten verknüpft eben mit den Produktionsmitteln, über die sie verfügen, feste subjektive Wertungen.

Hier ist deutlich zu sehen, wie die Trennung der Produzenten von den Produktionsmitteln die Kraft der subjektiven Wertschätzung, zunächst der Arbeiter für ihre Arbeitsleistungen, lähmt, die sich jetzt nicht mehr dem Wertgesetz entsprechend in die Preisbestimmung der Produktionselemente auswirken kann. Die Arbeitsteilung der Produzenten schaltet ebenso die subjektiven Wertschätzungen der Produzenten für ihre Produkte aus. Dem Konsumenten endlich, der das ganze Preissystem in der Grenznutzenlehre trägt, ist aus dem objektiven Zusammenhang sein Einkommen gegeben, das also selbst wieder nicht aus seinen subjektiven Wertungen heraus bestimmt wird. Wie kann man also sagen, daß sich das Gebäude der Wirtschaft aus subjektiven Wertschätzungen aufbaut, da doch der Einkommensaufbau selbst, und das ist ja das Preissystem, von den subjektiven Wertungen, d. h. von Gebrauchswertschätzungen her nicht zu verstehen ist. Um also zu erkennen, ob und wann im System der Preise ein Gewinnelement eingeschlossen ist, wird eine weitere Analyse des dynamischen Prozesses erforderlich.

1) Wie man manchmal nach den Gedankengängen der Grenznutzentheoretiker meinen könnte, die sagen, die Preise der Endprodukte hängen von ihrem Nutzen ab und sind also gegeben bzw. erklärbar. Hingegen sind sie, wie eben gezeigt wurde, keine letzten und keine festen Gegebenheiten, sondern sie werden natürlich auch nur im Rahmen des gesamten Preissystems bestimmt.

f) Der Ort des Zinsproblems.

Die Tatsache, daß der Zins nicht direkt aus dem allgemeinen Wertbildungsprozeß abgeleitet werden kann, wie er sich in der statischen Wirtschaft abspielt, legt die Vermutung nahe, daß seine Entstehung innerhalb des statischen Prozesses überhaupt nicht aufgeklärt werden kann, ja daß die Fixierung auf den statischen Ablauf den Weg zur Lösung des Problems geradezu verrammelt.

Das statische System erörtert immanent ökonomische Zusammenhänge. In ihm werden die Daten nur einmal gesetzt, und zwar so gesetzt, daß es niemals mehr einer neuen Setzung bedarf. Nur dann aber kann man den Prozeß so aufbauen, daß er auch ohne Bemühung irgendeines außerökonomischen Momentes fortgesetzt weiterläuft, wenn man bestimmte Annahmen über die Setzung wirtschaftlicher Handlungen und die Art des Wirtschaftens macht. Das wirtschaftliche Handeln muß so ausgerichtet und dosiert sein, daß es keinerlei Zwanges bedarf, um die für die Erhaltung notwendige Produktion sicherzustellen, und es muß sich auf der anderen Seite in solchen Grenzen bewegen, daß es nicht die Ausgangskonstellation des Systems verschiebt. Das schließt nicht nur konstante Bevölkerung in sich, sondern auch lückenlose Ein-

gliederung des Nachwuchses in die bereits bestehenden Berufe und Arbeitsplätze, Konstanz der Produktionsintensität, insbesondere Unveränderlichkeit der Technik, also statische Menschen, deren ökonomische Energie zwar ausreicht, um den Bedarf auf der gewohnten Basis zu decken, die aber jeder Initiative ermangeln, keine neue Lage aus sich heraus schaffen und auch in keine neue Lage hineingestellt werden. Diese letzte Bedingung zeigt nun, daß dieses ökonomische System zugleich in ein soziales System eingebettet ist, dessen Gesetz und Ziel die Erhaltung des bestehenden Rahmens bildet. In der Tat ist der Zweck dieses sozialen Systems am ehesten als Bändigung der vitalen persönlichen und sozialen Energie aufzufassen. Man hat dieses System als ein rein ökonomisches bezeichnet und diese Bezeichnung hat also nur den Sinn, daß es auch als rein ökonomisches gedacht werden kann. Dies aber nur deshalb, weil hier alle sozialen Energien auf die stetige Wiederholung desselben ökonomischen Prozesses gerichtet sind. Dieses System stellt, ökonomisch betrachtet, keineswegs den höchsten Typus dar. Im Gegenteil, es ist ziemlich primitiv, aber rein und homogen.

Als Statik pflegt man auch ein System aufzufassen, in dem sich die Ausdehnung der Produktion parallel zur Bevölkerungsbewegung vollzieht. Das setzt also die Schaffung zusätzlicher Produktionsmittel, in demselben Maßstabe als die Bevölkerung wächst, voraus, ebenso ein elastisches Geldsystem. Offenbar bedingt das wieder die Voraussehbarkeit dieser Bevölkerungsbewegung und die Anpassung der Produktionsmengen in allen Produktionen an diesen Tatbestand. Das macht gegenüber der einfachen Verkehrswirtschaft viele abweichende Gedankengänge notwendig.

In der Statik, die also jedenfalls gedacht werden kann, vollzieht sich, dem Gesamtprozeß entsprechend, der Prozeß des Wertens in einer ganz spezifischen Weise. Er muß so erfolgen, daß die ökonomische Substanz einen Kreislauf durchmacht, in den aber auch die Arbeitsleistung des Wertenden selbst, also des Produzenten, hineingehört. Innerhalb dieses Kreislaufs erfolgt der Tausch von Subjekt zu Subjekt nur dann, wenn auf beiden Seiten subjektive Ungleichheit der getauschten Güter besteht, und kann auf die Dauer nur stattfinden, wenn sich trotzdem ein Gleichgewicht der Kosten

herstellt. Das ist, wie schon oben (S. 229) gezeigt wurde, kein innerer Widerspruch, sondern einfach die Folge der Arbeitsteilung.

Der dynamischen Wirtschaft ist im Gegensatz hierzu wesentlich, daß der Austausch in den Händen des Produzenten einen Überschuß zurückläßt, der normalerweise ganz oder zum Teil zur Ausdehnung der Produktion verwendet wird. Wie aber ist das möglich, da doch nicht die Reihe herum alle Produzenten aneinander einen Überschuß erzielen können? Und wie ist es überhaupt möglich, daß die Warenpreise einen Überschuß über ihre Kosten ergeben, da diese Kosten doch auch Preise sind, also demselben Gesetz gehorchen? Wieso wird das Prinzip der Gleichheit (ist es doch in der Tat Prinzip der Produktion) beim Austausch von Waren auf dem Markte gegeneinander (z. B. Tuch gegen Getreide) gewahrt sein können, hingegen ständig verletzt werden müssen beim Austausch von Kostengütern gegenüber den daraus erzeugten Produkten. Da das Produzieren nichts ist als ein Austausch, so erscheint das Zinsproblem bei dieser Fragestellung unlösbar. Trotzdem wird das Problem meist so gestellt. Die dabei unvermeidlichen Widersprüche führen zur Frage, ob wir denn überhaupt das Zinsproblem „rein ökonomisch“, d. h. in der Statik, und durch Analyse der für die Statik wesentlichen Bewertungsvorgänge klären können. Die Statik berücksichtigt weder das Moment der Zeit (steht doch in ihr die Zeit stille) noch den sozialen Rahmen, in dem sich die Produktion abspielt. Es ist aber gerade dieser soziale Rahmen, in dem der ökonomische Prozeß dynamisiert, der „Zeitverlauf zu einem Kostenelement“ werden und ein ständiger Überschuß über die Kosten erzielt werden kann.

Das dynamische System der Ökonomie zeigt mehrere Spielarten. Wir wollen aber ausgehen von einer Gesellschaft freier Produzenten aus eigener Kaufkraft unter freier Konkurrenz.

Für das Wirtschaftssystem dieser freien Unternehmungen ist wesentlich, daß sie alle Produktionselemente auf einem Markte kaufen müssen, der wieder unter freier Konkurrenz steht, also alle Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, aber auch Arbeitsleistungen. (Wie sich solche Märkte historisch ausgebildet haben, ist hier nicht zu erörtern, jedenfalls verdanken sie ihre Entstehung nicht einer rein ökonomischen

Entwicklung.) Sie kombinieren diese Produktionsmittel, über welche sie zu Marktpreisen verfügen, und bringen Produkte auf den Markt, von denen sie hoffen, daß sie auf die Bedürfnisse anderer Produzenten oder Arbeiter auftreffen werden, die so dringend sind, daß diese bereit sind, dafür einen Preis zu bezahlen, der die Preise der Kostenelemente mit einem Überschuß vergütet. Zu diesen Kostenelementen gehört natürlich auch die Abnutzung der Werkzeuge und Maschinen. Ebenso gehört zu diesen Kostenelementen die Arbeitsleistung des Unternehmers selbst. Für diese wird mitunter ein Markt vorhanden sein, so daß sich aus dem Substitutionsprinzip innerhalb gewisser Grenzen ein Maßstab für die Höhe der theoretisch richtigen Vergütung der Unternehmerleistung ermitteln läßt. Mindestens kann der Wert in „anderweitiger Verwendung" und also die Untergrenze des Preises für die Unternehmerleistung (z. B. der Gehalt eines leitenden Angestellten) veranschlagt werden. Über alle diese Kostenelemente hinaus wird in Unternehmungen dieser Art noch grundsätzlich ein Überschuß erzielt. Grundsätzlich soll heißen, daß niemand bereit sein wird, eine solche Unternehmung einzuleiten oder weiterzuführen, wenn er nicht damit rechnen kann, einen solchen Überschuß zu erzielen. Dies gilt innerhalb der d y n a m i s c h e n Wirtschaft, in der das Ziel des Wirtschaftens eben die Erzielung des Überschusses und nicht bloß die Verwertung der eigenen Arbeitsleistung des Unternehmers ist. Warum das so ist, läßt sich wiederum nicht rein ökonomisch erklären. Wir finden in der dynamischen Wirtschaft konzentrierte Verfügungsmacht über Produktionselemente in der Hand der Unternehmer vor, als Resultat eines nicht rein ökonomischen Prozesses (ursprüngliche Akkumulation). Insoferne diese Verfügung über Produktionselemente nicht zur Hortung, sondern nur zur Produktion führen kann, entstehen in der Warenproduktion dieser Art Bewertungsvorgänge, die einen Überschuß über die Kosten — der bei geringfügigen Produktionsmitteln gar nicht erwartet wird — gewissermaßen „natürlich" postulieren. Die Erzielung dieses Überschusses kann mit einer gewissen Sicherheit erwartet werden, weil die Massierung von Produktionsmitteln oder Kaufkraft in der Hand der Unternehmer die Möglichkeit einer Gewinnmarge aus den

typischen Marktsituationen heraus schafft. Diese Möglichkeit ist insbesondere nach der Grenznutzenlehre in der Unbestimmtheit der Preisbildung gegeben, von der oben die Rede war[1]). So schafft die ungleiche Verteilung der Produktionsmittel, und das heißt zugleich die Klassenschichtung in der kapitalistischen Wirtschaft den Spielraum für Bewertungen, die in den Unternehmungen reguläre Überschüsse entstehen lassen können[2]). Dieser Prozeß wird unten ausführlicher dargestellt. Ist einmal eine solche dynamische Wirtschaft gegeben, was die Existenz des adäquaten Sozialsystems einschließt, so führt die Minderung oder Aufzehrung der Gewinne zu einer Gleichgewichtsstörung, d. h. zu einer relativen Senkung der Nachfrage nach Arbeitskräften, welche die Überschüsse wiederherstellen wird. In der Dynamik werden eben die gewinnlosen Unternehmungen eliminiert, das Sozialsystem der Dynamik ist mit gewinnloser Produktion unvereinbar, wie umgekehrt in der Statik Gewinne unmöglich sind, und als Störungen eliminiert werden.

Wir wissen also, daß ein Wertüberschuß in der kapitalistischen Unternehmung erzielt werden muß, damit sie überhaupt als solche existieren kann, und wir wissen zugleich, daß ein solcher Wertüberschuß aus dem Grundprinzip des Grenznutzens und der Wertbestimmung der Produktionsmittel, der Güter entfernterer Ordnungen, wie sie in der Statik erfolgt, zunächst n i c h t erklärt werden kann. Insbesondere kann der Überschuß nicht auf irgendeine spezielle Funktion eines Produktionselements zurückgeführt werden. Der Überschuß ist also einerseits notwendig, andererseits

1) Die Grenznutzenlehre ist ja, worauf SCHUMPETER zutreffend hinwies, eine „Problemlösungsmaschine" — sie ist mit verschiedenen konkreten Lösungen des Zinsproblems vereinbar. (Vgl. die Abhandlung in: Wirtschaftstheorie der Gegenwart, I, S. 26.)

2) Manchmal wird der Überschuß auch auf das Risiko zurückgeführt, das ja in der Tat in der Dynamik viel größer ist als in der Statik, wo es grundsätzlich gar nicht besteht. Dieser Gedanke reicht aber nicht aus, da ja nicht nur — über das ganze Wirtschaftssystem hin — die Verluste ausgeglichen, sondern darüber hinaus wesentliche Überschüsse erzielt werden. Das Produzieren in kapitalistischen Unternehmungen ist keine Lotterie, in der die Gewinne nie die Verluste übersteigen können.

auf der Grundlage der Bewertungsvorgänge in der statischen Wirtschaft unmöglich. Das Unglück ist nur, daß er empirisch besteht. Die Theorie hat daher die Aufgabe, seine Existenz zu erklären. Die Erklärung dieses Überschusses vom Boden der Grenznutzenlehre aus kann an der Tatsache nicht vorübergehen, daß in der entwickelten Verkehrswirtschaft keine der Bewertungen der Elemente im Produktionsprozeß von subjektiven Bedürfnissen her exakt bestimmt werden. Es sind vielmehr der subjektiven Wertschätzung nur ziemlich weite Grenzen gegeben, innerhalb deren sich die Preise fixieren. Diese Grenzen sind so weit, daß sich — ohne Verletzung des Wertgesetzes — ein Überschuß ergeben kann, gerade deshalb, weil hier keine Weiterleitung unabhängiger letzter subjektiver Wertschätzungen auf Produktionselemente erfolgt. (Beiläufig sei daran erinnert, daß auch bei Marx der Unternehmer mit dem Kauf der Arbeitskraft nur eine Chance erwirbt. Bestimmt ist nur der Wert der Arbeitskraft, deren Äquivalent der Unternehmer im Lohn voll bezahlt. Hingegen ist die Leistung, die er als Gegenwert empfängt, von der Arbeitsleistung des Arbeiters abhängig, die sich — von individuellen Verschiedenheiten abgesehen — gesellschaftlich bestimmt.)

Es ist offenkundig, daß die Entscheidung darüber, ob ein Überschuß in der Produktion erzielt werden kann, von der „Marktsituation" abhängt, d. h. davon, ob der Unternehmer in der Lage ist, seinen Willen, möglichst billig zu kaufen und möglichst teuer zu verkaufen, durchzusetzen, derart, daß er mit Gewinn abschließen kann. Dabei kommen also weder die subjektiven Bedürfnisse des Unternehmers noch die der spätern Käufer ins Spiel. Wenn man aber die Frage auf die Marktsituation abzustellen genötigt ist, ergibt sich sofort eine weitere Klärung.

Alle Produktionselemente, die in einer Verkehrswirtschaft in die Erzeugung eingehen, sind Waren. Das Produzieren selbst ist — vom Gesichtspunkt des Unternehmers gesehen, wie schon erwähnt — Kaufen und Verkaufen. Insoweit Produktionselemente von Unternehmern gekauft werden (z. B. Rohstoffe, Maschinen), sind diese Kosten — zumal in der Betrachtungsweise der Grenznutzenlehre, auf das Gesamte der Volkswirtschaft bezogen — nur durchlaufende Rechnungsgrößen. Die Produzenten können nicht durch Einkauf von Produktionselementen unter dem Wert Gewinne realisieren. Diesen müßten ja ebenso große Verluste bei ihren Lieferanten, die auch Unternehmer sind, entsprechen. Werden trotzdem Gewinne erzielt, so müssen sie aus einer Marktsituation stammen, in der die Verkäufer nicht Unternehmer sind. Der Gewinn muß beim Einkauf von Waren erzielt werden können, deren Preis komprimiert werden kann, ohne daß — kapitalistisch gesprochen — Verluste entstehen. Diese Waren sind die Arbeitsleistungen. (Lehnt man diesen Gedanken ab, so müßte man gerade vom Boden der subjektiven Lehre aus einen mystischen, weiter nicht erklärbaren Wachstumsprozeß des Werts in der Produktion annehmen.)

Auf dem Arbeitsmarkt befinden sich — von all seinen übrigen Besonderheiten sei hier abgesehen — die Verkäufer mindestens auf die Dauer betrachtet bei freier Konkurrenz in einer Zwangslage, weil sie sich nur durch Verkauf ihrer Arbeitskraft die notwendigen Subsistenzmittel beschaffen können. Diese Lage ist nur in der kapitalistischen Wirtschaft (in dem oben gebrauchten Sinne, also bei konzentriertem Besitz der Produktionsmittel) gegeben. Denn in dieser ist keine organische Verknüpfung der Volksgesamtheit mit dem Produktionsmittelbestande gesichert, wie etwa in der Feudalzeit, in welcher immerhin die überwiegende Masse des Volkes — von den ganz wurzellosen Elementen abgesehen — einen gewissen Rückhalt in der Agrarwirtschaft hatte. Erst die kapitalistische Produktionsweise hat als „normale" soziale, nicht bloß als deklassierte und herabgesunkene Existenz den Proletarier geschaffen, der wirtschaftlich gleichsam „in der Luft steht" und nur bei ständigem Verkauf der Arbeitskraft über ein Einkommen zur Fristung des Lebens verfügt. Seine Arbeitskraft „gehört" allerdings ihm, da er persönlich frei ist. Er ist persönlich niemandem überantwortet und „Herr seiner selbst". Das bedeutet aber andererseits, daß er allein für die Sicherung seiner Existenz zu sorgen hat. Er kann aber selbständig und aus eigener Kraft nicht einmal die Subsistenzmittel auch nur für einen einzigen Tag erzeugen, er hat keine Reserven und selbst die primitive Nahrungssuche ist ihm versagt in einer Welt, welche alle sachlichen Produktionselemente und den Boden als „Privat-

eigentum" ihm entzieht und eigenmächtige Produktionsakte auch an brachliegenden Produktionselementen zu Diebstahl stempelt. Weil also der Proletarier darauf angewiesen ist, die elementarsten Lebensbedürfnisse immer wieder durch erneuten Verkauf von Arbeitsleistungen zu erwerben, so ist bei ihm die Wertschätzung der Tauschmittel, des Geldes, das ihm die Deckung seiner Bedürfnisse ermöglicht, sehr hoch. Er wird unter Umständen und zeitweise sogar bereit sein, seine Arbeitskraft so billig zu verkaufen, daß er aus dem Erlös nicht einmal die notwendigen Subsistenzmittel zur Reproduktion der Arbeitskraft beschaffen kann. Das wird natürlich nur vorübergehend der Fall sein können, weil ja sonst das Angebot an Arbeitskräften zurückgehen müßte, aber diese Übergangszeit kann ziemlich lange währen.

Gerade vom Gesichtspunkt der subjektiven Wertlehre aus ist es also möglich, daß bei entsprechender Marktsituation die Arbeiter genötigt sind, ihre Arbeitsleistungen außerordentlich billig zu verkaufen. Die bisher tatsächlich vom Arbeiter aufgewendeten Kosten zur Reproduktion seiner Arbeitsleistung sind nicht wie sonst die Produktionskosten der Ware ein Stützpunkt für die Lohnhöhe. Das ist nach dem Grundgedanken der Grenznutzenlehre leicht erklärlich: denn die Kosten sind ja nur der Nutzen in anderweitiger Verwendung, und kommt eine solche anderweitige Verwendung vorübergehend oder auf längere Zeit nicht in Frage, kommt sie auch bei einem niedrigeren Preis der Arbeitsleistung nicht in Betracht, so fehlt es an einer Grenze, bei der eine neu entstehende Nachfrage dem weiteren Sinken des Preises Einhalt gebieten müßte. Die Reproduktionskosten der Arbeitskraft sind eben keine „objektiv gegebene" Größe. Derart hängt es bei freier Konkurrenz ausschließlich von der Marktkonstellation ab, ob nicht der Lohn bestimmter Arbeiterkategorien oder aller Arbeiter für kürzere oder längere Zeit sogar unter das zurzeit als Existenzminimum anerkannte Niveau fällt. Diese Lage wird bei völlig freier Konkurrenz dann eintreten, wenn auch eine starke Senkung des Lohnes den Unternehmer infolge eines beschränkten Fassungsraumes der Produktion nicht veranlaßt, eine zusätzliche Nachfrage zu entfalten.

Diesen Überlegungen wird entgegengehalten werden, daß es die Konkurrenz sei, die jeweils die Differenz zwischen Kosten und Erlös durch Preisbewegungen ausgleicht. Die Konkurrenz müsse die Tendenz zur Niederhaltung der Kostengüterpreise, hier des Lohns, dadurch kompensieren, daß sie stets auf eine Gleichheit der Preise aller Kostengüter gegenüber den Produktpreisen hinwirkt. Wenn die Löhne z. B. so niedrig sind, daß sich zugunsten des Unternehmers eine Differenz ergibt, so wäre eine Ausdehnung der Produktion vorteilhaft, was nur möglich ist bei Steigerung der Nachfrage nach Arbeitern und Kapitalgütern, also letzten Endes wieder nach Arbeitern. Für alle Unternehmer würde diese Ausdehnung vorteilhaft sein; das müßte die Löhne und die anderen Kostensätze sehr rasch in die Höhe treiben und die Differenz zwischen Kosten und Preisen aufzehren. Das Bestreben, höheren Gewinn zu erzielen, würde also den Gewinn eliminieren. Derselbe Effekt würde durch eine verbesserte Ausrüstung der Unternehmungen mit Produktionsmitteln erzielt werden; diese hätte gleichfalls stärkere Nachfrage zur Voraussetzung, wodurch eine Angleichung der Kosten an die Produktpreise erfolgen würde. Die Konkurrenz der Produzenten um den Überschuß sei, sofern sie den Weg der Produktionsausdehnung gehe, die Kraft, welche den Überschuß hinwegschwemme. Diese Tendenz zur Hinwegschwemmung des Gewinns wirke sich dann besonders stark aus, wenn bei Ausdehnung der Produktion die Kosten, auf die Produkteinheit gerechnet, sinken und wenn daher jeder Unternehmer durch Ausdehnung der Erzeugung seine Gewinne besonders rasch steigern zu können glaube. Dann werden die Gewinne sowohl durch die unvermeidliche Preissenkung der Produkte wie die ebenso unvermeidliche Preissteigerung der Produktionselemente sehr schnell eliminiert. Wieso also doch eine regelmäßige Gewinnerzielung durch die Produzenten?

Die Kraft der Konkurrenz wirkt nun nicht immer in gleicher Stärke, und sie hat in sich eine Bremse. Schon AD. SMITH kennt die „stillschweigende Verabredung", welche die Unternehmer untereinander haben; danach erhöhen sie die Löhne nur, wenn sie dazu gezwungen werden. Denn jede Erhöhung der Löhne schmälert zunächst ihre individuellen Gewinnste, und kein Unternehmer würde auf die Dauer seinen Betrieb ohne Überschuß, ohne Gewinn führen, weil

er ja nur dann einen ausreichenden Antrieb dazu hat, wenn er einen Gewinn erzielt. Die Konkurrenz kann daher den Gewinn nicht zur Gänze hinwegschwemmen. Andererseits schließt die Konkurrenz schon in sich, daß grundsätzlich doch die Gewinne vernichtet werden. Es wird sich also fragen, welche konkreten Umstände vorhanden sein müssen, damit der Gewinn nicht auf eine verschwindende Größe herabgedrückt wird, sondern in der Tat ein wesentliches Element des Produktionsprozesses ist und bleibt.

g) Das Zinsproblem im Gesamtzusammenhang der entwickelten Verkehrswirtschaft.

Wenn wir ganz in den allgemeinen Gedankengängen verbleiben, können wir nicht die entscheidenden Züge der Wirklichkeit erfassen. Wir können diese eben nicht aus einem Prinzip deduzieren. Auch hier gilt, daß Theorie des wirklichen Prozesses eben nur mit Heranziehung der für die Wirklichkeit konstitutiven Tatbestandselemente möglich ist. An ihnen können wir nicht vorbeisehen. Wir müssen daher den Gesamtzusammenhang der kapitalistischen Produktion betrachten, um zu erklären, unter welchen Bedingungen und in welchem Umfang innerhalb der Produktion Gewinn erzielt werden kann. Unsere bisherige Betrachtung erweist nur, daß Zins möglich ist, nicht aber, daß er notwendig ist, so daß die theoretisch entwickelte Möglichkeit eines Überschusses auch immer praktische Wirklichkeit wird. Erst eine eindringlichere Analyse kann zeigen, unter welchen Umständen er immer entsteht und sich erhalten kann. Wenn wir diese Analyse nicht vornehmen, können wir auf Grund der bisherigen Erörterung lediglich sagen, daß der Arbeiter beim Besitzer der Produktionsmittel arbeiten muß und daß dieser kein Interesse daran hat, arbeiten zu lassen, wenn die Produktion ohne Überschuß abschließt. Wir könnten ferner sagen, daß alle in der Wirtschaft nur mit „Vorteil" produzieren werden. Dieser „Vorteil" ist auf seiten des Arbeiters schon gegeben, wenn er überhaupt arbeiten kann. Dann ist er eben in der Lage, Subsistenzmittel zu erwerben; hingegen ist für den Unternehmer der Vorteil

erst gegeben, wenn er mit einem Überschuß abschließt. Nach der Natur der subjektiven Wertschätzungen ist also die Möglichkeit des Zinses gegeben; die Existenz desselben und der dauernde Bezug aber hängt von den Bedingungen ab, unter welchen die Konkurrenz wirkt, welche ihrerseits auf eine Hinwegschwemmung des Zinses abzielt. Die Frage ist also zu stellen: warum oder wann konkurriert der Unternehmer nicht solange um den Arbeiter, bis er „gewinnlos" produziert? Warum steigen nicht der Lohn und die Produktionsmittelpreise derart, daß der Verkaufspreis des Produktes lediglich die Kosten realisiert? Warum sind nicht alle Produktionen auf die Dauer gewinnlos oder: wann, d. h. unter welchen Bedingungen sind nicht alle Produktionen auf die Dauer gewinnlos?

Wenn wir die große Masse des Zinses in der Volkswirtschaft betrachten, so wissen wir, daß diese Zinsmasse, soweit sie als Einkommen an die Rentner fließt, einen Teil des Gewinnes bildet, der in der Volkswirtschaft erzielt wird. Nur soweit Gewinne, also Überschüsse, in der Produktion erzielt werden, kann regelmäßig Zins bezahlt werden. — Der Zins auf Staatsrenten usw. ist entweder auch Teil von Gewinnen (bei Anleihen für werbende Anlagen) oder Übertragung von Einkommensteilen der Bevölkerung durch Steuerleistung. Letzten Endes müßte bei glatter Überwälzung auch diese Zinszahlung aus den Überschüssen der Unternehmungen getragen werden.

In den Überschüssen der kapitalistischen Wirtschaft wollen wir zwei Hauptmassen unterscheiden:

1. Überschüsse als Resultate eines technischen Vorsprungs.
2. Überschüsse als dauerndes Einkommen aus Unternehmungen (Zins als dauerndes Einkommen aus Kapital).

Diese beiden Massen seien nun gesondert untersucht.

h) Überschüsse als Resultat eines Vorsprungs.

Den Ausgangspunkt der Erörterung mag ein Moment bilden, dessen Bedeutung besonders von Schumpeter in seiner Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung betont wurde: wenn in einer

Produktion eine „neue Kombination“, und zwar als eine arbeitsparende oder allgemeiner ausgedrückt eine kostensparende Methode zur Verwendung gelangt; wenn wir ferner annehmen, daß nicht alle Produzenten über diese Methode verfügen, so wird derjenige Unternehmer, welcher die neue Kombination zuerst einführt, seine Produkte fast zu denselben Preisen wie bisher verkaufen können (wenn nämlich das Gesamtangebot an dieser Ware durch die neue Produktion nicht wesentlich gesteigert wurde und die Nachfrage elastisch genug ist, um bei wenig sinkenden Preisen größere Mengen des Produkts aufzunehmen) und daher einen Überschuß über seine Kosten hinaus erzielen. Solche Kostenersparnisse gegenüber den bisherigen Produktionskosten bringen alle großen ökonomisch wesentlichen technischen Umwälzungen, wie z. B. die Ersetzung der Wasserkraft durch den Dampfbetrieb. Aber diese großen sichtbaren Veränderungen sind nicht die einzigen, und auf die Gesamtwirtschaft hin betrachtet nicht einmal immer die entscheidenden. Die Anwendung neuer Erfindungen bedeutet jeweils, daß sich im Produktionsprozeß eine neue Kombination durchsetzt. Aber solcher neuer Kombinationen gibt es sehr viele: schon die Vergrößerung der Unternehmung kann die Kosten sehr herabsetzen und der vergrößerten Unternehmung einen Vorsprung gegenüber den anderen geben. Damit erhält sie einen differentiellen Überschuß, der zum Teil durch Vergrößerung der Produktion wieder hinweggeschwemmt wird, zum Teil aber solange bestehen bleiben kann, als die übrigen Unternehmungen nicht imstande sind, sich ebenso zu vergrößern. Veränderungsmöglichkeiten gibt es in jedem Betriebe eine ganze Reihe: zweckmäßigere Anordnung der Arbeit, kleine aber wichtige Verbesserungen an den Maschinen, schärfere Kontrolle des Arbeitsprozesses, wirksamere Reklame, Rationalisierung des Arbeitsprozesses wie im Taylor- oder Fordsystem usw.

Abgesehen von den vielen Ursachen für einen Vorsprung, welche einer Initiative des Unternehmers ihren Ursprung verdanken, gibt es andere, welche gleichsam ohne Zutun des Unternehmers dem Betriebe anhaften, z. B. günstiger Standort, eine altgewohnte ständig geschulte Arbeiterschaft, Ausnützung alter Verbindungen, günstige Kreditquellen

usw. Dieser Überschuß kann mitunter, wenn die anderen Unternehmungen nicht imstande sind, sich derselben Vorteile zu versichern, sehr lange, ja immer erzielt werden und er kann — wenn er einmal eingeholt wird — durch Einschaltung neuer Kombinationen immer wieder entstehen. So haben wir in allen Erwerbszweigen einen mannigfaltigen, nie ganz ausgeglichenen Stufenbau der „Kosten“ bei einheitlichem Preis der Produkte. In jeder Unternehmung sind die Kräfte, welche neue Kombinationen anstreben, ständig in Tätigkeit, es ist ein ständiges Bemühen zur Herabsetzung der Kosten und damit zur Erzielung von Differentialgewinnen gegeben. Man könnte beinahe sagen, daß es im ökonomischen Prinzip begründet ist, das auf die Erzielung eines Optimums geht und daher zur Dynamik treibt, sobald es entdeckt hat, daß rationelle Gestaltung der Produktion gegenüber den bisher üblichen Methoden einen Vorteil bringt. Dieses ständige Bemühen wird, weil allseits erfolgend, immer wieder durch die Konkurrenz vernichtet, die sich derjenigen Verbesserungen bemächtigt, welche allgemein zugänglich sind. Meist ist aber schon wieder die Vorbedingung für einen neuen Differentialgewinn geschaffen, wenn die Differenz herauskonkurriert ist. So treibt das ökonomische Prinzip, wonach jeder lieber mit einem größeren als einem geringeren Vorteil tauscht, und der Zwang der Konkurrenz jedes Unternehmen zu immer zweckmäßigeren neuen Kombinationen und damit zur Erzielung von Differentialgewinnen. Das Moment des Vorsprungs vermag also mehr zu erklären, als es zunächst den Anschein hat, mehr auch, als Schumpeter selbst daraus erklärt. Insbesondere zeigt sich, daß große Gewinne in der Volkswirtschaft immer wieder erzielt werden können, ohne daß es einer besonders auffallenden bahnbrechenden Leistung bedarf. Von großen Gewinnmöglichkeiten abgesehen ist das Streben nach einem Vorsprung geradezu das Bewegungsgesetz kapitalistischer Produktion. So trachtet jeder Unternehmer zunächst, sich selbst gegenüber durch Verbesserung des Betriebs einen Vorsprung zu erzielen, durch den er bei gegebenem Preissystem einen Gewinn oder eine Steigerung des Gewinns zu erreichen hofft. Die Betonung der Rolle des wirtschaftlichen Führers, seiner heroischen Leistung bei Schumpeter deckt nur einen Teil des Tat-

bestandes. Aber wenngleich wir das Moment des Vorsprungs stark betonen und seinen Bereich noch erweitern, werden wir uns darauf allein nicht stützen können. (Die Wirkung des technischen Fortschritts unter besonderen Bedingungen wird erst weiter unten erörtert. Siehe unter 1 S. 332 ff.).

Innerhalb eines dynamischen Systems hat das ständige Wachstum der Betriebe, die ständige Verbesserung der Produktion zur Folge, daß Betriebe, welche sich nicht verändern, bald aufhören Gewinn zu erzielen, ja sogar mit Verlust arbeiten und dann absterben. Hier zeigt sich, daß aufgewendete Kosten den Preis nicht bestimmen, wenn sie nämlich unwirtschaftlich, d. h. im Mißverhältnis zu den allgemein üblichen Produktionsbedingungen aufgewendet wurden. Wenn sich z. B. heute jemand darauf versteifen würde, einen Handspinnereibetrieb einzurichten, so könnte er nicht darauf rechnen, die aufgewendeten Löhne, Rohstoffe, Miete für gewerbliche Lokalitäten usw. im Preise wiedererstattet zu erhalten. Er würde nur den Konkurrenzpreis erhalten. Zu diesem Preis wird eine Schicht von Betrieben, die Grenzbetriebe, wie wir sie nun nennen können, noch gerade eine Erstattung ihrer Kosten erzielen. Alle Betriebe, deren Kosten geringer sind, werden eine Differentialrente erzielen, alle anderen, deren Kosten höher sind, werden allmählich aus dem Markt herausgedrängt werden.

Es fragt sich nun, was wir als den „normalen" Betrieb innerhalb des kapitalistischen Produktionsprozesses betrachten. Wenn wir die Betriebe, die lediglich die Kosten wieder erstatten, als „normal" ansehen, so sind alle Überschüsse Differenzialgewinne. Wenn wir hingegen diejenigen Betriebe als „normal "ansehen, die den gesellschaftlich üblichen Minimalüberschuß (etwa entsprechend dem durchschnittlichen Zinsfuß) erzielen, und alle Betriebsgruppen als überaltert, als absterbend betrachten, die einen geringern oder gar keinen Gewinn abwerfen, dann können die Überschüsse theoretisch nicht als temporäre Zwischengewinne erklärt werden. Ob aber die Gewinne in einer Volkswirtschaft dauernd nur als Differenzgewinne aus technischem Fortschritt entstehen können, ist erst zu entscheiden, wenn wir überlegt haben, ob in einer Volkswirtschaft ohne technischen Fortschritt Gewinn möglich ist und ob wir ihn theoretisch erklären können. Vorerst

werden wir aber in der entwickelten Verkehrswirtschaft geneigt sein, nur Betriebe, die Gewinn abwerfen, als „normale" anzusehen [1]).

Nur noch eine Bemerkung sei dieser Überlegung hinzugefügt: Es ist klar zu sehen, wie diese Annahme eines Stufenbaues in der Industrie den Gedanken des Vorsprunges, also des Zinses als einer nur vorübergehend (bei freier Konkurrenz) oder dauernd (bei fortbestehenden Unterschieden in den Kosten) erzielten Differentialrente nahelegt. Damit würde aber der Überschuß aller Unternehmungen und der aus den Überschüssen bezahlte Zins nicht ein Bestandteil, sondern eine Folge der in den gewinnlosen „Grenzbetrieben" erzielten „normalen" Preise sein. Alle Preise würden sich den Kosten in den Grenzbetrieben angleichen, alle Unternehmungen, in denen bei diesen Preisen Verluste erzielt würden, würden eliminiert werden. Über den „Grenzbetrieben" würden sich in a l l e n Produktionen die Betriebe mit Differentialrenten erheben. Eine ständige Bewegung würde dahin gehen, auf dem Wege der E i n f ü h r u n g neuer Kombinationen und der A u s b r e i t u n g der noch nicht allgemein gewordenen „neuen Kombinationen" andere Betriebe zu „Grenzbetrieben" zu machen, dadurch die Preise zu senken, differentielle Überschüsse zum Verschwinden zu bringen, aber wieder neue zu schaffen. Bei freier Konkurrenz wäre der Überschuß und damit die Quelle des Zinses ständig im Verschwinden begriffen und würde immer wieder an andern Stellen neu hervorbrechen. Wir werden uns dieser Anschauung, wie bemerkt, nicht anschließen können. Es ist nicht möglich, eine

1) Hier ist deutlich zu sehen, wie der Gesichtswinkel, unter dem man die Gesamtwirtschaft betrachtet, die Gruppierung verschiebt. Schumpeter sieht die ganze Dynamik als Deviation, ja geradezu als Störung der Statik, auf die hin alles wirtschaftliche Handeln führt, demnach ist Dynamik nur als ununterbrochene Kette von Störungen möglich. Wir sehen die Dynamik als Gebilde eigener Art, der Gewinnerzielung wesensmäßig eigentümlich ist, so daß in ihr gewinnlose Betriebe als abnormal, allmählich absterbend, gefaßt werden müssen. Betrachtet man diejenige Betriebsform eines Systems als die „normale", die durch die entscheidenden Kräfte des Wirtschaftssystems immer wieder geschaffen wird, so ist der gewinnlose Betrieb in der Statik, der Überschußbetrieb in der Dynamik der „normale".

Theorie der entwickelten Verkehrswirtschaft aufzubauen, in welcher das bewegende Element des Wirtschaftens überhaupt, das Motiv jeder Produktion, soweit der entscheidende Träger der Produktion, eben der Unternehmer, in Frage kommt, lediglich als eine Deviation, als eine Friktionserscheinung, als eine Störung aufgefaßt wird. Wir müssen vielmehr diese aus dem Gesichtswinkel der Statik heraus als Störung gegebenen Überschüsse über die Kosten als das Normale der kapitalistischen Verkehrswirtschaft ansprechen. Und wir müssen demgemäß fragen, ob wir nicht die gewinnlosen Betriebe, sondern die Betriebe mit normalem Gewinn als die Basisbetriebe ansprechen können, von denen aus sich das Preissystem der kapitalistischen Verkehrswirtschaft aufbaut.

Wenn wir sagen, daß sich der Preis nach den Kosten in diesen „Basisbetrieben" „bestimmt", so darf dies im Rahmen unserer Ausführungen nicht mißverstanden werden. Die „Bestimmung" der Preise ist so zu verstehen, daß wir die Tendenz zum Gleichgewicht der Preise in der Dynamik sich auswirken sehen in Bewegungen, welche alle Produktionen, deren Preise „übernormale" Gewinne erbringen, wachsen, alle andern, deren Preise „unternormale" Gewinne erbringen, auf die Dauer einschrumpfen lassen. W e l c h e r Gewinnsatz der „normale" ist und daher die Preise in d i e s e m Sinne — nämlich des Angelpunkts unseres Gleichgewichtssystems — „bestimmt", läßt sich nur folgendermaßen fixieren: es ist diejenige Überschußrate, welche sich beim Zusammenwirken der „dynamisierenden" Faktoren des Augenblicks, diese konstant wirkend gedacht, bei freier Konkurrenz und Erreichung des Optimums in allen Produktionen ergeben würde [1]). Und zwar des Optimums im Sinne

1) Als dynamisierende Faktoren des Systems betrachten wir die Tatbestandselemente, die ein Gleichgewicht im Sinne der Statik, wo immer sie auftreten, ausschließen, also z. B. technischer Fortschritt, Sparanlagen, Kreditsystem, Wachstum der Bevölkerung. Nur soviel sei noch vermerkt, daß die übliche Formulierung: „Zinssatz, bei dem sich Angebot und Nachfrage von ‚Kapital' decken", sehr wenig besagt. Es ist das eine rein formale Bestimmung, die sofort eine andere Frage aufwirft: Wer bestimmt denn Höhe von Angebot und Nachfrage, welches sind die Faktoren der Dynamik? Auch Böhm-Bawerks Antwort ist unbefriedigend, denn die Intensität der höheren Schätzung von Gegen-

geldwirtschaftlicher Produktion. D a ß die Tendenz auf dieses Optimum geht, setzt voraus, daß s o w o h l die Unternehmungen jeweils auf ein Maximum des Überschusses, des Gewinnes hinstreben, als a u c h daß sie in ihrer Produktionsrichtung genau auf die Bedürfnisse der Konsumenten — diese in Bereitschaft zur Bezahlung von Geld ausgedrückt — auftreffen, so daß kein Bedürfnis eines Konsumenten unbedeckt bleibt, für das er bereit wäre, einen Preis zu bezahlen, der die Erzielung eines „übernormalen" Überschusses gestatten würde. D a s ist in einem dynamischen System die Bedeutung des Satzes, daß sich die in der Volkswirtschaft gegebenen Mengen von Produktionsmitteln, Arbeitskräften und Boden jederzeit „nach dem Gesichtspunkt des Grenznutzens" in die einzelnen Produktionssphären verteilen. Die Unternehmer verfügen über Produktionsmittel und Geldsummen zur Bezahlung der Arbeiter, die aus früheren Produktionen herstammen. Sie werden sich, ebenso wie die Bodenbesitzer jeweils solchen Produktionen zuwenden, in denen sie im Austausch ein Maximum von Bedürfnisbefriedigung erzielen könnten. Da die besseren Bodenqualitäten, die Produktionen mit besserer Ausrüstung und zweckmäßigeren Methoden — letztere wenigstens zeitweise — dem Spiel der Konkurrenz nicht unterliegen, so muß der größte Teil der Kapital-, Arbeits- und Bodenmengen innerhalb jeder Produktion auch in technisch weniger leistungsfähigen Unternehmungen verwendet werden. In den „letzten" Unternehmungen dieser Art würden sich die Preise der Produkte und folglich der Produktionsfaktoren fixieren, diese Unternehmungen mit „normalem" Profit treten an die Stelle der gewinnlosen „Grenzproduktionen" der Statik. Dem Mann der Praxis würde es so erscheinen, als ob die Kosten dieser Grenzproduktionen den Preis b e s t i m m e n würden. Aber der Gedanke des Nutzens spielt auch hier noch in diese verkehrswirtschaftlichen Zusammenhänge hinein. Denn tatsächlich „bestimmen" auch hier nicht die Kosten selbständig den Preis, sondern umgekehrt ergibt sich die Höhe der für jedes Produkt noch aufwendbaren Kosten erst nach Herstellung

wartsbedürfnissen hängt ja schon wieder vom Zinssatz ab. Wir drehen uns also im Kreise.

eines Gleichgewichts zwischen den verschiedenen produktiven Verwendungen der einzelnen Produktionsfaktoren, das sich auf Grund der auf dem Markte wirksam auftretenden Wertschätzungen, die freilich wieder Funktionen des Preissystems sind, ausbildet. Dieser Preis, d. h. das zwischen den Basisunternehmungen im Austausch hergestellte Gleichgewichtsverhältnis, wird für sämtliche Preise in den vorteilhafter arbeitenden Unternehmungen maßgebend sein, während die Unternehmungen, deren Kosten höher wären als diejenigen der Basisbetriebe, infolge fortgesetzter Verluste eliminiert werden würden. Wenn sich in diesem System der Aufbau einzelner Unternehmungen ändert, z. B. verbessert, so würden andere Unternehmungen zu Grenzbetrieben werden. Das Grenznutzenprinzip wäre hier durch den Einfluß auf die Wahl der Produktionsrichtungen wirksam, es würden sich jedoch weder die Produktionsmengen im ganzen, noch die relativen Preise, noch die Wachstumsrate der Produktion, d. h. das Tempo der „Entwicklung" aus dem Grenznutzen ableiten lassen.

Ungelöst blieb bisher aber noch das Problem, wieso in den „Grenzbetrieben" Überschüsse erzielt werden und wieso nach Wegkonkurrierung aller Differentialgewinne noch Überschüsse verbleiben könnten. Bisher haben wir nur das Postulat aufgestellt, daß die Theorie dies annehmen müsse, wenn ihr Gedankengang dem Phänomen der entwickelten Verkehrswirtschaft adäquat sein solle. Wir müssen aber feststellen, unter welchen Bedingungen denn ein solcher Überschuß regelmäßig erzielt werden kann und die Gründe untersuchen, aus denen er erzielt wird, soweit sie mit dem Hinweis auf einen Vorsprung noch nicht erschöpft sind.

i) Der Überschuß als „normales" Ergebnis kapitalistischer Unternehmungen.

Daß in der kapitalistischen Produktion, auch abgesehen von dem Moment des Vorsprungs, ein Überschuß über die Kosten realisiert werden kann, ist in der eigenartigen Marktsituation begründet, in welcher sich der Unternehmer befindet. Die Grundlage ist die Tatsache, daß die Produktionsmittel in der Gesellschaft ungleich verteilt sind. Diese Tatsache ist mit dem freien Arbeitsmarkt unerbittlich gegeben. Unfreie Arbeiter oder freie besitzlose Arbeiter sind in der ganzen bisherigen Geschichte Träger der Großproduktion gewesen. Kapitalistische Produktion ist Produktion mit freien und besitzlosen Arbeitern. Es ist unmöglich, diese Tatsache in einer Analyse der kapitalistischen Verkehrswirtschaft zu ignorieren. Der Konzentrationsprozeß schafft und steigert die ungleiche Verteilung der Produktionsmittel immer wieder neu. Diese ungleiche Verteilung der Produktionsmittel ist, wie schon oben festgestellt wurde, mit der Tatsache des modernen Arbeitsmarkts gegeben und identisch. Sie wirkt sich auch auf dem Arbeitsmarkt besonders aus. Wir müssen aber im einzelnen untersuchen, wie sich dieses Marktverhältnis in der „kapitalistischen Produktion" in unserem Sinn auswirkt.

Um das Problem möglichst übersichtlich zu gestalten, stellen wir vor, daß es in der Gesellschaft nur die folgenden Schichten gibt:

1. Die Unternehmerkapitalisten, d. h. die Besitzer von Produktionsmitteln in Industrie und Landwirtschaft. Die Besitzer von Produktionsmitteln erzeugen nur, weil sie einen Vorteil in der Produktion anstreben. Sie wollen mit Überschuß produzieren. Sie suchen daher die Arbeit und die Produktionsmittel möglichst billig zu kaufen, wenngleich sie oft durch die Konkurrenz genötigt werden, mehr zu bieten, als sie möchten. Für unsere Betrachtung ist es nicht von entscheidender Bedeutung, ob die Organisatoren der Produktion, die Unternehmer, selbst im Besitz der Produktionsmittel sind, oder diese von anderen Personen, bloßen Besitzern, leihen. Nur im zweiten Fall aber spaltet sich der Zins als klar abgegrenzte Geldsumme vom Überschuß des Unternehmens ab.

2. Die Arbeiter, welche die Arbeitskraft verkaufen müssen und genötigt sind, je nach der Marktlage, sich lediglich mit den Subsistenzmitteln zufrieden zu geben.

3. Die Grundbesitzer, welche nur Differentialrenten beziehen und verbrauchen. Sie verfügen über Differentialrenten, welche durch die Konkurrenz nicht hinweggeschwemmt werden können, da Grund und Boden innerhalb eines Wirtschaftsgebietes nicht vermehrt werden kann.

4. Die Unproduktiven (Beamte, Rentner usw.), welche durch Steuern aus dem Einkommen der Schichten 1 und 3 erhalten werden. (Wir nehmen also an, daß die Arbeiter ihren Lohn zur Gänze, ohne Abzug, in Subsistenzmittel umsetzen).

Auf allen Märkten herrsche freie Konkurrenz, welche aber dadurch ihr besonderes Gepräge erhält, daß der Arbeiter nur beim Besitzer von Produktionsmitteln arbeiten kann, daß dieser wiederum kein Interesse daran hat, zu arbeiten, oder wenn er bloßer „Kapitalist" ist, arbeiten zu lassen, falls er ohne Überschuß arbeitet. Warum wirkt aber die Konkurrenz der Unternehmer untereinander nicht derart, daß der Überschuß eliminiert und der Unternehmer gezwungen wird, ohne Überschuß zu produzieren?

Wenn wir fragen, unter welchen Voraussetzungen Zins dauernd entsteht, und das Problem so stellen, daß er bei freier Konkurrenz und im übrigen gleichbleibenden Verhältnissen bei Erreichung des Gleichgewichts eliminiert werden muß, wenn also die Preisbildung unter diesen Umständen für den Zins keinen Raum läßt, so müssen besondere Umstände gegeben sein, welche seine Eliminierung entweder dauernd oder immer wieder vorübergehend und daher auch auf die Dauer verhindern. Da im geschlossenen „interdependenten System beliebig teilbarer unabhängig variabler Quantitäten" (Löwe) ein Zins nicht möglich ist, so müssen es einem solchen System gegenüber „außerwirtschaftliche" Umstände sein, die ihn immer wieder schaffen. Es müssen Umstände sein, die sich nicht aus dem Wert- und Preisbildungsprozeß und nicht im wirtschaftlichen Kreislauf ergeben. Für die ökonomische Theorie bleibt aber das Problem, auch wenn wir auf außerökonomische Umstände rekurrieren, nur dann lösbar, wenn diese Umstände in den ökonomischen, also in den Marktmechanismus hineinwirken und die Wirkung als Resultante ökonomischer Bewegungen erfaßbar ist. Wenn ein Einkommensstrom, z. B. der Zins, von einer Theorie so erklärt werden würde, daß er Jahr für Jahr durch Ausübung einer physischen Gewalt abgepreßt würde, so wäre das freilich keine ökonomische Erklärung. Bei diesem Sachverhalt wäre das Gesamte der Produktion und des Konsums von Bedarfsgütern auf dem Wege der ökonomischen Theorie allein nicht konstruierbar. Hingegen bleiben wir noch auf dem ökonomischen Felde, wenn wir „außerökonomische", d. h. ursprünglich nicht bloß aus dem Marktmechanismus hervorgehende Tatsachen als Daten in den Tatbestand einführen und die Auswirkung dieser Daten lediglich im Marktmechanismus, im Automatismus des Wirtschaftsprozesses verfolgen. Es fragt sich dann für die Beweisführung lediglich: 1. ob wir genötigt sind, auf diese außerökonomischen Tatsachen zu rekurrieren, 2. ob diese außerökonomischen Tatsachen mit hinreichender Wahrscheinlichkeit als existent angenommen werden können, 3. ob das Vorhandensein dieser Tatsachen, die dadurch gegebene Veränderung der Daten, wirklich zum Zins führt?

Die 1. Frage können wir jetzt schon, mit den oben gemachten Einschränkungen (Gedanke des Vorsprungs) bejahen. Die Bejahung der 2. und 3. Frage muß sich erst aus den folgenden Ausführungen ergeben.

Ganz kurz sei noch bemerkt, daß der Unternehmer im System von Schumpeter, der die statische Wirtschaft erst zu einer dynamischen macht und dadurch den Zins ermöglicht, gleichfalls zu den „außerökonomischen" Tatsachen in unserem Sinne gehört. Er würde nur aufhören, eine „außerökonomische" Tatsache, ein neues Datum, zu sein, wenn wir die Menschen von vornherein als dynamische, d. h. mit der Tendenz zur Verbesserung ihrer Bedürfnisbefriedigung und daher zur Steigerung ihres Geldertrages auffassen. In diesem Falle könnte das Wirtschaftssystem als statisch überhaupt nicht gedacht werden; doch kann diese Frage hier nicht weiter verfolgt werden [1]).

Es gibt eine unbestimmte Anzahl außerökonomischer Tatsachen, die nicht nur eine „Störung" im Sinne statischer Theorie, sondern auch einen Antrieb zu Steigerungen der Gesamtproduktion bedeuten. Eine besonders reiche Ernte, die Entdeckung von Edelmetallvorkommen, das Entstehen großer Märkte im Auslande (z. B. als Folge eines Krieges

1) Eine solche Annahme würde nämlich zur Konsequenz drängen, daß im Begriff der Wirtschaft und des Wirtschaftens schon die Dynamik liegt. Es wäre die Tendenz zur Sprengung des Gleichgewichts dem Wirtschaften immanent. Wir könnten dann nicht Erscheinungen der dynamischen Wirtschaft als „Störungen" des Gleichgewichts auffassen.

oder als Folge von Naturkatastrophen), u. a. kann so wirken. Hier aber haben wir lediglich der immer wieder als dauernd wirkenden außerökonomischen Umstände zu gedenken, die ein Zurückgleiten dynamischer Wirtschaft in die Statik ausschließen. Dabei ist noch zu vermerken, daß die entwickelte Volkswirtschaft, einmal etabliert, dieser ständigen Impulse nicht mehr bedarf, bzw. sie z. T. immer wieder neu reproduziert. Als die wichtigsten dieser außerökonomischen Tatsachenreihen wollen wir betrachten:

1. Die Bevölkerungsbewegung.
2. Der technische Fortschritt.
3. Die Dynamik der Bedürfnisse.
4. Das Kreditsystem als Bedingung dafür, daß diese Tatsachen eine dynamische Wirtschaft ermöglichen: Edelmetallfunde haben dieselbe Wirkung.

Wir wollen in unseren Erörterungen aber nur die Wirkung der Bevölkerungsvermehrung einerseits, des technischen Fortschritts andrerseits isoliert (also Bevölkerungsvermehrung ohne technischen Fortschritt und technischen Fortschritt bei gleichbleibender Bevölkerung) untersuchen. Denn die Dynamik der Bedürfnisse wirkt sich, wenn sie bei den Konsumenten auftritt, in einem steigenden Anbot von Arbeitsleistungen, also in einem Druck auf deren Preis aus, der ähnlich eine Marge entstehen läßt, wie die Vermehrung der Bevölkerung (vgl. übrigens S. 343). Die Erörterung des entwickelten Kreditsystems würde aber unmittelbar zum Konjunkturproblem führen, das hier nicht behandelt werden kann. Daher nehmen wir nur, soweit erforderlich, Elastizität der Geldmenge an (S. 323), ohne auf die Frage des Kreditvolumens und seiner Veränderlichkeit näher einzugehen.

k) Die Wirkung der Bevölkerungsvermehrung.

Bei der Betrachtung der großen Wirtschaftsepochen springt in die Augen, daß kapitalistische Verkehrswirtschaft und steigende Bevölkerung Hand in Hand gehen, und daß in der Vergangenheit die Zeiten stagnierender oder jedenfalls schwankender Bevölkerung ohne ausgesprochene Tendenz zur konstanten Vermehrung zugleich Epochen vergleichsweise

statischer Wirtschaftsführung waren. Daraus werden wir aber nicht ohne weiteres schließen dürfen, daß die Bevölkerungsvermehrung als primäres außerökonomisches Datum die Ursache der Dynamik sei. Erstens wäre die Verknüpfung: Bevölkerungsvermehrung und daher Dynamik weder historisch noch theoretisch richtig. Denken wir nämlich ein Land mit Reserven an Produktivkräften, insbesondere an Boden, so könnte ein natürliches Bevölkerungswachstum allmählich den vorhandenen Boden besiedeln. Im einfachsten Sinne des Wortes wäre hier bei steigender Bevölkerung zwar eine Dynamik gegeben. Doch würde nach Ausschöpfung dieses Bodenreservoirs eine Stagnation eintreten müssen, wenn eine weitergehende Intensivierung der Bebauung unmöglich wäre und neue Bodenflächen nicht erschlossen werden könnten. Alle Wirtschaftssysteme mit unveränderlichen Produktionsmethoden und mit begrenzter Bodenfläche haben einen „natürlichen" Fassungsraum, der nicht erweitert werden kann und der über die mögliche Höhe der Bevölkerung entscheidet. Diese ist also hier die abhängige Größe. Es ist auch ganz unzweifelhaft so, daß die ständige Vermehrung der Bevölkerung im Wirtschaftssystem des Kapitalismus erst durch die Dynamik der Produktion möglich wird. Andererseits macht sie doch auch diese Dynamik notwendig und gibt bis zu einem gewissen Grade (in Verbindung mit anderen Umständen) deren Tempo an. Die Bevölkerungsbewegung allein reicht aber nicht aus, um eine Wirtschaft dynamisch zu machen. Es läßt sich zeigen, daß wiederholt in der vorkapitalistischen Epoche eine Bevölkerungsvermehrung durch die Enge des Nahrungsspielraums zum Stillstand kam, also nicht imstande war, die gegebene Grenze des Produktionssystems zu sprengen, das Produktionssystem zu dynamisieren. In denselben Gebieten wurde späterhin in der kapitalistischen Phase der Entwicklung eine rasche Vermehrung der Bevölkerung möglich. Es müssen nach Inanspruchnahme aller natürlich sich darbietenden Reserven einige Bedingungen realisiert sein, damit eine an sich vorhandene Tendenz zur Bevölkerungsvermehrung eine dynamische Wirtschaft aus sich heraustreibt [1]).

1) Bei Erörterung dieser Umstände, die hier in ihrer Bedeutung nacheinander diskutiert werden müssen, darf nie vergessen werden,

Daß die Wirtschaft dynamisch sein muß, wenn die Bevölkerung bei gleichbleibendem Lebensstandard wächst bzw. damit sie wachsen kann, ist selbstverständlich. Denn eine wachsende Bevölkerung erfordert bei gleichem Konsum auf den Kopf gerechnet eine größere Gesamtproduktion. Diese größere Gesamtproduktion erfordert Vermehrung der Produktionselemente. Wachsende Ausrüstung mit Produktionselementen bedeutet aber schon Erzielung von Überschüssen in den Produktionsbetrieben, insbesondere dann, wenn eine Steigerung der Produktion über die Brücke des Gewinns und nicht aus Ersparnissen erfolgt. Eine Volkswirtschaft, in der die Preise lediglich die Kosten ohne jeden Gewinn wieder erstatten, kann sich bei gleichbleibender Technik nur in denselben Größenordnungen bewegen, d. h. sie hätte in sich keine Möglichkeit zur Produktion derjenigen Gütermengen, über die eine steigende Bevölkerung verfügen muß, um auf den Kopf gerechnet in demselben Umfang wie bisher konsumieren zu können.

Die Voraussetzung, unter der die Vermehrung der Bevölkerung einen dynamisierenden Einfluß üben kann und unter der gleichzeitig überhaupt Bevölkerungsvermehrung auf die Dauer möglich ist, ist mindestens die elastische Gestaltung des Geldwesens. Wenn die Bevölkerung eines Wirtschaftsgebiets oder die Anzahl der Tauschpaare eines Verkehrskreises, was auf das gleiche hinauskommt, wächst, z. B. im Laufe einiger Wirtschaftsperioden von 10 auf 11 Mill. so kann der Konsum auf den Kopf (oder auf die gleichgroße Familie) nur dann unverändert bleiben, wenn die Gesamtkonsumgüter, die in den Verbrauch eingehen von x auf $\frac{11}{10}$ x zunehmen, und das ist wieder nur möglich, wenn die Gesamtproduktionsmittel bei gleichbleibender Technik von y auf $\frac{11}{10}$ y wachsen. Da jede

daß sie alle simultan wirken. Die entwickelte Verkehrswirtschaft ist eine Totalität, und es ist nicht so vorzustellen, als ob einer der Umstände, in die statische Wirtschaft eingefügt, diese dynamisieren könnte, so wie etwa die Hefe den Teig aufgehen läßt. Vielmehr wird Dynamik in einem hier nicht zu erörternden historischen Prozeß, dessen Aufhellung wir nach Marx insbesondere Max Weber und Werner Sombart verdanken.

Produktion ein Einkommen schafft, so muß eine Steigerung aller Umsätze auch eine Steigerung der Einkommen mit sich bringen. Ein Wachstum der Einkommen hier mit 10% ist aber nur möglich, wenn die Gesamtmenge des zirkulierenden Geldes auch eine entsprechende Steigerung erfährt.

Wir erörtern hier zum erstenmal ausführlicher Geld als ein wesentliches Element des Wachstums einer Volkswirtschaft, also der Dynamik überhaupt. In der statischen Volkswirtschaft kann das Geld in dem Phänomen des indirekten Tausches eingeführt werden, es kann eine Ware sein, die selbst dem Konsum dient, aber vor dem endgültigen Konsum oft mehrere Tauschakte durchmacht. Eisen oder Vieh, z. B., kann den Besitzer wechseln, bevor es verbraucht wird, ja es kann sogar vorerst im Gebrauch stehen und späterhin als Tauschgut verwendet werden, wie z. B. Arbeitsvieh. Auf einer weitern Stufe der Entwicklung wird eine der Waren ständig oder fast ständig im Umlauf bleiben, was allerdings auch ihre Verwendung als Gebrauchsgut nicht ausschließt, z. B. Gold oder Silber. In der Statik als einem System der Wiederkehr gleicher Prozesse ist das Geld ebenso gegeben wie alle andern Daten, mit denen das System arbeitet. Seine Entstehung bedarf daher keiner weiteren Untersuchung, wenn nur seine Funktion ausreichend klar bestimmt werden kann.

Anders in einem dynamischen Prozeß. In diesem muß das Wachstum der Daten, d. h. der Produktionsmenge theoretisch erklärt werden. Ebenso muß aufgehellt werden, was ein dynamisches Geldwesen bedeutet.

Ein dynamisches Geldwesen kann am ehesten so bestimmt werden, daß es steigende Umsätze ohne Störung, d. h. ohne Veränderung der Austauschverhältnisse der Waren untereinander und ohne Veränderung des Austauschverhältnisses der Ware zum Gelde selbst bewältigt. Es paßt sich jedem Volumen der Produktion an, d. h. also sowohl einem steigenden als auch einem sinkenden. Es fällt außerhalb des Rahmens dieser Darstellung die Bedingungen und Einrichtungen eines solchen elastischen Geldsystems zu erörtern. Für unsere Zwecke genügt es, darauf hinzuweisen, daß eine Wirtschaftsdynamik ohne ein solches elastisches Geldsystem nicht gedacht werden kann.

In der historischen Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft hat vielfach die Tatsache von großen Edelmetallfunden ähnlich wie ein dynamisches Geldsystem gewirkt. Stellen wir schematisch vor, daß in einem überwiegend statischen Wirtschaftssystem eine an sich stets vorhandene Tendenz zur Dynamik an der Starrheit des Geldsystems ihre Schranken finden sollte, so würden plötzliche große Edelmetallfunde allerdings gleichbedeutend sein mit der Vermehrung der zunächst abstrakten d. h. nicht auf Produktion begründeten Kaufkraft und würden eine parallele Erweiterung der Produktion ohne Störung in dem oben gezeichneten Sinne ermöglichen. In der Praxis würde sich zwar diese Produktionserweiterung gerade durch eine Störung hindurch vollziehen. Aber diese wäre nur das Mittel, um durch partielle Preiserhöhungen als Folge der vermehrten Kaufkraft bei zunächst gleichbleibender Produktion eine Steigerung der Produktion zur Wiederherstellung der ursprünglichen Preisverhältnisse und des ursprünglichen Geldwertes einzuleiten. Auf diese Probleme, welche schon zur Konjunkturtheorie hinführen, sei hier nicht näher eingegangen. Aber schon diese kurze Überlegung zeigt, daß die Erörterung der Frage, wie dynamische Produktion möglich wird, sofort zu den konkreten Erscheinungsformen unseres Wirtschaftssystems hinüberleitet. Auch die Dynamik ist daher eine weitgehende Abstraktion, die es in der rein theoretischen Form nicht gibt. Hier genügt es aber, darauf hinzuweisen, daß die Bevölkerungsbewegung erst bei Voraussetzung eines elastischen Geldsystems zur Dynamik drängen kann.

Hingegen gehört das Sparen — weitverbreiteten Auffassungen entgegen — nicht zu den dynamisierenden Faktoren einer Volkswirtschaft. Um das zu erhärten, müssen wir natürlich von einer statischen Wirtschaft ausgehen. In dieser wird sich das Sparen im Wesen als Horten vollziehen, da ja niemand einen Anlaß hätte zu produzieren, wenn er lediglich die investierten Kosten realisieren könnte und wenn voraussetzungsgemäß die Produktionseinheiten für die Produzenten bereits aufgebaut sind. Das Horten würde aber den Kreislauf der Produktion stören, d. h. es würde Ware auf dem Markt unverkäuflich bleiben, da ja die ersparten Geldbeträge durch Verkauf von Produkten entstanden sind, aber nicht

zum Ankauf von Produkten verwendet werden. Folge eines solchen Sparprozesses müßte also ein Druck auf die Preise sein. Ein solcher Sparprozeß ist überdies in der Statik streng genommen, nicht zu erwarten, da ja die Arbeitsleistungen nur ihren Preis erzielen, die Einkommen aber gerade ausreichen, um die Existenz nach den gegebenen sozialen Standards zu ermöglichen. Soweit doch gespart wird, kann man mit einem Ausgleich zwischen Ersparnissen und Verbrauch von Erspartem rechnen. Ein Überschuß, der gespart werden könnte, ist allenfalls im Grundrenteneinkommen vorhanden, das als Grundlage für Produktionsausdehnungen auch in der Tat historisch bedeutsam sein mag. (Vgl. hierzu Werner Sombart, Der moderne Kapitalismus, I. Bd., 2. Buch, 5. Abschnitt) Es ist dann aber nicht das Sparen, sondern es sind die damit gleichzeitig verbundenen Umformungen des Wirtschaftssystems, welche das Sparen in der Form von Produktionsanlagen erst sinnvoll machen. Durch den Sparprozeß allein wird die Wirtschaft noch nicht dynamisch, wenngleich es im Gefüge einer bereits gegebenen dynamischen Wirtschaft das Wachstumstempo des Produktionsapparats fördert. Deshalb sammelt sich Reichtum in statischen Wirtschaftssystemen in der Form von Juwelen, kostbarem Hausrat, Pelz, Seide, kurz in Gebrauchswerten, soweit über den Grundbesitz schon verfügt ist, an — hingegen in „Kapital", also Anteilen am Produktionssystem der Volkswirtschaft in der dynamischen Wirtschaft.

Wir untersuchen nunmehr die Wirkung der steigenden Bevölkerung:

Die Bevölkerung und damit auch die Zahl der Arbeitsuchenden steigt. Ist sie in der gegenwärtigen Produktionsperiode z. B. 100, so in der nächsten 105, in der übernächsten 110, in der dritten 115 usw. Wachsende Menge der Arbeiter bedeutet aber, daß auch alle Produktionsmittel wachsen müssen; es bedeutet, daß neue Fabriken gebaut, daß mehr Rohstoffe als bisher verarbeitet werden müssen. Das bedeutet also Ausdehnung des produktiven Apparates, da ja eine Erweiterung aller jener Unternehmungen, die Subsistenzmittel für die Arbeiter herstellen, einschließlich Errichtung von Gebäuden für die Wohnungen erfolgen muß. Das ist aber natürlich nur möglich, wenn ein Teil der

Produktion sich von vornherein darauf richtet, zusätzliche Produktionsmittel zu erzeugen. Wenn sich nun ein Teil der Produktion darauf richtet, zusätzliche Produktionsmittel zu erzeugen, so ist das schon gleichbedeutend mit der Erzeugung eines Überschusses [1]). Die neuen, die zusätzlich erzeugten Produktionsmittel sind eben nur die naturale Form des in der Volkswirtschaft erzeugten Produktteils, der den (nicht konsumierten) Überschuß über die Kosten darstellt. Aber wirtschaftlich, markttechnisch wird diese Erzeugung zusätzlicher Produktionsmittel durch die Situation auf dem Arbeitsmarkt ermöglicht, welche die Arbeiter zwingt einen Lohn anzunehmen, der ihnen nicht gestattet, das Gesamtprodukt (abzüglich der Wiedererstattung der vernutzten Produktionsmittel, Roh- und Hilfsstoffe und der von den Unternehmern und Beamten konsumierten Einkommen) zurückzukaufen. Denn wären sie dazu imstande, so wäre bei restlosem Konsum des Lohnes Erzeugung zusätzlicher Produktionsmittel nicht möglich, sondern es müßte die Produktion immer wieder auf der gleichen Stufenleiter vor sich gehen. Dann aber würde sich die der Voraussetzung gemäß eintretende Steigerung in der Anzahl der Arbeitenden sofort in einen Druck auf den Lohn umsetzen, der einen Überschuß — das sind eben zusätzliche Produktionsmittel — entstehen läßt [2]).

Die Konkurrenz der Arbeiter um einen Arbeitsplatz wird bei ständig wachsender Bevölkerung intensiver sein, als die Konkurrenz des Kapitals um die Arbeiter. Da theoretisch

1) Denn wenn in einer Volkswirtschaft mit ausschließlich unternehmungsweiser Produktion über die bestehenden Produktionsmittel hinaus zusätzliche Produktionsmittel erzeugt werden, so werden sie für den Markt erzeugt. Sie können aber als zusätzliche nur abgesetzt werden, wenn in Unternehmungen Gewinne erzielt werden. Denn die zusätzlichen Produktionsmittel können ja nur gekauft werden, wenn nach Deckung der Kosten noch ein Rest bleibt — d. h. also, wenn ein Gewinn erzielt ist. (Dabei ist der Verbrauch des Unternehmerlohnes vorausgesetzt und es ist weiters vorausgesetzt, daß die zusätzlichen Produktionsmittel nicht aus Ersparnissen der Arbeiter oder Angestellten gekauft werden.)

2) Dabei ist angenommen, daß von der Unternehmerklasse nur das Entgelt für ihre Arbeitsleistung, nicht aber der Überschuß konsumiert wird; eine Annahme, welche nicht wirklichkeitsfremd ist.

jede Konkurrenz als gleich intensiv angenommen werden muß, so kann das nur Folgendes heißen: entweder ist die Konkurrenz der Unternehmer um die Arbeiter weniger intensiv als die der Arbeiter um die Arbeitsplätze. Dann liegt ein relatives (Nachfrage-) Monopol auf dem Arbeitsmarkt vor. Oder die Konkurrenz der Arbeiter ist so intensiv, daß der Lohn für längere Zeit auch unter die Kosten sinken kann. Beide Elemente des Tatbestandes können auch kombiniert vorliegen.

Als wichtigster Grund für diesen Sachverhalt ist der beschränkte Fassungsraum des Produktionsapparates anzusehen. Dieser Umstand verhindert es, daß bei niedrigeren Löhnen nun für die bisherigen Produktionsstätten wesentlich mehr Arbeiter nachgefragt werden können. Hingegen bedeutet die Lohnsenkung Entstehung von Gewinnen, schafft also eine Lage, in der es rationell ist, neue Produktionsmittel — eben mit diesen zusätzlichen Arbeitern — herzustellen, und so den Fassungsraum der Produktion zu erweitern. Außerdem werden bei sinkenden Löhnen auch in technisch weniger leistungsfähigen Betrieben wieder ausreichende Gewinne erzielt werden, so daß sie eventuell wieder in Betrieb gesetzt werden können. (Daß ein elastisches Geldsystem die Grundlage dieses ganzen Prozesses ist, wurde schon oben ausgeführt.)

In diesem Prozeß wird die Konkurrenz die aus der Lohnsenkung entstehenden Gewinne nicht wegschwemmen können. Das könnte nur in zwei Formen geschehen: a) durch Preissenkung. Welchen Anlaß aber hätten die Unternehmer, ihre Preise zu senken, da sich die Nachfrageverhältnisse auf dem Markte — im ganzen — ja nicht verändern. Es findet höchstens eine Übertragung von Kaufkraft aus den Händen der Arbeiter in die der Unternehmer statt. Genauer gesprochen: die Lohnsenkung schafft zunächst in den Händen der Unternehmer Gewinne, welche aber von da aus, bei Verwendung der Gewinne zur Erzeugung von zusätzlichen Produktionsmitteln — wieder zu Löhnen werden. Dieselbe Lohnsumme wird sich so auf eine größere Zahl von Arbeitern verteilen, von denen nun eine größere Quote als bisher Produktionsmittel erzeugt. Es ist nicht einzusehen, wie dieser Prozeß durch Preissenkung verhindert werden sollte.

b) Aber auch auf dem Arbeitsmarkt könnte die Konkurrenz der Unternehmer — durch Überbieten des Lohnes — nicht den Gewinn wegschwemmen. Das hätte ja zur Voraussetzung, daß die Unternehmer alle Arbeiter trotz der Vermehrung ihrer Anzahl bei wieder steigenden Löhnen in ihren Betrieben beschäftigen könnten. Indessen sanken ja die Löhne, weil Arbeiter „überschüssig" wurden. Theoretisch käme dann höchstens noch in Frage, daß es die Unternehmer rationell finden könnten, bei niedrigeren Löhnen mehr Arbeiter zu beschäftigen, d. h. die Gewinnchance, welche die niedrigeren Löhne bieten, durch Änderung der organischen Zusammensetzung auszunützen. Das würde zur Ersetzung von Maschinen durch Arbeiter und dem ganz widersinnigen Resultat führen, daß die Unternehmer gerade in diesem Prozeß die Löhne wieder erhöhen, und jetzt mit Verlust produzieren müßten. Jedenfalls zeigt die konkrete Entwicklung bei konstant steigender Bevölkerung ein ganz anderes Bild und wir können daher annehmen, daß die Konkurrenz der Unternehmer nicht zu dieser in sich sinnlosen Strukturänderung der Produktion führen würde.

Insofern als eine Welle der Bevölkerungsbewegung auf die andere folgt und als die Voraussetzungen für die Elimination der Gewinne, die aus der Arbeitsmarktlage entstehen, immer nur in einem zeitraubenden Prozeß geschaffen werden können, ist die These berechtigt, daß die Konkurrenz der Arbeiter um die Arbeitsstellen intensiver ist als die der Unternehmer um die Arbeiter. Dabei ist wichtig, daß sich die Konkurrenz zum Gleichgewichtspreis hin auf allen Warenmärkten sehr rasch auswirkt (bei Verlustpreisen durch Verringerung der Produktionsmenge), daß hingegen auf dem Arbeitsmarkt eine Übersetzung mit Lohndruck sehr lange bestehen kann. Wie tief der Lohn bei dieser Marktlage sinken wird, läßt sich nur allgemein dahin bestimmen, daß er auf die Dauer das Existenzminimum nicht wird unterschreiten können, bei Berücksichtigung des Umstandes, daß dieses Existenzminimum je nach der Marktlage und außerökonomischen Umständen (Stärke der Tradition usw.) auch soziale Elemente in sich enthält.

Wird die Entstehung des Gewinns (bei gleichbleibender Technik und gleichbleibender Effizienz der Arbeit) aus der

Verschärfung der Konkurrenz als Folge der Bevölkerungsvermehrung erklärt, so bietet die Tatsache der verschiedenen „organischen Zusammensetzung" keine Schwierigkeit. Denn daß die Konkurrenz den Gewinn proportional den in den Unternehmungen verwendeten Kapitalwerten verteilt, ist gerade vom Boden subjektiver Betrachtung selbstverständlich. Die Konkurrenz, welche hier nicht den Gewinn überhaupt ausschalten kann, da der Druck auf dem Arbeitsmarkt eben noch stärker ist, kann demnach nur die Gewinndifferenzen — aufs Kapital gerechnet — eliminieren.

Wenn man annehmen würde, daß bei wachsender Bevölkerung kein Überschuß, kein Gewinst, erzielt wird, aus dem der Zins geschöpft werden kann, so würde das zur Konsequenz nötigen, daß zusätzliche Produktionsmittel nicht erzeugt werden könnten. Das würde also gleichbedeutend sein mit der Annahme einer ständig sinkenden Lebenshaltung. Eine solche Annahme wäre, solange die Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit noch nicht an einer absoluten Grenze angelangt ist, unhaltbar und überdies auch wirklichkeitsfremd.

Bei wachsender Bevölkerung ist also die Konkurrenz der Arbeiter um die Subsistenzmittel und Arbeitsstellen *immer* notwendigerweise vollkommener, als die der Unternehmer untereinander, welche den Profit auszumerzen strebt [1]). Denn wenn der Gewinn ganz herauskonkurriert würde (und zwar auf dem Wege der Verbilligung der Produkte), so würde die Menge der verfügbaren Subsistenzmittel zwar zuerst wachsen, aber dann unverändert bleiben, und der Reallohn müßte bei wachsender Bevölkerung sinken. Schon in dem Augenblick jedoch, in welchem der Druck auf den Lohn ausgeübt würde, würden Gewinne entstehen, den Unternehmern würde Kaufkraft zuwachsen, die Produktion von Produktionsmitteln würde einsetzen. Die Kräfte, welche auf Schaffung eines *Überschusses an Wert* in der kapitalistischen

1) Der Arbeitsmarkt ist auch, wie angemerkt sei, der einzige, auf welchem Käufer und Verkäufer streng klassenmäßig geschieden sind; diese klassenmäßige Scheidung setzt sich — aus den mehrfach erwähnten Gründen — in Marktpositionen um. Eine solche klassenmäßige Scheidung der Marktparteien kennt der Produktionsmittelmarkt nicht.

Produktion hinwirken, sind daher immer in Funktion (bei wachsender Bevölkerung). Die Gesamtsituation in einer kapitalistischen Volkswirtschaft mit wachsender Bevölkerung ist also derart, daß der Unternehmer in seiner Überbietung der Konkurrenten nicht bis zum Ende, d. h. bis zur Ausschaltung des Profits gehen kann, da die stärkere Konkurrenz der Arbeiter ihm immer wieder Profit zuschwemmt — abgesehen davon, daß er keinen Anlaß hat, die Konkurrenz der Arbeiter um die Arbeitsstelle abzuschwächen.

Da also die Konkurrenz um die Subsistenzmittel immer zugleich eine Konkurrenz um die Arbeitsstellen ist, so ist sie ein Druck auf die Löhne, der bei wachsender Bevölkerung immer stärker sein wird, als die Konkurrenz der Unternehmer um den Gewinn. Denn — um es noch zuzuspitzen: die Nachfrage der Unternehmer schwächt sich ab, je schwächer der Gewinn wird; die Konkurrenz der Arbeiter steigt, je geringer die Kopfquote des Lohnes wird. Nur wenn man die ganz abstrakte, auf jedem Markt gleich intensive, jederzeit schlagartig, d. h. ohne Zeitverlust restlos sich auswirkende Konkurrenz des statischen Systems annimmt, kann man zur Konsequenz gelangen, daß der Gewinn auf dem Markt eliminiert wird. Es wurde aber oben gezeigt, welche Tatsachen die Auswirkung dieser Konkurrenz hemmen.

Es liegt also in der Bevölkerungsbewegung ein Motor, welcher zu einer Gestaltung der Löhne zwingt, die einen Überschuß ermöglicht. Dieser wird sich — soweit nicht ein Konsum durch die Unternehmer selbst oder durch Unproduktive eintritt — in Produktionsmittel umsetzen müssen. Eine andere Form wird er nicht erhalten können [1]) [2]).

1) Dabei nehmen wir an, daß innerhalb der in Betracht zu ziehenden Produktionsperioden die Wertrelation zwischen den einzelnen Produktionselementen keinen wesentlichen Schwankungen unterworfen ist. Würde das der Fall sein, so kompliziert sich das Problem, ohne daß es aber grundsätzlich anders liegen würde. Darauf kann hier aber nicht eingegangen werden. Ebensowenig auf Wirkungen einer Veränderung des Geldwertes, welche für die kapitalistische Produktion von sehr erheblicher Bedeutung ist. Wir nehmen (siehe oben S. 323) das Geldsystem als elastisch an, so daß also die Geldmenge jede Änderung der Produktionsmenge begleitet und Preisänderungen aus der Sphäre des Geldes her ausgeschlossen sind.

In der bisherigen Darlegung wurde stillschweigend angenommen, daß den vermehrten Arbeitskräften auch vermehrte Produktionsmöglichkeiten korrespondieren, wie Bodenleistungen, also Ausdehnung der Produktion auf Land, entsprechend vermehrte Ausbeute der Bergwerke und entsprechende Steigerung der industriellen Erzeugung ohne Wachsen der Kosten auf die Produktionseinheit. Das führt nach einer Zwischenphase zu vermehrter Erzeugung, die wieder ein Ansteigen des Lohnes ermöglicht, wenn nicht eine neue Welle zuwachsender Bevölkerung den Lohn auf seinem niedrigeren Niveau festhält. Würde die Erweiterung der Produktion nur mit steigenden Kosten möglich sein, stünde also die Gesamtproduktion unter dem Gesetz des abnehmenden Ertrags, so würde allerdings bald das Existenzminimum unterschritten und der Bevölkerungsvermehrung ein Halt geboten werden. Derselbe Effekt würde eintreten, wenn die Erzeugungskosten in der industriellen Sphäre gleich blieben, in der Landwirtschaft hingegen zunähmen. Auch dann würde auf die Dauer die Effizienz der Arbeit — und damit der Lohn — so sinken, daß die Bevölkerungsbewegung gebremst und schließlich ganz zum Stillstand gebracht werden müßte.

Eines technischen Fortschritts aber bedarf es nicht, um die Produktion derjenigen Produktionsmittel zusätzlich zu ermöglichen, welche notwendig sind, um Arbeitsmittel, Rohstoffe usw. für den Bevölkerungszuwachs und damit zugleich die Subsistenzmittel für ihn bereitzustellen — wenn die Effizienz der Arbeit groß genug ist, um eine Senkung der Arbeitseinkommen ohne Gefährdung des Existenzminimums zu gestatten. Denn die oben geschilderte Bewegung auf dem Markte wird allerdings bei gleichbleibender

2) Diese Erörterung über den Zins geht, wie aus der ganzen Anlage des Gedankens schon zwingend folgte, von einer anderen Fragestellung aus als die meisten anderen Zinstheorien. Der Zins wird nämlich nicht aus dem Wertgedanken als naturnotwendig abgeleitet (Robinson), da sich das aus der Wertlehre nicht begründen läßt. Man kann den Zins nur aus dem Gesamtzusammenhang der Volkswirtschaft als notwendiges Element des Gesamtprozesses in manchen Phasen nachweisen. Diese Darlegungen sind also eher die Antwort auf die Frage: Wie ist kapitalistische Volkswirtschaft möglich? in welchem Sinne? wann ist in ihr Zins notwendig?

Technik nur auf dem Wege der Lohnsenkung zu einer Entstehung von Gewinnen und damit zur Ausdehnung des Produktionsprozesses führen. Eine andere Quelle ist nicht vorhanden. Daraus ergibt sich schon, wie der technische Fortschritt in diesem Prozeß die Entfaltung der Wirtschaft und das Entstehen von Gewinnen erleichtert. Aber grundsätzlich kann — sobald der Lohn das zuläßt — auch durch die Bevölkerungsbewegung (unter der Voraussetzung eines elastischen Geldwesens) ein Gewinn und damit Ausdehnung des Produktionsprozesses bewirkt werden. — Daraus folgt aber dann, daß der technische Fortschritt immer, die Bevölkerungsbewegung unter der oben erwähnten Bedingung Veränderungen von Daten herbeiführen, die in der Statik eine Ausweitung der Produktion, und damit Überleitung in die Dynamik ermöglichen.

l) Wirkung des technischen Fortschritts bei gleichbleibender Bevölkerung.

In einer statischen Volkswirtschaft ist es möglich, daß in keiner Unternehmung Gewinn erzielt wird, sondern lediglich Differentialrente auf Grund und Boden, die von den Grundbesitzern verbraucht wird. Der Druck der Konkurrenz der Unternehmer untereinander ist also so stark, daß die Löhne nebst den Auslagen für die Produktionsmittel, Rohstoffe usw. den Preis der gesamten Produktmasse erschöpfen. Es würde dann die Produktion jährlich in den gleichen Bahnen verlaufen und jeweils würden in jeder Produktionsperiode neben den Konsumgütern für die Arbeiter, für die „Unproduktiven" und den Äquivalenten für die Grundrente lediglich die Produktionsmittel wiedererzeugt werden, welche im Lauf der Produktionsperiode vernutzt worden waren. Wir haben dann den Fall der reinen Statik vor uns, der ja ausführlich erörtert wurde. In diesem Fall werden nur Änderungen im produktionstechnischen Aufbau der Unternehmungen — z. B. bessere Anordnung der Produktionsmittel, also ohne daß zusätzliche Produktionsmittel erfordert werden, oder Kunstgriffe — den Tatbestand dynamisieren. Solche Veränderungen nämlich steigern die Masse Produkt bei

gleichbleibenden Arbeitsleistungen. Diese Veränderungen wirken auf alle ökonomischen Größen zurück, doch ist die Umwälzung nicht eindeutig, sondern es sind mehrere Möglichkeiten gegeben. Bevor diese erörtert werden, sei nochmals ausdrücklich auf zweierlei hingewiesen: Erstens werden hier die Wirkungen einer Veränderung der Technik untersucht. Diese ist der dynamisierende Faktor; die Veränderungen im Prozeß der Produktion führen eine Senkung der Kosten herbei — sonst würden sie nicht durchgeführt werden — und die Kostensenkung ist der entscheidende Anstoß. Bei genauerer Überprüfung des Tatbestandes zeigt sich, daß (bei gleichbleibender Bevölkerung) neben der Veränderung der Technik ein anderer auf Dynamisierung hinwirkender Faktor gar nicht gedacht werden kann. Denn wir nehmen zweitens an, daß in dieser entwickelten Verkehrswirtschaft eine Ausweitung oder Veränderung der Produktion, soweit sie neue zusätzliche Kosten verursacht, nur aus bereits vorhandener Kaufkraft der Produzenten erfolgt — also aus eigenen oder geliehenen Ersparnissen der letzten oder früherer Produktionsperioden. Diese Annahme bezweckt die Ausschaltung von Störungen, die sich aus einer Vermehrung der Geldmenge ergeben könnten.

Eine Vermehrung der Bevölkerung und der technische Fortschritt können also den Anstoß zu einer Dynamik geben und ein dynamisches System als solches in Gang erhalten. Beide können auch kombiniert wirken. Fehlen diese beiden Momente, so wird im Rahmen der Gültigkeit des Wertgesetzes die Wirtschaft dem statischen Zustand zustreben. Auch die Einführung sogenannten zusätzlichen Kredits würde daran nichts ändern. Denn bei gleichbleibender Bevölkerung und gleichbleibender Technik würde ein zusätzlicher Kredit, also die Schaffung neuer Kaufkraft, welche nicht das Resultat vorangegangener Produktion ist, lediglich zu einer Störung führen, die mit einer Änderung des Preisniveaus abschließen müßte, ohne eine Produktionsvermehrung, also eine Dynamik, einzuleiten. — Hier wird also bei gleichbleibender Bevölkerung die Wirkung des einen dynamisierenden Faktors, des technischen Fortschritts, untersucht.

Um den einfachsten Fall zu betrachten, nehmen wir jetzt an, daß die Produktion mit derselben Kaufkraftmenge erfolgt

und daß die Änderung lediglich in einem Kunstgriff besteht, welcher gestattet, bei gleichbleibenden Kosten die Produktmasse zu steigern. Auch in diesem einfachsten Falle sind mehrere Möglichkeiten gegeben.

a) Der Unternehmer sei in der Lage, infolge der von ihm durchgeführten Änderung seiner Produktion die Masse Produkt zu steigern. Das tut er jedoch nicht, sondern erzeugt dieselbe Masse Produkt wie bisher. In diesem Fall wird er Arbeiter entlassen. Die Preise des Produkts bleiben dann bei gleicher Menge unverändert und der Unternehmer kann infolge der geringeren Kosten einen Differentialgewinn erzielen, der sich zunächst mit dem von ihm ersparten Lohnbetrag genau deckt. Die Löhne werden in allen Produktionen sinken, da das Angebot von Arbeitskräften wächst. Es würde dann ein verwickelter Prozeß einsetzen: Zunächst Entstehung von G e w i n n in a l l e n Produktionen als Folge sinkender Löhne. Was die Arbeiter jetzt nicht als Entgelt für ihre Arbeit erhalten können, wächst den Unternehmern als Gewinn zu [1]). Werden diese Gewinne völlig in Konsumtion der Unternehmer umgesetzt, so wird ein neuer stationärer Zustand mit geringeren Löhnen und Gewinnen geschaffen (der so lange besteht, bis sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt, aus welchen Gründen immer ändert). Wenn die Gewinne aber ganz oder teilweise akkumuliert werden, so bereitet sich eine neue Welle von Produktionen vor. Damit mündet dann der Prozeß in eine Bewegung ein, welche weiter unten (S. 341) erörtert wird. Wenn wir uns ganz streng an unsere statischen Voraussetzungen halten, sind noch folgende Eigentümlichkeiten des hier beschriebenen Prozesses hervorzuheben:

Der Gewinn des Unternehmers, der die Zahl seiner Arbeiter vermindern konnte, deckte sich zunächst genau mit seiner Ersparnis an Löhnen als Folge der Entlassung von Arbeitern. Späterhin wird sein Gewinn noch darüber hinaus wachsen, wenn das Lohnniveau infolge der Entlassung von Arbeitern in der ganzen Volkswirtschaft sinkt.

1) Es ist zu beachten, daß hier Gewinn entsteht als F e r n w i r k u n g einer Dynamik, durch Veränderung der Arbeitsmarktlage. Hier wirkt sich der technische Fortschritt in einer Industrie in den andern Industrien wie eine Bevölkerungsvermehrung aus.

Wieweit wird nun der Lohn sinken können? Davon hängt die Höhe des in der Volkswirtschaft jetzt von allen Unternehmern (Produktionsleitern) erzielten Gewinnes ab. In einer statischen Wirtschaft freier Konkurrenz wird zunächst, streng genommen, der Lohn auf dem absoluten Existenzminimum stehen, w e n n die Voraussetzung Ricardos zutrifft, daß die Bevölkerung den ganzen Nahrungsspielraum füllt. Nun wird er darunter sinken und zwar ohne Rücksicht auf die Anzahl der freigesetzten Arbeiter, da ja infolge der Ausnützung aller Produktionselemente, Werkzeuge usw. die freigesetzten Arbeiter nicht „aufgefangen" werden können, d. h. ständig auf dem Markt bleiben, bis sie eben verhungert sind. Dann wird der Lohn wieder auf das abolute Existenzminimum steigen, die Gewinne werden, abgesehen von den Gewinnen des Unternehmers, der seine Produktion verbessert hat, verschwinden. Die Volkswirschaft bietet jetzt, infolge der technischen Veränderung und der Ausnützung aller Produktionsmöglichkeiten, nur für eine geringere Menge von Arbeitern Spielraum. Der Lohn dieser ausgeschalteten Arbeiter verwandelt sich in Gewinn, die Produktions- wie Kaufkraftmenge und das Preissystem der Volkswirtschaft bleiben gleich, nur das Verteilungsschema und die Arbeiterzahl haben sich gewandelt. (In der Wirklichkeit tritt allerdings durch Investition der Gewinne ein komplizierter Aufsaugungsprozeß der freigesetzten Arbeiter ein.)

Eine Modifikation dieses Prozesses, die Zwischenschaltung einer Grenze für die Lohnsenkung könnte nur angenommen werden, wenn als Folge der Lohnsenkung jetzt die Heranziehung von mehr Arbeitskräften als bisher in einzelnen Produktionen rationell erscheint. Dann würde von dieser Lohnhöhe ab, die tief genug ist, um eine größere Arbeitsintensität rationell erscheinen zu lassen, der Lohn nicht tiefer sinken können, weil die überschüssigen Arbeitskräfte jetzt durch eine neue Nachfrage absorbiert würden. Freilich setzt das Beweglichkeit der Kombinationen zwischen den Produktionselementen voraus, wie sie z. B. in der Landwirtschaft immer gegeben ist. Der Übergang zu arbeitsintensiverer Produktion mit geringerem Kopfertrag als bisher würde der Lohnsenkung Einhalt gebieten, und könnte so eine Fixierung derselben über dem absoluten Existenzminimum bewirken.

b) Der Unternehmer, der imstande ist, mit geringeren Kosten als bisher zu produzieren, arbeitet mindestens mit demselben Produktionsapparat wie bisher weiter, steigert also die Gesamtproduktionsmasse auf dem Markt [1]). Nehmen wir ferner an, daß früher oder später auch die anderen Produzenten das Verfahren anwenden, so wird die Gesamtmasse des Produkts auf dem Markt erheblich gesteigert. Was geschieht jetzt? Das hängt u. a. von der Struktur der subjektiven Wertschätzungen, also der Nachfragekurve ab.

a. Nehmen wir zunächst an, die subjektiven Wertschätzungen seien derart aufgebaut, daß sie, soweit sie sich in Geldbeträge umsetzen, genau im umgekehrten Verhältnis zur Menge des verfügbaren Produkts stehen. D. h. dann: daß jeder Konsument bei Senkung des Preises um die Hälfte die doppelte Menge des Produkts erwerben würde, bei Senkung des Preises um 25% eine um 33% größere Menge usw. Die Elastizität der Nachfrage wäre also = 1.

Wenn z. B. der Preis 10 wäre, würde der Konsument A 5 Einheiten erwerben, beim Preis von 5 : 10 Einheiten, beim Preis von 2,5: 20 Einheiten, ebenso beim Preis von 12,5 : 4 Einheiten usw. innerhalb der praktisch in Betracht kommenden Grenzen. D. h. umgekehrt: steigert sich die

1) Streng genommen ist das in einer rein statischen Wirtschaft nicht möglich, denn in dieser wird der Unternehmer nicht über die Mittel verfügen, um die für eine gesteigerte Produktion notwendige größere Rohstoffmenge zu kaufen, und von Anwendung des Kredits müssen wir hier absehen. Auf dieses Moment sei nicht näher eingegangen. Allenfalls könnte man vorstellen, daß der Unternehmer den Gewinn akkumuliert und mit ihm in der folgenden Produktionsperiode die größere Rohstoffmenge kauft. Das müßte dann zu Preissteigerungen des Rohstoffs führen, die alle Betriebe zu Einschränkungen zwingen würden, Arbeiter müßten entlassen werden usw. Der Prozeß würde unter unseren Voraussetzungen zu einem neuen statischen System führen, in dem der eine Unternehmer infolge seiner technischen Überlegenheit eine größere Quote der Produktion, im erreichten Gleichgewicht sogar die Gesamtproduktion eines Wirtschaftszweiges auf den Markt bringen und Gewinne erzielen würde, während in allen andern Wirtschaftszweigen im neu erreichten Gleichgewichtszustand die Preise lediglich die Kosten erstatten würden (einschließlich der Lebenshaltung für die Betriebsleiter). Hier wird jedoch noch ein gewisser Spielraum angenommen, der dem Produzenten gestattet, die Produktmenge zu erhöhen.

Menge der Produktion auf das Doppelte, so sinkt der Preis auf die Hälfte usw. Bei dieser Struktur der Nachfragekurve sind nur solche Änderungen in der Produktion möglich (sonst fehlt ja jeder Antrieb hierfür), nach denen die Gesamtmenge des angebotenen Produkts, mit den Kosten multipliziert, kein größeres Produkt ergibt, als die bisher erzielte Preissumme. Sinken z. B. die Kosten auf 25% der bisherigen Kosten, während sich die Produktmasse gleichzeitig verdoppelt, so wird die Preissumme dieser verdoppelten Produktmasse ebensogroß sein wie bisher, und ein Überschuß im Betrag von 50% der Preissumme an die Unternehmer fließen. Z. B.

	Menge	Kostensumme	Preissumme	Überschuß
Bisherige Produktion	100	100	100	0
Neue Produktion	200	50	100	50
,, ,,	200	80	100	20
,, ,,	200	100	100	0
,, ,,	200	150	100	— 50

In diesem Beispiel wird also eine technische Veränderung, die gestattet, die Produktmenge von 100 mit Kosten von 75 zu erzeugen, nicht zu einer Verdopplung der Produktion führen können, weil die Produktmenge 200 nur eine Preissumme von 100 realisieren kann, während die Kosten in diesem Fall 150 betragen würden. Wohl aber kann eine Kostensenkung dieser Art sich zunächst in einer oder mehreren Produktionseinheiten durchsetzen. Nehmen wir z. B. in der Statik 50 Betriebe an, die je 2 Produktmengen (z. B. 1000 t oder ähnlich) zu Kosten von 2 erzeugen. Einer der Produzenten sei nunmehr imstande, die 2 Einheiten zu Kosten von 1,5 zu erzeugen, und er sei in der Lage, die Produktion auf 2,66 Produkteinheiten zu erhöhen, deren Kostensumme demnach 2 wäre. Nehmen wir an, 9 weitere Produzenten können ihm hierin folgen. Dann ergibt sich, da der Preis der Mengeneinheit bei einer Menge von 106,6: $\frac{100}{106,6}$ sein muß,

	Mengen	Preissumme	Kosten	Gewinn oder Verlust
a) Produktion von 10 Produzenten	26,6	24,6	20	+ 4,6
b) ,, ,, 40 ,,	80	75,4	80	— 4,6
50	106,6	100		

Die b-Produktionen würden also verlustbringend sein. Sie müßten eingeschränkt werden. Aber die a-Produktionen würden, solange noch ein Gewinn in Aussicht steht, wachsen. Der Gleichgewichtszustand würde sich herstellen, wenn alle Produktionen das neue Verfahren anwenden würden, und wenn in jedem Betrieb anstatt 2, jetzt 2,66 Produkteinheiten hergestellt werden würden. Wir hätten dann eine Gesamterzeugung von 133, Kosten von 100, und eine Preissumme von 100.

Würden nur 10 Betriebe die neue Methode anwenden können (die andern seien z. B. durch ein Patent daran verhindert) und könnten in jedem derselben nur 2,66 Produkteinheiten erzeugt werden, so müßten einige der 40 b-Betriebe ihre Produktion einstellen oder einschränken bis zu folgender Relation:

	Einheiten	Kosten	Preissumme	Gewinn
a) Produktion von 10 Produzenten	26,6	20	26,6	+ 6,6
b) „ „ x „	73,4	73,4	73,4	+ 0
	100,0			

Hier würde also die Produktmenge überhaupt keine Steigerung erfahren, Arbeiter in den b-Betrieben würden freigesetzt werden, die a-Betriebe würden dauernd Gewinne erzielen, der Konsum würde gleichbleiben, Fernwirkungen als Folge der Freisetzung von Arbeitern, denen Gewinne der Unternehmer gegenüberstehen, würden eintreten.

Unter diesen Voraussetzungen wird bei Einführung neuer Produktionsmethoden die Anzahl der beschäftigten Arbeiter zunächst sinken, sei es in der End- oder Vorproduktion. Es ist dann derselbe Fall wie unter a gegeben.

β. Der Markt nimmt bei sinkenden Preisen wachsende Produktmengen auf. Dabei steige die Produktmasse, die nachgefragt wird, stärker, als der Preis der Einheit abnimmt, d. h. die Elastizität der Nachfrage sei größer als 1. Z. B. Senkung des Preises von 10 auf 6, Steigerung des Konsums von 100 auf 200 Einheiten, demnach Ausgabe für das Produkt steigend von 1000 auf 1200. Bei einer Elastizität, die größer ist als 1 können auch Überschüsse über die Kosten erzielt werden. (Z. B. starke Verbilligung von Fleisch mit der Wirkung größeren Konsums unter Einschränkung anderer Konsumrichtungen.)

Da jetzt die Preissumme, welche trotz Verbilligung des Einzelprodukts erzielt wird, wächst, so wird im statischen Prozeß anderen Produktionen zunächst Nachfrage entzogen. Es kann ihnen aber wiederum Nachfrage zuwachsen, da die Produzenten der Ware a jetzt über eine größere Menge aller übrigen Produkte verfügen können. Wenn wir annehmen, daß die Konsumenten bisher für das Produkt der a-Produzenten: 5% ihres Einkommens, d. h. der von ihnen hergestellten Produkte hingegeben haben, so wenden sie jetzt 6% an. Jeder Konsument kann daher jetzt (bei gleichbleibender Produktion in allen übrigen Zweigen) anstatt 95% nur 94% seiner Produkte gegen andere Produkte: b, c, d . . . m . . . z eintauschen, d. h. er muß den Konsum an diesen Produkten einschränken, und zwar im Durchschnitt um 1,06%. (Differenz von 94 gegenüber 95). Richtet sich die Nachfrage der Produzenten von a genau nach denselben Produkten, welche die bisherigen Konsumenten (welche jetzt mehr A konsumieren) begehrten, so wird eine Störung nicht einzutreten brauchen. Da dies aber meist nicht der Fall ist, so wird von den Produkten b, c . . . m vielleicht eine kleinere Menge, von den Produkten n . . . z eine größere Menge als bisher nachgefragt werden. Sind b, c . . . m Genußgüter, n, o . . . z Produktionsmittel, so wird diese Verschiebung dann eintreten, wenn die Produzenten von a ihren Gewinn nicht zur Gänze verbrauchen, sondern wenigstens z. T. akkumulieren wollen. — Es treten dann in den Sphären b . . . m zunächst Senkung der Nachfrage, Druck auf den Preis ein, das Gegenteil in den Sphären n . . . z. In b . . . m können Gewinne entstehen, wenn sich die Preise nicht so stark senken, als die Produktion eingeschränkt wird; das hängt von technischen Umständen, von der Struktur der Bedürfnisse und von der Akkumulationsrate ab. Es können aber auch in diesen Sphären b . . . m sich Kosten und Preissumme wie bisher decken und es können endlich auch Verluste entstehen; das wird der Fall sein, wenn die Preissummen rascher sinken als die Kosten.

Die Produkte der Sphären n . . . z werden hingegen sofort steigender Nachfrage begegnen. Daher werden Gewinne entstehen müsen. So zeigt sich, daß Produktionsfortschritte als Fernwirkung normalerweise einerseits weitere

Gewinne, Überschüsse, andrerseits Verluste auslösen — auch in einer Volkswirtschaft statischer Natur.

Durch all diese Veränderungen hindurch wird sich ein neues Gleichgewicht herstellen, in dem in den Sphären b . . . z weder Gewinn noch Verlust erzielt werden wird. In der Sphäre a wird ein Überschuß von 200 über die Kosten erzielt werden. Wird dieser Überschuß von den Produzenten in a lediglich konsumiert, so wird der Prozeß in eine neue Statik einmünden. Sie unterscheidet sich von der früheren dadurch, daß das Realeinkommen der Konsumenten von a, berechnet auf dem Niveau des früheren Preises für a um 4% gestiegen ist[1]). Um wieviel das Realeinkommen der Produzenten von a gestiegen ist, hängt davon ab, welcher Teil des Gesamtprodukts bisher ihr Einkommen bildete. Für uns ist die prozentuelle Steigerung dieses Einkommens nur insofern interessant, als daraus Schlüsse gezogen werden könnten, ob die Steigerung des Einkommens konsumiert wird oder zur Akkumulation dient.

Führt jetzt der Gewinn zur Akkumulation, d. h. werden die Produzenten von a ihren Überschuß nicht ganz aufbrauchen, sondern zur Erweiterung der Produktion verwenden, so wird zunächst kein neuer Gleichgewichtszustand eintreten können. Denn in diesem System der Statik ist bei gleichbleibender Bevölkerung die Tatsache der Akkumulation und die damit gegebene Steigerung der Produktmenge von a eine Störung. In der Tat wird eine jede Akkumulation in diesem System zweierlei Wirkungen haben: es wird zunächst der Preis der a-Produkte, d. h. ihr Austauschverhältnis gegenüber den anderen Waren, sinken. Damit wird aber der Gewinn einschrumpfen. Es wird ferner von der A-Produktion her die Nachfrage nach Arbeitskräften steigen. Das wird eine Steigerung der Löhne zur Folge haben können, und insoferne wiederum die Gewinne verkürzen. So wird durch die beiden Tendenzen auch die Produktion allmählich wieder gewinnlos. Erst wenn wieder ein Produktionsfortschritt eintritt, wird bei vorübergehendem Druck auf die Löhne die Produktion in ihrer proportionellen Verteilung verändert, es werden Gewinne geschaffen — aber nicht bloß in einer, sondern zeitweise in mehreren Sphären! — und bei Steigerung der Produktionskräfte wird auch der Verbrauch der Gesamtbevölkerung gehoben. (Hier liegt der Fall vor, welcher oben unter a zu analysieren begonnen wurde.)

1) Denn die Konsumenten erhalten jetzt für 6% ihres Einkommens doppelt soviel Einheiten a, als früher für 5% derselben. Sie können jetzt allerdings nur 94% ihres Einkommens für die Waren b . . . z ausgeben; ihr Realeinkommen, in den Preisen vor der technischen Veränderung in a ausgedrückt ist, daher 94 + 10 = 104.

In einer geschlossenen Volkswirtschaft, deren Bevölkerung nicht wächst, ist daher das Erwerbsstreben, der Gewinn bei Verbesserung der Produktionsmethoden, der einzige Hebel einer Entfaltung der Produktivkräfte. (Dies der Tatbestand, den Schumpeter untersucht). Aber auch in dieser sorgt der allseitige Zusammenhang aller ökonomischen Daten dafür, daß ein jeder „Fortschritt" eine ganze Welle dynamischer Wirtschaftstätigkeit auslöst. Doch fehlt hier die Bevölkerungsvermehrung, welche in einer entwickelten Verkehrswirtschaft einen Gewinn, wie oben gezeigt, automatisch immer wieder entstehen läßt[1]) [2]).

Ein andres Bild würde sich bei der Annahme ergeben, daß auch innerhalb dieses Produktionsprozesses bei gleich-

1) Auch Vermehrung der Zahlungsmittel (also in historischer Zeit z. B. Steigerung der Edelmetallmengen) allein wirkt nicht wie eine Vermehrung der Bevölkerung. Aus den früheren Ausführungen geht hervor, daß eine mit der Produktionsmenge parallele, schrittweise Vermehrung der Geldmenge eine Vorbedingung ungestörter dynamischer Wirtschaft auch bei wachsender Bevölkerung ist. Bei gleichbleibender Bevölkerungs- und Arbeiterzahl wird die Anspassungsfähigkeit der Geldmenge um so bedeutsamer sein, als der Druck auf den Arbeitsmarkt fehlt, der bei wachsender Arbeiterzahl immer wieder die Akkumulation, d. h. also Überschüsse erzwingen würde.

2) Hierbei sei betont, daß in der geschichtlichen Entwicklung in einer „kapitalistischen", d. h. von homines oeconomici in unserem Sinne getragenen, entwickelten Verkehrswirtschaft mit den oben S. 61 und 71 festgestellten Merkmalen die Bevölkerung nie stagnierte; selbst wenn im eignen Lande die Bevölkerung gleichbleiben sollte, so wirkt die wirtschaftliche Verknüpfung mit andern Ländern steigender Bevölkerung genau so, als ob das eigne Land an Bevölkerung wachsen würde. Denn bei freier Wanderung der Arbeitskräfte und Kapitalien wirken die Lohnniveaus der verschiedenen Wirtschaftsgebiete aufeinander ein.

bleibender Bevölkerung auf die Dauer nur produziert wird, wenn der Besitzer der Produktionsmittel und Leiter des Erzeugungsprozesses über die Kosten und die Vergütung für seine auf dem Markt verwertbare Leistung hinaus einen Überschuß erzielt. Vom Gesichtspunkt der Grenznutzenlehre aus betrachtet wäre das der Fall, wenn der Produktionsleiter (dann: Unternehmer) einen Überschuß in einer bestimmten Mindesthöhe fordern würde, unter den er nicht gewillt wäre, hinunterzugehen. Für eine statische Wirtschaft im strengen Sinne des Worts muß angenommen werden, daß der Überschuß nicht eine conditio sine qua non des Produzierens überhaupt ist. Beide Annahmen sind aber zulässig. Der einen korrespondiert eben das statische, der andern das dynamische Wirtschaftssystem.

Man kann das dynamische System nicht bloß als fortgesetzte oder immer wieder neu auftretende Störungen der Statik auffassen. Betrachtet man den Gewinn als notwendiges Element der Warenproduktion, so muß sich bei gleichbleibender Bevölkerung etwa folgendes Schema ergeben: der Produktionsprozeß verläuft so, daß ein Teil der Gesamtproduktion, nehmen wir an 60%, als Konsumgüter für die Arbeiter erzeugt wird, ein weiterer Teil, z. B. 20% als Konsumgüter für die Produktionsleiter, und die restlichen 20% sofort in der Form von Produktionsmitteln zur Ausdehnung der Gesamtproduktion. Dieses Verhältnis möge durch die subjektive Wertschätzung der Produzenten festgehalten werden — es sei die Barriere für die Konkurrenz. Jedenfalls kann man nicht sagen, daß die Konkurrenz i m m e r den Gewinn auf 0 zu reduzieren die Tendenz haben wird. W e n n die Produzenten diese 20% der Gesamtproduktion sich als Kostenelement einkalkulieren, wird das Bestreben, durch Ausdehnung der Produktion den Gewinn zu steigern, eben mit dem Sinken desselben erlahmen. Wir müssen also die These von der notwendigen, automatischen Herauskonkurrierung der Gewinne gerade vom Boden der subjektiven Lehre aus nur als eine der Möglichkeiten betrachten. Sie ist Bedingung des statischen Systems. Wie wickelt sich denn der Wirtschaftsprozeß unter diesen Bedingungen ab? Es zeigt sich, daß die Wirtschaft noch nicht dynamisiert wird, auch wenn der Überschuß vom Unternehmer erzwungen werden

sollte. Der Prozeß verläuft etwa folgendermaßen: Wenn 20% des Sozialprodukts akkumulierter Gewinn sind, also in neuen Produktionsmitteln erzeugt werden, so kann bei gleichbleibender Bevölkerung dieser Zuwachs an Produktionsmitteln nur Verwendung finden, wenn die technische Entwicklung die Handhabung des jetzt größten Produktionsapparates durch dieselbe Arbeiterzahl wie bisher ermöglicht. Z. B. mögen auch durch neue, leistungsfähigere Produktionsmittel die älteren außer Betrieb gesetzt werden. In diesem Falle liegt ein Wertverlust vor, der unentrinnbar sein mag, und das Problem der Arbeiterbeschaffung erleichtert. Es ist aber zu sehen, daß in diesem Fall bloße Akkumulation allerdings nicht genügt, sondern technischer Fortschritt erforderlich ist, um diesen konstanten Gewinn zu ermöglichen, der sonst durch stürmische Nachfrage nach Arbeitskräften aufgezehrt werden würde. Endlich: ein Gewinn fällt auch bei wachsender Produktion nur an, wenn nicht gleichzeitig bei vermehrter Produktenmenge die Preise sinken. Es kann also ein Gewinn nur erzielt werden, wenn das Geldsystem elastisch genug ist, um auch eine vermehrte Produktenmasse zu gleichen Preisen umzuschlagen. Alle diese Voraussetzungen müssen bei einem dynamischen System unter stagnierender Bevölkerung zutreffen. Aber auch bei stagnierender Bevölkerung kann das System dynamisch sein, zumal die Totlegung veralteter Produktionsmittel bei raschem technischen Fortschritt immer wieder die an sich lohnsteigernde, den Überschuß bedrohende Wirkung der Akkumulation schwächt. Es hängt also von den Annahmen ab, ob man bei gleichen Daten eine statische oder eine dynamische Wirtschaft erwarten kann.

Unter den Umständen, welche eine dynamische Wirtschaft und damit Entstehung des Zinses als Differenz möglich machen, könnte auch die dynamische Natur der Bedürfnisse aufgeführt werden. Hier sei nur kurz begründet, warum diesem Umstand keine besondere Bedeutung beigelegt wird. Nehmen wir eine gleichbleibende Bevölkerung, hingegen dynamische Bedürfnisgestaltung an, so bedeutet das a) bei den A r b e i t e r n lediglich den Wunsch nach stärkerer Bedürfnisbefriedigung, der solange wirkungslos bleibt, als sich in den Daten und insbesondere der Menge der angebotenen Arbeit

nichts ändert (nur in ziemlich extremen Sonderfällen wird eine Erhöhung des Arbeitsangebots eintreten); b) die Einkommen der Grundbesitzer und der Unproduktiven sind abhängige Einkommen, und wenngleich ihre Bedürfnisse subjektiv intensiver würden, so könnte das doch keine Veränderung des Marktbildes hervorrufen. Eine Änderung in der Richtung der Bedürfnisse wäre nicht bedeutungslos, würde aber nur die Daten ändern und einen andern (bei der Substitutionsfähigkeit der elementaren Produktionsfaktoren) leicht herstellbaren Gleichgewichtszustand begründen; c) bei den Unternehmern würde sich eine Steigerung der Bedürfnisse in ein Streben nach steigendem Überschuß umsetzen, der lediglich durch Einführung neuer Kombinationen erzielt werden könnte. Dieses Moment der steigenden Bedürfnisse bringt daher keine Veränderung des objektiven Tatbestandes mit sich, welche nicht schon im vorhergehenden berücksichtigt wäre.

So verschiedenartig also das Bild der kapitalistischen Wirtschaft sein mag, in der Wirtschaft mit wachsender, aber heute und seit Bestand einer kapitalistischen Volkswirtschaft wegen der internationalen Wechselwirkung und des technischen Fortschritts auch bei stagnierender Bevölkerung wird immer eine Marktsituation geschaffen, in welcher ein Überschuß für den Unternehmer erzielt wird. Dabei wird das Wertgesetz und seine Auswirkung im Preisgesetz nicht verletzt, weil weder die Produzenten als Käufer noch die Verkäufer von Produktionsmitteln mit diesen subjektive Gebrauchswertschätzungen verbinden (vgl. hierzu oben S. 295 ff). Bei wachsender Bevölkerung ist es die zeitweise immer wieder eklatante, aber nie ganz fehlende Überfüllung des Arbeitsmarktes, welche eine Spannung zwischen Kosten und Erlös herbeiführt — bald eine größere, bald eine geringere Spannung, die aber in den Hauptmassen der Unternehmungen nie ganz eliminiert werden kann. Dabei ist die Tendenz zur Eliminierung des Profits immer gegeben, aber sie kann sich aus den erwähnten Gründen bei wachsender Bevölkerung nie, bei stagnierender höchstens vorübergehend durchsetzen. In der Praxis werden freilich die aus den Preisbewegungen hervorgehenden Verschiebungen in der Verteilung des Sozialprodukts nie so greifbar deutlich. Denn alle Veränderungen

von Einkommen lösen Gegenbewegungen aus. Es dauert einige Zeit, bis sich ein Gleichgewichtszustand herstellt, der doch nie ein wirklicher Gleichgewichtszustand ist, weil sich inzwischen wieder alle Daten geändert haben. — Noch wichtiger als die Überwälzungsvorgänge aber, welche wieder Gegenbewegungen hervorrufen, ist eine der kapitalistischen Verkehrswirtschaft eigentümliche Linie von Preisbewegungen, die sich auch der oberflächlichen Betrachtung als Wechsel von Hochkonjunktur und Depression darstellt. Diese „Wellenbewegung des Wirtschaftslebens", wie der Vorgang von Schumpeter treffend genannt wurde, zu erklären, ist Gegenstand der Konjunkturtheorie. Hier sei auf diesen Prozeß innerhalb der kapitalistischen Verkehrswirtschaft nur deshalb hingewiesen, weil er zeitweise die hier erörterten allgemeinsten Zusammenhänge des Preisbildungsprozesses in der Wirkung abschwächt, sie zeitweise wieder in ganz besonderem Maße steigert. Auch für die Konjunkturtheorie ergeben sich aber aus unserer Annahme, der Zins entstamme den in der kapitalistischen Verkehrswirtschaft immer notwendig wiederkehrenden Marktsituationen, wichtige Konsequenzen.

Der Profit ist nach dieser Anschauung aus dem Markt, vornehmlich dem Arbeitsmarkt und seiner Mechanik zu erklären. Aber er ist nicht ein Abzug vom Arbeitslohn — denn als Arbeitslohn ist dasjenige anzusehen, was wirklich bezahlt wird. Einen davon abweichenden Wert oder Preis der Arbeit kann es im Gedankengang der subjektiven Wertlehre nicht geben. Wäre der Lohn geringer, als er der subjektiven Wertschätzung der Arbeiter nach sein müßte, so würde er eben nicht arbeiten. Da nach der subjektiven Lehre weder die Arbeitskraft noch die Arbeitsleistung ihren Wert aus objektiven Bestimmungsgründen herleiten kann, ist der Begriff der Ausbeutung hier im theoretischen Sinn als Verkauf der Arbeitsleistungen unter dem Wert gar nicht anwendbar. Ebenso wie ein Einkauf über dem Wert unmöglich ist — es kann höchstens eine Fehlkalkulation vorliegen. Es gibt also nur Umstände, welche den Preis der Arbeit so fixieren, daß Gewinn entsteht und andere, welche ihn so bestimmen, daß er eliminiert wird.

Der Überschuß selbst wird nun in der Praxis des täglichen Lebens aufs angewendete Kapital, nicht aber auf die Höhe

der Lohnzahlungen oder den Umsatz gerechnet. Der Unternehmer, der eine Produktion einleitet oder fortsetzt, bemißt seinen Vorteil an dem Verhältnis zwischen dem Wert des Überschusses und dem Wert des Kapitals. Infolgedessen werden Produktionen mit (nach diesem Gesichtspunkt) hohen Überschüssen besonders aufgesucht werden, andere mit (nach diesem Gesichtspunkt) niedrigen Überschüssen, fallen gelassen oder eingeschränkt werden. Derart wirkt das Gesetz der Konkurrenz im Sinne einer Ausgleichung der Profitraten, welche aber ebensowenig je erreicht wird, als eine Nivellierung des Profits innerhalb derselben Industrie. Dieser Ausgleichsprozeß macht theoretisch keine Schwierigkeiten, denn nach der Grenznutzenlehre gibt es ja keinen Wert, der dem Produkt (als einzelnem oder Gesamtprodukt) als valeur intrinsèque anhaften würde. Es gibt nur die Austauschverhältnisse der Produkte untereinander, welche sich letzten Endes nach ihrer Menge und den Wertschätzungsskalen der nachfragenden Personen (ausgedrückt in Tauschmittelbeträgen, die sie zu geben gewillt sind) bestimmen. Es ist klar zu sehen, wie hier der Gedankengang analog demjenigen der Arbeitswertlehre verläuft, ohne mit ihm ganz identisch zu sein. Insbesondere fehlt hier der Begriff der Mehrwertmasse und infolgedessen auch der Gedanke, daß „Wert“ aus einer Produktion in die andere übertragen wird, und daß die Konkurrenz nie die Summe der Gewinste verringern, sondern nur anders verteilen kann. Das ist offenbar nach der Grenznutzenlehre nicht richtig, und darin steht sie der Wirklichkeit näher als die Arbeitswertlehre.

Damit ist der Kreis der Erklärung nach den Grundgedanken der Grenznutzenlehre geschlossen. Die Preise erklären sich nach dem Prinzip des Grenznutzens, wobei allerdings die Preisbestimmung der „Produktionsfaktoren“ ohne Einbau des Kostenprinzips wegen der Schwierigkeiten der Zurechnungstheorie nicht möglich ist. Auch die Grenznutzenlehre gibt weder das Bild der kapitalistischen noch der einfachen Verkehrswirtschaft aus einem einheitlichen Prinzip heraus, weil das Wirtschaften eben nicht bloß Rationalisierung des Konsums bei gegebenen Vorräten ist. Sobald in arbeitsteiliger Gesellschaft die Produktionssphäre und ihre Evaluationen in den Gang der Erklärung einbezogen werden, führt nur die

Berücksichtigung der objektiven Produktionsverwandtschaften weiter. Damit ist es aber möglich, im Gedankenkreis der Grenznutzenlehre die Einkommen und ebenso das ständige Ineinandergehen von Produktion und Konsum auf dieselben Grundgedanken zurückzuführen.

10. PRODUKTION UND VERTEILUNG NACH DER GRENZNUTZENLEHRE.

Auch nach der Grenznutzenlehre schließt also die Produktion das Gesetz der Verteilung in sich. Auch sie zeigt in der kapitalistischen Verkehrswirtschaft einen Automatismus auf, dessen Mechanik erklärt, wieso diese kapitalistische Verkehrswirtschaft als ständig wiederkehrende möglich ist. Allerdings ist der Blickpunkt, aus welchem die Totalität des Wirtschaftslebens überschaut wird, hier ein etwas anderer.

Prüfen wir zunächst den Zusammenhang zwischen Produktion und Verteilung aus dem Gesichtspunkt der objektiven Wertlehre: diese geht vom Produzenten aus. Der Produzent der arbeitsteiligen Verkehrswirtschaft ist grundsätzlich Verkäufer einer Ware, sei er nun Unternehmer oder Arbeiter; alle verkaufen (soweit sie nicht abgeleitetes Einkommen beziehen, wie die Beamten) eine Ware. Sobald sie aber verkauft haben, kaufen sie auch wieder, sei es Konsumartikel, sei es Produktionsmittel. Da Geld nicht um seiner selbst willen erworben und aufgespeichert wird, sondern lediglich Stellenwechsel von Waren vermittelt, da Produktion Bereitstellung von Waren zum Verkauf, d. h. also zum Austausch ist, da Verkauf nur möglich ist, wenn andere Wirtschaftssubjekte produziert haben und gleichfalls Verkäufer waren, so deckt sich im Gleichgewicht die Gesamtsumme der Preise aller Produkte mit den Geldsummen, welche zum Ankauf zur Verfügung stehen. Wenn in einem solchen Zusammenhang von Produktion und Konsum ein Verkauf von Waren über ihrem Werte erfolgt, so ist das gleichbedeutend mit dem Verkauf anderer Waren *unter* ihrem Werte, wobei sich die Abweichungen vom „Normalwerte“ ihrem Gesamtbetrage nach aufheben müssen. Treten solche Abweichungen ein, so bedeuten sie allerdings

Störungen, die zu einer Neuorientierung der Produktionsmittel führen müssen. Wenn in einer Volkswirtschaft die Produktmenge steigt, so bedeutet dieses Steigen an sich keine Erschwerung des Absatzes. Jede Produktionsmenge, sei sie noch so groß, kann Absatz finden; die Konsumtion wird sich immer mit der Produktion decken; doch kann es sein, daß bei falscher Proportion der Produktionseinrichtungen die Preise mit den Kosten nicht im Einklang stehen. Ferner: nicht nur daß konsumiert wird, sondern auch wer konsumiert, geht aus der Anlage der Produktion hervor; denn der Gelderlös, welchen die Produzenten für ihre Waren erzielen, wird über ihre Fähigkeit, wieder Produkte zu kaufen, entscheiden. Insoweit sie Produkte kaufen, ermöglichen sie also Wiederholung der bisherigen Produktion. Produktion und Konsum sind zwei Fronten desselben Gebäudes: die Produktion ermöglicht den Konsum, weil sie das Einkommen schafft. Das Einkommen ermöglicht wieder die Produktion weil es dem Produzenten die Kaufkraft zur neuerlichen Einleitung des Produktionsprozesses (Bezahlung von Rohstoff, Arbeitern usw.) zuführt. Desgleichen entscheidet schon die Preisbildung der einzelnen Produktionsfaktoren über die Akkumulation, d. h. das Tempo, in welchem die Produktion späterhin ausgeweitet werden kann.

Der Zusammenhang einer warenproduzierenden Volkswirtschaft erweist sich von derselben Art, wenn wir ihn vom Blickpunkt der Grenznutzenlehre aus betrachten. Der Ausgangspunkt ist da allerdings ein anderer. Der Grenznutzentheoretiker fragt: welche Tauschakte sind möglich in Anbetracht des Umstandes, daß sich an die Teileinheiten der in ihrer Menge begrenzten Güter verschiedene Wertungen anschließen? Welches Gesetz wird den Austausch der Güter in Anbetracht dieses Umstandes untereinander regeln? Von dem Grundgesetz des Wertes und der vom Wert bestimmten Preisbildung aus ergibt sich die Einfügung der einzelnen Elemente: Produktionsmittel und Arbeitsleistungen in die Produktionen. Produktion, als dauernde Erzeugung von Brauchbarkeiten wird von diesem Ausgangspunkt nur möglich sein, wenn alle an der Produktion mitwirkenden Faktoren für ihren Teil ein Maximum von Bedürfnisbefriedigungsmitteln realisieren, deren Höhe durch anderweitige

Verwendung nicht mehr gesteigert werden kann und wenn der Austausch die Produzenten mindestens wieder in den Besitz der für die Erneuerung der Produktion notwendigen Produktionsmittel setzt. Aber in dieser Betrachtungsweise ist nicht die Tatsache der Aufwendung von Kosten die Ursache für das Austauschverhältnis, wie bei der Arbeitswertlehre angenommen ist, sondern umgekehrt der Umstand, daß in einer Produktion die Kosten wieder in die Hände des Produzenten zurückgeführt werden können, macht diese Produktion erst möglich. Ob und wann dies aber der Fall ist, ergibt sich aus dem Preisgesetz. Da unter allen technisch möglichen Produktionen wirtschaftlich auf die Dauer nur diejenigen bestehen können, in welchen der Preis mindestens die Kosten ersetzt, so werden durch den Preisbildungsprozeß immer wieder die nicht existenzfähigen Produktionen ausgeschieden. Der Konsum der Produkte entscheidet daher über die Produktion; nicht jede Produktion ist möglich, weil mit der Produktion, selbst wenn sie technisch noch so vollkommen sei, noch nicht die Gewähr dafür gegeben ist, daß ihre Resultate auf entsprechende Wertschätzungen auftreffen. Auch genügt es nicht, daß sich das Begehren irgendwelcher Menschen mit unbefriedigten Bedürfnisregungen auf die erzeugten Waren richtet, sondern diese Menschen müssen im Besitz von genügend viel Tauschmitteln und überdies gewillt sein, diese im Austausch gegen das Produkt wegzugeben. Der ganze Produktionsprozeß ist daher nur möglich, wenn er ein Austauschprozeß ist, der wieder ein System von interdependenten (voneinander abhängigen) Einkommensströmen und Wertschätzungen einschließt.

In einer entwickelten Verkehrswirtschaft kommen für unsere Betrachtung also nur solche Menschen und daher auch nur die Wertschätzungen solcher Menschen in Betracht, welche über Kaufkraft verfügen. Die Bedürfnisse anderer Menschen existieren nicht. Kaufkraft hat nach dem Ausgeführten nur zur Verfügung, wer sie aus dem Verkauf von Produkten (Waren) erhält. Die entwickelte Verkehrswirtschaft ist ein Tauschkosmos von Waren. Allenfalls kommen höchstens noch Käufer in Frage, welche ihre Kaufkraft aus der Hand der Produzenten erlangt haben (z. B. Beamte). Auch die Wertschätzungen der kaufkräftigen Nachfrage

spielen nur insoweit eine Rolle, als sie sich in der Bereitwilligkeit ausdrücken, bei bestimmten Warenpreisen konkrete Mengen des Tauschgutes aufzuwenden. Sie entscheiden damit über das Austauschverhältnis der Produkte bei der gegenwärtigen Marktsituation und die Frage, ob die Produktion weitergeführt wird oder nicht. Als Käufer, auch im Sinne der Grenznutzentheorie, erscheinen also auch jetzt nur Produzenten (und Bezieher „abgeleiteten Einkommens", das aus der Produktion fließt), und die Produzenten sind Träger von Kaufkraft, insoweit sie ihrerseits Produkte abzusetzen vermögen, also kaufkräftiger Nachfrage begegnen. Wie in der objektiven Wertlehre, in der Arbeitswertlehre, alle Produzenten als „Kostenaufwendende" und deshalb als Nachfragende und Konsumierende, so sind umgekehrt in der Grenznutzenlehre alle Konsumenten, alle Nachfragenden notwendigerweise Produzenten, durch die Produktion und in ihr zu einem gesellschaftlichen Zusammenhang verknüpft. Denn nur soweit sie in diesen Zusammenhang eingefügt sind, kommen sie als Nachfragende in Betracht. Jeder Nachfrage korrespondiert daher eine Produktion und jede Nachfrage kann nur entfaltet werden, wo ihr eine Produktion voranging. Nachfrage ist überhaupt nur möglich auf Grund von Produktion, wie sie diese wieder ermöglicht.

Grundsätzlich betrachtet muß auch nach der Grenznutzenlehre bei jedem Produktionsumfang und bei jeder beliebigen Verteilung der Produktionskräfte auf die einzelnen Produktionsrichtungen ein Absatz sämtlicher auf dem Markt befindlichen Produkte möglich sein, d. h. es müßte sich grundsätzlich in jedem Augenblick jedes beliebigen verkehrswirtschaftlichen Produktionssystems ein Gleichgewicht herstellen, wenn man eben diesen Augenblick allein betrachtet und untersucht, wie sich die eben gegebenen Daten auswirken. Das ergibt sich schon aus dem Umstand, daß die Produzenten in einer arbeitsteiligen Verkehrswirtschaft mit ihren Produkten nie einen Wert verbinden, so daß tel quel der Absatz noch so großer Produktmengen nie ein Problem sein kann. Die Frage ist bloß, ob die im Verkauf erzielte Verteilung von Kaufkraft die Grundlage dafür bietet, den Prozeß in der gleichen Weise wie bisher fortzusetzen. Wenn

nicht, liegt eben eine „Störung" vor, die nie in einer absoluten Unverkäuflichkeit von Produkten, sondern darin besteht, daß vermöge der Datenanordnung eine Wiederholung des Prozesses nicht in denselben Proportionen wie bisher erfolgen kann.

Der angedeutete Zusammenhang zwischen Produktion und Konsum ist in jeder Verkehrswirtschaft notwendigerweise vorhanden. Soll sie störungslos verlaufen, so ist ein durchgehendes Gleichgewicht zwischen den einzelnen Produktionsrichtungen erforderlich, das die Beziehung zwischen Preis und Kosten realisieren muß, welches diesem Wirtschaftssystem eigentümlich ist (z. B. Gewinnlosigkeit oder gleichen Gewinn nach dem gesellschaftlich anerkannten Maßstab.) Der Begriff des Gleichgewichts bekommt hier einen etwas anderen und komplizierteren Sinn. Über das Gleichgewicht hinaus zeigt die entwickelte, kapitalistische Verkehrswirtschaft noch einige weitere, bloß in ihr vorkommende Besonderheiten: nur in ihr haben wir die Trennung des „Unternehmers" von den „Arbeitern", nur in ihr ist die Arbeitsleistung und Arbeitskraft eine Ware. Diese Besonderheiten wirken sich in der Preisbildung, in der Verdichtung der Preise zu Einkommen aus. Nur in der entwickelten kapitalistischen Verkehrswirtschaft finden wir den Einkommensstrom des Zinses in den oben erörterten Fällen, zugleich als einen Regulator für die Ausdehnung der Produktion. Hingegen würde die Ausweitung der Produktion in einer Bedarfsdeckungswirtschaft auf andere Weise, jedenfalls nicht automatisch geregelt werden. Die sozialen Züge in dem Bild der entwickelten Verkehrswirtschaft fehlen also auch dann nicht, wenn man es vom Gesichtspunkt der Grenznutzenlehre her zeichnet, allerdings treten sie nicht so markant hervor, und manche Grenznutzentheoretiker glaubten, sie ganz entbehren zu können. Das ist nach dem hier angeführten nicht der Fall, und die ganze neuere Theorie wies schon in diese Richtung. Die Verteilungsvorgänge in der Volkswirtschaft sind auch nach der subjektiven Wertlehre nur im Bewegungsprozeß der Warenproduktion zu erfassen, als die Bedingungen seiner Möglichkeit. Auch in der Betrachtung vom Boden der Grenznutzenlehre aus geht daher Produktion und Konsum ineinander über, wenngleich letzten

Endes die Totalität der Warenproduktion und des Konsums und ihre gegenseitige Verflechtung, insbesondere die Auswahl der technisch möglichen Produktionen aus dem Aufbau subjektiver Wertschätzungen, nicht aus der Tatsache von Kostenaufwendungen verständlich gemacht wird.

11. GRENZNUTZENLEHRE UND MONOPOLPREIS.

Wir haben oben bei der Darlegung der Arbeitswertlehre und ihrer Resultate gesehen, daß der Arbeitswerttheoretiker die Höhe der Monopolpreise nicht zu bestimmen vermag. Er kann nur sagen, daß der Monopolpreis höher ist als der Preis bei freier Konkurrenz aber nicht um wieviel höher. Diese Schwierigkeit besteht für den Grenznutzentheoretiker überhaupt nicht. Wenn in einer Produktion die Herstellung des Produktes monopolisiert ist [1]), so wird offenbar vom Monopolisten derjenige Preis angestrebt werden, bei welchem sein Überschuß am größten ist. Diesen Preis wird er auf Grund der ihm bekannten Wertschätzungen der Marktparteien, kombiniert mit den Kostensätzen, sehr leicht ermitteln können. Der Wert der Kostengüter ist für den Monopolisten stets der Wert der „anderweitigen Verwendung" (S. 244 f.). Er braucht bloß die Marktpreise der Kostengüter in die Rechnung einzustellen. Zwischen diesen und dem Verkaufspreis des Produktes wird sich ein Betrag ergeben, der den Überschuß darstellt. Dieser Überschuß wird pro Produkteinheit gerechnet, um so kleiner sein, je größer die Menge des erzeugten Produkts ist, und um so größer, je kleiner diese Menge ist. Nehmen wir an, daß bisher freie Konkurrenz herrschte, und dann ein Monopol gebildet wurde, so wird zunächst mit Ansteigen des Preises nicht nur der Überschuß auf die Produkteinheit, sondern insgesamt höchstwahrscheinlich der Gesamtüberschuß steigen. Je weiter die Einschränkung der Produktion fortschreitet, um so größer wird der Überschuß pro Einheit und auch auf die ganze Produktion betrachtet,

1) Wir verstehen unter Monopol die Konzentration einer Produktion in einer Hand oder — was wirtschaftlich gleichbedeutend — die Konzentration des Angebots aller Produzenten einer Ware in einer Hand oder die wirksame Verabredung aller Produzenten zur Regulierung der Produktionsmenge.

doch wird das Wachstum dieses Überschusses in den meisten Fällen degressiv sein, d. h. sich verlangsamen, bis ein Maximum des Überschusses erreicht ist, und von da aus wieder eine Senkung des Gesamtüberschusses eintritt, trotzdem der Überschuß auf die Produkteinheit gerechnet, noch steigen muß. Der Monopolpreis wird dort bestimmt werden, wo der Gesamtüberschuß ein Maximum erreicht. Wo dieses in concreto liegt, hängt von den Wertschätzungen der Konsumenten und den Veränderungen der Kosten ab, die bei der Steigerung oder Verringerung der Produktion eintreten. Aber *jeder* dieser Preise ist aus der Grenznutzenlehre mit Leichtigkeit verständlich und ebenso auch die Stelle, an welcher sich der Monopolpreis fixieren wird, als „Maximumaufgabe" bei Kenntnis aller Daten, insbesondere aller Wertschätzungen bestimmbar. Während die Arbeitswertlehre hier einem unlösbaren Problem gegenübersteht, ist also für die Grenznutzenlehre eine Aufgabe im Monopolpreis überhaupt nicht gegeben. Es ist dieselbe Aufgabe, welche der Preis überhaupt bietet.

Damit ist allerdings die ökonomische Theorie der Monopole noch nicht erschöpft. Vor allem wären die Rückwirkungen von Monopolen auf die übrigen Gebiete mit freier Konkurrenz zu erörtern. Das kann aber hier nicht geschehen, wo nur die Grundlinien einer Verkehrswirtschaft freier Konkurrenz gezogen werden sollten.